

Entwicklungs- zusammenarbeit Bericht 2005



*Politik und Leistungen
der Mitglieder
des Entwicklungsausschusses*

Entwicklungs- zusammenarbeit

Bericht
2005

Bericht des Vorsitzenden des Entwicklungsausschusses
Richard Manning



ORGANISATION FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG

ORGANISATION FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG

Gemäß Artikel 1 des am 14. Dezember 1960 in Paris unterzeichneten und am 30. September 1961 in Kraft getretenen Übereinkommens fördert die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) eine Politik, die darauf gerichtet ist:

- in den Mitgliedstaaten unter Wahrung der finanziellen Stabilität eine optimale Wirtschaftsentwicklung und Beschäftigung sowie einen steigenden Lebensstandard zu erreichen und dadurch zur Entwicklung der Weltwirtschaft beizutragen;
- in den Mitglied- und Nichtmitgliedstaaten, die in wirtschaftlicher Entwicklung begriffen sind, zu einem gesunden wirtschaftlichen Wachstum beizutragen; und
- im Einklang mit internationalen Verpflichtungen auf multilateraler und nicht diskriminierender Grundlage zur Ausweitung des Welthandels beizutragen.

Die Gründungsmitglieder der OECD sind: Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Irland, Island, Italien, Kanada, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz, Spanien, Türkei, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten. Folgende Staaten wurden zu den nachstehend genannten Daten Mitglieder der OECD: Japan (28. April 1964), Finnland (28. Januar 1969), Australien (7. Juni 1971), Neuseeland (29. Mai 1973), Mexiko (18. Mai 1994), die Tschechische Republik (21. Dezember 1995), Ungarn (7. Mai 1996), Polen (22. November 1996), Korea (12. Dezember 1996) und die Slowakische Republik (14. Dezember 2000). Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften nimmt an den Tätigkeiten der OECD teil (Artikel 13 des Übereinkommens über die OECD).

Die OECD bedient sich zur Erreichung ihrer Ziele einer Reihe von Fachausschüssen, darunter des Entwicklungsausschusses, dessen Mitglieder sich zum Ziel gesetzt haben, den Gesamtbetrag der Leistungen an die Entwicklungsländer zu steigern und den Nutzeffekt der geleisteten Hilfe zu erhöhen. Zu diesem Zweck überprüfen die Ausschussmitglieder in regelmäßigen Abständen gemeinsam Höhe und Art ihrer Beiträge zu den bilateralen und multilateralen Programmen der Entwicklungszusammenarbeit und konsultieren einander über alle sonstigen einschlägigen Gesichtspunkte ihrer EZ-Politik.

Die Mitglieder des Entwicklungsausschusses sind: Australien, Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Japan, Kanada, Luxemburg, Neuseeland, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz, Spanien, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten und die Kommission der Europäischen Gemeinschaften.

Originalfassungen veröffentlicht unter dem Titel:

Development Co-operation, 2005 Report

Coopération pour le développement, Rapport 2005

Übersetzung durch den Deutschen Übersetzungsdienst der OECD

© OECD 2006

Genehmigungen zum Nachdruck von Teilen dieses Werks für nichtkommerzielle Zwecke oder zur Verwendung im Unterricht sind einzuholen beim Centre français d'exploitation du droit de copie (CFC), 20, rue des Grands-Augustins, 75006 Paris, Frankreich, Tel: (33-1) 44 07 47 70, Fax: (33-1) 46 34 67 19. Dies gilt für alle Länder mit Ausnahme der Vereinigten Staaten, wo das Copyright Clearance Center Inc. (CCC), Customer Service, Tel: (508) 750-8400, 222 Rosewood Drive, Danvers, MA 01923, USA oder CCC online: www.copyright.com die entsprechenden Genehmigungen erteilt. Alle sonstigen Anträge auf Überlassung von Nachdruck- oder Übersetzungsrechten für das gesamte Dokument oder Teile davon sind zu richten an: OECD Publications, 2, rue André-Pascal, 75775 Paris Cedex 16, Frankreich.

Geleitwort des Generalsekretärs

Dies ist das letzte Mal, dass ich ein Vorwort für den Jahresbericht des Entwicklungsausschusses schreibe, in dem seit 1960 regelmäßig die Betrachtungen der OECD über den Stand der Entwicklungszusammenarbeit veröffentlicht werden.

Mein eigenes Engagement in diesem Bereich geht ebenfalls auf die sechziger Jahre zurück und insbesondere auf den bahnbrechenden Pearson-Bericht von 1969 *Partners in Development*, den frühesten und wahrscheinlich bekanntesten Versuch einer Bilanz des damaligen Kenntnisstands in der Frage, wie den komplexen Problemen der armen Länder in einer zunehmend globalisierten Welt begegnet werden kann. Dieser Bericht war es, der das ODA-Ziel von 0,7% des BSP für die OECD-Mitglieder empfahl, ein Ziel, das bis 1975 erreicht werden sollte!

Gleichwohl gibt es rückblickend viel Positives über die Zeit seit dem *Pearson-Bericht* zu berichten. Asien galt damals in vielerlei Hinsicht als eine Region ohne Aussicht auf Fortschritte: Der „Große Sprung nach vorn“ in China war gescheitert, in Indochina herrschte Krieg und der indische Subkontinent litt unter postimperialen Konflikten und der so genannten „Hindu-Wachstumsrate“. Und doch konnten wir ausgerechnet in dieser Region den raschesten Armutsrückgang der Weltgeschichte beobachten. In Osteuropa und den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion begannen die radikalen politischen und institutionellen Veränderungen der neunziger Jahre echte Früchte zu zeigen. Sowohl in Lateinamerika als auch im Nahen Osten war eine deutliche Verbesserung der Sozialindikatoren zu verzeichnen. Und all dies wurde in einer Zeit erreicht, in der sich die Weltbevölkerung verdoppelt hat, wobei der Großteil dieser Zunahme gerade auf die ärmsten Länder entfiel.

Beruhigend ist auch die ausgewogenere Zusammensetzung der Ressourcenströme, die die internationalen Austauschbeziehungen heute charakterisiert. Der Handel hat im Verhältnis stark an Bedeutung gewonnen (wenngleich es in der Doha-Entwicklungsrunde immer noch viele Fragen zu regeln gibt), die Direktinvestitionen haben sich über den Konjunkturzyklus hinweg als robust erwiesen und die Heimatüberweisungen ebenso wie die privaten karikativen Zuwendungen haben deutlich zugenommen.

Fest steht jedoch, dass der Auftrag der öffentlichen Hilfe, die einen wertvollen Beitrag zu vielen der oben genannten positiven Ergebnisse geleistet hat, noch nicht beendet ist. In vielen Teilen der Dritten Welt gibt es noch immer hartnäckige Herde schwerwiegender, ja lebensbedrohlicher Armut, die sich in Subsahara-Afrika sogar weiter ausdehnen. 2005 verpflichteten sich die OECD-Mitglieder sowie andere Geber von neuem, Volumen und Qualität der Leistungen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) anzuheben. Besonders freut es mich, dass mit der im März 2005 angenommenen Erklärung von Paris viele der Faktoren, die die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit in der Vergangenheit eingeschränkt haben, ohne Umschweife angegangen wurden. Ich hoffe, dass sich diese Erklärung als ein dauerhaftes Fundament des Engagements der OECD für die gemeinsamen Anstrengungen zur Bekämpfung extremer Armut erweisen wird, deren Anfänge wir diesem Bericht zufolge derzeit sehen können.

Niemand sollte von der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit erwarten, dass sie mehr sein kann als ein Beitrag zu den komplexen Entwicklungsprozessen, die von den Entwicklungsländern selbst in Gang gesetzt werden müssen. Lester Pearson bemerkte jedoch zu Recht, dass sie bei richtigem Einsatz zu rascheren Fortschritten führen kann und sollte. Die Millenniumsziele, in denen sich die Denkweise der OECD widerspiegelt, machen deutlich, wie viel diesbezüglich noch

zu tun bleibt. Ich hoffe, dass dieser Bericht ebenso wie seine Vorgänger zu mehr Wissen und Verständnis in Bezug darauf verhelfen wird, wie die Entwicklungszusammenarbeit effektiv zu den Ergebnissen beitragen kann, die wir uns alle wünschen und die die Welt benötigt.

Seit dem Pearson-Bericht sind 36 Jahre verstrichen. Wir hätten in dieser Zeit mehr erreichen sollen, aber jetzt, wo der politische Wille zur Unterstützung einer kohärenten EZ- und Handelsagenda vorhanden ist, steht zu hoffen, dass die Armut, wie wir sie kennen, in wesentlich näherer Zukunft nur noch ein Thema von historischem Interesse sein wird.

Donald J. Johnston
Generalsekretär der OECD



Vorwort

Mit dieser Ausgabe erscheint der Bericht über die Entwicklungszusammenarbeit zum 45. Mal. Die Mitwirkenden an dem Bericht von 1960, namentlich mein verehrter Vorgänger James W. Riddleberger, dürften es wohl als Enttäuschung empfinden, dass eine solche Publikation heute immer noch notwendig ist. Auch wenn die Ausrottung extremer Armut eine gewaltige Herausforderung bleibt, hat das Jahr 2005 vielleicht dennoch gezeigt, dass es den Staats- und Regierungschefs weltweit zunehmend ernst damit ist, sie zu einer echten politischen Priorität zu machen. Wie in diesem Bericht ausgeführt wird, könnten wir folglich Zeuge einer Gemeinschaftsunternehmung werden, die mit zunehmender Entschlossenheit darauf gerichtet ist, die Fortschritte bei der Bekämpfung eines von der Welt nicht länger hinnehmbaren Maßes an Armut, Entbehrung und Ungleichheit zu beschleunigen.

Der Entwicklungsausschuss hat sich das ganze Jahr über intensiv mit zahlreichen Aspekten der Entwicklungsproblematik befasst. Dieser Bericht gibt Einblick in einige der großen, besonders komplexen Fragen, auf deren Lösung die Mitglieder gemeinsam hinarbeiten. Ihr Spektrum reicht von den Bemühungen um eine gemeinsame Sichtweise in Bezug auf Maßnahmen zur Förderung eines Wachstums, das sich effektiv in besseren Lebensbedingungen für die Armen niederschlägt, bis hin zu den konzertierten Anstrengungen zur wirksamen Umsetzung der EZ-Programme der Geber. Wie immer wird der Bericht ergänzt durch einen vollständigen Satz statistischer Daten über die Entwicklungszusammenarbeit, in dem sich die Bedeutung niederschlägt, die der DAC der transparenten Rechnungslegung der Aktivitäten seiner Mitglieder beimisst.

Angesichts des großen Interesses, das 2005 Fragen der Entwicklung und der Entwicklungszusammenarbeit galt, erhöht sich für den DAC insgesamt wie auch für seine einzelnen Mitglieder die Notwendigkeit, für Anliegen der Öffentlichkeit aufgeschlossen zu sein. Ich hoffe, der vorliegende Bericht trägt dazu bei, dass wir dieser Verpflichtung nachkommen können.

Im vergangenen Jahr stand das Sekretariat unter ganz erheblichem Druck. Wieder einmal war ich sehr beeindruckt von dem Engagement, mit dem sich die Mitarbeiter auf allen Ebenen eingesetzt haben, um sicherzustellen, dass der Ausschuss und seine Arbeitsgruppen produktive Arbeit leisten konnten. Mein besonderer Dank gilt all denen – den DAC-Delegierten ebenso wie den Vorsitzenden der Arbeitsgruppen und Netzwerke und den Mitgliedern der Sonderarbeitsgruppen –, die bereit waren, zusätzlich zu ihrem umfangreichen normalen Arbeitspensum weitere Arbeiten zu übernehmen, und es dem Ausschuss damit zu ermöglichen, mit Ergebnissen aufzuwarten.

Richard Manning
Vorsitzender des Entwicklungsausschusses



Dank

Die Verfasser der wichtigsten Texte und sonstigen Beiträge zum diesjährigen DAC-Bericht waren: Yasmin Ahmad, Hilary Balbuena, Julia Benn, Elena Bernaldo, Richard Carey, Jeanette Dargaville, Ben Dickinson, Ebba Dohlman, Valérie Gaveau, Brian Hammond, Jim Hradsky, Michael Laird, Caroline Lesser, Richard Manning, Hunter McGill, Carola Miras, Bathylle Missika, Simon Mizrahi, Aimée Nichols, Marjolaine Nicod, Bill Nicol, Josephine Pagani, Madeleine Paris, Rudolphe Petras, Michael Röskau, Simon Scott, Jens Sedemund, Mikael Soderback, Elisabeth Thioleron, Chantal Verger, Michelle Weston, Ann Zimmerman.

Inhaltsverzeichnis

Geleitwort des Generalsekretärs	3
Vorwort	5
Dank	6
Verzeichnis der Abkürzungen	11
1. Überblick des DAC-Vorsitzenden	13
Die vier größten Herausforderungen	15
Welches Volumen an ODA-Leistungen wird bis wann, an wen und in welcher Form vergeben?	15
Kann die EZ-Wirksamkeit bei expandierendem ODA-Volumen verbessert werden? ...	22
Was ist notwendig für den Aufbau lokaler Kapazitäten, die für raschere und nachhaltigere Ergebnisse sorgen?	24
Wie können wir Ergebnisse in der Entwicklungszusammenarbeit vorweisen, vor allem bei besserer ODA-Harmonisierung?	26
Gleichstellung der Geschlechter: Verfehlung eines wichtigen Ziels	27
Das Ziel im Blick behalten	34
Anmerkungen	34
2. Armutsminderndes Wachstum fördern	35
Wachstum und Armutsminderung – Zahlen und Fakten	36
Politikaussagen auf der Grundlage der gewonnenen Erfahrungen im Bereich Wachstum und Armutsbekämpfung	37
Armutsmindernde Wachstumsmaßnahmen zur Förderung von Investitionen, Entwicklung des privaten Sektors, Handel, Landwirtschaft und Infrastruktur	41
Anmerkungen	50
Weiterführende Literatur	50
3. Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit: Drei gute Gründe, warum die Erklärung von Paris etwas bewegen wird	53
1. Grund: Die Erklärung von Paris geht über frühere Vereinbarungen hinaus	54
2. Grund: 12 Indikatoren für das Monitoring der Fortschritte bei der Erreichung der Ziele	56
3. Grund: Mit der Erklärung von Paris wurden strengere Mechanismen für die Rechenschaftspflicht eingeführt	57
Schlussfolgerung: Mit der Erklärung von Paris sollen Verhaltensänderungen herbeigeführt werden	58
Anmerkungen	58
Anhang 3.A1 Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungs- zusammenarbeit	59
Anlage 3.A1.1 Anmerkungen zur Methodik der Fortschrittsindikatoren	72
Anlage 3.A1.2 Liste der Teilnehmerländer und Organisationen	74

4. Politik und Leistungen der bilateralen Geber	77
Profile der einzelnen DAC-Mitglieder	80
Australien	81
Belgien	82
Dänemark	84
Deutschland	85
Europäische Kommission	87
Finnland	88
Frankreich	89
Griechenland	90
Irland	91
Italien	92
Japan	93
Kanada	94
Luxemburg	95
Neuseeland	96
Niederlande	98
Norwegen	99
Österreich	100
Portugal	101
Schweden	102
Schweiz	104
Spanien	106
Vereinigtes Königreich	107
Vereinigte Staaten	108
Profile der Nicht-DAC-Mitglieder	109
Nicht-DAC-OECD-Mitglieder	109
Island	109
Korea	109
Mexiko	110
Polen	111
Slowakische Republik	111
Tschechische Republik	111
Türkei	111
Ungarn	112
Nicht-OECD-Geberländer	113
Estland	113
Israel	113
Kuwait	114
Lettland	114
Litauen	114
Saudi-Arabien	114
Chinesisch Taipeh	115
5. Technische Zusammenarbeit	117
Was ist Technische Zusammenarbeit?	118
Technische Zusammenarbeit und Kompetenzentwicklung	118
Komponenten der Technischen Zusammenarbeit	118
Der Anteil der Technischen Zusammenarbeit an den Programmen der DAC-Geber	120
Technische Zusammenarbeit nach Empfängerländern	123
Kritik an der Technischen Zusammenarbeit	123
Wirksamkeit der Technischen Zusammenarbeit	124

Die Kosten der Technischen Zusammenarbeit	127
Braindrain	130
Die Zukunft der Technischen Zusammenarbeit	132
Anmerkungen	136
Die Arbeit des DAC	139
Der Entwicklungsausschuss (DAC)	140
Wichtigste Tätigkeitsbereiche des DAC	142
Vertreter der DAC-Mitglieder im Entwicklungsausschuss (2005)	144
Mandate und Arbeitsprogramme der Organe des DAC	146
Die Direktion Entwicklungszusammenarbeit	155
Themen und Aliases von DAC-Internetseiten	158
Eine Auswahl wichtiger DCD/DAC-Veröffentlichungen	159
Statistischer Anhang	161
Technische Anmerkungen	261
Glossar entwicklungspolitischer Schlüsselbegriffe und Konzepte	262
Anmerkungen zu Definitionen und Messgrößen	267
DAC-Liste der EZ-Empfänger – Stand 1. Januar 2004	270
Kästen	
1.1 Halbzeitevaluierung der Fortschritte bei den Millenniums-Entwicklungszielen	29
2.1 Armutsminderndes Wachstum fördern: Beispiele für den Wandel der Programme und die Reaktion der Politik	49
3.1 Teilnehmer am Hochrangigen Forum von Paris	55
3.2 Die Pyramide der EZ-Wirksamkeit	56
3.3 Was die Erklärung von Paris erreichen könnte	57
4.1 DAC-Länderprüfung Belgien, 26. Oktober 2005	83
4.2 DAC-Länderprüfung Deutschland, 13. Dezember 2005	86
4.3 DAC-Länderprüfung Neuseeland, 13. April 2005	97
4.4 DAC-Länderprüfung Schweden, 25. Mai 2005	103
4.5 DAC-Länderprüfung Schweiz, 30. Juni 2005	105
5.1 Kapazität, Kapazitätsentwicklung und Technische Zusammenarbeit	119
5.2 Technische Zusammenarbeit aus historischer Perspektive	121
5.3 Technische Zusammenarbeit durch multilaterale EZ-Stellen	128
5.4 Verbesserung des Datenmaterials zur Technischen Zusammenarbeit	133
Tabellen	
1.1 ODA-Nettovolumen der DAC-Mitglieder, 2006 und 2010, gemäß einer Simulation des OECD-DAC-Sekretariats	17
1.2 Das Ziel im Blick behalten	33
Abbildungen	
1.1 ODA-Nettoauszahlungen der DAC-Mitglieder im Zeitraum 1990-2004 und Simulationen des DAC-Sekretariats der ODA-Nettoleistungen im Zeitraum 2006-2010	19
1.2 Einschulungsquote der Mädchen nach wie vor niedriger als die der Jungen	28
5.1 Die Technische Zusammenarbeit übersteigt in einigen armen Ländern die Bildungsausgaben	120
5.2 Je mehr ODA-Leistungen die Geber bereitstellen, desto geringer ist der TZ-Anteil	122

5.3	In afrikanischen und anderen armen Ländern ist der TZ-Anteil am gesamten ODA-Zufluss am geringsten	123
5.4	Wirtschaftlich besser gestellte Länder mit höherem technologischem Entwicklungsniveau erhalten größere TZ-Anteile	125
5.5	Keine signifikante Korrelation zwischen erhaltenen TZ-Leistungen und Wirtschaftswachstum	126
5.6	Der Großteil der Ausgaben für Experten entfällt nicht auf deren fachliche Dienste	130
5.7	Länder mit höherem Einkommensniveau haben mehr Ärzte je Einwohner	132

Verzeichnis der Abkürzungen

ADI	Ausländische Direktinvestitionen
AfDB	African Development Bank (Afrikanische Entwicklungsbank)
AfDF	African Development Fund (Afrikanischer Entwicklungsfonds)
AKP	Afrika, Karibik und Pazifik
AsDB	Asian Development Bank (Asiatische Entwicklungsbank)
AsDF	Asian Development Fund (Asiatischer Entwicklungsfonds)
BNE	Bruttonationaleinkommen
BIZ	Bank für internationalen Zahlungsausgleich
CCA	Common Country Assessment (Gemeinsame Länderevaluierung)
CDF	Comprehensive Development Framework (Umfassender Entwicklungsrahmen)
CDM	Clean Development Mechanismen (Kyoto Protokoll) (Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung)
CGIAR	Consultative Group on International Agricultural Research (Beratungsgruppe für internationale Agrarforschung)
CRS	Creditor Reporting System (des DAC)
DAC	Development Assistance Committee (Entwicklungsausschuss)
DCD	Development Co-operation Directorate (OECD) (OECD-Direktion Entwicklungszusammenarbeit)
EBWE	Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
ECA	Economic Commission for Africa (Wirtschaftskommission für Afrika)
EEF	Europäischer Entwicklungsfonds
EG	Europäische Gemeinschaft
EU	Europäische Union
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
HIC	High-Income Countries (Länder und Gebiete der oberen Einkommensgruppe)
HIPC	Heavily-Indebted Poor Countries (Hoch verschuldete arme Länder)
ILO	Internationale Arbeitsorganisation
IBRD	International Bank for Reconstruction and Development (Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung)
IDA	International Development Association (Internationale Entwicklungsorganisation)
IDB	Inter-American Development Bank (Interamerikanische Entwicklungsbank)
IFAD	International Fund for Agricultural Development (Internationaler Agrarentwicklungsfonds)
IFC	International Finance Corporation (Internationale Finanzkorporation)
IKT	Informations- und Kommunikationstechnologien
IRTA	Investment Related Technical Assistance (Investitionsbezogene technische Unterstützung)
IWF	Internationaler Währungsfonds
LDC	Least Developed Countries (Am wenigsten entwickelte Länder)
LIC	Low Income Countries (Länder der unteren Einkommensgruppe)
LMIC	Lower Middle-Income Countries (Länder der mittleren Einkommensgruppe – unterer Bereich)
MADCT	More Advanced Developing Countries and Territories (Fortgeschrittenere Entwicklungsländer und -gebiete)
MDB	Multilateral Development Banks (Multilaterale Entwicklungsbanken)
MDG	Millennium Development Goals (Millenniums-Entwicklungsziele)
MOEL	Mittel- und osteuropäische Länder
NEPAD	New Partnership for Africa's Development (Neue Partnerschaft für Afrikas Entwicklung)

NRO	Nichtregierungsorganisationen
NUS	Neue Unabhängige Staaten (der ehemaligen Sowjetunion)
OA	Official Aid (Öffentliche Leistungen)
OAU	Organisation for African Unity (Organisation für Afrikanische Einheit)
ODA	Official Development Assistance (Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit)
ODF	Official Development Finance (Öffentliche Entwicklungsfinanzierung)
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
OOF	Other Official Flows (Sonstige öffentliche Leistungen)
PRGF	Poverty Reduction and Growth Facility, IMF (formerly ESAF) Armutsreduzierung und Wachstumsfazilitäten des IWF (vormals ESAF)
PRSP	Poverty Reduction Strategy Papers (Strategiepapiere zur Verringerung der Armut)
REB	Regionale Entwicklungsbanken
SNA	System of National Accounts (System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen)
SPA	Strategic Partnership with Africa (Strategische Partnerschaft mit Afrika – ehem. Sonderhilfeprogramm für Afrika)
SWAPs	Sektor-wide Approaches (Sektorkonzepte)
SZR	Sonderziehungsrechte
TZ	Technische Zusammenarbeit
UMIC	Upper Middle-Income Countries (and Territories) (Länder und Gebiete der mittleren Einkommensgruppe – oberer Bereich)
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development (Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen)
UNDG	United Nations Development Group (VN-Gruppe für Entwicklung)
UNDP	United Nations Development Programme (Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen)
UNECA	United Nations Economic Commission for Africa (VN-Wirtschaftskommission für Afrika)
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organisation (Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur)
UNFPA	United Nations Fund for Population Activities (Fonds der Vereinten Nationen für Bevölkerungsprobleme)
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees (Hohes Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen)
UNICEF	United Nations Children's Fund (Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen)
UNIFEM	United Nations Development Fund for Women (Entwicklungsfonds der VN für die Frau)
UNRWA	United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East (Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten)
UNTA	United Nations Technical Assistance (Technische Hilfe der Vereinten Nationen)
USAID	United States Agency for International Development
VN	Vereinte Nationen
WEP	Welternährungsprogramm
WHO	World Health Organisation (Weltgesundheitsorganisation)
WTO	World Trade Organisation (Welthandelsorganisation)

Kapitel 1

Überblick des DAC-Vorsitzenden

Dieses Kapitel befasst sich insbesondere mit den vier großen Herausforderungen, denen sich die für die Entwicklungszusammenarbeit Verantwortlichen derzeit gegenübersehen. Ferner wird untersucht, was uns unser kollektives Versagen bei der Verwirklichung des für 2005 angestrebten Ziels der Geschlechtergleichstellung im Bildungswesen lehrt. Und schließlich wird die Bilanz der Fortschritte gezogen, die bislang in einigen der in den vorangegangenen DAC-Jahresberichten behandelten Schlüsselbereiche erzielt worden sind.

2005 sollte das „Jahr der Entwicklung“ sein. Wie sah es damit in der Praxis aus?

Entwicklungsthemen waren 2005 zweifellos Gegenstand eines außergewöhnlichen **Interesses**. Gleich zu Beginn des Jahres richtete sich die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf die verheerenden Schäden, die der Tsunami im Indischen Ozean am 26. Dezember 2004 angerichtet hatte, und es kam zu einer beispiellosen Flut von Spenden, nicht nur seitens der Regierungen, sondern auch der einfachen Bürger weltweit. Im Juli führte uns dann die Hungersnot in Niger die Schwäche des internationalen Systems bei der Bewältigung auch einer weit leichter vorhersehbaren humanitären Notlage vor Augen. Die außergewöhnlich zerstörerischen Wirbelstürme in der Karibik und im Golf von Mexiko, das verheerende Erdbeben in der Region Kaschmir im Oktober sowie die gleichzeitig immer bedrohlicher werdende Lage in Bezug auf die Ernährungssicherheit im südlichen Afrika sorgten dafür, dass der Bedarf an humanitärer Hilfe überhaupt nicht mehr nachließ.

Was die politische Seite betrifft, so begrüßten die Teilnehmer der OECD-Ministerratstagung im Mai die OECD-Erklärung zum Follow-up der VN-Millenniumserklärung und des Monterrey-Konsens, mit der sich die OECD-Länder zu verstärkten Anstrengungen im Hinblick auf die Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele verpflichteten. Bei dem G8-Gipfeltreffen vom Juli in Gleneagles und bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen anlässlich des für September anberaumten Millenniumsgipfels standen Entwicklungsfragen ganz oben auf der internationalen Agenda, neben den eng damit zusammenhängenden Themen des Klimawandels sowie der Sicherheit und Menschenrechte. Das Jahr endete mit der Tagung der Welthandelsorganisation (WTO) in Hongkong, bei der die Frage im Mittelpunkt stand, wie das Versprechen der Doha-Entwicklungsrunde eingelöst werden kann.

Diesen außergewöhnlichen Ereignissen standen entsprechend umfangreiche und gewichtige **Analysen** gegenüber. Im Januar wurde im Rahmen des Millenniumsprojekts der Vereinten Nationen ein Bericht vorgelegt, der aufzuzeigen versucht, was getan werden muss, damit die Millenniums-Entwicklungsziele (MDG) nicht mehr nur globale Bestrebungen darstellen, sondern in allen Entwicklungsländern zu einer Realität werden. In dem Bericht wird unterstrichen, dass diese Ziele bei Andauern der derzeitigen Trends in vielen Entwicklungs- und Übergangsländern verfehlt werden dürften. Daher wird plädiert für einen ehrgeizigeren und umfassenderen Einsatz der vorhandenen Instrumente, wie beispielsweise der Armutsbekämpfungsstrategien (PRS); sie müssen ergänzt werden durch verstärkte Maßnahmen nach bewährtem Muster, die Aussicht auf rasche Erfolge bieten. Der Bericht ging allgemeiner gesehen auf die Frage ein, was getan werden muss, um die MDG zu verwirklichen, und hebt u.a. die Bedeutung von Wissenschaft und Technologie, Infrastruktur und Rolle der Privatwirtschaft hervor (wobei der letztgenannte Aspekt das zentrale Thema eines früheren Berichts der Vereinten Nationen mit dem Titel *Unleashing Entrepreneurship* – „Freisetzung der unternehmerischen Kräfte“ war). Im März unterbreitete der VN-Generalsekretär seinen Bericht *In größerer Freiheit*, der, gestützt auf diese Analyse sowie auf die im vorangegangenen Dezember veröffentlichte Studie der Hocharangigen Gruppe für Bedrohungen, Herausforderungen und Wandel, eine kohärente Liste von Vorschlägen zu Entwicklung, Sicherheit und Menschenrechten sowie Anregungen für weitere Reformen der Vereinten Nationen enthielt. Von diesen verschiedenen Initiativen gingen bedeutende neue Impulse aus, die den Druck verstärkten, sich mit den Herausforderungen in Bezug auf Frieden, Sicherheit und Stabilität auseinander zu setzen. Die auf dem Millenniumsgipfel vom September getroffene Entscheidung über die Einrichtung einer Kommission für Friedenskonsolidierung bringt insbesondere die Entschlossenheit der internationalen Gemeinschaft zum Ausdruck, die gewaltsame Austragung von Konflikten zu verhindern und vormalis kriegführende Länder bei der Friedensschaffung zu unterstützen. Ferner legte die vom Vereinigten Königreich finanzierte *Commission for Africa* (Kommission für Afrika) ihren Bericht vor, der ein vielseitiges Spektrum von Vorschlägen enthält, wie sowohl den afrika-

nischen Ländern als auch deren Entwicklungspartnern dabei geholfen werden kann, die Herausforderungen zu meistern, denen sich der afrikanische Kontinent gegenüber sieht. Die OECD und die *Wirtschaftskommission für Afrika* ergänzten diese Arbeiten mit der Durchführung ihrer ersten „wechselseitigen Überprüfung“. Der *Weltentwicklungsbericht* der Weltbank wiederum wirft neues Licht auf die Bedeutung, die der Gerechtigkeit, d.h. der Beseitigung der Chancenungleichheit, für den Entwicklungsprozess zukommt.

Das vergangene Jahr war aber auch durch eine Reihe konkreter **Aktionen** geprägt. Das Auslaufen des Multifaserabkommens – Schlussakt der Uruguay-Runde – führte zu bedeutenden Umstrukturierungen in der Textilindustrie, wenn diese Maßnahme für zahlreiche Entwicklungsländer auch schmerzlich waren und deren Wirkung vorübergehend durch die Wiedereinführung von Kontrollen auf einigen der wichtigsten Märkten abgeschwächt wurde. Ferner wurde im Rahmen der Entschuldungsinitiative zu Gunsten der hoch verschuldeten armen Länder (HIPC) eine Einigung erzielt, der zufolge Ländern mit guten Ergebnissen ihre multilateralen Schulden gegenüber dem Internationalen Währungsfonds (IWF), der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA) und dem Afrikanischen Entwicklungsfonds (ADF) erlassen werden. Für Nigeria, das bevölkerungsreichste Land Afrikas, wurde eine bedeutende Schuldenerleichterung vereinbart. Darüber hinaus wurden wichtige Entscheidungen sowohl bezüglich des Volumens als auch der Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit getroffen, auf die im weiteren Verlauf dieses Kapitels noch näher eingegangen wird.

Wichtiger noch ist, dass die Entwicklungsländer, die bereits 2004 ein beeindruckendes Wachstum vorweisen konnten, offenbar wiederum weitaus höhere Pro-Kopf-Einkommenszuwächse als die OECD-Länder erzielt haben und auch in Afrika endlich Anzeichen für eine signifikante (wenngleich noch zu geringe) Zunahme des Pro-Kopf-Einkommens zu erkennen sind. Der positive Trend bei den Indikatoren für gute Staatsführung setzte sich in einigen Ländern fort. Der drastische Anstieg der Ölpreise bescherte den Ölexportländern außergewöhnliche Einnahmen und wirkte in anderen Ländern wachstumsmindernd. Bei Abfassung dieses Berichts schienen die negativen Effekte auf die Entwicklungsländer allerdings insgesamt weniger drastisch, als erwartet worden war.

Kurz gesagt führten uns die Geschehnisse von 2005 erneut vor Augen, dass einschneidende Änderungen notwendig sind, wenn sich die Situation der Armen weltweit auch nur annähernd in dem von den MDG implizierten Tempo verbessern soll. 2005 bildete aber auch eine Etappe auf dem Weg zu einer gemeinsamen Initiative, die mit zunehmender Entschlossenheit darauf gerichtet ist, die Fortschritte bei der Bekämpfung eines von der Welt nicht länger hinnehmbaren Maßes an Armut und Entbehrung sowie Ungleichheit zu beschleunigen. Ich freue mich über die Rolle, die der DAC, wie nachstehend noch gezeigt wird, bei der Konzipierung dieses gemeinsamen Unterfangens gespielt hat.

Im vorliegenden Kapitel will ich insbesondere auf die vier großen Herausforderungen eingehen, denen sich die mit der EZ-Abwicklung befassten Akteure derzeit gegenübersehen. Ferner werde ich Überlegungen darüber anstellen, welche Lehren sich aus unserem kollektiven Versagen bei der Realisierung des für 2005 angestrebten Ziels der Geschlechtergleichstellung im Bildungswesen ziehen lassen. Daran schließt sich wie üblich eine Bestandsaufnahme der Fortschritte in einer Reihe entwicklungspolitischer Schlüsselbereiche an, wo die Ergebnisse bereits im Rahmen der letzten zwei *DAC-Jahresberichte* beobachtet worden waren.

Die vier größten Herausforderungen

Welches Volumen an ODA-Leistungen wird bis wann, an wen und in welcher Form vergeben?

Wie schon in früheren Berichten dieser Reihe unterstrichen wurde, kann die internationale Entwicklungszusammenarbeit lediglich einen Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung leisten, die den Armen zugute kommt. Eine viel wichtigere Rolle spielen naturgemäß die Aktionen der Regierungen und der Bevölkerung der armen Länder (einschließlich des privatwirtschaftlichen Sektors) sowie die Schaffung eines entwicklungsförderlichen Umfelds durch die Politik der

OECD-Mitglieder und anderer Länder. Tatsache ist jedoch, dass mehr und qualitativ bessere ODA-Leistungen das Zünglein an der Waage sein können, namentlich was das Tempo der realisierten Fortschritte betrifft. Sehr wichtig ist daher der Versuch, sich ein Bild davon zu machen, was wirklich hinter den weitreichenden Ankündigungen steht, die 2005 im Hinblick auf das Volumen und den wirksamen Einsatz der ODA-Mittel gemacht wurden.

Die vom DAC erfassten ODA-Leistungen weisen sowohl in realer Rechnung (seit 1997) als auch bezogen auf das Nationaleinkommen (seit 2001) einen steigenden Trend auf. Es gibt allen Grund zu der Annahme, dass 2005 sogar eine außergewöhnliche Zunahme verzeichnet wurde. Darüber hinaus dürften die von vielen DAC-Mitgliedern getroffenen Entscheidungen einen weiteren beträchtlichen Anstieg bis 2010, ja sogar bis 2015 gewährleisten. Besondere Erwähnung verdienen in diesem Zusammenhang insofern die vom Rat der Europäischen Union auf seiner Tagung am 24. Mai gefassten Beschlüsse, als sich damit 25 Länder, darunter 16 der 23 DAC-Mitglieder, engagiert haben. Werden die dort erteilten Zusagen vollständig eingehalten, so bedeutet dies, dass die jährlichen ODA-Ausgaben der EU 2010 in realer Rechnung um 38 Mrd. US-\$ höher sein werden als 2004 (und von 2010 bis 2015 um weitere 28 Mrd. US-\$ steigen). Berücksichtigt man ferner auch die ODA-Zusagen anderer DAC-Mitglieder, so werden sich die gesamten ODA-Nettoauszahlungen der DAC-Mitglieder zwischen 2004 und 2010 nach Schätzungen des DAC-Sekretariats von 79,5 Mrd. US-\$ auf 128,1 Mrd. US-\$ (in konstanten US-\$ von 2004) erhöhen, was einer Zunahme um nahezu 50 Mrd. US-\$ entspräche. Einzelheiten hierzu sind Tabelle 1.1 zu entnehmen.

Auch wenn wir keine vergleichbaren Projektionen für die meisten Nicht-DAC-Geber aufstellen können – mit Ausnahme der neuen EU-Mitgliedstaaten, die im Rahmen der EU-Vereinbarungen sehr bedeutende Zusagen gemacht haben –, deutet doch einiges darauf hin, dass auch die Leistungen dieser Geber im Beobachtungszeitraum nach oben tendieren werden. Korea hat beschlossen, seine ODA-Leistungen bis 2010 auf 0,10% seines BNE anzuheben, was bedeutet, dass es seine ODA bis dahin mehr als verdoppeln müsste, um rd. 1 Mrd. US-\$ zu erreichen. Von besonderer Bedeutung ist hier die Ankündigung Chinas anlässlich der Generalversammlung der Vereinten Nationen, zusätzlich 10 Mrd. US-\$ bereitzustellen, auch wenn klargestellt wurde, dass ein nicht näher bestimmter Anteil davon nicht als ODA, sondern in Form von Exportkrediten vergeben werden soll. Alles in allem könnte es zum stärksten Anstieg der vom DAC erfassten ODA-Leistungen seit Einrichtung des Ausschusses im Jahr 1960 kommen, selbst wenn ihr Niveau bezogen auf das kumulierte BNE der DAC-Länder mit 0,36% im Jahr 2010 das 1980-1992 erreichte Niveau von 0,33% des BNE nur geringfügig übersteigen und immer noch weit hinter dem Niveau von über 0,50% zurückbleiben würde, das in den ersten Jahren nach Gründung des Ausschusses verzeichnet worden war.

Bei den oben genannten Zahlen handelt es sich um Projektionen des Sekretariats, die größtenteils auf amtlichen Verlautbarungen der DAC-Mitglieder basieren. Daraus folgt, dass die ODA-Leistungen in den meisten dieser Länder Jahr für Jahr stärker als die gesamten öffentlichen Ausgaben und auch rascher als in den letzten Jahren steigen müssen. Diese Feststellung veranschaulicht das ganze Ausmaß des Problems. Wir wollen nachstehend untersuchen, inwieweit sich derartige Zusagen und Schätzungen bislang als verlässlich erwiesen haben.

Anlässlich der Monterrey-Konferenz über Entwicklungsfinanzierung von März 2002 hatten zahlreiche DAC-Mitglieder ihre Absicht zur Erhöhung ihrer ODA-Leistungen bekundet, in der Regel unter Zugrundelegung eines vorab für 2006 festgelegten Ziels: Wenn wir uns nun ansehen, was in der Folge aus diesen Zusagen geworden ist, dürfte uns das einiges über die voraussichtliche Entwicklung der ODA-Ausgaben bis 2010 verraten.

Das Volumen der ODA-Leistungen hat sich seit der Monterrey-Konferenz in der Tat Jahr für Jahr erhöht, allerdings nicht in dem Tempo, das nötig gewesen wäre, um die Zusagen der Geber für 2006 zu konkretisieren. Von 2001 bis 2004 sind die ODA-Leistungen real um 18% gestiegen, was einer durchschnittlichen Zuwachsrate von etwas über 5% jährlich entsprach. Diese Zuwachsrate müsste sich zwischen 2004 und 2006 verdoppeln, damit die Projektionen bis 2006 effektiv erreicht werden.

Tabelle 1.1 ODA-Nettovolumen der DAC-Mitglieder, 2006 und 2010, gemäß einer Simulation des OECD-DAC-Sekretariats

Zu konstanten Preisen von 2004, Mio. US-\$

Bei den unten stehenden Daten handelt es sich nicht um Prognosen, sondern um Projektionen des Sekretariats auf der Basis amtlicher Verlautbarungen der Mitgliedsländer des OECD-Entwicklungsausschusses (DAC). Die Eckdaten dieser Verlautbarungen sind in der Spalte „Hypothesen“ enthalten. Zur Berechnung der ODA/Nettoleistungen und des ODA/BNE-Verhältnisses sind BNE-Projektionen für 2006 und 2010 erforderlich. Für 2006 stammen die Projektionen des realen Wachstums der einzelnen Länder aus dem *OECD-Wirtschaftsaussicht 77* (Mai 2005), Anhangstabelle 1. Für den Zeitraum 2006-2010 wurde für alle Länder eine reale jährliche BNE-Wachstumsrate von 2% angenommen. Die technischen Einzelheiten der Berechnungen wurden mit den jeweiligen nationalen Behörden erörtert, für die Methodik und die veröffentlichten Endergebnisse ist jedoch das DAC-Sekretariat verantwortlich.

	2004		Annahmen	2006		2010		Reale Veränderung der ODA gegenüber 2004		
	Netto-ODA (Mio. US-\$ von 2004)	ODA/BNE		Netto-ODA (Mio. US-\$ von 2004)	ODA/BNE	Netto-ODA (Mio. US-\$ von 2004)	ODA/BNE	Mio. US-\$ von 2004	Prozent	
										Mio. US-\$ von 2004
Belgien ¹	1 463	0,41%	1 815	0,49%	351	24%	2 807	0,70%	1 344	92%
Dänemark	2 037	0,85%	2 037	0,81%	0	0%	2 185	0,80%	148	7%
Deutschland	7 534	0,28%	9 271	0,33%	1 737	23%	15 509	0,51%	7 975	106%
Finnland ^{1,2}	655	0,35%	797	0,41%	141	22%	1 475	0,70%	820	125%
Frankreich ¹	8 473	0,41%	9 983	0,47%	1 510	18%	14 110	0,61%	5 638	67%
Griechenland	465	0,23%	715	0,33%	251	54%	1 196	0,51%	732	158%
Irland ¹	607	0,39%	765	0,44%	158	26%	1 121	0,60%	514	85%
Italien	2 462	0,15%	5 537	0,33%	3 075	125%	9 262	0,51%	6 801	276%
Luxemburg ¹	236	0,83%	272	0,90%	36	15%	328	1,00%	93	39%
Niederlande	4 204	0,73%	4 801	0,82%	598	14%	5 070	0,80%	867	21%
Österreich	678	0,23%	1 000	0,33%	322	48%	1 673	0,51%	995	147%
Portugal ³	1 031	0,63%	558	0,33%	-474	-46%	933	0,51%	-98	-10%
Schweden	2 722	0,78%	3 719	1,00%	997	37%	4 025	1,00%	1 303	48%
Spanien ^{1,2}	2 437	0,24%	3 569	0,33%	1 132	46%	6 925	0,59%	4 488	184%
Vereinigtes Königreich ^{1,2}	7 883	0,36%	9 602	0,42%	1 719	22%	14 600	0,59%	6 717	85%
EU-Mitglieder insg.	42 886	0,35%	54 440	0,43%	11 554	27%	81 221	0,59%	38 335	89%
Australien	1 460	0,25%	1 768	0,28%	308	21%	2 460	0,36%	1 000	68%
Japan ⁴	8 906	0,19%	9 906	0,20%	1 000	11%	11 906	0,22%	3 000	34%
Kanada ⁵	2 599	0,27%	2 897	0,28%	297	11%	3 648	0,33%	1 049	40%
Neuseeland	212	0,23%	258	0,27%	46	22%	289	0,28%	77	36%
Norwegen	2 199	0,87%	2 657	1,00%	458	21%	2 876	1,00%	677	31%
Schweiz ⁶	1 545	0,41%	1 596	0,41%	51	3%	1 728	0,41%	182	12%
Vereinigte Staaten ⁷	19 705	0,17%	24 000	0,19%	4 295	22%	24 000	0,18%	4 295	22%
DAC-Mitglieder insg.	79 512	0,26%	97 520	0,30%	18 008	23%	128 128	0,36%	48 616	61%

- Die ODA/BNE-Verhältniszahlen wurden für die Zeit zwischen 2004 und dem angestrebten Zieljahr interpoliert.
- Finnland beabsichtigt, das Ziel von 0,7% „vorbehaltlich der wirtschaftlichen Umstände“ bis 2010 zu erreichen; Spanien zielt auf einen Mindestwert von 0,5% bis 2008 ab und beabsichtigt, bis 2012 0,7% zu erreichen; das Vereinigte Königreich hat einen Zeitplan angekündigt, dem zufolge das Ziel von 0,7% bis 2013 erreicht werden soll.
- Die ODA-Leistungen Portugals lagen 2004 auf Grund einer außergewöhnlichen Schuldenerlasstransaktion zu Gunsten Angolas über dem Trend.
- Japan beabsichtigt eine Steigerung seines ODA-Volumens in den nächsten fünf Jahren (2005-2009) um insgesamt 10 Mrd. US-\$ gegenüber seinen Nettoleistungen von 2004. Die Schätzungen des Sekretariats unterstellen zusätzliche Leistungen von 1 Mrd. US-\$ im Jahr 2006 und von 3 Mrd. US-\$ im Jahr 2010.
- Kanada beabsichtigt eine nominale Verdoppelung seiner International Assistance Envelope (IAE) von 2001 bis 2010. Der hier geschätzte ODA-Anteil, für den die Angaben von den kanadischen Behörden geliefert wurden, berücksichtigt Bereinigungen um die Inflation (ca. 2% jährlich) sowie sonstige ODA-Ausgaben (außerhalb der IAE).
- Die ODA-Leistungen der Schweiz werden zwischen 2005 und 2008 in nominaler Rechnung um 8% steigen. Für die darauf folgenden Jahre soll ein neues Ziel festgelegt werden. Die Schätzungen des Sekretariats gehen davon aus, dass der Anteil von 0,41% des BNE 2006 und 2010 konstant bleibt.
- Schätzungen des Sekretariats auf der Basis der ODA-Leistungen von 2004, zusätzlich 5 Mrd. US-\$ pro Jahr, um den auf dem G8-Gipfeltreffen von Gleneagles gemachten Zusagen Rechnung zu tragen, die eine Aufstockung der EZ-Leistungen an Afrika zu Gunsten des Millennium Challenge Account sowie der Initiativen im Bereich HIV/AIDS, Malaria und humanitäre Hilfe vorsehen.
- Die ODA-Leistungen der Niederlande lagen 2004 unter dem angestrebten Ziel, da Indien seine gesamten ausstehenden ODA-Darlehen an die Niederlande zurückzahlte. Die Niederlande beabsichtigen, ihr Ziel von durchschnittlich 0,8% des BNE in den Jahren 2004-2007 beizubehalten.

Damit bleibt eine gewisse Ungewissheit in Bezug auf die Frage bestehen, ob das in Monterrey für 2006 zugesagte ODA-Volumen effektiv erreicht werden wird. Einige der in Tabelle 1.1 enthaltenen Informationen sind ermutigend; so beträgt z.B. das ODA/BNE-Verhältnis für die EU 2006 den Projektionen zufolge 0,43%, gegenüber einer Zielvorgabe von 0,39%. Wie dieselbe Tabelle zeigt, setzt das jedoch voraus, dass alle EU-DAC-Mitglieder bis 2006 das vereinbarte Mindestniveau von 0,33% des BNE erreichen, was seitens einiger EU-Mitglieder eine proportional beträchtliche Steigerung (im Fall Italiens um 125%) bedingt. Die fünf EU-Mitgliedstaaten, deren BNE-Anteil 2004 unter 0,33% lag, müssten ihre ODA-Leistungen bis 2006 um insgesamt 6,5 Mrd. US-\$ aufstocken, wenn sich die Schätzungen des Sekretariats bewahrheiten sollen. Wenn nur die Hälfte dieses Aufstockungsbetrags zustande käme und sich das ODA-Volumen aller anderen EU-Mitgliedstaaten wie projiziert entwickelt, würde die ODA/BNE-Quote für die EU insgesamt zwar immer noch 0,39% übersteigen, aber lediglich um 1 Basispunkt. In der Praxis jedoch dürfte die Konkretisierung der von den Gebern für 2006 gemachten Zusagen, wie weiter unten ausgeführt, durch einige Sonderfaktoren erleichtert werden.

Darüber hinaus werden die zugesagten ODA-Erhöhungen möglicherweise nicht in der erwarteten Form geleistet werden. So haben z.B. die USA in Monterrey eine ODA-Aufstockung um 50% zugesagt und ihre Absicht bekundet, für 2006 5 Mrd. US-\$ davon im Rahmen des neu eingerichteten *Millennium Challenge Account* (MCA) bereitzustellen. In der Praxis setzten diese MCA-Auszahlungen dann aber erst 2005 ein, und im Haushalt 2006 beantragte die Regierung 3 Mrd. US-\$ für diesen Posten, wovon der Kongress allerdings nur 1,77 Mrd. US-\$ bewilligte, da die Aufnahme bzw. Ausweitung der entsprechenden Aktivitäten wegen der notwendigen Zeit für die Übernahme der Eigenverantwortung durch die Partnerländer langsamer als geplant voranschritt. Hingegen führte der Anstieg der (bei der Monterrey-Konferenz nicht vorgesehenen) Ausgaben für den Irak sowie der Leistungen an Afghanistan in Verbindung mit sonstigen Ausgaben, wie namentlich für die Subsahara-Länder, multilaterale Organisationen, Bekämpfung von HIV/AIDS und Nothilfe, dazu, dass sich das Niveau der US-Leistungen im Zeitraum 2000-2004 in realer Rechnung um 83% erhöhte, verglichen mit dem DAC-Durchschnitt von 20%.

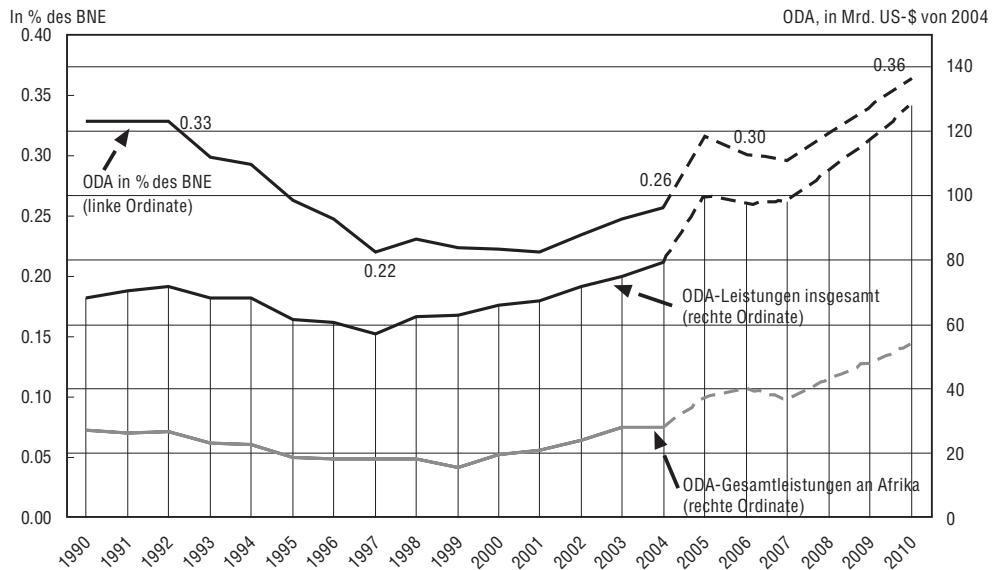
Extrapoliert man diese Erfahrung auf die Zusagen der großen Mehrheit der DAC-Mitglieder für 2010 (u.a. Kanada, EU und Japan), so legt dies drei Annahmen nahe. Erstens werden die ODA-Leistungen zwar weiter zunehmen, jedoch mit einer vergleichsweise niedrigen Rate, die dann gegen das Jahr 2010 steil ansteigen müsste, wenn das anvisierte Ziel erreicht werden soll. Zweitens kann nicht als gesichert angesehen werden, dass der der Simulation des Sekretariats entsprechende Gesamtbetrag von 128 Mrd. US-\$ 2010 effektiv erreicht wird. Drittens lässt sich lange im Voraus schwer sagen, in welcher Form die Aufstockung der ODA-Leistungen zustande kommen wird.

Etwas genauere Einschätzungen sind jedoch für die jüngste Vergangenheit und die unmittelbare Zukunft möglich. So werden die Zahlen für die ODA-Leistungen im Jahr 2005, die im April 2006 veröffentlicht werden, einen weit **über** dem Trend liegenden Anstieg erkennen lassen (vgl. Abb. 1.1), was sich aus folgenden Faktoren erklärt:

- Die Geber vereinbarten im Februar 2005 einen Beitrag in Höhe von 18 Mrd. US-\$ an die zur Weltbankgruppe gehörende IDA, damit diese ihre Zuschüsse und Darlehen um mindestens 25% erhöhen kann.
- Die DAC-Mitglieder sind derzeit dabei, ihre bilateralen Programme signifikant aufzustocken.
- Der Tsunami im Indischen Ozean und andere Naturkatastrophen, wie das Erdbeben in Kaschmir, haben zu einer außergewöhnlichen Mobilisierung sowohl öffentlicher als auch privater Ressourcen für Soforthilfe- und Wiederaufbaumaßnahmen geführt.
- Der Pariser Club hat Ende 2004 beschlossen, dem Irak einen Großteil seiner Schulden zu erlassen. Auch die 2005 getroffene Vereinbarung über einen Schuldenerlass zu Gunsten Nigerias wird sich erheblich auf die erfassten ODA-Leistungen auswirken.

Infolgedessen dürfte es kurzfristig zu einem „boomartigen“ rechnerischen Anstieg der ODA-Leistungen kommen, der sich zu einem großen Teil jedoch nicht in höheren Ressourcentransfers an die große Mehrheit der Entwicklungsländer niederschlagen wird.

Abbildung 1.1 ODA-Nettoauszahlungen der DAC-Mitglieder im Zeitraum 1990-2004 und Simulationen des DAC-Sekretariats der ODA-Nettoleistungen im Zeitraum 2006-2010



Längerfristig gesehen wird die Wirkung dieser Sonderfaktoren allmählich abnehmen (künftige Entschuldungsabkommen dürften kaum die Höhe der Vereinbarungen zu Gunsten des Irak und Nigerias erreichen). Daher werden die Geber andere Formen der Entwicklungszusammenarbeit sehr stark ausweiten müssen, wenn sie das für 2010 gesetzte Ziel auch nur annähernd erreichen wollen. Alles in allem wird die Gruppe der Länder mit durchschnittlich guten institutionellen Rahmenbedingungen (*average good performers*) im Zeitraum 2005-2006 wohl moderate Zuwachsraten verzeichnen, die sich in der Folge dann hoffentlich schrittweise erhöhen werden. Die Zwischenziele, die sich einige DAC-Mitglieder für den Zeitraum 2006-2010 gesetzt haben, und die Zuwachsraten, zu denen sich andere verpflichtet haben, dürften dazu beitragen, die Wachstumsdynamik aufrechtzuerhalten.

Diese Vorausschätzungen müssten vielleicht sogar nach oben korrigiert werden, wenn es künftig gelingen sollte, bedeutende Ressourcen über innovative Finanzierungsinstrumente wie die *International Finance Facility* (IFF) oder Solidaritätsabgaben auf Flugtickets zu mobilisieren. Jedoch wird die – grundsätzlich natürlich zu begrüßende – *International Finance Facility for Immunisation* (IFFIm) für sich alleine genommen wohl eine eher moderate Wirkung haben (aber ganz wesentlich zur Steigerung der Impfquote beitragen). Bei Abfassung dieses Berichts beliefen sich die projizierten Gesamtausgaben im Rahmen der *Global Alliance for Vaccines and Immunisation* (GAVI) auf 1,4 Mrd. US-\$ über einen Zeitraum von fünf Jahren. Bislang ist noch nicht klar, inwieweit die Erträge der geplanten Solidaritätsabgabe auf Flugtickets als zusätzlicher Betrag zu den geplanten Leistungen gelten können. Derartige Abgaben könnten obligatorischen oder freiwilligen Charakter haben. Im ersten Fall könnten sie die ODA-Leistungen erhöhen, wenn sie als Ergänzung zu den bestehenden ODA-Zusagen gedacht sind. Bei freiwilligen Abgaben würde es sich um private Beiträge handeln, die definitionsgemäß eine von den ODA-Leistungen gesonderte Kategorie darstellen.

Lässt man einmal diese „Sonderposten“ außer Acht, wohin werden dann die zusätzlichen ODA-Mittel gehen, beziehungsweise wofür sollten sie verwendet werden?

In den letzten Jahren hat sich eine wachsende Zahl von Untersuchungen mit der Frage befasst, welche ODA-Allokationsstruktur am ehesten geeignet ist, einen wirksamen Beitrag zur Armutsbekämpfung und zu Fortschritten bei der Verwirklichung der MDG zu leisten. Die wichtigsten Ergebnisse dieser Arbeiten lassen sich vereinfacht wie folgt zusammenfassen:

- Die Aufteilung der ODA sollte so weit wie möglich proportional zur Verteilung der ärmsten Bevölkerungsgruppen in der Welt erfolgen.
- *Good Performers* sollten bei vergleichbarem Niveau der Armut höhere Pro-Kopf-Leistungen erhalten als Länder, die weniger gute politische Rahmenbedingungen aufweisen (obwohl einige Untersuchungen den Einfluss der politischen Rahmenbedingungen auf die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit in Frage stellen, messen die meisten Geber diesem Aspekt – wie ich meine, zu Recht – großes Gewicht bei).
- ODA-Leistungen unterliegen – wie die meisten anderen Maßnahmen – dem Gesetz sinkender Erträge: Ab einem gewissen Punkt macht eine allzu starke Abhängigkeit von ODA jeglichen Nutzen zusätzlicher Leistungen zunichte.
- Es könnte von einigen Beobachtern argumentiert werden, dass auch der Zugang zu Nicht-ODA-Finanzmitteln berücksichtigt werden sollte. In der Tat mutet es etwas seltsam an, dass substantielle ODA-Leistungen an Länder mit bedeutenden, rasch wachsenden Währungsreserven vergeben werden.
- Angesichts der Tatsache, dass ein Drittel der Armen in „fragilen Staaten“ lebt, muss noch mehr getan werden, um zu einem besseren Verständnis der geeigneten Ansätze und Instrumente für diese oft in Konflikt verwickelten Länder zu gelangen und deren Absorptionskapazität besser abschätzen zu können.

Die derzeitige ODA-Allokationsstruktur spiegelt diese Grundsätze noch nicht in vollem Umfang wider, kommt ihnen aber gleichwohl schon etwas näher, als dies zur Zeit des Kalten Krieges der Fall war. Unter Zugrundelegung der theoretisch als optimal anzusehenden Aufteilung der gesamten ODA lässt sich Folgendes anmerken:

- Auf die Länder der mittleren Einkommensgruppe, in denen ungefähr 27% der Menschen leben, die mit weniger als einem Dollar pro Tag auskommen müssen, entfällt so gesehen ein proportional etwas höherer Anteil an den gesamten ODA-Leistungen (rd. 33% im Zeitraum 2003-2004). Das ist z.T. der im Vergleich zu den Ländern der unteren Einkommensgruppe höheren Absorptionskapazität zuzuschreiben. Diese Länder haben aber gewöhnlich Zugang zu anderen Finanzmitteln, wie z.B. Darlehen zu Marktbedingungen seitens der multilateralen Entwicklungsbanken, deren Kreditvergabekapazität derzeit bei weitem nicht ausgeschöpft ist. Es muss noch intensiver darüber nachgedacht werden, wie die ODA effizienter in diesen Ländern eingesetzt werden kann, wo die ODA-Leistungen im Verhältnis zu den lokalen Ressourcen zumeist relativ gering sind und die Armut tiefliegende Ursachen der Entmündigung und Ausgrenzung haben kann, die erfahrungsgemäß nur schwer auszuräumen sind.
- In kleineren Ländern sind die ODA-Leistungen je Einwohner (bzw. je Armen) viel höher als in großen Ländern. Um zwei afrikanische Länder als Beispiel zu nennen: Im Zeitraum 2003-2004 erhielt Namibia mit einer Bevölkerung von 2 Millionen Menschen und einem Pro-Kopf-Einkommen von 2 370 US-\$ (Basis: Weltbankatlas) 81 US-\$ je Einwohner, während Äthiopien mit einer Bevölkerung von 69 Millionen und einem Pro-Kopf-Einkommen von 90 US-\$ Pro-Kopf-Leistungen in Höhe von 25 US-\$ empfangt. Zwar dürften kleinere Länder mit verhältnismäßig höheren staatlichen Verwaltungskosten konfrontiert sein als größere Länder und in der Regel auch anfälliger für wirtschaftliche, klimatische oder politische Schocks sein, doch lässt sich eine derartige Diskrepanz des Pro-Kopf-Leistungsvolumens zwischen kleinen und großen Ländern kaum rechtfertigen. Zudem haben kleinere Länder auch besonders häufig mit sinkenden Erträgen und Problemen der ODA-Abhängigkeit zu kämpfen. Wie jedoch im letztjährigen Bericht unterstrichen wurde, bildet diese „Vorzugsbehandlung“ der kleinen Länder nunmehr seit Jahrzehnten ein besonderes Merkmal der ODA-Allokation.
- Fragile Staaten empfangen geringere Pro-Kopf-ODA-Leistungen, als nach dem klassischen Modell, bei dem sowohl die Armutsquote als auch das Kriterium der Regierungsführung zu Grunde gelegt werden, eigentlich anzunehmen wäre. Ferner sind die ODA-Leistungen an fragile Staaten durch eine doppelt so hohe Volatilität gekennzeichnet wie im Fall anderer

Länder der unteren Einkommensgruppe. In der Regel sind in diesen Ländern auch die Zahl der Geber sowie die diplomatische Präsenz im Ausland geringer. Innerhalb der Gruppe der fragilen Staaten gibt es aber natürlich Unterschiede. So empfangen z.B. Länder, die sich in einer Postkonfliktsituation befinden, meist relativ hohe Pro-Kopf-Leistungen, während eine Reihe anderer fragiler Staaten nur ein sehr geringes ODA-Volumen für sich verbuchen kann. Das kann daran liegen, dass die politischen Rahmenbedingungen in den betreffenden Ländern eine effektive EZ-Abwicklung erschweren oder deren potenziellen Nutzen in Frage stellen. Einschlägige Untersuchungen deuten jedoch darauf hin, dass die Vernachlässigung fragiler Staaten – seien sie in Konflikte verstrickt oder nicht – erhebliche Kosten verursachen kann, da diese Länder eine potenzielle Bedrohung für Stabilität und Sicherheit sowohl der betreffenden Region als auch der Welt insgesamt darstellen können und auf fragile Staaten annähernd ein Drittel der in absoluter Armut lebenden Weltbevölkerung entfällt, was häufig das Ergebnis eines Teufelskreises von Konflikten, schlechter Regierungsführung und Armut ist.

Im Zuge der ODA-Aufstockung wird es auch zunehmend wichtig, sich ein besseres Bild von der voraussichtlichen Allokationsstruktur zu machen. Ich begrüße es, dass der DAC in Zusammenarbeit mit der Weltbank begonnen hat, sich genauere Informationen über die Absichten der Geber zu verschaffen. Gleichwohl sollten wir nicht zu hohe Erwartungen an die Ergebnisse dieser Arbeit knüpfen: Die Zukunft bleibt stets teilweise im Ungewissen, und zudem werden einige der Mitglieder eher als andere in der Lage sein, Angaben über die künftige Ausrichtung ihrer ODA zu machen. Ich hoffe jedoch, dass es uns gelingen wird, jene Art von Informationen zu liefern, die die bilateralen und multilateralen EZ-Stellen benötigen, um ihre Entscheidungen in besserer Kenntnis aller damit verbundenen Konsequenzen zu treffen.

Die Modalitäten der Entwicklungszusammenarbeit sind weiter im Wandel begriffen. Die Länder der mittleren Einkommensgruppe empfangen hauptsächlich Projekthilfe, und ein relativ hoher Anteil entfällt auf die Technische Zusammenarbeit, während in den Ländern der unteren Einkommensgruppe (vor allem den stärker von ODA abhängigen Ländern mit einer Vielzahl von Gebern) vor allem Sektorkonzepte (SWAPs) umgesetzt werden. Das Verhältnis zwischen projektgebundenen Leistungen und programmorientierten EZ-Formen, wie allgemeine oder sektorspezifische Budgethilfe bzw. Strukturanpassungskredite, hängt weniger vom Einkommensniveau als vielmehr davon ab, ob das betreffende Land über solide makroökonomische Fundamentaldaten und ein zufrieden stellendes öffentliches Finanzmanagement sowie eine gute Regierungsführung verfügt. Die letztgenannten Merkmale gelten gewöhnlich als Voraussetzung für die Gewährung von Programmhilfe (wobei allerdings Länder in Postkonfliktsituationen eine wichtige Ausnahme darstellen). Die allgemeine Budgethilfe, die noch vor zehn Jahren nicht sehr üblich war, avancierte zu einer besonders wichtigen Form des Ressourcentransfers an ODA-abhängige arme Länder und wurde zu einem zentralen Instrument für die koordinierte geberseitige Unterstützung lokaler Prioritäten. Sie stellt ein wirksames Mittel zur Förderung eigenverantwortlichen Handelns dar und trägt dazu bei, das Augenmerk stärker auf die Qualität der lokalen Systeme für Finanzmanagement und Rechenschaftspflicht zu lenken (im Gegensatz zu der früher bevorzugten Zahlungsbilanzhilfe). Die Herausforderung besteht jedoch darin, für eine hinreichende Berechenbarkeit der Auszahlungen zu sorgen. Dazu gehört auch, Formen der Konditionalität zu finden, die z.B. verhindern, dass alle Geber plötzlich gleichzeitig ihre Leistungen einstellen (außer natürlich in Extremfällen), und die zugleich das treuhänderische Risiko auf ein Mindestmaß begrenzen. Andererseits kann es sich zuweilen auch als schwierig erweisen, die angestrebte Kalkulierbarkeit der Auszahlungen gegen den Druck zu verteidigen, der durch bestimmte Entscheidungen der Empfängerregierung, natürlich auch durch Abzweigung oder Zweckentfremdung der budgetären Mittel, entstehen kann. Der Bericht über die umfassende gemeinsame Evaluierung der Budgethilfe, der im Mai 2006 veröffentlicht werden soll, dürfte sehr wertvolle Anhaltspunkte für den künftigen Einsatz dieses EZ-Instruments liefern.

Der Umfang der dem DAC 2004 gemeldeten Mittel für Technische Zusammenarbeit von insgesamt rd. 19 Mrd. US-\$ war Anlass dafür, die Zusammensetzung dieser heterogenen Leistungskategorie näher unter die Lupe zu nehmen. Zwecks größerer Transparenz des vom DAC erstellten statistischen Berichtssystems ist in Kapitel 5 des vorliegenden Berichts eine Analyse wiedergegeben, die eine genauere Vorstellung von Umfang und Art der wichtigsten TZ-Komponenten vermittelt.

Ich habe weiter oben den starken Anstieg erwähnt, mit dem zumindest im Zeitraum 2005-2006 bei Nothilfe und Schuldenerleichterungen gerechnet wird. Auch die öffentlichen Beiträge an Nichtregierungsorganisationen (NRO) sowie die über diese Kanäle geleiteten staatlichen Finanzmittel wiesen einen steigenden Trend auf und erreichten 2004 fast 5 Mrd. US-\$. Die durch private Spenden finanzierten NRO-Ausgaben expandierten sogar noch kräftiger und stiegen von 6,9 Mrd. US-\$ im Jahr 2000 auf das Rekordniveau von 11,3 Mrd. US-\$ im Jahr 2004 (das entspricht einer realen Zunahme um 37%).

Auf multilaterale Leistungen entfällt nach wie vor ein relativ konstanter Anteil an den gesamten ODA-Mitteln der DAC-Geber (rd. 30%, wenn die EU als multilateraler Kanal berücksichtigt wird). Wie im *Jahresbericht 2003 über die Entwicklungszusammenarbeit* festgestellt wurde, sind auch die Leistungen an die verschiedenen Organisationen des multilateralen Systems über eine beträchtliche Zeitspanne hinweg relativ konstant geblieben, während die von den multilateralen Banken zu vergünstigten Bedingungen vergebenen Kredite wegen des Recycling der Rückflüsse rascher gestiegen sind. Diese Situation ist jetzt im Begriff, sich von Grund auf zu ändern. Die vermehrte Schaffung multilateraler Sonderfonds, wie des Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria, dürfte den multilateralen Anteil weiter vergrößern. Zudem werden die Geber angesichts der voraussichtlichen Abnahme der Kreditrückzahlungen an die IDA und den ADF ihre Beiträge an diese Stellen aufstocken müssen, um den Effekt des sinkenden Anteils der Darlehen an den Operationen dieser Institutionen abzufedern. Abgesehen davon ist festzustellen, dass die Geber heute in der Praxis einen größeren Teil der für bestimmte Länder vorgesehenen Finanzmittel über multilaterale Institutionen in projekt- oder programmorientierter Form leiten, wobei diese Mittel in den DAC-Statistiken nicht als multilaterale, sondern als bilaterale Leistungen erfasst werden. Das bedeutet, dass auf die Auszahlungen der multilateralen Institutionen ein effektiv weit höherer Anteil an der gesamten ODA entfällt, als die Zahlen des DAC vermuten lassen. Das heißt auch, dass das Kernbudget einen immer kleineren Anteil an den Gesamtausgaben der multilateralen Stellen bildet, was auf längere Sicht große Probleme für diese Organisationen selbst wie auch für die Gebergemeinschaft aufwirft. Deshalb wird es künftig besonders darauf ankommen, die Auswirkungen von Finanzierungsentscheidungen auf das multilaterale System insgesamt zu überwachen.

Kann die EZ-Wirksamkeit bei expandierendem ODA-Volumen verbessert werden?

Dass EZ-Leistungen möglichst wirksam eingesetzt werden müssen, steht außer Zweifel – zumal angesichts der Schwierigkeit, die Volksvertretungen Jahr für Jahr dazu zu bewegen, der Aufstockung der EZ-Etats entsprechend den von der Gebergemeinschaft im letzten Jahr erteilten Zusagen zuzustimmen. Es überrascht daher nicht, dass diese Fragen einen zentralen Platz in der Arbeit des DAC einnehmen.

Wenn die Entwicklungspolitik heute immer mehr zu einem konzertierten Gemeinschaftsunternehmen wird, bedarf es auch einschneidenderer Änderungen bei den herkömmlichen EZ-Abwicklungsmodalitäten. Mit dem Ende des Kalten Krieges hat die Tendenz, aus politischen Gründen Regime zu stützen, die zwar strategisch wichtig, aber unfähig waren, den Entwicklungsprozess voranzubringen, ganz wesentlich nachgelassen. Das von den OECD-Ländern 1992 vereinbarte Helsinki-Paket sah eine Neuorientierung bei der Vergabe liefergebundener Entwicklungskredite dergestalt vor, dass kommerziell lebensfähige Projekte fortan davon ausgenommen werden sollten, wodurch sich der Druck seitens kommerzieller Interessen verringerte – ein Druck, der zuvor sicherlich zur Einführung unzuverlässiger Technologien wie auch zu kostspieligen Investitionen geführt hatte. Die DAC-Empfehlung von 2001 über die Aufhebung der Lieferbindung bei ODA-Leistungen trug zu einer weiteren Verstärkung der EZ-Wirksamkeit in den am wenigsten entwickelten Ländern (LDC) bei. Zudem hat auch die Bereitschaft der Geber zur Finanzierung von Landeswährungs- und laufenden Kosten beträchtlich zugenommen. Diese diversen Änderungen haben es für die Geber wesentlich leichter gemacht, ihre Ressourcen zu bündeln und gut konzipierte Programme auf koordinierte und flexible Weise zu unterstützen.

Die Motivation der Geber für eine wesentlich engere Zusammenarbeit wurde noch entscheidend dadurch verstärkt, dass sich die DAC-Mitglieder 1996 in ihrem Bericht *Das 21. Jahrhundert gestalten* darauf einigten, die Entwicklungsfortschritte anhand einer begrenzten Zahl prioritärer internationaler Entwicklungsziele zu messen, wie auch durch das anschließende Übereinkommen des VN-Millenniumsgipfels, bei dem die MDG festgesetzt wurden. Die Geber sollten nunmehr, nachdem gemeinsame Zielvorgaben definiert wurden und der politische ebenso wie der kommerzielle Druck nachgelassen haben, alles daran setzen, ihrer Zusammenarbeit mit dem Ziel einer erhöhten EZ-Wirksamkeit die gebührende hohe Priorität einzuräumen.

Eine Reihe von Initiativen hat seit einigen Jahren dazu beigetragen, dass viele Geber ihre EZ-Planungs- und -Umsetzungsmodalitäten neu gestaltet haben. Am wichtigsten sind dabei Maßnahmen, die sicherzustellen versuchen, dass der Übernahme von Eigenverantwortung durch die Empfängerländer und der Anpassung der externen EZ-Leistungen an die lokalen Prioritäten und Systeme mehr Gewicht beigemessen wird. In den größeren, weniger von externen Leistungen abhängigen Ländern war die Übernahme von Eigenverantwortung niemals wirklich ein Problem. Für die Mehrheit der Entwicklungsländer sind die Beziehungen zur Gebergemeinschaft jedoch durch ein asymmetrisches Kräfteverhältnis gekennzeichnet, das im Fall der kleineren und ärmeren Länder extrem unausgewogen sein kann. Ein Großteil der wichtigsten Grundsätze für nachhaltigere Konzepte der Entwicklungszusammenarbeit mit diesen Ländern wurde in dem Bericht *Das 21. Jahrhundert gestalten* und kurz danach in dem von James Wolfensohn von der Weltbank veröffentlichten *Comprehensive Development Framework* dargelegt. Die auf dem Gipfeltreffen von Köln 1999 geforderte Einführung von Armutsbekämpfungsstrategien (PRS) seitens der Länder, denen im Rahmen der HIPC-Initiative Schuldenerleichterungen zugestanden werden, gab den Anstoß zur verstärkten Umsetzung dieses Konzepts in die Praxis, auch wenn die erste PRS-Generation noch etwas zu sehr den Stempel Washingtons trug.

Parallel dazu wurden auf der Ebene des multilateralen Bankensystems, der Vereinten Nationen, der EU und des DAC vermehrte Anstrengungen zur Verringerung der Transaktionskosten unternommen, die den Empfängerländern durch die mangelnde Harmonisierung der Geberpraktiken entstehen. Auf dem Hochrangigen Forum in Rom von Februar 2003 wurden die Ergebnisse all dieser Arbeiten zusammengetragen; davon gingen neue Impulse für eine zielstrebigere Zusammenarbeit der Geber bei der Förderung partnereigener Strategien aus. In Marrakesch wurde 2004 eine ähnliche Initiative eingeleitet, um das Konzept des ergebnisorientierten Managements zu konsolidieren und die Bemühungen um Erstellung nützlicher statistischer Daten für diesen Zweck zu unterstützen, u.a. auch durch Einführung nationaler Strategien zur Entwicklung statistischer Erfassungssysteme.

Nach dem Forum von Rom wurde unter der Ägide des DAC eine innovative Partnerschaft bilateraler und multilateraler Geber einerseits und einer Gruppe von ursprünglich 14 – inzwischen 23 – Entwicklungsländern zur Koordinierung aller einschlägigen Initiativen in diesen Bereichen geschaffen. Auf dem Hochrangigen Forum in Paris von März 2005 fanden die hierbei gewonnenen Erkenntnisse ihren formalen Niederschlag in einer gemeinsamen Erklärung, die einen Meilenstein in der bisherigen Entwicklung darstellt und auf die in Kapitel 3 näher eingegangen wird.

Zusammengenommen dürften die auf dem Forum von Paris erzielten Ergebnisse einen kräftigen Anstoß für die auf lokaler Ebene unternommenen Anstrengungen geben, die traditionellen Verhaltensmuster der Geber – sowohl untereinander als auch gegenüber den Empfängern – im Sinne einer nachhaltigeren Entwicklung zu verändern. So wird z.B. in der Erklärung von Paris das Ziel definiert, bis 2010 zwei Drittel der Länderanalysen im Rahmen konzertierter Aktionen durchzuführen. Wird dieses Ziel erreicht, dann wird man bei der Planung der EZ-Interventionen sehr viel eher von einem wirklich „ganzheitlichen“ Ansatz sprechen können. Wenn Projektumsetzungseinheiten, die parallel zu den jeweiligen nationalen Strukturen operieren, eines Tages der Vergangenheit angehören und der Kapazitätsaufbau sehr viel mehr als bisher zu einem Gemeinschaftsunternehmen wird, das gemeinsame Antworten auf präzise definierte lokale Prioritäten gibt, besteht Aussicht auf eine raschere qualitative Verbesserung der lokalen Institutionen, über die dann auch ein wachsender Anteil der ODA-Leistungen geleitet werden könnte. Wenn es dem DAC seinerseits gelingt, weitere Fortschritte in Richtung auf die Lieferaufbindung und einen verstärkten

Rückgriff auf lokale und regionale Ressourcen zu fördern, wird sich auch das Kosten-Nutzen-Verhältnis der EZ-Leistungen verbessern. Die Frage der Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit muss im Zuge des wachsenden Leistungsvolumens unbedingt weiterhin im Mittelpunkt des Interesses stehen, insbesondere in Ländern, die weitgehend auf ODA angewiesen sind.

In Ergänzung der Arbeiten des Pariser Forums hat sich der DAC auch eingehend mit der Frage befasst, wie die Grundsätze der EZ-Wirksamkeit so angepasst werden können, dass sie den Problemen von Ländern mit schwierigen Rahmenbedingungen bzw. von fragilen Staaten Rechnung tragen. Im März 2005 einigten sich die Minister und Verantwortlichen der EZ-Institutionen der DAC-Länder darauf, in den folgenden 18 Monaten den Entwurf der *Principles for Good International Engagement in Fragile States* (Grundsätze für ein zweckmäßiges internationales Engagement in fragilen Staaten) pilotmäßig in neun Ländern anzuwenden. Diese Grundsätze spiegeln die empfehlenswerten Praktiken wider, die sich auf Grund der jüngsten Erfahrungen in fragilen Staaten bewährt haben. Es gibt bereits Hinweise darauf, dass sich dieser Pilotversuch in neun Ländern mit sehr unterschiedlichen Rahmenbedingungen nicht nur positiv auf die EZ-Umsetzungsmodalitäten auswirkt, sondern auch Aufschlüsse darüber liefern wird, wie die Geber ihre Ansätze und Instrumente in den verschiedenen fragilen Staaten am besten an die jeweiligen Rahmenbedingungen anpassen und die negativen Effekte internationaler Interventionen in diesen Ländern auf ein Mindestmaß begrenzen können.

Was ist notwendig für den Aufbau lokaler Kapazitäten, die für raschere und nachhaltigere Ergebnisse sorgen?

Das ODA-Volumen wird voraussichtlich signifikant zunehmen, und es dürften auch vermehrte und stärker koordinierte Bemühungen zur Verbesserung der EZ-Umsetzung unternommen werden. Was muss aber in Bezug auf die Kapazität der Menschen und Institutionen in den Empfängerländern geschehen, damit diese Mittel zusammen mit den lokal vorhandenen Ressourcen nachhaltige Entwicklungsergebnisse, vor allem zu Gunsten der Armen, hervorbringen?

Der Kapazitätsaufbau ist der zentrale Pfeiler und zugleich eine der schwierigsten Aufgaben der Entwicklungspolitik. Ob es sich nun um den Aufbau eines „leistungsfähigen Staats“ und die Fähigkeit der öffentlichen Institutionen zur Erbringung von Dienstleistungen oder Schaffung entwicklungsförderlicher Rahmenbedingungen bzw. um die Kapazität des privaten Sektors, der Zivilgesellschaft oder des Einzelnen handelt, die wirkliche Kapazitätsentwicklung bildet den Schlüssel zu nachhaltigen Fortschritten. Ergebnisse treten hier selten rasch ein. Verbesserungen im Bildungswesen brauchen eine ganze Generation, um Wirkung zu zeigen. Eine grundlegende Reform der öffentlichen Institutionen oder Systeme erfordert in der Regel Jahre. Um beispielsweise einen grundlegenden Wandel in Bezug auf die Beziehungen zwischen Exekutive, Legislative und Judikative zu erreichen, bedarf es nicht nur großer politischer Entschlossenheit, sondern auch langwieriger Investitionen in Ausbildung, Systeme und Öffentlichkeitsarbeit. Häufig haben tief verwurzelte gesellschaftliche Strukturen einen großen Einfluss auf Richtung und Tempo von Veränderungen. In fragilen Staaten bzw. Ländern mit Konflikten sind all diese Herausforderungen noch um ein Vielfaches größer.

Der DAC hat sich eingehend mit diesen Fragen befasst, und aus den diesbezüglichen Arbeiten lassen sich bereits wichtige Lehren ziehen. An erster Stelle steht vielleicht die Erkenntnis, dass der Kapazitätsaufbau nicht auf einen technischen Prozess reduziert werden kann, bei dem Wissen bzw. Organisationsmodelle einfach vom Norden auf den Süden transferiert werden, ohne Kenntnis des umfassenderen institutionellen Rahmens, in dem die jeweiligen Organisationen funktionieren sollen. Außer der Frage nach dem „Wie“ muss auch die Frage nach den hierfür geeignetsten Mitteln gestellt werden. Es ist unabdingbar, den länderspezifischen Kontext zu verstehen, in dem die betreffenden Kapazitäten geschaffen werden sollen, und wenn die wichtigsten Akteure in den Partnerländern nicht wirklich bereit sind, Veränderungen durchzusetzen und aufrechtzuerhalten, besteht kaum Aussicht darauf, dass dies den externen Partnern gelingt.

Die in der Erklärung von Paris definierten Indikatoren stellen mehrere Bereiche heraus, in denen ein wirksamerer Kapazitätsaufbau gefördert werden sollte. Darüber hinaus sollten wir uns fortan verstärkt darum bemühen herauszufinden, wie einige der Erkenntnisse, die aus den Arbeiten

des DAC, des UNDP und anderer Stellen resultieren, in die TZ-Programme integriert und die Programme des postsekundären Bildungswesens so gestaltet werden können, dass sie die Schaffung lokaler Institutionen fördern, die zum Kapazitätsaufbau beitragen.

Technische Zusammenarbeit und Kapazitätsaufbau sind keineswegs Synonyme. Herkömmliche Projekte der Kapitalhilfe sehen in der Regel eine Unterstützung der vor Ort tätigen Durchführungsorganisation bei der Entwicklung ihrer Kompetenzen vor. Wie wir in Kapitel 5 sehen werden, hat ein Großteil der vom DAC als Technische Zusammenarbeit eingestuftten Aktivitäten kaum etwas mit Kapazitätsaufbau zu tun. Gleichwohl steht außer Zweifel, dass die Technische Zusammenarbeit ein wichtiges Instrument des Kapazitätsaufbaus darstellt. Allzu häufig zielen die Maßnahmen darauf ab, individuelle Kompetenzen zu erhöhen, ohne dass dabei der notwendigen Ergebnisverbesserung der Organisationen insgesamt Rechnung getragen wird, in denen diese Personen arbeiten, ganz zu schweigen vom allgemeinen institutionellen Kontext der Organisationen als solche. Das kann dazu führen, dass das Fachpersonal frustriert und der Effekt auf die Organisationen minimal ist. Um die Qualität wichtiger Institutionen zu verbessern, dürfte ein strategischerer und längerfristiger Ansatz erforderlich sein, in die dann später Programme zur Vervollkommnung der individuellen Qualifikationen integriert werden können.

Die Geber haben im Laufe der Jahre unterschiedliche, nicht wirklich konsequente Ansätze im Bereich der Postsekundarbildung verfolgt. Als prioritäre Bereiche für Geberinvestitionen werden dabei seit jeher der tertiäre Bildungsbereich und zuweilen auch die Berufsbildung betrachtet, was seine Ursache in einer wirkungsvollen Mischung aus Idealismus, politischen und kommerziellen Eigeninteressen sowie den Interessen der tertiären Bildungseinrichtungen in Geber- wie Empfängerländern hat. Den mit wechselndem Erfolg unternommenen Bemühungen um einen Kapazitätsaufbau in diesen Bereichen in den Ländern der südlichen Hemisphäre stand andererseits der Wunsch der Geberländer gegenüber, jeweils eine möglichst große Zahl ausländischer Studenten aufzunehmen. Seit 1990 wird der Grundbildung zu Recht größere Aufmerksamkeit geschenkt, u.a. dank des Millenniums-Entwicklungsziels „Primarschulbildung für alle“. Das veranlasste einige Geber dazu, ihre Unterstützung für den Hochschulbereich (wie auch den Sekundarbereich) stark zu kürzen, was u.a. auf die Ergebnisse gewisser Untersuchungen zurückzuführen war, denen zufolge der Tertiärbereich in vielen Entwicklungsländern unverhältnismäßig stark gefördert wird. Gegenwärtig existiert im Kreis der Geber keine konzertierte Strategie zur Förderung der Bildungssysteme der Partnerländer insgesamt. Angesichts der durch Informationstechnologie und Fernunterricht hervorgerufenen einschneidenden Veränderungen müssen die gemeinsamen Überlegungen über das weitere Vorgehen in diesem Bereich unbedingt vertieft werden.

Schließlich müssen zweifellos auch gewisse Effekte der Anreizmaßnahmen korrigiert werden, die von den OECD-Ländern und anderen Staaten getroffen wurden, um qualifizierte Arbeitskräfte aus Entwicklungsländern anzuwerben. Derartige Initiativen können in vielen Fällen für beide Seiten von Vorteil sein. Die Geber können jedoch auf keinen Fall eine Politik tolerieren, die dazu führt, dass die Partnerländer ihrer ohnehin knappen Kompetenzen beraubt werden, und die ganz unmittelbar die Fähigkeit dieser Länder beeinträchtigt, wesentliche Dienstleistungen für ihre eigene Bevölkerung zu erbringen. Letztlich geht es darum, dass die Regierungen der Entwicklungsländer wettbewerbsfähige Arbeitgeber für ihre einheimischen qualifizierten Arbeitskräfte sein müssen. Wenn aber die Spielregeln dadurch verzerrt sind, dass die Geber Arbeitskräfte mit Schlüsselkompetenzen abwerben oder ihre Regierungen die Immigration fördern, um Kompetenzdefizite im eigenen Land zu kompensieren, erhöht sich der für den Erhalt der Konkurrenzfähigkeit zu zahlende Preis entsprechend. Diesen Erwägungen muss bei den allgemeinen Überlegungen darüber, wie besonders wichtige Kategorien von Arbeitskräften ausgebildet, gewonnen und gehalten werden können, Rechnung getragen werden.

Die im Bereich des Kapazitätsaufbaus gemachten Erfahrungen deuten darauf hin, dass es den Gebern diesbezüglich insofern an Ausdauer und Geduld mangelt, als sie kurzfristig zu realisierenden Projektzielen den Vorzug gegenüber längerfristigen, schrittweisen Änderungen geben. Die für das kommende Jahrzehnt erwartete Aufstockung des ODA-Volumens bietet Gelegenheit, einen realistischeren Zeitrahmen für das Unterfangen der Kapazitätsentwicklung festzusetzen und gleichzeitig die Berechenbarkeit der ODA-Leistungen zu verbessern.

In der neuen Ära expandierender ODA-Leistungen verfügen wir nunmehr auch über einen realistischeren Zeitrahmen, was den Aufbau staatlicher Strukturen betrifft. In fragilen Staaten besteht kurzfristig die Gefahr, dass zusätzliche Mittel über Kanäle geleitet werden, die am praktischsten und wirksamsten erscheinen, häufig aber nicht zu öffentlichen Strukturen gehören, was zu Lasten des langfristigen Aufbaus eines funktionsfähigen Staates geschieht. Fragmentierte Ansätze, die gezielt entweder staatliche Strukturen oder aber zivilgesellschaftliche Gruppen unterstützen, müssen zumindest kohärent sein. Häufig spricht allerdings vieles dafür, einem pluralistischen Ansatz den Vorzug zu geben.

Zudem darf auf keinen Fall übersehen werden, dass die Aufstockung der ODA-Leistungen im Governance-Bereich erhebliche Risiken mit sich bringt. Insbesondere muss der Korruptionsbekämpfung angesichts der erwarteten bedeutenden Zunahme des ODA-Volumens noch höhere Priorität auf der internationalen Agenda der OECD- und ihrer Partnerländer eingeräumt werden. Es liegt bei den Regierungen der OECD-Länder, konzertierte Aktionen zur Korruptionsbekämpfung einzuleiten, sowohl in ihrem eigenen nationalen Umfeld als auch im Rahmen ihrer EZ-Aktivitäten in Partnerländern. Der Kampf gegen die Korruption setzt in einer Zeit expandierender ODA-Leistungen Anstrengungen zur Verbesserung der Regierungsführung, der Rechenschaftspflicht (insbesondere durch Förderung effektiver Audits, parlamentarische Kontrolle und unabhängige Medien) sowie eine Stärkung der Finanzmanagementkapazitäten voraus.

Die Aufstockung der ODA-Leistungen bedeutet ferner, dass den Fragen der ODA-Abhängigkeit, vor allem in Afrika und in kleineren Ländern generell, große Aufmerksamkeit geschenkt wird. Denn es besteht potenziell die Gefahr, dass sich ein höheres ODA-Volumen negativ auf den produktiven Sektor auswirkt (so genannte „holländische Krankheit“). Die bisherigen Erfahrungen deuten jedoch darauf hin, dass dieses Risiko angesichts des voraussichtlichen zusätzlichen ODA-Volumens begrenzt werden kann. Aber auch den Auswirkungen des expandierenden ODA-Volumens auf die Aussichten für die Mobilisierung inländischer Ressourcen, die Steuersysteme und das Gebot der Rechenschaftspflicht sollte Rechnung getragen werden. Wenn ODA-Leistungen als Ersatz für Anstrengungen des Partnerlands gesehen werden, sich um eine Erhöhung der Staatseinnahmen zu bemühen, könnten Probleme der Konzentration und unkontrollierten Ausübung von Macht ähnlich jenen entstehen, die in Erdöl fördernden oder mit anderen natürlichen Ressourcen ausgestatteten Ländern zu beobachten sind. Es gibt somit zwingende Gründe für die Geber, sich mit der Frage der Staatseinnahmen auseinander zu setzen und die Schaffung effektiverer Systeme in dieser Hinsicht zu fördern.

Wie können wir Ergebnisse in der Entwicklungszusammenarbeit vorweisen, vor allem bei besserer ODA-Harmonisierung?

Ein ganz wesentlicher Teil der Erklärung von Paris befasst sich mit der Frage eines ergebnisorientierten Managements der Entwicklungszusammenarbeit. Wie wichtig es ist, das EZ-Management auf die Ergebnisse (bzw. Wirkungen) auszurichten und diese Ergebnisse dann auch zu erreichen, liegt auf der Hand. Wir sollten uns sicher nicht darauf verlassen, dass der Steuerzahler in den OECD-Ländern bereitwillig die von zahlreichen DAC-Mitgliedern mittlerweile zugesagten ODA-Erhöhungen finanziert, wenn wir nicht in der Lage sind, konkrete Ergebnisse der ODA-Programme, vor allem zu Gunsten der Armen, vorzuweisen. Einer der großen Pluspunkte der MDG besteht ja gerade darin, dass sie quantitative Indikatoren vorgeben, an denen die globalen Fortschritte gemessen werden können.

Der überwiegende Teil der in den Entwicklungsländern verzeichneten bedeutenden Fortschritte kann jedoch nicht allein den EZ-Anstrengungen der Geber zugeschrieben werden. Fast immer fallen die Beiträge der Partnerländer selbst ebenso stark, wenn nicht sogar stärker ins Gewicht. Deshalb müssen ergebnisorientiertes Management, Monitoring und Ergebnisevaluierung als Bereiche angesehen werden, in denen die Zusammenarbeit zwischen Gebern und Entwicklungsländern unabdingbar ist, wobei letztere nach und nach eine führende Rolle übernehmen sollten. Die Geber haben im Laufe der Jahre erheblich in Vorkehrungen zur Gewährleistung ihrer eigenen Rechenschaftspflicht investiert, dabei aber den Entwicklungsländern nicht hinreichend bei

der Stärkung ihrer entsprechenden lokalen Kapazitäten, sei es auf der Ebene der Parlamente, der Rechnungshöfe, der Medien, der Zivilgesellschaft oder der lokalen Gemeinwesen, geholfen. Die Frage, welche Ergebnisse welchen Geberleistungen zuzuordnen sind, ist besonders schwer zu beantworten, wenn die Geber, wie dies gegenwärtig immer häufiger der Fall ist, Programme auf Sektor- oder Landesebene gemeinsam finanzieren. Wie im *DAC-Jahresbericht 2003 über die Entwicklungszusammenarbeit* dargelegt, ist es in solchen Fällen sinnvoller, die Wirksamkeit des unterstützten Programms in seiner Gesamtheit zu prüfen und erst dann die Rolle zu untersuchen, die die einzelnen Geber dabei gespielt haben könnten. Parlamente und Öffentlichkeit der Geberländer sollten dazu angehalten werden, in einer derartigen Situation ihr Augenmerk auf den Beitrag ihres Landes zum Gesamtnutzen eines erfolgreichen Programms zu richten, mit dem z.B. Mädchen der Schulbesuch ermöglicht wurde, statt zu verlangen, dass die eigene Nationalflagge in irgendeinem Klassenzimmer aufgehängt wird.

Dazu bedarf es jedoch rigoroser, sachlich begründbarer Evaluierungen der Wirkung von gemeinsam finanzierten Programmen – wobei diesen Evaluierungen für die Empfänger mindestens ebenso große Bedeutung zukommt wie für die Geber. Für ein solches Verfahren gibt es einige Beispiele, wie namentlich das häufig zitierte System von Barzuschüssen, das von mehreren Regierungen in Mexiko praktiziert wurde. Die Weltbank fördert derzeit, was zu begrüßen ist, die Durchführung solcher Evaluierungen bei einigen ihrer Programme. Gewichtige Argumente sprechen jedoch für eine verstärkte Koordinierung solcher Aktionen, um weit mehr Entwicklungsländer zu einer Evaluierung der Wirksamkeit spezifischer Entwicklungsprogramme zu veranlassen. Investitionen der Geber in diesem Bereich würden meiner Ansicht nach wesentlich dazu beitragen, dass Lehren aus den bisherigen Erfahrungen gezogen und wirksame Programme auch weiterhin unterstützt werden.

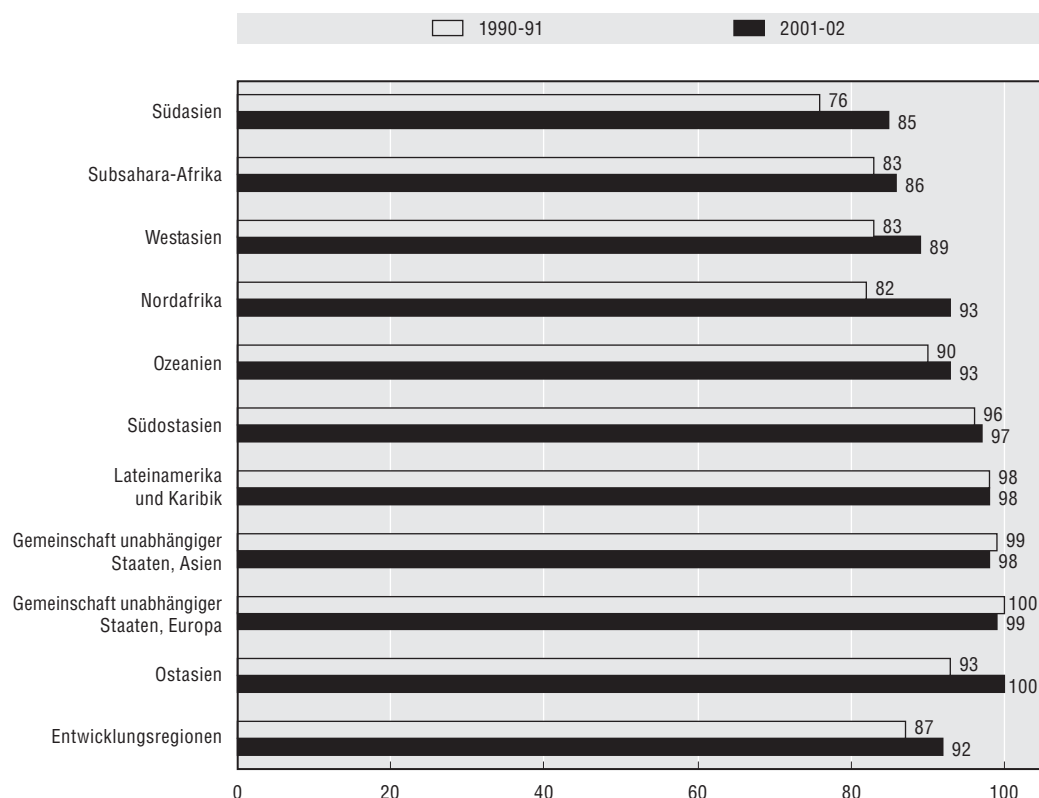
Dazu wird das für etwa Ende 2006 geplante neue Roundtable-Gespräch über ergebnisorientiertes EZ-Management gerade zur rechten Zeit Gelegenheit bieten. Es empfiehlt sich in der Tat, aus der Warte der Entwicklungsländer wie der Gebergemeinschaft in Übereinstimmung mit dem in der Erklärung von Paris niedergelegten Ziel bewährte Praktiken in verschiedenen miteinander verknüpften Bereichen zusammenzutragen, wie Erstellung besserer Statistiken für die politischen Entscheidungsträger, häufigere und bessere Wirkungsanalysen sowie Schaffung einer größeren Zahl von Vorrichtungen für wirksame Erfolgskontrollen in den Entwicklungsländern. Hierauf kommt es entscheidend an, wenn wir anlässlich des nächsten Fünfjahres-Fortschrittsberichts über die Verwirklichung der MDG im Jahr 2010 besser in der Lage sein wollen, Rechenschaft über die Wirksamkeit der Entwicklungsanstrengungen abzulegen.

Gleichstellung der Geschlechter: Verfehlung eines wichtigen Ziels

Bei der Aufstellung der Internationalen Entwicklungsziele im Jahr 1996 visierte der DAC für die Realisierung fast aller dieser Ziele das Jahr 2015 an. Die einzige Ausnahme bildete die Geschlechtergleichstellung, für die sich der DAC gemäß den Beschlüssen der Vierten Weltfrauenkonferenz von Beijing im Jahr 1995 zum Ziel setzte, das Gefälle zwischen Jungen und Mädchen in der Primar- und Sekundarschulbildung bis zum Jahr 2005 zu überwinden. Auf dem anschließenden Millenniumsgipfel der Vereinten Nationen wurde die Formulierung dieses Ziels dann etwas abgewandelt. So wurde vereinbart, „bis zum gleichen Jahr [2015] sicherzustellen, ... dass Mädchen wie Jungen gleichberechtigten Zugang zu allen Bildungsebenen haben“, was in den Millenniums-Entwicklungszielen wie folgt formuliert wurde: „Beseitigung der Ungleichbehandlung von Mädchen und Jungen auf der Primar- und Sekundarschulstufe, *möglichst bis 2005*, und auf sämtlichen Bildungsebenen bis spätestens 2015“. Wenn also rein technisch gesehen auch nicht behauptet werden kann, dass das in der Millenniumserklärung enthaltene Ziel 2005 verfehlt wurde, so gilt doch für das in Beijing vereinbarte und vom DAC akzeptierte Ziel – das in die MDG übernommen wurde – nicht das Gleiche. Das scheint mir Grund genug für gewisse Überlegungen über die MDG allgemein sowie über die spezifische Dimension der Geschlechtergleichstellung im Besonderen.

Je näher das Jahr 2015 rückt, desto drängender wird die Frage, ob diese Ziele erreicht werden und welche Folgerungen zu ziehen sind, wenn dies nicht der Fall sein sollte. Unsere Kenntnis über den wahren Stand der Dinge in Bezug auf die einzelnen Ziele ist völlig unzureichend. Was das

Abbildung 1.2 **Einschulungsquote der Mädchen nach wie vor niedriger als die der Jungen**
Einschulungsquoten im Primarbereich, Verhältnis zwischen Mädchen und Jungen, 1990/1991 und 2001/2002
(Mädchen je 100 Jungen)



Quelle: Weltbank, UNESCO.

vorstehend genannte Beispiel betrifft, so beziehen sich die Daten, auf Grund deren wir feststellen können, dass das vom DAC festgehaltene Ziel für 2005 nicht erreicht wurde, lediglich auf eine kleine Stichprobe von Entwicklungsländern sowie in vielen Fällen auf Zeiträume weit vor 2005. Angesichts des beeindruckenden UNESCO-Weltbildungsberichts „Bildung für alle“, der 2004 dem Thema der Geschlechtergleichstellung gewidmet und sehr gut recherchiert war, kann die allgemeine Schlussfolgerung, wonach dieses Ziel nicht erreicht wurde, jedoch nicht ernsthaft angezweifelt werden. Um die einschlägigen Probleme auf ein vertretbareres Maß zurückzuführen, ist es indessen von größter Bedeutung, vermehrt in die Erstellung entsprechender Statistiken in den Entwicklungsländern zu investieren.

In Verbindung hiermit wird es ferner auch wichtig sein, für 2005 (und natürlich auch für 2010 und 2015) die bestmöglichen Statistiken zusammenzutragen, aus denen sich nicht nur die Trends, sondern auch das Tempo etwaiger Veränderungen klar ablesen lassen, damit wir nicht auf Projektionen angewiesen sind, um zu Schlussfolgerungen über die grundlegenden Entwicklungstrends zu gelangen. Mit einer endgültigen Antwort auf die Frage, bis zu welchem Grad die MDG erreicht wurden, wird kaum vor 2017 zu rechnen sein.

Die verfügbaren Statistiken zeigen, dass bezüglich des Ziels gleicher Schulbesuchsquoten für Jungen und Mädchen zwar **Fortschritte in die richtige Richtung, aber nicht in dem angestrebtem Tempo** erreicht wurden (Abb. 1.2). Lediglich beim Ziel der Armutsbekämpfung können die bislang erzielten Fortschritte als hinreichend angesehen werden, um seine Verwirklichung auf globaler Ebene innerhalb des vorgegebenen Zeithorizonts zu erlauben. Beunruhigend ist, dass in einzelnen Ländern und Regionen bis jetzt noch keinerlei Fortschritte verzeichnet wurden, wie in Kasten 1.1 dargestellt wird.

Kasten 1.1 **Halbzeitevaluierung der Fortschritte bei den Millenniums-Entwicklungszielen**

In der Millenniumserklärung der Staats- und Regierungschefs waren konkrete Ziele festgesetzt worden, die, ausgehend vom Basisjahr 1990, bis 2015 erreicht werden sollten. Auf einer Plenartagung der VN-Generalversammlung auf hoher Ebene im September 2005 wurde auf der Basis der Daten von 2002/2003 eine Bestandsaufnahme der erzielten Fortschritte vorgenommen.

1. Halbierung von extremer Armut und Hunger bis 2015

Angeichts des Wirtschaftswachstums in Asien dürfte das Ziel der Armutsbekämpfung global gesehen erreicht werden. Jedoch lebt nahezu die Hälfte der Bevölkerung in Subsahara-Afrika nach wie vor in extremer Armut, und die Wachstumsrate muss sich auf 7% verdoppeln, damit die geplante Reduzierung der Armut erreicht wird. Beim Kampf gegen den Hunger sind zwar Fortschritte zu verzeichnen, doch sind diese nicht stark genug, um selbst eine globale Realisierung des Ziels zu gewährleisten. Ein Drittel der Bevölkerung in Subsahara-Afrika leidet nach wie vor unter chronischem Hunger, und in Südasien ist die Hälfte der Kinder immer noch unterernährt.

2. Primarschulbildung für alle bis 2015

Fünf Entwicklungsregionen nähern sich dem Ziel der Einschulung aller Jungen und Mädchen. Gleichwohl gehen ein Drittel der Kinder im Primarschulalter in Subsahara-Afrika, ein Viertel in Ozeanien und ein Fünftel in Südasien nicht zur Schule, das sind weltweit 115 Millionen Kinder.

3. Gleichstellung der Geschlechter im Bildungsbereich bis 2015 und Förderung der Ermächtigung der Frauen

Ost- und Südostasien, Lateinamerika und die Karibik sowie die ehemalige Sowjetunion sind nahe daran, das für 2005 gesetzte Ziel der Chancengleichheit im Primarschulbereich zu verwirklichen. In den anderen Regionen kommen auf 100 eingeschulte Jungen 7-15 nicht eingeschulte Mädchen. In Südasien ist gleichwohl eine signifikante Verbesserung zu beobachten; so hat sich dort die negative Differenz bei den Mädchen von 24 im Jahr 1990 auf 15 im Jahr 2001 verringert. Das ist aber lediglich ein erster Schritt. In den meisten Regionen stellen Frauen einen geringeren Anteil als Männer an den Beziehern von Erwerbseinkommen dar – wobei sie häufig unsicheren und gering entlohnten Beschäftigungen nachgehen –, und weltweit haben sie lediglich 16% der Parlamentssitze inne.

4. Verringerung der Kindersterblichkeit um zwei Drittel bis 2015

Die Sterblichkeitsraten von Kindern unter fünf Jahren sind in allen Regionen gesunken, aber nur halb so schnell, wie dies eigentlich erforderlich wäre. Jährlich sterben 11 Millionen Kinder – das sind 30 000 pro Tag – an Krankheiten, die vermeidbar oder behandelbar gewesen wären. Die meisten dieser Kinder hätten durch die Verstärkung von Programmen, die auf einfachen und preiswerten Lösungen beruhen, gerettet werden können.

5. Reduzierung der Müttersterblichkeit um drei Viertel bis 2015

Über eine halbe Million Frauen sterben jedes Jahr während der Schwangerschaft oder im Kindbett. Weltweit leistet heute bei drei von fünf Geburten medizinisches Fachpersonal Beistand, gegenüber zwei von fünf im Jahr 1990. Das trifft aber nicht auf Südasien und Subsahara-Afrika zu, wo drei von fünf Müttern bei der Entbindung noch immer auf keinen Beistand dieser Art zählen können.

(Fortsetzung nächste Seite)

(Fortsetzung)

6. Umkehr der steigenden Tendenz von HIV/AIDS und Eindämmung von Malaria und anderen Krankheiten bis 2015

AIDS ist mittlerweile in Subsahara-Afrika die erste und weltweit die vierte Todesursache (über 3 Millionen Tote im Jahr 2005). Die HIV-Infektion breitet sich mit alarmierender Geschwindigkeit auf einige andere Regionen aus, und da es immer noch kein AIDS-Heilmittel gibt, müssen verstärkte Anstrengungen zur Prävention unternommen werden, um das Ziel zu erreichen. An Malaria und Tuberkulose sterben jährlich über eine Million Menschen. Aktionen zur Bereitstellung von Präventions- und Behandlungsmöglichkeiten zu erschwinglichen Preisen zeigen vielversprechende Ergebnisse und werden vermehrt durchgeführt.

7. Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit, insbesondere verbesserter Zugang zu Trinkwasser und sanitären Einrichtungen bis 2015

Die Verpflichtung auf die Grundsätze einer nachhaltigen Entwicklung hat noch nicht zu hinreichenden Fortschritten geführt, um den Trend zur Vernichtung weltweiter Umweltressourcen umzukehren. Um dieses Ziel zu verwirklichen, muss das Augenmerk stärker auf die Armen gerichtet werden, die häufig zum bloßen Überleben unmittelbar auf die natürlichen Ressourcen in ihrem jeweiligen Umfeld angewiesen sind. Acht Regionen weisen Fortschritte auf, die rasch genug sind, um das Ziel einer Halbierung des Anteils der Bevölkerung ohne Zugang zu Trinkwasser zu erreichen. Ganz anders verhält es sich jedoch in Ozeanien und Subsahara-Afrika, wo nahezu die Hälfte der Bevölkerung immer noch über keinen Zugang zu Trinkwasser verfügt. Ferner mangelt es praktisch in der Hälfte aller Entwicklungsländer nach wie vor an Latrinen oder anderen Formen sanitärer Grundeinrichtungen, und die Zahl der Slumbewohner steigt rasch an.

8. Aufbau einer globalen Entwicklungspartnerschaft

Das achte Millenniumsziel ist gewissermaßen ein Sozialpakt: Aufgabe der Entwicklungsländer ist es, mehr für ihre eigene Entwicklung zu tun, und Aufgabe der Industriestaaten, sie dabei mit EZ-Leistungen, Schuldenerleichterungen und Öffnung ihrer Märkte zu unterstützen. Nie war das ODA-Volumen so hoch wie heute, und es gibt nunmehr auch ein Monitoring-System zur Überprüfung der ODA-Wirksamkeit, das auf dem Prinzip der Ergebnisorientierung beruht. Die neuen ODA-Zusagen müssen effektiv in Auszahlungen umgewandelt werden, wenn die ODA-Mittel das zur Verwirklichung der MDG notwendige Volumen erreichen sollen. Trotz der bisherigen Fortschritte auf dem Gebiet der Schuldenerleichterung stellen Tilgungszahlungen für viele Länder nach wie vor eine schwere Belastung dar. Die Realisierung der MDG setzt ferner Fortschritte bei der Doha-Runde, einen beschleunigten Technologietransfer, den Zugang zu wichtigen Medikamenten sowie Wachstum und gezielte Strategien voraus (mit den Schwerpunkten Beschäftigungsfähigkeit, Schaffung von Arbeitsplätzen und eine bessere Kongruenz von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt), um die Beschäftigungschancen für die immer größere Zahl junger Menschen in der Dritten Welt zu verbessern.

Wegen weiterer Informationen hierzu vgl. *Millennium Development Goals Report 2005* (<http://unstats.un.org/unsd/mi/pdf/MDG%20Book.pdf>).

Die Gleichstellung der Geschlechter und die Ermächtigung der Frauen bilden bei **allen** MDG wesentliche Voraussetzungen für deren Verwirklichung. Daher hat die Arbeitsgruppe *Education and Gender Equality* (Bildung und Geschlechtergleichstellung) des VN-Millenniumsprojekts¹ sieben strategische Prioritäten für die Ermächtigung der Frauen definiert:

- Verbesserung der Chancen auf eine Postprimarbildung für Mädchen bei gleichzeitiger Verwirklichung des angestrebten allgemeinen Zugangs zur Grundschulbildung.
- Gewährleistung der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte.
- Infrastrukturinvestitionen, damit Frauen und Mädchen weniger Zeit auf Pflichten wie z.B. Wasserholen zu verwenden brauchen.
- Gewährleistung der Eigentumsrechte von Frauen und Mädchen.
- Beseitigung geschlechtsspezifischer Unterschiede bei der Beschäftigung durch Verringerung der Abhängigkeit der Frauen von informeller Beschäftigung, Reduzierung geschlechtsspezifischer Einkommensunterschiede und Abschaffung von Segregation im Berufsleben.
- Stärkere Vertretung der Frauen in nationalen Parlamenten und kommunalen Verwaltungseinheiten.
- Bekämpfung jeglicher Form von Gewaltanwendung gegen Frauen und Mädchen.

Diese Prioritäten bezüglich der Stellung der Frau und ihrer Teilhabe an der Gesellschaft sind keineswegs neu. Es handelt sich hierbei um die Verpflichtungen, die wir alle – Geber- wie Partnerländer – bei den globalen Konferenzen der neunziger Jahre eingegangen sind und die seit Jahren auf der Agenda zahlreicher Entwicklungsinstitutionen stehen. In der Vergangenheit wurde jedoch nicht immer erkannt, dass diese Prioritäten miteinander verknüpft sind und daher nur mit einem ganzheitlichen Konzept konkrete Ergebnisse erzielt werden können. Wenn alle MDG bis 2015 erreicht werden sollen, bedarf es konzertierter Anstrengungen und parallel dazu höherer Investitionen zur Verwirklichung der Einzelziele.

Seit nunmehr zwei Jahrzehnten werden wir nicht müde, immer wieder und zu Recht auf die Bedeutung **hinzuweisen**, die der Gleichstellung der Geschlechter und der Ermächtigung der Frauen für den Entwicklungsprozess zukommt, jedoch halten unsere Investitionen zur Überwindung der geschlechtsspezifischen Unterschiede nicht mit unseren politischen Absichtserklärungen Schritt. Wie die Untersuchung *Aid Activities in Support of Gender Equality, 1999-2003*² des Creditor Reporting System (CRS) des Entwicklungsausschusses zeigt, lassen sich lediglich 3,1 Mrd. US-\$ der sektorspezifischen bilateralen Entwicklungszusammenarbeit als „genderorientierte Ausgaben“ einstufen. Zwei Drittel hiervon entfallen auf soziale Sektoren, namentlich Grundbildung und Basisgesundheitsdienste, einschließlich öffentlicher und reproduktiver Gesundheit. Die notifizierten Beträge für die Sektoren Transport, Kommunikation und Energieinfrastruktur sind gering, obwohl gut konzipierte Infrastrukturvorhaben von wesentlichem Nutzen für Frauen und Mädchen sein können, indem sie ihnen den Zugang zu Märkten, Schulen und Gesundheitseinrichtungen erleichtern oder ihre physische Sicherheit verbessern. Wir tendieren dazu, unsere Anstrengungen auf die sozialen Sektoren bzw. den sozialen Schutz zu konzentrieren, statt die Frau als aktive Teilnehmerin an einem Prozess armutsorientierten Wachstums anzusehen – und das, obgleich überzeugende Befunde vor allem aus Subsahara-Afrika dafür sprechen, dass die Ungleichheit von Mann und Frau das Wirtschaftswachstum hemmt und Frauen eine Schlüsselrolle in der produktiven Wirtschaft spielen.

Die zunehmende Bedeutung stärker programmorientierter Formen der Entwicklungszusammenarbeit könnte ebenfalls dazu beigetragen haben, dass die Initiativen der geberseitigen Organisationen zu Gunsten der Gleichstellung der Geschlechter und der Ermächtigung der Frauen etwas nachgelassen haben. Das Jahr 2005 könnte jedoch in Bezug auf die Bewusstseinsbildung einen gewissen Wendepunkt dargestellt haben. Vielleicht spielte dabei unser kollektives Versagen eine Rolle, das Millenniumsziel 3 bis 2005 zu erreichen – was uns möglicherweise zum Nachdenken darüber veranlasst hat, was in den zehn Jahren seit Annahme der Aktionsplattform von Beijing effektiv geschehen ist –, oder auch die Tatsache, dass wir uns zunehmend der Grenzen einer Strategie

bewusst werden, die sich auf die systematische Berücksichtigung des Gleichstellungsprinzips in allen Politikfeldern stützt. Wie dem auch sei, heute hat sich real die Überzeugung durchgesetzt, dass wir es uns einfach nicht erlauben können, so weiter zu machen wie bisher. Wie das Department for International Development (DFID – Ministerium für internationale Entwicklung) im Vereinigten Königreich unterstreicht, „müssen wir uns darüber klar werden, ob wir bereit sind, die unseren politischen Absichtserklärungen entsprechenden Mittel aufzubringen, oder ob wir unser Engagement im Bereich der Geschlechtergleichstellung zwar aufrechterhalten, unsere Ziele aber so anpassen, dass sie den Realitäten Rechnung tragen“³. Welche Entscheidung wir auch treffen, sie wird nicht leicht sein.

Indessen bahnt sich ein Wandel an. Geber wie Irland, Japan, Spanien und die Schweiz haben die Geschlechtergleichstellung als wesentliche Dimension in ihre EZ-Programme integriert. Zugleich setzte sich bei einigen EZ-Institutionen, die zuvor eine führende Rolle im Bereich der Geschlechtergleichstellung gespielt hatten, wie beispielsweise im Vereinigten Königreich, die Einsicht durch, dass ihr diesbezügliches politisches Engagement in globalen Foren zwar nach wie vor stark sein kann, die Genderorientierung ihrer Programme aber gleichwohl unschärfer geworden ist bzw. nachgelassen hat und dass ihre institutionellen Kapazitäten sowohl in den Zentralen als auch vor Ort beschränkt sind. Die Genderproblematik ist zugleich überall und nirgendwo. Deutschland, Kanada, Norwegen und Schweden zählen zu den Gebern, die ihr diesbezügliches Konzept eingehend und kritisch mit dem Ziel überprüfen, ihre Anstrengungen in diesem Bereich zu verstärken und mit neuem Leben zu erfüllen.

Eine Reihe von bilateralen und multilateralen Institutionen befasst sich gegenwärtig mit der Frage, wie die Genderdimension am besten in die verschiedenen Aspekte der sich wandelnden EZ-Modalitäten integriert werden kann. Sowohl bei den Armutsbekämpfungsstrategien als auch bei den Sektorkonzepten wurde der Gleichstellung der Geschlechter nur allzu oft überhaupt nicht Rechnung getragen, und für die Verringerung genderspezifischer Ungleichheiten wurden nicht die notwendigen Budgetressourcen bereitgestellt. In der Erklärung von Paris wird anerkannt, dass Harmonisierungsanstrengungen bei Querschnittsaufgaben erforderlich sind, z.B. in Bezug auf die Gleichstellung der Geschlechter (Absatz 42). Mehrere Geber haben darüber nachzudenken begonnen, wie das gemeinsame Engagement für neue EZ-Abwicklungsmodalitäten, programmorientierte Ansätze, Übertragung von Eigenverantwortung und Federführung an die Partnerländer, Harmonisierung und Partnerausrichtung dazu genutzt werden kann, die Interessen der Frauen zu berücksichtigen und genderspezifische Ungleichheiten zu verringern.

Wie kann die Aufstockung des ODA-Volumens optimal genutzt und sichergestellt werden, dass es zu echten Fortschritten bezüglich der Rechte und der Rolle der Frauen kommt? Wir müssen in den Partnerländern wirksamer darauf hinarbeiten, dass die Geschlechtergleichstellung und die Ermächtigung der Frau zu einem festen Bestandteil der lokalen Prioritäten werden, so dass es auf lokaler Ebene zu einem verstärkten Engagement und vermehrten Investitionen in Initiativen oder Programme kommt, von denen unmittelbar die von Armut betroffenen Mädchen und Frauen profitieren. Angesichts der zunehmenden Bedeutung von Budgethilfe und programmorientierten Ansätzen ist es ganz besonders wichtig, Politiker, Parlamentarier, Zivilgesellschaft und staatliche Stellen in den Partnerländern dabei zu unterstützen, diese Fragen ganz oben auf ihre politischen und handlungsorientierten Agenden zu setzen. Wir müssen als Geber Mittel und Wege finden, das schwierige Problem zu lösen, das darin besteht, der Notwendigkeit Rechnung zu tragen, den Partnerländern selbst die Eigenverantwortung und die Federführung bei der Festlegung der Entwicklungsprioritäten zu übertragen, und dabei nicht den Eindruck zu erwecken, als wollten wir den Partnern unsere eigenen Wertvorstellungen aufzwingen.

Von diesen Überlegungen leiten sich verschiedene neue Ansätze in Bezug auf die Geschlechtergleichstellung ab. Viele Geber haben inzwischen eingesehen, dass sie nicht die beabsichtigten Ergebnisse erreichen, wenn sie sich zu stark auf das Gender-Mainstreaming als alleinige Strategie zur Beseitigung genderspezifischer Ungleichheiten verlassen. Vielmehr sind darüber hinaus auch Initiativen erforderlich, die speziell auf die Ermächtigung der Frauen gerichtet sind. Was Not tut, ist ein Mix von Strategien – vom Mainstreaming über die Ermächtigung der Frauen und die Stärkung ihrer Rechte bis hin zu frauenspezifischen Programmen und natürlich auch Pro-

Tabelle 1.2 Das Ziel im Blick behalten

Ziel für 2006	Ausgangsniveau 2002	Letzter Indikator (2004 sofern nicht anders angegeben)	Entwick- lung (+ oder -)
Erhöhung der Nettoauszahlungen der Geber auf mindestens 75 Mrd. US-\$ (zu Preisen und Wechselkursen von 2003)	58,0 Mrd. US-\$	64,9 Mrd. US-\$	+
Signifikanter Anstieg des Anteils der ODA-Leistungen für LDC und andere Länder der unteren Einkommensgruppe gegenüber 2003	Bilaterale ODA, netto: 44%	Bilaterale ODA, netto: 41% <i>Ohne Irak: 45%</i>	- +
	ODA insgesamt, netto: 50%	ODA insgesamt, netto: 46% <i>Ohne Irak: 49%</i>	- -
Anstieg des Anteils der ODA-Leistungen für Länder mit relativ guten Rahmenbedingungen und hohem Armenanteil	Bilaterale ODA, netto: 18%	Bilaterale ODA, netto: 17%, <i>Ohne Irak 18%</i>	- ..
	ODA insgesamt, netto: 22%	ODA insgesamt, netto: 21% <i>Ohne Irak: 22%</i>	- ..
Wohl durchdachte Interventionen in <i>Poor-Performer</i> -Ländern, an die effektive Transfers möglich sind	Von der Arbeitsgruppe <i>Fragile States</i> zu evaluieren		n.v.
Tendenzieller Rückgang von Nothilfe und humanitärer Hilfe, zumindest im Verhältnis zum gesamten ODA-Volumen	7%	9% <i>Ohne Irak : 9%</i>	- -
Erhöhung des Anteils lieferungebundener ODA	ODA ohne Lieferbindung: 42,8%	ODA ohne Lieferbindung: 41,7%	-
	Mit Lieferbindung: 7,6%	Mit Lieferbindung: 4,3%	
	Keine Angaben: 49,6%	Keine Angaben: 53,9%	
Ausweitung des Angebots an öffentlichen Dienstleistungen in den Empfängerländern bei gleichzeitiger Erhöhung der im Inland mobilisierten Mittel um mehrere Prozentpunkte	Öffentliche Gesundheitsausgaben in % des BIP 2000: 2,7%	Öffentliche Gesundheitsausgaben in % des BIP 2002: 2,7%	..
	Öffentliche Bildungsausgaben in % des BIP 2000: 4,1%	Öffentliche Bildungsausgaben in % des BIP 2001: 4,0%	-
	Laufende Einnahmen in % des BIP 2000: 17,1%	n.v.	n.v.
Ein wesentlich größerer ODA-Anteil ist eindeutig bestimmt für lokale Prioritäten, Programme und Systeme und im Haushalt der Empfängerländer ausgewiesen	Evaluierung anhand der Indikatoren der Erklärung von Paris		
Quantensprung bei den Harmonisierungsindikatoren im Vergleich zum Ausgangsniveau 2002-2003			
Erhöhte Leistungen größtenteils in Form echter Ressourcentransfers im Sinn der Zahlungsbilanz	ODA-Leistungen, die über den Haushalt der Empfängerländer laufen: 46,1 Mrd. US-\$	ODA-Leistungen, die über den Haushalt der Empfängerländer laufen: 47,6 Mrd. US-\$	-
	67% der gesamten ODA-Nettoleistungen	66% der gesamten ODA-Nettoleistungen	
TZ-Leistungen: Nachweislich höhere Effizienz (u.a. durch bessere Koordinierung, Nutzung nationaler Systeme und verstärkten Rückgriff auf lokale bzw. in anderen Ländern der südl. Hemisphäre vorhandene Kompetenzen) sowie größere Wirksamkeit	n.v.	<i>Verwendung von Informationen aus den Erhebungen über Harmonisierung und Partnerorientierung</i>	n.v.
Erste Erfolge durch höhere und wirksamere ODA-Leistungen in Form von Fortschritten bei den schwerer zu erreichenden Millenniumszielen, insbesondere in Subsahara-Afrika	n.v.	Vgl. Kasten 1.1	..

n.v.: Nicht verfügbar.

Quelle: Weltentwicklungsindikatoren, 2003, 2004, 2005.

grammen speziell für Männer und Jungen. Für die Gleichstellung der Geschlechter gibt es keine rasch wirkenden Patentrezepte. Vielmehr bedarf es eines langfristigen Engagements seitens der Geber- wie auch der Partnerländer.

Im derzeitigen Stadium ist auf der Geberseite individuell wie auch kollektiv die echte Bereitschaft festzustellen, gewisse Zielverfehlungen anzuerkennen und nach Möglichkeiten zu suchen, wie künftig mit „höherem Einsatz gespielt“ werden kann. Wir müssen uns die Energie und den Geist der Innovation im Zusammenhang mit dem Umdenken in Bezug auf das Ziel der Geschlechtergleichstellung zunutze machen, um uns über unsere Fehler auszutauschen, aus unseren wechselseitigen Erfahrungen zu lernen und gemeinsam mit unseren Partnerländern mit neuer Entschlossenheit an diese Aufgabe heranzugehen.

Das Ziel im Blick behalten

Im *DAC-Jahresbericht 2003 über die Entwicklungszusammenarbeit* hatte ich eine Reihe von Parametern vorgeschlagen, mit deren Hilfe beurteilt werden kann, ob im Bereich der internationalen Entwicklungszusammenarbeit signifikante Fortschritte erzielt werden. Nachstehend sind die jüngsten Daten wiedergegeben. Sie legen den Schluss nahe, dass es bislang nur zu wenigen Veränderungen bei ODA-Allokation oder -Qualität gegenüber 2002-2004 gekommen ist, die dazu angetan sein könnten, die Effektivität bzw. die Wirkung (*impact*) der EZ-Leistungen zu verbessern; wie aus der Tabelle jedoch auch hervorgeht, erklärt sich die leichte Abnahme der ODA-Anteile zu Gunsten der armen und der *Good-Performer*-Länder weitgehend aus dem massiven Anstieg der Leistungen an den Irak. Die erste Monitoring-Runde im Anschluss an die Erklärung von Paris wird rechtzeitig für die nächste Ausgabe des *Berichts über die Entwicklungszusammenarbeit* weitere Aufschlüsse über eine Reihe von Parametern liefern, für die eine Evaluierung derzeit noch nicht möglich ist. Tabelle 1.2 zeigt, dass wir – trotz des augenfälligen Anstiegs der ODA-Leistungen – keinen Grund haben, uns mit dem Erreichten zufrieden zu geben.

Anmerkungen

1. UN Millennium Project (2005), *Taking action: achieving gender equality and empowering women*, UN Millennium Project, New York.
2. OECD/DAC (2005), *Aid Activities in Support of Gender Equality, 1999-2003*, OECD, Paris.
3. DFID (2005), *Minutes of the Development Committee meeting*, 18. Januar 2005, London.

Kapitel 2

Armutsminderndes Wachstum fördern

Die Fortschritte im Hinblick auf die Verwirklichung des Millenniumsziels der Armutsbekämpfung müssen beschleunigt werden, damit dieses Ziel noch rechtzeitig erreicht werden kann. Zur Unterstützung der Armutsbekämpfung bedarf es eines schnelleren und nachhaltigeren Wirtschaftswachstums, dieses Wachstum muss aber auch eine wirklich positive Wirkung für die Armen haben, indem sein Tempo und seine Struktur die Fähigkeit der Armen erhöhen, an ihm teilzuhaben, zu ihm beizutragen und aus ihm Nutzen zu ziehen. In diesem Kapitel werden die wichtigsten politischen Aspekte der Agenda für ein armutsminderndes Wachstum dargelegt und die Methoden erläutert, mit denen die Geber die Partnerländer bei der Umsetzung dieser Agenda unterstützen können. Unter dem Blickwinkel des armutsmindernden Wachstums zeigt sich, dass die Strategien, Politiken und Modalitäten der Geberunterstützung in Bereichen wie privater Sektor, Handel, Landwirtschaft und Infrastruktur neu durchdacht werden müssen. Mit einer Fortsetzung der bisherigen Verfahrensweisen ist es bei dieser Agenda nicht getan, ebenso wenig wie mit einer bloßen Erhöhung des Leistungsvolumens.

Wachstum und Armutsminderung – Zahlen und Fakten

Wir sind inzwischen an einem kritischen Punkt auf dem Weg zur Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele (MDG) und dem Termin von 2015 gelangt. Die Fortschritte im Hinblick auf das unter MDG1 formulierte Armutsbekämpfungsziel müssen beschleunigt werden, wenn dieses Ziel noch rechtzeitig erreicht werden soll. Dazu müssen wir eine drastische Erhöhung der Wachstumsrate und ihres Effekts im Hinblick auf die Armutsminderung herbeiführen. Die Chancen hierfür steigen: In vielen armen Ländern hat das Wachstum wieder Tritt gefasst, wir wissen heute mehr über die Zusammenhänge zwischen Wachstum und Armutsbekämpfung, die Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit liefert Orientierungshilfen für eine effektivere Umsetzung der EZ und die EZ-Leistungen werden bis 2010 voraussichtlich erheblich erhöht werden.

Damit dies tatsächlich geschieht, muss jedoch in vielen verschiedenen Bereichen noch viel unternommen werden. Bei einem dieser Bereiche geht es um Form, Umfang und Modalitäten der Geberunterstützung für die Agenda des armutsmindernden Wachstums. Um armutsminderndes Wachstum effektiv zu fördern, müssen die Geber ihr Verhalten umstellen, sei es in Bezug auf die Art ihrer Aktionen, deren Modalitäten oder die Partner, mit denen sie dabei zusammenarbeiten. Dieses Kapitel stützt sich auf die Arbeiten des DAC-Netzwerks zur Armutsbekämpfung (POVNET) über die Wachstumsdimension der Armutsbekämpfung, wobei das Augenmerk besonders auf die Förderung eines armutsmindernden Wachstums gerichtet wird, d.h. einer Wachstumsrate und -struktur, die die Fähigkeit der Armen erhöht, an der Wirtschaftstätigkeit teilzuhaben, zu ihr beizutragen und aus ihr Nutzen zu ziehen. Es gründet sich auch auf andere Arbeiten des DAC in den für Wachstum und Armutsbekämpfung wichtigen Investitions- und Handelsbereichen. Mit einer Fortsetzung der bisherigen Verfahrensweisen ist es bei der Förderung eines armutsmindernden Wachstums nicht getan, ebenso wenig wie mit einer bloßen Erhöhung der Leistungen – weder für die Entwicklungsländer noch für ihre Geberpartner.

Nach einer langen Zeit geringen, teilweise negativen Wachstums mit im Allgemeinen nur kurzen Expansionsphasen hat das Wachstum in den Entwicklungsländern – auch in Afrika – seit Mitte der neunziger Jahre wieder Tritt gefasst. Dies hat dazu beigetragen, dass die Armutsraten in absoluter Rechnung (gemessen an der Zahl der Menschen, die mit weniger als einem Dollar pro Tag auskommen müssen) deutlich zurückgegangen sind. Das Tempo des Wachstums und sein Effekt auf die Armut fielen im Länder- und Regionalvergleich jedoch uneinheitlich aus. Unter dem Einfluss der beeindruckenden Wachstumsergebnisse Chinas wurde in Asien mit mehr als 6% in den neunziger Jahren die rascheste Expansion verzeichnet, womit der Anteil der Personen, die mit weniger als einem Dollar pro Tag auskommen müssen, von 30% auf 15% sank. In Subsahara-Afrika war das Wachstum trotz der in jüngster Zeit verzeichneten Verbesserung während der neunziger Jahre im Durchschnitt negativ, und der Anteil der in äußerster Armut lebenden Menschen stieg von 47% auf 49%. In Lateinamerika verlief das Wachstum langsam und war nicht ausreichend, um die extreme Armut zu senken, die bei 11% verharrte.

Auf Ebene der einzelnen Länder besteht ein starker und eindeutiger Zusammenhang zwischen der Rate des Wirtschaftswachstums und dem Tempo des Armutsrückgangs. Besonders hoch waren die Wachstums- und Armutsbekämpfungsergebnisse in Ländern wie Vietnam (wo sich die Armutsrate in den zehn Jahren bis 2002 auf 30% halbierte), El Salvador, Ghana, Indien, Tunesien und Uganda. Im volumenmäßiger Rechnung wurde der stärkste Armutsrückgang in ländlichen Regionen verzeichnet, wo die überwiegende Mehrzahl der Armen lebt; Ghana liefert allerdings ein Beispiel für einen Armutsrückgang, der in den Städten (einschließlich der Landstädte) deutlich ausgeprägt war, in ländlichen Gegenden aber ausblieb. Proportional war der stärkste Effekt auf die Armut im Allgemeinen in städtischen Gebieten zu beobachten, wo höhere Wachstumsraten erzielt wurden.

Wachstum fördert zwar überall die Armutsminderung, die Stärke der armutsmindernden Wirkung des Wachstums schwankt jedoch erheblich von Land zu Land. In Bangladesch wurde in den neunziger Jahren beispielsweise ein doppelt so hohes Wachstum verzeichnet wie in Ghana, die Einkommen der Armen sind in Ghana jedoch wesentlich stärker gestiegen als in Bangladesch. Im Senegal und in Burkina Faso waren die durchschnittlichen Wachstumsraten im Zeitraum 1995-2002 identisch, im Senegal ging die Armut aber weitaus stärker zurück. Diese Differenzen beim Effekt des Wachstums auf die Armut erklären sich aus Unterschieden zwischen den verglichenen Ländern, insbesondere in Bezug auf die Ausgangssituation (z.B. Grad der Entwicklung, Ausmaß der Ungleichheit, makroökonomische Stabilität, Governance-Strukturen, politische Lage usw.) sowie das Vorhandensein geeigneter Mechanismen, um die Fähigkeit der Armen zur Teilhabe am Wachstumsprozess zu erhöhen.

Zum besseren Verständnis der Wirkung des Wachstums auf die Armut muss analysiert werden, wie sich die Ungleichheit (Einkommensverteilung) im Verlauf des Wachstumsprozesses verändert. In Burkina Faso war das höhere Wachstum z.B. mit einer Abnahme der Ungleichheit verbunden, wodurch das Wachstum einen effektiveren Beitrag zur Armutsbekämpfung leisten konnte. In Vietnam nahm die Ungleichheit während des Wachstumsprozesses demgegenüber zu. Obwohl das Wachstum den armen Haushalten nicht so stark zugute kam wie den wohlhabenderen, ging die Einkommensarmut (d.h. die Zahl der Menschen, die mit weniger als einem Dollar pro Tag auskommen müssen) doch deutlich zurück. Eine Zunahme der Ungleichheit war in mehreren anderen rasch wachsenden Volkswirtschaften der neunziger Jahre zu beobachten, die empirische Forschung konnte jedoch keinen systematischen Zusammenhang zwischen Wachstum und steigender Ungleichheit feststellen. Untersuchungen ergaben hingegen, dass sich ein hohes Ausgangsniveau an Ungleichheit – insbesondere in Bezug auf die Besitzverteilung – negativ auf das Wachstumspotenzial eines Landes auswirken kann. Dafür können mehrere Faktoren verantwortlich sein, darunter die Tatsache, dass den Armen häufig der Zugang zu Finanz- und sonstigen Dienstleistungen verwehrt ist. Ein besseres Verständnis der Faktoren und Maßnahmen, die Wachstum, Ungleichheit und Armut sowie deren Wechselwirkungen beeinflussen, gilt als eine Priorität bei der Gestaltung armutsmindernder Wachstumsstrategien.

Die sehr Armen werden ärmer, sowohl in absoluter als auch in relativer Rechnung. Die chronische Armut nimmt zu, und die Bedeutung der „Armutfallen“ wächst. In Subsahara-Afrika belief sich das Durchschnittseinkommen der Menschen, die über weniger als einen Dollar pro Tag verfügen, 2001 auf 0,60 US-\$, gegenüber 0,62 US-\$ zehn Jahre zuvor. Daran zeigt sich, wie wichtig die Förderung eines rascheren Wirtschaftswachstums ist, das auch die Armen erreicht. Schon allein angesichts der verbreiteten Krankheiten und Konflikte ist dies eine schwierige Aufgabe. Noch komplexer wird sie in Ländern, die entweder nicht in der Lage oder nicht willens sind, auf die Ratschläge zu hören – oder diese umzusetzen –, die von ihren eigenen Bürgern oder anderen Akteuren vorgebracht werden, um den Beitrag des Wirtschaftswachstums zu einer nachhaltigen und langfristigen Armutsminderung zu erhöhen.

Politikaussagen auf der Grundlage der gewonnenen Erfahrungen im Bereich Wachstum und Armutsbekämpfung

Aus der Analyse der Erfahrungen in Bezug auf Wachstum und Armutsbekämpfung, die seit den neunziger Jahren in den Entwicklungsländern gewonnen wurden, lassen sich mehrere vorläufige Grundregeln für die Politik ableiten¹:

- a) **Voraussetzung für eine rasche und nachhaltige Armutsbekämpfung ist armutsminderndes Wachstum, d.h. eine Wachstumsrate und -struktur, durch die sich die Fähigkeit der in Armut lebenden Frauen und Männer erhöht, am Wachstum teilzuhaben, zu ihm beizutragen und aus ihm Nutzen zu ziehen.**
- a) **Die Rate des Wirtschaftswachstums ist von entscheidender Bedeutung für eine langfristige und nachhaltige Armutsminderung.** Der Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Armutsminderung ist insgesamt stark positiv. Wirtschaftswachstum

ist eine unabdingbare Voraussetzung und häufig auch der wichtigste Antriebsfaktor für den Rückgang der Armut. Ohne hohe und dauerhafte Wachstumsraten können Maßnahmen der Armutsbekämpfung nicht die gewünschten Ergebnisse bringen. In vielen Ländern wurden in den vergangenen 15 Jahren zwar Wachstumsphasen verzeichnet, diese waren jedoch zu niedrig und nicht nachhaltig genug, um einen dauerhaften Effekt auf die Armut ausüben zu können. Zu den für ein dauerhaftes Wachstum wichtigsten Maßnahmen gehören die Förderung makroökonomischer Stabilität und eines günstigen Investitionsklimas.

- b) **Das Wirtschaftswachstum dürfte stärker, nachhaltiger und in Bezug auf die Armutsbekämpfung wirksamer sein, wenn es auf armutsmindernde Wachstumsmuster zurückgeht.** Tempo und Struktur des Wachstums sind miteinander verknüpft und müssen daher zusammen behandelt werden. In Entwicklungsländern mit ähnlichen wirtschaftlichen Wachstumsraten waren ganz unterschiedliche Auswirkungen in Bezug auf die Armutsminderung zu beobachten, was z.T. mit den Verteilungsmustern des Wachstums zusammenhing, d.h. der Frage, welcher Anteil des Wachstums auf Sektoren und Bereiche entfiel, in denen die Armen wirtschaftlich aktiv sind und ihren Lebensunterhalt verdienen. Armutsmindernde Wachstumsmuster setzen voraus, dass die Armen Gelegenheit haben, am Wachstumsprozess teilzunehmen, und dazu befähigt sind, in die politischen Prozesse einzugreifen, die für die Entscheidungen der politisch Verantwortlichen maßgeblich sind.
- c) **Ungleichheit fällt stark ins Gewicht.** Durch ein hohes Maß an Ungleichheit verringert sich der Effekt einer gegebenen Wachstumsrate auf die Armut. Ungleichheit (z.B. in Bezug auf Besitz) beeinträchtigt die Fähigkeit der Armen, am Wachstum teilzuhaben. Ein großes Maß an Ungleichheit kann zudem die politische Stabilität und den sozialen Zusammenhalt gefährden, die für ein armutsminderndes Wachstum erforderlich sind. Das hohe Maß an Ungleichheit, das in Lateinamerika festzustellen ist, und die zunehmende Ungleichheit in Afrika und Teilen Asiens geben diesbezüglich Anlass zu Besorgnis. Die Erfahrung aus Wachstumsphasen zeigt jedoch, dass zunehmende Ungleichheit keine unweigerliche Folge des Wachstums sein muss, sofern Vorkehrungen getroffen werden, um dem gezielt entgegenzuwirken. Wachstumsraten, Wachstumsmuster, Ungleichheit und Armut sind miteinander verknüpft. Zur Förderung wirkungsvoller armutsmindernder Wachstumsstrategien müssen die Länder einen Policy-Mix einsetzen, der zugleich Wachstums- und Verteilungszielen gerecht wird.
- d) **Risiken und Risikoanfälligkeit beschränken die Teilnahme der Armen am Wachstumsprozess** und damit auch den Beitrag, den das Wachstum zur Armutsbekämpfung leisten kann. Jeder Schock hat erhebliche und anhaltende Auswirkungen für die Armen und kann ihren geringen Besitz weiter schmälern. Die Armen schrecken häufig davor zurück, Einkommenschancen zu nutzen, bei denen die größeren Gewinne mit einem höheren Risiko verbunden sind. Maßnahmen zur Gefahrenbewältigung, -eindämmung und -vorbeugung, durch die sich die Risiken und die Risikoanfälligkeit verringern, sind daher als kostengünstige Investitionen in ein armutsminderndes Wachstum zu betrachten.
- e) **Die Funktionsweise der Märkte muss für die Armen verbessert werden.** Wenn die Märkte ihre zentrale Funktion, nämlich ein armutsminderndes Wachstum zu fördern, erfüllen sollen, gilt es den Zugang zu Produktivvermögen (Land, Arbeit, Kapital) sowie zu den Güter- und Dienstleistungsmärkten zu verbessern und die Ursachen von Marktversagen zu beseitigen.
- b) **Armut ist mehrdimensional, und armutsminderndes Wachstum wird durch Fortschritte in anderen Bereichen begünstigt (z.B. Soziales, Umwelt, Politik). Um wirkungsvoller zu sein, müssen sich die Maßnahmen auf ein tieferes Verständnis und eine bessere Steuerung dieser Wechselbeziehungen gründen, damit sie eine positive Kettenreaktion in Gang setzen können, bei der sich die wirtschaftliche, soziale, ökologische und politische Entwicklung gegenseitig verstärken.**

- a) **Die Armen bilden keine homogene Gruppe, und sie sind mit verschiedenen Formen von Mangel konfrontiert.** Wir müssen wissen, wer die Armen sind und wo bzw. wovon sie leben, wie ihre Armut geartet ist und welche Ursachen sie hat. Die verschiedenen „ländlichen Lebenswelten“, von denen die Diskussionen über die Wahl der Maßnahmen bestimmt sind, durch die der Beitrag der Landwirtschaft zum armutsmindernden Wachstum erhöht werden soll, liefern ein gutes Beispiel für die unterschiedlichen Herausforderungen und Chancen für die Einkommenserzielung aus agrarischen und nichtagrarischen Aktivitäten auf Ebene des Einzelnen wie auch der Haushalte.
- b) **Armutsminderndes Wachstum setzt eine stärkere Einbindung der Frauen in den Wachstumsprozess voraus,** wozu die verschiedenen Problembereiche – z.B. Zugang, Institutionen, Besitz – unter einer Genderperspektive untersucht werden müssen. Durch Maßnahmen zur erfolgreichen Beseitigung verschiedener Formen geschlechtsspezifischer Benachteiligung kann die Teilhabe der Frauen am Wachstumsprozess erhöht und der entsprechende armutsmindernde Effekt ausgebaut werden. Die Politik muss eine stärkere Arbeitsmarktbeteiligung der Frauen fördern (z.B. durch niedrigere Geburtenraten und einen besseren Zugang zu Gesundheitsversorgung sowie zu Infrastrukturen, die ihrem Bedarf entsprechen) und die daraus resultierenden Vorteile steigern (z.B. durch höhere Alphabetisierungs- und Schulbesuchsraten für Mädchen, durch den Zugang zu Ressourcen und Besitz sowie durch Gesetze zur Verringerung der Benachteiligung der Frauen in Bezug auf Entgelt- und Arbeitsbedingungen).
- c) **Die wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und politischen Dimensionen der Armut müssen zusammen bekämpft werden.** Dichotomische Unterscheidungen (wie sie z.B. manchmal zwischen der Förderung des Wirtschaftswachstums und der Sozialpolitik vorgenommen werden) sind in diesem Zusammenhang u.U. unangebracht. Tempo und Struktur des Wachstums haben wirtschaftliche, soziale, ökologische und politische Bestimmungsfaktoren und Konsequenzen, die sich gegenseitig verstärken (oder behindern) können. Fortschritte bei der Verwirklichung des MDG Verringerung der Einkommensarmut erleichtern die Erzielung von Fortschritten bei anderen Millenniums-Entwicklungszielen und umgekehrt. Wir müssen daher über die Gestaltung von Maßnahmen zur Armutsbekämpfung nachdenken, die dieser Konvergenz Rechnung tragen, und sie nutzen.
- d) **Kompromisse sind weiterhin notwendig, sie müssen jedoch – und können auch – besser gehandhabt werden.** Dazu gilt es Maßnahmen zu vermeiden, die nur eine Dimension der Armutsbekämpfung fördern, während sie für die anderen negative Konsequenzen haben. In manchen Fällen werden ergänzende oder ausgleichende Maßnahmen erforderlich sein. Die Qualität der Institutionen ist von entscheidender Bedeutung, um die Trade-offs so auszurichten, dass sie eine armutsmindernde Wirkung entfalten können. Politische Entscheidungen müssen sich auf sachdienliche armutsorientierte Ex-ante-Wirkungsanalysen stützen.
- e) **Die Abfolge der Maßnahmen muss gut geregelt sein, um gegen die entscheidenden Engpässe (*binding constraints*) anzugehen.** Diese können durch Analysen der Entwicklung von Wachstum, Armut und Ungleichheit in der Vergangenheit identifiziert werden. Bei den Politik- und Investitionsentscheidungen muss von Anfang an auf die Transmissionskanäle geachtet werden, um den Effekt auf die Armutsminderung zu erhöhen.
- c) **Armutsmindernde Wachstumspolitik setzt voraus, dass die Armen zur Mitwirkung am politischen Entscheidungsprozess befähigt werden, der wiederum ihren Interessen Rechnung tragen muss.**
- a) **Die Armen müssen mit den nötigen Kapazitäten ausgestattet werden,** um an dem politischen Reformprozess teilzunehmen, der mit wirkungsvollen Armutsbekämpfungsstrategien (PRS) verbunden ist, und ihn beeinflussen zu können. Notwendig sind Maßnahmen zur Verstärkung des Mitspracherechts und des Einflusses der Armen, der Frauen

wie der Männer, damit sich eine sachlich fundierte Politik durchsetzt, die armutsminderndem Wachstum Vorschub leistet (statt einzelnen Interessengruppen zu dienen).

- b) **Ein gut funktionierendes Staatswesen ist unerlässlich, um den Interessen der Armen gerecht zu werden.** Wirkungsvolle armutsmindernde Wachstumsstrategien setzen politische und institutionelle Veränderungen voraus, die gewährleisten, dass der Staat in allen seinen Dimensionen den Interessen der Armen stärker Rechnung trägt. Der Staat muss für die erforderlichen Anreize, günstigen Umfeld- und Politikbedingungen sowie Politik- und Planungsrahmen sorgen, damit besser auf die Bedürfnisse der Armen eingegangen werden kann.
 - c) **Armutsmindernde Reformen erfordern aller Wahrscheinlichkeit nach eine Veränderung des aktuellen politischen Gleichgewichts zwischen den divergierenden Interessen der verschiedenen Gesellschaftssegmente.** Dazu bedarf es einer Verstärkung der Forderungen nach Veränderungen zu Gunsten der Armen, eines besseren Verständnisses der politischen Ökonomie und der Motoren des Wandels sowie der Förderung formeller, transparenter Entscheidungsprozesse.
 - d) **Armutsbekämpfungsstrategien müssen unter der Eigenverantwortung der jeweiligen Länder unterstehen, die Wachstumskomponente besser integrieren und eine stärkere Einbeziehung der betroffenen Parteien gewährleisten.** Was dies anbelangt, waren die PRS-Prozesse in der Anfangsphase nicht zufriedenstellend, inzwischen kommt der Stärkung dieser Dimensionen jedoch größere Aufmerksamkeit zu, was einem besseren Verständnis der Dynamik des Wachstumsprozesses und der Bedeutung des Dialogs zwischen den betroffenen Parteien zu verdanken ist.
- d) **Die Agenda für ein armutsminderndes Wachstum hat wichtige Auswirkungen auf die Ziele und die Methoden zur Umsetzung der Geberunterstützung. Mit einer Fortsetzung der bisherigen Verfahrensweisen ist es bei dieser Agenda nicht getan, ebenso wenig wie mit einer bloßen Erhöhung der Leistungen.**
- a) **Die Geber sollten sich auf die Unterstützung der von den jeweiligen Ländern entwickelten Prozesse konzentrieren,** die Antriebskräfte des Wandels identifizieren und ihre Aktionen gemeinsam an glaubwürdige Strategien für ein armutsminderndes Wachstum in Einklang mit den in der Erklärung von Paris enthaltenen Grundsätzen der EZ-Wirksamkeit anpassen. Wo solche Strategien fehlen, sollten die Geber den Partnerländern und sonstigen betroffenen Akteuren beim Aufbau der nötigen Kapazitäten helfen, um solche Strategien gestalten bzw. beeinflussen zu können.
 - b) **Die Geberunterstützung muss flexibel sein und an die Landessituation angepasst werden.** Die Politik der Geber muss sich auf eine gründliche Untersuchung der Hindernisse für Wachstum und Armutsbekämpfung sowie der Auswirkungen ihrer Maßnahmen stützen, wozu Instrumente wie armutsorientierte Wirkungsanalysen eingesetzt werden sollten. Die Maßnahmen müssen den Besonderheiten des jeweiligen Landes sowie der politischen Ökonomie der Armutsbekämpfungsagenda Rechnung tragen, auf die Überwindung der entscheidenden Engpässe für ein armutsminderndes Wachstum abzielen und am Machbaren orientiert sein. Eine Anhebung des Leistungsniveaus ist nur dann wirkungsvoll, wenn ausreichende Aufnahmekapazitäten vorhanden sind.
 - c) **Die Geber sollten in Ländern engagiert bleiben, in denen die obigen Ansätze auf Grund einer schwachen oder schlechten Staats- und Regierungsführung nicht umgesetzt werden können.** Die Geber müssen dann andere Konzepte verfolgen, bei denen der Schwerpunkt auf Investitionen in Humankapital liegt, und Gelegenheiten zur Stärkung der Rahmen für Politik und Dialog suchen. Besonders wichtig sind in solchen Fällen nachhaltige Anstrengungen zur Unterstützung des Kapazitätsaufbaus.
 - d) **Aktionen in den für armutsminderndes Wachstum wichtigen Bereichen², wie Entwicklung des privaten Sektors, Landwirtschaft und Infrastruktur, erfordern eine Neuordnung der Prioritäten unter dem Blickwinkel der Armutsbekämpfung.** Die Bedeutung dieser Bereiche für Wachstumstempo und -struktur wurde bislang unter-

schätzt. Im Rahmen der Arbeit von POVNET zum Thema armutsminderndes Wachstum wurden neue Konzepte zur Stärkung ihres Beitrags entwickelt.

- e) **Die Geber müssen in den EZ-Stellen, sowohl auf Ebene der Zentralen als auch vor Ort, Kapazitäten zur effektiven Förderung eines armutsmindernden Wachstums entwickeln.** Sie müssen in einer Weise arbeiten, bei der sektorübergreifende Synergien genutzt und die Geberkoordinierung gestärkt werden können. Sie müssen dem Personal vor Ort die erforderliche Unterstützung wie auch die nötigen Anreize bieten und multidisziplinäre Teams aufbauen, die dazu in der Lage sind, auf lokaler Ebene Einfluss auf die Maßnahmen auszuüben und sie umzusetzen.

Armutsmindernde Wachstumsmaßnahmen zur Förderung von Investitionen, Entwicklung des privaten Sektors, Handel, Landwirtschaft und Infrastruktur

Maßnahmen in Sektoren, die für die Erzielung eines armutsmindernden Wachstums wichtig sind – darunter Entwicklung des privaten Sektors, Handel, Landwirtschaft und Infrastruktur –, können das Tempo des Wachstums beschleunigen helfen, seine räumliche und sektorale Zusammensetzung beeinflussen und die Armen in den Wachstumsprozess einbinden. Bei Maßnahmen in diesem Bereich dürfen die bisherigen Vorgehensweisen jedoch nicht einfach übernommen werden. Unter dem Blickwinkel der Armutsbekämpfung ist es in diesen Sektoren häufig nötig, dass die Geber ihr Verhalten umstellen, sei es in Bezug auf die Form ihrer Aktionen, deren Modalitäten oder die Partner, mit denen sie zusammenarbeiten (wie in Kasten 2.1 aufgezeigt). Die Geber müssen auch besser – und zwar bereits im Vorfeld – über die Auswirkungen informiert sein, die institutionelle Veränderungen sowie Projekt- und Programminvestitionen auf die Armut haben. Zu diesem Zweck entwickeln sie derzeit das Instrument der „armutsorientierten Wirkungsanalyse“, das es ihnen ermöglichen soll, die Auswirkungen ihrer Interventionen im Hinblick auf die Armutsbekämpfung besser zu verstehen.

a) Investitionen und Entwicklung des privaten Sektors

Der private Sektor ist der Hauptpfeiler von Wachstum und Beschäftigung. Die Förderung eines dynamischeren privaten Sektors, der einen größeren Beitrag zur Wohlstandsbildung leistet, als dies in den Entwicklungsländern derzeit der Fall ist, spielt eine zentrale Rolle bei armutsmindernden Wachstumsstrategien und der Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele. Beschäftigung (vor allem im formellen Sektor) ist ein wichtiger Weg aus der Armut, und mit den von Arbeitnehmern und Arbeitgebern gezahlten Steuern können staatliche Ausgaben für allgemeinere Aspekte der Armutsbekämpfungsstrategien finanziert werden. Die Beschäftigung im informellen Sektor ist, bezogen auf den einzelnen Arbeitsplatz, ebenfalls wichtig, allerdings sind ihre Auswirkungen auf die Qualität und Nachhaltigkeit des Armutsbekämpfungsprozesses vergleichsweise geringer.

Damit der private Sektor armutsminderndes Wachstum schaffen kann, müssen eine Reihe von Faktoren gegeben sein, die es sämtlichen Akteuren des privaten Sektors erlauben, am Wachstum teilzunehmen und von ihm zu profitieren. Bei diesen Faktoren handelt es sich um:

- Schaffung von Anreizen für unternehmerische Initiative und Investitionen,
- Steigerung der Produktivität durch Wettbewerb und Innovation,
- Nutzung internationaler wirtschaftlicher Verknüpfungen,
- Verbesserung des Marktzugangs und der Funktionsweise der Märkte,
- Verringerung von Risiken und Risikoanfälligkeit.

Um zu gewährleisten, dass diese Faktoren gegeben sind, müssen Aktionen an einer Reihe miteinander verbundener Fronten ergriffen werden: Schaffung makroökonomischer Stabilität und eines günstigen Investitionsumfelds, Verringerung wesentlicher Hindernisse für die Geschäftstätigkeit und Aufbau angebotsseitiger Reaktionsmechanismen, d.h. Stärkung der Fähigkeit der

Unternehmen, aus Wachstum und Globalisierung resultierende neue Investitionschancen zu identifizieren und zu nutzen. Statt bestimmte Formen von Unternehmen zu fördern, z.B. kleine oder landwirtschaftliche Betriebe, wird der Akzent in den neuen Programmen zur Förderung eines armutsmindernden privaten Sektors auf wirtschaftspolitische und institutionelle Reformen gelegt, die dem privaten Sektor Anreize geben, die Märkte so zu gestalten, dass die Armen größeren Nutzen daraus ziehen können. Durch die herkömmliche Antwort auf Marktversagen, d.h. die Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen durch den Staat, werden häufig mehr Probleme geschaffen als gelöst.

Die Reformagenda zur Erhöhung des Beitrags, den Investitionen und privater Sektor zum armutsmindernden Wachstum leisten, ist ebenso weit gefasst wie anspruchsvoll. Unter den vielen wichtigen Fragen, die es verdienen, zur Ausarbeitung von Orientierungshilfen für die Geber genauer untersucht zu werden, wurden folgende vom DAC in jüngster Zeit analysiert:

- **Beseitigung der Hindernisse für die Formalisierung der Wirtschaftstätigkeit.** Der informelle Sektor macht einen großen Teil der Binnenwirtschaft vieler Entwicklungsländer aus. Die informelle Wirtschaft fördert jedoch nicht die Ausweitung des Beitrags des privaten Sektors zum armutsmindernden Wachstum – im Gegenteil, sie führt zu Marktverzerrungen, schließt einen Teil der Bevölkerung von der sozialen Grundsicherung aus und verringert die Steuereinnahmen. Die Formalisierung der Wirtschaftstätigkeit bringt große Vorteile, darunter einen besseren Zugang der Unternehmen zu den für ihre Expansion erforderlichen Ressourcen. Die Geber können den Prozess hin zur schrittweisen Formalisierung fördern, indem sie den Entwicklungsländern beim Abbau von Hindernissen helfen, wie z.B. regulierungsbedingten oder administrativen Barrieren, Gebühren und finanziellen Auflagen, Korruption in den öffentlichen Verwaltungen, soziokulturellen Prägungen und Mangel an wichtigen unternehmensnahen Dienstleistungen. Die Einleitung eines Dialogs mit den Marktteilnehmern der informellen Wirtschaft ist von entscheidender Bedeutung, da er den Regierungen das Verständnis der besonderen Hindernisse, vor denen informelle Unternehmen stehen, sowie der Gründe für etwaige Widerstände gegen die Formalisierung erleichtert.
- **Umsetzung einer Wettbewerbspolitik.** Wettbewerb ist von entscheidender Bedeutung, wenn die Märkte den Armen mehr Vorteile bringen sollen. Auf wettbewerbsoffenen Märkten dürften die Armen größere Chancen haben, eine Anstellung zu finden oder selbst ein kleines Unternehmen zu gründen. Wettbewerb nutzt den Verbrauchern auf Grund sinkender Preise, einer gestiegenen Qualität und einer größeren Produktauswahl. Die Bauern befinden sich in einer günstigeren Position, wenn auf den Märkten, auf denen sie ihre Grundstoffe einkaufen, den Transport regeln und ihre Erzeugnisse verkaufen, Wettbewerb herrscht. Eine klar definierte Wettbewerbspolitik mit den entsprechenden gesetzlichen Regeln kann für mehr Wettbewerb auf den Märkten sorgen. Die Geber können hier Technische Zusammenarbeit und Unterstützung beim Kapazitätsaufbau anbieten, um den Entwicklungsländern bei der Stärkung der zuständigen Institutionen für die Durchsetzung des Wettbewerbsrechts und die Formulierung der Wettbewerbspolitik zu helfen.
- **Förderung der angebotsseitigen Reaktionsfähigkeit.** Die Verbesserung der makroökonomischen Bedingungen und die Schaffung eines entwicklungsförderlichen Umfelds sind von großer Bedeutung. Sie müssen durch Maßnahmen zur Stärkung der Kapazität der Unternehmen in Entwicklungsländern, vor allem der kleinen und informellen Betriebe, ergänzt werden. Dadurch kann diesen Unternehmen bei der Nutzung der Chancen und der Bewältigung der Herausforderungen geholfen werden, die sich aus stärkeren internationalen Verknüpfungen ergeben. Es herrscht heute Einigkeit über die Notwendigkeit eines Umschwens auf stärker marktorientierte Ansätze, um die Unternehmen direkt zu unterstützen. Um keine Marktverzerrungen zu verursachen, sollten die Geber bei dieser Unterstützung folgende Kriterien berücksichtigen: Fokussierung auf die Problemursachen, Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen, Förderung marktbasierter Lösungen statt direkter Unterstützung der Unternehmen, Anwendung outputorientierter EZ-Prinzipien und Vorhandensein einer klaren Ausstiegsstrategie.

- **Ausbau des Beitrags des Finanzsektors zum armutsmindernden Wachstum.** Ein gut entwickelter Finanzsektor mit einem stärker integrierten Mikrokreditsektor kann in Armut lebenden Frauen und Männern Zugang zu einem breiteren Spektrum an Finanzdienstleistungen verschaffen (z.B. Zahlungsinstrumente, Sparkonten, Kredite und Versicherungen). Indirekt gibt er privaten Investoren ein Gefühl von Sicherheit und schafft Möglichkeiten zur Finanzierung von Investitionen in Basisdienste für Arme. In Ländern mit einem weniger gut entwickelten Finanzsektor sollten die Geber vorrangig die Schaffung eines günstigen Umfelds für dessen Entwicklung unterstützen und dazu Hilfe in den Bereichen Regulierung, Aufsicht und Förderung von Finanzsystemen leisten. In weiter fortgeschrittenen Volkswirtschaften können sich die Geber stärker auf die Unterstützung von Politiken und Projekten konzentrieren, mit denen das Angebot an Finanzdienstleistungen für die Armen erweitert wird, und zwar zu Bedingungen, die ihren Bedürfnissen besser angepasst sind.
- **Verbesserung des Marktzugangs der Frauen.** Frauen sind Opfer verschiedener Formen von Ausgrenzung und Benachteiligung, die hauptsächlich durch Vorurteile, soziale Normen, Verbote und eine geschlechtsspezifische Aufgabenteilung bedingt sind. Daher stehen Frauen bei der Teilnahme an den Arbeits-, Finanz-, Güter- und Dienstleistungsmärkten vor besonderen Hindernissen, die den Erfolg von Bemühungen in Frage stellen, die Ärmsten stärker von den Vorteilen des Wachstums profitieren zu lassen. Die Geber sollten bei der Programmentwicklung für den Einsatz von genderspezifischen Analyseinstrumente eintreten, damit gewährleistet ist, dass die Rolle der Frauen als Verbraucherinnen, Arbeitnehmerinnen, Unternehmerinnen und soziale Akteure berücksichtigt wird. Nach Geschlechtszugehörigkeit aufgeschlüsselte Analysen der Wertschöpfungskette, in denen Möglichkeiten zur Stärkung der Marktteilnahme der Frauen identifiziert werden, können dazu beitragen, dass deren erhebliches Potenzial im Hinblick auf die Armutsbekämpfung ausgeschöpft wird.
- **Schaffung eines integrativ wirkenden Dialogs zwischen Staat und privater Wirtschaft (*public-private dialogue*).** Gut organisierte Mechanismen für den Dialog zwischen Staat und privater Wirtschaft können gewährleisten, dass die Bedürfnisse und Anliegen der in Armut lebenden Frauen und Männer in den auf höherer Ebene stattfindenden Politikprozessen berücksichtigt werden, insbesondere bei der Ausarbeitung der nationalen Armutsbekämpfungsstrategien. Die Geber können einen derartigen Dialog erleichtern, indem sie Organisationen des privaten Sektors unterstützen (auf nationaler, subnationaler und lokaler Ebene), die die Interessen von Klein- und Kleinstunternehmen sowie von informellen Betrieben und Arbeitskräften vertreten. Die Geber sollten es jedoch vermeiden, dem Dialog ihre eigene Agenda aufzuzwängen oder Situationen zu schaffen, in denen die Teilnehmer stärker auf die Prioritäten der Geber eingehen als auf die Interessen der von ihnen vertretenen Gruppen.
- **Die Geber können die ODA wirkungsvoller zur Mobilisierung privater Investitionen einsetzen.** Derzeit verwenden sie rd. 20% ihrer ODA auf Aktivitäten, die zur Mobilisierung von Investitionen beitragen. Zusammen decken sie ein breites Spektrum an Aktivitäten auf der Makro-, Meso- und Mikroebene der Investitionshilfe ab. Es liegen nur begrenzt Evaluierungen in Bezug darauf vor, was gut funktioniert (und was nicht) und inwieweit es durch EZ-Aktivitäten gelingt, die in der Sicht der Unternehmen größten Engpässe (*binding constraints*) zu beseitigen. Um Investitionen effektiver mobilisieren zu können, müssen sich die Geber zusätzlich zu den vorstehenden Empfehlungen auch bewusst werden, dass Reformen zeit- und kostenaufwendige und schwierige Prozesse sind und dass längere Fristen und stärkere Anreize nötig sind, um wirtschaftspolitische und institutionelle Veränderungen herbeizuführen. Die Geber müssen mehr Aufmerksamkeit auf die Verschiedenartigkeit der Investoren richten, vor allem auf binnenwirtschaftlicher Ebene, wo Klein- und Kleinstunternehmen, Selbstständige und informelle Wirtschaftsakteure die bei weitem wichtigsten Investitionsquellen sind. Und sie dürfen sich nicht darauf beschränken, die herkömmlichen Reformen der makroökonomischen Bedingungen und des Investitionsklimas zu empfehlen, sondern darüber hinaus versuchen, Engpässe an den Märkten zu identifizieren, die als Hindernis für inländische Investitionen wirken, z.B. was einen zuverlässigen Zugang zu Strom, Verkehrsmitteln, Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) usw. zu erschwinglichen Preisen anbelangt.

b) Handelsliberalisierung

Wenn er mit binnenwirtschaftlichen Reformen verbunden ist, kommt dem internationalen Handel eine wichtige Rolle bei der Förderung einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung, der Schaffung von Beschäftigungschancen und der Armutsbekämpfung zu. Dies zeigt sich am Beispiel einer Reihe von Entwicklungsländern, die beeindruckende Wachstumsraten erzielten und die Armut erheblich reduzieren konnten. Der Zusammenhang zwischen Handel und armutsminderndem Wachstum ist jedoch komplex, weil der Handel nur einer von vielen Faktoren ist, die sich auf die langfristige Entwicklung und die Armutsbekämpfung auswirken. Aus Forschungsarbeiten geht indes hervor, dass offene Volkswirtschaften auf längere Sicht dem Wirtschaftswachstum und damit einer Verringerung der Armut Vorschub leisten. Über neue Handelschancen für wettbewerbsfähige Anbieter, einen Rückgang der Verbraucherpreise und eine Erhöhung der Exporteinnahmen verbessern sie die Entwicklungschancen, wodurch wiederum größere Fortschritte bei der Armutsbekämpfung erzielt werden können. Dies gilt insbesondere, wenn der Handel in jenen Sektoren liberalisiert wird, in denen die Entwicklungsländer über einen komparativen Vorteil verfügen (wie z.B. in der Landwirtschaft), wo auf Seiten der OECD-Länder derzeit aber noch vergleichsweise hohe tarifäre und nichttarifäre Handelshemmnisse bestehen. Die Förderung einer nicht wettbewerbsfähigen Produktion von bestimmten landwirtschaftlichen Erzeugnissen in den OECD-Ländern kann negative Auswirkungen auf die Wachstumsaussichten und das Armutsniveau in den Entwicklungsländern haben, deren Exporteinnahmen und Beschäftigungsergebnisse stark von diesen Erzeugnissen abhängig sind.

Auf kurze Sicht kann die Handelsliberalisierung ebenso eine wohlfahrtssenkende wie -fördernde Wirkung haben. Wie sie sich jeweils auswirkt, hängt von der Produktions- und Beschäftigungsstruktur des fraglichen Landes, dem Ausgangsniveau des Marktschutzes und den Verbrauchsmustern der in Armut lebenden Bevölkerungsteile ab. Die Armen dürften von der Liberalisierung der Einfuhren profitieren, wenn sie in Exportsektoren beschäftigt sind und Güter verbrauchen, auf denen zuvor hohe Schutzzölle lasteten. Sie dürften durch sie verlieren, wenn sie in zuvor geschützten Sektoren tätig sind und für den Export bestimmte Güter verbrauchen. Diese kurzfristigen Effekte sind zumeist recht begrenzt. In Fällen, wo sich die Bevorzugung beim Zugang zu den OECD-Märkten infolge von MFN-Zollsenkungen (Meistbegünstigung) verringert, kann es in einer kleinen Gruppe von Ländern (insbesondere in bestimmten Teilen Afrikas und der Karibik) und bei einer kleinen Zahl von Erzeugnissen (z.B. Bananen, Zucker, Textilien) dennoch zu ernststen kurzfristigen Anpassungsschwierigkeiten kommen.

Baumwolle ist eindeutig ein Bereich, in dem zahlreiche LDC von einer weiteren multilateralen Liberalisierung profitieren würden. Insbesondere für die westafrikanischen Länder, in denen die Exporteinnahmen und die Beschäftigung stark von der Baumwollwirtschaft abhängig sind, wäre eine weitere Senkung der Subventionen in den OECD-Ländern, die zu Überproduktion führen, die Weltmarktpreise drücken und die Handelsströme verzerren, von großem Vorteil.

Über den langfristigen Zusammenhang zwischen Wachstum und Armutsverringerung besteht kaum Uneinigkeit. Eine stärkere Handelsöffnung (die an der Summe der Exporte und der Importe im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt – BIP – gemessen wird) und insbesondere eine Liberalisierung der Einfuhren ist mit einem höheren Wachstum verbunden, bedingt durch Importe, die produktive Technologien enthalten, und den daraus resultierenden Anstieg der Gesamtfaktorproduktivität. Offene Volkswirtschaften führen zudem zu einer Erhöhung des Wettbewerbs und der Leistungsfähigkeit der inländischen wie auch der internationalen Märkte. Kein Land mit geschlossener Wirtschaft kann ein dauerhaftes, langfristiges Wachstum vorweisen. Die Länder, die Handel erfolgreich mit mehr Wachstum und Entwicklung verbinden konnten, haben zumeist einige wichtige Merkmale gemeinsam. Sie haben ihre Wirtschaft schrittweise geöffnet, und zwar im Rahmen allgemeiner Entwicklungsstrategien, die sich auf zwei Hauptpfeiler stützen: Verbesserung des Investitionsklimas für den privaten Sektor zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Befähigung der Armen zur Übernahme von Verantwortung (*empowerment*), z.B. durch bessere Bildung. Daran wird deutlich, dass das institutionelle und allgemeine wirtschaftspolitische Klima, in dem die Handelsliberalisierung stattfindet, starken Einfluss darauf hat, wie sich Handelsreformen auf die Wirtschaftsleistung und die Armut auswirken.

Obwohl über den positiven längerfristigen Effekt, den die Marktöffnung auf Wachstum und Armut ausübt, allgemein Einigkeit herrscht, wird der potenzielle Beitrag, den der Handel zu Wachstum und Armutsbekämpfung leisten kann, in vielen Entwicklungsländern immer noch erheblich unterschätzt. In diesen Fällen fehlt es der Regierung, den Institutionen und den Unternehmen häufig an den nötigen Kapazitäten (z.B. Informationen, Regelungen, Verfahren, Einrichtungen und/oder Infrastrukturen), um sich im Wettbewerb auf den Weltmärkten behaupten und vollen Nutzen aus den vom internationalen Handel gebotenen Chancen ziehen zu können. Viele Länder haben auch Bedenken hinsichtlich ihrer Fähigkeit und Kapazität zur Bewältigung des aus der Handelsliberalisierung resultierenden Anpassungsdrucks. Wenn diese Entwicklungsländer den Nutzen des Handels im Hinblick auf ein armutsminderndes Wachstum maximieren sollen, bedarf es zusätzlich zu ehrgeizigen (internationalen) Handelsreformen auch binnenwirtschaftlicher Politikreformen sowie technischer Unterstützung und eines Kapazitätsaufbaus im Handelsbereich.

Während die Entwicklungsländer z.B. stark von der Einführung von Maßnahmen zur Handelserleichterung profitieren werden, erfordern die meisten dieser Maßnahmen doch institutionelle, personelle oder finanzielle Ressourcen, an denen es in Entwicklungsländern häufig mangelt. Gestützt auf die Arbeiten des Handelsausschusses der OECD prüft der DAC derzeit die Geberunterstützung für die Handelserleichterung, um zu einer Verbesserung der Gestaltung, Erbringung und Evaluierung der Entwicklungszusammenarbeit beizutragen und empfehlenswerte Praktiken zur Stärkung der Kapazitäten für die Handelserleichterung in Entwicklungsländern zu bestimmen.

Trotz der in diesem Bereich bereits erzielten Leistungen sind weitere Fortschritte nötig, um den Regierungen, Institutionen und Unternehmen in den Entwicklungsländern effektiv dabei zu helfen, die aus einem verbesserten Marktzugang resultierenden Chancen voll auszuschöpfen. Der Handel und ganz allgemein das Wachstum müssen durch Strategiepapiere zur Verringerung der Armut (PRSP) oder ähnliche Rahmenkonzepte, an der die Geber ihre Unterstützung ausrichten können, besser in die Armutsbekämpfungsstrategien einbezogen werden. Dies setzt ein besseres Verständnis der Faktoren, die dies bislang verhinderten, voraus und erfordert zusätzliche Mittel für den Handelskapazitätsaufbau.

Für die EZ- und die Handelsgemeinde besteht die Herausforderung allgemein darin, die Dynamik der Doha-Entwicklungsagenda sowie des Prozesses der Millenniums-Entwicklungsziele zu nutzen, um ehrgeizige Abkommen für die Handelsliberalisierung mit Erfolg abschließen zu können, insbesondere in den für die Entwicklungsländer wichtigen Sektoren. Das oberste Ziel ist die Förderung starker, nachhaltiger lokaler Kapazitäten zur Teilnahme an dynamischen regionalen und globalen Handelsstrukturen, u.a. im Zusammenhang mit den neuen Chancen, die ein erfolgreicher Abschluss der Doha-Entwicklungsrunde mit sich bringen wird.

Die Handelshilfe sollte selbstverständlich nicht als Entschädigung für ein hinter den Erwartungen zurückbleibendes Ergebnis bei der Doha-Entwicklungsagenda erhalten müssen. Die derzeitige multilaterale Handelsliberalisierungsrunde bietet der Gebergemeinde vielmehr eine einmalige Chance, ihr Engagement für eine Erhöhung der Hilfe an jene Länder zum Ausdruck zu bringen, die sich aktiv darum bemühen, den Handel zu einem Motor für armutsminderndes Wachstum und Entwicklung zu machen. Die geplante Anhebung der ODA von 80 Mrd. US-\$ im Jahr 2004 auf 130 Mrd. US-\$ im Jahr 2010 muss zur Verwirklichung dieses Ziels beitragen.

c) Landwirtschaft

Das Wachstum der Landwirtschaft ist für die Armutsverringerung von entscheidender Bedeutung. Die Landwirtschaft muss ein zentraler Bestandteil armutsmindernder Wachstumsstrategien sein, nicht nur weil 75% der Armen der Welt in ländlichen Gebieten leben, sondern auch weil eine wirkungsvolle Agrarkomponente überproportional hohe Ergebnisse erbringt, also auf sehr kosteneffiziente Weise einen signifikanten Armutsrückgang bewirkt. Auf makroökonomischer Ebene übt das Agrarwachstum starke Hebeleffekte auf die übrigen Wirtschaftssektoren aus, und es hat sich durchgehend gezeigt, dass es den Armen stärker zugute kommt als Wachstum in anderen Sektoren. Nur sehr wenigen Volkswirtschaften der Welt ist es gelungen, ein breit fundiertes Wirtschaftswachstum zu erzielen, ohne dass zuvor oder zumindest parallel dazu ein Agrarwachstum verzeichnet worden wäre.

Produktivitätssteigerungen in der Landwirtschaft können den Weg aus der Armut ebnen, weil sie direkte Auswirkungen auf das Einkommen und die Erwerbsquoten haben, zur Senkung der Nahrungsmittelpreise auf dem Land und in den Städten beitragen und in den vor- und nachgelagerten Bereichen neue Möglichkeiten zur wirtschaftlichen Entwicklung und Sicherung des Lebensunterhalts entstehen lassen. Die „Globale Geber-Plattform für ländliche Entwicklung“ (die im Hinblick auf die Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele zur Förderung der landwirtschaftlichen Entwicklung eingerichtet wurde) ist zu dem Schluss gekommen, dass das Wirtschaftswachstum in ländlichen Gebieten durch Steigerungen der landwirtschaftlichen Produktivität untermauert werden muss. Die Auswirkungen eines solchen Wachstums können darüber hinaus den Anstoß für eine über die Landwirtschaft hinausgehende wirtschaftliche Diversifizierung und Transformation geben. Das Agrarwachstum ist ein wichtiger Antriebsfaktor für die nichtagrarische Wirtschaft in ländlichen Gebieten, von dem starke Synergieeffekte auf die städtische Wirtschaft ausgehen.

In den vergangenen 30 Jahren wurden in der Nahrungsmittelproduktion weltweit erhebliche Fortschritte erzielt, was insgesamt mit einer Abnahme der Weltnahrungsmittelpreise, einer Zunahme der Kalorienzufuhr, einem Rückgang des Prozentsatzes der Unterernährten und hohen Renditen in einigen wichtigen Bereichen landwirtschaftlicher Investitionen verbunden war. In Subsahara-Afrika, wo angesichts eines schwachen Wirtschaftswachstums nach wie vor Millionen ums bloße Überleben kämpfen, müssen allerdings immer noch über 300 Millionen Menschen mit weniger als einem Dollar pro Tag auskommen.

Der Kontext der Entwicklung und Umsetzung der Agrarpolitik hat sich grundlegend gewandelt, was mit einer Erhöhung der Risikogefährdung und -anfälligkeit der mittellosen landwirtschaftlichen Erzeuger einherging. Kleinbauern müssen sich heute im Wettbewerb auf Märkten behaupten, die wesentlich stärker konzentriert und integriert sind und wesentlich höhere Ansprüche in Bezug auf Nahrungsmittelqualität und -sicherheit stellen, und sind mit den Konsequenzen der raschen Expansion der Supermärkte in allen Weltregionen konfrontiert. Faktoren wie Migration und HIV/AIDS verändern die Demographie und haben große Auswirkungen auf die Produktionskapazitäten in ländlichen Gegenden. Die damit verbundene Feminisierung der Landwirtschaft hat zur Folge, dass wir wirkungsvollere Maßnahmen zur Beseitigung geschlechtsspezifischer Benachteiligungen benötigen als bisher. Zudem lastet der Klimawandel zunehmend auf den natürlichen Ressourcen, von denen die Landwirtschaft abhängig ist. Die neuen Strukturen und Formen der Diversifizierung in ländlichen Gebieten haben Auswirkungen auf die Einkommenszusammensetzung der privaten Haushalte sowie die Beziehungen zwischen Stadt und Land. Der landwirtschaftliche Sektor ist heterogen, und die Reaktionsfähigkeit der privaten Haushalte auf diese veränderten Umstände ist sehr unterschiedlich, häufig in Abhängigkeit von der Größe und der Sicherheit des Landbesitzes, dem Zugang zu den Märkten und der Wirksamkeit der sozialen Netze über den engeren Gemeindeverbund hinaus. Bei Anstrengungen zur Beschleunigung des landwirtschaftlichen Wachstums muss diesen Unterschieden Rechnung getragen werden, wenn die Länder von der hohen Ertragskraft profitieren sollen, die in der Landwirtschaft in den siebziger und achtziger Jahren erzielt wurde.

Die Landwirtschaft muss als Instrument armutsmindernden Wachstums wieder mehr Aufmerksamkeit erhalten. Die geänderten Umstände erfordern eine neue Agenda für die Landwirtschaft, in der die Probleme und Chancen verschiedener ländlicher Lebenswelten berücksichtigt sind und die neue Konzepte für bisher vernachlässigte Fundamentalfaktoren wie Infrastruktur, Humankapital und Technologie bietet. Es bedarf innovativer Lösungen zur Einrichtung der nötigen Institutionen für eine erfolgreiche Politikumsetzung. Erforderlich sind umfassende Konzepte, bei denen der Fokus auf der Sicherung des Lebensunterhalts liegt und die Politik an den lokalen agro-ökologischen und wirtschaftlichen Entwicklungskontext angepasst werden kann. Unter den vordringlichen öffentlichen Aktionen und Investitionen sind zu nennen:

- Die Steigerung der Produktivität und die Verbesserung des Zugangs zu den inländischen, regionalen und internationalen Märkten sind entscheidende Strategieelemente zur Förderung eines armutsmindernden Wachstums und einer nachhaltigen Verbesserung der Lebensgrundlagen der Armen. Kleine landwirtschaftliche Betriebe mit kommerzieller Ausrichtung können enormen Nutzen aus einer Diversifizierung in Richtung höherwertiger Nahrungsmittel

- (Obst, Gemüse, Öle, Fisch, tierische Erzeugnisse usw.) sowie verarbeiteter Nahrungsmittel ziehen. Strategien zur Förderung der Diversifizierung, z.B. Investitionen in Verkehrswesen und Institutionen zur Unterstützung von Kleinbauern, können in Kombination mit einem geeigneten Regierungs- und Politikrahmen für mehr Chancen in der Landwirtschaft sorgen.
- Die Bewältigung der erhöhten Risikogefährdung und Risikoanfälligkeit im Zusammenhang mit Unwettern, Insektenplagen und Preisentwicklungen, Krankheit und Tod (insbesondere durch HIV/AIDS) wie auch Eigentumsverlust ist für ein nachhaltiges armutsminderndes Wachstum von entscheidender Bedeutung. Maßnahmen, Institutionen und Investitionen zur Evaluierung und Verringerung des tatsächlichen Risikos, zur Stärkung von Risikomanagementoptionen und zur Erhöhung des Angebots an Sicherheitsnetzen helfen den Menschen bei der Bewältigung von Risiken und Risikoanfälligkeit. Durch „Fahrstuhleffekte“ kann vermieden werden, dass die Armen auf Strategien zurückgreifen, bei denen das Risiko gering ist, die aber auch nur eine geringe armutsmindernde Wirkung haben. Außerdem kann ihnen auf diese Weise bei der Wiederaufnahme produktiverer Tätigkeiten geholfen werden. Durch sie erhöhen sich auch die Akzeptanz von Innovationen und die Bereitschaft, kalkulierte Risiken einzugehen, was die Voraussetzung für unternehmerische Initiative ist.
 - Eine hohe Mobilität und ein starkes nichtagrarisches Wachstum kommen dem landwirtschaftlichen Sektor zugute. Dieser profitiert von der steigenden Nachfrage nach diversifizierten und höherwertigen Nahrungsmitteln, den höheren Heimatüberweisungen von Familienangehörigen im Ausland, die in effizientere Arbeitsmethoden investiert werden können, der verbesserten Qualifikation und Marktkenntnis der Heimkehrer sowie den sich u.U. ergebenden Möglichkeiten, der Fragmentierung der landwirtschaftlichen Nutzflächen durch Pacht oder Kauf von Land entgegenzuwirken. Die öffentliche Politik sollte der Bedeutung dieser Art von Diversifizierung Rechnung tragen, die Kapazität der Menschen erhöhen, sich in einer diversifizierten Wirtschaft Zugang zu neuen Märkten zu verschaffen, bessere Bedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung nichtagrarischer Betriebe schaffen und die Hindernisse für ein Überwechseln in andere Wirtschaftsbereiche und den Wegzug aus ländlichen Gebieten beseitigen.
 - Um eine neue Agenda für die Landwirtschaft voranbringen zu können, müssen die politischen Entscheidungsträger die Lebensgrundlagen der Armen besser verstehen lernen und Methoden zur Förderung dieser Strategien entwickeln, die den großen Disparitäten zwischen den verschiedenen ländlichen Lebenswelten gerecht werden. Sie müssen neue institutionelle Vorkehrungen identifizieren und entwickeln, die jeweils die Vorteile des privaten und des öffentlichen Sektors nutzen, um dort einzuspringen, wo der Markt allein als Lösung nicht ausreicht. Und sie müssen im Rahmen ihrer nationalen Entwicklungs- und Armutsbekämpfungsstrategien klare, ehrgeizige Visionen für die Landwirtschaft ausarbeiten. Die Geber werden ihrerseits eine ebenso klare Vorstellung von den Methoden entwickeln und untereinander abstimmen müssen, mit denen sie diesen Prozess der Förderung eines armutsmindernden landwirtschaftlichen Wachstums unterstützen wollen, damit er nachhaltigen, von den Ländern ausgehenden, programmorientierten Ansätzen Vorschub leistet.

d) Infrastruktur

Empirische Belege zeigen, dass gut funktionierende und erschwingliche Infrastrukturen nötig sind, um sowohl die Gesamtrate des Wirtschaftswachstums zu steigern als auch armutsmindernde Wachstumsstrukturen zu schaffen. Ungeeignete und unzureichende Infrastrukturen sind ein großes Hindernis für Wachstum, Handel und Investitionen, sie üben nicht nur eine starke Bremswirkung auf die Wirtschaftstätigkeit aus, sondern erhöhen auch die Produktions- und Transaktionskosten unternehmerischer Tätigkeit. Investitionen in Verkehrswesen, Energie, Wasser und IKT-Dienstleistungen sind unerlässlich, um die Armen näher an lokale, regionale und globale Märkte heranzuführen. Ist ihnen der Zugang zu erschwinglichen und gut funktionierenden Dienstleistungen verwehrt, können die Armen nicht am Wirtschaftswachstum teilhaben. Empirische Befunde aus Lateinamerika zeigen, dass ein verbesserter Zugang zur Infrastruktur und deren Qualität zur Verringerung der Einkommensungleichheit beitragen³.

Zwischen dem derzeitigen Infrastrukturangebot und dem was erforderlich ist, um die extreme Armut bis 2015 zu halbieren, klafft eine gewaltige Lücke. Weltweit haben über eine Milliarde Menschen keinen Zugang zum Straßenverkehrsnetz, 1,2 Milliarden verfügen nicht über hygienisch unbedenkliches Trinkwasser, 2,3 Milliarden fehlt es an einer verlässlichen Energieversorgung, 2,4 Milliarden haben keinen Zugang zu sanitären Einrichtungen und 4 Milliarden müssen ohne moderne Kommunikationsdienste auskommen. Der Mangel an erreichbaren und erschwinglichen Infrastrukturen stellt für die Armen eine schwere zeitliche, finanzielle und gesundheitliche Belastung dar.

Nach vielen Jahren der Haushaltssanierung und einem seit 1997 zu beobachtenden deutlichen Rückgang der ODA-Mittel für die Infrastrukturhilfe bleiben die öffentlichen Infrastrukturinvestitionen heute weit hinter dem geschätzten Bedarf zurück. Obwohl das Potenzial privater Infrastrukturinvestitionen eindeutig nachgewiesen wurde, hat sich die Hoffnung, diese könnten fehlende öffentliche Investitionen ersetzen, nicht erfüllt. Die tatsächlichen jährlichen Aufwendungen für Instandhaltung und Investitionen in neue Infrastrukturen belaufen sich in den Entwicklungsländern insgesamt auf schätzungsweise 3,5% des BIP – im Vergleich zu einem geschätzten Bedarf von 5,5% des BIP. Für Afrika ist die Ausgabenlücke sogar noch größer: 4,7% gegenüber 9,2%⁴.

Wie kann die ODA wirkungsvoller als in der Vergangenheit eingesetzt werden, um Quantität und Qualität des Infrastrukturangebots zu verbessern? Aus den Erfahrungen der Vergangenheit lassen sich vier wichtige Lehren ziehen: *a)* Es bedarf einer erheblichen Verbesserung der Infrastruktur, um ein armutsminderndes Wachstum zu fördern und die Millenniums-Entwicklungsziele zu verwirklichen, *b)* der öffentliche Sektor muss eine wichtige Rolle spielen, um ein optimales Management der Infrastruktureinrichtungen zu gewährleisten, *c)* das Hauptaugenmerk muss auf der Bereitstellung nachhaltiger Infrastrukturdienste und weniger auf den Infrastruktureinrichtungen liegen, *d)* alle verfügbaren Formen von Ressourcen müssen optimal genutzt werden.

Gestützt auf diese Lektionen konnte POVNET bei seinen Arbeiten im Bereich Infrastruktur und armutsminderndes Wachstum vier zentrale Leitlinien für die Nutzung der Infrastruktur als Instrument der Armutsbekämpfung festlegen. Bei der Anwendung dieser Prinzipien müssen selbstverständlich die besonderen Herausforderungen berücksichtigt werden, die sich in unterschiedlichen Gruppen von Partnerländern stellen, wie z.B. in fragilen Staaten oder in bereits weiter entwickelten Volkswirtschaften.

- **Die Anpassung der Geberunterstützung an von den Partnerländern vorgegebene Rahmenkonzepte** wird als entscheidender Faktor für eine stärkere, besser koordinierte und effizientere Hilfe für Infrastrukturinvestition und -instandhaltung betrachtet. Zu diesem Zweck gilt es, die Rolle des öffentlichen Sektors zu stärken, die Koordination zwischen den Gebern zu verbessern und häufiger als in der Vergangenheit Sektorkonzepte (SWAP) einzusetzen. Klar ist auch, dass die Kapazitäten der Partnerländer zur Erfassung und Analyse von Infrastrukturdaten gestärkt werden müssen, um so die Grundlage für eine bessere Infrastrukturplanung unter dem Gesichtspunkt des armutsmindernden Wachstums zu schaffen.
- **Der Effekt von Interventionen im Infrastrukturbereich muss für Arme verstärkt werden.** Die Erfahrung zeigt, dass nicht nur der fehlende Zugang zu Infrastrukturen, sondern auch deren geringe Qualität und mangelnde Erschwinglichkeit Hindernisse für die Teilnahme der Armen am Wachstumsprozess darstellen. Daher wurden neue Konzepte entwickelt, um die Zielausrichtung öffentlicher Subventionen für Infrastrukturdienste „intelligenter“ als zuvor zu gestalten. Darüber hinaus gilt es, das Augenmerk auf potenzielle sektorübergreifende Verknüpfungen und Synergien zwischen Infrastruktur-Untersektoren (Energie, Verkehr, Wasser und IKT), Sektoren und der Entwicklung von privatem Sektor und Landwirtschaft zu richten. Es hat sich gezeigt, dass die Infrastruktur zur Schaffung von Arbeitsplätzen für Arme beiträgt, die Gleichstellung der Geschlechter fördert und die Einbindung besonders schwacher Gruppen, z.B. Behinderter, erleichtert.
- **Das Infrastrukturmanagement muss verbessert werden, um dauerhafte Ergebnisse zu gewährleisten.** Eine wichtige Voraussetzung für die Effizienz und Nachhaltigkeit von Infrastrukturdiensten besteht darin, dass der Wartung und Wiederinstandsetzung größere Priorität

**Kasten 2.1 Armutsminderndes Wachstum fördern:
Beispiele für den Wandel der Programme und die Reaktion der Politik**

Entwicklung des privaten Sektors

Wandel der Programme		Reaktion der Politik
Vorher ...	Jetzt ...	
Betonung der direkten Ausrichtung auf Unternehmen und Sektoren	Zusätzlich Förderung der Funktionsweise der Märkte für alle Unternehmen, unabhängig vom Status (öffentlich/privat), von der Größe des Sektors	Verbesserung der Umfeldbedingungen, der Reaktionsfähigkeit der Unternehmen und des Zugangs. Direkte Unterstützung auf Unternehmensebene zur Verhinderung von Verzerrungen
Informeller Sektor als vorübergehendes Randphänomen	Anerkennung des Umfangs und der Dauerhaftigkeit des informellen Sektors	Verringerung der Negativanreize für die Formalisierung, Erleichterung der Risikoübernahme
Vernachlässigung der Institutionen und Prozesse des institutionellen Wandels	Institutionelle und politische Reformen	Förderung des Dialogs zwischen Staat, privatem Sektor und Zivilgesellschaft
Privater Sektor als einer von vielen eigenständigen Sektoren	Entwicklung des privaten Sektors im Rahmen einer ganzheitlicheren und stärker integrierten Agenda für armutsminderndes Wachstum	Verknüpfung/Verschmelzung von Programme zur Entwicklung des privaten Sektors, Umfeldverbesserung und Stärkung der Governance in einer gemeinsamen Strategie

Landwirtschaft

Wandel der Programme		Reaktion der Politik
Vorher ...	Jetzt ...	
Sektoraler Ansatz/Betriebsebene	Konzept der ländlichen Lebensgrundlagen	Ganzheitliche Ansätze – Vermögensbildung und Förderung diversifizierter Lebensgrundlagen
Ein Arbeitsort	Mehrere Arbeitsorte	Förderung von diversifizierten Lebensformen und Land-Stadt-Migration
Fokussierung auf nationale Märkte, Nahrungskulturen und Ernährungssicherheit	Nationale, regionale und globale Märkte	Expansion/Diversifizierung der Märkte, Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von Kleinbauern
Staatliche Unterstützung und soziale Sicherheitsnetze	Verringerung von Risiken und Risikoanfälligkeit	Evaluierung der Trade-offs zwischen Wachstumsförderung und Maßnahmen zur Verringerung von Risiken und Risikoanfälligkeit; Entwicklung neuer Versicherungsformen

Infrastruktur

Wandel der Programme		Reaktion der Politik
Vorher ...	Jetzt ...	
Von den Gebern festgelegt/projektorientiert	Von den Ländern festgelegt/programmorientiert	Koordinierung der Geberunterstützung, z.B. durch die Anwendung von Programmkonzepten oder den Austausch von Analyse
Infrastruktur als Instrument der Wachstumsförderung	Infrastruktur zur Förderung eines integrativ wirkenden Wachstums, an dem die Armen mitwirken und von dem sie profitieren	Zielgruppenorientierung auf die Armen zur Verbesserung ihres Zugangs, Schaffung sektorübergreifender Synergien, Sicherung erschwinglicher Preise für die Armen und Förderung der Beschäftigung
Finanzierung der Kapitalkosten	Stärkere Fokussierung auf Governance-Strukturen, Nachhaltigkeit der Infrastruktureinrichtungen und Instandhaltung	Förderung der Instandhaltung durch Kostenamortisierung, Unterstützung von Reformen bei den öffentlichen Anbietern, Erhöhung der Transparenz zur Bekämpfung der Korruption und Verbesserung der ökologischen Nachhaltigkeit
Privater Sektor als Lückenfüller	Stärkere Rolle des öffentlichen Sektors mit Unterstützung der Geber zur Förderung öffentlich-privater Partnerschaften	Erhöhung der Berechenbarkeit der EZ-Leistungen, Einsatz eines besseren Instrumentenmix zur Mobilisierung von Investitionen des privaten Sektors und Stärkung der lokalen Kapitalmärkte

zukommt, damit der gewaltige Instandhaltungsrückstand im Infrastrukturbereich aufgeholt werden kann. Die Kostenamortisierung in öffentlichen Versorgungsunternehmen muss verbessert werden, z.B. durch rationellere Mechanismen der Gebühreneinzahlung in gemeinwesenestützten Systemen. Korruption ist eine klare Bedrohung für die Armutsminderung und muss energischer bekämpft werden als in der Vergangenheit. Zu diesem Zweck gilt es, die Transparenz und die Rechenschaftspflicht im Beschaffungswesen zu stärken. Größere Aufmerksamkeit muss ferner den Auswirkungen der Infrastrukturen auf die ökologische Nachhaltigkeit gelten, z.B. durch die Förderung eines nachhaltigen Ressourcenmanagements mit Hilfe preislicher Anreize.

- **Alle Formen von Ressourcenströmen, die in die Infrastrukturwirtschaft fließen, müssen erhöht und effizienter eingesetzt werden.** Öffentliche Investitionen werden weiterhin die wichtigste Grundlage für die Infrastrukturfinanzierung bilden. Ohne die Mitwirkung inländischer ebenso wie internationaler privater Unternehmen wird es den Partnerländern allerdings nicht möglich sein, ihren gewaltigen Infrastrukturrückstand aufzuholen. Um diese zu mobilisieren, müssen die Risiken und die Transaktionskosten von Infrastrukturinvestitionen in den Partnerländern verringert werden. Den Gebern kommt dabei eine zentrale Rolle zu, nicht nur durch die Bereitstellung finanzieller Mittel, sondern auch durch die Hebelwirkung, die sie auf private Investitionen (inländischen und ausländischen Ursprungs) in die Infrastrukturwirtschaft ausüben können. Wichtig ist die Berechenbarkeit der Geberunterstützung wie auch der sonstigen Ressourcenströme.

Anmerkungen

1. Die wichtigsten politischen Schlussfolgerungen aus der Arbeit von POVNET befinden sich noch in der Entwicklung, sie sollen im demnächst erscheinenden Bericht *Promoting Pro-Poor Growth* dargelegt werden. Die vorliegende Fassung dieser Ergebnisse ist daher als Teil noch laufender Arbeiten zu betrachten.
2. POVNET hat unter einer Reihe wichtiger Themen für die Förderung eines armutsmindernden Wachstums drei ausgewählt, denen besondere Aufmerksamkeit zukommen sollte: Entwicklung des privaten Sektors, Landwirtschaft und Infrastruktur.
3. Fay, M. und M. Morrison (2005), *Infrastructure in Latin America and the Caribbean: Recent Developments and Key Challenges*, Weltbank, Washington.
4. Weltbank (2005), *Global Monitoring Report 2005*, Weltbank, Washington.

Weiterführende Literatur

Allgemeines

- Agence Française de Développement, BMZ (Deutschland), Department for International Development (UK), Weltbank (2005), "Pro-Poor Growth in the 1990s: Lessons and Insights from 14 Countries", Vorlage für die Internationale Konferenz der Initiative "Operationalising Pro-Poor Growth", London, 29.-30. Juni 2005.
- Klasen, S. (2005), "Economic Growth and Poverty Reduction: Measurement and Policy Issues", Arbeitspapier für das OECD/DAC-Netzwerk zur Armutsbekämpfung, OECD, Paris.
- Weltbank (2005), "The Growth Experience: What Have We Learned From The 1990s?", Weltbank, Washington.
- Weltbank (2005), *Weltentwicklungsbericht 2006: Gerechtigkeit und Entwicklung*, Weltbank, Washington.
- Weltbank und Internationaler Währungsfonds (2005), *2005 Review of the PRS Approach: Balancing Accountabilities and Scaling Up Results*, Weltbank und Internationaler Währungsfonds, Washington.

Privater Sektor

- Lindahl, C. (2005), *Wealth of the Poor*, Sida Studies No. 14, Swedish International Development Cooperation Agency (Sida), Stockholm.
- OECD (2005), *Accelerating Pro-Poor Growth through support for Private Sector Development*, OECD, Paris.
- OECD (1995), *Orientations for Development Co-operation in Support of PSD*, OECD, Paris.
- UNDP (2004), *Unleashing Entrepreneurship: Making Business Work for the Poor*, Commission on the Private Sector and Development, New York.
- Weltbank (2005), *World Development Report: A Better Investment Climate for Everyone*, Weltbank, Washington.

Landwirtschaft

- OECD (2005), *Agriculture and Development: The Case for Policy Coherence*, OECD, Paris.
- OECD/SWAC (2005), "Final Summary Report on Food Security in the Sahel and West Africa: Medium and Long-Term Challenges", OECD/ SWAC, Paris.
- Timmer, P. (2005), "Agriculture and Pro-Poor Growth: Reviewing the Issues", Center for Global Development, Washington.
- Weltbank (2005), "Food Safety and Agricultural Health Standards – Challenges and Opportunities for Developing Country Exports", Report No. 31207, Weltbank, Washington.
- Weltbank (2005), "Agriculture, Rural Development and Pro-poor Growth Country Experiences in the Post-Reform Era", *Agriculture and Rural Development Discussion Paper 21*, Weltbank, Washington.
- Wolz, A. (2005), "The Role of Agriculture and Rural Development in achieving the Millennium Development Goals – a Joint Donor Narrative", Global Donor Platform for Rural Development, Berlin.

Infrastruktur

- Briceno-Garmenia, C., A. Estache und N. Shafik (2004), "Infrastructure Access in Developing Countries: Access, Costs and Policy Reform", *World Bank Policy Research Working Paper 3468*, Weltbank, Washington.
- Hasselbarth S. (2004), "Donor Practices and the Development of Bilateral Donors' Portfolios", *Working Paper*, OECD/DAC-Netzwerk zur Armutsbekämpfung, Paris.
- Weltbank (2004), *Reforming Infrastructure: Privatisation, Regulation and Competition*, Weltbank, Washington.
- Weltbank (2005), *Infrastructure in Latin America and the Caribbean: Recent Developments and Key Challenges*, Weltbank, Washington.
- Willoughby, C. (2004), "How important is infrastructure for achieving pro-poor growth", *Working Paper*, OECD/DAC-Netzwerk zur Armutsbekämpfung, Paris.

Armutsorientierte Wirkungsanalyse

- Asiatische Entwicklungsbank (2001), *Handbook on Poverty and Social Analysis*, ADB, Manila.
- Robb, C. (2003), "Poverty and Social Impact Analysis – Linking Macroeconomic Policies to Poverty Outcomes: Summary of Early Experiences", *IMF Working Paper 03/43*, IWF, Washington.
- Weltbank (2004), "Good Practice Note: Using Poverty and Social Impact Analysis to Support Development Policy Operations", Weltbank, Washington.

Risiken und Risikoanfälligkeit

- DFID (2005), "Social transfers and chronic poverty: Emerging Evidence and the Challenge Ahead", *DFID Practice Paper*, DFID, UK.
- Kommission für menschliche Sicherheit (2003), *Human Security Now: Protecting and Empowering People*, VN, New York.

Kapitel 3

Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit: Drei gute Gründe, warum die Erklärung von Paris etwas bewegen wird

Am 2. März 2005 kamen über 100 Vertreter aus Geber- und Entwicklungsländern in Paris überein, die Modalitäten ihrer Zusammenarbeit grundlegend zu reformieren. Diese in der Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit verankerten Reformen sind von entscheidender Bedeutung, wenn die ODA-Zusagen von 2005 den Entwicklungsländern bei der Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele bis 2015 wirklich helfen sollen. In manchen Kreisen wird die Auffassung vertreten, dass die Erklärung von Paris nichts als ein reines Lippenbekenntnis guter Absichten sei und wohl kaum etwas bewegen werde. Im vorliegenden Kapitel wird dargelegt, dass die Zuversicht hinsichtlich der positiven Effekte der Erklärung von Paris auf die Wirksamkeit der EZ-Leistungen aus mindestens drei guten Gründen berechtigt ist.

Die Entwicklungszusammenarbeit steht heute stärker im Rampenlicht als je zuvor. Nach den jüngst auf dem G8-Gipfel in Gleneagles, den UN-Millenniumsgipfeln und den im Rahmen der EU eingegangenen Verpflichtungen zu urteilen dürfte sich das Volumen der ODA-Leistungen an die am wenigsten entwickelten Länder bis 2010 um nahezu 60% erhöhen (was etwa 50 Mrd. US-\$ an zusätzlichen Mitteln entspricht). Allerdings werden höhere ODA-Leistungen nur dann zur Armutsbekämpfung beitragen, wenn die Qualität der Leistungen deutlich verbessert wird. Eine derartige Verbesserung erfordert ehrgeizige Reformen des Systems der Entwicklungszusammenarbeit, und dies nicht nur von Seiten der Geber, die bei einer effektiveren EZ-Abwicklung sehr viel bessere Arbeit leisten könnten, sondern auch von Seiten der Entwicklungsländer, die die Modalitäten des ODA-Managements verbessern könnten. Über viele Jahre hinweg wurden Reformen in diesen Bereichen nur langsam umgesetzt, und viel zu häufig wurde in der Entwicklungsgemeinde einfach an der alt hergebrachten Praxis festgehalten.

Heute sprechen aber einige gute Gründe dafür, dass „sich die Zeiten wirklich ändern“. So kamen am 2. März 2005 über 100 Vertreter aus Geber- und Entwicklungsländern in Paris überein, die Modalitäten ihrer Zusammenarbeit grundlegend zu reformieren. Die Erklärung von Paris steht für ein beispielloses Niveau der Einmütigkeit und Entschlossenheit zur Reform der Entwicklungszusammenarbeit, um deren Effektivität bei der Bekämpfung der Armut weltweit zu steigern. Pessimisten, die in der Erklärung nur eine weitere feierliche Bekundung guter Absichten sehen, haben das Recht, skeptisch zu sein und werden sich zweifellos fragen, ob diese Erklärung letztlich wirklich einen Wandel herbeiführen wird. Im vorliegenden Kapitel wird die Auffassung vertreten, dass zumindest drei gute Gründe unsere Zuversicht rechtfertigen.

1. Grund: Die Erklärung von Paris geht über frühere Vereinbarungen hinaus

Mit der Erklärung von Paris geht die Agenda für die EZ-Wirksamkeit über den allgemeinen Konsens hinaus, der in früheren Vereinbarungen dieser Art, auch im Rahmen des Hochrangigen Forums in Rom im Jahr 2003, erreicht wurde.

Eine sehr hohe Teilnahmequote. Das Hochrangige Forum über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit brachte eine sehr viel breiter gefächerte und repräsentativere Gruppe von Akteuren zusammen als frühere Vereinbarungen, mit stärkerer ministerieller Präsenz auf Geber- und Empfängerseite. An dem Forum nahmen hochrangige Vertreter der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit und Entwicklungsminister und -ministerinnen aus 91 Ländern, 26 Geberinstitutionen und Partnerländer sowie Vertreter der Zivilgesellschaft und des Privatsektors teil¹.

Keine Worte, sondern Taten. Stärker als frühere Vereinbarungen geht die Erklärung von Paris über allgemeine Grundsatzserklärungen hinaus und definiert einen aktionsorientierten Fahrplan, der die Qualität der EZ-Leistungen und ihrer Auswirkungen auf die Entwicklung verbessern soll. Die in der Erklärung von Paris enthaltenen 56 Partnerschaftsverpflichtungen orientieren sich an fünf Schlüsselgrundsätzen:

- **Eigenverantwortung** – Die eigentliche Verantwortung für ihre Entwicklungspolitiken und -strategien sowie für die Koordinierung entwicklungsförderlicher Initiativen liegt bei den Partnerländern selbst. Den Gebern obliegt die Unterstützung und Befähigung der Entwicklungsländer zur Übernahme von Eigenverantwortung, was voraussetzt, dass sie deren Politiken respektieren und dazu beitragen, die Kapazitäten der Partnerländer zur Wahrnehmung dieser Funktionen zu stärken (Absätze 14 und 15 der Erklärung von Paris).

Kasten 3.1 Teilnehmer am Hochrangigen Forum von Paris

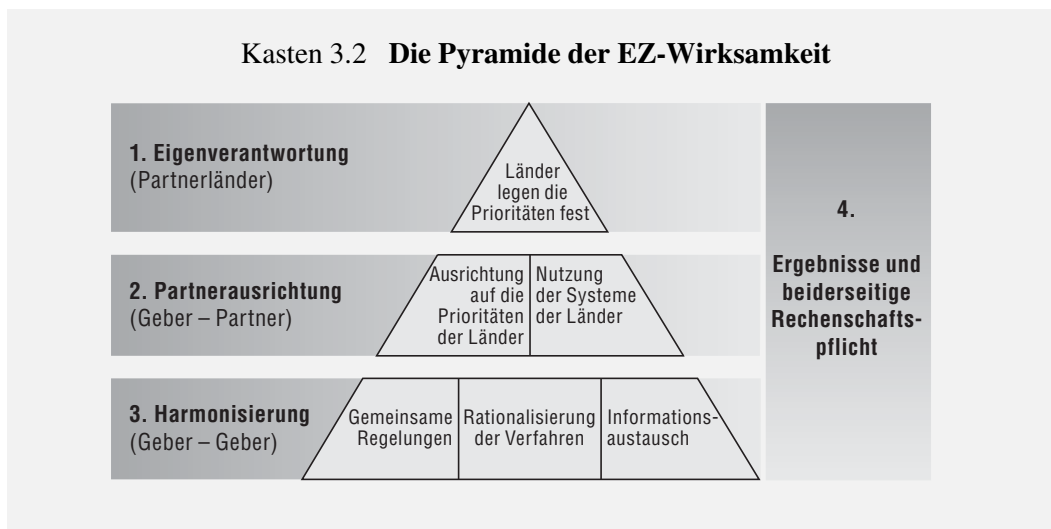
Das Pariser Forum über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit – auf dem die Erklärung von Paris angenommen wurde – wurde von der französischen Regierung ausgerichtet und von acht Organisationen mitveranstaltet, die auf höchster Ebene vertreten waren:

- OECD – Generalsekretär Donald Johnston und der Vorsitzende des Entwicklungsausschusses (DAC), Richard Manning,
- Weltbank – Präsident James Wolfensohn,
- Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen – Administrator Mark Malloch Brown;
- Asiatische Entwicklungsbank – Präsident Haruhiko Kuroda,
- Afrikanische Entwicklungsbank – Präsident Omar Kabbaj,
- Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung – Präsident Jean Lemierre,
- Interamerikanische Entwicklungsbank – Chief Development Effectiveness Officer Manuel Rapoport.

Ferner nahmen an der Tagung teil: Präsident Enrique Bolaños (Nicaragua), EU-Kommissar Louis Michel, mehr als 60 Minister und Ministerinnen sowie zahlreiche Leiter und Leiterinnen anderer EZ-Institutionen und hochrangige Regierungsvertreter.

- **Partnerausrichtung** – Die Geber werden ihre gesamte Unterstützung auf die nationalen Entwicklungsstrategien, -institutionen und -verfahren der Partnerländer gründen. Das bedeutet beispielsweise, dass die Geber ihre Kriterien soweit wie irgend möglich an der nationalen Entwicklungsstrategie des jeweiligen Partnerlands orientieren, anstatt zahlreiche verschiedene Bedingungen zu stellen, die auf anderen Programmen basieren (Absatz 16).
- **Harmonisierung** – Die Geber bemühen sich, ihre Aktionen besser zu harmonisieren und so zu gestalten, dass sie zu einer kollektiv größeren Wirksamkeit führen und vor allem für Länder, wie beispielsweise fragile Staaten, die nur über schwache Verwaltungskapazitäten verfügen, eine geringere Belastung darstellen. Dies bedeutet konkret, dass auf Länderebene gemeinsame Vorkehrungen für Planung, Finanzierung und Umsetzung der Entwicklungsprogramme getroffen werden (Absatz 32).
- **Ergebnisorientiertes Management** – Geber und Partnerländer legen beim Ressourcenmanagement und bei der Verbesserung der Entscheidungsprozesse das Prinzip der Ergebnisorientierung zu Grunde. Die Geber sollten die Entwicklungsländer voll bei ihren Bemühungen um Einführung von Systemen der Leistungsevaluierung unterstützen, mit deren Hilfe die Fortschritte im Hinblick auf die wichtigsten Aspekte der nationalen Entwicklungsstrategien gemessen werden können (Absatz 43-46).
- **Gegenseitige Rechenschaftspflicht** – Die Geber und die Partnerländer verpflichten sich zu gegenseitiger Rechenschaftspflicht für die Entwicklungsergebnisse, wie der nachstehenden Pyramide der EZ-Wirksamkeit zu entnehmen ist.

Die Erklärung von Paris ist das Ergebnis breiter Konsultationen. Im Rahmen der Vorbereitung für das Forum von Paris wurden im Oktober und November 2004 in Asien (Bangkok, Thailand), Lateinamerika (Tegucigalpa, Honduras), Zentralasien (Bischkek, Kirgisische Republik) sowie Afrika (Dar-es-Salaam, Tansania) und im Februar 2005 im Nahen Osten (Djidda, Saudi-Arabien) regionale Workshops veranstaltet. Diese regionalen Workshops brachten Vertreter der Entwicklungsgemeinschaft aus Partner- und Geberländern sowie der Zivilgesellschaft zusammen, um Erfahrungen auszutauschen und eine Bestandsaufnahme der insgesamt erzielten Fortschritte wie



auch der Bereiche vorzunehmen, in denen weiterer Handlungsbedarf besteht. Im Februar 2005 organisierten die Veranstalter des Hochrangigen Forums in Paris einen Dialog mit NRO zum Thema EZ-Wirksamkeit. Dieser Dialog führte Vertreter von über 50 NRO aus aller Welt sowie von Gebereinrichtungen zusammen und war für die NRO als einzigartige Gelegenheit gedacht, ihre Vorstellungen in das Hochrangige Forum einzubringen. Die Ergebnisse sowohl der regionalen Workshops als auch des Dialogs mit den NRO flossen in die Erstentwürfe der Erklärung von Paris ein.

2. Grund: 12 Indikatoren für das Monitoring der Fortschritte bei der Erreichung der Ziele

Zum ersten Mal haben sich Geber und Partnerländer verpflichtet, ihre Erfolge – oder Misserfolge – bei der Steigerung der EZ-Wirksamkeit anhand eines Katalogs von Indikatoren und Zielvorgaben für das Jahr 2010 zu messen.

Das Monitoring der auf Länderebene erzielten Fortschritte erfolgt anhand von 12 Indikatoren der EZ-Wirksamkeit. Die Teilnehmer am Hochrangigen Forum von Paris kamen überein, die Fortschritte anhand von 12 Indikatoren zu messen, um so die Erfolge gegenüber den in der Erklärung von Paris enthaltenen großen Partnerschaftsverpflichtungen zu verfolgen und zu fördern. Die OECD-DAC-Arbeitsgruppe² ist damit beauftragt worden, das internationale Monitoring der Fortschrittsindikatoren zu koordinieren, und im Jahresverlauf 2006 soll eine Erhebung durchgeführt werden, um die jeweiligen Ausgangsniveaus für die 12 Indikatoren festzulegen. Der Erhebung folgt 2008 dann eine zweite Monitoring-Runde zur Prüfung der bei der Umsetzung dieser Erklärung erzielten Fortschritte im Vorfeld des nächsten Hochrangigen Forums über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit, das für 2008 in Accra (Ghana) anberaumt ist.

Für elf³ dieser Indikatoren sind Zielvorgaben für 2010 festgesetzt worden. Diese Zielvorgaben, die Geber und Partnerländer in die Pflicht nehmen, sollen dazu dienen, die Fortschritte zu fördern, die auf globaler Ebene von den Ländern und Institutionen erzielt werden, die der Erklärung von Paris zugestimmt haben. Sie sollen etwaige von den einzelnen Gebern oder Ländern anvisierte Ziele weder präjudizieren noch ersetzen, sondern vielmehr einen flexiblen Vergleichsmaßstab bieten, an dem die Länder und Organisationen ihre Ergebnisse messen können. Die Fortschritte auf dem Weg zur Erreichung dieser Ziele sollen ebenfalls im Jahr 2008 geprüft werden.

Kasten 3.3 Was die Erklärung von Paris erreichen könnte

Werden die in Paris vereinbarten Ziele erreicht, dann stellt sich die Situation 2010 folgendermaßen dar:

- Drei Viertel aller Entwicklungsländer verfügen über wirkungsvolle operationelle Entwicklungsstrategien (**Indikator 1**).
- In 50% der Entwicklungsländer haben sich die Systeme für öffentliche Beschaffung und Finanzmanagement erheblich verbessert (**Indikator 2**).
- Mindestens 85% der EZ-Leistungen werden in den nationalen Haushalten der Entwicklungsländer ausgewiesen (**Indikator 3**).
- Zwei Drittel der geberseitigen Länderanalysen werden gemeinsam durchgeführt, und die Planung der einzelnen Interventionen entspricht sehr viel mehr den Kriterien einer echten „Partnerschaftsunternehmung“ (**Indikator 10**).

Die Gesamtliste der Indikatoren und Zielvorgaben findet sich in Abschnitt III der Erklärung von Paris.

3. Grund: Mit der Erklärung von Paris wurden strengere Mechanismen für die Rechenschaftspflicht eingeführt

Ein Grund für die nur langsame Umsetzung der Reform des EZ-Systems sind die Schwachstellen in den Rechnungslegungsmechanismen eben dieses Systems. Viel zu häufig schulden weder die Geber noch die Regierungen der Partnerländer den Bürgern der nördlichen bzw. südlichen Hemisphäre gegenüber Rechenschaft über den Einsatz der EZ-Ressourcen. Um signifikante Fortschritte auf dem Weg zu einer wirksameren Entwicklungszusammenarbeit zu erreichen, bedarf es daher strengerer Rechnungslegungsmechanismen sowohl für die Geber als auch für die Partnerländer. Mit der Erklärung von Paris soll gegen dieses „Rechenschaftsdefizit“ vorgegangen werden, indem ein Partnerschaftsmodell gefördert wird, das Transparenz und Rechenschaftspflicht hinsichtlich der Verwendung der EZ-Mittel erhöht.

Von Geberverantwortung zu Eigenverantwortung. Die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit erhöht sich, wenn die Partnerländer bei der Konzipierung und Umsetzung ihrer entwicklungspolitischen Maßnahmen und Strategien eine starke und effektive Führungsrolle übernehmen. Eigenverantwortung ist daher auch das Grundkonzept, auf das sich die Erklärung von Paris stützt. Die Regierungen der Partnerländer sind ihren eigenen Parlamenten und Bürgern und nicht den Geberorganisationen gegenüber für ihre Entwicklungsmaßnahmen Rechenschaft schuldig. In vielen Ländern bedeutet dies eine Intensivierung der parlamentarischen Kontrolle über Entwicklungspolitik und -budgets sowie eine Stärkung der Rolle der Zivilgesellschaft (Absatz 48). Das Konzept der Eigenverantwortung setzt ferner voraus, dass die Geber ihre in manchen Fällen übertriebenen Forderungen nach Rechnungslegung von Seiten der Entwicklungsländer herunterschrauben, indem sie

- soweit wie irgend möglich die Systeme und Verfahren der Partnerländer nutzen (Absatz 21);
- auf übertriebene Auflagen verzichten (Absatz 16);
- die Anzahl der Projektdurchführungseinheiten (PDE), die die Arbeit der nationalen Verwaltungen untergraben (Absatz 21), verringern;
- zeitnahe und transparente Informationen über die EZ-Leistungen liefern, um den Regierungen der Partnerländer die Möglichkeit zu geben, ihren Gesetzgebungsorganen und Bürgern umfassende Haushaltsberichte vorzulegen (Absatz 49).

Strengere und besser ausgewogene Mechanismen für die beiderseitige Rechenschaftspflicht. Derzeit gelten für Entwicklungsländer strengere Rechenschaftsaufgaben als für Geber. In der Erklärung von Paris wird anerkannt, dass es, wenn EZ-Leistungen wirklich effizient sein sollen, auf verschiedenen Ebenen verstärkter und ausgewogenerer Rechnungslegungsmechanismen bedarf. Auf internationaler Ebene stellt die Erklärung von Paris einen Mechanismus dar, der Gebern und Empfängern von EZ-Leistungen eine gegenseitige Rechenschaftspflicht zur Auflage macht, wobei die Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen von öffentlicher Seite kontrolliert wird. Zu diesem Zweck ist der Arbeitsgruppe EZ-Wirksamkeit (Absatz 9) die Verantwortung übertragen worden, einen mittelfristigen Monitoring-Plan nicht nur für die Indikatoren (vgl. weiter oben), sondern auch für die Verpflichtungen aufzustellen. Auf Länderebene ermutigt die Erklärung von Paris Geber und Partner, die beiderseitigen Fortschritte bei der Erfüllung der im Hinblick auf die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit eingegangenen Verpflichtungen durch den bestmöglichen Einsatz lokaler Mechanismen, wie beispielsweise Beratergruppen, gemeinsam zu evaluieren (Absatz 50).

Schlussfolgerung: Mit der Erklärung von Paris sollen Verhaltensänderungen herbeigeführt werden

Eine Aufstockung der ODA-Leistungen dürfte die globale Armut kaum ernsthaft reduzieren, solange die Geber die Modalitäten der EZ-Abwicklung nicht ändern und die Entwicklungsländer das EZ-Management nicht verbessern. Eine Fortsetzung der bisherigen Praxis würde nicht nur die Glaubwürdigkeit der Entwicklungszusammenarbeit in der nördlichen und südlichen Hemisphäre untergraben, sondern, was noch viel mehr ins Gewicht fällt, die Fähigkeit der internationalen Gemeinschaft in Frage stellen, bis 2015 die Millenniums-Entwicklungsziele zu erreichen. Enttäuschende Ergebnisse könnten dazu führen, dass nicht *die Armut*, sondern vielmehr die *Entwicklungszusammenarbeit* als überholt angesehen wird⁴.

Die Herausforderung der Erklärung von Paris besteht mithin darin, die Modalitäten der Zusammenarbeit zwischen Gebern und Partnerländern auf dem Weg zur Erreichung ihrer gemeinsamen Ziele und zur bestmöglichen Nutzung der begrenzten Entwicklungsressourcen neu zu gestalten. Kurz gesagt geht es in der Erklärung von Paris um eine Änderung der Verhaltensmuster. Zusammengenommen schaffen die Agenda der Erklärung von Paris und der verstärkte Mechanismus der beiderseitigen Rechenschaftspflicht einige sehr starke Anreize für Verhaltensänderungen. Damit diese Agenda aber auch Ergebnisse bringt, muss sie durch ein ernsthaftes und nachhaltiges politisches Engagement auf höchster Ebene flankiert werden.

Werden all diese Vorhaben letztlich nun wirklich etwas bewegen? Die Antwort wird auf dem nächsten Hochrangigen Forum über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit im Jahr 2008 in Ghana gegeben, wo Geber und Partnerländer zusammenkommen werden, um die bei der Umsetzung der Erklärung von Paris erzielten Fortschritte zu prüfen.

Anmerkungen

1. Eine vollständige Teilnehmerliste des Hochrangigen Forums von Paris findet sich in Anhang B der Erklärung von Paris, im Anhang zu diesem Kapitel.
2. Die OECD-DAC-Arbeitsgruppe EZ-Wirksamkeit ist eine Partnerschaft aus Gebern und Entwicklungsländern unter dem Dach des OECD-Entwicklungsausschusses (DAC).
3. Für den Indikator 8 – Aufhebung der Lieferbindung – wurde ein qualitatives Ziel aufgestellt.
4. Institute of Development Studies (IDS) (2005), *IDS Policy Briefing*, Issue 25, IDS, Brighton, UK.

ANHANG 3.A1

Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit

*Eigenverantwortung, Harmonisierung, Partnerausrichtung,
Ergebnisorientierung sowie gegenseitige Rechenschaftspflicht*

I. Entschlossenheitserklärung

1. Wir, die für die Förderung der Entwicklung zuständigen Ministerinnen und Minister aus Industriestaaten und Entwicklungsländern sowie Leiterinnen und Leiter multilateraler und bilateraler Entwicklungsinstitutionen, bekunden anlässlich unserer Tagung in Paris am 2. März 2005 unsere Entschlossenheit, weitreichende, durch Monitoring überprüfbare Maßnahmen zu ergreifen, um im Blick auf die noch in diesem Jahr vorgesehene VN-Fünfjahresbilanz der Millenniumserklärung und Millenniums-Entwicklungsziele (MDG) unsere Modalitäten der EZ-Abwicklung und -Verwaltung zu reformieren. Wir sind uns darüber im Klaren, wie wir auch bereits in Monterrey erklärt haben, dass für die Erreichung dieser Ziele einerseits eine volumenmäßige Erhöhung der ODA-Leistungen und anderer Entwicklungsressourcen erforderlich ist, andererseits aber auch die Wirksamkeit dieser Leistungen signifikant gesteigert werden muss, um die Anstrengungen der Partnerländer zur Stärkung der Staats- und Verwaltungsführung und zur Verbesserung der Entwicklungsergebnisse zu unterstützen. Das wird umso wichtiger sein, wenn die bisherigen und die neuen bilateralen und multilateralen Initiativen zu einer erheblichen weiteren ODA-Aufstockung führen.

2. Das Hochrangige Forum über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit knüpft an die auf dem Hochrangigen Forum über Harmonisierung in Rom (Februar 2003) angenommene Erklärung und die bei den Round-Table-Gesprächen über ergebnisorientiertes EZ-Management in Marrakesch (Februar 2004) definierten Kernprinzipien an, da wir der Auffassung sind, dass diese die EZ-Wirksamkeit im Hinblick auf die Reduzierung von Armut und Ungleichheit, die Erhöhung des Wachstums, den Kapazitätsaufbau und die beschleunigte Verwirklichung der MDG verbessern werden.

Intensivierung der Anstrengungen für eine wirksamere Entwicklungszusammenarbeit

3. Wir bekräftigen die von uns in Rom eingegangenen Verpflichtungen zur Harmonisierung und Partnerorientierung der EZ-Abwicklung. Es stimmt uns hoffnungsvoll, dass viele Geber- und Partnerländer der EZ-Wirksamkeit hohe Priorität einräumen, und wir bestätigen erneut unsere Entschlossenheit, bei der Umsetzung, insbesondere in folgenden Bereichen, raschere Fortschritte zu erzielen:

- a) Stärkung der nationalen Entwicklungsstrategien der Partnerländer und der entsprechenden operationellen Rahmenbedingungen (z.B. Planung, Budget, Erfolgskontrolle).

- b) Verstärkte Ausrichtung der EZ-Maßnahmen auf die Prioritäten, Systeme und Verfahren der Partnerländer sowie Unterstützung bei der Stärkung ihrer Kapazitäten.
 - c) Erhöhung der Rechenschaftspflicht von Gebern wie Partnerländern gegenüber ihren jeweiligen Bürgern und Parlamenten im Hinblick auf ihre Entwicklungspolitiken, -strategien und -ergebnisse.
 - d) Beseitigung von Doppelarbeit und Überschneidungen sowie Rationalisierung der Geberaktivitäten, um diese so kosteneffektiv wie möglich zu gestalten.
 - e) Überarbeitung und Vereinfachung der Geberpolitiken und -verfahren, um ein verstärkt kooperatives Verhalten und eine schrittweise Ausrichtung auf Prioritäten, Systeme und Verfahren der Partnerländer zu fördern.
 - f) Definition von Maßstäben und Standards für Leistung und Rechenschaftspflicht der Systeme der Partnerländer in den Bereichen öffentliches Finanzmanagement, Beschaffungswesen, treuhänderische Sicherheiten und Umweltverträglichkeitsprüfungen – in Übereinstimmung mit allgemein anerkannten, bewährten Praktiken – sowie ihre rasche und umfassende Anwendung.
4. Wir verpflichten uns, konkrete, wirksame Maßnahmen zur Bewältigung der verbleibenden, insbesondere aber folgender Probleme zu ergreifen:
- a) Schwachstellen bei den institutionellen Kapazitäten der Partnerländer im Hinblick auf die Entwicklung und Umsetzung ergebnisorientierter nationaler Entwicklungsstrategien.
 - b) Fehlen präzise berechenbarer, mehrjähriger ODA-Zusagen für engagierte Partnerländer.
 - c) Unzureichende Übertragung von Zuständigkeiten an das Außenpersonal der Geberländer und mangelnde Anreize für effektive Entwicklungspartnerschaften zwischen Gebern und Partnerländern.
 - d) Ungenügende Integration globaler Programme und Initiativen in breiter angelegte Entwicklungsstrategien der Partnerländer, einschließlich Strategien in so überaus wichtigen Bereichen wie HIV/AIDS.
 - e) Korruption und Mangel an Transparenz, die die Unterstützung seitens der Öffentlichkeit gefährden, die effektive Ressourcenmobilisierung und -allokation behindern sowie die Ressourcen jenen Aktivitäten entziehen, die für Armutsbekämpfung und nachhaltige Wirtschaftsentwicklung besonders wichtig sind. Wo Korruption existiert, hält sie die Geber davon ab, sich auf die Systeme der Partnerländer zu verlassen.
5. Die Erhöhung der Wirksamkeit ist bei sämtlichen Formen der Entwicklungszusammenarbeit machbar und notwendig. Bei der Bestimmung der wirksamsten EZ-Modalitäten werden wir uns von den Entwicklungsstrategien und Prioritäten der Partnerländer selbst leiten lassen. Individuell wie kollektiv werden wir uns bemühen, geeignete, einander ergänzende Modalitäten zu wählen bzw. zu konzipieren, die die Gewähr für eine insgesamt optimale Wirksamkeit bieten.
6. Im Rahmen der Folgemaßnahmen zu dieser Erklärung werden wir unsere Anstrengungen verdoppeln, bei Bereitstellung und Einsatz der ODA-Mittel, einschließlich der in Monterrey zugesagten höheren ODA-Leistungen, darauf zu achten, dass die oft übermäßige Zersplitterung der Geberaktivitäten auf Länder- und Sektorebene vermindert wird.

Anpassung an und Anwendung auf unterschiedliche Gegebenheiten in den Partnerländern

7. Die Erhöhung der EZ-Wirksamkeit ist auch in schwierigen und komplexen Situationen notwendig, wie z.B. im Fall der Tsunami-Katastrophe, die die Anrainerstaaten des Indischen Ozeans am 26. Dezember 2004 getroffen hat. In solchen Situationen müssen die weltweite humanitäre Hilfe und die Leistungen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen der

Wachstums- und Armutsbekämpfungsstrategien der Partnerländer harmonisiert werden. In fragilen Staaten werden wir im Zuge der Unterstützung beim Aufbau staatlicher Strukturen und der Bereitstellung elementarer Dienste sicherstellen, dass die Prinzipien der Harmonisierung, der Partnerausrichtung sowie des ergebnisorientierten Managements so angepasst werden, dass sie unzulängliche Governance-Strukturen und Kapazitäten in Rechnung stellen. Bei unseren Anstrengungen zur Erhöhung der EZ-Wirksamkeit werden wir solchen komplexen Situationen ganz allgemein verstärkte Aufmerksamkeit widmen.

Festlegung von Indikatoren, Zeitplänen und Zielvorgaben

8. Wir sind uns darüber im Klaren, dass die in dieser Erklärung angeregten Reformen eine kontinuierliche politische Unterstützung auf hoher Ebene, gegenseitige Überzeugungsarbeit gleichrangiger Partner und koordinierte Aktionen auf globaler, regionaler und Länderebene voraussetzen. Wir verpflichten uns, das Tempo der Veränderungen zu beschleunigen, indem wir im Geist beiderseitiger Verantwortlichkeit die in Abschnitt II enthaltenen Partnerschaftsverpflichtungen umsetzen, und die Fortschritte mit Hilfe der zwölf spezifischen Indikatoren zu messen, auf die wir uns heute geeinigt haben und die in Abschnitt III dieser Erklärung wiedergegeben sind.

9. Um einen weiteren Ansporn für Fortschritte zu liefern, werden wir Zielvorgaben für das Jahr 2010 festsetzen. Diese Zielvorgaben, die Aktionen sowohl der Geber als auch der Partnerländer implizieren, sollen dazu dienen, die Fortschritte zu verfolgen und zu fördern, die auf globaler Ebene von den Ländern und Institutionen erzielt werden, die dieser Erklärung zugestimmt haben. Sie sollen etwaige von den einzelnen Partnerländern anvisierte Ziele weder präjudizieren noch ersetzen. Wir haben uns heute auf fünf vorläufige Zielvorgaben auf der Basis der in Abschnitt III aufgeführten Indikatoren verständigt, und wir sind übereingekommen, diese vorläufigen Ziele vor dem Gipfeltreffen der Vereinten Nationen im September 2005 einer Prüfung zu unterziehen und im Hinblick auf die verbleibenden Indikatoren weitere Zielvorgaben zu vereinbaren. Wir ersuchen die im Rahmen des DAC versammelten Geber und Partnerländer, dringend Vorbereitungen hierfür zu treffen¹. Zugleich begrüßen wir die Initiativen von Partnerländern und Gebern, gemäß den vereinbarten Partnerschaftsverpflichtungen und Fortschrittsindikatoren eigene Zielvorgaben für eine bessere Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit festzusetzen. So hat z.B. eine Reihe von Partnerländern Aktionspläne vorgelegt, und zahlreiche Geber haben bedeutende neue Zusagen angekündigt. Wir laden alle Teilnehmer, die über derartige Initiativen unterrichten möchten, dazu ein, dies bis zum 4. April 2005 zu tun, damit die Informationen anschließend veröffentlicht werden können.

Monitoring und Evaluierung der Umsetzung

10. Da es entscheidend darauf ankommt, reale Fortschritte auf Länderebene nachzuweisen, werden wir unter Federführung des jeweiligen Partnerlands unsere auf Länderebene bei der Umsetzung der vereinbarten Verpflichtungen zur EZ-Wirksamkeit von beiden Seiten erzielten quantitativen und qualitativen Fortschritte regelmäßig bewerten. Dabei werden wir geeignete in den Partnerländern existierende Mechanismen nutzen.

11. Auf internationaler Ebene rufen wir die unter dem Dach des DAC partnerschaftlich operierenden Geber und Partnerländer auf, die Beteiligung von Partnerländern weiter auszubauen und bis Ende 2005 Vorkehrungen für das mittelfristige Monitoring der in dieser Erklärung enthaltenen Verpflichtungen vorzuschlagen. Zwischenzeitlich ersuchen wir die im Rahmen des DAC organisierten Partner, das internationale Monitoring der in Abschnitt III aufgeführten Fortschrittsindikatoren zu koordinieren, die Zielvorgaben gegebenenfalls zu verfeinern, geeignete Orientierungshilfen für die Festlegung der jeweiligen Ausgangsniveaus bereitzustellen und die Basis für kohärente Methoden der Aggregation von Daten für jeweils mehrere Länder zu schaffen, damit diese Daten dann in Form regelmäßiger Berichte zusammengefasst werden können. Wir werden ferner die existierenden Mechanismen der Länder- und Regionalprüfungen dazu nutzen, die Agenda weiter voranzubringen. Darüber hinaus werden wir die Möglichkeit unabhängiger Monitoring- und

Evaluierungsprozesse auf internationaler Ebene sondieren – die nicht mit zusätzlichen Belastungen für die Partner verbunden sein dürfen –, um vollständigere Informationen darüber zu erhalten, wie eine bessere EZ-Wirksamkeit zur Erreichung der Entwicklungsziele beitragen kann.

12. Ganz im Sinne unseres Schwerpunktthemas Umsetzung planen wir für 2008 ein erneutes Treffen in einem Entwicklungsland. Wir beabsichtigen außerdem, zwei Monitoring-Runden durchzuführen, bevor wir eine Bilanz der bei der Umsetzung dieser Erklärung erzielten Fortschritte ziehen.

II. Partnerschaftsverpflichtungen

13. Die nachstehenden Partnerschaftsverpflichtungen, die im Geist gegenseitiger Rechenschaftspflicht entwickelt wurden, basieren auf praktischen Erfahrungen. Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass die Verpflichtungen im Licht der spezifischen Situation des jeweiligen Partnerlands interpretiert werden müssen.

Eigenverantwortung

Die Partnerländer übernehmen eine wirksame Führungsrolle bei ihren Entwicklungspolitiken und -strategien und koordinieren die entwicklungspolitischen Maßnahmen

14. Die **Partnerländer** verpflichten sich:

- im Rahmen breit angelegter Konsultationsprozesse die Führungsrolle bei der Konzipierung und Umsetzung ihrer nationalen Entwicklungsstrategien² zu übernehmen;
- diese nationalen Entwicklungsstrategien in ergebnisorientierte operationelle Programme mit genau definierter Prioritätenordnung umzumünzen, die sich in mittelfristigen Ausgabenrahmenplänen und Jahresbudgets widerspiegeln (**Indikator 1**);
- die Führungsrolle bei der Koordinierung der EZ-Leistungen wie auch anderer Entwicklungsressourcen auf allen Ebenen zu übernehmen, und zwar im Rahmen eines Dialogs mit den Gebern bei gleichzeitiger Förderung der Beteiligung von Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft.

15. Die **Geber** verpflichten sich:

- die Führungsrolle des Partnerlands zu respektieren und dazu beizutragen, dessen Kapazitäten zur Wahrnehmung dieser Funktion zu stärken.

Partnerausrichtung

Die Geber gründen ihre gesamte Unterstützung auf die nationalen Entwicklungsstrategien, -institutionen und -verfahren der Partnerländer

Die Geber passen sich an die Strategien der Partnerländer an

16. Die **Geber** verpflichten sich:

- ihre gesamte Unterstützung – Länderstrategien, Politikdialog und EZ-Programme – auf die nationalen Entwicklungsstrategien der Partnerländer und die regelmäßigen Fortschrittskontrollen zur Prüfung des Stands der Umsetzung dieser Strategien³ zu gründen (**Indikator 3**);
- ihre Kriterien, soweit wie irgend möglich, an der nationalen Entwicklungsstrategie des jeweiligen Partnerlands bzw. an der jährlichen Prüfung der bei der Umsetzung dieser Strategie erzielten Fortschritte zu orientieren. Etwaige zusätzliche Kriterien müssen hinreichend gerechtfertigt sein und dürfen nur nach dem Grundsatz der Transparenz sowie in enger Abstimmung mit den anderen Gebern und Stakeholdern angewandt werden;

- die Finanzierung an ein einheitliches Spektrum von Bedingungen und/oder einen überschaubaren Komplex von Indikatoren zu knüpfen, die von der jeweiligen nationalen Entwicklungsstrategie abgeleitet wurden. Das bedeutet nicht, dass alle Geber gehalten sind, identische Bedingungen festzusetzen, sondern, dass sich die von den einzelnen Gebern gestellten Bedingungen in einen gemeinsamen, organisatorisch straffen Rahmen einfügen sollten, der auf dauerhafte Ergebnisse abgestellt ist.

Die Geber stützen sich auf konsolidierte Ländersysteme

17. Die Nutzung partnereigener Institutionen und Systeme führt – sofern diese die Gewähr dafür bieten, dass die EZ-Leistungen für die vereinbarten Zwecke eingesetzt werden – zu einer erhöhten EZ-Wirksamkeit, indem sie die Kapazität der Partnerländer nachhaltig stärkt, Politiken zu konzipieren und umzusetzen und diese den Bürgern und Parlamenten gegenüber zu verantworten. Bei diesen Ländersystemen und -verfahren handelt es sich in der Regel, aber nicht ausschließlich, um nationale Vorkehrungen und Verfahren in den Bereichen öffentliches Finanzmanagement, Rechnungslegung, Rechnungsprüfung, Beschaffungswesen sowie Rahmen für Ergebniskontrolle und Monitoring.

18. Diagnostische Prüfungen spielen für Regierungen und Geber eine wichtige – zunehmend bedeutende – Rolle als Informationsquelle über den Zustand der nationalen Systeme der Partnerländer. Es liegt im beiderseitigen Interesse von Partnerländern und Gebern, die bei der Verbesserung der Ländersysteme im Lauf der Zeit erzielten Fortschritte überwachen zu können. Hilfreich ist dabei ein Rahmen für die Leistungsbewertung sowie ein entsprechender Katalog von Reformmaßnahmen, die sich auf die Informationen stützen, wie sie aus den diagnostischen Prüfungen und den damit zusammenhängenden Analysen resultieren.

19. **Partnerländer** und **Geber** verpflichten sich gemeinsam:

- zusammenzuarbeiten, um einvernehmlich einen Referenzrahmen festzulegen, der eine verlässliche Bewertung der Ländersysteme im Hinblick auf Leistung, Transparenz und Rechenschaftspflicht gestattet (**Indikator 2**);
- diagnostische Prüfungen und Leistungsevaluierungsrahmen in die von den Partnerländern selbst getragenen Strategien für den Kapazitätsaufbau einzubinden.

20. Die **Partnerländer** verpflichten sich:

- diagnostische Prüfungen durchzuführen, die eine verlässliche Bewertung ihrer nationalen Systeme und Verfahren gestatten;
- auf der Grundlage solcher diagnostischen Prüfungen die gegebenenfalls notwendigen Reformen anzustrengen, um zu gewährleisten, dass ihre nationalen Systeme, Institutionen und Verfahren für das Management von EZ-Leistungen und anderen Entwicklungsressourcen wirksam und transparent sind und der Rechenschaftspflicht unterliegen;
- die gegebenenfalls erforderlichen Reformen, z.B. im Bereich der öffentlichen Verwaltung, durchzuführen, um nachhaltige Kapazitätsentwicklungsprozesse einzuleiten und voranzutreiben.

21. Die **Geber** verpflichten sich:

- soweit wie irgend möglich die Systeme und Verfahren der Partnerländer zu nutzen bzw., wo dies unmöglich ist, zusätzliche Sicherheitsvorkehrungen und -maßnahmen zu treffen, die die Systeme und Verfahren der Länder stärken, statt sie zu schwächen (**Indikator 5**);
- soweit wie möglich davon Abstand zu nehmen, spezielle Strukturen für das Routinemanagement bzw. für die Umsetzung von EZ-finanzierten Projekten und Programmen zu schaffen (**Indikator 6**);
- harmonisierte Rahmen für die Leistungsbewertung der Partnerlandssysteme einzuführen, damit sich die Länder nicht mit einer Vielzahl möglicherweise widersprüchlicher Zielvorgaben konfrontiert sehen.

Die Partnerländer stärken ihre eigenen Entwicklungskapazitäten mit geberseitiger Unterstützung

22. Die Fähigkeit, Politiken und Programme zu planen, zu verwalten und umzusetzen und über deren Ergebnisse Rechenschaft abzulegen, ist zur Verwirklichung der Entwicklungsziele von entscheidender Bedeutung – von Analyse und Dialog bis hin zu Umsetzung, Monitoring und Evaluierung. Die Verantwortung für den Kapazitätsaufbau liegt bei den Partnerländern, wobei den Gebern eine unterstützende Rolle zukommt. Die Stärkung der Kapazitäten muss sich nicht nur auf solide technische Analysen stützen, sondern auch dem allgemeinen sozialen, politischen und wirtschaftlichen Umfeld, einschließlich der notwendigen Stärkung der Humanressourcen, Rechnung tragen.

23. Die **Partnerländer** verpflichten sich:

- spezifische Ziele für die Stärkung der Kapazitäten in ihre nationalen Entwicklungsstrategien zu integrieren und deren Umsetzung erforderlichenfalls durch in eigener Regie durchgeführte Kapazitätsentwicklungsstrategien voranzutreiben.

24. Die **Geber** verpflichten sich:

- sich bei der von ihnen geleisteten Unterstützung (sei es in Form von Analysen oder Finanzhilfen) an den Zielen und Strategien der Partnerländer für den Kapazitätsaufbau zu orientieren, vorhandene Kapazitäten effektiv zu nutzen und ihre Unterstützung für den Kapazitätsaufbau entsprechend zu harmonisieren (**Indikator 4**).

Stärkung der Kapazitäten für das öffentliche Finanzmanagement

25. Die **Partnerländer** verpflichten sich:

- ihre Anstrengungen zur Mobilisierung einheimischer Ressourcen, zur Stärkung einer langfristig tragbaren Haushaltsposition und zur Schaffung eines günstigen Umfelds für öffentliche und private Investitionen zu intensivieren;
- zeitnahe, transparente und verlässliche Informationen über den Haushaltsvollzug zu veröffentlichen;
- beim Prozess der Reform des öffentlichen Finanzmanagements die Führungsrolle zu übernehmen.

26. Die **Geber** verpflichten sich:

- eine verlässliche indikative mehrjährige Rahmenplanung mit Richtwerten für die EZ-Zusagen aufzustellen und die EZ-Leistungen pünktlich und zuverlässig gemäß dem jeweils vereinbarten Zeitplan auszuzahlen (**Indikator 7**);
- soweit wie möglich vorhandene, transparente Haushalts- und Rechnungslegungsmechanismen der Partnerländer zu nutzen (**Indikator 5**).

27. **Partnerländer** und **Geber** verpflichten sich gemeinsam:

- den Rahmen für diagnostische Prüfungen wie auch für Leistungsbewertungen im öffentlichen Finanzmanagement zu harmonisieren.

Stärkung der nationalen Beschaffungssysteme

28. **Partnerländer** und **Geber** verpflichten sich gemeinsam:

- einvernehmlich festgelegte Standards und Verfahren⁴ für die Durchführung diagnostischer Prüfungen, die Konzipierung nachhaltiger Reformen und das Monitoring der Umsetzung anzuwenden;
- ausreichende Ressourcen zur Unterstützung und nachhaltigen Sicherung mittel- und langfristiger Reformen des Beschaffungswesens sowie des erforderlichen Kapazitätsaufbaus bereitzustellen;

- die bei der Anwendung bewährter Praktiken gewonnenen Erfahrungen auf Länderebene auszutauschen, damit diese Verfahren nach und nach verbessert werden können.
29. Die **Partnerländer** verpflichten sich, die Reform der öffentlichen Auftragsvergabe und deren Umsetzung selbst in die Hand zu nehmen.
30. Die **Geber** verpflichten sich:
- zunehmend die eigenen Beschaffungssysteme der Partnerländer zu nutzen, sofern dabei einvernehmlich festgelegte Standards und Verfahren angewendet werden (**Indikator 5**);
 - harmonisierte Ansätze zu verfolgen, falls die nationalen Systeme den einvernehmlich festgelegten Leistungsstandards nicht gerecht werden oder wenn sie von den Gebern nicht genutzt werden.

Aufhebung der Lieferbindung im Interesse eines besseren Kosten-Nutzen-Verhältnisses

31. Bei Lieferaufbindung erhöht sich im Allgemeinen die EZ-Wirksamkeit, weil damit die Transaktionskosten für die Partnerländer sinken, die Eigenverantwortung der Partnerländer gestärkt und die Partnerausrichtung seitens der Geber verbessert wird. Gemäß der DAC-Empfehlung von 2001 für die Aufhebung der Lieferbindung bei der Vergabe von ODA-Mitteln an die am wenigsten entwickelten Länder werden die **DAC-Geber** auf weitere Fortschritte bei der Aufhebung der Lieferbindung hinarbeiten (**Indikator 8**).

Harmonisierung

Die Aktionen der Geber sind besser harmonisiert und transparenter und führen zu einer kollektiv größeren Wirksamkeit

Die Geber treffen gemeinsame Vorkehrungen und vereinfachen ihre Verfahren

32. Die **Geber** verpflichten sich:
- die geberseitigen Aktionspläne umzusetzen, die sie im Anschluss an das Hochrangige Forum von Rom ausgearbeitet haben;
 - auf Länderebene soweit wie möglich gemeinsame Vorkehrungen für Planung, Finanzierung (z.B. Gemeinschaftsfinanzierungen), Auszahlung, Monitoring, Evaluierung sowie Berichterstattung an die staatlichen Stellen über Geberaktivitäten und EZ-Leistungen zu treffen; der verstärkte Einsatz programmorientierter EZ-Modalitäten kann hierzu einen Beitrag leisten (**Indikator 9**);
 - mit dem Ziel zusammenzuarbeiten, Redundanzen bei Feldmissionen und diagnostischen Prüfungen zu verringern (**Indikator 10**) und gemeinsame Schulungen zu fördern, um den Erfahrungsaustausch zu unterstützen und praxisbezogene Gemeinschaften (CoP) aufzubauen.

Komplementarität und effektivere Arbeitsteilung

33. Die übermäßige Fragmentierung der Entwicklungszusammenarbeit auf globaler, nationaler und sektoraler Ebene beeinträchtigt deren Wirksamkeit. Durch einen pragmatischen Ansatz bei der Arbeits- und Lastenteilung können die Komplementarität verstärkt und die Transaktionskosten gesenkt werden.

34. Die **Partnerländer** verpflichten sich:
- klar zu den komparativen Vorteilen der einzelnen Geber sowie zu der Frage Stellung zu nehmen, wie sich diese auf Landes- oder Sektorebene am besten ergänzen können.
35. Die **Geber** verpflichten sich:
- ihre jeweiligen komparativen Vorteile auf Landes- oder Sektorebene voll zu nutzen, indem sie gegebenenfalls die Befugnisse für die Durchführung von Programmen, Aktivitäten und Aufgaben an federführende Geber übertragen;
 - im Hinblick auf die Harmonisierung unterschiedlicher Verfahren zusammenzuarbeiten.

Förderung eines kooperativen Ansatzes

36. **Geber und Partnerländer** verpflichten sich gemeinsam:

- bestehende Verfahrensweisen zu reformieren und für die Führungskräfte wie auch das übrige Personal – u.a. in Bezug auf Einstellung, Leistungsbewertung und Schulung – stärkere Anreize zu schaffen, bei ihrer Arbeit die Grundsätze der Harmonisierung, der Partnerausrichtung und der Ergebnisorientierung zu beachten.

Stärkung der EZ-Wirksamkeit in fragilen Staaten⁵

37. Das internationale Engagement in fragilen Staaten muss langfristig auf das Ziel ausgerichtet sein, legitime, gut funktionierende und solide staatliche und sonstige nationale Institutionen aufzubauen. Die Leitlinien für die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit gelten zwar auch für fragile Staaten, müssen dort aber an ein Umfeld angepasst werden, das durch mangelnde Eigenverantwortung und ungenügende Kapazitäten gekennzeichnet ist, und dem dringenden Bedarf an grundlegenden Diensten Rechnung tragen.

38. Die **Partnerländer** verpflichten sich:

- Fortschritte beim Aufbau von Institutionen und der Schaffung von Governance-Strukturen zu erzielen, die eine funktionierende Staats- und Verwaltungsführung ermöglichen und die Sicherheit, den Schutz und den gerechten Zugang der Bevölkerung zu sozialer Grundversorgung gewährleisten;
- dort, wo noch keine nationalen Entwicklungsstrategien festgelegt wurden, einen Dialog mit den Gebern über die Ausarbeitung einfacher Planungsinstrumente anzustrengen, wie z.B. die Erstellung einer Ergebnismatrix für die Übergangsphase;
- eine breite Beteiligung von nationalen Akteuren unterschiedlicher Provenienz bei der Definition der Entwicklungsprioritäten zu fördern.

39. Die **Geber** verpflichten sich:

- ihre Aktivitäten zu harmonisieren. Harmonisierung ist besonders wichtig, wenn der Staat seiner Führungsrolle nicht voll gerecht wird. Dabei sollte das Hauptaugenmerk Vorfeldanalysen, gemeinsamen Evaluierungen und Strategien, einer Koordinierung des politischen Engagements und konkreten Initiativen, wie der Einrichtung gemeinsamer Geberaußenstellen, gelten;
- sich soweit wie möglich an von der Zentralregierung des Partnerlands getragenen Strategien zu orientieren oder, wenn dies nicht möglich ist, maximalen Gebrauch von nationalen, regionalen, sektoralen oder nichtstaatlichen Systemen zu machen;
- Aktivitäten zu vermeiden, die dem Aufbau nationaler Institutionen abträglich sind, wie z.B. Umgehung der nationalen Haushaltsverfahren oder zu hohe Entlohnung von Ortskräften;
- eine geeignete Kombination von EZ-Instrumenten einzusetzen, die sich u.a. auf Unterstützung bei der Finanzierung laufender Kosten erstrecken, insbesondere in Ländern, die sich in einem vielversprechenden, aber noch stark gefährdeten Übergangsprozess befinden.

Förderung eines harmonisierten Ansatzes bei Umweltverträglichkeitsprüfungen

40. Die Geber haben erhebliche Harmonisierungsfortschritte im Hinblick auf Umweltverträglichkeitsprüfungen, auch in Bezug auf relevante Gesundheits- und Sozialfragen im Rahmen der jeweiligen Projekte, erzielt. Diese Fortschritte müssen ausgebaut werden, wobei auch auf die Konsequenzen globaler Umweltprobleme wie Klimawandel, Wüstenbildung und Schwund der biologischen Vielfalt eingegangen werden muss.

41. **Geber und Partnerländer** verpflichten sich gemeinsam:

- verstärkt Umweltverträglichkeitsprüfungen durchzuführen und im Rahmen von Projekten systematischer gemeinsame Verfahren, einschließlich Konsultationen mit den beteiligten Parteien, anzuwenden und gemeinsame Ansätze für eine „strategische Umweltverträglichkeitsprüfung“ auf Sektor- und Länderebene zu entwickeln und umzusetzen;
- die Entwicklung fachlicher Kapazitäten im technischen und politischen Bereich fortzusetzen, die für die Durchführung von Umweltanalysen und die Durchsetzung gesetzlicher Vorschriften notwendig sind.

42. Ähnliche Harmonisierungsanstrengungen sind auch bei anderen Querschnittsaufgaben erforderlich, z.B. in Bezug auf die Gleichstellung der Geschlechter und sonstige thematische – auch aus Sonderfonds finanzierte – Bereiche.

Ergebnisorientiertes Management

Ergebnisorientierung beim Ressourcenmanagement und entsprechende Verbesserung der Entscheidungsprozesse

43. Ergebnisorientiertes Management bedeutet, die EZ-Leistungen in einer Weise zu verwalten und einzusetzen, bei der die Realisierung der angestrebten Ergebnisse die Richtschnur bildet und vorhandene Informationen zur Verbesserung der Entscheidungsprozesse genutzt werden.

44. Die **Partnerländer** verpflichten sich:

- die nationalen Entwicklungsstrategien stärker in die jährliche und mehrjährige Haushaltsplanung einzubinden;
- auf die Schaffung ergebnisorientierter Berichterstattungs- und Evaluierungsrahmen hinzuarbeiten, mit deren Hilfe die Fortschritte im Hinblick auf die wichtigsten Aspekte der nationalen und sektoralen Entwicklungsstrategien durch Monitoring überwacht und die Entwicklung einer überschaubaren Zahl von Indikatoren auf der Basis kostengünstig zu beschaffender Daten beobachtet werden kann (**Indikator 11**).

45. Die **Geber** verpflichten sich:

- Programmgestaltung und Ressourcen auf Länderebene mit den Ergebnissen zu verknüpfen und sie an vorhandene effektive Leistungsevaluierungsrahmen der Partnerländer anzupassen, wobei sie davon absehen, die Einführung von Leistungsindikatoren zu fordern, die nicht mit den nationalen Entwicklungsstrategien der Partnerländer in Einklang stehen;
- mit den Partnerländern zusammenzuarbeiten, um soweit wie möglich deren eigene ergebnisorientierte Rahmen für Berichterstattung und Monitoring zu nutzen;
- ihre Monitoring- und Berichtsaufgaben zu harmonisieren und gemeinsame Modalitäten der regelmäßigen Berichterstattung soweit wie irgend möglich mit den Partnerländern abzustimmen, solange sie sich noch nicht weitgehend auf deren Statistik-, Monitoring- und Evaluierungssysteme stützen können.

46. **Partnerländer und Geber** verpflichten sich gemeinsam:

- im Rahmen eines partizipatorischen Ansatzes zusammen darauf hinzuarbeiten, dass die nationalen Kapazitäten für ergebnisorientiertes Management ausgebaut werden und die Länder selbst verstärkt ein solches Management fordern.

Gegenseitige Rechenschaftspflicht

Geber wie Partnerländer legen Rechenschaft über die Entwicklungsergebnisse ab

47. Eine wichtige Priorität für Partnerländer und Geber ist die Stärkung der gegenseitigen Rechenschaftspflicht und der Transparenz in Bezug auf die Verwendung der EZ-Mittel. Dadurch kann auch die Unterstützung der Öffentlichkeit für die jeweilige nationale Politik und die Entwicklungszusammenarbeit gefestigt werden.

48. Die **Partnerländer** verpflichten sich:
- die Rolle der Parlamente bei der Festlegung der nationalen Entwicklungsstrategien und/oder -budgets angemessen zu stärken;
 - verstärkt mit partizipatorischen Ansätzen zu arbeiten, indem sie ein breites Spektrum von Entwicklungspartnern systematisch in die Ausarbeitung nationaler Entwicklungsstrategien und die Evaluierung der bei ihrer Umsetzung erzielten Fortschritte einbeziehen.
49. Die **Geber** verpflichten sich:
- zeitnahe, transparente und ausführliche Informationen über ihre EZ-Leistungen zu liefern, um den Regierungen der Partnerländer die Möglichkeit zu geben, ihren Parlamenten und Bürgern vollständige Haushaltsberichte vorzulegen.
50. **Partnerländer** und **Geber** verpflichten sich:
- die beiderseitigen Fortschritte bei der Erfüllung der im Hinblick auf die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit eingegangenen Verpflichtungen, einschließlich der Partnerschaftsverpflichtungen, mit Hilfe vorhandener, zunehmend verlässlicher Mechanismen auf lokaler Ebene gemeinsam zu evaluieren (**Indikator 12**).

III. Fortschrittsindikatoren

Für die Messung auf nationaler und das Monitoring auf internationaler Ebene

EIGENVERANTWORTUNG		ZIELVORGABE FÜR 2010						
1	<i>Die Partnerländer verfügen über operationelle Entwicklungsstrategien – Zahl der Länder mit nationalen Entwicklungsstrategien (einschließlich PRS) mit klaren strategischen Prioritäten, die in einen mittelfristigen Ausgabenrahmen eingebunden sind und sich im Jahreshaushalt widerspiegeln.</i>	Mindestens 75% der Partnerländer verfügen über operationelle Entwicklungsstrategien						
PARTNERAUSRICHTUNG		ZIELVORGABEN FÜR 2010						
2	<i>Zuverlässig funktionierende Ländersysteme – Zahl der Partnerländer mit öffentlichen Beschaffungs- und Finanzmanagementsystemen, die sich entweder a) an allgemein anerkannte Prinzipien guter Praxis halten oder b) über entsprechende Reformprogramme verfügen.</i>	<p>a) Öffentliches Finanzmanagement: Die Hälfte der Partnerländer ist auf der PFM/CPIA-Leistungsskala (länderbezogene Evaluierungen von Politik und Institutionen) um mindestens eine Stufe (d.h. 0,5 Punkte) höher gerückt</p> <p>b) Beschaffungswesen: Ein Drittel der Partnerländer ist auf der zur Leistungsmessung für diesen Indikator verwendeten Vier-Punkte-Skala um mindestens eine Stufe (d.h. von D auf C, C auf B oder B auf A) höher gerückt</p>						
3	<i>Die ODA-Leistungen sind auf die nationalen Prioritäten der Partnerländer ausgerichtet – im nationalen Haushalt des Partnerlands ausgewiesener Prozentsatz der für den Staatssektor bestimmten ODA-Leistungen.</i>	Reduzierung der Lücke um die Hälfte – Halbierung des Anteils der ODA-Leistungen für den Staatssektor, die nicht im Staatshaushalt ausgewiesen sind (wobei mindestens 85% der Leistungen im Haushalt erscheinen müssen)						
4	<i>Stärkung der Kapazitäten durch koordinierte Unterstützung – Prozentsatz der für den Kapazitätsaufbau vorgesehenen geberseitigen Unterstützung, die im Rahmen koordinierter Programme im Einklang mit den nationalen Entwicklungsstrategien der Partnerländer erbracht wird.</i>	50% der Leistungen für Technische Zusammenarbeit werden im Rahmen koordinierter Programme im Einklang mit den nationalen Entwicklungsstrategien der Partnerländer eingesetzt						
5a	<i>Nutzung der Ländersysteme für öffentliches Finanzmanagement – Prozentsatz der Geber und EZ-Leistungen, die die entsprechenden Systeme der Partnerländer nutzen, die entweder a) die allgemein anerkannten Prinzipien guter Praxis beachten oder b) über entsprechende Reformprogramme verfügen.</i>	PROZENTSATZ DER GEBER						
		<table border="1"> <thead> <tr> <th>Wertung¹</th> <th>Zielvorgabe</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>5+</td> <td>ALLE GEBER nutzen die öffentlichen Finanzmanagementsysteme der Partnerländer</td> </tr> <tr> <td>3,5-4,5</td> <td>90% DER GEBER nutzen die öffentlichen Finanzmanagementsysteme der Partnerländer</td> </tr> </tbody> </table>	Wertung ¹	Zielvorgabe	5+	ALLE GEBER nutzen die öffentlichen Finanzmanagementsysteme der Partnerländer	3,5-4,5	90% DER GEBER nutzen die öffentlichen Finanzmanagementsysteme der Partnerländer
Wertung ¹	Zielvorgabe							
5+	ALLE GEBER nutzen die öffentlichen Finanzmanagementsysteme der Partnerländer							
3,5-4,5	90% DER GEBER nutzen die öffentlichen Finanzmanagementsysteme der Partnerländer							
		PROZENTSATZ DER ODA-LEISTUNGEN						
		<table border="1"> <thead> <tr> <th>Wertung¹</th> <th>Zielvorgabe</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>5+</td> <td>Zwei-Drittel-Reduzierung des Prozentsatzes der für den Staatssektor bestimmten ODA-Leistungen von Gebern, die nicht die öffentlichen Finanzmanagementsysteme der Partnerländer nutzen</td> </tr> <tr> <td>3,5-4,5</td> <td>Ein-Drittel-Reduzierung des Prozentsatzes der für den Staatssektor bestimmten ODA-Leistungen von Gebern, die nicht die öffentlichen Finanzmanagementsysteme der Partnerländer nutzen</td> </tr> </tbody> </table>	Wertung ¹	Zielvorgabe	5+	Zwei-Drittel-Reduzierung des Prozentsatzes der für den Staatssektor bestimmten ODA-Leistungen von Gebern, die nicht die öffentlichen Finanzmanagementsysteme der Partnerländer nutzen	3,5-4,5	Ein-Drittel-Reduzierung des Prozentsatzes der für den Staatssektor bestimmten ODA-Leistungen von Gebern, die nicht die öffentlichen Finanzmanagementsysteme der Partnerländer nutzen
Wertung ¹	Zielvorgabe							
5+	Zwei-Drittel-Reduzierung des Prozentsatzes der für den Staatssektor bestimmten ODA-Leistungen von Gebern, die nicht die öffentlichen Finanzmanagementsysteme der Partnerländer nutzen							
3,5-4,5	Ein-Drittel-Reduzierung des Prozentsatzes der für den Staatssektor bestimmten ODA-Leistungen von Gebern, die nicht die öffentlichen Finanzmanagementsysteme der Partnerländer nutzen							

<p>5b <i>Nutzung der Beschaffungssysteme der Länder</i> – Prozentsatz der Geber und ODA-Leistungen, die die öffentlichen Beschaffungssysteme der Partnerländer nutzen, die entweder <i>a</i>) die allgemein anerkannten Prinzipien guter Praxis beachten oder <i>b</i>) über entsprechende Reformprogramme verfügen.</p>	PROZENTSATZ DER GEBER	
	Wertung ¹	Zielvorgabe
	A	ALLE GEBER nutzen die Systeme der Partnerländer für öffentliche Beschaffungen
	B	90% DER GEBER nutzen die Systeme der Partnerländer für öffentliche Beschaffungen
PROZENTSATZ DER ODA-LEISTUNGEN		
		Zielvorgabe
		Wertung ¹
		A
		Zwei-Drittel-Reduzierung des Prozentsatzes der für den Staatssektor bestimmten ODA-Leistungen von Gebern, die nicht die öffentlichen Beschaffungssysteme der Partnerländer nutzen
		B
		Ein-Drittel-Reduzierung des Prozentsatzes der für den Staatssektor bestimmten ODA-Leistungen von Gebern, die nicht die öffentlichen Beschaffungssysteme der Partnerländer nutzen
<p>6 <i>Stärkung der Kapazitäten durch Vermeidung paralleler Durchführungsstrukturen</i> – Zahl paralleler Projektdurchführungseinheiten pro Land.</p>	Zwei-Drittel-Reduzierung der Zahl paralleler Projektdurchführungseinheiten pro Land	
<p>7 <i>Bessere Berechenbarkeit der ODA-Leistungen</i> – Prozentsatz der ODA-Leistungen, die gemäß einem vereinbarten Zeitplan im Rahmen einer jährlichen oder mehrjährigen Planung ausgezahlt werden.</p>	Reduzierung der Lücke um die Hälfte – Halbierung des Anteils der ODA-Leistungen, die im vereinbarten Finanzjahr nicht planmäßig ausgezahlt werden	
<p>8 <i>Aufhebung der Lieferbindung</i> – Prozentsatz der bilateralen ODA-Leistungen ohne Lieferbindung.</p>	Kontinuierliche Fortschritte im Zeitverlauf	
HARMONISIERUNG		ZIELVORGABEN FÜR 2010
<p>9 <i>Nutzung gemeinsamer Vorkehrungen oder Verfahren</i> – Prozentsatz der ODA-Leistungen, die im Rahmen programmorientierter Ansätze bereitgestellt werden².</p>	66% der ODA-Leistungen werden im Rahmen programmorientierter Ansätze bereitgestellt	
<p>10 <i>Förderung gemeinsamer Analysen</i> – Prozentsatz der <i>a</i>) Feldmissionen und/oder <i>b</i>) Länderanalysen, einschließlich diagnostischer Prüfungen, die gemeinsam durchgeführt werden.</p>	<p><i>a</i>) 40% der geberseitigen Feldmissionen werden gemeinsam durchgeführt</p> <p><i>b</i>) 66% der Länderanalysen werden gemeinsam durchgeführt</p>	
ERGEBNISORIENTIERTES MANAGEMENT		ZIELVORGABE FÜR 2010
<p>11 <i>Ergebnisorientierte Rahmen</i> – Zahl der Länder mit transparenten, durch Monitoring überprüfbaren Rahmen für die Leistungsbewertung, die eine Messung der Fortschritte im Verhältnis zu <i>a</i>) den nationalen Entwicklungsstrategien und <i>b</i>) den Sektorprogrammen ermöglichen.</p>	Reduzierung der Lücke um ein Drittel – Reduzierung des Anteils der Länder ohne transparenten, durch Monitoring überprüfbaren Rahmen für die Leistungsbewertung um ein Drittel	
GEGENSEITIGE RECHENSCHAFTSPFLICHT		ZIELVORGABE FÜR 2010
<p>12 <i>Gegenseitige Rechenschaftspflicht</i> – Zahl der Partnerländer, die gegenseitige Bewertungen der Fortschritte bei der Umsetzung der in Bezug auf die EZ-Wirksamkeit eingegangenen Verpflichtungen – einschließlich der in dieser Erklärung enthaltenen Verpflichtungen – durchführen.</p>	Alle Partnerländer verfügen über Systeme zur gegenseitigen Bewertung der erzielten Fortschritte	

1. Die Wertungsskala für den Indikator 5 ergibt sich aus den Messverfahren für die Qualität der öffentlichen Beschaffungs- und Finanzmanagementsysteme gemäß Indikator 2 des vorliegenden Rahmens.
2. Wegen einer Definition der programmorientierten Ansätze vgl. Anmerkungen zur Methodik.

Anmerkungen

1. In Übereinstimmung mit Absatz 9 der vorliegenden Erklärung versammelten sich die Geber und Partnerländer im Rahmen des DAC, d.h. der DAC-Arbeitsgruppe EZ-Wirksamkeit, die sich aus OECD/DAC-Mitgliedern sowie Vertretern der Partnerländer und multilateraler Einrichtungen zusammensetzt, am 30.-31. Mai 2005 und 7.-8. Juli 2005, um die Zielvorgaben für die zwölf Fortschrittsindikatoren zu vereinbaren und gegebenenfalls einer Prüfung zu unterziehen. Auf diesen Tagungen wurde in Bezug auf die in Abschnitt 3 der vorliegenden Erklärung dargelegten Zielvorgaben eine Einigung erzielt. Diese Einigung unterliegt Vorbehalten eines Gebers hinsichtlich *a*) der Methodik zur Evaluierung der Qualität der von den Partnerländern selbst verwalteten Beschaffungssysteme (im Zusammenhang mit den Zielvorgaben 2b und 5b) und *b*) der akzeptablen Qualität von Reformprogrammen des öffentlichen Finanzmanagements (in Verbindung mit der Zielvorgabe 5a.ii.). Weitere Diskussionen zur Lösung dieser Probleme sind im Gange. In einem Brief vom 9. September 2005 teilte der DAC-Vorsitzende Richard Manning den Teilnehmern der Hochrangigen Plenartagung der 59. Generalversammlung der Vereinten Nationen diese Zielvorgaben ebenso wie die Vorbehalte mit.
2. Der Begriff „nationale Entwicklungsstrategien“ umfasst Armutsbekämpfungs- und ähnliche Gesamtstrategien wie auch sektorbezogene und thematische Strategien.
3. Dazu gehört z.B. der Annual Progress Review of the Poverty Reduction Strategies (APR).
4. Wie z.B. die Verfahren, die bei den gemeinsamen Round-Table-Gesprächen des OECD-Entwicklungsausschusses (DAC) und der Weltbank über die Stärkung der Beschaffungskapazitäten der Entwicklungsländer erarbeitet wurden.
5. Der folgende Abschnitt stützt sich auf die vorläufige Fassung der *Principles for Good International Engagement in Fragile States* (Grundsätze für ein zweckmäßiges internationales Engagement in fragilen Staaten), wie sie aus dem Hochrangigen Forum über die Wirksamkeit des Entwicklungsprozesses in fragilen Staaten (London, Januar 2005) resultierte.

ANLAGE 3.A1.1

Anmerkungen zur Methodik der Fortschrittsindikatoren

Die Fortschrittsindikatoren liefern einen Rahmen für die praktische Umsetzung der in der Erklärung von Paris zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit abgesteckten Verantwortlichkeiten und Rechenschaftspflichten. Dieser Rahmen setzt sich aus verschiedenen Elementen der in Abschnitt II dieser Erklärung dargelegten Partnerschaftsverpflichtungen zusammen.

Zweck – Die Fortschrittsindikatoren liefern einen Rahmen für die praktische Umsetzung der in der Erklärung von Paris zur EZ-Wirksamkeit abgesteckten Verantwortlichkeiten und Rechenschaftspflichten. Die Indikatoren messen in erster Linie die **kollektiven Reaktionen auf Länderebene**.

Länderebene/globale Ebene – Die Indikatoren sind **auf Länderebene** im Rahmen einer engen Zusammenarbeit zwischen Partnerländern und Gebern **zu messen**. Die auf Länderebene erfassten Indikatorwerte können dann **auf regionaler oder globaler Ebene** statistisch aggregiert werden. Eine solche globale Aggregation wird sowohl für die nachstehend aufgeführte Ländergruppe zu Zwecken der statistischen Vergleichbarkeit als auch allgemeiner für alle Partnerländer vorgenommen, für die einschlägige Daten vorliegen.

Ergebnisse seitens der Geber / Partnerländer – Die Fortschrittsindikatoren liefern ferner einen Vergleichsmaßstab, an dem die einzelnen Geberstellen bzw. Partnerländer ihre Ergebnisse auf nationaler, regionaler oder globaler Ebene messen können. Bei der Messung der von den einzelnen Gebern erzielten Ergebnisse sollten die Indikatoren flexibel angewandt werden, um den unterschiedlichen institutionellen Mandaten der Geber Rechnung zu tragen.

Zielvorgaben – Die Zielvorgaben werden auf globaler Ebene festgelegt. Die Fortschritte bei der Verwirklichung dieser Zielvorgaben werden mittels statistischer Aggregation der auf Länderebene erfassten Daten gemessen. Zusätzlich zu den globalen Zielvorgaben können Partnerländer und Geber auch länderspezifische Zielvorgaben vereinbaren.

Ausgangsniveau – Für 2005 wird für eine auf freiwilliger Basis gebildete Ländergruppe ein Ausgangsniveau festgelegt. Die unter dem Dach des OECD-Entwicklungsausschusses in der Arbeitsgruppe EZ-Wirksamkeit vertretene Partnerschaft von Gebern und Partnerländern wird mit der Bildung dieser Ländergruppe beauftragt.

Definitionen und Kriterien – Die in der Arbeitsgruppe EZ-Wirksamkeit des DAC vertretenen Geber und Partnerländer werden gebeten, spezifische Orientierungshilfen zu Definitionen, Anwendungsbereich, Kriterien und Methoden zu liefern, anhand deren die Ergebnisse sowohl für verschiedene Länder als auch für verschiedene Zeiträume aggregiert werden können.

Anmerkung zu Indikator 9 – Die programmorientierten Ansätze werden in Bd. II von *Harmonising Donor Practices for Effective Aid Delivery* (OECD, 2005), Kasten 3.1, definiert als Modalitäten der Entwicklungszusammenarbeit, die auf den Prinzipien der koordinierten Unterstützung eines von den Partnerländern selbst getragenen Entwicklungsprogramms beruhen, wie z.B. einer nationalen Entwicklungsstrategie, eines Sektorprogramms, eines thematischen Programms

oder des Programms einer bestimmten Organisation. Sie weisen folgende gemeinsame Merkmale auf: *a)* Trägerschaft durch das Gastland bzw. die Organisation, *b)* einheitlicher umfassender Programm- und Budgetrahmen, *c)* formal festgelegter Prozess für die Geberkoordination und die Harmonisierung der Geberpraktiken in den Bereichen Berichtswesen, Budgetierung, Finanzmanagement und Beschaffungswesen, *d)* Anstrengungen zur verstärkten Nutzung lokaler Systeme für Programmgestaltung und -umsetzung, Finanzmanagement, Monitoring und Evaluierung. Im Rahmen des Indikators 9 werden die Ergebnisse einzeln, d.h. je nach den im Rahmen der programmorientierten Ansätze praktizierten Förderungsarten, gemessen.

ANLAGE 3.A1.2

Liste der Teilnehmerländer und Organisationen

Teilnehmerländer

Ägypten	Albanien	Äthiopien
Australien	Bangladesch	Belgien
Benin	Bolivien	Botsuana
[Brasilien]*	Burkina Faso	Burundi
China	Dänemark	Deutschland
Dominikanische Republik	Europäische Kommission	Fidschi
Finnland	Frankreich	Gambia
Ghana	Griechenland	Guatemala
Guinea	Honduras	Indonesien
Irland	Island	Italien
Jamaika	Japan	Jemen
Jordanien	Kambodscha	Kamerun
Kanada	Kenia	Kirgisistan
Kongo, Demokr. Republik	Korea	Kuwait
Laos	Luxemburg	Madagaskar
Malawi	Malaysia	Mali
Marokko	Mauretanien	Mexiko
Mongolei	Mosambik	Nepal
Neuseeland	Nicaragua	Niederlande
Niger	Norwegen	Österreich
Pakistan	Papua-Neuguinea	Philippinen
Polen	Portugal	Ruanda
Rumänien	Russische Föderation	Salomonen
Sambia	Saudi-Arabien	Schweden
Schweiz	Senegal	Serbien und Montenegro
Slowakische Republik	Spanien	Sri Lanka
Südafrika	Tadschikistan	Tansania
Thailand	Timor-Leste	Tschechische Republik
Tunesien	Türkei	Uganda
Vanuatu	Vereinigte Staaten	Vereinigtes Königreich
Vietnam		

* Bestätigung steht noch aus.

Teilnehmerorganisationen

Afrikanische Entwicklungsbank	Arabische Bank für Wirtschaftsentwicklung in Afrika
Asiatische Entwicklungsbank	Commonwealth-Sekretariat
Konsultationsgruppe zur Unterstützung der Ärmsten (CGAP)	Entwicklungsbank des Europäischen Rates (CEB)
Wirtschaftskommission für Afrika (ECA)	Education for All Fast Track Initiative (EFA-FTI)
Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE)	Europäische Investitionsbank (EIB)
Globaler Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria	G24
Interamerikanische Entwicklungsbank	Internationaler Agrarentwicklungsfonds (IFAD)
Internationaler Währungsfonds (IWF)	Organisation internationale de la Francophonie
Islamische Entwicklungsbank	Millennium Campaign
Neue Partnerschaft für Afrikas Entwicklung (NEPAD)	Nordischer Entwicklungsfonds
Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	Organisation Ostkaribischer Staaten (OECS)
OPEC-Fonds für internationale Entwicklung	Pacific Islands Forum Secretariat
Gruppe der Vereinten Nationen für Entwicklungsfragen (UNDG)	Weltbank

Organisationen der Zivilgesellschaft

Africa Humanitarian Action	AFRODAD
Bill and Melinda Gates Foundations	Canadian Council for International Cooperation (CCIC)
Comité Catholique contre la Faim et pour le Développement (CCFD)	Internationale Arbeitsgemeinschaft für Entwicklung und Solidarität (CIDSE)
Comisión Económica (Nicaragua)	ENDA Tiers Monde
EURODAD	Internationale Union für die Erhaltung der Natur und der natürlichen Hilfsquellen (IUCN)
Japan NGO Center for International Cooperation (JANIC)	Reality of Aid Network
Tanzania Social and Economic Trust (TASOET)	UK Aid Network

Anmerkung: Auch andere als die hier aufgezählten Länder haben sich der Erklärung von Paris angeschlossen. Die vollständige, dem neuesten Stand entsprechende Länderliste findet sich unter: www.oecd.org/dac/effectiveness/parisdeclaration/members.

Kapitel 4

Politik und Leistungen der bilateralen Geber

Das Leistungsvolumen der DAC-Mitglieder nimmt in der Tendenz durchweg zu, worin sich Initiativen mit dem Ziel widerspiegeln, den auf und seit der Monterrey-Konferenz von 2002 über Entwicklungsfinanzierung eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen. Der Großteil des Anstiegs im Jahr 2004 entfiel nicht auf Schuldenerleichterungen und Nothilfe, sondern vielmehr auf langfristige Entwicklungsprojekte. Die DAC-Mitglieder meldeten ferner Maßnahmen zur Steigerung der EZ-Wirksamkeit durch bessere Partnerausrichtung und Harmonisierung wie auch durch Schritte zur Förderung der Eigenverantwortung der Partnerländer für Entwicklungsstrategien. Im Zusammenhang mit der angestrebten Kohärenz der Entwicklungspolitik wuchs die Zahl der Geber, die Schritte einleiteten, um die Integration der Interessen der Entwicklungsländer in alle nationalen Politikbereiche, namentlich Handel, Migration, Investitionen und Umwelt, zu institutionalisieren. Im Jahr 2005 wurden für fünf Länder, nämlich Belgien, Deutschland, Neuseeland, Schweden und die Schweiz, DAC-Länderprüfungen durchgeführt.

Die ODA-Leistungen an die Entwicklungsländer stiegen im Jahr 2004 auf 79,5 Mrd. US-\$, das höchste je erreichte Niveau. Unter Berücksichtigung von Inflation und Dollar-Abwertung entspricht dies in realer Rechnung einem Zuwachs um 5,9% gegenüber 2003, nach einer Erhöhung um 4,3% zwischen 2002 und 2003.

Das Gesamtvolumen machte 0,26% des kombinierten BNE der DAC-Mitglieder aus, gegenüber 0,25% im Jahr 2003 und 0,23% in 2002 bzw. 0,22% in 2001.

Mehrere Faktoren trugen zum realen Zuwachs um 4,1 Mrd. US-\$ im Jahr 2004 bei. Hierzu gehörten u.a.:

- Erhöhung der Beiträge an internationale Organisationen um 3,6 Mrd. US-\$.
- Zunahme der Hilfeleistungen für Afghanistan und Irak um insgesamt 2,5 Mrd. US-\$.
- Rückgang der Zuschüsse für Technische Zusammenarbeit um 0,9 Mrd. US-\$.
- Abnahme der Netto-Schuldenerleichterungen um 3,8 Mrd. US-\$.
- Verringerung der Nettokreditvergabe um 1,6 Mrd. US-\$.

Die wichtigste Tatsache war der reale Zuwachs der ODA-Leistungen für Entwicklungsprogramme und -projekte, d.h. ohne Schuldenerlass und Nothilfe, um 13,3% gegenüber 2003-2004. Dieser Anstieg – der sich zu Preisen und Wechselkursen von 2003 auf 7,3 Mrd. US-\$ beläuft – ist der größte der vergangenen Jahre und stellt einen bedeutenden Schritt zur Aufstockung der EZ-Leistungen gemäß den auf und seit der Konferenz von Monterrey im Jahr 2002 von den DAC-Mitgliedern formulierten ODA-Zusagen (vgl. Abb. 1.1 in Kapitel 1). Die Angaben über die neuen ODA-Zusagen legen den Schluss nahe, dass ein Großteil der zusätzlich bereitgestellten EZ-Leistungen für die Verbesserung der Infrastruktur, insbesondere in den Bereichen Verkehrswesen, Kommunikation und Energie bestimmt ist.

17 der 22 DAC-Mitgliedsländer meldeten für 2004 einen Anstieg der ODA-Leistungen (vgl. Tabelle 1 im Statistischen Anhang). Die Vereinigten Staaten blieben dem Volumen nach der größte Geber, gefolgt von Japan, Frankreich, dem Vereinigten Königreich und Deutschland. Die einzigen Länder, die die ODA-Zielvorgabe der Vereinten Nationen von 0,7% des BNE überschreiten, sind nach wie vor Dänemark, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen und Schweden.

Die ODA-Nettoleistungen der Vereinigten Staaten beliefen sich im Jahr 2004 auf 20 Mrd. US-\$, was einem realen Zuwachs von 18,3% gegenüber 2003 entspricht. Das ODA/BNE-Verhältnis stieg von 0,15% auf 0,17%. Bedingt war der Anstieg größtenteils durch einen Beitrag in Höhe von 1,8 Mrd. US-\$ an IDA, die Weltbanktochter für Zuschüsse und zinsgünstige Darlehen. Die ODA-Leistungen für Afghanistan (778 Mio. US-\$) und den Irak (3,0 Mrd. US-\$) nahmen ebenfalls erheblich zu. Der ODA-Anteil der Vereinigten Staaten an den gesamten Leistungen der DAC-Mitgliedsländer belief sich 2004 auf 24,8%, was dem größten Prozentsatz seit 1986 und nahezu dem doppelten Wert von 1995 entsprach, als die US-Leistungen mit 12,5% einen Tiefstand erreicht hatten.

Die ODA-Nettoleistungen Japans gingen in realer Rechnung um 4,3% auf 8,9 Mrd. US-\$ bzw. 0,19% des BNE zurück. Brutto gerechnet nahmen die ODA-Leistungen des Landes jedoch um 24,6% auf 16,2 Mrd. US-\$ zu. Zurückzuführen war dies z.T. auf die Leistungen für den Wiederaufbau des Irak, größtenteils aber auf den deutlich höheren Schuldenerlass für einige der am stärksten verschuldeten Länder der Welt. Dieser Schuldenerlass hatte insofern aber nur geringe Auswirkungen auf die ODA-Nettoleistungen, als der Löwenanteil der somit erlassenen Darlehen zum Zeitpunkt der Kreditgewährung als ODA verbucht worden war. Erhöhte Tilgungszahlungen auf ODA-Kredite, vor allem seitens der Länder, die sich von der Finanzkrise in Asien erholt haben, hatten ebenfalls Einfluss auf die Nettobilanz der japanischen ODA-Leistungen.

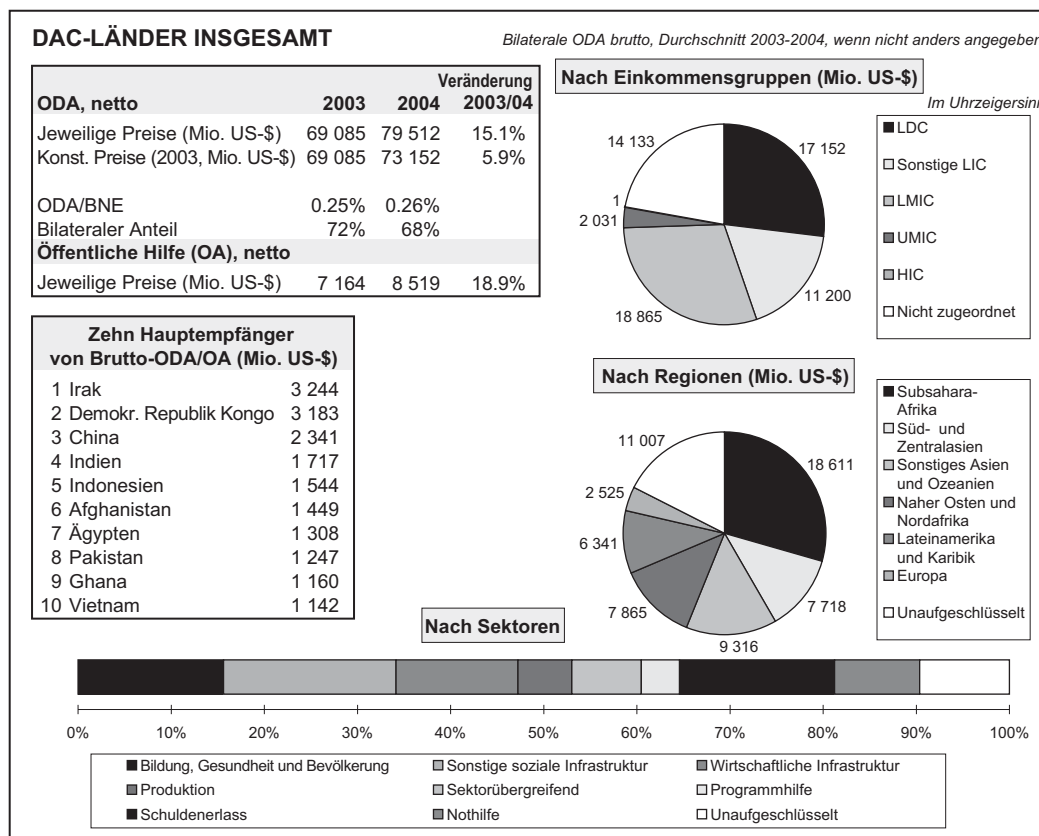
Die 15 DAC-Länder, die Mitglieder der EU sind, erhöhten ihre kombinierten ODA-Leistungen in realer Rechnung um 2,9% auf 42,9 Mrd. US-\$ – was etwa 54% der gesamten ODA-Leistungen des DAC entspricht. Diese Leistungen machten 0,35% des Gesamt-BNE dieser Länder aus, denselben Anteil wie im Jahr 2003, womit die Länder auf dem besten Weg zur Erfüllung der EU-Zielvorgabe für das Jahr 2006 von 0,39% sind, obgleich fünf EU-Mitgliedsländer ihre ODA-Leistungen noch immer beträchtlich erhöhen müssen, um das länderspezifische Mindestziel von jeweils 0,33% zu erreichen. Die betreffenden EU-Mitgliedsländer haben sich bereits vor der Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung von Monterrey im Jahr 2002 auf diese Zielvorgaben verpflichtet.

Wie weiter oben und auch in Kapitel 1 dargelegt wurde, wird mit einem weiteren deutlichen Anstieg der ODA-Leistungen gerechnet. Halten sich die Mitgliedsländer an die auf und nach der Konferenz von Monterrey gemachten Zusagen hinsichtlich des ODA-Volumens, müsste sich das ODA/BNE-Verhältnis der DAC-Länder von 0,26% im Jahr 2004 auf 0,30% im Jahr 2006 und 0,36% im Jahr 2010 erhöhen. Der im Zeitraum 2005-2006 erwartete Anstieg wird sich voraussichtlich aus folgenden Hauptquellen speisen:

- **Beiträge zur Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA) der Weltbank.** Im April 2005 kamen die Geber überein, der IDA 18 Mrd. US-\$ bereitzustellen, um einen Anstieg der Zuschüsse und Kredite um mindestens 25% zu ermöglichen.
- **Erhöhung der bilateralen EZ-Budgets.** Mehrere DAC-Mitgliedsländer nehmen derzeit erhebliche Aufstockungen ihrer bilateralen EZ-Programme vor. Beispielsweise ist das amerikanische Millennium Challenge Account (MCA) inzwischen operationell, und zwei andere große Geber – Frankreich und das Vereinigte Königreich – erhöhen derzeit ihre bilateralen ODA-Leistungen im Rahmen ehrgeiziger Pläne zur Erreichung der VN-Zielvorgabe von 0,7% bis 2012-2013.
- **Tsunami-Hilfe.** Das verheerende Seebeben im Indischen Ozean hat eine ganz außergewöhnliche Mobilisierung sowohl privater als auch öffentlicher Ressourcen für Hilfe- und Wiederaufbauleistungen ausgelöst. Der DAC wird die Auszahlungen gemäß den erteilten Zusagen verfolgen.
- **Schuldenerleichterung für Irak und Nigeria.** Im November 2004 einigte sich der Pariser Club darauf, dem Irak einen Großteil der Schulden zu erlassen. Je nachdem, wie rasch zwischen dem Irak und seinen Gläubigern entsprechende bilaterale Vereinbarungen geschlossen werden, können bis zu 12 Mrd. US-\$ dieses Schuldenerlasses von DAC-Mitgliedern im Jahr 2005 als ODA verbucht werden. Die Mitte 2005 vom Pariser Club vereinbarte Reduzierung der Schuldenlast Nigerias dürfte über den Zeitraum 2005-2006 ebenfalls erhebliche Auswirkungen auf die ausgewiesenen ODA-Leistungen haben (in einer Größenordnung von 15-18 Mrd. US-\$).

Profile der einzelnen DAC-Mitglieder

Die Profile der einzelnen DAC-Mitglieder sind in alphabetischer Reihenfolge dargestellt, wobei für die Länder, die 2005 geprüft worden sind (Belgien, Deutschland, Neuseeland, Schweden und Schweiz) jeweils ein Kasten hinzugefügt wurde. Die Zahlenangaben zu den ODA-Gesamtleistungen beziehen sich auf das Jahr 2004, während die Daten über die Aufteilung der Leistungen auf dem Durchschnitt der ODA-Bruttoleistungen im Zeitraum 2003-2004 beruhen.



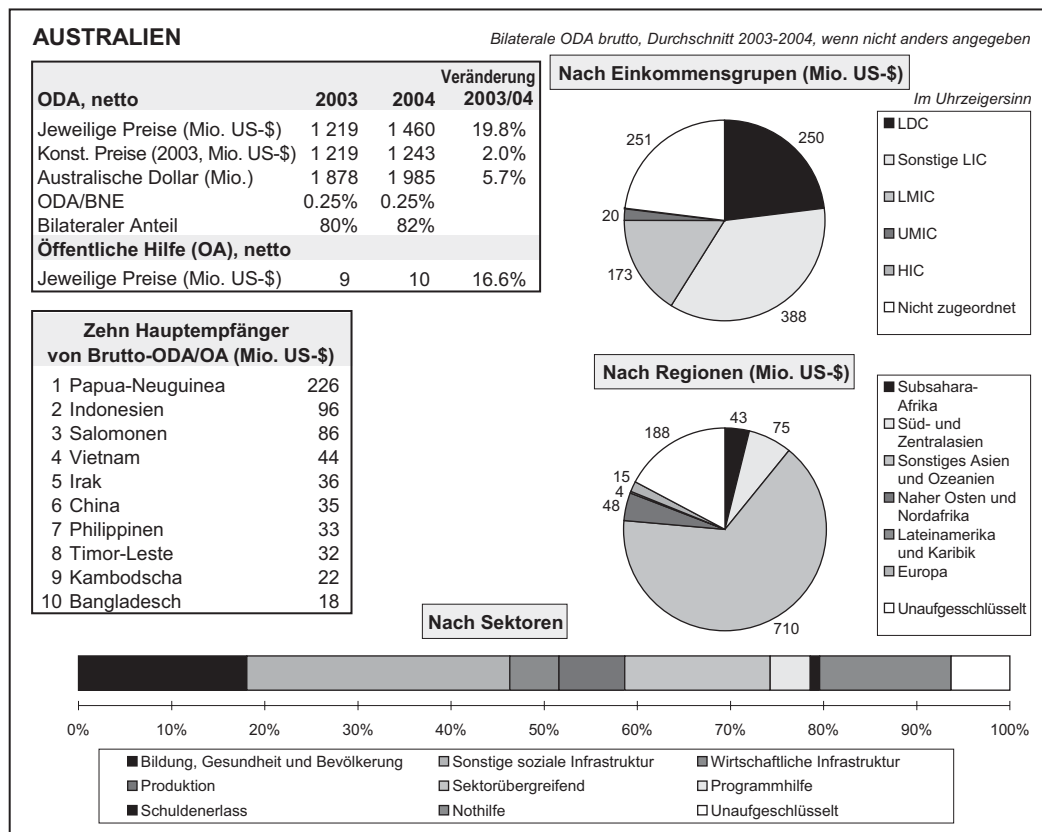
Australien

Die ODA-Nettogesamtleistungen Australiens wiesen 2004 mit 1,46 Mrd. US-\$ einen realen Anstieg um 2% auf, womit sie wie schon 2003 0,25% des BNE entsprachen.

Verpflichtung auf die MDG. Parallel zur Erstellung eines Weißbuchs über das EZ-Programm des Landes bemüht sich Australien um Fortschritte bei der Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele durch Koordination von Maßnahmen und Politik zwischen allen Ressorts, um die Entstehung der für Entwicklung und Armutsreduzierung im asiatisch-pazifischen Raum notwendigen Voraussetzungen zu fördern. Australien verstärkt derzeit seine regionalen Programme mit der Einführung eines neuen Pazifik-Regionalkonzepts, das hauptsächlich auf fragile Staaten ausgerichtet ist, es erhöhte die Leistungen für humanitäre Aktionen und engagierte sich in großem Umfang bei der Bewältigung der Tsunami-Folgen.

EZ-Wirksamkeit. Australien hat die Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit angenommen. Der australische Aktionsplan für die Harmonisierung zielt auf eine Verbesserung der EZ-Effektivität sowie Stärkung der Eigenverantwortung der Partnerländer für den Entwicklungsprozess ab. Australien ist ferner bemüht, seine Investitionen im Rahmen des AusAID-Programms aufzustocken, die darauf abzielen, die Belastungen durch Verwaltungs- und Berichtsaufgaben auf ein Minimum zu reduzieren. Australien verlagert den Schwerpunkt seiner Bemühungen auf die Erfolgskontrolle auf Programmebene mit dem Ziel, bessere Informationen über die Ergebnisse der Länder- und Regionalstrategien zu erhalten, um die Effekte der EZ-Leistungen auf strategischer Ebene deutlicher nachzuweisen und sich neuen Mechanismen der EZ-Abwicklung anzupassen.

Politikkohärenz. Unterstützt durch eine ressortübergreifende Strategie wird die Politikkohärenz durch ein stärkeres entwicklungspolitisches Engagement gefördert, das sich auf folgende Prioritäten konzentriert: a) ein verstärktes Engagement im pazifischen Raum, wobei das Schwergewicht auf Wirtschaftswachstum sowie auf eine Rechts- und Justizreform gelegt wird, b) Intensivierung der Handelsliberalisierung und Verbesserung des Marktzugangs für die Ausfuhren der Entwicklungsländer und c) Entwicklung formeller strategischer Partnerschaftsabkommen zwischen den wichtigsten staatlichen Stellen in Australien. Bisher sind zwischen der AusAID und anderen Regierungsressorts sechs Partnerschaftsabkommen unterzeichnet worden, die es Australien ermöglichen, Herausforderungen in den Bereichen regionale Sicherheit und Wohlstand besser anzugehen. Konkrete Beispiele sind die Reaktionen des Landes auf die Krise auf den Salomonen, die Instabilität und wirtschaftliche Anfälligkeit von Papua-Neuguinea und die Tsunami-Krise.



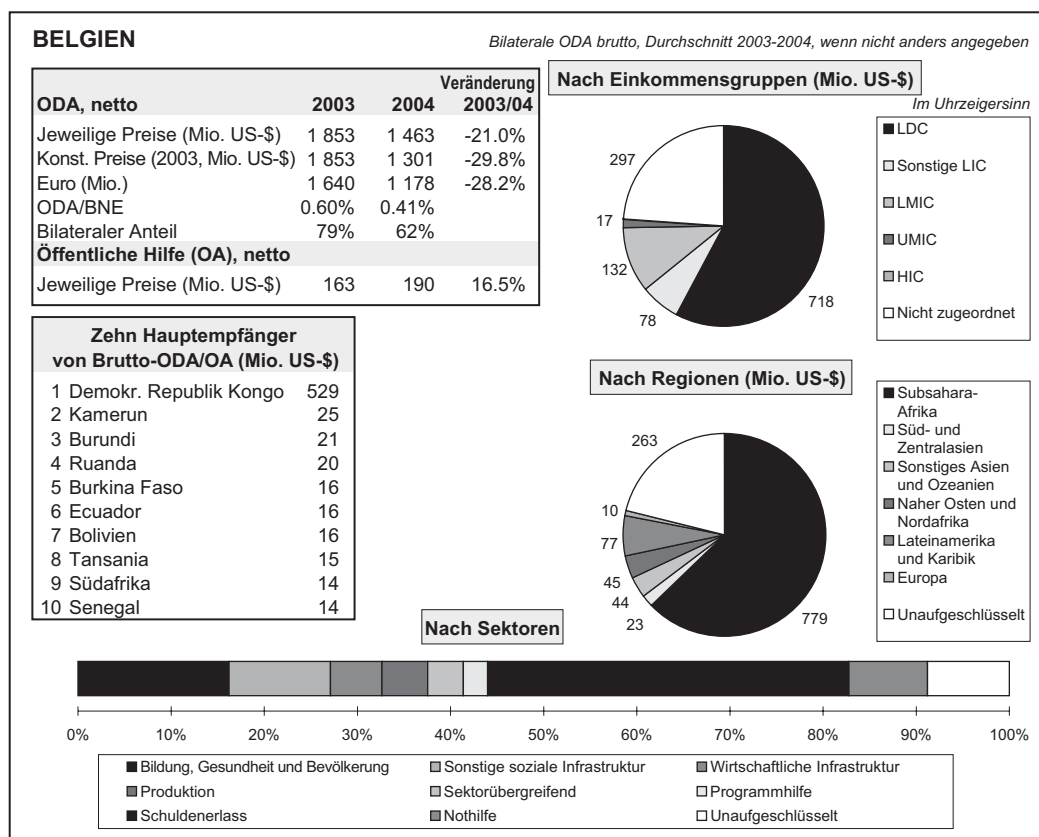
Belgien

Im Jahr 2004 verzeichneten die ODA-Nettoleistungen Belgiens mit 1,46 Mrd. US-\$ im Vergleich zum Jahr 2003 in realer Rechnung einen Rückgang um 29,8%, und das ODA/BNE-Verhältnis des Landes fiel von 0,60% auf 0,41%. Außergewöhnlich hoch waren die ODA-Leistungen Belgiens 2003 in erster Linie auf Grund der Schuldenerlasstransaktionen des Pariser Clubs für die Demokratische Republik Kongo. Belgien hat sich verpflichtet, den VN-Richtwert von 0,7% bis 2010 zu erreichen.

Verpflichtung auf die MDG. Die MDG sind eine entscheidende Orientierungsgröße der belgischen Entwicklungszusammenarbeit. Insbesondere Maßnahmen zur Armutsbekämpfung und Konfliktprävention werden zur Förderung einer nachhaltigen menschlichen Entwicklung als wesentlich betrachtet. Daher stellt Belgien einen Großteil seiner EZ-Leistungen den am wenigsten entwickelten Ländern zur Verfügung und unterhält in einer Reihe fragiler Staaten erhebliche EZ-Aktivitäten, vor allem in Zentralafrika. Im Bewusstsein der Bedeutung des Wirtschaftswachstums für die Armutsbekämpfung und auch der Notwendigkeit, in diesem Kontext das Management hinreichender Ressourcen für die EZ-Abwicklung so gerecht wie möglich vorzunehmen, betrachtet Belgien die Unterstützung des privaten Sektors als einen der wichtigen Aspekte seiner EZ-Politik.

EZ-Wirksamkeit. Belgien schließt sich der Erklärung von Paris an und unternimmt Anstrengungen, diese umzusetzen, indem es seine EZ-Politik an die von den Partnerländern eingeführten Strategien anpasst und die Koordination sowie Harmonisierung zwischen den Gebern in jedem Land fördert. Belgien ist ferner um die Entwicklung eines stärker programmorientierten Konzepts bemüht und weitet sein Instrumentarium aus, insbesondere im Bereich der Budgethilfe und der sektorspezifischen Ansätze.

Politikkohärenz. Die Kohärenz der EZ-Maßnahmen, vor allem jener, die den internationalen Handel, Migration und Sicherheitsfragen betreffen, zählen zu den Anliegen von wachsender Bedeutung für Belgien. Belgien hat einen interministeriellen Ausschuss für Außenpolitik eingesetzt, der unter Berücksichtigung der spezifischen Merkmale des belgischen institutionellen Systems Synergien zwischen den für die Formulierung der Politikmaßnahmen mit Auswirkungen auf die Entwicklungsländer zuständigen Ministerien fördern und ein auf lange Sicht angelegtes strategisches, sektorübergreifendes Denken entwickeln soll. Belgien setzt sich ferner für eine Verstärkung der Kohärenz der Armutsbekämpfungsmaßnahmen auf europäischer Ebene ein.



Kasten 4.1 DAC-Länderprüfung Belgien, 26. Oktober 2005

Prüfer: Österreich und Portugal

Anlässlich der DAC-Länderprüfung Belgien im Jahr 2005 begrüßte der DAC das Versprechen Belgiens, seine EZ-Leistungen bis 2010 auf 0,7% des Bruttonationaleinkommens (BNE) zu erhöhen. Untermauert wird dieses Versprechen durch die gesetzlich verankerte Verpflichtung, das EZ-Volumen zwischen 2005 und 2010 unter Zugrundelegung eines Ausgangsniveaus von 0,45% des BNE im Jahr 2005, jährlich um 0,05 Prozentpunkte auszuweiten.

Um ein EZ-Volumen zu verwalten, das sich zwischen 2004 und 2010 verdoppeln soll, und die Wirksamkeit der entsprechenden Leistungen zu steigern, sollte sich Belgien nach Empfehlung des DAC intensiver um eine Rationalisierung seines EZ-Systems bemühen und gegenüber allen beteiligten Akteuren einen mehr strategisch orientierten Kurs definieren. Ferner sollte Belgien die technischen und menschlichen Kapazitäten der Generaldirektion Entwicklungszusammenarbeit (DGCD) und der Belgischen Technischen Zusammenarbeit (CTB) verstärken sowie die Zusammenarbeit zwischen beiden verbessern.

Der DAC würdigte die geographische Konzentration der belgischen Entwicklungszusammenarbeit und begrüßte das starke Engagement Belgiens für die am wenigsten entwickelten Länder und insbesondere die fragilen Staaten in Zentralafrika. Belgien bemüht sich, die Wirksamkeit seiner Leistungen zu erhöhen, wie sich an der Übernahme der Leitung des Pilotprojekts zur Anwendung der *OECD-Principles for Good International Engagement in Fragile States* in der Demokratischen Republik Kongo zeigt.

Sonstige wichtige Ergebnisse und Empfehlungen der DAC-Länderprüfung Belgien:

- Belgien wird gebeten, seine EZ-Architektur durch die Anpassung des existierenden Instrumentariums zur Verstärkung der Synergieeffekte und Verbesserung der Komplementarität weiter zu konsolidieren und zu stabilisieren, wobei das Ziel darin besteht, Kohärenz und Wirksamkeit der EZ-Leistungen zu steigern.
- Belgien wird ersucht, die geographische Konzentration zu konsolidieren und seine EZ-Mechanismen und sektorspezifischen Zuweisungen einer Prüfung zu unterziehen, um zu gewährleisten, dass diese die Sektorstrategien der Partnerländer wirksam unterstützen und einen signifikanten Beitrag zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele leisten.
- Belgien sollte die Zuständigkeiten der DGCD und der CTB weiter präzisieren, die Verfahren so überarbeiten, dass die Kapazität des EZ-Systems optimiert wird, und die Rolle der CTB im Licht der neuen EZ-Modalitäten neu definieren. Belgien wird ferner ermutigt, seine Bemühungen zur Wiederbelebung der internen Evaluierungsfunktion der DGCD fortzusetzen und dabei die Komplementarität mit den Verantwortlichkeiten des Sonderbeauftragten für Evaluierungsfragen und der CTB zu gewährleisten.
- Belgien wird ersucht, aufbauend auf der Erklärung von Paris einen Aktionsplan zur EZ-Wirksamkeit auszuarbeiten, in dem die in diesem Kontext maßgeblichen institutionellen Anpassungen – auch in Bezug auf die Dezentralisierung – Verfahrensänderungen und Schulungsanforderungen beschrieben werden.
- Unabhängig von den schließlich gewählten institutionellen Lösungen ist es wichtig, alle EZ-Kompetenzen auf der föderalen Ebene zu halten, ohne den Spielraum der nachgeordneten Ebenen einzuengen, entsprechend ihrer eigenen Kompetenzen EZ-Aktivitäten durchzuführen, um die Kohärenz und Wirksamkeit der belgischen Entwicklungszusammenarbeit zu gewährleisten.
- Belgien wird ermutigt, seine langfristige, sektorübergreifende, strategische Reflexion hinsichtlich der Kohärenz zwischen Entwicklungszusammenarbeit und sonstigen sektorspezifischen Maßnahmen mit Auswirkungen auf Entwicklungsländer abzuschließen und umzusetzen. Belgien sollte Mittel und Wege zur Stärkung seiner interministeriellen Informations- und Koordinationsmechanismen finden, wobei den Besonderheiten des institutionellen Systems gebührend Rechnung getragen und ein Instrument zur Schlichtung zwischen Einrichtungen der föderalen Ebene und nachgeordneten Einrichtungen geschaffen werden sollte.
- Belgien muss die Bevölkerung weiter in Entwicklungsfragen sensibilisieren und seine Informationsaktivitäten mit dem Ziel erhöhen, in der Öffentlichkeit einen größeren Rückhalt für internationale Entwicklungsziele und staatliche Aktionen in diesem Bereich zu gewährleisten.

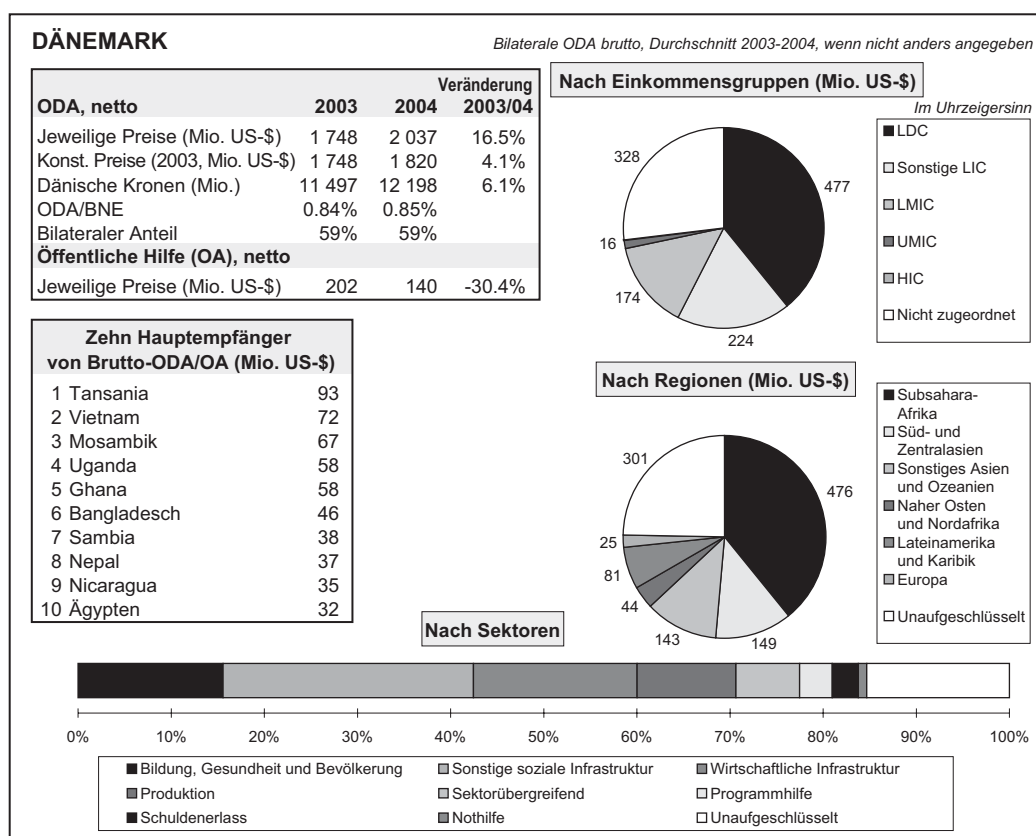
Dänemark

Im Jahr 2004 beliefen sich die ODA-Nettoleistungen Dänemarks auf 2,04 Mrd. US-\$, was einem realen Zuwachs um 4,1% gegenüber 2003 entspricht. Das ODA/BNE-Verhältnis von 0,85% war das zweithöchste unter allen DAC-Ländern.

Verpflichtung auf die MDG. Die Armutsbekämpfung ist das überwältigende Ziel der dänischen Entwicklungszusammenarbeit, dessen Programmschwerpunkte auf Sektoren liegen, die für Arme von besonderer Bedeutung sind und in denen Genderfragen einen erheblichen Stellenwert haben. Dänemark unterstützt die von den Partnerländern selbst entwickelten Armutsbekämpfungsstrategien in Zusammenarbeit mit anderen Gebern und betrachtet die Millenniums-Entwicklungsziele als ein Instrument, mit dem die Aufmerksamkeit vorrangig darauf gelenkt wird, welche Effekte die Entwicklungszusammenarbeit im Hinblick auf die Armutsbekämpfung erbringt, und unterstützt gemeinsame vor Ort unternommene Anstrengungen zur Messung dieser Effekte.

EZ-Wirksamkeit. Mit der dänischen Strategie *Partnerschaft 2000* werden den lokalen Partnern erhebliche Möglichkeiten zur Einflussnahme auf die Strategieformulierung eingeräumt. Dänemark vertraut auf die Eigenverantwortung der Empfängerländer für ihre EZ-Programme und setzt sich seit langem für die Förderung von Partnerschaften auf Länderebene bei Sektorprogrammen ein. Die EZ-Verwaltung in Dänemark ist sehr stark dezentralisiert, und dem Land wird häufig Anerkennung für die Übernahme einer operationellen Führungsrolle im Bereich der Leistungsmessung zuteil. Es ist sich der Tatsache bewusst, dass das gegenwärtige Interesse an Armutsbekämpfungsstrategien, sektorspezifischen Programmen und Ergebnisorientierung für die Notwendigkeit gemeinsamer Evaluierungen der Gesamtheit der Gebermaßnahmen spricht. Dänemark übernimmt bei den Umsetzungsbemühungen der Erklärung von Paris eine aktive Rolle.

Politikkohärenz. Seit 1991 sind dieselben Regionalabteilungen im Außenministerium für Fragen der Entwicklungszusammenarbeit, Außenpolitik und allgemeinen Wirtschaftsbeziehungen zuständig. Dies ermöglichte eine erhebliche, wenn auch keine systematische Kohärenz zwischen wichtigen nationalen Politikmaßnahmen mit Auswirkungen auf die Entwicklungsländer. Dänemark stimmt der Aufhebung der Lieferbindung für die am wenigsten entwickelten Länder zu, setzt sich gleichzeitig aber auch stark für den Grundsatz der „Lastenteilung“ unter allen Gebern ein, die aus der Aufhebung der Lieferbindung resultiert.



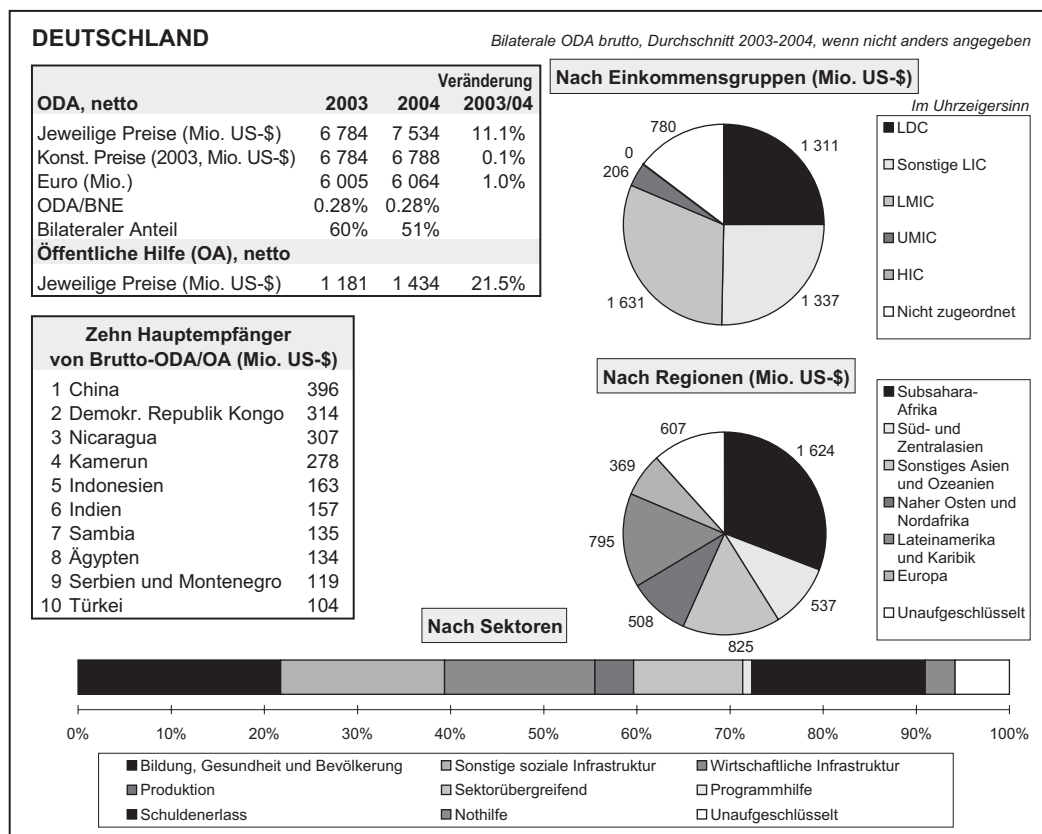
Deutschland

Im Jahr 2004 beliefen sich die ODA-Nettoleistungen Deutschlands auf 7,5 Mrd. US-\$. Hiermit blieben sie gegenüber 2003 praktisch unverändert (realer Zuwachs um 0,1%).

Verpflichtung auf die MDG. Deutschland betrachtet seine Entwicklungspolitik, wie im Aktionsprogramm 2015 dargelegt, als Bestandteil der gemeinsamen globalen Aufgabe, die Ziele der Millenniumserklärung zu verwirklichen. Armutsbekämpfung, Friedenssicherung und eine gerechte Gestaltung der Globalisierung sind die drei Pfeiler der deutschen Entwicklungspolitik. Die angestrebte Verbesserung der allgemeinen internationalen Bedingungen und der nationalen Strukturen in den Partnerländern wie auch in Deutschland selbst ist mit dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung verknüpft, das wirtschaftliche Effizienz, soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit und politische Stabilität umfasst. Deutschland hat ein Strategiepapier über die Fokussierung der deutschen EZ-Instrumente und -Verfahren auf die MDG erstellt. Dieser operationelle Ansatz ist wiederum mit der Strategie der Harmonisierung und Partnerausrichtung verknüpft.

EZ-Wirksamkeit. Deutschland hat seinen Aktionsplan zur Harmonisierung und Partnerausrichtung aktualisiert, so dass er nun auch operationelle Maßnahmen entsprechend den Indikatoren der Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit enthält. Diese Vorkehrungen lehnen sich an frühere Initiativen an, die ein von einem Harmonisierungsbeauftragten koordiniertes System von „Kontaktstellen“ (*focal points*) in Deutschland und vor Ort sowie Schulungen des Personals am Hauptsitz und in den Außenstellen umfassten. Die bilaterale Zusammenarbeit und die prioritären Strategien werden auf die Armutsbekämpfungsstrategien der Partnerländer, soweit vorhanden, ausgerichtet. Deutschland hat sich auf ein System mehrjähriger Mittelzusagen umgestellt und beteiligt sich an programmorientierten Gemeinschaftsfinanzierungen zusammen mit anderen Gebern.

Politikkohärenz. Wie im deutschen Aktionsprogramm 2015 dargelegt, ist die Verbesserung der Politikkohärenz ein zentrales Element der deutschen Entwicklungspolitik; es wurde denn auch ein interministerieller Dialog initiiert, um alle Ministerien für entwicklungspolitische Fragen zu sensibilisieren. In den Bereichen Friedenssicherung und Krisenprävention leistet ein spezieller interministerieller Aktionsplan einen Beitrag zur nationalen Kohärenzdebatte. Zur Förderung der Politikkohärenz in Bezug auf die internationale Handelsagenda hat sich Deutschland 2004 für die Reform der europäischen Baumwollmarktordnung sowie für die Baumwoll-Initiative in der WTO eingesetzt und zu einer baldigen Reform der europäischen Zuckermarktordnung aufgerufen.



Kasten 4.2 DAC-Länderprüfung Deutschland, 13. Dezember 2005

Prüfer: Frankreich und Niederlande

Der DAC begrüßte die Entscheidung Deutschlands, die ODA-Leistungen bis 2010 auf 0,51% und bis 2015 auf 0,7% des BNE zu erhöhen. Die Einhaltung dieser Zusage stellt eine doppelte Herausforderung dar, nämlich einmal Mobilisierung der notwendigen Ressourcen und zum anderen Sicherstellung der Kapazitäten für einen wirksamen Einsatz dieser Mittel. Angesichts seiner angespannten Haushaltslage beabsichtigt Deutschland, dieses Ziel durch die Bereitstellung zusätzlicher Haushaltsmittel, Schuldenerleichterungen und innovative Finanzierungsmechanismen zu erreichen. Der DAC forderte Deutschland nachdrücklich auf, einen Stufenplan zur Aufstockung der ODA-Leistungen zu erstellen, der beiden Dimensionen der Herausforderung Rechnung trägt.

Deutschland hat sich verpflichtet, seine ODA-Mittel zur Förderung der Millenniums-Entwicklungsziele (MDG) zu erhöhen und die Qualität seiner EZ im Einklang mit der Erklärung von Paris von 2005 zu verbessern. Um den derzeitigen entwicklungspolitischen Herausforderungen begegnen zu können, werden Anpassungen der ODA-Abwicklungsmodalitäten erforderlich sein, mit denen sich das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung bereits befasst. Nach Auffassung des DAC ist das Potenzial für weitere Effizienzsteigerungen innerhalb des bestehenden Systems der Entwicklungszusammenarbeit begrenzt. Die Bundesregierung wurde ermutigt, ihre Reformbemühungen weiter mit dem Ziel zu verstärken, die einzelnen Strukturen der deutschen EZ zu einem geschlosseneren Ganzen zusammenzufügen und zu einem wirkungsvollen Motor des Entwicklungsfortschritts zu machen. Ein damit zusammenhängender, aber spezifischerer Aspekt des organisatorischen Gesamtkontexts ist die traditionelle, aber zunehmend künstliche Unterscheidung, die im deutschen EZ-System zwischen „Technischer“ und „Finanzieller“ Zusammenarbeit vorgenommen wird.

Sonstige wichtige Ergebnisse und Empfehlungen der DAC-Länderprüfung Deutschland:

- Deutschland muss in Bezug auf die geographische und thematische Ausrichtung seiner Entwicklungszusammenarbeit einen strategischeren Ansatz verfolgen, der dem überwältigenden Ziel der Armutsbekämpfung besser gerecht wird. Dazu sind weitere Überlegungen über das richtige Verhältnis zwischen Ländern der mittleren und Ländern der unteren Einkommensgruppe sowie über die Wahl des geeigneten Länder-/Instrumenten-Mix notwendig, damit Deutschland in der Lage ist, einen effektiven Beitrag zur Armutsbekämpfung und zur Realisierung der MDG zu leisten. Ferner bedarf es eines systematischen, konsequenten Konzepts für die Bewertung der von der ganzheitlichen deutschen Strategie der Armutsbekämpfung ausgehenden Effekte.
- Es sollte eine klarere und stärker handlungsorientierte Grundsatzerklärung über die Kohärenz der Entwicklungspolitik abgegeben werden, damit die Aktionen auf nationaler Ebene besser auf spezifische Schwerpunktthemen ausgerichtet werden können und eine breitere Unterstützung in der Öffentlichkeit und auf politischer Ebene gefördert wird. Die Organisations- und Ressourcenprobleme des BMZ müssen angegangen werden, damit auf dieser Ebene die als prioritäres Ziel anerkannte Politikkohärenz konkret umgesetzt werden kann. Die Kontrolle und Berichterstattung über die diesbezüglichen Fortschritte sollten in Verbindung mit den bestehenden Monitoring-Vorkehrungen des AP2015 verbessert werden.
- Zur Unterstützung der Agenda für die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit und in Anbetracht der vorgesehenen Aufstockung seiner ODA-Leistungen sollte Deutschland verstärkte Anstrengungen zur besseren operationellen Integration seiner Außenstellen unternehmen. Es sollte die Zusammenarbeit mit anderen Gebern intensivieren, u.a. durch den Rückgriff auf EZ-Formen wie Budgethilfe und „delegierte“ Zusammenarbeit, wenn diese den örtlichen Gegebenheiten besser angepasst sind. Es sollten systematischer Verbindungen zu den Armutsbekämpfungsstrategien der Partnerländer hergestellt werden, wobei das Schwergewicht auf Sektorebene liegen sollte.
- Das BMZ sollte in Zusammenarbeit mit allen TZ-Einrichtungen die Umsetzung der Maßnahmen verstärken, die darauf abzielen, die Kapazitätsentwicklung mit Technischer Zusammenarbeit zu unterstützen. Das BMZ sollte erwägen, bei der Untersuchung dieser Fragen zusammen mit anderen Gebern die Federführung zu übernehmen.
- Die derzeitigen Initiativen zur operationellen Dezentralisierung sollten rascher vorangebracht werden und nach Möglichkeit über die bloße Koordinierung der deutschen EZ-Aktivitäten in den Partnerländern hinausgehen. Das aktive Management sollte der Verantwortung eines BMZ-Referenten oder einer BMZ-Referentin vor Ort unterstellt werden. Das setzt eine neue Definition der Beziehungen zwischen BMZ und Auswärtigem Amt in den Partnerländern voraus.
- Das BMZ sollte sich verstärkt um die Harmonisierung der Evaluierungsaktivitäten der verschiedenen Einrichtungen des deutschen EZ-Systems und um die Förderung des Lernprozesses innerhalb des Systems bemühen. Hierfür sollten hinreichende Ressourcen bereitgestellt werden.

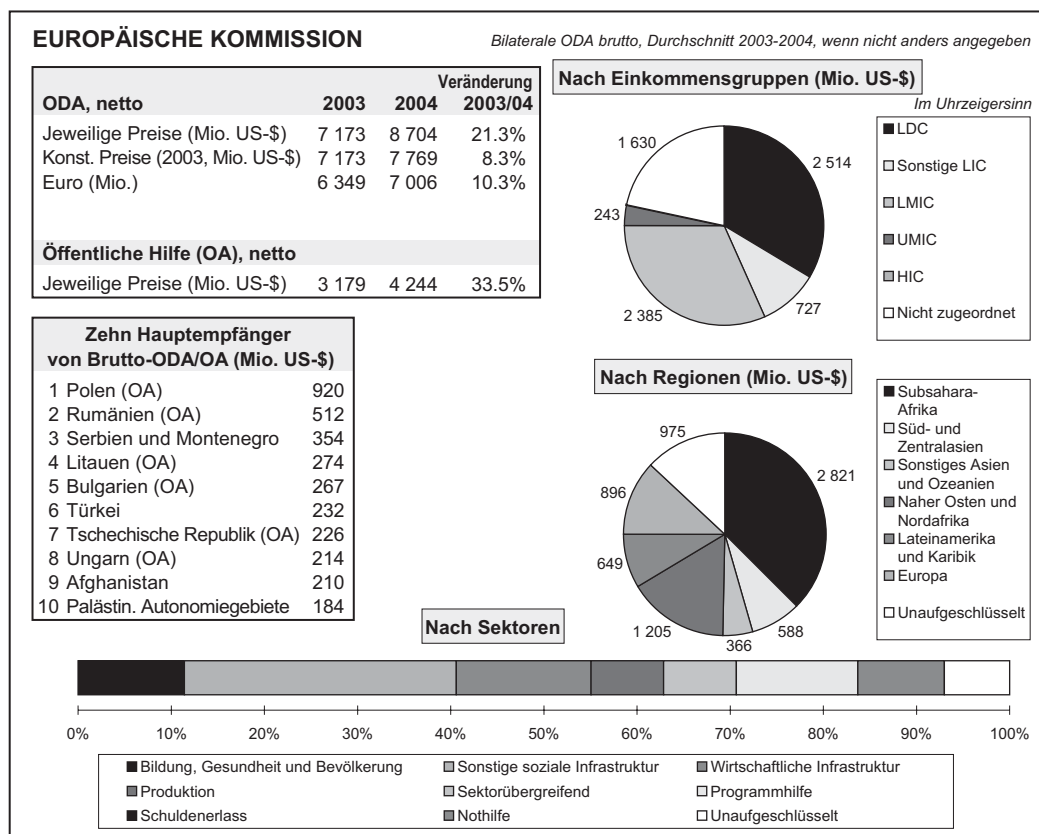
Europäische Kommission

Im Jahr 2004 belief sich das ODA-Nettovolumen der Europäischen Kommission auf 8,7 Mrd. US-\$, was einem Anstieg um 8,3% in realer Rechnung gegenüber 2003 entspricht, womit sich der Trend zu einer rechtzeitigeren Auszahlung der Mittel fortsetzt.

Verpflichtung auf die MDG. Die Armutsbekämpfung bleibt das zentrale Ziel der Entwicklungszusammenarbeit der Europäischen Gemeinschaft, die von der Europäischen Kommission verwaltet wird. Zur Messung der Fortschritte bei der Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele in den Partnerländern und Beurteilung der Effekte ihrer Entwicklungszusammenarbeit wird eine Liste mit zehn Kernindikatoren verwendet.

EZ-Wirksamkeit. Die Kommission spielte in den Diskussionen über die Harmonisierung und Partnerausrichtung eine wichtige Rolle und hat ihre Unterstützung der Arbeiten zur EZ-Wirksamkeit erneut unter Beweis gestellt, indem sie sich zur Erreichung zusätzlicher Ziele verpflichtet hat, die über die Zielvorgaben der Erklärung von Paris hinausgehen. In diesem Engagement spiegelt sich die Führungsrolle wider, die die Kommission bei der Anwendung der Harmonisierungs- und Anpassungsgrundsätze in einer Reihe wichtiger Bereiche übernommen hat, wie beispielsweise Budgethilfe, Monitoring und Evaluierung, Bildung und Informationsmanagement. Auf dem Barcelona-Gipfel verpflichtete sich die Europäische Union „zur Verbesserung der EZ-Effektivität durch engere Koordination und Harmonisierung“, und die Kommission muss dem Rat der Europäischen Gemeinschaften jährlich über die Fortschritte auf dem Weg zur Erfüllung dieser Verpflichtungen Bericht erstatten. Die Kommission hat bereits Schritte unternommen, um die bei der Umsetzung der EZ-Wirksamkeitsagenda erzielten Fortschritte zu beobachten und diese Agenda besser in die bereits existierenden Verfahren zu integrieren. So sind z.B. Arbeiten zur Identifizierung jener Länder im Gange, die bereits einen von der EU ausgearbeiteten Fahrplan verwenden und andere Länder hierzu ermutigen. Mit der Revision des mehrjährigen Programmrahmens wird gewährleistet, dass die Harmonisierung in der derzeitigen Programmrunde eine zentrale Rolle spielt.

Politikkohärenz. Der Steigerung der Kohärenz zwischen den Zielsetzungen der EZ-Politik der Europäischen Union und den Zielvorgaben in anderen Bereichen, wie Handel oder Landwirtschaft, gilt nach wie vor als operationelle Priorität. Der „Europäische Konsens“, die von der Kommission vorgeschlagene Grundlage für eine neue Entwicklungserklärung, fordert in zwölf Bereichen mehr Politikkohärenz. Verstärkt wird die Politikkohärenz durch Wirksamkeitsanalysen verschiedener Maßnahmen und den Prozess der Abfassung und Prüfung von Länderstrategiepapieren.



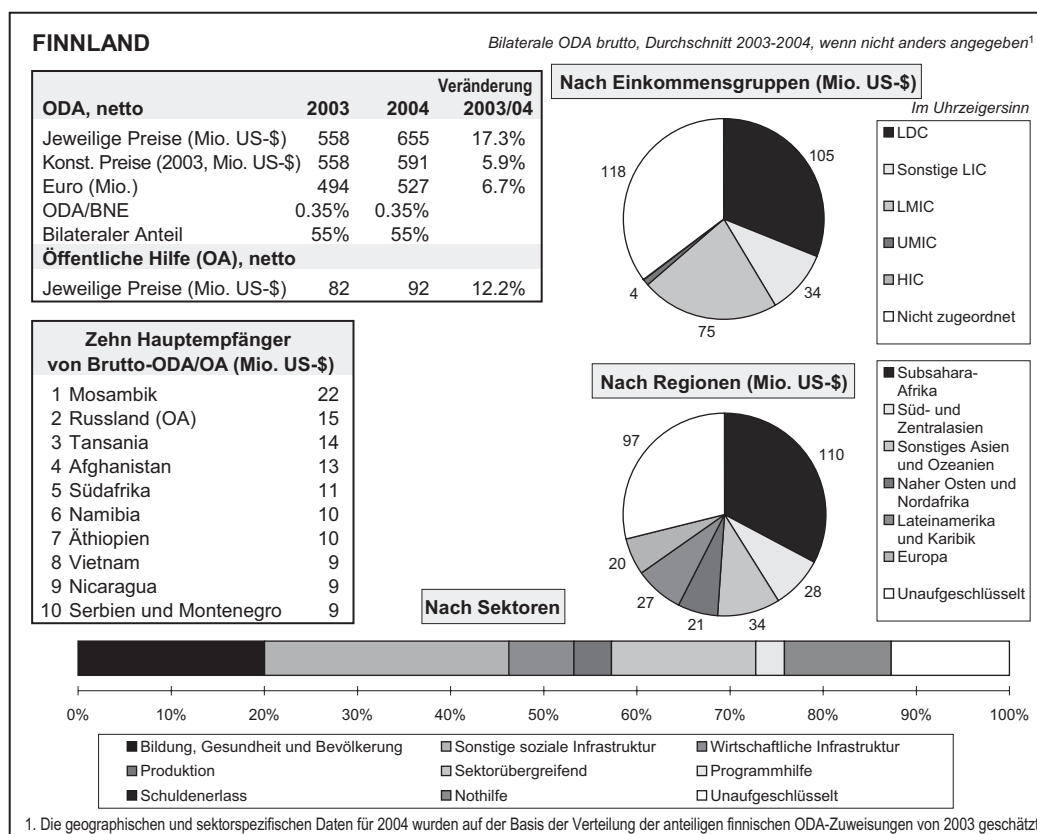
Finland

Im Jahr 2004 belief sich das ODA-Nettovolumen Finnlands auf 655 Mio. US-\$, was einen realen Anstieg um 5,9% gegenüber 2003 darstellte. Das ODA/BNE-Verhältnis lag wie bereits im Jahr 2003 bei 0,35%. Finnland gelang es nicht, die DAC-Auflagen zur statistischen Berichterstattung über die EZ-Leistungen im Jahr 2004 zu erfüllen, so dass es sich bei den Daten für die ODA-Gesamtleistungen um vorläufige Angaben handelt, die im April 2005 vorgelegt wurden, während die geographischen und sektorspezifischen Daten für das Jahr 2004 auf der Basis der Verteilung der anteiligen finnischen ODA-Zuweisungen von 2003 geschätzt wurden.

Verpflichtung auf die MDG. Im Jahr 2004 wurde das EZ-Programm Finnlands direkt innerhalb des Rahmens der Millenniumserklärung und der MDG aufgestellt. Finnland beteiligt sich aktiv an der Beseitigung der extremen Armut in aller Welt und setzt sich für ein auf dem Gerechtigkeitsprinzip fußendes System sowie die Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung ein. Zu den Themen, denen besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird, zählen: Frauen- und Mädchenrechte, Gerechtigkeit in der wirtschaftlichen Entwicklung, Umwelt sowie anfällige Gruppen in Not-situationen.

EZ-Wirksamkeit. Durch die Annahme der in der Erklärung von Paris enthaltenen Verpflichtungen unterstützt Finnland den Grundsatz der gegenseitigen Verantwortlichkeit und Rechenschaftspflicht durch die globale Partnerschaft und räumt Aspekten wie Harmonisierung, Übernahme der Führungsrolle auf lokaler Ebene, Einsatz neuer Programmkonzepte (sektorspezifische Unterstützung und Budgethilfe) wie auch der sektorspezifischen/thematischen Konzentration Priorität ein. Die Armutbekämpfungsstrategien der Partnerländer sind für die bilateralen EZ-Leistungen Finnlands eine ganz entscheidende strategische Richtschnur.

Politikkohärenz. Finnland hat sich durch die Einrichtung eines Politiknetzes innerhalb der Regierung wie auch die Schaffung eines Entwicklungspolitischen Ausschusses aktiv für die Förderung der Kohärenz eingesetzt. Besondere Aufmerksamkeit gilt der Gefahr einer Zersplitterung der Verantwortung für die Kohärenz zu Lasten der globalen Perspektive. Allerdings sind Verknüpfungen zwischen entwicklungspolitischen Maßnahmen und Prozessen der nachhaltigen Entwicklung bisher noch nicht systematisch erkannt und entsprechend genutzt worden.



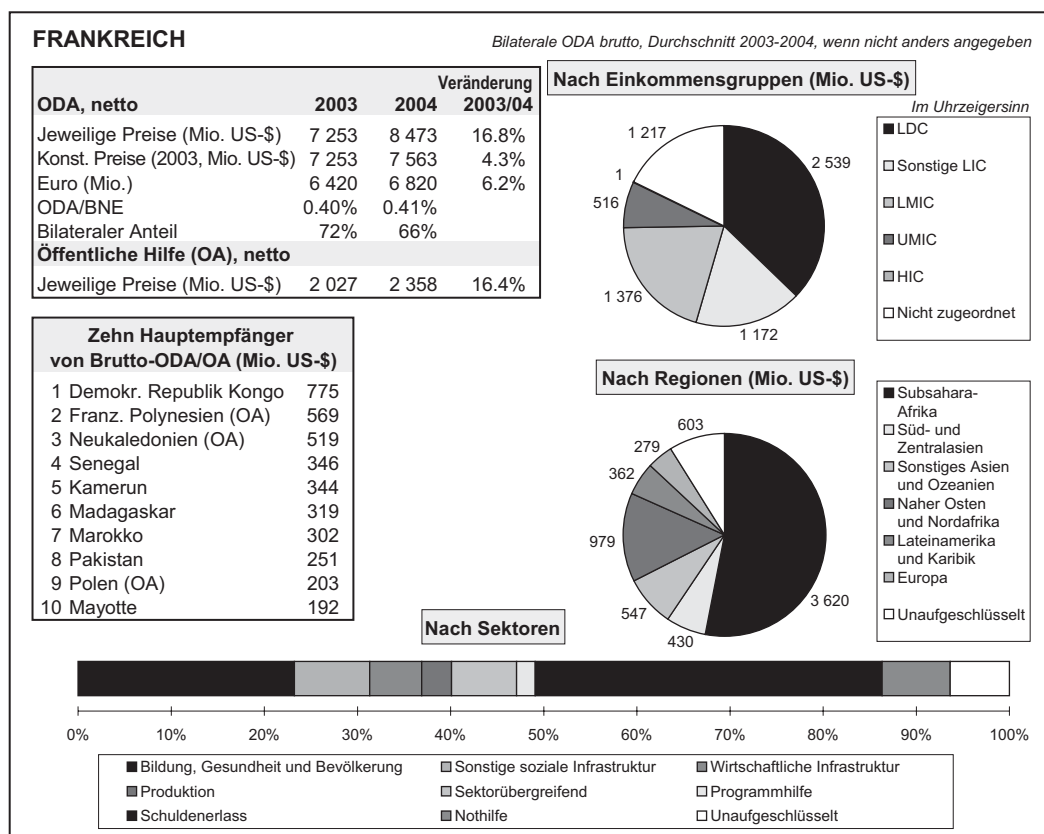
Frankreich

Im Jahr 2004 erhöhten sich die ODA-Nettoleistungen Frankreichs in realer Rechnung um 4,3% auf 8,5 Mrd. US-\$. Das ODA/BNE-Verhältnis hingegen blieb mit 0,41% gegenüber 2003 unverändert. Frankreich hat sich verpflichtet, den Richtwert der Vereinten Nationen von 0,7% bis 2012 zu erreichen, und sich ein Zwischenziel von 0,5% für das Jahr 2007 gesetzt.

Verpflichtung auf die MDG. Die französischen EZ-Leistungen konzentrieren sich nach wie vor vornehmlich auf Afrika (nahezu 70%). Frankreich hat sich bei groß angelegten, auf breites Interesse stößenden Programmen, wie der *Fast-Track-Initiative* „Bildung für alle“ und dem Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria, stark engagiert. Frankreich bemüht sich aktiv um die Mobilisierung neuer Mittel der Entwicklungsfinanzierung und hat der internationalen Gemeinschaft konkrete Vorschläge bezüglich der internationalen Besteuerung vorgelegt. Außerdem hat das Land neue Instrumente entwickelt, wie Bürgschaften, Darlehen oder katalytisch wirkende Investitionen, die private Finanzmittel mobilisieren.

EZ-Wirksamkeit. Frankreich beteiligt sich aktiv an den Arbeiten der internationalen Völkergemeinschaft zur Harmonisierung der Geberverfahren und -praktiken. Angesichts der ermutigenden Ergebnisse erster in Mosambik und Burkina Faso durchgeführter Maßnahmen wählte Frankreich 17 weitere Länder aus, wo das Schwergewicht so bald wie möglich auf die Harmonisierung gelegt werden soll. Zur Zeit sind Überlegungen im Gange, wie die französischen EZ-Instrumente gemäß dem Prinzip der Partnerschaftsorientierung angepasst werden können. Frankreich beteiligt sich an Budgethilfeaktivitäten mit den durch bilaterale Schuldenerleichterungen verfügbar werdenden Ressourcen, die dann in Programmhilfeeinstrumente – Schuldenreduzierungs- und Entwicklungsverträge – investiert werden.

Politikkohärenz. Der Interministerielle Ausschuss für internationale Zusammenarbeit und Entwicklung (CICID), dem der Premierminister vorsteht, spielt für die Politikkohärenz eine wichtige Rolle. Die französischen Behörden sind bemüht, eine Globalisierung mit menschlichen Zügen zu fördern, die auf demokratischen Grundsätzen und sozialer Gerechtigkeit basiert. Sie haben mehrere Initiativen eingeleitet, die darauf abzielen, die afrikanischen Länder vollständig in die Weltwirtschaft zu integrieren. Französische Initiativen lagen dem EU-Aktionsplan zur Unterstützung des Baumwollsektors in Afrika zu Grunde.



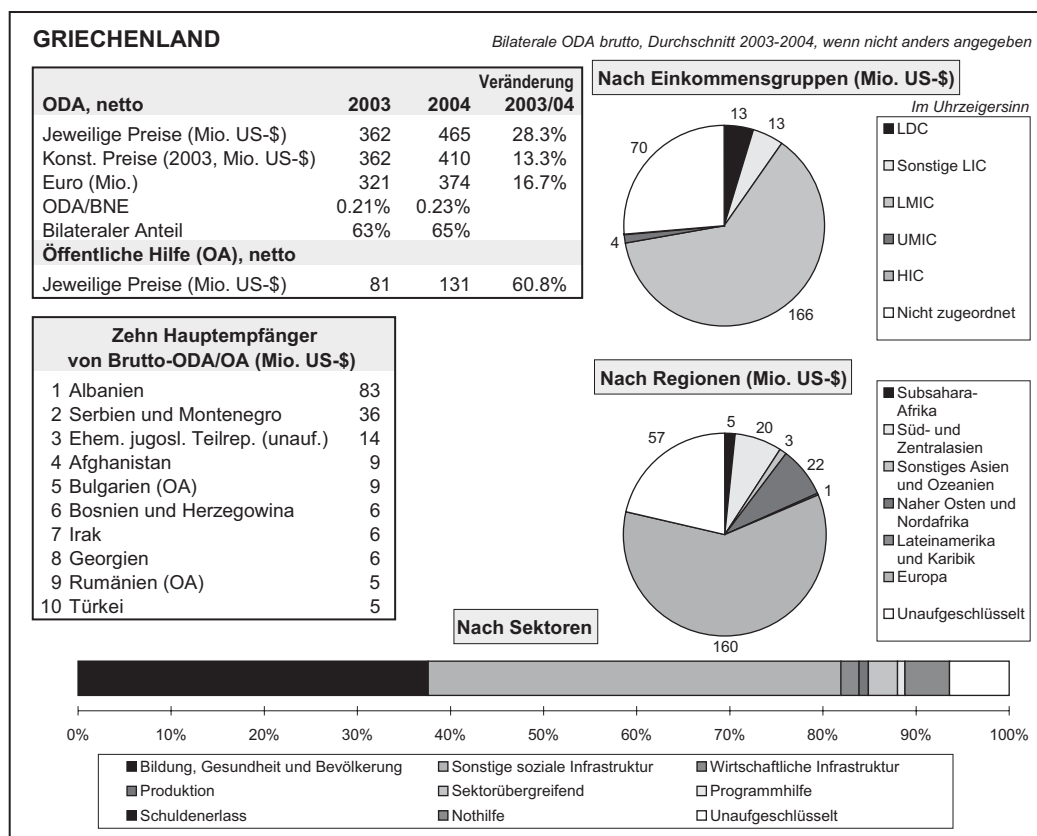
Griechenland

Im Jahr 2004 stiegen die ODA-Nettoleistungen Griechenlands auf 465 Mio. US-\$ und lagen damit in realer Rechnung um 13,3% höher als 2003, was hauptsächlich auf Nothilfemaßnahmen und Technische Zusammenarbeit zurückzuführen war. Im Verhältnis zum BNE ausgedrückt betrug die griechische ODA 0,23%, gegenüber 0,21% im Jahr 2003.

Verpflichtung auf die MDG. Das Ziel der griechischen Entwicklungszusammenarbeit besteht in der Bekämpfung der Armut und Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele. Griechenland setzt sich für entwicklungspolitische Vorstellungen ein, die die menschliche Entwicklung als Mittel zur Flankierung sozialer und wirtschaftlicher Fortschritte fördern, erkennt gleichzeitig aber auch die Bedeutung der Schaffung einer globalen Partnerschaft im Dienst der Entwicklung an. Das Entwicklungsbudget ist auf eine begrenzte Anzahl von Schwerpunktländern ausgerichtet, betrifft in Subsahara-Afrika aber auch Sektoren, in denen Griechenland über einen komparativen Vorteil verfügt.

EZ-Wirksamkeit. Griechenland unterstützt die Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft zur Steigerung der Wirksamkeit mittels der in der Erklärung von Paris eingegangenen Verpflichtungen. Der wichtigste Parameter für die Erreichung dieses Ziels ist die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Gebern und Empfängern. Griechenland hat daher einen Aktionsplan erstellt und sich den Grundsätzen der Eigenverantwortung, Partnerausrichtung und Harmonisierung in der EZ-Umsetzung angeschlossen. Sri Lanka ist Gegenstand der jüngsten Fallstudie über die Umsetzung dieser Politik. Griechenland befand sich unter den ersten Ländern, die nach der Tsunami-Katastrophe humanitäre Nothilfe geleistet haben und beteiligt sich derzeit mit der Umsetzung sozialer Infrastrukturprogramme gemäß den Grundsätzen der EZ-Wirksamkeit am Wiederaufbauplan der Regierung von Sri Lanka. Gleichzeitig arbeitet Griechenland an einer Verstärkung der Ergebnisorientierung seiner Leistungen und hat zu diesem Zweck auch jüngst ein Erfolgskontrollsystem eingerichtet, um die auf dem Weg zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele erzielten Fortschritte zu messen.

Politikkohärenz. Griechenland ist sich der Tatsache bewusst, dass eine wirksame Entwicklungspolitik Politikkohärenz in Form systematischer und konzentrierter Aktionen im Rahmen einer ressortübergreifenden Zusammenarbeit voraussetzt. In dieser Hinsicht gibt es gewisse Politikbereiche, in denen gezielte aktive Anstrengungen zur Förderung der Kohärenz mit ermutigenden Ergebnissen unternommen wurden, namentlich in den Bereichen internationaler Handel, Geldwäsche, Menschenhandel, organisiertes Verbrechen, gute Staats- und Regierungsführung und ökologische Nachhaltigkeit.



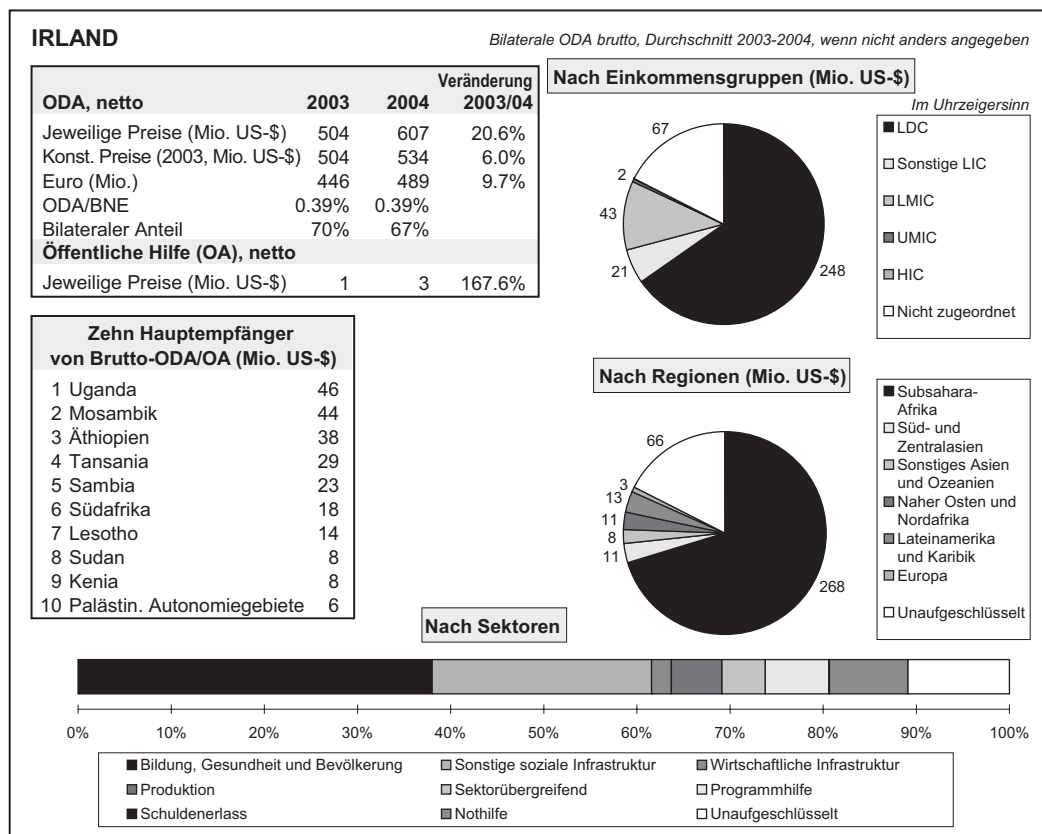
Irland

Im Jahr 2004 expandierten die ODA-Nettoleistungen Irlands auf 607 Mio. US-\$, was gegenüber 2003 einem realen Anstieg um 6% entspricht. Der BNE-Anteil der ODA-Leistungen verharrte 2004 bei 0,39%.

Verpflichtung auf die MDG. Die EZ-Programme Irlands werden seit mehreren Jahren im Kontext der Millenniums-Entwicklungsziele geplant und umgesetzt. Etwa die Hälfte der bilateralen EZ-Leistungen des Landes geht an die am wenigsten entwickelten Länder, und Irland hat sich verpflichtet, den VN-Richtwert von 0,7% bis 2012 zu erreichen, d.h. drei Jahre vor dem Stichtatum der Europäischen Union. Um die Entwicklungszusammenarbeit Irlands weiter zu intensivieren und zu verstärken, ist derzeit ein Weißbuch zur Entwicklungszusammenarbeit in Arbeit, das im Jahr 2006 veröffentlicht wird.

EZ-Wirksamkeit. Irland hat Schlüsselthemen der internationalen EZ-Wirksamkeitsagenda seit einiger Zeit zu zentralen Elementen seines bilateralen EZ-Politikrahmens gemacht. Das Land hat intensiv auf Sektorkonzepte und allgemeine Budgethilfe zurückgegriffen und sich unter den Gebern für Partnerschaften und Anpassung an die lokalen Armutsbekämpfungsstrategien eingesetzt. Die Harmonisierung der irischen EZ-Praktiken mit denen anderer Geber und insbesondere den Verfahren und Systemen der Partnerländer genießt im Rahmen der laufenden EZ-Aktivitäten Irlands Priorität.

Politikkohärenz. Die Forderung nach Politikkohärenz im Dienst der Entwicklung stellt für Irland eine Herausforderung dar, insbesondere im Hinblick auf die Agrarpolitik und gewisse Aspekte der Rechte an geistigem Eigentum. Die irische EZ-Behörde Development Co-operation Ireland hat neben ihren Anstrengungen im nationalen Kontext zur Abstimmung mit anderen staatlichen Stellen, um diese für die Effekte von EZ-fremden Maßnahmen auf die Entwicklungsländer zu sensibilisieren und zur Berücksichtigung dieser Effekte anzuhalten, auch in Foren wie der Europäischen Union und der WTO auf die Verstärkung der Politikkohärenz hingearbeitet.



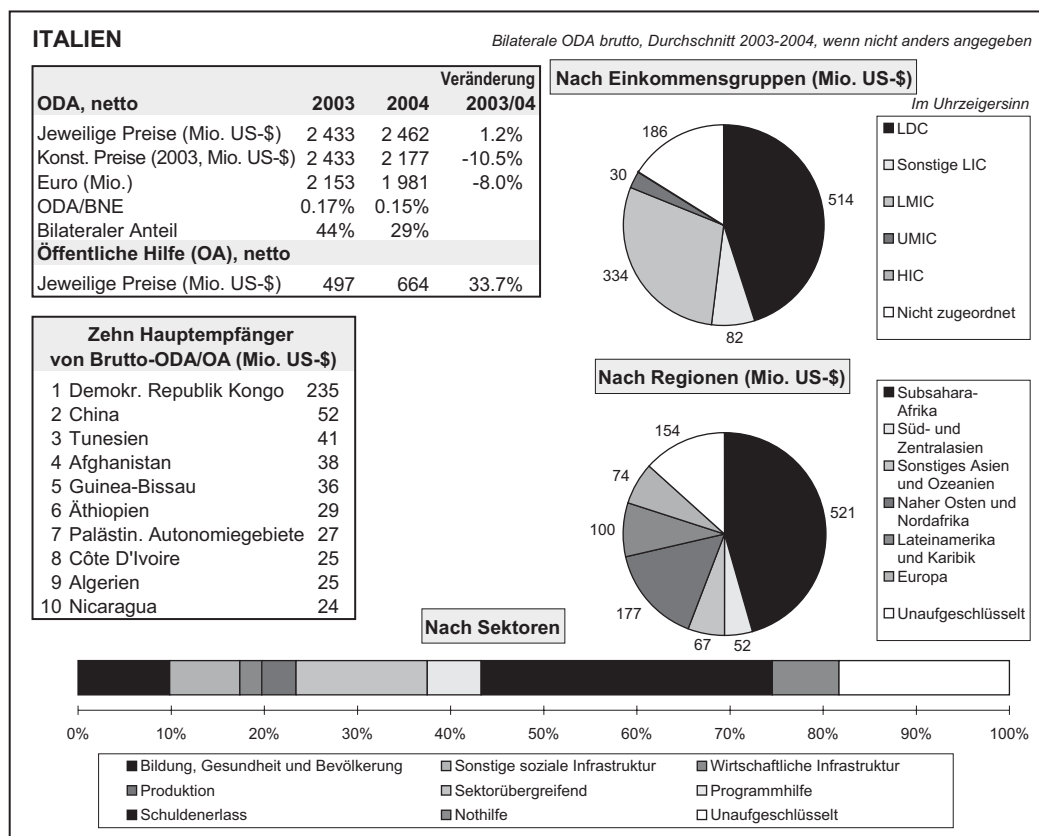
Italien

Im Jahr 2004 belief sich das ODA-Nettovolumen Italiens auf 2,5 Mrd. US-\$, was einem realen Rückgang um 10,5% gegenüber dem Vorjahr entspricht, der in erster Linie durch die geringeren Schuldenerlasse bedingt war (die um etwa 400 Mio. US-\$ niedriger ausfielen). Auch das ODA/BNE-Verhältnis nahm von 0,17% im Jahr 2003 auf 0,15% ab. Italien ist fest entschlossen, bis 2006 ein ODA-Zielniveau von 0,33% zu erreichen.

Verpflichtung auf die MDG. Seit der Annahme der Leitlinien für die Armutsbekämpfung im Jahr 1999 ist die Armutsbekämpfung eines der Hauptziele der italienischen Entwicklungszusammenarbeit. Allerdings muss Italien noch einen kohärenten Ansatz zur systematischen Berücksichtigung dieser Fokussierung in allen Bereichen des EZ-Portfolios erarbeiten, und es fehlt auch noch an einer operationellen Strategie für den Beitrag zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele im Hinblick auf das Stichdatum von 2015.

EZ-Wirksamkeit. Italien spielte eine wichtige unterstützende Rolle als Gastgeber des Hochrangigen Forums über Harmonisierung im Jahr 2003 in Rom und hat sich der Agenda der Erklärung von Paris aus dem Jahr 2005 angeschlossen. Italien unterstützt den Grundsatz der Eigenverantwortung des Partnerlandes und versucht dort, wo lokale Strategien existieren, seine Programme diesen anzupassen. Als hinderlich für die Umsetzung der eingegangenen Verpflichtungen erweist sich indessen ein Mangel an Personal und logistischer Unterstützung wie auch operationeller Flexibilität. Bei der DAC-Länderprüfung 2004 wurde Italien empfohlen, auf seinen derzeitigen Anstrengungen zur Rationalisierung der Verwaltung aufzubauen, um eine klare Implementierungsstrategie für die Harmonisierung zu entwickeln. Italien hat noch kein reguläres Beobachtungs- und Evaluierungssystem eingerichtet, wie es den DAC-Grundsätzen für die Evaluierung entsprechen würde. Es sind aber verschiedene Maßnahmen in die Wege geleitet worden, um die Qualität und den Nutzen des Evaluierungsfeedbacks im Gesamtsystem zu verstärken, darunter auch eine Verbesserung der Planung der Evaluierungen und Orientierungshilfen.

Politikkohärenz. Das Außen-, das Außenhandels- und das Schatzministerium unterhalten regelmäßige Kontakte und entscheiden sich bei Ad-hoc-Politikfragen zuweilen für ein koordiniertes Vorgehen. Die italienische Regierung hat weder eine spezifische Erklärung zur Politikkohärenz im Dienst der Entwicklung abgegeben noch hat sie auf regelmäßiger Basis das Fachwissen und die analytischen Kapazitäten innerhalb und außerhalb der Regierung mobilisiert, die notwendig wären, um derartige Fragen auf nationaler und europäischer Ebene systematischer zu behandeln.



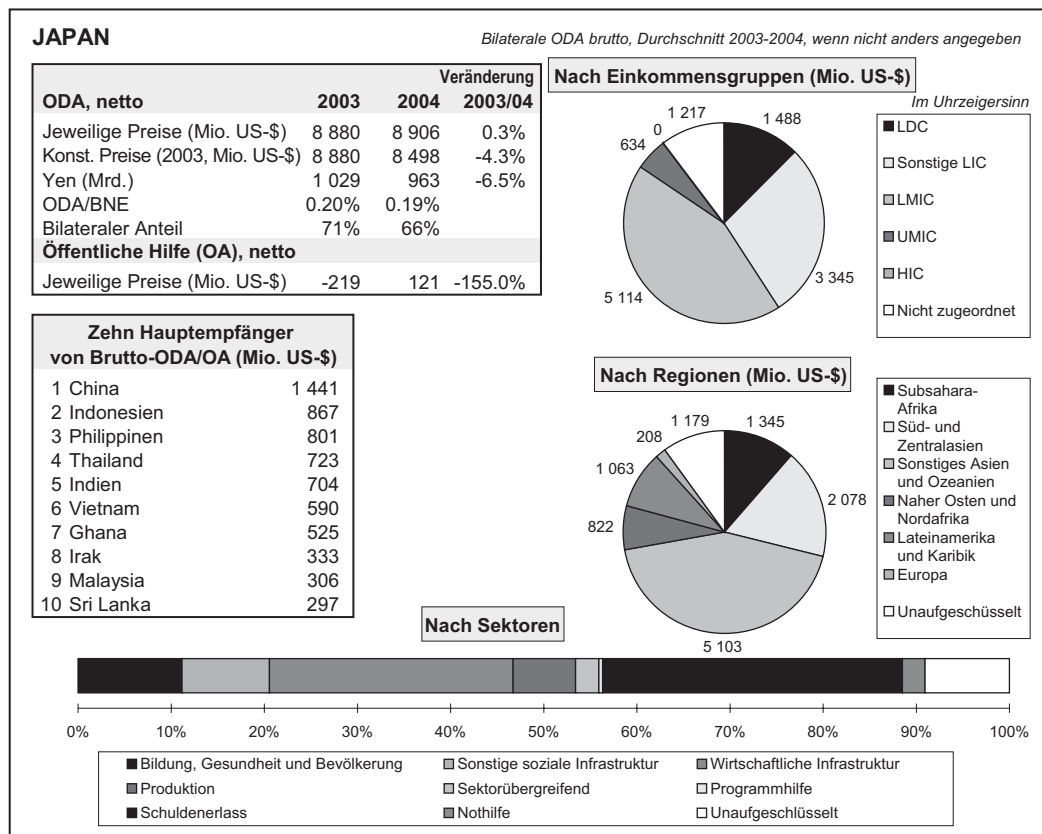
Japan

Das ODA-Volumen hat sich 2004 in realer Rechnung um 4,3% auf 8,9 Mrd. US-\$ verringert. Auch das ODA/BNE-Verhältnis ist von 0,20% im Jahr 2003 auf 0,19% im Jahr 2004 gesunken. Demgegenüber stiegen die ODA-Bruttoleistungen Japans um 18,9% auf 16,2 Mrd. US-\$. Bedingt war dies vor allem durch die höheren Schuldenerlasse gegenüber HIPC-Ländern und die Wiederaufbauhilfe für den Irak.

Verpflichtung auf die MDG. Während in der Vergangenheit ein hoher Anteil der ODA-Leistungen für Infrastrukturvorhaben bestimmt war, widmet Japan seit kurzem sozialen Sektoren wie Grundbildung, Gesundheit, Wasserversorgung und Sanitäreinrichtungen wesentlich mehr Aufmerksamkeit. In seinem Bericht an die Vereinten Nationen von 2005 hinsichtlich der Unterstützung für die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele zitierte Japan seine Hilfeleistungen für kleine Inselstaaten sowie Niedrigeinkommensländer und betonte die Notwendigkeit, die Aufmerksamkeit weiterhin auf die Armutsbekämpfung durch Wirtschaftswachstum zu richten. Japan hat mit der Unterstützung der Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele eine Perspektive der „menschlichen Sicherheit“ gewählt und jüngst eine Aufstockung des ODA-Gesamtvolumens um 10 Mrd. US-\$ in den kommenden fünf Jahren angekündigt, um die ODA-Leistungen an Afrika in den kommenden drei Jahren zu verdoppeln, und es hat für die kommenden fünf Jahre 5 Mrd. US-\$ zu Gunsten seiner eigenen Initiative Gesundheit und Entwicklung zugesagt.

EZ-Wirksamkeit. Japan ist fest entschlossen, die Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit umzusetzen. Um dieser Verpflichtung nachzukommen, hat Japan einen Aktionsplan lanciert, in dem die Bedeutung folgender Aspekte hervorgehoben wird: a) Verstärkung der Anpassung der japanischen ODA-Leistungen an die nationalen Entwicklungsstrategien der Partnerländer, b) Kapazitätsentwicklung, c) öffentliches Finanzmanagement, d) Aufhebung der Lieferbindung, e) Rationalisierung von EZ-Verfahren, f) ergebnisorientiertes EZ-Management sowie g) Verstärkung des Planungs- und Umsetzungsrahmens für die ODA-Leistungen Japans.

Politikkohärenz. Auch wenn es keine formelle Politik zur Gewährleistung der Kohärenz zwischen der EZ-Politik und Maßnahmen in anderen Bereichen gibt, nimmt die Koordination zwischen den Ministerien derzeit zu, um die Konsistenz der ODA-Leistungen zu erhöhen. Japan arbeitet weiterhin an der Verbesserung des Marktzugangs, mit dem Ergebnis, dass inzwischen für 93% der Einfuhren nach Japan aus den am wenigsten entwickelten Ländern Zoll- und Quotenfreiheit herrscht. Japan unterstützt ferner den Aufbau von Handelskapazitäten und fördert Süd-Süd-Zusammenarbeit, -Handel und -Investitionen.



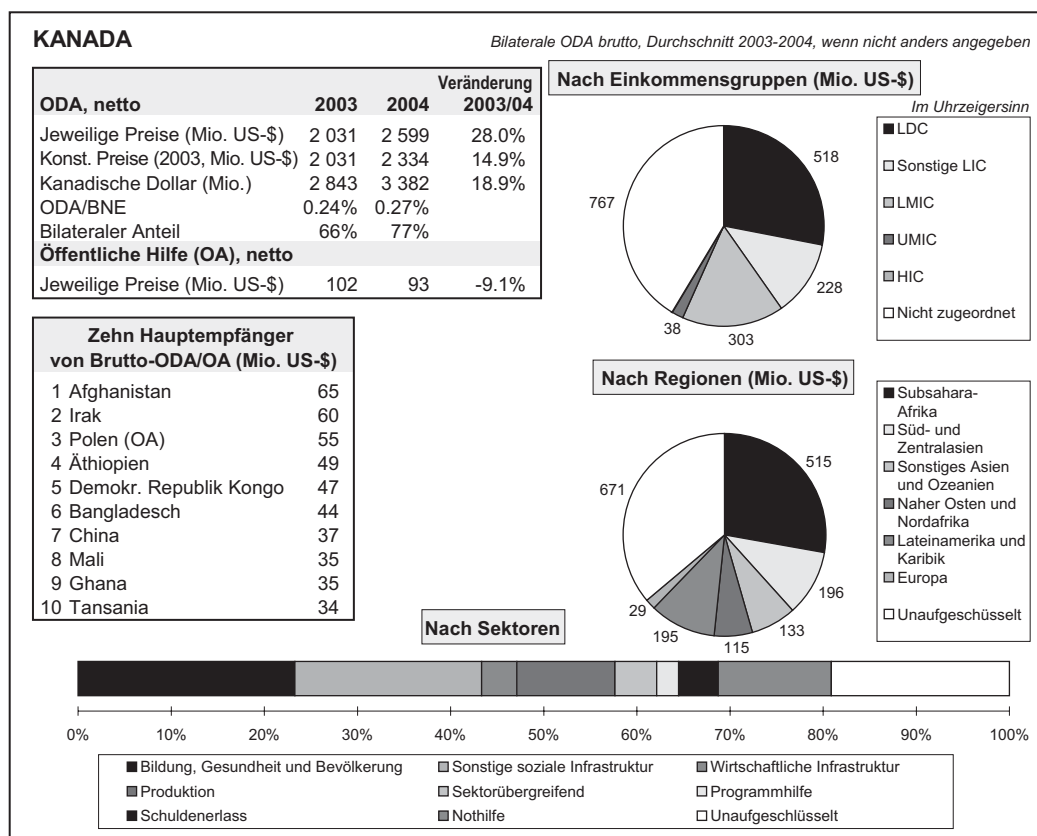
Kanada

Im Jahr 2004 erhöhten sich die ODA-Nettoleistungen Kanadas in realer Rechnung um 14,9% auf 2,6 Mrd. US-\$. Das ODA/BNE-Verhältnis des Landes stieg von 0,24% auf 0,27%. Zurückzuführen war dies vor allem auf niedrigere Tilgungszahlungen im Vergleich zum Jahr 2003, als Indien seine ODA-Schulden gegenüber Kanada zurückzahlte.

Verpflichtung auf die MDG. Kanada konzentrierte und verstärkte seine Unterstützung für die Millenniums-Entwicklungsziele weiter, indem es auf laufenden Initiativen aufbaute, das EZ-Volumen erhöhte und die Anstrengungen vor allem dort ansetzte, wo diese am meisten bewegen können, d.h. in den Bereichen Gesundheit, Grundbildung, Entwicklung des privaten Sektors und Governance. Diese Verpflichtungen wurden in der Erklärung zur internationalen Politik des Landes (IPC – *International Policy Statement*) erneut bekräftigt, die von der Regierung im April 2005 veröffentlicht und in der die Entwicklungszusammenarbeit in einen nationalen Politikrahmen gestellt wurde.

EZ-Wirksamkeit. Kanada fuhr mit der Umsetzung seiner Erklärung von 2002 zur *Stärkung der EZ-Wirksamkeit* fort, wobei das Hauptaugenmerk gemäß den Aussagen der Erklärung von Paris aus dem Jahr 2005 stärker den Bereichen Eigenverantwortung der Partnerländer, einer besseren Koordination zwischen den Gebern und einem ergebnisorientierten Konzept galt. Die Aktivitäten zur Steigerung der EZ-Wirksamkeit werden den Einsatz neuer Programmkonzepte, die Anpassung der Verwaltungspraktiken an die Systeme und Verfahren der Partnerländer sowie die Harmonisierung mit den Bedürfnissen vor Ort umfassen.

Politikkohärenz. Kanada ist davon überzeugt, dass es eines ressortübergreifenden Konzepts bedarf, um die Politikinstrumente, die die EZ-Programme namentlich in Bereichen wie Schuldenerlass, Marktzugang, Privatinvestitionen und Rechte an geistigem Eigentum ergänzen, effizient einzusetzen. Die weiter oben genannte Erklärung zur internationalen Politik des Landes wird einen klaren Rahmen für Anstrengungen bieten, die gewährleisten, dass die von der kanadischen Regierung getroffenen Maßnahmen komplementär sind und dass den Bedürfnissen und Prioritäten der Entwicklungsländer Rechnung getragen wird.



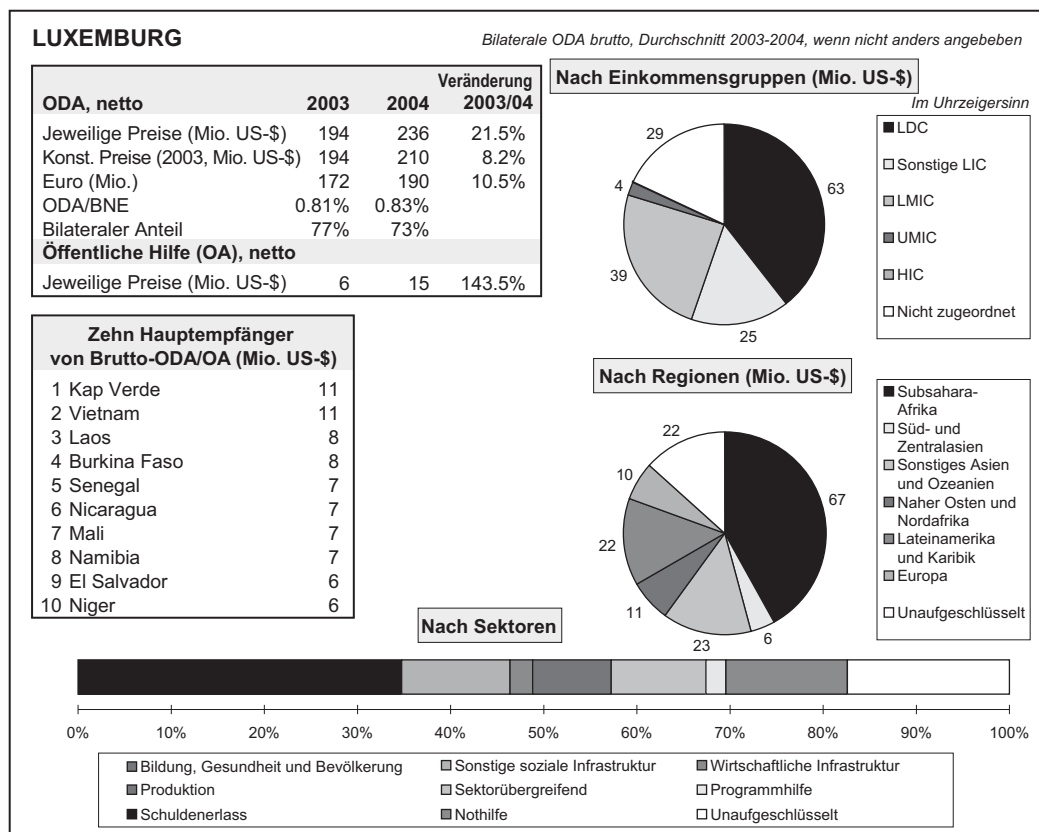
Luxemburg

2004 stiegen die ODA-Nettoleistungen Luxemburgs in realer Rechnung um 8,2% auf 236 Mio. US-\$, was hauptsächlich durch die höheren Beiträge an regionale Entwicklungsbanken bedingt war. Der BNE-Anteil der ODA-Leistungen stieg ebenfalls von 0,81% auf 0,83%. Luxemburg ist entschlossen, bis 2009 ein ODA/BNE-Verhältnis von 1% zu erreichen.

Verpflichtung auf die MDG. Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung sind Kernziele des luxemburgischen EZ-Programms. Die ODA-Leistungen gehen hauptsächlich an die am wenigsten entwickelten Länder und Länder der unteren Einkommensgruppe. Luxemburg hat sich die Millenniums-Entwicklungsziele zu Eigen gemacht, und bei den meisten seiner EZ-Programme liegt das Schwergewicht auf der Grundbildung, dem Basisgesundheitswesen, HIV/AIDS sowie auf Wasserversorgung und Sanitäreinrichtungen.

EZ-Wirksamkeit. Die EZ-Programme werden in zehn Schwerpunktländern auf der Grundlage indikativer Kooperationsprogramme umgesetzt, die darauf abzielen, die EZ-Leistungen Luxemburgs enger an den Entwicklungsprioritäten der Partnerländer zu orientieren, die Transparenz und Vorhersehbarkeit zu erhöhen sowie das Management zu verbessern. Das neue indikative Kooperationsprogramm für Vietnam (2006-2010) steht mit dem nationalen sozioökonomischen Entwicklungsplan in Einklang und wird Gelegenheiten zur Anwendung neuer EZ-Modalitäten bieten. Luxemburg beteiligte sich aktiv an der Ausarbeitung der *Hanoi Core Statement* (Kernerklärung von Hanoi), dem lokalen EU-Aktionsplan für die Umsetzung der Erklärung von Paris. Alle neuen Projekte des Landes stehen mit den EU-Leitlinien für die Finanzierung lokaler Kosten in Einklang. Die lokale Koordination ist durch Verstärkung der Präsenz vor Ort in den Schwerpunktländern intensiviert worden. Der größte Teil der luxemburgischen EZ-Leistungen ist lieferungebunden, und mit der Projektdurchführung werden weitgehend lokale Vertragsunternehmen beauftragt. Die multilaterale Zusammenarbeit erfolgt im Rahmen von vier Hauptstellen (UNDP, WHO, UNICEF, UNFPA) zunehmend über multi-/bilaterale Initiativen in Schwerpunktländern.

Politikkohärenz. Luxemburg setzt sich für die Politikkohärenz ein und fördert einen Globalisierungsprozess mit menschlichem Gesicht. Eine „Politikkohärenz“-Schaltstelle wurde im Außenministerium eingerichtet. Luxemburg unterstützt die Baumwoll-Initiative der EU und setzt sich für Reformanstrengungen im Zuckersektor ein.



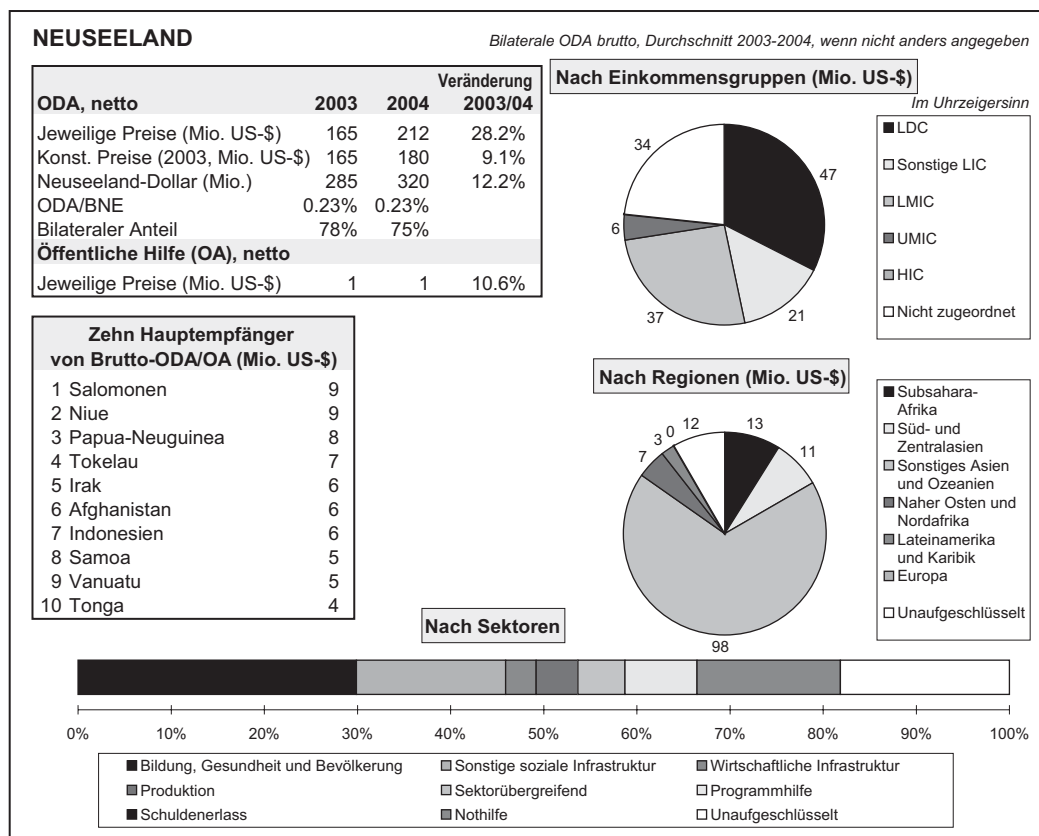
Neuseeland

Im Jahr 2004 stiegen die ODA-Nettoleistungen Neuseelands in realer Rechnung gegenüber 2003 um 9,1% und beliefen sich vor allem auf Grund des deutlichen Anstiegs der Zuschüsse für die südpazifischen Organisationen auf 212 Mio. US-\$. Das ODA/BNE-Verhältnis verharrte bei 0,23%.

Verpflichtung auf die MDG. Die Strategien zur Armutsbekämpfung beinhalten eine Zielorientierung der Programme auf die ärmsten Gemeinden innerhalb der Partnerländer und die Umsetzung von Aktivitäten, die diesen bei der Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse helfen, ihre Zukunftsaussichten verbessern und ihre Sozialschwäche verringern. Die Unterstützung globaler Engagements führte zu einer Neuausrichtung der neuseeländischen Politik in den Bereichen Gesundheit und Bildung, um besser auf die Bedürfnisse einzugehen, die es zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele zu befriedigen gilt. Darüber hinaus unterstützt Neuseeland Bemühungen um eine gute Staats- und Regierungsführung und die Schaffung wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Bedingungen, die einer langfristigen Ausmerzung der Armut Vorschub leisten.

EZ-Wirksamkeit. Der Politikrahmen der Neuseeländischen Behörde für Internationale Entwicklung (NZAID) bekräftigte die bereits bestehende Fokussierung Neuseelands auf die Armutsbekämpfung und seine Absicht, zu einer mehr formellen Integration der neuseeländischen Programmplanung in die nationalen Entwicklungsstrategien der Kerngruppe von Partnerländern überzugehen. Harmonisierung ist ein wichtiger Schwerpunkt der Fünfjahresstrategie der NZAID. Neuseeland leistet einen Beitrag zu sektorweiten Ansätzen im Gesundheits- und Bildungssektor. Die Erstellung eines Aktionsplans zur Umsetzung der Erklärung von Paris ist im Gange. Frühere Anstrengungen führten zu einer Überprüfung und Vereinfachung der operationellen Verfahren und zum Aufbau interner Kapazitäten. Es wurden spezifische Maßnahmen für eine delegierte Zusammenarbeit zwischen Australien und Neuseeland in einigen Ländern des südpazifischen Raums beschlossen.

Politikkohärenz. Neuseeland sieht seinen Beitrag zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele im Kontext eines breiteren Spektrums von Anstrengungen zur Bewältigung von Entwicklungs Herausforderungen weltweit, so u.a. in den Bereichen ODA, Handel, Schuldenerlass, Migrationspolitik und Friedenseinsätze. Angesichts der jüngsten Instabilität in Teilen des asiatisch-pazifischen Raums tritt die Notwendigkeit noch klarer zu Tage, ressortübergreifende Strategien zu entwickeln, um die Herausforderungen zu meistern, denen sich die Region in den Bereichen Entwicklung, Sicherheit, Wirtschaft und Politik gegenüber sieht. Die wichtigsten Bereiche, in denen NZAID Politikkohärenz im Dienst der Entwicklung zu fördern suchte, waren Handel, Bio-Sicherheit, Umwelt, Migration und Sicherheitsfragen.



Kasten 4.3 DAC Länderprüfung Neuseeland, 13. April 2005

Prüfer: Dänemark und die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

Der DAC begrüßte die Entscheidung Neuseelands, seine EZ-Maßnahmen und sein Umsetzungsprogramm mit der Einrichtung der NZAID im Jahr 2001 als halbautonomes Organ mit starker Fokussierung auf die Armutsbeseitigung zu reformieren. Mit dieser Reform wurden Probleme angegangen, die in der letzten DAC-Länderprüfung im Jahr 2000 identifiziert worden waren, namentlich der Mangel an strategischer Fokussierung und Fachwissen in Entwicklungsfragen.

Die sichtbarste Veränderung seit der letzten DAC-Prüfung erfolgte im Bereich der bildungsbezogenen Programme, in deren Mittelpunkt zuvor die Vergabe von Stipendien zum Hochschulstudium in Neuseeland stand, mit der Entscheidung, 50% der bildungsbezogenen Leistungen für die Grundbildung zu reservieren, um die Politikmaßnahmen und Systeme in den Partnerländern zu unterstützen. Der DAC nahm die Anstrengungen Neuseelands im Bereich des Wiederaufbaus des Bildungssystems und die Unterstützung des Aufbaus lokaler Kapazitäten auf den Salomonen zur Kenntnis, wo die politischen Rahmenbedingungen schwierig waren.

Neuseeland hat sich der VN-Zielvorgabe von 0,7% angeschlossen, muss aber noch ein mittelfristiges Ziel aufstellen, damit dieses Engagement glaubwürdig wird. Auch wenn die ODA-Leistungen Neuseelands in absoluter Rechnung gestiegen sind, liegen sie mit einem BNE-Anteil von 0,23% nach wie vor weit unter dem Durchschnitt der länderspezifischen ODA/BNE-Leistungen von 0,42%.

Sonstige wichtige Ergebnisse und Empfehlungen der DAC-Länderprüfung Neuseeland:

- Neuseeland sollte sein ehrgeiziges Ziel, ein guter Weltbürger (*Global Citizen*) zu sein, und sein Engagement für die MDG durch eine Aufstockung der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit flankieren. Nach der Einrichtung der NZAID, die die Kapazität des Landes zur effektiven Umsetzung wirksamer EZ-Programme erhöht hat, ist die Steigerung der ODA-Aufstockung zur unausweichlichen logischen Konsequenz geworden. Das wiederum setzt die Aufstellung einer verbindlichen mittelfristigen ODA-Zielvorgabe voraus, die sowohl realistisch als auch ehrgeizig ist und eindeutig den Weg zur Erreichung der VN-Zielvorgabe von 0,7% vorzeichnet.
- Die NZAID wird ermutigt, mit der Umsetzung ihrer Kommunikationsstrategie fortzufahren. Gebührende Aufmerksamkeit sollte der Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Arbeiten der Organisation gelten, einschließlich der Beweggründe, die der Einführung neuer Modalitäten der EZ-Abwicklung zu Grunde liegen, wie auch der Entwicklungsfragen und Ergebnisse im Allgemeinen.
- Die neue Schwerpunktsetzung in der EZ-Politik und den entsprechenden Programmen des Landes muss mit der derzeitigen Verteilung der ODA in Einklang gebracht werden. Die NZAID hat 19 bilaterale Kernpartnerländer und finanziert Aktivitäten über verschiedene Abwicklungskanäle in etwa 100 Ländern. Die EZ-Fokussierung Neuseelands auf den Pazifik ist begrüßenswert, da das Land dort eine wichtige Rolle spielt und gezeigt hat, dass es besonders effektive Arbeit leisten kann. Neuseeland wird ermutigt, die Anzahl bilateraler Kernpartnerländer, vor allem in Asien, wo die knappen Ressourcen breit gestreut sind, zu reduzieren.
- Die NZAID muss gewährleisten, dass die Personalstärke und der Kompetenzmix den sich wandelnden Bedürfnissen kontinuierlich angepasst werden. Mit wenigen Ausnahmen sind Mitarbeiter von Hochkommissionen und Botschaften für die Umsetzung der Strategien vor Ort verantwortlich. Eine Stärkung der NZAID-Präsenz vor Ort ist für die aktive Teilnahme dieser Organisation am Politikdialog mit den lokalen Partnerländern und die Koordination der Arbeiten mit denen anderer Geber von entscheidender Bedeutung.
- Die NZAID hat mit der Förderung von Sektorkonzepten im Bildungssektor in einigen Ländern des Südpazifik eine Führungsrolle übernommen. Die Organisation wird ermutigt, die Eigenverantwortung auf lokaler Ebene zu stärken, indem sie untersucht, wie die verschiedenen anderen Abwicklungskanäle die zentralen bilateralen Länderprogramme ergänzen und an den von den Partnerländern selbst geleiteten Entwicklungspolitiken und -programmen ausgerichtet werden können.
- Die NZAID hat sich für die Integration der Evaluierungsfunktion in das globale Programmdesign und die Aufteilung der Evaluierungsverantwortung zwischen den an den jeweiligen Programmen Beteiligten entschieden. Das ist von wesentlicher Bedeutung, wenn es zu gewährleisten gilt, dass Evaluierungsergebnisse rechtzeitig verbreitet und gesammelte Erfahrungen in das Programmmanagement integriert werden. Parallel hierzu ist das Programm der unabhängigen Evaluierung wichtig, um Objektivität und kritische Beurteilung zu gewährleisten.
- Angesichts ihres Beratungsmandats und ihrer Glaubwürdigkeit als Entwicklungsbehörde ist die NZAID sehr gut platziert, um die Politikkohärenz im Dienst der Entwicklung in allen Bereichen des Regierungsapparats zu fördern. Das Engagement Neuseelands zu Gunsten der Politikkohärenz im Dienst der Entwicklung könnte durch eine politische Grundsatzerklärung noch verstärkt werden, in der diese zum Ziel für den gesamten Regierungsapparat erklärt wird, das als Basis für eine systematischere ressortübergreifende Zusammenarbeit genutzt werden könnte.

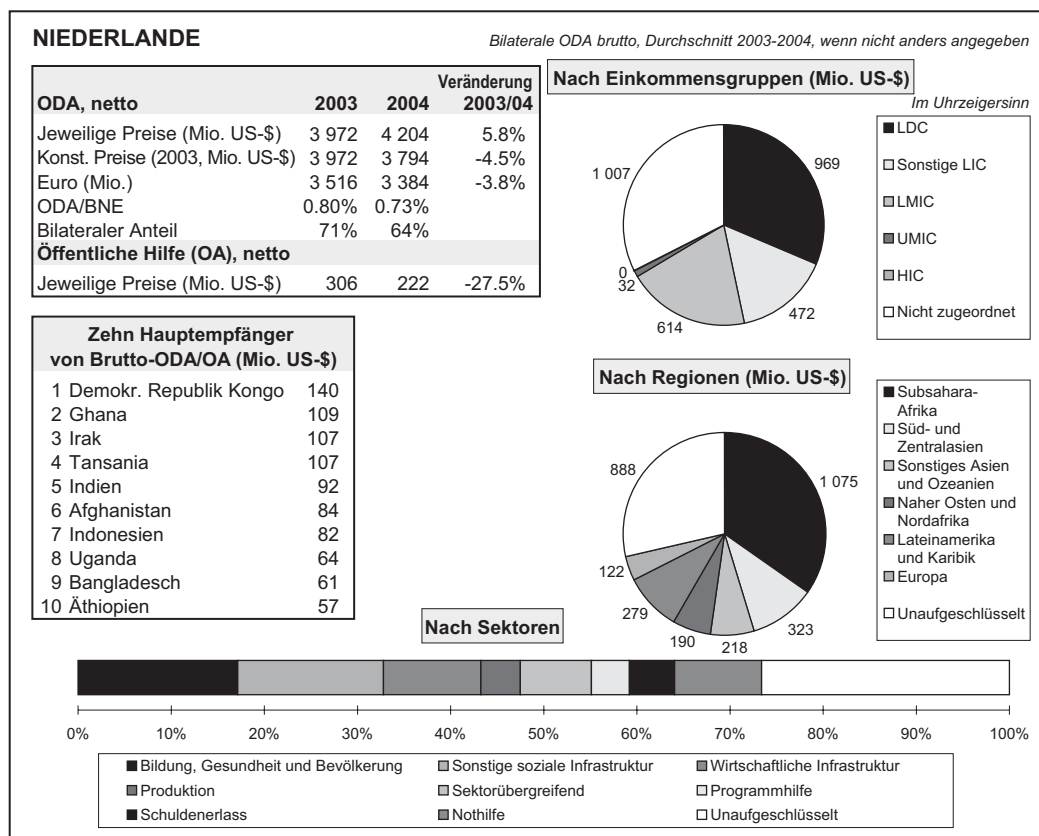
Niederlande

Das ODA-Nettovolumen der Niederlande sank 2004 in konstanter Rechnung um 4,5% auf 4,2 Mrd. US-\$, da Indien seinen ausstehenden niederländischen EZ-Kredit zurückzahlte. Hierdurch verringerte sich das ODA/BNE-Verhältnis auf 0,73% gegenüber 0,80% im Jahr 2003. Dennoch sind die Niederlande bestrebt, an ihrer Zielvorgabe von 0,8% des BNE im Durchschnitt für den Zeitraum 2004-2007 festzuhalten.

Verpflichtung auf die MDG. Die Armutsbekämpfung ist eines der Hauptziele der niederländischen Außenpolitik im Allgemeinen und das überwältigende Ziel der Entwicklungszusammenarbeit im Besonderen. Der PRSP-Rahmen wird als ein primärer Umsetzungsmechanismus betrachtet, an dem sich die niederländische Strategie orientiert, der bei der Programmumsetzung hilft, eine Grundlage für Monitoring und Evaluierung bietet und als primäres Forum für den Politikdialog dient. Im Hinblick auf die MDG konzentrieren die Niederlande ihren Beitrag auf Ziele in den Bereichen Grundbildung, HIV/AIDS, Recht auf selbstbestimmte Reproduktion, Umwelt und Wasser.

EZ-Wirksamkeit. Die Niederlande setzen sich aktiv für die Grundsätze der Erklärung von Paris ein und sind seit jeher um die Bildung von Partnerschaften mit maßgeblichen Akteuren in den Programmen vor Ort bemüht. Die Leistungen werden weiterhin auf die 36 Partnerländer und innerhalb dieser Länder auf eine begrenzte Anzahl von Sektoren konzentriert. Bei den sektorspezifischen Ansätzen liegt das Schwergewicht auf dem Prinzip der Eigenverantwortung des Empfängerlandes, und sie dienen auch der Identifizierung von Bereichen zur Stärkung der nationalen Kapazitäten. Die Niederlande befürworten den Einsatz von Budgethilfe in Verbindung mit PRSP und damit verbundenen Ergebnisrahmen in allen Fällen, in denen die notwendigen Managementkapazitäten vor Ort vorhanden sind. Die stärker dezentralisierte Präsenz vor Ort ermöglicht eine enge Koordinierung mit anderen Gebern und hat in verschiedenen Sektoren bereits zur Einrichtung einer Vielzahl aktiver oder auch stiller Partnerschaften geführt. Innerhalb des Ministeriums ist eine neue Stelle eingerichtet worden, die sich schwerpunktmäßig mit Fragen der Wirksamkeit und Qualität der Entwicklungszusammenarbeit befasst. Die Stelle hat eine analysierende, beratende und überwachende Funktion. Als eines ihrer ersten Produkte wurde dem Parlament ein Ergebnisbericht über die Entwicklungszusammenarbeit vorgelegt, mit dem die Orientierung in Richtung auf ein stärker ergebnisorientiertes Management verstärkt wurde.

Politikkohärenz. Das Kabinett setzt sich aktiv mit Fragen der Politikkohärenz innerhalb der Regierung auseinander und genehmigt alle Anweisungen für internationale Tagungen. Das Ministerium hat im Jahr 2002 eine Einheit Politikkohärenz eingerichtet, um eine systematischere Ermittlung und Behandlung von Problemfeldern zu gewährleisten. Auf der Basis einer positiven Evaluierung ist das Mandat der Einheit bis 2010 verlängert worden. Die Niederlande nutzen internationale Foren, um Kohärenzfragen anzusprechen und haben bei der Schaffung eines europäischen Netzwerks in Brüssel die Führungsrolle übernommen.



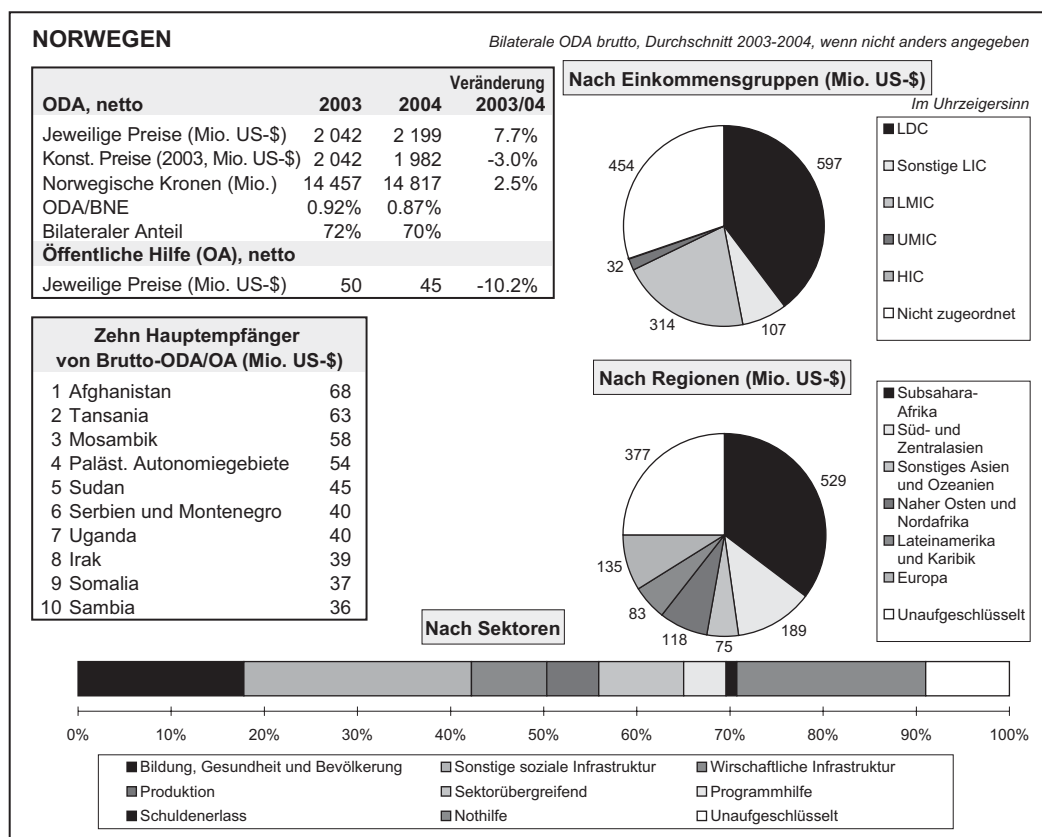
Norwegen

Im Jahr 2004 nahmen die norwegischen ODA-Leistungen in realer Rechnung geringfügig um 3% auf 2,2 Mrd. US-\$ ab, was einem ODA/BNE-Verhältnis von 0,87% entspricht, gegenüber 0,92% im Jahr 2003.

Verpflichtung auf die MDG. Im Jahr 2004 ging etwa die Hälfte der bilateralen ODA-Leistungen des Landes an die am wenigsten entwickelten Länder und Subsahara-Afrika. Im norwegischen Weißbuch zur Entwicklungspolitik von 2004 werden folgende Aspekte hervorgehoben: *a)* Veränderungen bei den internationalen Rahmenbedingungen; *b)* verbesserte Governance-Strukturen in den Entwicklungsländern, *c)* mehr Unterstützung und bessere Entwicklungszusammenarbeit sowie *d)* Mobilisierung von Akteuren aus dem privaten Sektor und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Das norwegische Programm konzentriert sich auf Sektoren, die für die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele von entscheidender Bedeutung sind. Norwegen beteiligt sich aktiv an internationalen Foren, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, die Weltöffentlichkeit stärker für die MDG zu sensibilisieren, die Fortschritte zu überwachen und Möglichkeiten zu identifizieren, Hindernisse für deren Verwirklichung zu überwinden.

EZ-Wirksamkeit. Die norwegische EZ-Verwaltung legt den Schwerpunkt auf Ergebnisse und den Ausbau der Kapazitäten zur laufenden Messung des praktischen Effekts der Interventionen. Norwegen unterstützt aktiv auf lokaler Ebene identifizierte Prioritäten und Programme. Innerhalb der Nordic Plus Gruppe (der erweiterten Gruppe nordischer Länder) war Norwegen bei Diskussionen über Möglichkeiten für Harmonisierung und Anpassung an die PRSP eine treibende Kraft, und es setzt jetzt neue EZ-Modalitäten um, wie beispielsweise delegierte Zusammenarbeit und stille Partnerschaften. Norwegen spielt weiterhin eine entscheidende Rolle bei der Erstellung speziell auf einzelne Länder zugeschnittener Pläne für die geberseitige Harmonisierung.

Politikkohärenz. Norwegen beteiligt sich an internationalen Initiativen zur Aufstellung von Kriterien, mit denen bewertet werden soll, inwieweit die Politikmaßnahmen der OECD-Länder unter dem Gesichtspunkt der Armutsminderung in Entwicklungsländern kohärent sind. Norwegen arbeitet aktiv an Maßnahmen zur Reduzierung der Schuldenlast armer Länder, zur Korruptionsbekämpfung und zur Verbesserung von Gesundheits- und Sicherheitsstandards mit. Ferner leistet Norwegen einen Beitrag zur Integration der Entwicklungsländer in den Welthandel, indem es z.B. Produkte aus den am wenigsten entwickelten Ländern von Zöllen und Quoten freistellt.



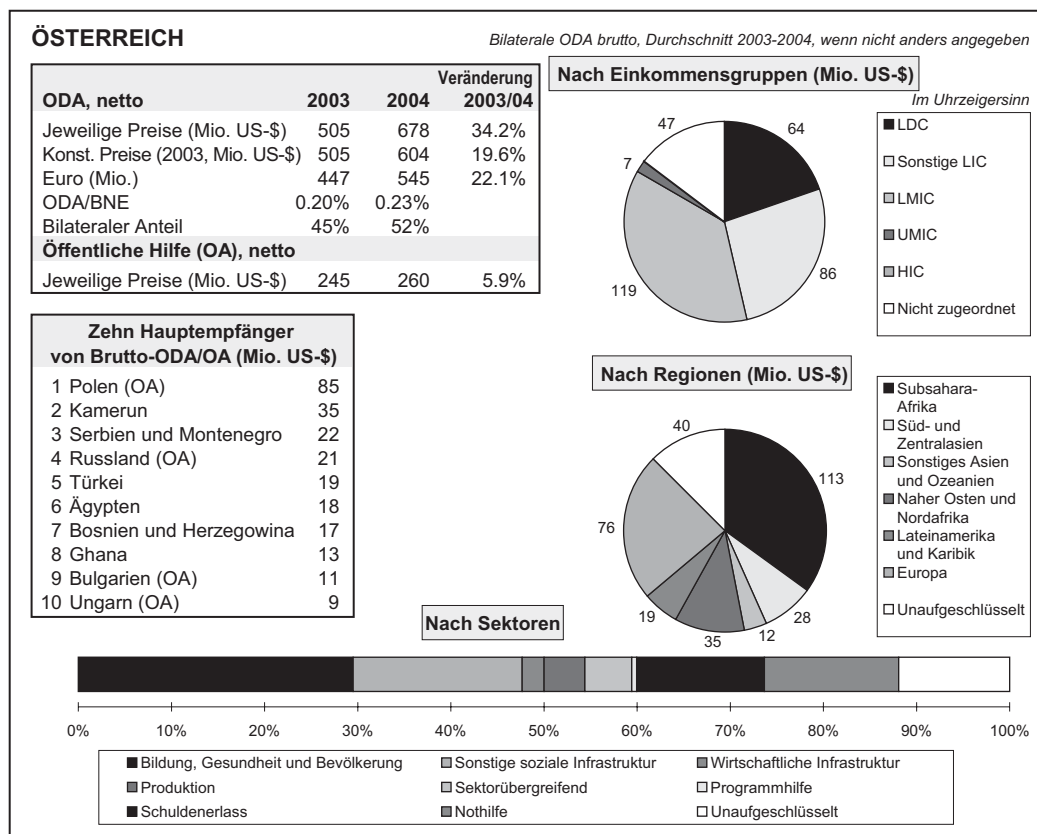
Österreich

Im Jahr 2004 stiegen die ODA-Nettoleistungen Österreichs vor allem auf Grund von Schuldenerleichterungen in realer Rechnung um 19,6% und erreichten 678 Mio. US-\$. Das ODA/BNE-Verhältnis erhöhte sich von 0,20% auf 0,23%.

Verpflichtung auf die MDG. In dem 2002 verabschiedeten (und 2003 novellierten) Bundesgesetz über die Entwicklungszusammenarbeit wurde die Armutsbekämpfung als eines der drei Hauptziele der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit etabliert. Ein neues Dreijahresprogramm für den Zeitraum 2005-2008 bekräftigt erneut die Verpflichtung auf die Millenniums-Entwicklungsziele, wobei derzeit Politikgrundsätze ausgearbeitet werden, um eine stärker strategisch orientierte Umsetzung und Konkretisierung dieses Engagements zu erleichtern. Österreich setzt seine EZ-Leistungen prioritär in den ärmsten Ländern ein, vor allem in bedürftigen Regionen und zu Gunsten benachteiligter Zielgruppen.

EZ-Wirksamkeit. Die österreichische Entwicklungszusammenarbeit steht immer stärker im Zeichen der Umsetzung der Erklärung von Paris. Zusätzlich zu einem aktiven Monitoring der auf DAC-Ebene im Bereich der EZ-Wirksamkeit erzielten Fortschritte fußt der neue Dreijahresplan auf den Grundsätzen Eigenverantwortung, Harmonisierung, Partnerausrichtung, ergebnisorientiertes Management sowie gegenseitige Verantwortlichkeit und Rechenschaftslegung. Derzeit wird ein nationaler Aktionsplan ausgearbeitet, der direkten Bezug auf diese Grundsätze nimmt und Empfehlungen für ihre Umsetzung enthält. Ein Schwerpunkt des Plans liegt auf der Unterstützung der Partnerländer bei den Armutsbekämpfungsstrategien, der weiteren Anpassung der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit an diese Strategien, einschließlich einer stärkeren Unterstützung sektorspezifischer Budgets, sowie auf der Hilfe bei der Einrichtung ergebnisorientierter Managementprozesse in Partnerländern. Ein Großteil dieser Arbeiten ist derzeit im Gange, und für 2006 wird mit zunehmend konkreten operationellen Auswirkungen gerechnet.

Politikkohärenz. Das Bundesgesetz über die Entwicklungszusammenarbeit enthält eine Kohärenzklausel, die eine explizite rechtliche Basis für Maßnahmen zur Verbesserung der Politikkohärenz im Dienst der Entwicklung schafft. Eine interministerielle Gruppe wurde unter Leitung des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten eingerichtet, um die Koordination in Kohärenzfragen zwischen allen entwicklungspolitischen Aktivitäten in Österreich zu erleichtern. Österreich folgt den Empfehlungen der DAC-Prüfung und nimmt so die Dimension der Politikkohärenz bewusst als Priorität in die neuen Politikgrundsätze auf. Viele dieser Initiativen befinden sich aber derzeit noch im konzeptuellen Stadium, und eine Evaluierung der effektiven Anwendung der verbesserten Kohärenzmaßnahmen Österreichs ist gegenwärtig noch nicht möglich.



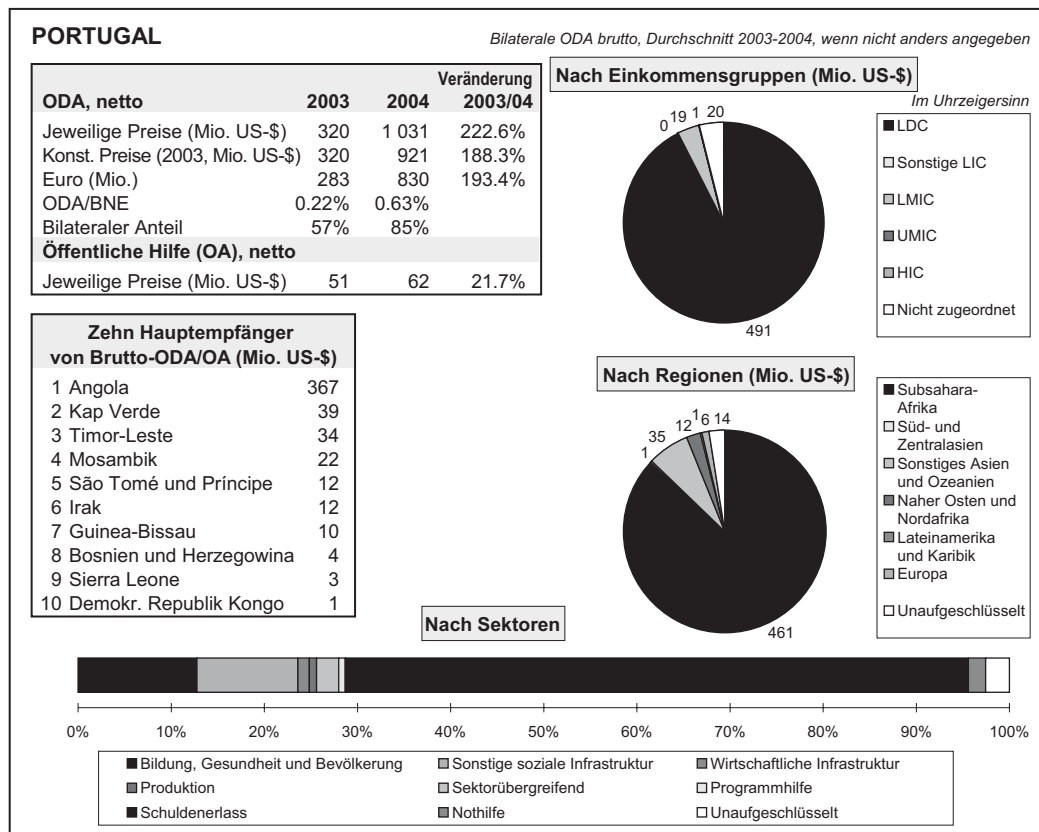
Portugal

Das ODA-Volumen Portugals verzeichnete auf Grund des außergewöhnlichen Schuldenerlasses für Angola 2004 in realer Rechnung einen sprunghaften Zuwachs um 188,3%. Das ODA/BNE-Verhältnis stieg von 0,22% im Jahr 2003 auf 0,63% im Jahr 2004. Portugal hat zugesagt, 2006 0,33% seines BNE für ODA-Leistungen aufzuwenden.

Verpflichtung auf die MDG. Portugal konzentriert seine ODA-Leistungen weiterhin in erster Linie auf die fünf portugiesischsprachigen Länder Afrikas (PALOP) und Timor-Leste, die allesamt zu den am wenigsten entwickelten Ländern zählen. Für die jüngst gewählte Regierung ist Armutsbekämpfung die Priorität der Entwicklungszusammenarbeit. Während Technische Zusammenarbeit und Umschuldung die wichtigsten EZ-Modalitäten sind, zählen Bildung (insbesondere die Vermittlung der portugiesischen Sprache), Governance und Institutionsaufbau zu den Schwerpunktbereichen. Portugal erstattete auf der Generalversammlung der Vereinten Nationen im September 2005 Bericht über die auf dem Weg zur Erreichung der MDG erzielten Fortschritte.

EZ-Wirksamkeit. Im Februar 2005 erstellte Portugal einen Aktionsplan für Harmonisierung und Partnerausrichtung, der gemäß dem Dokument des DAC über empfehlenswerte Verfahrensweisen (*DAC's Good Practices Paper*) und dem EU-Aktionsplan für Koordinierung und Harmonisierung sowohl als Referenz als auch als operationelles Instrument der portugiesischen Entwicklungszusammenarbeit dient. Portugal engagiert sich nach wie vor hauptsächlich in kleinen Projekten und beteiligt sich nicht an Programm- und Sektorhilfe. Im Zeitraum 2003-2004 wurden auf der Basis nationaler Armutsbekämpfungsstrategien und/oder nationaler Entwicklungspläne für die PALOP-Länder fünf indikative Kooperationsprogramme und ein weiteres für Timor-Leste erstellt.

Politikkohärenz. Das mit der Bewältigung von Problemen der Politikkohärenz beauftragte Diskussionsforum ist der Interministerielle Ausschuss für Zusammenarbeit (CIC). Der CIC, unter Vorsitz des Präsidenten des portugiesischen Instituts für Entwicklungszusammenarbeit (IPAD), hilft beim Monitoring der Planung sowie bei der dezentralisierten Ausführung der EZ-Politik und hat auch bei der Sensibilisierung der Ministerien für die Aufgaben des IPAD und des neuen mit der Programmplanung verbundenen Finanzplanungssystems eine entscheidende Rolle gespielt. Das IPAD hat die Doppelfunktion eines Organs für die Koordination der EZ-Politik und deren Finanzierung. Die portugiesische Regierung ist sich der Tatsache bewusst, dass Fragen der Politikkohärenz eine stärkere Aufmerksamkeit und größere Berücksichtigung von Seiten anderer nationaler Strukturen als der IPAD gebührt.



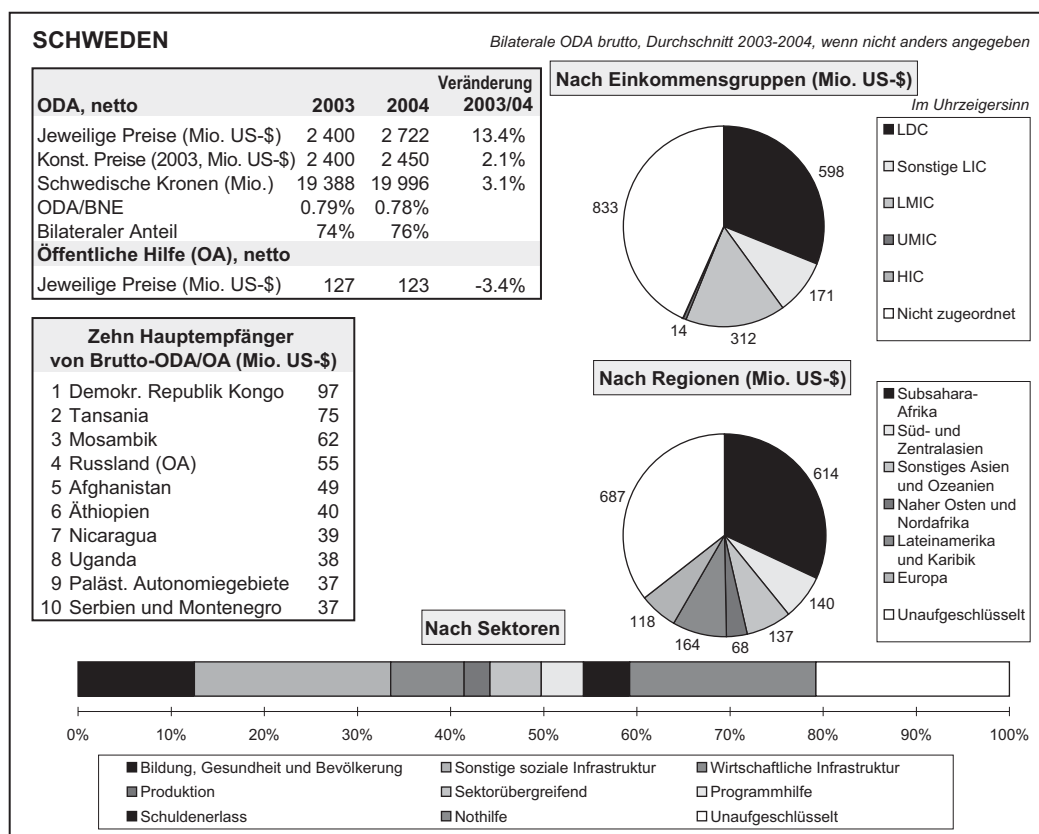
Schweden

Im Jahr 2004 erhöhte sich das ODA-Nettovolumen Schwedens in realer Rechnung um 2,1% auf 2,7 Mrd. US-\$, was 0,78% des BNE des Landes entspricht und geringfügig unter den 2003 verzeichneten 0,79% liegt. Schweden hat die Absicht erklärt, bis 2006 ein ODA/BNE-Verhältnis von 1% zu erreichen.

Verpflichtung auf die MDG. Schweden hat zugestimmt, auf die Realisierung der MDG hinzuwirken, und unterstützt die diesbezügliche Berichterstattung seitens der Geber auf internationaler Ebene. Im Jahr 2004 war Schweden eines der ersten Länder, die den Vereinten Nationen über ihre Ergebnisse im Hinblick auf die MDG-Indikatoren Bericht erstatten. Die schwedische Regierung initiierte eine Informationskampagne zur Sensibilisierung und Mobilisierung der schwedischen Öffentlichkeit für die MDG.

EZ-Wirksamkeit. Die schwedische EZ-Politik unterstreicht die Bedeutung der Eigenverantwortung und die Notwendigkeit, die schwedischen Aktionen den Prioritäten und Armutsbekämpfungsstrategien der Entwicklungsländer anzupassen. Befürwortet wird auch ein schrittweiser Übergang zur Nutzung der Systeme der Empfängerländer, zusammen mit der Bereitstellung von Mitteln für den Kapazitätsaufbau. Schweden setzt sich nachdrücklich für die Harmonisierung ein und beteiligt sich an einer Reihe entsprechender Initiativen. Mit der Nordic-Plus-Gruppe (der erweiterten Gruppe nordischer Länder) hat Schweden einen gemeinsamen Aktionsplan aufgestellt und befürwortet eine verstärkte Harmonisierung zwischen VN-Stellen, der Weltbank, dem IWF und den regionalen Entwicklungsbanken. Schweden unterstützt außerdem das ergebnisorientierte Management. Die Ergebnisse seiner Entwicklungszusammenarbeit werden in die MDG8-Berichterstattung einbezogen, ebenso wie regelmäßige gemeinsame Evaluierungen der Effekte der Entwicklungszusammenarbeit auf die Armut.

Politikkohärenz. Schweden erkennt die Notwendigkeit an, Entwicklungsaspekte systematischer in allen relevanten Politikbereichen sowie in der EU-Politik zu berücksichtigen (darunter Handel, Landwirtschaft, Umwelt, Sicherheit, Migration und Wirtschaftspolitik). Nach den 2003 verabschiedeten gesetzlichen Regelungen sind alle Ministerien verpflichtet, jährlich Bericht darüber zu erstatten, inwieweit sie die Ziele Schwedens zu Gunsten der weltweiten Entwicklung erfüllt haben. Die ersten beiden Jahresberichte wurden dem Parlament 2004 und 2005 vorgelegt, obwohl sie bis zu diesem Jahr nicht Gegenstand aktiver Diskussionen waren.



Kasten 4.4 DAC-Länderprüfung Schweden, 25. Mai 2005

Prüfer: Australien und Belgien

Der DAC würdigte Schwedens innovative Politik der globalen Entwicklung (PGD), die 2003 vom Parlament bekräftigt wurde und Schweden auf die Armutsbekämpfung als vorrangige Aufgabe verpflichtet sowie ein ressortübergreifendes Konzept der globalen Entwicklung festschreibt. Schweden ist das erste DAC-Mitgliedsland, das sich ein derartiges Konzept zu eigen gemacht hat. Der DAC hat gleichzeitig aber auch Herausforderungen identifiziert, die Schweden zur Umsetzung der PGD noch bewältigen muss. Hierzu zählt u.a. die Notwendigkeit, alle Regierungsressorts für diese Strategie zu gewinnen und Ergebnisse zu identifizieren, die dem Parlament jährlich vorgelegt werden können.

Der DAC äußerte sich außerdem positiv über die anhaltende Bereitschaft des Landes, sein EZ-Budget zur Erreichung der MDG aufzustocken. Das EZ-Volumen Schwedens belief sich 2004 auf 2,7 Mrd. US-\$, womit Schweden unter den DAC-Gebern auf Platz 7 rangiert, und machte 0,78% des schwedischen BNE aus. Die derzeitigen Haushaltsprojektionen gehen von einem ODA/BNE-Verhältnis von 1% für den Zeitraum 2006-2007 aus.

Sonstige wichtige Ergebnisse und Empfehlungen der DAC-Länderprüfung Schweden:

- Der bereits anlässlich der Länderprüfung von 2000 beobachtete Trend zur **geographischen** und **sektoralen** Streuung der ODA-Leistungen besteht fort und schlägt sich in einer Reduzierung der Ressourcen für die Gruppe der stärker nach strategischen Kriterien ausgewählten Langzeitempfänger und -sektoren nieder. Gegenwärtig mindert der wachsende Umfang der schwedischen ODA-Leistungen den Druck, sich der Frage der Prioritätensetzung zu widmen. Mit der Einführung der PGD müsste es nun möglich sein, klarere Leitlinien für die Prioritätensetzung aufzustellen.
- Ein Merkmal der schwedischen Entwicklungszusammenarbeit (18% der bilateralen ODA) ist die besondere Rolle von **Nichtregierungsorganisationen**. Die PGD fördert eine noch größere Zusammenarbeit mit diesen Organisationen. In diesem Zusammenhang könnte Schweden das breite Spektrum seiner Aktionen und Verfahren in Zusammenarbeit mit den NRO überprüfen und gegebenenfalls aktualisieren.
- Der **multilaterale** Anteil der schwedischen ODA-Leistungen machte 2003 etwa ein Viertel der Gesamtleistungen aus, und Schweden misst dieser Form der Zusammenarbeit eine immer größere Bedeutung bei. Diese progressive Entwicklung in Richtung Multilateralismus muss aber noch von einem entsprechenden Niveau an strategischem Denken und Leistungsmonitoring flankiert werden. Eine unmittelbare und logische Folge der verstärkten Nutzung dieses Kanals ist daher die Formulierung einer klareren multilateralen Strategie und die Einführung eines Verfahrens, bei dem die Leistungen multilateraler Einrichtungen systematischer beobachtet werden.
- Schweden sollte die Einrichtung eines spezifischen Analyseorgans ins Auge fassen, das die Fragen bezüglich der **Politikkohärenz im Dienst der Entwicklung** auf regelmäßiger Basis identifiziert und analysiert sowie entsprechende Lösungsvorschläge unterbreitet. Schweden wird ermutigt, das Monitoring und die Evaluierung der PGD-Umsetzung auf glaubwürdige Art und Weise und auf hoher Ebene fortzusetzen. Schließlich könnte das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten bei der Gestaltung der operationellen Konturen der neuen, im Rahmen der PGD beschlossenen Evaluierungsbehörde eine Rolle zuweisen, die mit dem ressortübergreifenden Konzept der Regierung stärker in Einklang steht.
- Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und die Schwedische Behörde für Internationale Entwicklungszusammenarbeit (Sida) sollten kreative Diskussionen über die Gestaltung der **operationellen Beziehungen** führen, die eine größere Systemeffizienz ermöglichen und ein Umfeld schaffen, das Teamarbeit stärker fördert. Die Dezentralisierung ist eine wichtige Neuorientierung, und Schweden wird dazu ermutigt, in regelmäßigen Abständen und in Zusammenarbeit die Aktionen vor Ort unter dem Aspekt des Verbesserungspotenzials wie auch der organisatorischen Trade-offs zwischen dem Sitz und den Büros vor Ort zu überprüfen, die für die Wahrung der Effizienz u.U. notwendig sind.
- Die **Personalausstattung** sollte ein ständiges Anliegen sein. In dem Maße, wie Regierung und Sida mit der Umsetzung der neuen Leitlinien der PGD und ihren operationellen Reformen in diesem Bereich fortfahren, müssen sie sich über Anzahl, Kategorie, Qualifikationsbasis und Standort ihrer Fachkräfte für Entwicklungsfragen Gedanken machen.
- Schweden untersucht derzeit die im Bereich der **Ergebnismessung** notwendigen Reformen. Schweden wird darin bestärkt, die Reformen so zu gestalten, dass sie Monitoring, Evaluierung und sonstige ergebnisbasierte Managementverfahren effizient integrieren.
- Der DAC nahm zur Kenntnis, dass ein großer Anteil der schwedischen EZ-Leistungen für **humanitäre Zwecke** (16% im Jahr 2003) eingesetzt wird. Schweden verfügt über eine langjährige humanitäre Tradition und leistet einen aktiven Beitrag zur Entwicklung internationaler guter Verfahrensweisen. Der DAC ermutigte Schweden zur Untersuchung der Frage, wie sich die Zusammenarbeit unter den verschiedenen, für humanitäre Hilfeleistungen zuständigen Organen verbessern lässt.

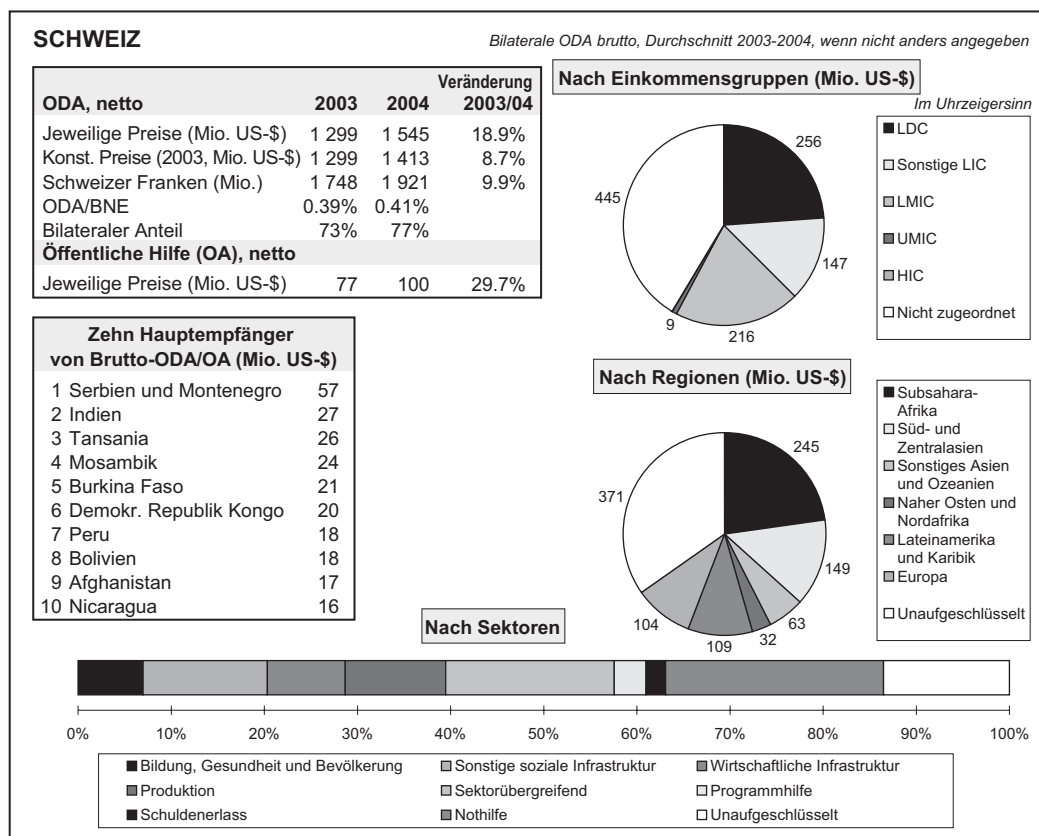
Schweiz

Die ODA-Nettoleistungen der Schweiz erhöhten sich 2004 in realer Rechnung gegenüber 2003 um 8,7% und erreichten 1,5 Mrd. US-\$. Das ODA/BNE-Verhältnis legte ebenfalls von 0,39% auf 0,41% zu, da die Schweiz mit der Ausweisung der Anfangskosten für Asylbewerber aus Entwicklungsländern begann.

Verpflichtung auf die MDG. Die Schweiz hat die Armutsbekämpfung zu einem ihrer fünf prioritären strategischen Ziele der Außenpolitik erklärt und betrachtet die Millenniums-Entwicklungsziele wie auch die Millenniums-erklärung als Meilensteine der Entwicklungspolitik. Sowohl die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) als auch das Staatssekretariat für Wirtschaft (seco) haben die Armutsbekämpfung zu einem Hauptziel ihrer jeweiligen Strategie erklärt und gehen gegen die Armut mit unterschiedlichen, z.T. komplementären Kompetenzen und Instrumenten vor. Governance und der private Sektor stehen in dieser Hinsicht im Mittelpunkt der diesbezüglichen Aktionen der Schweiz. Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) hat ein „Toolkit“ zur Bewältigung der Genderdimension der Armut entwickelt.

EZ-Wirksamkeit. Die Schweiz setzt sich für die Umsetzung der Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit ein. In einer Hochrangigen Erklärung, die im Februar 2004 angenommen wurde, werden die nationalen Armutsbekämpfungsstrategien zum politischen und operationellen Rahmen für die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit und gleichzeitig zum Instrument zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele erklärt. Ein gemeinsamer Aktionsplan der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit und des Staatssekretariats für Wirtschaft werden dafür sorgen, dass die Schweizer Verfahren stärker denen anderer Geber angepasst und die Schweizer Mechanismen der EZ-Abwicklung den Systemen und Verfahren der Partnerländer angeschlossen werden, sobald diese funktionsfähig und verstärkt sind.

Politikkohärenz. Die Herausforderung im Zusammenhang mit der Förderung der Politikkohärenz in der Schweizer Verwaltung besteht nach wie vor darin, zu gewährleisten, dass die Debatte nicht nur die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit und das Staatssekretariat für Wirtschaft, sondern auch andere Behörden auf Bundesebene einbezieht. Zur Stärkung der Politikkohärenz in den Bereichen Landwirtschaft und Finanzen sind einige konkrete Schritte in Angriff genommen worden, wie beispielsweise die Rückgabe illegal erworbener Mittel an einige Länder, die schrittweise Abschaffung von Importzöllen und -quoten auf Agrarprodukte aus den am wenigsten entwickelten Ländern sowie die Verringerung der Zolleskalation bei Nahrungsmitteln. Eine progressive Aufhebung der Milchquoten zwischen 2006 und 2009 wurde ebenfalls beschlossen.



Kasten 4.5 DAC-Länderprüfung Schweiz, 30. Juni 2005

Prüfer: Neuseeland und Norwegen

Der DAC würdigte das starke politische Engagement der Schweiz zu Gunsten der Armutsbekämpfung, forderte gleichzeitig aber auch eine einheitlichere Vision der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit, die zwischen der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) und dem Eidgenössischen Departement für Auswärtige Angelegenheiten sowie dem Staatssekretariat für Wirtschaft (seco) des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements aufgespalten ist. Die Schweiz hat ihre in Monterrey eingegangenen Verpflichtungen hinsichtlich eines ODA-Niveaus von 0,4% des BNE bis 2010 bereits erfüllt. Der Schwerpunkt ihrer Bemühungen liegt auf Niedrigeinkommensländern, die im Zeitraum 1999-2003 den größten Anteil der bilateralen Schweizer ODA-Leistungen erhielten.

Der DAC beglückwünschte die Schweiz ferner zur Umsetzung der von der Arbeitsgruppe „Finanzielle Maßnahmen gegen die Geldwäsche“ formulierten Empfehlungen durch konkrete Schritte zur Rückführung illegal erworbener Mittel in einige Länder sowie für die Qualität der Entwicklungszusammenarbeit.

Sonstige wichtige Ergebnisse und Empfehlungen der DAC-Länderprüfung Schweiz:

- Steigerung von Sichtbarkeit und Transparenz der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit. Die Schweiz sollte überlegen, einen Gesamtkatalog strategischer Leitsätze für das gesamte ODA-System zu entwickeln und die Leitlinien mit der Ausrichtung am Ziel der Armutsbekämpfung zu verbinden.
- In dem Maße, wie die Schweiz als bilateraler Geber einen großen Beitrag zu Armutsbekämpfung, Frieden und Sicherheit leistet, sollte sie das Volumen ihrer **ODA-Leistungen** erneut überdenken. Regelmäßige ODA-Erhöhungen würden es der Schweiz ermöglichen, einen größeren Beitrag zur Bewältigung dringender EZ-Aufgaben in den Partnerländern zu leisten.
- Die Schweiz wird ermutigt, die Anzahl der Schwerpunktländer zu überprüfen. Sie sollte ihre EZ-Leistungen in allen Ländern und Regionen auf jene Sektoren und Themen konzentrieren, in denen sie über komparative Vorteile verfügt und wo Effizienz und potenzielle Skaleneffekte gegeben sind.
- Die Schweiz sollte die existierenden institutionellen Vorkehrungen zur Förderung der **Politikkohärenz im Dienst der Entwicklung** verstärken, ihre Arbeiten in Richtung eines entwicklungsorientierten Ergebnisses der Doha-Runde von Handelsverhandlungen fortsetzen und dabei insbesondere Probleme der Agrarsubventionen und der Zolleskalation angehen.
- Die Schweiz sollte sicherstellen, dass alle Ortsbüros sowohl die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit als auch das Staatssekretariat für Wirtschaft vertreten und über angemessene Befugnisse hinsichtlich der finanziellen und Humanressourcen verfügen, um das Schweizer Programm effizient zu leiten. Die Schweizer Evaluierungskultur könnte verbessert werden, um die Armutsbekämpfungsdimension der Schweizer Interventionen stärker in den Mittelpunkt zu rücken.
- Mit ihrem Beitrag zur **EZ-Wirksamkeitsagenda** sollten DEZA und seco ihre Anstrengungen zur Erarbeitung gemeinsamer operationeller Strategien aktiv fortsetzen und EZ-Modalitäten einführen, die eine Reduzierung der Transaktionskosten für Partnerländer ermöglichen, u.a. auch mit Hilfe delegierter bzw. stiller Partnerschaften sowie Sektor- und Budgethilfe, wo die Rahmenbedingungen dies ermöglichen.
- Die Schweiz sollte den Partnern in den Entwicklungsländern mehr Gelegenheit zum direkten Management ihrer EZ-Aktivitäten bieten. Sie sollte den Einsatz lokaler und regionaler technischer Experten wann immer möglich verstärken und auch die Mitwirkung der Partnerländer bei der Auswahl und Leistungsbeurteilung technischer Assistenten erhöhen.
- **Humanitäre Hilfe** nimmt in der Schweizer Außenpolitik eine ganz besondere Rolle ein; die Schweiz verfügt über eine langjährige starke Tradition der humanitären Hilfe und leistet wertvolle Beiträge zum internationalen humanitären System. Die DEZA könnte multilaterale und bilaterale Strategien in diesem Bereich klarer definieren und auf bestimmte Aktionen ausrichten. Der Rückgriff auf Fachkräfte für humanitäre Fragen bei den Botschaften und Ortsbüros könnte Gegenstand einer Evaluierung sein, um diese Funktion in den Aktionen vor Ort weiter auszubauen.

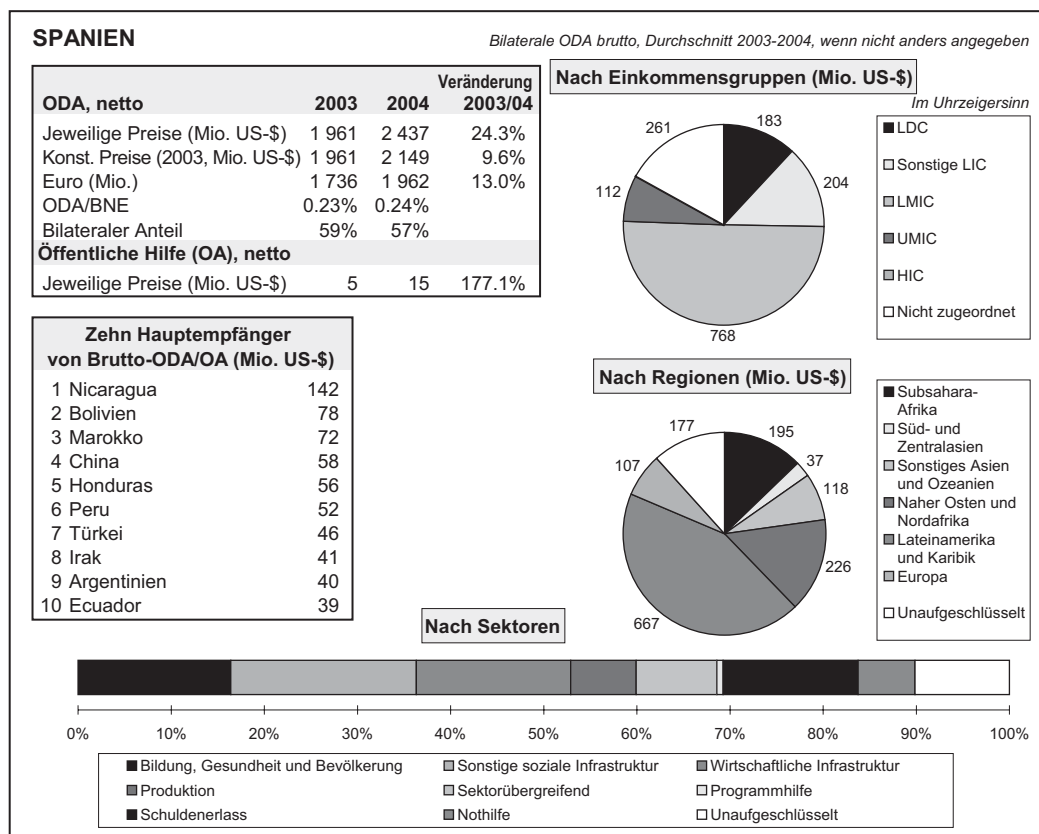
Spanien

Im Jahr 2004 stiegen die ODA-Nettoleistungen Spaniens infolge der zeitlichen Planung der Beiträge an internationale Organisationen in realer Rechnung um 9,6% auf 2,4 Mrd. US-\$. Das entspricht einem ODA/BNE-Verhältnis von 0,24%, gegenüber 0,23% im Jahr 2003. Spanien hat zugesagt, 2006 0,33%, 2008 0,5% und 2012 0,7% zu erreichen.

Verpflichtung auf die MDG. Spanien hat gerade seinen zweiten Masterplan für internationale Zusammenarbeit initiiert und befindet sich derzeit inmitten eines komplexen Planungsprozesses, der auch Jahrespläne sowie geographische und sektorspezifische Strategien vorsieht. Spanien steht vor der Fertigstellung von fünf Sektorstrategien, die zur Erreichung der MDG beitragen sollen; sie betreffen die Bereiche indigene Bevölkerungsgruppen, Gesundheit, Bildung, Gleichstellung der Geschlechter sowie Kultur und Entwicklung, während Strategien zu Governance-Fragen, Nahrungsmittelsicherheit, humanitären Aktionen, Konflikten, Sicherheit und Frieden sowie Umwelt in einem späteren Stadium fertiggestellt werden.

EZ-Wirksamkeit. Seit der Erklärung von Rom (2003) enthalten die Länderstrategiepapiere Spaniens spezielle Abschnitte mit einer Analyse der Aktionen bilateraler und multilateraler Geber in verschiedenen Sektoren und Regionen und über die Koordination bei der Zusammenarbeit mit dem Partnerland. Spanien unternimmt jetzt entschiedene Anstrengungen, seine Aktivitäten nationalen Entwicklungsstrategien, wie PRS, anzupassen.

Politikkohärenz. Die spanischen Gesetze sehen regelmäßige Konsultationen zwischen Vertretern der öffentlichen Verwaltung auf zentraler und regionaler Ebene und den im ODA-Bereich tätigen zivilgesellschaftlichen Instanzen vor, um die Verfolgung gemeinsamer Ansätze zu gewährleisten. Im spanischen Masterplan für internationale Zusammenarbeit wird die Notwendigkeit einer Kohärenz der Maßnahmen außerhalb des EZ-Bereichs zur Armutsminderung in den Entwicklungsländern hervorgehoben. Um einen gesamtpolitischen Rahmen und einen entsprechenden Mechanismus zur Förderung des Konzepts der Politikkohärenz zu entwickeln, wird dem Parlament Anfang 2006 ein Bericht zu diesem Thema vorgelegt. Als EU-Mitglied passt Spanien seine Maßnahmen EG-Beschlüssen mit Auswirkungen auf die Entwicklungsländer an.



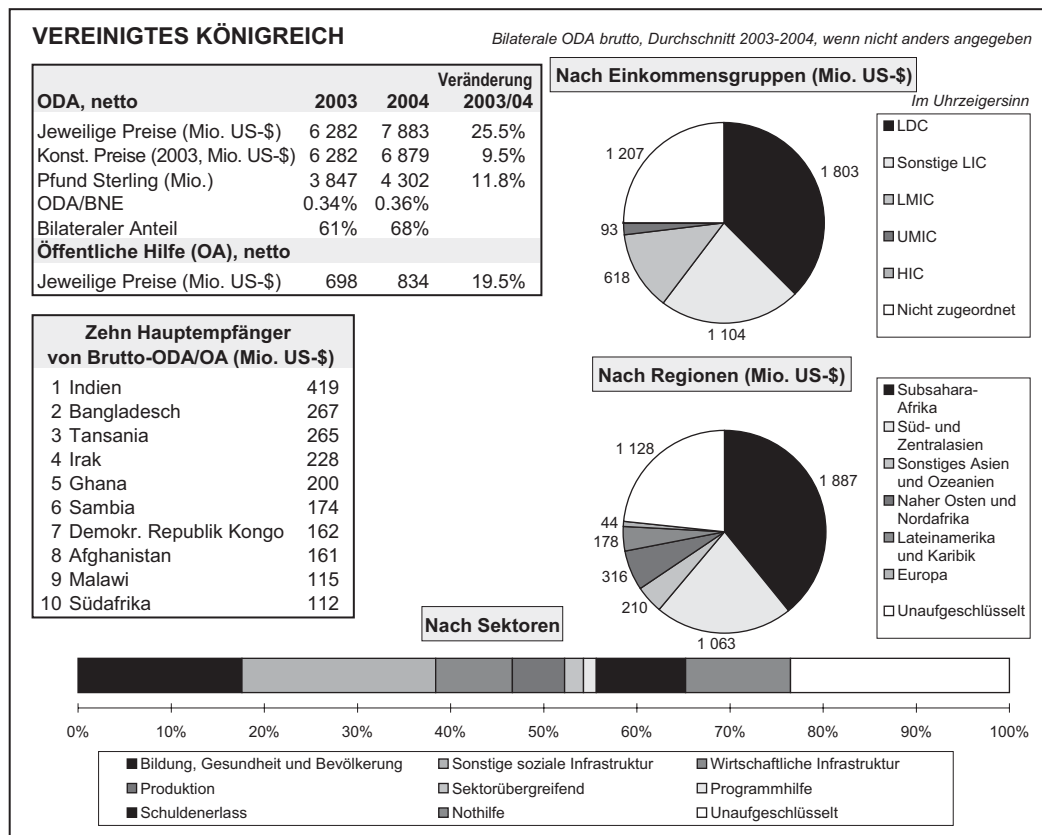
Vereinigtes Königreich

Im Jahr 2004 nahmen die ODA-Leistungen des Vereinigten Königreichs in realer Rechnung um 9,5% zu und erreichten auf Grund der höheren EZ-Ausgaben für Projekt- und Programmhilfe sowie Schuldenerleichterung 7,9 Mrd. US-\$. Das ODA/BNE-Verhältnis stieg von 0,34% auf 0,36%. Das Vereinigte Königreich hat sich das Ziel gesetzt, ein ODA/BNE-Verhältnis von 0,47% bis 2007/2008 und von 0,7% bis 2013 zu erreichen.

Verpflichtung auf die MDG. Hauptziel des EZ-Programms des Vereinigten Königreichs ist die Gewährleistung der Armutsbeseitigung in den ärmsten Ländern durch die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele bis 2015. Das Ministerium für internationale Entwicklung (*Department for International Development – DFID*) konzentriert seine Leistungen auf die Niedrigeinkommensländer Afrikas und Asiens, in denen die EZ-Leistungen am meisten bewirken können. Zur Mobilisierung der zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele notwendigen zusätzlichen Ressourcen bemüht sich das Vereinigte Königreich derzeit um Unterstützung für die vorgeschlagene Internationale Finanzierungsfazilität. Eine getrennte Fazilität dient der Finanzierung eines erhöhten Impfschutzes.

EZ-Wirksamkeit. Das Vereinigte Königreich hat sich der Erklärung von Paris zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit angeschlossen, und das DFID setzt sich dafür ein, die internationalen Bemühungen zur Erreichung verstärkter und besserer EZ-Leistungen durch folgende Maßnahmen zu unterstützen: a) Ausarbeitung eines Politikrahmens für EZ-Wirksamkeit, b) Verbesserung der Abwicklung der EZ-Programme sowie c) Unterstützung von Reformen im multilateralen System. Das DFID bemüht sich um die Förderung guter Praktiken bei von Partnerländern selbst entwickelten Konzepten, Harmonisierung und Konditionalität und wird neue Aktivitäten zum Monitoring des Geberverhaltens und zur gegenseitigen Rechenschaftslegung u.a. durch die Förderung einer stärker ergebnisorientierten Strategie durchführen. Das *Public Service Agreement* des DFID gilt als Referenzdokument für die Beurteilung seiner Aktivitäten im Hinblick auf die Erreichung der MDG und erlaubt gleichzeitig eine genaue Beobachtung der auf kürzere Sicht erzielten Fortschritte.

Politikkohärenz. Die Politikkohärenz wird durch ein hohes Maß an entwicklungspolitischem Engagement von Seiten des Premierministers, des Schatzkanzlers und des Ministers für Internationale Entwicklung gefördert. Sie wird eine wichtige Komponente des neuen Weißbuchs zur Entwicklung darstellen, dessen Fertigstellung für Mitte 2006 geplant ist. Die Regierung des Vereinigten Königreichs setzt sich aktiv dafür ein, dass die wohlhabenden Länder die Schuldenlast der ärmsten Länder reduzieren und misst der Frage, wie Handelsreformen die Entwicklung voranbringen können, große Bedeutung bei. Das DFID arbeitet eng mit anderen Ministerien bei einem breiten Spektrum von Fragen zusammen, darunter Handel, Konfliktprävention, Schuldenerleichterung und Reform der internationalen Finanzinstitutionen (IFI), Migration und Umwelt, Bereiche, bei denen gemeinsame Ziele im Rahmen des *Public Service Agreement* festgelegt wurden.



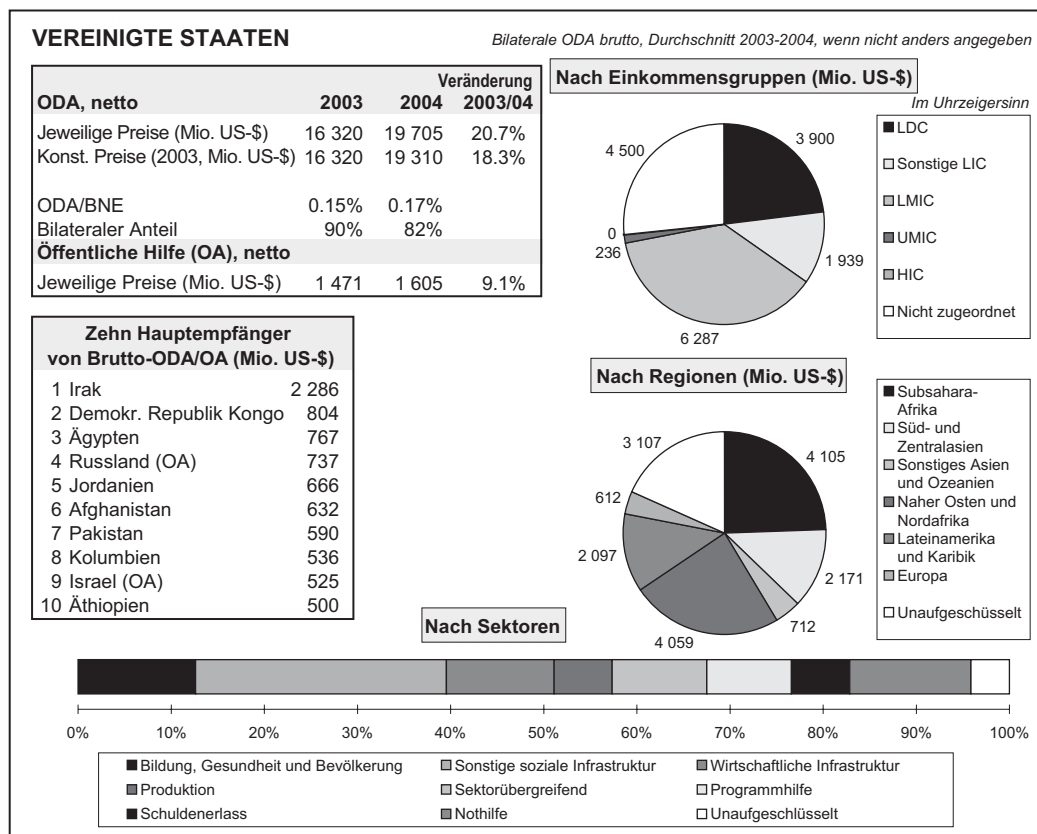
Vereinigte Staaten

Im Jahr 2004 nahm das ODA-Nettovolumen der Vereinigten Staaten in realer Rechnung um 18,3% auf 19,7 Mrd. US-\$ zu. Dieser Anstieg war größtenteils auf einen Beitrag an die IDA in Höhe von 1,8 Mrd. US-\$ zurückzuführen. Die Leistungen für Afghanistan und den Irak sind ebenfalls deutlich gestiegen. Obwohl die Vereinigten Staaten weiterhin der größte DAC-Geber sind, verzeichneten sie 2004 mit 0,17% das zweitniedrigste ODA/BNE-Verhältnis.

Verpflichtung auf die MDG. Die Vereinigten Staaten bekennen sich zu der Herausforderung der Millenniumserklärung, den Anteil der in äußerster Armut lebenden Menschen bis zum Jahr 2015 zu halbieren. Die strategischen Ziele der US-Behörde für Internationale Entwicklung (USAID) (Wirtschaftswachstum, Landwirtschaft und Handel, weltweite Gesundheitsförderung, Demokratie, Konfliktverhütung und humanitäre Hilfe) werden als wesentliche Voraussetzung für eine nachhaltige Armutsminderung und die Erreichung spezifischer MDG-Zielvorgaben angesehen, obwohl diese Vorgaben im USAID-Programm nicht als operationelles Planungsziel verwendet werden. Die Vereinigten Staaten sind der Auffassung, dass vom privaten Sektor generiertes Wachstum für die Armutsbekämpfung von entscheidender Bedeutung ist.

EZ-Wirksamkeit. Die 2002 angekündigte Initiative *New Compact for Development* (Neue Allianz für Entwicklung) plädiert für Kooperation zwischen den mit Entwicklung befassten Akteuren, auf internationaler Ebene ebenso wie im eigenen Land. Die in der Entwicklungszusammenarbeit tätigen US-Ortsbüros werden zur Zusammenarbeit mit lokalen Partnern angehalten, um Überschneidungen zu vermeiden, die Gesamteffizienz zu steigern und die Übernahme von Eigenverantwortung durch das Empfängerland zu unterstützen. Innerhalb des US-Systems finanziert das USAID eine „Globale Entwicklungsallianz“, die eine engere Partnerschaft unter amerikanischen Akteuren zum Ziel hat, die im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit tätig sind (NRO, Stiftungen, akademische Einrichtungen und Unternehmen). USAID unterhält verschiedene internationale Partnerschaften zu Themen wie HIV/AIDS. Seit der Verabschiedung des *Government Results Performance Act* von 1993 verwendet USAID ein System, das es ermöglicht, die Ergebnisse in einem koordinierten, alle Planungs-, Umsetzungs- und Monitoring-Aktivitäten umfassenden Prozess zu verfolgen. Das umfangreiche MCA-Programm, das sich noch immer im Anfangsstadium befindet, legt bei operationellen Vorhaben Leistungskriterien zu Grunde.

Politikkohärenz. In den jeweiligen Ländern gewährleistet der US-Botschafter die Kohärenz und die Koordinierung im so genannten „Country Team“ der Botschaft. In Washington wird die Koordinierung zwischen den für Entwicklungszusammenarbeit verantwortlichen Stellen derzeit verstärkt, hier bedarf es aber immer noch eines umfassenderen und systematischeren Ansatzes. Der Nationale Sicherheitsrat fördert die Kohärenz zwischen den verschiedenen Ressorts durch eine Reihe hochrangiger Ausschüsse für Politikkoordinierung, darunter ein Ausschuss, der sich mit Entwicklungsfragen befasst.



Profile der Nicht-DAC-Geber

Der DAC führt die größten EZ-Geber der OECD zusammen. Allerdings spielen in der Entwicklungszusammenarbeit auch andere Geber innerhalb und außerhalb der OECD eine immer wichtigere Rolle. Die MDG8 fordern eine globale Partnerschaft im Dienst der Entwicklung. Gleichzeitig sind die Informationen über die Leistungen von Nicht-DAC-Akteuren begrenzt, und es besteht häufig ein Mangel an Koordination mit der traditionellen Gebergemeinschaft. Im vergangenen Jahr hat der DAC versucht, hier Abhilfe zu schaffen, indem er seinen Dialog mit Nicht-DAC-Gebern als Partner der Entwicklungszusammenarbeit ausweitete.

Anfang 2005 haben der DAC und das UNDP das Forum über Partnerschaften für eine wirksamere Entwicklungszusammenarbeit veranstaltet. Das Forum endete mit der Forderung nach einem stärker strukturierten und nachhaltigen Dialog, einschließlich eines besseren Informations- und Wissensaustauschs, zur Erreichung einer größeren EZ-Wirksamkeit. Im September 2005 bot eine informelle Tagung mit EZ-Managern aus Nicht-DAC-Geberländern wertvolle Perspektiven in der Frage, wie dieses gegenseitige Engagement konkretisiert werden kann.

Als anerkannte Quelle für EZ-Statistiken ist der DAC bemüht, auf der Basis vergleichbarer Daten einen so umfassenden Überblick wie eben möglich über die weltweiten ODA-Leistungen zu bieten. Bisher konnte dieses Ziel nur zum Teil erreicht werden. Es steht zu hoffen, dass in Zukunft weitere wichtige Nicht-DAC-Geber ebenfalls mit der Berichterstattung über ihre ODA-Leistungen beginnen werden, damit ihre Anstrengungen gebührend anerkannt und gewürdigt werden und ein vollständigeres Bild der globalen EZ-Leistungen erstellt werden kann.

Die nachstehenden Abschnitte enthalten Informationen zu den Programmen der Nicht-DAC-Geber. Die von diesen Gebern zur Verfügung gestellten Daten sind in Tabelle 33 des Statistischen Anhangs des vorliegenden Berichts einbezogen worden.

Nicht-DAC-OECD-Mitglieder

Island

2004 beliefen sich die isländischen ODA-Auszahlungen insgesamt auf 21,2 Mio. US-\$ bzw. 0,18% des BNE. Die bilateralen EZ-Leistungen erhöhten sich von 14 Mio. US-\$ im Jahr 2003 auf 16,4 Mio. US-\$ im Jahr 2004 und machten 77% der ODA-Gesamtleistungen aus. Die Beiträge an multilaterale Stellen erhöhten sich von 3,7 Mio. US-\$ im Jahr 2003 auf 4,9 Mio. US-\$ im Jahr 2004. Im Frühjahr 2004 stellte die Regierung Islands ein ODA-Ziel von 0,35% des BIP bis 2009 auf.

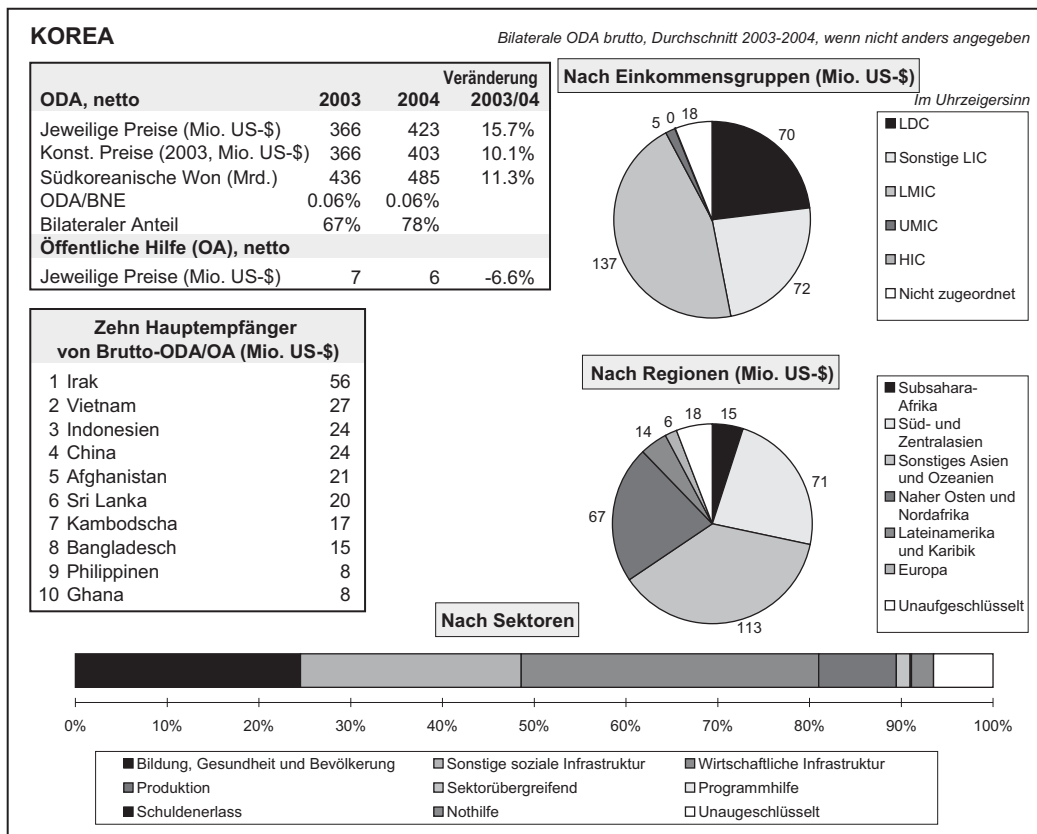
Die Isländische Behörde für Internationale Entwicklung (ICEIDA), eine dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten angegliederte autonome Institution, war 2004 für 33% der isländischen ODA-Leistungen verantwortlich. Die ICEIDA ist in Malawi, Mosambik, Namibia und Uganda tätig und initiierte 2004 mit Sri Lanka und Nicaragua Gespräche über eine mögliche bilaterale Zusammenarbeit. 2005 wurde ein allgemeines Abkommen über Entwicklungszusammenarbeit zwischen Island und Sri Lanka unterzeichnet, und im Anschluss daran richtete ICEIDA ein Länderbüro in Colombo ein.

Auf die isländische Krisenreaktionseinheit (ICRU) des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, die Friedensoperationen unterstützt, entfielen 2004 nahezu 24% der ODA-Leistungen. Sie entsandte in Zusammenarbeit mit anderen bilateralen und multilateralen Stellen Zivilexperten nach Afghanistan, Bosnien und Herzegowina, in den Kosovo und nach Sri Lanka.

Die multilaterale Entwicklungszusammenarbeit nimmt in der isländischen Politik gegenüber den Entwicklungsländern einen immer größeren Stellenwert ein, was sich u.a. in der verstärkten Zusammenarbeit mit der Weltbankgruppe, der FAO und dem UNDP niederschlägt.

Korea

Der starke Zuwachs der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit ließ die koreanischen ODA-Leistungen 2004 auf 423 Mio. US-\$ steigen, was gegenüber 2003 einer realen Erhöhung um 10,1% entspricht. Die bilateralen EZ-Leistungen, die zu einem bedeutenden Anteil aus Zuschüssen an den Irak und Afghanistan bestehen, machten 78% der gesamten ODA aus. 64% der bilateralen ODA wurden in Form von Zuschüssen gewährt. Die multilateralen EZ-Leistungen sanken gegenüber 2003 um 23%, mit dem Beitritt Koreas zur IDB im Jahr 2005 wird aber erneut mit einem Anstieg gerechnet. Die Beiträge an VN-Einrichtungen und die Weltbankgruppe machten 71% der multilateralen Leistungen aus.



Ein Großteil der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit (82%) ging an die asiatische Region. Erklären lässt sich diese Konzentration z.T. durch die geographische Nähe und das Interesse vieler asiatischer Länder, dem koreanischen Modell zu folgen. Die Sektoren soziale und wirtschaftliche Infrastruktur machten jeweils 54% und 31% der bilateralen ODA aus. Weiter aufgeschlüsselt entfielen auf Staat und Zivilgesellschaft sowie den Gesundheitssektor die größten Einzelanteile von jeweils 14%, es folgten die Bereiche Kommunikation (12%), Verkehrswesen (12%) und Bildung (11%).

Im Jahr 2004 blieb das ODA/BNE-Verhältnis mit 0,06% unverändert. Der Aufwärtstrend bei den ODA-Leistungen wird sich auf Grund der Entschlossenheit Koreas, die ODA-Leistungen bis 2009 zu verdoppeln, fortsetzen. Mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft ist Korea zur elftgrößten Volkswirtschaft der Welt geworden und bemüht sich nun, für die empfangene Unterstützung eine Gegenleistung zu erbringen und die gesammelten Erfahrungen mit anderen Ländern zu teilen.

Mexiko

Mexiko strebt die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele an und ist sich der wichtigen Rolle der internationalen Zusammenarbeit in dieser Hinsicht bewusst. Die wichtigsten Ziele der mexikanischen Entwicklungszusammenarbeit bestehen darin, zum Aufbau nationaler Kapazitäten und zum Erreichen sozialer Stabilität und wirtschaftlicher Integration in der Region beizutragen.

Im Jahr 2004 umfasste die mexikanische internationale Entwicklungszusammenarbeit 672 Projekte in so unterschiedlichen Bereichen wie Bildung, Umwelt, Wissenschaft, soziale Entwicklung, Landwirtschaft, Gesundheitsversorgung, Kultur und Energie. Die Hauptempfänger waren Zentralamerika, die Karibik und Südamerika.

Das Land befindet sich im Frühstadium der Einrichtung eines Monitoring- und Evaluierungssystems für die Entwicklungszusammenarbeit und bemüht sich aktiv, die Beobachtung der von den ODA-Leistungen erbrachten Ergebnisse zu verbessern.

Polen

2004 erreichten die polnischen ODA-Leistungen 117,5 Mio. US-\$ bzw. 0,05% des BNE. Die bilaterale ODA belief sich insgesamt auf 24,9 Mio. US-\$, während 92,6 Mio. US-\$ (d.h. 79% der ODA-Gesamtleistungen) über multilaterale Institutionen geleitet wurden, vor allem das Entwicklungsbudget der Europäischen Kommission. Die OA-Leistungen beliefen sich auf 20 Mio. US-\$, von denen 4,6 Mio. US-\$ bilaterale Leistungen waren.

Zu den größten Empfängern polnischer bilateraler ODA-Leistungen zählten China, Äthiopien, Kasachstan, Serbien und Montenegro sowie Vietnam. Der Großteil der OA ging an Belarus, Litauen, Russland und die Ukraine. Wie bereits 2003 wurden die polnischen EZ-Leistungen hauptsächlich in Form von Technischer Zusammenarbeit, vergünstigten Krediten, Schuldenerleichterung und humanitärer Hilfe erbracht. Auch die Hilfe für Flüchtlinge aus Entwicklungs- und Transformationsländern machte 2004 einen bedeutenden Anteil der polnischen EZ-Leistungen aus.

Polen plant eine Erweiterung des Spektrums seiner bilateralen EZ-Aktivitäten. Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten erarbeitet derzeit eine ODA-Strategie für den Zeitraum 2006-2010. Beschrieben werden sollen in dieser Strategie die wichtigsten Orientierungen, prioritäre Bereiche wie auch Modalitäten der EZ-Abwicklung, unter Einbeziehung von allgemeiner Budgethilfe und Sektorkonzepten. Die neue Strategie wird auch Vorkehrungen zur Anpassung des polnischen ODA-Programms an die Grundsätze für die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit beinhalten, wie sie in der Erklärung von Paris dargelegt sind.

Slowakische Republik

Im Jahr 2004 beliefen sich die slowakischen ODA-Auszahlungen insgesamt auf 28,2 Mio. US-\$ bzw. 0,07% des BNE, gegenüber 0,05% des BNE im Jahr 2003. Dieser Anstieg des ODA/BNE-Verhältnisses erklärt sich aus einer Aufstockung der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit (12,8 Mio. US-\$) nach den Beitragszahlungen zum Entwicklungsbudget der Europäischen Kommission. Die bilateralen EZ-Leistungen der Slowakischen Republik machten 38% der gesamten ODA und 62% der multilateralen Leistungen aus. 2004 stellte die Slowakische Republik außerdem 2,9 Mio. US-\$ in Form von OA bereit.

Im April 2005 billigte die Regierung ein neues *Jahresprogramm*, das die Vergabe von 5 Mio. US-\$ für neue Projekte vorsieht, darunter 1,8 Mio. US-\$ für bilaterale Leistungen an Serbien und Montenegro und 2,7 Mio. US-\$ an 13 Schwerpunktländer: Afghanistan, Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kambodscha, Kasachstan, Kenia, Kirgisistan, Mazedonien, Mongolei, Mosambik, Sudan, Tadschikistan und Usbekistan.

Die Slowakische Republik setzt sich für die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele ein, indem sie ihre Leistungen auf soziale Infrastrukturen konzentriert, darunter Gesundheitsversorgung und Bildung, nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und Umwelt sowie die Verankerung demokratischer Institutionen und der Marktwirtschaft. Entsprechend dem vom Rat der Europäischen Gemeinschaft aufgestellten Ziel eines ODA/BNE-Verhältnisses von 0,17% im Jahr 2010 werden die Leistungen in den künftigen Jahresprogrammen aufgestockt.

Tschechische Republik

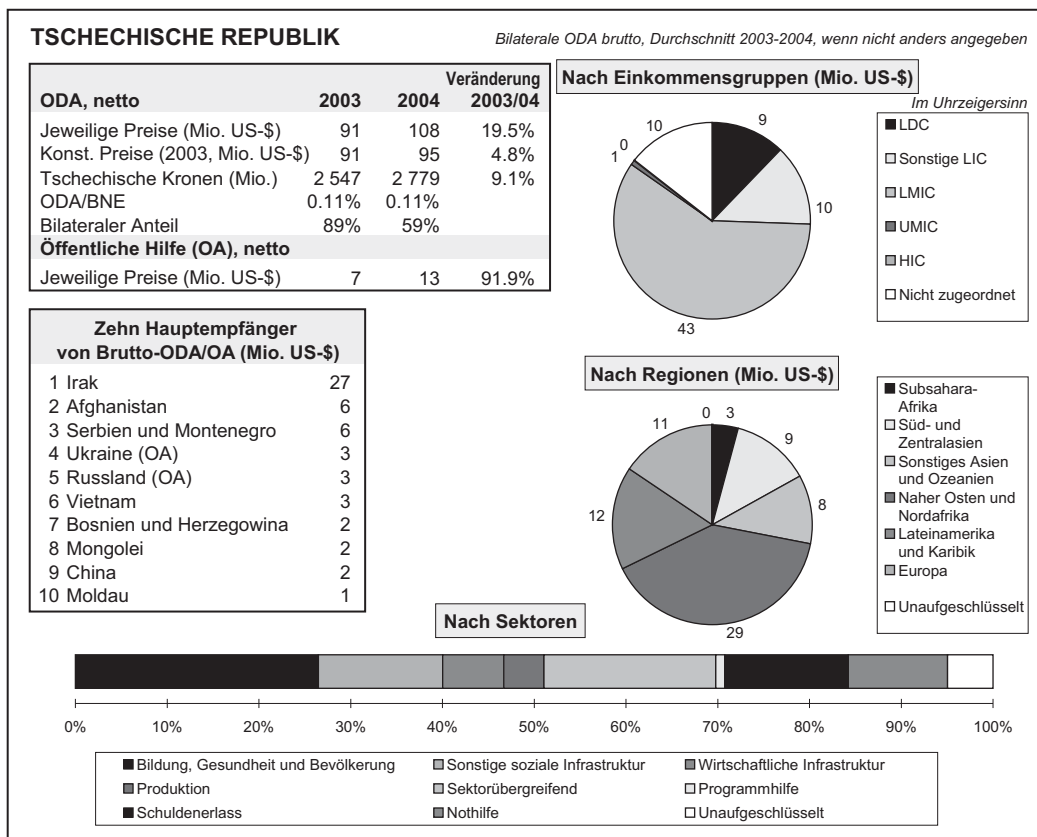
Die ODA-Leistungen der Tschechischen Republik erhöhten sich 2004 in realer Rechnung um 5% auf 108,2 Mio. US-\$, d.h. auf 0,11% des BNE. Zurückzuführen war der Anstieg hauptsächlich auf den tschechischen Beitrag zum Entwicklungsbudget der Europäischen Kommission (33,6 Mio. US-\$). Die tschechischen OA-Leistungen an Transformationsländer beliefen sich 2004 auf 13,5 Mio. US-\$, von denen nahezu 10 Mio. US-\$ an mittel- und osteuropäische sowie NUS-Länder gingen. Alle Leistungen wurden in Form von Zuschüssen gewährt.

Die tschechischen ODA-Leistungen erstreckten sich im Jahr 2004 auf bilaterale Investitionsprojekte (etwa 13% der Gesamtleistungen), Technische Zusammenarbeit sowie Stipendienprogramme (jeweils 7% und 3%), Sonderprogramme für den Nahen Osten und den Balkan (14%), Flüchtlingshilfe und sonstige humanitäre Hilfe (7% bzw. 2%), Schuldenerleichterungen (10%) sowie Verwaltungsaufwand, einschließlich Kosten für die Sensibilisierung der Öffentlichkeit (4%). Multilaterale EZ-Leistungen (vor allem der Beitrag an das Entwicklungsbudget der Europäischen Kommission) beliefen sich auf 41% der Gesamtleistungen. Die bilateralen EZ-Leistungen gingen hauptsächlich an den Balkan, den Nahen Osten (Irak und Afghanistan) sowie Südostasien. Die wichtigsten Themen waren gute Staats- und Regierungsführung, Umweltschutz, Bildung und Gesundheitsversorgung.

Im Jahr 2004 verabschiedete die Regierung nach dem Beitritt der Tschechischen Republik zur Europäischen Union neue Grundsätze für internationale Entwicklungszusammenarbeit. Diese dienen der Unterstützung mittelfristiger Programme in acht Schwerpunktländern – Angola, Bosnien und Herzegowina, Moldau, Mongolei, Serbien und Montenegro, Vietnam, Jemen und Sambia.

Türkei

Im Jahr 2004 stiegen die ODA-Leistungen der Türkei auf 339,2 Mio. US-\$, gegenüber 66,6 Mio. US-\$ im Jahr 2003. Das ODA/BNE-Verhältnis nahm von 0,04% auf 0,11% zu. Türkischen Angaben zufolge erhöhten sich die OA-Leistungen von 7,9 Mio. US-\$ im Jahr 2003 auf 100,5 Mio. US-\$ im Jahr 2004. Zurückzuführen sind diese kräftigen Steigerungen auf eine grundlegende Reform der türkischen Berichterstattungssysteme nachdem die Zuständigkeit im April 2005 an die Türkische Internationale Agentur für Zusammenarbeit (TICA) übertragen wurde.



Die TICA ist die wichtigste mit der Verwaltung der türkischen Entwicklungszusammenarbeit befasste Institution. Sie ist eine autonome, dem Premierminister unterstellte Einrichtung der Technischen Zusammenarbeit. Sie setzt sich für die institutionelle Entwicklung und Verbesserung der Humanressourcen in den Partnerländern ein. Die Technische Zusammenarbeit erfolgt in verschiedenen Bereichen, darunter Entwicklung des Privatsektors, Landwirtschaft, Gesundheit, Umwelt, Steuerwesen, Bankwesen, Infrastruktur, Gesetzgebung und Fremdenverkehr.

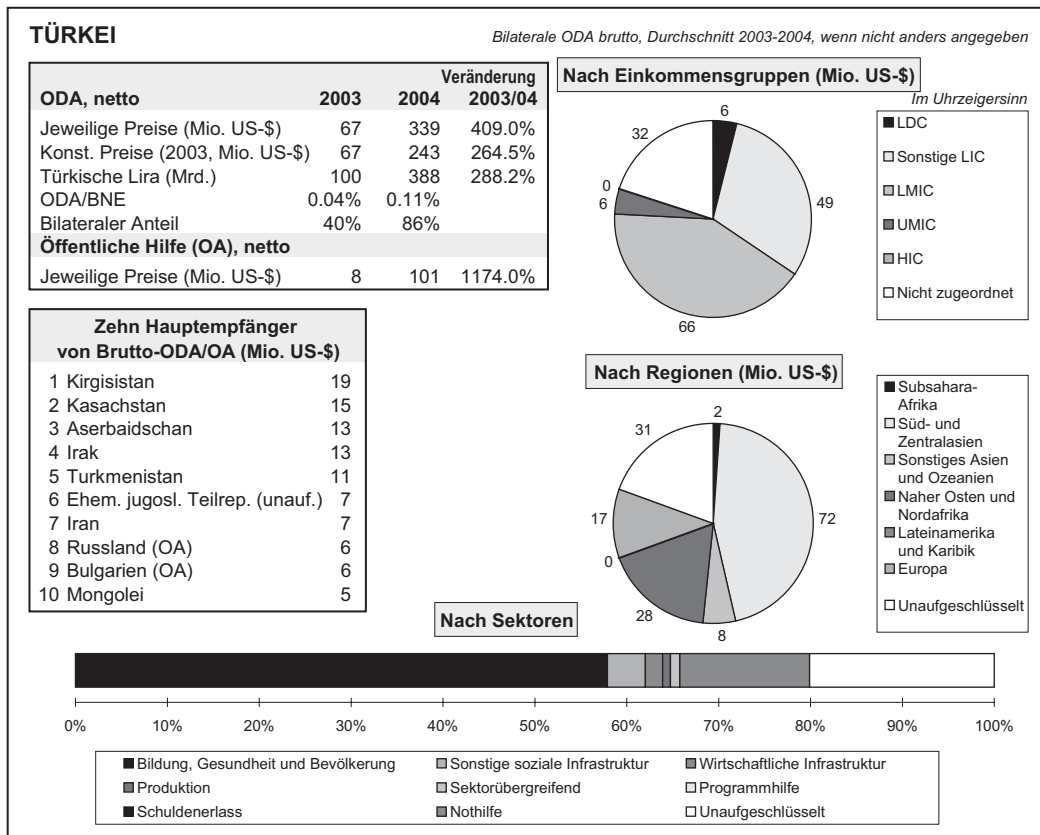
Um die Auslandsoperationen zu erleichtern, hat die TICA in 17 Ländern und Regionen Ortsbüros eingerichtet: Afghanistan, Albanien, Aserbaidschan, Bosnien und Herzegowina, Äthiopien, Georgien, Kasachstan, Serbien und Montenegro (Kosovo), Kirgisistan, Mazedonien, Moldau, Mongolei, Palästinensische Autonomiegebiete, Tadschikistan, Turkmenistan, Ukraine und Usbekistan.

Ungarn

Im Jahr 2004 stellte Ungarn 55,3 Mio. US-\$ für Entwicklungszusammenarbeit bereit, was 0,06% seines BNE entspricht. Hiervon entfielen etwa 35 Mio. US-\$ auf den ungarischen EZ-Beitrag an die Europäische Kommission, während sich die bilateralen Leistungen auf etwa 21 Mio. US-\$ beliefen. Die bilateralen Leistungen flossen hauptsächlich nach Europa und Asien. Außerdem zahlte Ungarn 11,7 Mio. US-\$ in Form von OA-Leistungen aus, davon 75% in Form bilateraler EZ-Leistungen an mittel- und osteuropäische sowie NUS-Länder.

Zu den strategischen Partnern Ungarns zählten Bosnien und Herzegowina, Serbien und Montenegro, die Palästinensischen Autonomiegebiete und Vietnam. China, Kirgisistan, Mazedonien, Moldau, die Mongolei und die Ukraine sind die weiteren Partnerländer. Unter den am wenigsten entwickelten Ländern weitete Ungarn seine EZ-Leistungen an Kambodscha, Äthiopien, Laos und Jemen aus. Ferner unterstützte das Land Bemühungen der internationalen Gemeinschaft zur Hilfe für Afghanistan und den Irak bei der Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit und beim Demokratieaufbau.

Was die EZ-Sektoren betrifft, so setzte Ungarn den Austausch seiner während der Phase des politischen und wirtschaftlichen Übergangs und des nachfolgenden Beitritts zur Europäischen Union gesammelten Erfahrungen im Bereich Regierungsreformen fort. Ferner erweiterte es das Spektrum seiner Leistungen in Form von Wissenstransfer sowie Aktivitäten in den Bereichen Bildung und Ausbildung, Gesundheitsdienstleistungen, Landwirtschaft und Wassermanagement.



Nicht-OECD-Geberländer

Estland

2004 zahlte Estland ODA-Mittel in Höhe von 4,9 Mio. US-\$ aus, von denen 0,6 Mio. US-\$ bilateraler und der Rest multilateraler Natur waren, davon 3,3 Mio. US-\$ als Beitrag zum Entwicklungsbudget der Europäischen Kommission. Die OA-Leistungen beliefen sich auf über 3 Mio. US-\$.

Estland gibt seine Reformenerfahrungen und sein praktisches Wissen an Länder weiter, die am Know-how des Landes interessiert sind, vor allem die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) und Balkanländer, darunter Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Kirgisistan, Moldau, Tadschikistan und Ukraine. Zu den Bereichen der Zusammenarbeit zählen u.a. WTO-Beitrittsverhandlungen, Reformen der nationalen Gesundheitssysteme und Einführung von Informationstechnologien in der öffentlichen Verwaltung. Ziel der Entwicklungszusammenarbeit des Landes ist die Gewährleistung einer langfristigen Stabilität und nachhaltigen Entwicklung in den Empfängerländern.

Israel

Die ODA-Auszahlungen Israels beliefen sich 2004 insgesamt auf 65,8 Mio. US-\$, wovon 87% bilateraler und 13% multilateraler Natur waren. Von den bilateralen Leistungen gingen 50% an Afrika und 30% an Asien. In den ODA-Angaben enthalten sind die im ersten Jahr anfallenden Ausgaben für neu ankommende Personen aus Entwicklungsländern, in denen häufig Bürgerkriege oder schwere Unruhen herrschen, bzw. für Personen, die ihr Herkunftsland aus humanitären, religiösen oder politischen Gründen verlassen haben.

Die ODA-Leistungen Israels werden durch verschiedene Ministerien bereitgestellt. Das Zentrum für Internationale Entwicklungszusammenarbeit des israelischen Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten (MASHAV) bietet in Israel und im Ausland Beratungen und Ausbildungskurse an. Ein Teil der Aktivitäten des MASHAV wird in Zusammenarbeit mit anderen Ländern und internationalen Institutionen bzw. bei integrierten regionalen Projekten mit deren finanzieller Unterstützung durchgeführt. Die Prioritäten der MASHAV-Aktivitäten liegen auf der Armutsbekämpfung, Nahrungsmittelsicherheit, Befähigung der Frauen und Verbesserung der gesundheitlichen Grundversorgung sowie Bildungsleistungen.

Das MASHAV verfügt über ein umfassendes Kursangebot in Bereichen wie Landwirtschaft, Medizin und öffentliche Gesundheit, Wissenschaft und Technologie, Management und Unternehmertum, Bildung sowie wirtschaftliche und soziale, kommunale und ländliche Entwicklung.

Kuwait

Nach großen Fluktuationen in den vergangenen Jahren stiegen die ODA-Leistungen Kuwaits 2004 auf 208,6 Mio. US-\$.

Der Löwenanteil der EZ-Leistungen des Landes (155,8 Mio. US-\$) ging nach Asien, vor allem an den Nahen Osten und Süd- bzw. Zentralasien. 18% der bilateralen Leistungen flossen nach Afrika, die Hälfte davon nach Nordafrika. Europa, Ozeanien und Amerika sind ebenfalls in das kuwaitische EZ-Programm einbezogen. Außerdem stellt Kuwait im Rahmen multilateraler ODA-Leistungen etwa 24 Mio. US-\$ zur Verfügung.

Der kuwaitische Fonds für Arabische Entwicklung ist mit den Auszahlungen der bilateralen ODA-Leistungen des Landes beauftragt und leitet auch Ressourcen an multilaterale Entwicklungsinstitutionen weiter. Er vergibt vergünstigte Kredite und Zuschüsse, letztere für technische, wirtschaftliche und finanzielle Studien, die häufig mit EZ-Investitionen in Zusammenhang stehen. Die Partnerländer mit dem höchsten Kreditvolumen im Jahr 2004 waren Bahrain, Bangladesch, China, Ägypten und Mauretanien. Die größten Empfänger von Zuschüssen waren Afghanistan, Bahrain und die Palästinensischen Autonomiegebiete. Zu den Partnern des Kuwait-Fonds in den Empfängerländern zählen die Zentralregierung und regionale staatliche Stellen, öffentliche Versorgungseinrichtungen sowie sonstige öffentliche Institutionen. Der sektorspezifische Schwerpunkt der EZ-Leistungen liegt auf der Infrastrukturentwicklung in den Bereichen Verkehrswesen, Landwirtschaft und Bewässerung, Wasserversorgung und Abwasserreinigung, Energie sowie soziale Entwicklung.

Lettland

Die ODA-Gesamtleistungen Lettlands stiegen 2004 auf 8,3 Mio. US-\$ bzw. 0,06% des BNE. Bedingt war dieser Anstieg weitgehend durch den Beitritt des Landes zur Europäischen Union. Etwa 97% der ODA-Leistungen Lettlands wurden über multilaterale Kanäle ausgezahlt, vor allem die Europäische Kommission, VN-Einrichtungen, IWF, Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD) sowie die Internationale Migrationsorganisation (IOM). Bilaterale ODA-Leistungen wurden ad hoc im Rahmen von Projekten der Technischen Zusammenarbeit eingesetzt.

2004 gingen die bilateralen Leistungen hauptsächlich an die Balkanländer (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kroatien und Mazedonien (EJR), Moldau und Länder in Süd- und Zentralasien (Georgien, Kasachstan und Usbekistan). Darüber hinaus erhielt der Iran nach dem Erdbeben von Bam humanitäre Hilfe.

Im Jahr 2005 wird das EZ-Budget zum ersten Mal getrennt ausgewiesen. Der *Politikplan für 2005* definiert die wichtigsten Aktivitätsbereiche für die Entwicklungszusammenarbeit: Förderung einer demokratischen Zivilgesellschaft, Förderung nationaler Wirtschaftsreformen, Unterstützung bei Reformen der öffentlichen Verwaltung und des Sicherheitssystems sowie Bereitstellung Technischer Zusammenarbeit in den Bereichen Umweltschutz, Bildung, Sozialarbeit, Gesundheit, innerstaatliche und rechtliche Angelegenheiten. Die Schwerpunktempfängerländer lettischer Leistungen sind Belarus, Georgien, Moldau, Ukraine und Usbekistan.

Litauen

Die ODA-Leistungen Litauens beliefen sich 2004 insgesamt auf 9,08 Mio. US-\$, wovon 0,8 Mio. US-\$ bilaterale und 8,28 Mio. US-\$ multilaterale Leistungen waren, in denen ein Beitrag in Höhe von 7,09 Mio. US-\$ an den Entwicklungshaushalt der Europäischen Kommission inbegriffen ist. Litauen stellte zusätzlich OA in Höhe von 6,75 Mio. US-\$ bereit, wovon der Löwenanteil wiederum an die Europäische Kommission ging.

Litauen konzentriert den Großteil seiner bilateralen EZ-Leistungen vor allem auf regionale Projekte auf dem Balkan, in Belarus, im Kaukasus, in der Region um Kaliningrad, in Moldau und in der Ukraine, unterhält aber auch EZ-Projekte in Afghanistan und im Irak. Die humanitäre Hilfe, die im Fall von Naturkatastrophen geleistet wird, geht gewöhnlich an Länder in Nachbarregionen sowie am stärksten betroffene Länder.

Litauen bemüht sich darum, nach dem selbst durchlaufenen Prozess der Politik- und Wirtschaftsreformen die so erworbenen komparativen Vorteile an Entwicklungsländer weiterzugeben. Die EZ-Bemühungen konzentrieren sich auf die Bereiche Demokratisierung, Menschenrechte, gute Staats- und Regierungsführung, Marktformen, Justiz und innere Angelegenheiten, europäische Integration, Gesundheitsversorgung und soziale Sicherheit, Kultur, Bildung und Umweltprobleme.

Saudi-Arabien

Saudi-Arabien weist unter den Nicht-OECD-Gebern das wohl größte bekannte ODA-Programm auf. Im Jahr 2004 zahlte Saudi-Arabien Leistungen in einer Gesamthöhe von 1,7 Mrd. US-\$ aus, von denen der Großteil bilateraler Natur war. Das ODA/BNE-Verhältnis betrug 0,69%.

Der *Saudi Fund* ist das wichtigste Instrument zur Vergabe der bilateralen EZ-Leistungen Saudi-Arabiens. Der Fonds behält einen unabhängigen finanziellen Status und wird von einem Direktorium verwaltet, dem der Finanzminister vorsitzt. Die ODA wird in Form von weichen Krediten direkt an die Regierungen der Partnerländer ver-

geben. Im Rahmen seiner vergünstigten Finanzierungsaktivitäten legt der *Saudi Fund* einen deutlichen Schwerpunkt auf die Zusammenarbeit mit anderen bilateralen und multilateralen Institutionen sowie die Kofinanzierung von Programmen und Projekten. Im Jahr 2004 hatte der Sektor der sozialen Infrastrukturen, vor allem Gesundheit und Bildung, Priorität. Die neuen Projektengagements des *Saudi Fund* von 2004 umfassen Vorhaben in Algerien, Ghana, Guinea, Jordanien, Mauretanien, Marokko, Ruanda, Sri Lanka, Tunesien und Jemen.

Chinesisch Taipeh

2004 beliefen sich die ODA-Leistungen von Chinesisch Taipeh auf 421 Mio. US-\$, wovon der Löwenanteil bilateraler Natur war. Stärkster regionaler Schwerpunkt war Afrika, gefolgt von Lateinamerika, der Karibik, Asien und der Pazifik-Region.

Die EZ-Leistungen von Chinesisch Taipeh werden seit 1996 über den Internationalen Kooperations- und Entwicklungsfond (ICDF) geleitet, der für seine internationalen Entwicklungsaktivitäten ein Dreijahresprogramm eingerichtet hat. Zu den ICDF-Leistungen zählen vergünstigte Darlehen, Technische Zusammenarbeit, Humanressourcenentwicklung sowie humanitäre Hilfe. Bei der Abwicklung seiner EZ-Leistungen verfolgt Chinesisch Taipeh die Strategie einer Kombination von staatlichen und privaten Leistungen und beabsichtigt in Zukunft, die Zusammenarbeit mit NRO auszubauen. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der öffentlichen Gesundheit und Medizintechnik sowie Informations- und Kommunikationstechnologie. Andere Bereiche der Zusammenarbeit umfassen die Formulierung der makroökonomischen Politik, Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU), Landwirtschaft und berufliche Bildung.

Kapitel 5

Technische Zusammenarbeit

Die Technische Zusammenarbeit (TZ) hat bei den EZ-Programmen stets eine zentrale Rolle gespielt. Sie ist jedoch ein umstrittener Bereich. In der Tat wurden die TZ-Programme wiederholt dafür kritisiert, dass sie zu kostspielig seien, nicht den Bedürfnissen der Partnerländer entsprächen oder deren Abhängigkeit verstärkten. In der Vergangenheit gingen die Geber generell davon aus, dass die Technische Zusammenarbeit der Kapazitätsentwicklung förderlich sein würde, doch erwies sich die Realität als wesentlich komplexer. In diesem Kapitel wird untersucht, inwieweit Statistiken – insbesondere die DAC-Statistiken über die EZ-Leistungen – Licht in diese kontroverse Debatte bringen können. Es gibt zudem einen Überblick über die jüngsten Vorschläge zur Verbesserung der Wirkung der Technischen Zusammenarbeit und beschreibt die laufenden Arbeiten des DAC, die darauf abzielen, die Daten zu verbessern.

Was ist Technische Zusammenarbeit?

Man kann sagen, dass Entwicklung zwei große Dimensionen beinhaltet. Die erste erstreckt sich auf die physische Infrastruktur, darunter die Gebäude, Versorgungseinrichtungen, Verkehrsmittel und Maschinen, die für die Produktion notwendig sind. Die zweite umfasst die in der Wirtschaft verfügbaren Kompetenzen und produktiven Fähigkeiten.

Die Technische Zusammenarbeit gehört zur zweiten Dimension und umfasst Aktivitäten, die auf eine Stärkung der Kapazität der Entwicklungsländer ausgerichtet sind. Sie lässt sich ihrerseits in zwei Kategorien untergliedern, da eine solche Stärkung entweder durch die direkte Bereitstellung externer Kompetenzen oder durch Anstrengungen erzielt werden kann, die Kapazitäten der lokalen Bevölkerung zu verbessern. Die DAC-Statistiken über die Technische Zusammenarbeit (TZ) konzentrieren sich auf den letzteren Aspekt und wurden daher als Hilfsindikator für die Messung der Kapazitätsentwicklung herangezogen. Diese Konzepte werden in Kasten 5.1 miteinander verglichen.

Technische Zusammenarbeit und Kompetenzentwicklung

Die Entwicklung von Kompetenzen stützt sich in allen Ländern auf interne Ressourcen und diese Ressourcen umfassen sowohl formale Bildungs- und Ausbildungssysteme als auch informelle Systeme für die Weitergabe traditionellen Wissens. Die formalen Bildungssysteme allein absorbieren jährlich eigene Haushaltsmittel der Entwicklungsländer in Höhe von nahezu 300 Mrd. US-\$ – d.h. etwa 15-mal so viel wie die erfassten Kosten der durch EZ-Programme finanzierten Technischen Zusammenarbeit. Zwischen den Ländern bestehen jedoch große Unterschiede. In einigen der ärmsten Länder der Welt können die TZ-Mittel die nationalen staatlichen Bildungsausgaben sogar übersteigen, wenn sie zu laufenden Wechselkursen bewertet werden (vgl. Abb. 5.1).

Den Arbeitgebern kommt in Bezug auf die Entwicklung von Kompetenzen ebenfalls große Bedeutung zu, z.T. wegen ihres Ausbildungsangebots, hauptsächlich aber deshalb, weil Kenntnisse und Fähigkeiten mit der Berufstätigkeit selbst weiterentwickelt werden können. Dieser Prozess lässt sich wahrscheinlich auf keine sinnvolle Art und Weise quantifizieren, und bei der Erstellung der DAC-Statistiken wird bewusst davon abgesehen, die TZ-Leistungen der in den Geberländern ansässigen Privatunternehmen zu schätzen. Dennoch ist klar, dass die Beschäftigung (in erster Linie im privaten Sektor, auf den der überwiegende Teil des produktiven Outputs entfällt) das wichtigste Instrument für die Entwicklung von Kompetenzen nach der formalen Bildung darstellt.

Komponenten der Technischen Zusammenarbeit

Zu den Hauptelementen der TZ-Programme der Geber gehören:

- Studienhilfe durch die Vergabe von Stipendien und Praktikantenplätzen;
- Bereitstellung von Personal, u.a. Experten, Lehrkräfte und Freiwillige aus dem Geberland oder Finanzierung entsprechenden Personals aus dem Empfängerland oder anderen Entwicklungsländern (Süd-Süd-Zusammenarbeit);
- Forschungsarbeiten über besondere Probleme der Entwicklungsländer, darunter auch über tropische Anbauprodukte und Krankheiten.

Diese Kategorien können sich überschneiden. Zum Beispiel können Angehörige eines Partnerlands ein Stipendium erhalten, um in einem Forschungsinstitut unter der Aufsicht eines staatlich besoldeten Professors Untersuchungen über ein Entwicklungsproblem durchzuführen.

Kasten 5.1 Kapazität, Kapazitätsentwicklung und Technische Zusammenarbeit

Kapazität ist die Fähigkeit von Menschen, Organisationen und Gesamtgesellschaft, ihre jeweiligen Funktionen erfolgreich wahrzunehmen. Diese Definition legt weder Entwicklungsziele noch Kriterien für die Messung diesbezüglicher Fortschritte fest, doch steht für die Geber die Förderung der zur Erreichung der MDG und anderer Entwicklungsziele erforderlichen Kapazitäten im Vordergrund.

Kapazitätsentwicklung ist der Prozess, durch den Menschen, Organisationen und Gesamtgesellschaft Kapazitäten initiieren, stärken, schaffen, anpassen und langfristig aufrechterhalten¹. Diese Definition hat weitgehend den Begriff „Kapazitätsaufbau“ abgelöst, der impliziert, dass etwas auf der Basis eines vorgegebenen Konzepts aus dem Nichts aufgebaut wird.

Die geberseitige Unterstützung der Kapazitätsentwicklung hat zum Ziel, das vorhandene Potenzial freizusetzen, zu kanalisieren und zu stärken. Kapazität ist somit das angestrebte Ergebnis, während TZ ein Input ist. Kapazität kann auch durch andere Leistungen als TZ entwickelt werden, z.B. durch bestimmte Programme der Finanziellen Zusammenarbeit (FZ).

Die DAC-Daten über TZ-Ausgaben liefern die beste Messgröße für die geberseitigen Anstrengungen der Kapazitätsentwicklung. Die 2005 angenommene Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit zieht die TZ in der Tat als Hilfsindikator für die Messung der Fortschritte heran, die bei Bemühungen um eine stärker koordinierte Unterstützung der Kapazitätsentwicklung erzielt werden². Dies ist insofern logisch, als die DAC-Statistiken nur die auf Kapazitätsentwicklung abzielende TZ erfassen, die auch als „nicht investitionsbezogene“ TZ bezeichnet wird. „Investitionsbezogene“ TZ, d.h. die Bereitstellung von Expertise zur Unterstützung eines physischen Projekts, fällt in den Bereich der Projekthilfe. Die von den DAC-Mitgliedern intern verwendeten TZ-Definitionen weichen mitunter von dieser Abgrenzung ab, obwohl sie bemüht sind, sich bei der DAC-Berichterstattung an diese Definition zu halten³.

Der zunehmende internationale Konsens über die Bedeutung der Kapazitätsentwicklung stützt sich auf zwei miteinander verknüpfte Erkenntnisse:

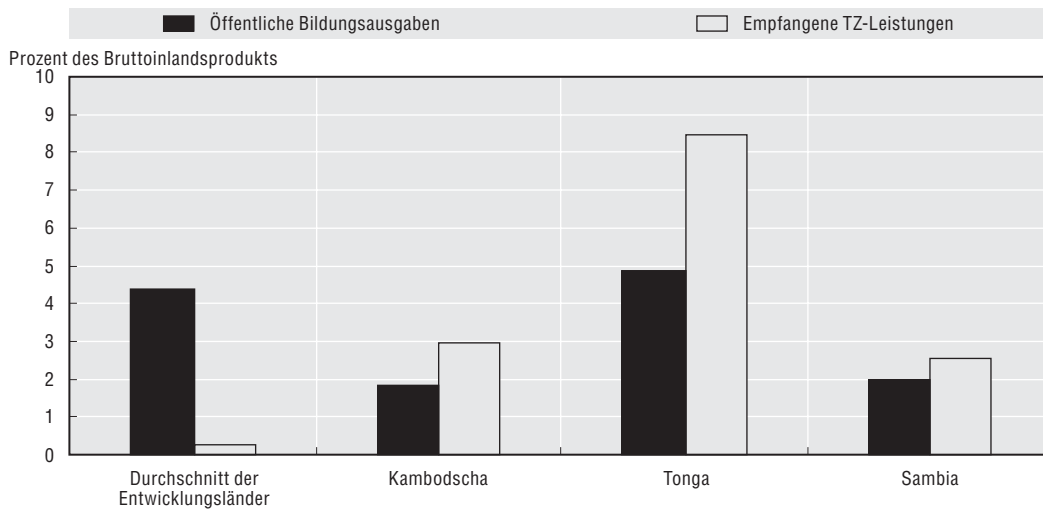
- Die Kapazität eines Landes ist der Schlüssel zu einem rascheren Wirtschaftswachstum und zur Reduzierung der Armut. Dies gilt sowohl für allgemeine Kapazitäten (z.B. Planung und Management organisatorischer Veränderungen und Dienstleistungsverbesserungen) als auch für spezifische Kapazitäten in kritischen Bereichen (z.B. öffentliches Finanzmanagement oder Handelsverhandlungen). Die Kapazität im öffentlichen Sektor ist häufig ein bedeutendes Hemmnis für die Kapazitätsentwicklung in der Privatwirtschaft und im privaten Sektor generell.
- Die Eigenverantwortung eines Landes ist der Grundpfeiler des heutigen Verständnisses von EZ-Effektivität und wirksamer Entwicklung. Die Eigenverantwortung des Partnerlands für Maßnahmen und Programme setzt jedoch voraus, dass das Land über die Kapazität verfügt, diese Verantwortung effektiv zu übernehmen. Ohne ausreichende lokale Kapazität kann es nicht zur Übernahme von Eigenverantwortung kommen⁴.

Diese Betrachtungen liegen den Empfehlungen für eine verstärkte Wirksamkeit der Technischen Zusammenarbeit zu Grunde, wie sie in der Erklärung von Paris sowie einem demnächst erscheinenden DAC-Leitfaden für bewährte Praktiken der Kapazitätsentwicklung enthalten sind.

1. OECD, *The Challenge of Capacity Development: Working Towards Good Practice*, erscheint demnächst.
2. OECD (2005), Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit. Vgl. insbesondere Indikator 4.
3. Das Creditor Reporting System sieht zwar die Möglichkeit vor, andere, nach Sektoren aufgeschlüsselte TZ im Zusammenhang mit Investitionsvorhaben anzugeben, doch bereitet es den meisten Mitgliedern große Schwierigkeiten, diese Beträge getrennt zu berechnen. Sie müssen gleichwohl einen beträchtlichen Umfang erreichen, denn bei den meisten Infrastrukturprojekten entfällt, selbst in den Geberländern, nach wie vor ein hoher Anteil auf die Kosten für qualifiziertes Personal. Die „investitionsbezogene“ und die „nicht investitionsbezogene“ TZ dürften zusammengenommen etwa die Hälfte der gesamten ODA ausmachen. Wegen einer Übersicht über die seinerzeit gebräuchlichen Definitionen der TZ in verschiedenen EZ-Institutionen, vgl. Eliot J. Berg (1993), *Rethinking Technical Co-operation: Reforms for Capacity Building in Africa*, UNDP, New York, 1993, S. 42-47.
4. Francis Fukuyama folgert daraus, dass die Geber die Kapazität als solche zum prioritären Ziel aller EZ-Aktivitäten erklären sollten, anstatt sich auf Dienstleistungen, Infrastruktur oder andere Ergebnisse zu konzentrieren, die sie gewöhnlich als Ziel ihrer Entwicklungszusammenarbeit bezeichnen. Vgl. *State Building: Governance and World Order in the 21st Century*, Ithaca, NY, 2004, vor allem S. 82-91, 99-104.

Abbildung 5.1 **Die Technische Zusammenarbeit übersteigt in einigen armen Ländern die Bildungsausgaben**

Daten von 2001



Auch sind die Grenzen der Technischen Zusammenarbeit relativ vage. Die Technische Zusammenarbeit ist oft ein wichtiger Bestandteil von Infrastrukturprojekten, die in den DAC-Statistiken nicht als TZ ausgewiesen werden. Andererseits können TZ-Aktivitäten, wie wissenschaftliche Forschung oder Kapazitätsentwicklung im Gesundheits- und Bildungsbereich, die Lieferung von Ausrüstungen und Material umfassen.

Trotz dieser Definitionsprobleme können die DAC-Statistiken eine ungefähre Vorstellung von der Größenordnung der TZ-Finanzierung vermitteln. Die im Rahmen „nicht investitionsbezogener“ Technischer Zusammenarbeit erbrachten Leistungen beliefen sich 2004 auf 19 Mrd. US-\$, was etwa einem Viertel der gesamten Netto-ODA entspricht. Die wichtigsten TZ-Kategorien waren Studienhilfe und die Bereitstellung von Experten, während die Entwicklungsforschung eine geringere Rolle spielte. Etwa ein Drittel der TZ-Leistungen dient der Finanzierung von Projekten zur Kapazitätsentwicklung.

Stipendien machen das Gros der Ausgaben für Studienhilfe aus. Es gibt fast ebenso viele Praktikantenplätze, jedoch sind deren Kosten auf Grund der kürzeren Dauer geringer. Bei den Personalausgaben entfällt der Löwenanteil auf Experten, da diese zahlreicher sind und höhere Gehälter und Zulagen erhalten als Lehrer und Freiwillige.

Der Anteil der Technischen Zusammenarbeit an den Programmen der DAC-Geber

Der TZ-Anteil an den Geberprogrammen variiert, und obwohl sich die Unterschiede bis zu einem gewissen Grad aus Differenzen bei den jeweiligen Definitionen erklären, entsprechen sie doch größtenteils der Realität. Dabei tritt ein interessantes Muster zu Tage. Wie Abbildung 5.2 zeigt, besteht eine eindeutige, wenn auch nicht sehr ausgeprägte Korrelation zwischen hohen Pro-Kopf-EZ-Ausgaben und geringen TZ-Anteilen. Mit anderen Worten, je höher das Leistungsvolumen der Geber ist, umso weniger werden Leistungen in Form Technischer Zusammenarbeit vergeben.

Dies ist wahrscheinlich durch mehrere Faktoren bedingt. Erstens handelt es sich bei den gemessen am ODA/BNE-Verhältnis großzügigsten Gebern um kleinere, nicht englischsprachige Länder. In diesen Ländern gibt es an den Universitäten in der Regel weniger Studiengänge, die für internationale Studenten unmittelbar geeignet wären. Zweitens treten diese Geber im Allgemeinen nachdrücklich für eine Abkehr von TZ-Vorhaben und eine Hinwendung zu Sektorkonzepten (SWAPs)

Kasten 5.2 Technische Zusammenarbeit aus historischer Perspektive

Der organisierte Import technischer Kenntnisse und Fähigkeiten begann mit der Entstehung der Nationen zu Beginn der Neuzeit. Einige Aspekte der damaligen Initiativen können als Vorläufer der heutigen Problematik in der Technischen Zusammenarbeit betrachtet werden.

Zu den ersten technisch orientierten Entwicklungsprogrammen zählten die Bestrebungen des französischen Finanzministers Jean-Baptiste Colbert (1619-1683) unter Ludwig XIV., den nationalen Reichtum Frankreichs durch den Ausbau der Gewerbebetriebe und die Steigerung der Ausfuhren zu mehren. Colbert holte Fachkräfte aus ganz Europa ins Land, um die neuen staatlich geförderten Großbetriebe mit Personal auszustatten: Bergleute und Metallarbeiter aus Deutschland, Kupferschmiede aus Lüttich, Spiegelmacher aus Murano, Hutmacher aus Spanien. 1669 begann der Bau des Schlosses von Versailles, und es wurden neue Lehr- und Forschungsstätten, wie z.B. das Observatorium, errichtet. Colbert ergriff strenge Maßnahmen, um die Abwanderung von Fachkräften zu verhindern: Ausländische Kräfte, die versuchten, in ihr Heimatland zurückzukehren, wurden eingekerkert, und französischen Handwerkern, die ins Ausland gehen wollten, drohte die Todesstrafe.

Ein weiteres frühes Beispiel Technischer Zusammenarbeit war der Bau der Stadt Sankt Petersburg, der 1703 begann. Peter der Große hatte inkognito in Westeuropa gearbeitet und sich dort ausbilden lassen. Er brachte französische und italienische Architekten ins Land, um die glanzvolle Stadt an der Newa zu erbauen, die das Zentrum der russischen Seestreitmacht und ein Fenster zur westlichen Technologie und Kultur werden sollte.

Japans wirtschaftliche Entwicklung begann 1868 mit der Einfuhr von Maschinen aus dem Westen und der Anwerbung ausländischer Fachkräfte, die beim Aufbau seiner Bergbau-, Stahl-, Schiffbau-, Transport- und Fertigungsindustrie helfen sollten. Die Betriebe wurden ab 1885 schrittweise privatisiert und bildeten die Grundlage der Firmenkonglomerate oder *Zaibatsu*, von denen im zwanzigsten Jahrhundert die Expansion der japanischen Industrie ausging. Seit den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts stellt Japan vielen Ländern Asiens selbst Technische Zusammenarbeit zur Verfügung.

Vorreiter bei der Unterstützung und Erschließung des in den Entwicklungsländern vorhandenen geistigen Potenzials waren in erster Linie private philanthropische Initiativen, wie z.B. die Rhodes- und Fulbright-Stipendien. Private Stiftungen, insbesondere die Rockefeller- und die Ford-Stiftung, errichteten zudem in Entwicklungsländern landwirtschaftliche Forschungszentren, die später mit öffentlicher Finanzierung ausgebaut wurden.

Im Zuge der Entkolonialisierung kam es zu einer raschen Zunahme der staatlichen Stipendienprogramme für Entwicklungsländer, wozu z.B. der Colombo-Plan sowie die Commonwealth- und Francophonie-Stipendien zählten. Diese zielten zwar in erster Linie auf Entwicklungsförderung ab, sollten aber auch dem Geber in Form von Goodwill zugute kommen. Die kommunistischen Regime reagierten hierauf mit ähnlichen Programmen, so unter anderem durch Gründung der Russischen Universität der Völkerfreundschaft im Jahr 1960 in Moskau, deren Besuch ausschließlich Studenten aus Entwicklungsländern vorbehalten war¹.

In den letzten Jahren war eine Ausweitung der Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungs- und Transformationsländern zu beobachten, wobei in China, Indien, Thailand und der Türkei sowie in den Ländern Mittel- und Osteuropas neue EZ-Programme entstanden. Ferner war auch eine erneute Zunahme von auf Gegenseitigkeit beruhenden Vereinbarungen festzustellen, wie sie im ehemaligen Ostblock praktiziert worden waren, bei denen die Partner Fachkompetenzen gegen Grundstoffe tauschten. Ein Beispiel jüngeren Datums ist ein Abkommen, bei dem Kuba im Gegenzug zu Erdöllieferungen aus Venezuela diesem Land Ärzte, medizinische Ausbildung und Lehrkräfte zur Verfügung stellt².

Der Technischen Zusammenarbeit sind einige Glanzleistungen der Zivilisation zu verdanken, doch ist sie auch durch ständig wiederkehrende Probleme gekennzeichnet: Ressentiments gegenüber ausländischen Experten oder Studenten und das Risiko, dass bedürfnisfremde Technologien weitergegeben oder wirtschaftlich unsinnige Prestigevorhaben hingenommen werden. Festzustellen

(Fortsetzung nächste Seite)

(Fortsetzung)

ist auch, dass es sich – in der Vergangenheit wie in der Gegenwart – bei den größten Nutznießern der Technischen Zusammenarbeit in der Regel nicht um die ärmsten Länder handelt, sondern um diejenigen, deren Wirtschaftssysteme einen raschen Transformationsprozess durchlaufen.

1. Die Universalität der Völkerfreundschaft ist ein anschauliches Beispiel für die politischen Beweggründe von TZ und die häufig mit TZ-Programmen verbundenen rassistischen und gesellschaftlichen Spannungen: „Hinter dem Beschluss zur Gründung der Universität der Völkerfreundschaft (die später in Patrice-Lumumba-Universität umbenannt wurde) verbarg sich wahrscheinlich die Absicht der sowjetischen Behörden, sie als Mittel zur Isolierung zu extravertierter ausländischer Studenten zu nutzen [...] Chruschtschow beschrieb sie als einen Ort, an dem junge Menschen aus unterentwickelten Ländern die Kenntnisse und Fähigkeiten vorfinden würden, die in ihren Heimatländern noch nicht zur Verfügung standen. Im Oktober 1960 verdeutlichte Chruschtschow am Eröffnungstag der Universität die Ziele dieser Hochschule: „Wir werden keinem Studenten unsere Anschauung oder unsere Ideologie aufzwingen. Wenn Sie mich nach meinen Ansichten fragen, so bin ich Kommunist und halte den Marxismus-Leninismus für die fortschrittlichste Ideologie. Sollten einige von Ihnen zu dem Schluss gelangen, dass diese Ideologie die richtige für sie ist, so werden wir daran keinen Anstoß nehmen.“ Von Anfang an nannten Afrikaner die neue Universität jedoch unter Anspielung auf die Rassentrennungspolitik Südafrikas „Apartheid U“. Ihre Ressentiments wurden noch größer als sie erfuhren, dass „weißen ausländischen Studenten das Studium an der staatlichen Universität von Moskau erlaubt war und sie sich dort unbehindert unter die russischen Studenten mischen konnten.“ V. Lasky (1965), *The Ugly Russian*, New York, S. 72-73. Entsprechend dem südafrikanischen Präzedenzfall verhängte „Apartheid U“ ein umgekehrtes Verbot gegen Weiße, wie ein 1961 an Lee Harvey Oswald gerichtetes Ablehnungsschreiben deutlich macht (http://www.aarclibrary.org/publib/jfk/wc/wcvol5/wh16/pdf/WH16_CE_72.pdf).
2. „Fidel Castros neue Freunde“, Neue Zürcher Zeitung, 26.-27. März 2005.

oder Korbfinanzierungen ein, die den Empfängerländern mehr Kontrolle über die Auszahlung der Mittel lassen. Drittens haben die dem Volumen nach größten Geber aus historischen Gründen zumeist höher entwickelte TZ-Programme, aber ein geringes ODA/BNE-Verhältnis.

Abbildung 5.2 **Je mehr ODA-Leistungen die Geber bereitstellen, desto geringer ist der TZ-Anteil**

Daten von 2003

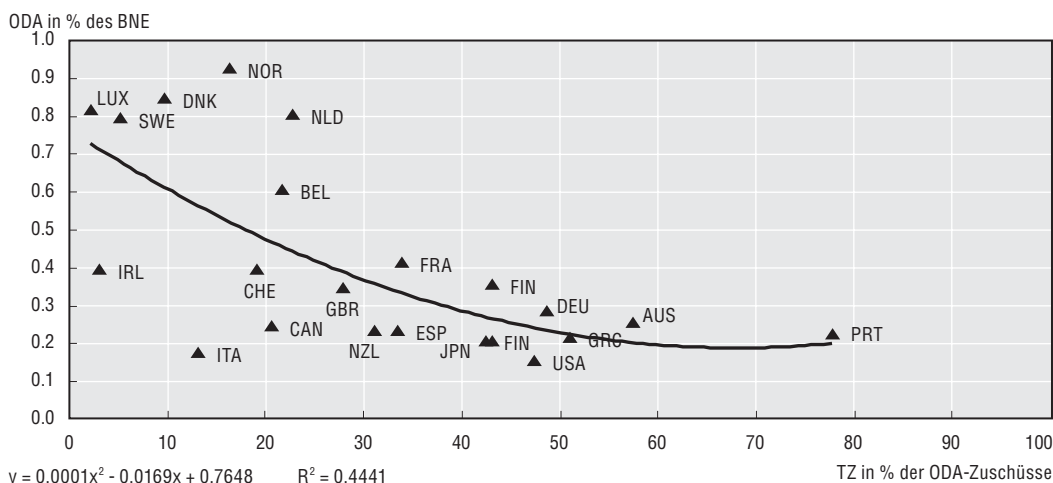
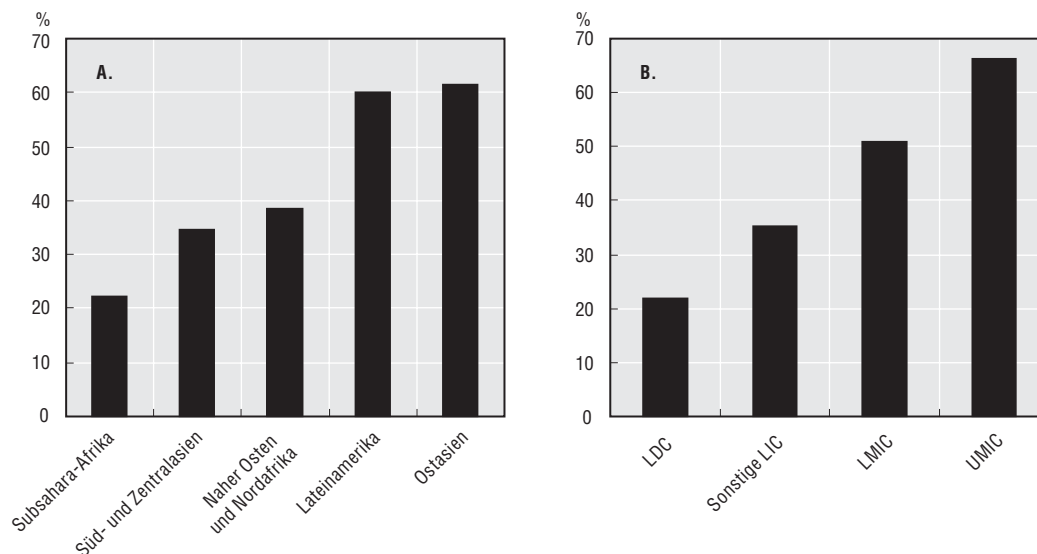


Abbildung 5.3 In afrikanischen und anderen armen Ländern ist der TZ-Anteil am gesamten ODA-Zufluss am geringsten



Technische Zusammenarbeit nach Empfängerländern

Wie bereits erwähnt, erreichen die TZ-Ausgaben nur in den ärmsten Ländern, vor allem in Subsahara-Afrika (SSA), ein den öffentlichen Bildungsausgaben vergleichbares Niveau. Dies sind auch die Länder, in denen ein besonders akuter Mangel an Kompetenzen und eine dementsprechend große Notwendigkeit besteht, sie zu verbessern und zu ergänzen. Man könnte daher annehmen, dass die TZ an den diesen Ländern zufließenden ODA-Leistungen einen größeren Anteil hat, effektiv ist aber das Gegenteil der Fall. Wie Abbildung 5.3 zeigt, verzeichnen SSA und LDC allgemein gesehen den geringsten TZ-Anteil an ihrem gesamten ODA-Volumen. Das war aber nicht immer so. 1970 erhielten sowohl SSA als auch LDC nahezu die Hälfte ihrer Netto-ODA in Form Technischer Zusammenarbeit, was dem Doppelten des Durchschnitts für die Entwicklungsländer insgesamt entsprach.

Für das Schrumpfen des TZ-Anteils an den ODA-Zuflüssen in arme Länder gibt es viele Gründe, der wichtigste ist jedoch die Aufnahmekapazität. Den ärmsten Ländern fehlt es an den Investitionsmöglichkeiten und den Ressourcen für den Einsatz technischer Kenntnisse und Fähigkeiten. Wie Abbildung 5.4a zeigt, konzentrieren sich die ihnen zufließenden ODA-Leistungen auf die Bewältigung von Notsituationen, die Befriedigung von Grundbedürfnissen sowie die Überwindung gravierender finanzieller Schwierigkeiten, und nicht auf den Aufbau von Humankapital. Eine stärkere Nachfrage nach technischer Expertise und Ausbildung kommt von Ländern, in denen sich eine rasche wirtschaftliche Transformation vollzieht, und wie in Kasten 5.1 im Einzelnen dargelegt, erweist sich dies im historischen Rückblick als ein typisches Muster.

Kritik an der Technischen Zusammenarbeit

Die Technische Zusammenarbeit ist seit langem ein kontroverser Bereich, und schon in den sechziger Jahren war eine gewisse Abkehr davon zu beobachten. In einem DAC-Bericht von 1968 heißt es, dass „die bisher durchgeführten Bewertungen allesamt auf die Notwendigkeit verweisen, die Technische Zusammenarbeit auf Länderebene besser zu koordinieren, um die verfügbaren Ressourcen wirksamer zu nutzen“¹. Die Pearson-Kommission ging 1969 noch weiter und stellte Folgendes fest: „Die Erfahrung hat gezeigt, dass die Technische Hilfe ihr eigenes Leben führt, das sowohl im Geber- als auch im Empfängerland nur noch wenig mit den Zielen nationaler oder

weltweiter Entwicklung gemein hat“². Der DAC-Bericht forderte eine Reform der Bildungs- und Forschungsprogramme, mit der das Gewicht stärker auf lokale Ausbildungseinrichtungen und weniger auf Stipendien für Studien in den Geberländern gelegt werden sollte. Dies würde „dazu beitragen, die in einigen Entwicklungsländern zu beobachtende Vergeudung von qualifizierten Arbeitskräften und die unzureichende Auslastung lokaler Ausbildungseinrichtungen zu reduzieren, gleichzeitig aber auch einem Verlust solcher Humanressourcen durch Abwanderung in die Industrieländer vorbeugen“³.

Ironischerweise zog die TZ-Kategorie, die bei diesem frühen Bericht am positivsten bewertet wurde, seither die meiste Kritik auf sich – nämlich die Entsendung von ausländischen Experten, vor allem von Beratern und technischem Personal. Angesichts der als unzulänglich empfundenen Ausbildungseinrichtungen in vielen Entwicklungsländern sahen die Verfasser des Berichts eine anhaltende Notwendigkeit für ein erhebliches und umfassendes Volumen an Technischer Unterstützung und sprachen sogar die Empfehlung aus, dass im Hinblick auf die Bereitstellung von TZ-Personal wesentlich mehr Fachleute aus denjenigen Geberländern kommen sollten, die im Verhältnis zu ihrem Bestand am entsprechenden Fachpersonal bis dahin nur einen geringen Beitrag geleistet hatten⁴.

Die Effektivität der Technischen Zusammenarbeit wurde in den darauf folgenden Jahrzehnten allgemein zunehmend negativ beurteilt, vor allem was die Entsendung von Experten betrifft, und es wurden verschiedene Umorientierungen vorgeschlagen. Im Mittelpunkt einer DAC-Tagung im Jahre 1986 stand die Nutzung der Technischen Zusammenarbeit für die Verbesserung der wirtschaftlichen Managementkapazität, insbesondere durch Reformen im Bereich des öffentlichen Dienstes und Ausbildungen in öffentlichem Management⁵. Die 1991 beschlossenen DAC-Grundsätze für neue Orientierungen der Technischen Zusammenarbeit legten den Schwerpunkt auf Kapazitätsentwicklung, lokale Eigenverantwortung sowie die verstärkte Nutzung lokaler Fachkräfte und Strukturen⁶. Die 1999 veröffentlichten DAC-Kriterien betonten die Notwendigkeit, die Kapazitätsentwicklung in die Routineaktivitäten der Geberstellen zu integrieren, insbesondere bei den Arbeiten vor Ort⁷. Auch in neueren Studien, die von internationalen Stellen und Beratern durchgeführt werden, sind dies immer noch herausragende Themen⁸. Die darin enthaltenen Empfehlungen richten sich auf die als problematisch empfundenen Bereiche, d.h. die Gesamteffektivität der Technischen Zusammenarbeit und die hohen Kosten für Experten. Es folgen einige statistische Daten, die besseren Aufschluss über diese Fragen geben.

Wirksamkeit der Technischen Zusammenarbeit

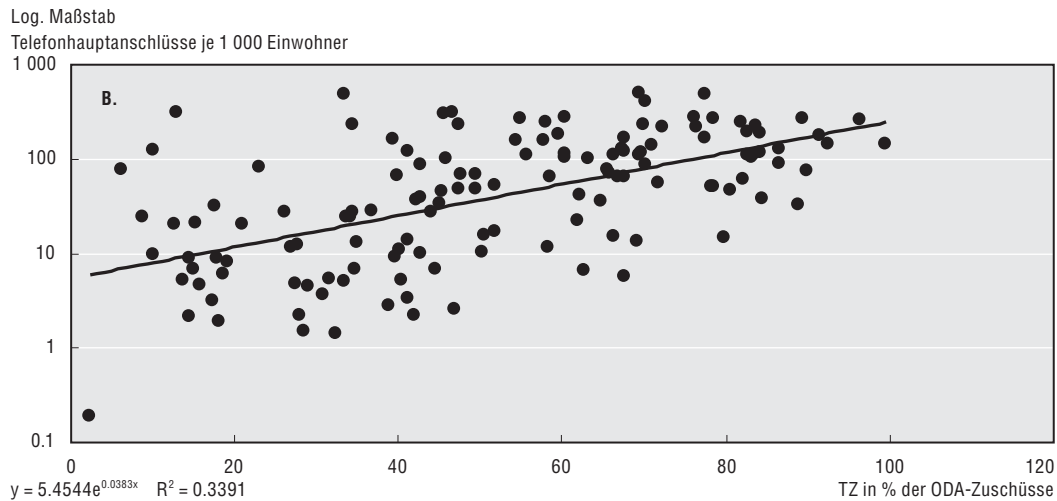
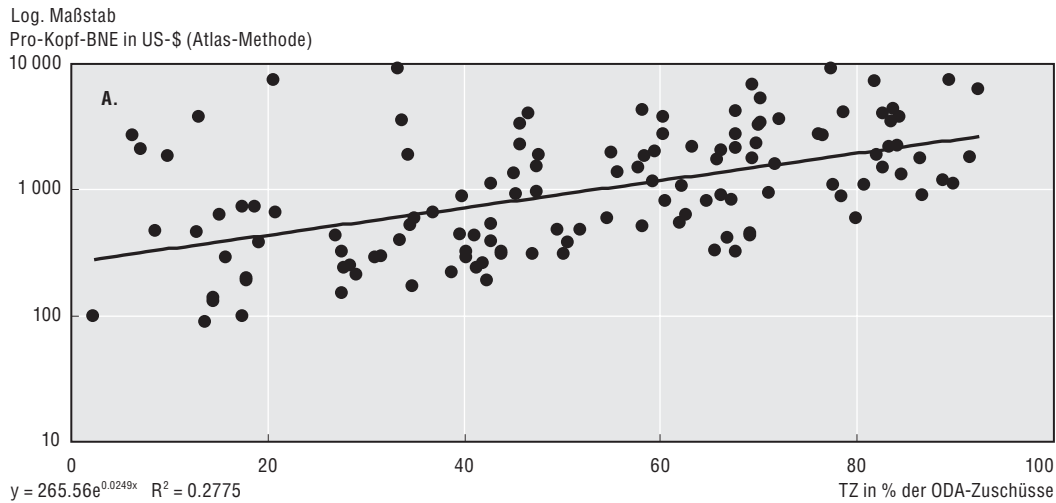
Es gibt wenige auf Daten gestützte Analysen über die Gesamteffektivität der Technischen Zusammenarbeit als EZ-Instrument, sei es im Hinblick auf das Kosten-Nutzen-Verhältnis, die Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum, die budgetäre Wirkung oder sonstige finanzielle Kriterien. Darüber hinaus wurde bei Evaluierungen nicht hinreichend untersucht, welche Wirkung die Technische Zusammenarbeit auf Anreize oder organisatorische Kompetenzen hat.

Der jüngste Trend in der Technischen Zusammenarbeit, sich auf institutionellen Aufbau und Kapazitätsentwicklung zu konzentrieren, könnte eine Quantifizierung der Ergebnisse (Outputs) zudem schwieriger machen. Viele Institutionen, vor allem im öffentlichen Sektor, können entweder nicht mit spezifischen Ergebnissen aufwarten oder tragen mit ihrer Arbeit vielmehr zur Schaffung eines Umfelds bei, das einer Vielzahl unterschiedlicher Ergebnisse förderlich ist, so dass sich der Versuch einer Messung ihres spezifischen Beitrags anhand einer Kosten-Nutzen-Analyse oder anderer finanzieller Kriterien u.U. als künstliches Konstrukt entpuppen kann⁹. Ein realistischerer Ansatz dürfte darin bestehen, die konkreten Wirkungen der TZ im Hinblick auf Kapazitätsentwicklung zu beobachten.

Die meisten veröffentlichten Evaluierungen konzentrierten sich auf einzelne Projekte mit ganz unterschiedlichem Zeitprofil und Analyseniveau. Einige der rigorosesten Bewertungen wurden von multilateralen Entwicklungsbanken durchgeführt. Diese weisen generell auf eine gute Erfolgsquote von TZ-Vorhaben hin, wobei für den Erfolg vor allem ausschlaggebend ist, inwieweit folgende Kriterien erfüllt sind:

Abbildung 5.4 Wirtschaftlich besser gestellte Länder mit höherem technologischem Entwicklungsniveau erhalten größere TZ-Anteile

ODA-Angaben für 2003, BNE und Telefonhauptanschlüsse 2002 oder jüngste verfügbare Daten



- Engagement des Partnerlands in Form einer finanziellen Beteiligung, eingehender, kontinuierlicher Dialog bei der Projektdurchführung und gegenseitiges Einverständnis über die Projektziele;
- technische Kompetenz der Experten (dagegen wurde bei bilateralen Evaluierungen oft festgestellt, dass die Fähigkeit, sich den lokalen Gepflogenheiten und Arbeitsbedingungen anzupassen, wichtiger sein kann als das Kompetenzniveau);
- fachliche Aufsicht durch die Vergabestelle – namentlich Teilnahme von Experten an Planungsmissionen und Begrenzung der Personalfuktuation, damit ein und dieselbe Person alle Phasen eines Projekts betreut¹⁰.

Nicht bei allen bilateralen Programmen wurden diese Kriterien befolgt. Zum Beispiel war es im Fall von Zuschüssen zu Bildungsausgaben für Studien in privaten Einrichtungen, die in Form einer Ermäßigung der Studiengebühren gewährt wurden, weder dem Geber- noch dem Empfängerland möglich, Prioritäten für die Kapazitätsentwicklung festzulegen. Mehrere DAC-Mitglieder

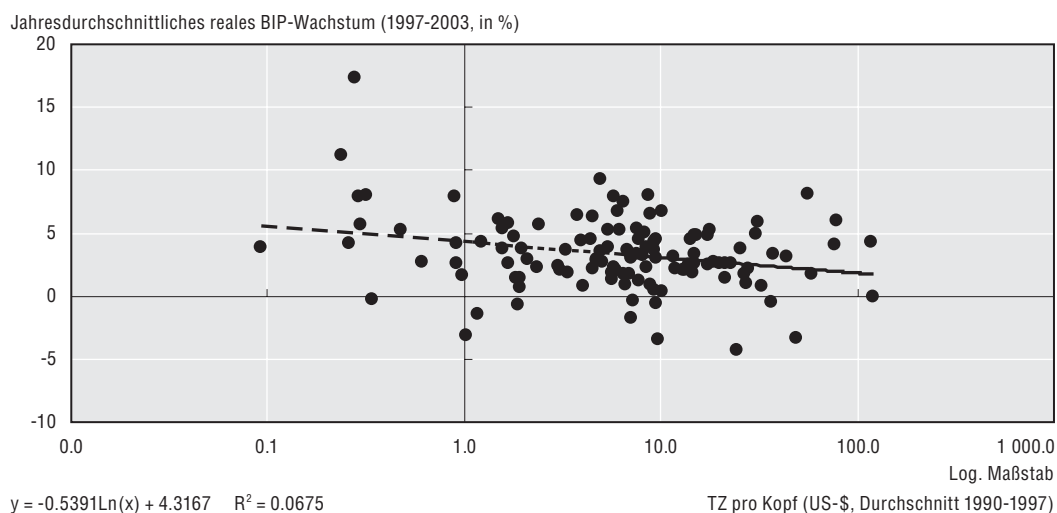
haben ihre Aktivitäten daher von solchen Programmen auf Stipendienprogramme verlagert, bei denen die Gewährung von Studienbeihilfen auf der Basis einer Abschätzung der Bedürfnisse des Partnerlands erfolgt. Zuweilen wird auch der Vorwurf erhoben, die Bereitstellung von Experten bei Programmen, wo kommerzielle oder politische Interessen eine erhebliche Rolle spielen, werde ganz von den Wünschen der Geber bestimmt¹¹. Auch darüber, wie sich solche Schwachstellen auswirken, gibt es kaum solide statistische Analysen. Das ist insofern nicht weiter erstaunlich, als der Erfolg der TZ von subtilen Wechselbeziehungen zwischen qualitativen Faktoren wie z.B. individuellen Kompetenzen, Organisationsfähigkeit und institutioneller Performance abhängt.

Bei der Suche nach Möglichkeiten einer Bewertung der TZ-Effektivität auf der Basis statistischer Daten könnte man natürlich auf den bei vielen allgemeinen Studien über die EZ-Wirksamkeit angewandten relativ groben Ansatz zurückgreifen, einfach nur die Korrelation zwischen TZ und Wachstum zu betrachten. Im Prinzip wäre hier ein positiver Zusammenhang zu erwarten, denn wie weiter oben ausgeführt, sind es im allgemeinen eher die in der Entwicklung weiter fortgeschrittenen Partnerländer, deren TZ-Anteil am gesamten Leistungsvolumen höher ist. Bedeutet dies nun, dass deren Entwicklungsfortschritte zu einem erheblichen Teil der mit ODA-Mitteln finanzierten TZ zuzuschreiben sind?

Nach den Abbildungen 5.4 und 5.5 zu urteilen, ist dies wahrscheinlich nicht der Fall. In Abbildung 5.4a wird das jeweilige Pro-Kopf-Nationaleinkommen der Partnerländer ihren jeweiligen TZ-Anteilen gegenübergestellt. Wie bereits in Bezug auf größere Regionen oder Einkommensgruppen festgestellt wurde, ist auch hier eine leichte, aber deutlich wahrnehmbare Tendenz zu höheren TZ-Zuflüssen in Partnerländer mit höherem Einkommensniveau zu erkennen. Eine etwas stärkere Korrelation ergibt sich, wenn man die TZ-Leistungen zur Dichte des Fernsprechnetzes in Bezug setzt, die ein Standard-Indikator für technologische Entwicklung ist (vgl. Abbildung 5.4b)¹².

Abbildung 5.5 deutet jedoch darauf hin, dass die TZ kein signifikanter Bestimmungsfaktor für die Wachstumsergebnisse der Empfängerländer ist. In dieser Abbildung wurden für rund 150 Länder, für die Daten verfügbar sind, die TZ-Leistungen den anschließend erzielten Wachstumsraten gegenübergestellt, wobei sich ein positiver Zusammenhang (d.h. eine steigende Trendkurve) ergäbe, wenn von der TZ Wachstumsimpulse ausgingen. Effektiv besteht aber eine (statistisch nicht signifikante) negative Korrelation, so dass der Wachstumsbeitrag der mit ODA-Mitteln finanzierten TZ unerheblich erscheint.

Abbildung 5.5 Keine signifikante Korrelation zwischen erhaltenen TZ-Leistungen und Wirtschaftswachstum



Es ist vielleicht gar nicht so überraschend, dass die TZ, wie es scheint, keinen messbaren Effekt auf das Wachstum hat. Erstens ist das TZ-Aufkommen in absoluten Zahlen gering – in den meisten Ländern liegt es bei unter 10 US-\$ pro Kopf im Jahr. Zweitens handelt es sich bei den Empfängern mit den höchsten TZ-Anteilen pro Kopf der Bevölkerung um kleine Länder – häufig Inseln –, deren Möglichkeiten für wirtschaftliche Diversifizierung und Expansion begrenzt sein dürften. Drittens legen einige neuere Analysen den Schluss nahe, dass auch die EZ-Leistungen als solche nicht positiv mit dem Wirtschaftswachstum korreliert sind – wengleich dieser Punkt umstritten ist¹³.

Die Kosten der Technischen Zusammenarbeit

Die wichtigste Frage sind vielleicht die Kosten, die den Empfängerländern durch die technische Zusammenarbeit aufgebürdet werden. Diese genau zu berechnen, ist so gut wie unmöglich, doch wurden von der Pearson-Kommission 1969 einige interessante Schätzungen vorgelegt. Den Angaben der Kommission zufolge mussten die Empfängerländer für jeweils 100 US-\$ geberseitiger TZ-Ausgaben zwischen 50 US-\$ und nahezu 140 US-\$ aufbringen¹⁴. In den Kosten enthalten war ein Teil der Gehälter einiger Experten, die Gehälter der einheimischen Arbeitspartner, die Ausgaben für Büros und Unterkünfte, Transport und allgemeine administrative Unterstützung. Die direkten Kosten dürften heute etwas niedriger liegen – so kommt es z.B. selten vor, dass von der Regierung des Empfängerlands verlangt wird, einen Teil der Gehälter zu übernehmen, es sei denn es handelt sich um freiwillige Mitarbeiter, die lediglich ein ortsübliches Gehalt und Lohnnebenleistungen beziehen. Die indirekten Ausgaben für einheimische Arbeitspartner, Büros und Verwaltung sind aber wahrscheinlich immer noch beachtlich, wengleich hierzu kaum gesicherte Daten vorhanden sind.

Besonders häufig wird darüber geklagt, dass die TZ für die Geber zu kostspielig ist – oder zumindest dass sie eine ineffiziente Verwendung knapper Geberressourcen darstellt. In der Tat ist dies ein Punkt, der der Entwicklungszusammenarbeit immer wieder von der Öffentlichkeit vorgehalten wird¹⁵, und die Kritik hat in jüngster Zeit zugenommen. Im letzten *Millennium Project Report* wurden bei der Schätzung der Finanzmittel, die der Erreichung der Millenniumsziele (MDG) dienen, die Ausgaben für Experten aus den Industrieländern ausgeklammert, und im Rahmen einer neueren Studie der karitativen Organisation ActionAid wurde gegen „die horrenden Ausgaben für TZ-Leistungen internationaler Berater¹⁶“ protestiert, die in diesem Zusammenhang unter der Rubrik „Phantom-Leistungen“ zusammengefasst wurden. Der ActionAid-Studie zufolge überstiegen die Gesamtkosten der 740 internationalen Berater in Kambodscha die Lohnsumme der 160 000 Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in diesem Land.

Die hohen Kosten der ausländischen Experten sind z.T. durch deren Honorare bedingt, die üblicherweise die Honorare vergleichbarer Experten der Entwicklungsländer übersteigen. Untersuchungen legen jedoch den Schluss nahe, dass die Kostendifferenz zwischen externen und lokalen Fachleuten mehr durch andere Kosten als durch die Gehälter bedingt ist. Abbildung 5.6 zeigt die Kosten für drei von einem DAC-Mitgliedsland finanzierte Experten, die als repräsentativ für die TZ-Kosten in den betreffenden Empfängerländern ausgewählt wurden. In jedem Fall liegen die Kosten der von den Experten erbrachten Beraterleistungen weit unter den Gemeinkosten, die allein durch die Tatsache entstehen, dass sich die Betroffenen statt in ihrem Heimatland im Empfängerland aufhalten.

Es besteht kein Zweifel daran, dass internationale Beratungsleistungen wesentlich teurer sind als die Inanspruchnahme ähnlicher Leistungen lokaler Partner in den Entwicklungsländern. Das Problem ist jedoch, dass diese lokalen Fachkenntnisse zuweilen nicht auf dem Niveau zur Verfügung stehen, das den Anforderungen der Geber im Hinblick auf die Einhaltung technischer Normen, die Übereinstimmung mit Politikzielen, die finanzielle Rechenschaftspflicht oder auch nur die konkrete Verfügbarkeit entspricht. Und wieder sind es die ärmsten Länder, in denen dieses Problem besonders akut ist, da die Zahl lokaler Experten dort wahrscheinlich am geringsten ist und für qualifiziertes Personal schon auf Grund des niedrigen Gehaltsniveaus Anreize bestehen, in Länder mit besseren Perspektiven auszuwandern. Zugleich sind die Arbeitsbedingungen in solchen Ländern schwierig und die Kosten der dorthin entsandten Experten folglich höher als andernorts.

Kasten 5.3 Technische Zusammenarbeit durch multilaterale EZ-Stellen

Entsprechend ihrem jeweiligen Mandat bieten die multilateralen EZ-Stellen den Entwicklungsländern eine breite Palette spezialisierter TZ-Leistungen an.

Der IWF hilft den Entwicklungsländern, die Funktionsweise ihrer Zentralbanken zu verbessern, Reformen ihrer Steuersysteme und anderer Mechanismen der Einnahmeerhebung durchzuführen sowie ihre Datenerfassungskapazitäten auszubauen, indem er Personal entsendet und zu diesem Zweck langfristig oder kurzfristig Experten einsetzt, von denen die meisten verantwortliche Mitarbeiter entsprechender staatlicher Stellen sind bzw. waren. Angesichts der offensichtlichen Schwachstellen in der internationalen Finanzarchitektur konzentriert sich die Unterstützung durch den IWF nunmehr auf die Verhütung von Finanzkrisen, die Verbesserung der finanziellen Stabilität der Länder der mittleren Einkommensgruppe, die Durchführung von Schuldenerleichterungen und Armutsbekämpfung sowie Leistungen an Länder im Rahmen der Konfliktnachsorge¹.

Die Weltbank und die regionalen Entwicklungsbanken erbringen Leistungen der Technischen Zusammenarbeit, die der Konzipierung, dem Management und dem Monitoring der von ihnen finanzierten EZ-Projekte dienen. Hierzu wird sowohl auf eigenes Personal als auch auf externe Experten zurückgegriffen. Einige dieser Projekte gehören insofern zu den wenigen Beispielen liefergebundener EZ-Leistungen im multilateralen System, als sie durch Treuhandfonds der Geberländer finanziert werden können, deren Mittel ausschließlich der Entlohnung von Experten dienen, die Staatsbürger des Geberlandes sind. Ebenso wie der IWF haben auch die Entwicklungsbanken strenge Evaluierungsstandards, doch ist es auf Grund der Einbindung der TZ in den Projektprozess schwierig, Leistungskriterien festzulegen, die allein für die TZ gelten. Evaluierungen haben in der Tat den Schluss nahe gelegt, dass die TZ-Aktivitäten der Entwicklungsbanken besser mit anderen Leistungen der Banken verknüpft und auch besser überwacht werden sollten².

Der überwiegende Teil der Technischen Zusammenarbeit der Vereinten Nationen entfällt auf drei Fonds und Programme (UNDP, UNICEF und UNFPA). Die VN-Sonderorganisationen haben sowohl eine normsetzende als auch eine TZ-Funktion. Die TZ-Anteile sind sehr unterschiedlich: etwa drei Viertel im Fall der WHO, die Hälfte bei der FAO, ein Viertel bei der UNESCO usw.

Die TZ-Aktivitäten der VN-Stellen waren in den letzten Jahrzehnten erheblichen Belastungen ausgesetzt. Während die Budgets für Kernaktivitäten der VN-Stellen schrumpften, haben sich die zweckgebundenen Mittel für spezifische Aktivitäten erhöht, was die Kohärenz und den multilateralen Charakter ihrer Leistungen in Frage stellt. Die Risiken der Aufsplitterung und Überschneidung haben sich insofern erhöht, als neue Stellen, z.B. Friedensmissionen, aber auch Stellen für neu hinzukommende Probleme, wie Umweltgefahren oder neue Krankheiten, geschaffen wurden und weil die internationalen Finanzinstitutionen ihre TZ-Aktivitäten erweitert haben.

Im jüngsten Millenniums-Projekt-Bericht wurde festgestellt, dass die VN-Stellen heute meist ersucht werden, sich auf kleine Pilotprojekte zu konzentrieren und nicht darauf eingestellt seien, den Ländern bei der großflächigen Umsetzung nationaler Programme behilflich zu sein. Der Bericht empfiehlt, in jedem Empfängerland ein VN-Büro für Technische Unterstützung einzurichten, das der Regierung dieses Landes bei der Umsetzung der Armutsbekämpfungsstrategien zur Seite steht³. Auf dem Millennium+5-Gipfeltreffen im September 2005 wurde der Generalsekretär der VN aufgefordert, Vorschläge für straffer geführte entwicklungspolitische Organisationseinheiten zu untersuchen⁴.

Der Trend zu mehr Spezifizierung und Spezialisierung der Aktivitäten hat Defizite entstehen lassen, und eines der erklärten Ziele der TZ bestand daher darin, die Lücken in der Fachkompetenz der Entwicklungsländer zu schließen. Im multilateralen System fällt diese Aufgabe Organisationen mit allgemeiner Aufgabenstellung zu, vor allem dem UNDP und in geringerem Maße Stellen wie dem Commonwealth Fund for Technical Co-operation.

In den neunziger Jahren bestand die Tendenz, diese Strategie durch Politikberatung zu ersetzen. Bei Empfängerländern, die inzwischen die Fähigkeit entwickelt hatten, auf technischer Ebene ihre eigenen Experten einzusetzen, war dies logisch, hat sich aber in letzter Zeit für viele Staaten

(Fortsetzung nächste Seite)

(Fortsetzung)

der Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder und kleiner Inselstaaten als etwas verfrüht erwiesen. Eine Folge hiervon war, dass einige EZ-Stellen – darunter das Commonwealth-Sekretariat – den Entschluss fassten, ihre ursprüngliche Funktion beizubehalten, d.h. weiterhin vorhandene Lücken zu schließen, gleichzeitig aber versuchten, gezielter vorzugehen und das Schwergewicht mehr auf strategiebezogene Kompetenzdefizite zu legen, die zu Entwicklungsengpässen führen.

Für die multilateralen EZ-Organisationen mit allgemeiner Aufgabenstellung war es angesichts der anhaltenden Forderungen nach einer stärkeren Schwerpunktsetzung und einer strategischeren programmatischen Ausrichtung dieser Aktivitäten schwierig, ihre Funktion in Bezug auf die Behebung der genannten Defizite weiterhin zu erfüllen. Hier wie in anderen Bereichen der Entwicklungszusammenarbeit besteht mitunter ein Zielkonflikt zwischen dem Wunsch, auf die Bedürfnisse des Empfängerlands einzugehen, und den Management-Erfordernissen einer strategischen Schwerpunktsetzung und Berechenbarkeit der Programme.

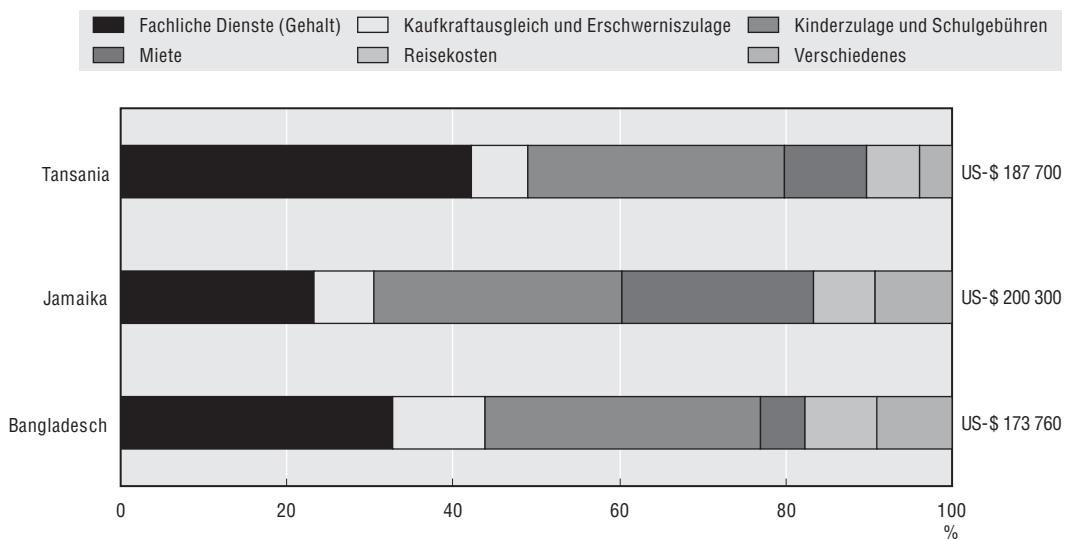
Zu begrüßen ist die tendenzielle Zunahme des Einsatzes von Beratern aus den Entwicklungsländern, die von den multilateralen EZ-Stellen gefördert wurde. Die VN-Stelle für Süd-Süd-Zusammenarbeit und das Commonwealth-Sekretariat haben gezeigt, dass dies eine kosteneffektive Methode für die Verbreitung von Wissen sowie den Aufbau fachlicher Kompetenzen und Erfahrungen beim Personal der Entwicklungsländer sein kann. Diese Beispiele und die jüngste Erweiterung der DAC-Empfehlung zur Aufhebung der Lieferbindung können dazu beitragen, bei bilateralen Programmen der DAC-Mitglieder eine stärkere Inanspruchnahme von Beratern aus Entwicklungsländern zu fördern.

1. IWF (2005), *Evaluation of the Technical Assistance Provided by the International Monetary Fund*, IWF, Washington.
2. Vgl. beispielsweise Weltbank (2005), *Capacity Building in Africa: An OED Evaluation of World Bank Support*, Weltbank, Washington.
3. UN Millennium Project (2005), *Investing in Development: A Practical Plan to Achieve the Millennium Development Goals*, UNDP, New York, S. 194, 206.
4. *UN General Assembly Resolution 60/1* (angenommen am 16. September 2005), 2005 World Summit Outcome, Absatz 169.

Anhand einiger Beispiele lässt sich zeigen, wie die Kosten tendenziell im umgekehrten Verhältnis zum Einkommensniveau der Empfängerländer steigen. Die Kommission für den internationalen öffentlichen Dienst legt die Beschäftigungsbedingungen für VN-Personal einschließlich Experten fest. Die Höhe der Mobilitäts- und Erschwerniszulagen hängt von der Dauer der Entsendung und der Schwierigkeit des Einsatzes ab, und diese Zulagen können bis zu 46% des Gehalts betragen. Zu den Beschäftigungsbedingungen gehören auch Einrichtungsbeihilfen, Erstattung von Umzugs- und Dienstreisekosten, Mietkostenzuschüsse, Kaufkraftausgleich, Arztkostenübernahme, Zulagen für Unterhaltsberechtigte und Ausbildungskosten der Kinder, Rentenversicherungsbeiträge, Reisekostenzuschüsse für Heimaturlaub und Gefahrenzulagen¹⁷. An den schwierigsten Einsatzorten können die Kosten für entsandte ausländische Experten auf ein erstaunliches Niveau ansteigen. Als Australien 2004 zur Unterstützung der Regierung von Papua-Neuguinea Ministerialbeamte verschiedener Ressorts entsandte, erreichten die jährlichen Gesamtausgaben für einige von ihnen über 500 000 US-\$ – d.h. fast zehnmal soviel wie die Bruttobezüge dieser Personen daheim.

Diese Kosten erscheinen überhöht. Ob sie sich rechtfertigen lassen, hängt davon ab, wie effektiv die Experten bei ihren Bemühungen sind, die Ergebnisse in den Sektoren zu verbessern, in denen sie tätig sind. Zudem kommt es auch zu Nebeneffekten, die der Wirtschaft des Empfängerlands zugute kommen. Zwar wird häufig angenommen, dass die Experten aus den Geberländern praktisch ihr gesamtes Einkommen in ihrem Heimatland oder für Importgüter ausgeben, doch hat ein Teil der Kosten für diese obligatorisch von den Geberländern zu stellenden Experten zwangsläufig auch Beschaffungen im Empfängerland zur Folge, wie z.B. in Form von Büro- und Wohnungsmieten, Gehältern des lokalen Hilfspersonals, sicherheitsspezifischen Ausgaben, Versorgungsleistungen, Schulgebühren, Arztrechnungen und Reisen vor Ort.

Abbildung 5.6 Der Großteil der Ausgaben für Experten entfällt nicht auf deren fachliche Dienste



Anmerkung: Diese Graphik zeigt die jährlichen Gesamtkosten für drei mit EZ-Mitteln finanzierte Expertenposten in den genannten Ländern, aufgeschlüsselt nach Kostenart.

Quelle: Von DFID zur Verfügung gestellte Daten.

Eine häufig zur Reduzierung der geberseitigen TZ-Kosten und damit indirekt zur Freisetzung knapper Ressourcen für andere EZ-Aktivitäten vorgeschlagene Methode besteht darin, dem Empfängerland Mittel zur Verfügung zu stellen, die es ihm ermöglichen, selbst Personal seiner Wahl einzustellen¹⁸. Theoretisch wäre anzunehmen, dass dies wirtschaftlicher ist, da für die Empfängerländer lediglich dann ein Anreiz zur Einstellung ausländischen Personals besteht, wenn vor Ort oder regional kein qualifiziertes Personal verfügbar ist. Ob es in der Praxis möglich ist, hängt von einer Reihe von Faktoren ab, wie z.B. der Transparenz und Objektivität der Personaleinstellungsverfahren der Empfängerländer und ihrer Fähigkeit, mittelfristig finanziell die Verantwortung für die Fachkräfte zu übernehmen.

Der vielleicht größte Nutzeffekt der Einstellung von mehr einheimischem Personal ist aber, dass sich durch die Erhöhung der effektiven Nachfrage nach professionellen Dienstleistungen in den Entwicklungsländern tendenziell zugleich die Anreize für qualifiziertes Personal verringern würden, diese Länder zu verlassen. Diese Tatsache wirft eine bei TZ-Programmen ständig wiederkehrende Frage auf, die im Folgenden erörtert werden soll.

Braindrain

Im Problem der Abwanderung hoch qualifizierter Kräfte kommen symptomatisch die Schwierigkeiten und Widersprüche der TZ zum Ausdruck. Einerseits ist der Mangel an Fähigkeiten und Kenntnissen in den Entwicklungsländern genau das Problem, das mit Hilfe der TZ gelöst werden soll. Andererseits kann die Situation durch TZ aber noch verschärft werden. Die Vergabe von Stipendien für ein Studium in den Geberländern kann dazu führen, dass die besten Studenten in die Industrieländer gelockt werden und sich möglicherweise dort dauerhaft niederlassen. Die Anstellung ausländischer Experten kann die Entfaltung lokaler Fachkräfte behindern. Selbst die Einstellung von Ortskräften für die Mitarbeit an EZ-Projekten kann das Reservoir lokaler Fachkräfte auch für andere Einsatzzwecke reduzieren und zudem einheimische Arbeitskräfte dazu veranlassen, sich einer Truppe internationaler Wanderarbeiter anzuschließen. In all diesen Fällen kann das Interesse des Einzelnen den Zielen nationaler Entwicklung zuwiderlaufen.

Es wäre nutzlos, sich Individualinteressen in den Weg stellen zu wollen, doch könnte man auf einen Abbau der Disparitäten hinarbeiten, die die Abwanderung in fortgeschrittene Volkswirtschaften für qualifizierte und begabte Menschen aus Entwicklungsländern so attraktiv machen. Die meisten Maßnahmen, die die Regierungen zur Erreichung dieses Ziels ergreifen könnten, stehen jedoch wiederum in irgendeiner Form mit der TZ in Zusammenhang. Im Rahmen früherer DAC-Arbeiten wurden u.a. folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

- Verbesserung der lokalen Bildungssysteme und -einrichtungen,
- Vorkehrungen, die gewährleisten, dass Personen, die von Ausbildungsmaßnahmen profitiert haben, ihre Fähigkeiten und Kenntnisse in ihrem Heimatland einsetzen,
- Vorkehrungen, die gewährleisten, dass die lokalen Arbeitspartner über das nötige Rüstzeug verfügen, um die Stelle der ausländischen Experten einnehmen zu können¹⁹.

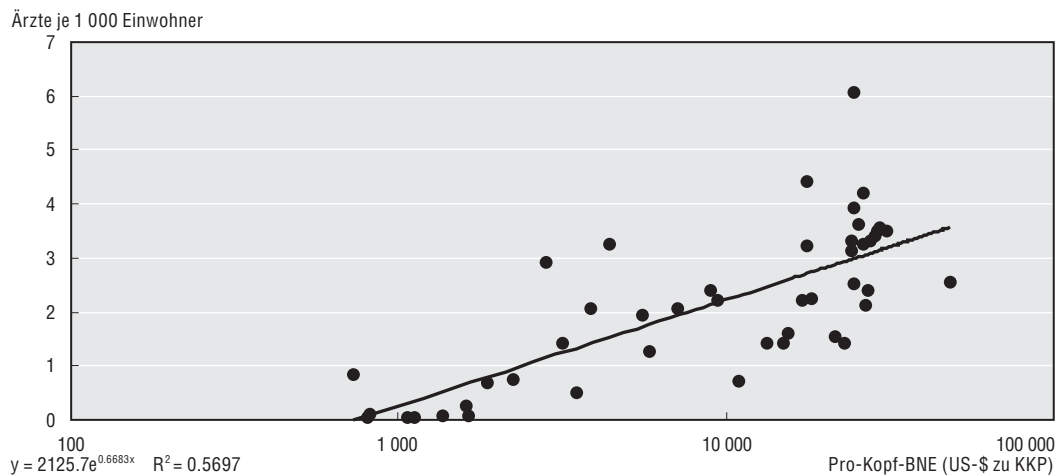
Ein neuerer Bericht in *The Lancet* befasste sich mit diesen Vorschlägen, indem er die Abwanderung medizinischer Fachkräfte aus Subsahara-Afrika (SSA) untersuchte. In dem Bericht wurden die jeweiligen Probleme bezüglich der oben genannten Punkte herausgestellt:

- Ein Viertel der SSA-Länder hat überhaupt keine Ausbildungsstätten für medizinisches Personal, und die Hälfte der Länder nur eine einzige.
- Über die Hälfte der in einem SSA-Land ausgebildeten Ärzte hat das Land verlassen.
- Ärzte aus anderen armen Ländern, z.B. aus Kuba, sind auf einen Dolmetscher angewiesen und nehmen somit Mittel in Anspruch, die dann nicht mehr für die Ausbildung lokaler Ärzte zur Verfügung stehen²⁰.

Maßnahmen zur Begrenzung der Abwanderung wichtiger Fachkräfte aus den Entwicklungsländern müssen daher auf eine Vielzahl unterschiedlicher Probleme zugeschnitten sein. Im Fall der Ärzte und Krankenpfleger aus Subsahara-Afrika empfahl die *Lancet*-Studie zunächst, das medizinische Ausbildungsangebot im Vereinigten Königreich zu erhöhen, um dort die Qualifikationsengpässe zu beseitigen, die der Grund für den Zustrom ausländischer Fachkräfte sind. Weitere Maßnahmen sind z.B. strengere Visakontrollen für Medizinstudenten aus „gesperrten“²¹ Ländern und so genannte Bonding-Programme, bei denen medizinische Fachkräfte sich verpflichten müssen, nach Abschluss ihres Studiums für einen bestimmten Zeitraum in ihrem Heimatland tätig zu sein.

Solche Maßnahmen können zwar von Nutzen sein, gehen aber wahrscheinlich am Kern des Braindrain-Problems vorbei, nämlich den enormen Einkommensunterschieden, die zwischen den qualifizierten Fachkräften der ärmsten und der reichsten Länder bestehen. Ungeachtet der Maßnahmen, die darauf abzielen, Ärzte und andere Fachkräfte in den Entwicklungsländern auszubilden bzw. dort zu halten, wäre der größte Beitrag zur Erhöhung des heimischen Fachkräftereservoirs wohl von einer Verbesserung der wirtschaftlichen Wachstumsergebnisse dieser Länder zu erwarten. Wie aus Abbildung 5.7 hervorgeht, erklärt allein das Pro-Kopf-Einkommen 57% der Varianz der Ärztezahlen zwischen den Ländern.

Andererseits werden in Studien jüngerer Datums die Vorteile hervorgehoben, die die zunehmende internationale Mobilität fachlich qualifizierter Kräfte auf Grund des Beitrags bietet, den diese zum Wirtschaftswachstum und zur persönlichen Entwicklung leistet. Den Entwicklungsländern kommt diese Mobilität zudem insofern finanziell zugute, als das Volumen der Heimatüberweisungen ihrer im Ausland tätigen Bürger ständig steigt. Im Fall der medizinischen Fachkräfte ist es jedoch unwahrscheinlich, dass dies den Verlust kompensiert, der dem Entwicklungsland durch die Abwanderung von Fachkompetenzen entsteht. In einigen afrikanischen Ländern gibt es weniger als fünf Ärzte pro 100 000 Einwohner – gegenüber einer Quote von normalerweise 200-400 in den Industrieländern. Das schränkt die Gesundheitsversorgung gravierend ein²².

Abbildung 5.7 Länder mit höherem Einkommensniveau haben mehr Ärzte je Einwohner¹

1. Die Daten gelten für das Jahr 2001 und erfassen 44 Länder. Hierbei handelt es sich um alle Länder, für die in der derzeitigen Online-Ausgabe der World Development Indicators der Weltbank beide Zeitreihen verfügbar sind, mit Ausnahme der kommunistischen und der ehemals kommunistischen Staaten. Letztere bildeten während der kommunistischen Herrschaft viel mehr Ärzte aus als marktwirtschaftliche Länder mit vergleichbarem Pro-Kopf-Einkommen; in Kuba ist dies auch heute noch der Fall.

Die Zukunft der Technischen Zusammenarbeit

Um die Wirksamkeit der TZ zu erhöhen, wurden zwei allgemeine Ansätze vorgeschlagen. Der erste besteht darin, die TZ-Mechanismen und –Modalitäten zu reformieren, um so die Kapazitätsentwicklung besser zu unterstützen. In dieser Hinsicht wurde in verschiedenen Studien angeregt:

- den Empfängern Bargeldleistungen zukommen zu lassen und ihnen Einstellung und Management der Fachkräfte zu überlassen, wenn geeignete Managementsysteme vor Ort existieren;
- sicherzustellen, dass die Aufgabenbereiche der Experten mit den Bedürfnissen der Partnerländer übereinstimmen;
- die TZ besser in die nationalen Entwicklungsstrategien einzubetten²³;
- TZ-Leistungen zusammen mit anderen Gebern zu erbringen, um mehr Kohärenz und eine bessere Koordination zu gewährleisten²⁴;
- das Schwergewicht von der Stipendiengewährung für ein Studium in den Geberländern auf die Stärkung der nationalen Institutionen zu verlagern bzw. autonome Projektdurchführungseinheiten einzurichten²⁵.

Allen diesen Ansätzen gemeinsam ist das Ziel einer direkteren Kontrolle der TZ durch das Empfängerland und somit einer besseren Abstimmung der TZ-Leistungen auf dessen reale Bedürfnisse. Bei dieser Strategie wird zudem anerkannt, dass der EZ-Erfolg weitgehend von der Governance-Kapazität des Empfängerlands abhängt, so u.a. von seiner Fähigkeit zu Umsetzung und Monitoring seiner Entwicklungsprogramme und zum öffentlichen Finanzmanagement.

Der zweite Ansatz für die Verbesserung der TZ-Effektivität konzentriert sich mehr auf Sektoren als auf Mechanismen. Zur Frage, ob es bei Erfolgen der TZ Gemeinsamkeiten gäbe, wurde 1994 im Bericht über die menschliche Entwicklung festgestellt, dass:

Kasten 5.4 Verbesserung des Datenmaterials zur Technischen Zusammenarbeit

Das Interesse der politischen Entscheidungsträger an der TZ hat in jüngster Zeit zugenommen. Auf der Tagung des Gemeinsamen Entwicklungsausschusses von Weltbank und IWF im Frühjahr 2005 verwies der scheidende Weltbankpräsident Wolfensohn auf die mangelnde Transparenz und das Fehlen detaillierter Daten über die Verwendung der einschlägigen Ausgaben in Höhe von jährlich rund 20 Mrd. US-\$, und der Vorsitzende des Ausschusses, Finanzminister Trevor Manuel aus Südafrika, ersuchte den DAC-Vorsitzenden Richard Manning, Möglichkeiten einer Verbesserung von Qualität und Brauchbarkeit der entsprechenden Daten zu untersuchen. Manuel wiederholte seine Forderung nach besseren TZ-Daten anschließend auf einer Tagung des ECOSOC.

International vergleichbare Daten über die Technische Zusammenarbeit zu erhalten ist in der Tat schwierig. Die Zahl der mit den aggregierten DAC-Daten erfassten TZ-Parameter wurde in den letzten zehn Jahren mehrmals reduziert. Für die DAC-Mitglieder war es beispielsweise schwierig, die Zahl der Personen anzugeben, denen Stipendien oder Praktikantenplätze gewährt wurden, oder die Zahl der eingesetzten Experten bzw. den Beitrag letzterer in Monaten pro Person zu messen. Datenerhebungen dieser Art sind aufgrund der in hohem Maße dezentralisierten Verwaltung der TZ-Programme zeit- und kostenaufwändig. In den Hauptstädten sind zahlreiche Ministerien beteiligt, und wenn die Ausbildung in den Partnerländern erfolgt, müssen die Daten mit Hilfe der Botschaften erfasst werden.

Die Qualität der Daten zu den TZ-Ausgaben hat sich hingegen in den letzten Jahren verbessert. Alle DAC-Mitglieder übermitteln gegenwärtig das komplette Datenmaterial ihrer TZ-Allokationen und -Ausgaben an die Aid-Activity-Datenbank des CRS (Creditor Reporting System). Somit stehen Daten über die sektorspezifische und geografische Aufschlüsselung der TZ zur Verfügung. Der überwiegende Teil der Datenübermittlung erfolgt auf Aktivitätsebene, so dass auch deskriptive Informationen existieren. Dies kann dazu dienen, einzelne Leistungsarten zu identifizieren, z.B. Stipendien, Praktikumsplätze, lang- und kurzfristige Experteneinsätze, Forschungsprojekte.

Auf der Tagung der DAC-Arbeitsgruppe Statistik im Jahr 2005 wurde erörtert, wie die Genauigkeit der TZ-bezogenen Daten in der DAC-Statistik verbessert werden könnte, um den Anforderungen der Politikverantwortlichen zu entsprechen. Das Sekretariat wurde beauftragt, auf der Basis der dem CRS von den Mitgliedern übermittelten Daten einen statistischen Überblick über die TZ-Programme der DAC-Mitglieder zu erarbeiten. In der Praxis bedeutet dies, dass alle für 2003 als TZ gemeldeten Aktivitäten untersucht und Unterkategorien zugeordnet werden müssen, um so die für folgende Posten aufgewendeten Beträge zu schätzen:

- Machbarkeitsstudien,
- Beratungs- und Gutachterdienste,
- Institutionen- und Kapazitätsaufbau (TZ in „Projektform“),
- Entwicklungsorientierte kulturelle Programme,
- Forschung und wissenschaftliche Zusammenarbeit,
- Studentenprogramme, u.a. Stipendien, Studiengebührenbeihilfen und Hochschulzusammenarbeit,
- Freiwillige,
- Evaluierungen, Monitoring-Berichte und andere projektbezogene Management-Aktivitäten,
- TZ mittels multilateraler Stellen und NRO.

Die betreffenden Arbeiten sind im Gange. Bis zum 30. November 2005 wurden die Daten von 15 Mitgliedern (rd. 45% der Gesamtsumme der 2003 erbrachten TZ-Leistungen) den jeweiligen Kategorien zugeordnet. Erste Ergebnisse zeigen, dass der überwiegende Teil der TZ auf mehrjährige Kapazitätsaufbauaktivitäten in ganz spezifischen Sektoren und Empfängerländern entfällt. Studentenprogramme haben in einigen Mitgliedsländern nach wie vor einen hohen Stellenwert und nehmen bei diesen bis zu 50% der gesamten TZ-Ausgaben in Anspruch, auf die Gesamtleistungen der DAC-

(Fortsetzung nächste Seite)

(Fortsetzung)

Mitglieder bezogen dürfte der Anteil jedoch bei unter 20% liegen. Die Daten zeigen zudem, dass die DAC-Mitglieder in den Entwicklungsländern eine enorme Anzahl kurzfristiger Ausbildungskurse und Seminare finanzieren, doch macht deren Gesamtvolumen nur wenige Prozent der TZ-Gesamtausgaben aus, was auch für entwicklungsorientierte kulturelle Programme gilt (z.B. Sprachunterricht). Die für Forschung und Hochschulzusammenarbeit aufgewendeten Beträge sind bei den meisten Mitgliedern relativ gering, obwohl es einige Ausnahmen gibt.

Der Überblick soll bald fertig gestellt werden. Die Arbeitsgruppe Statistik wird ihre Erkenntnisse im Rahmen ihrer Zusammenkünfte im Jahr 2006 überprüfen. Die Frage ist u.a., ob es möglich sein wird, eine neue Aufschlüsselung der TZ in den DAC-Statistiken einzuführen, um zumindest einige der weiter oben genannten Kategorien leichter identifizieren zu können. Es werden ferner Gespräche über die Definition der TZ und ihre Verbindung mit der Kapazitätsentwicklung stattfinden.

Das größte Problem bei der Messung der TZ besteht vielleicht darin, dass es keinen objektiven Maßstab weder des daraus erwachsenden Nutzens für das Empfängerland noch ihrer Auswirkungen auf die Kapazitätsentwicklung gibt. Daten können lediglich bezogen auf die Ausgaben erhoben werden. Um beurteilen zu können, ob sich die Ausgaben gelohnt haben, bedarf es einer sorgfältigen Analyse und eines gewissen Maßes an Spekulation im Hinblick auf die Frage, was ohne TZ geschehen wäre.

Die durch den erwähnten statistischen Überblick gewonnenen Informationen können jedoch sachdienlich sein, wenn Erfolgsfaktoren analysiert werden, d.h. bei einem Vergleich von EZ-Leistungen in Form von Einzelprojekten mit Leistungen, die Teil eines langfristigen Programms für einen bestimmten Sektor sind. Bei dem Überblick werden dagegen andere wichtige Variablen unberücksichtigt bleiben, wie z.B. die Frage, ob die Inanspruchnahme von TZ-Diensten an die Auflage geknüpft ist, sie vom Geberland zu beziehen, ob einheimische Arbeitspartner ausgebildet werden und ob die Regierung des Empfängerlands sich an den Kosten beteiligt bzw. direkt das EZ-Management wahrnimmt. Die größte Einschränkung besteht aber nach wie vor darin, dass die DAC-Statistiken zwar die Geberleistungen messen, jedoch nicht unmittelbar dazu genutzt werden können, die Ergebnisse bzw. die Effizienz zu bewerten. Wenn die derzeitigen Arbeiten zur Verbesserung der TZ-Daten auch in dieser Hinsicht keine Ausnahme darstellen, dürften sie dennoch in erheblichem Maße zur Erhöhung der Transparenz der EZ-Leistungsströme beitragen.

„[...] bei den erfolgreichsten Projekten und Programmen klar definierte, erprobte Techniken zum Einsatz kamen, die von theoretischen und modischen Veränderungen in der Entwicklungspolitik relativ unberührt blieben. In diesen Bereich fallen Zivilluftfahrt, Meteorologie, Pflanzenschutz, verschiedene Bildungsprogramme (vor allem Berufsbildung) und die Ausrottung von Krankheiten wie Malaria“²⁶.

Pessimisten könnten dazu anmerken, dass seit der Niederschrift dieser Passage anscheinend sogar diese spezifischen Bereiche immer mehr unter den Einfluss von Modetendenzen und Ideologien geraten sind. Der grundlegende Punkt ist aber nach wie vor, dass durch weitgehend bekannte und hinreichend erprobte Interventionen erhebliche Fortschritte erzielt werden können, vorausgesetzt dass die betreffenden Maßnahmen den spezifischen Bedürfnissen angepasst sind.

In einem vor kurzem erschienenen Millenniums-Projektbericht über Innovation²⁷ wird erneut darauf hingewiesen, wie wichtig es ist, vorhandenes Wissen zu nutzen. Zugleich wird aber auch zu einem stärkeren Rückgriff auf „Plattform-Technologien“ aufgefordert, die das Potenzial besitzen, allgemein einsetzbar zu sein, bzw. sich effektiv auf die Wirtschaft auswirken können. Insbesondere wird darin vorgeschlagen, das Schwergewicht auf Informations- und Kommunikationstechnologie und Biotechnologie sowie auf die Forschung im Bereich der Nanotechnologie und der neuen Werkstoffe zu legen. Der Bericht befürwortet zudem:

- die Entwicklung der zur Einführung besserer Technologie erforderlichen Infrastruktur, vor allem in den Bereichen Elektrizität, Transport und Telekommunikation;
- eine schwerpunktmäßige Wiederausrichtung auf Hochschulbildung, vor allem zur Verbesserung der TZ zwischen Hochschulen und Industrie;
- die Schaffung staatlicher Anreize und Vergünstigungen zur Förderung der Innovation, Verbesserung des Exportpotenzials und Ausweitung der internationalen Geschäftsbeziehungen sowie zur Mobilisierung ausländischer Direktinvestitionen;
- bessere Beratung der Regierungen in Technologiefragen, Begrenzung negativer Regulierungseffekte und Förderung des freien Zugangs zu wissenschaftlichen Publikationen.

Die Betonung der Technologie, der physischen Infrastruktur, der Hochschulbildung und der Rolle des privaten Sektors in diesen Empfehlungen bedeutet eine klare Abkehr von früheren Forderungen der VN, sich auf die menschlichen Grundbedürfnisse in den sozialen Sektoren zu konzentrieren. Die Autoren gehen in der Tat so weit, dass sie sich selbst als „Ketzer“ bezeichnen und betonen, die Umsetzung ihrer Empfehlungen werde intellektuellen Mut erfordern²⁸.

In vielerlei Hinsicht sind diese Empfehlungen jedoch nichts weiter als Ausdruck gesunden Menschenverstands. Bessere Technik und Produktivität sind zwei entscheidende Faktoren der Entwicklung und dies lässt sich am effektivsten erreichen, wenn auf den vorhandenen Fähigkeiten und Kenntnissen, Institutionen und Wirtschaftsstrukturen aufgebaut wird. Die Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit zeigt, dass die Gebergemeinschaft diese Herausforderung ernst nimmt und bestrebt ist, ihre Ergebnisse und Leistungen zu verbessern.

Anmerkungen

1. OECD (1968), *Technical Assistance and the Needs of Developing Countries: Report of an Expert Group of the Development Assistance Committee*, OECD, Paris, S. 36.
2. Pearson, L. B. (Vorsitzender) (1969), *Der Pearson-Bericht: Bestandsaufnahme und Vorschläge zur Entwicklungspolitik. Bericht der Kommission für Internationale Entwicklung*, Wien, München, Zürich, S. 220.
3. *Technical Assistance and the Needs of Developing Countries*, a.a.O., S. 36-38.
4. a.a.O., S. 37.
5. OECD (1986), *Entwicklungszusammenarbeit, Bericht 1986*, OECD, Paris, S. 123-136.
6. Diese Punkte wurden bei einem hochrangigen OECD/UNDP/Weltbank-Seminar im Jahre 1994 noch stärker herausgestellt. Vgl. OECD (1994), *Entwicklungszusammenarbeit, Bericht 1994*, OECD, Paris, S. 20-25.
7. Vgl. OECD (1999), "Criteria for Donor Agencies' Self-Assessment in Capacity Development", verfügbar unter www.impactalliance.org/ev_en.php?ID=4045_201&ID2=DO_TOPIC.
8. G. Williams et al. (2003), *A Vision for the Future of Technical Assistance in the International Development System*, Oxford Policy Management, Oxford, und darin enthaltene Verweise, verfügbar unter www.opml.co.uk/docs/ACF5400.pdf.
9. Diese Probleme werden an verschiedenen Stellen in einem interessanten Papier von G. McMahon (1997) "Applying Economic Analysis to Technical Assistance Projects", Weltbank, Washington, erörtert.
10. Diese Punkte stammen aus der unveröffentlichten Dokumentation einer Tagung der Evaluation Co-operation Group der multilateralen Entwicklungsbanken, die am 16. März 2005 in London veranstaltet wurde.
11. *A Vision for the Future of Technical Assistance in the International Development System*, S. 13-14.
12. In der Abbildung sind nur Festnetzanschlüsse berücksichtigt. Der Korrelationskoeffizient sinkt, wenn Mobiltelefone hinzugenommen oder separat dem TZ-Anteil gegenübergestellt werden. Dies bestätigt die Annahme, dass die Benutzung von Mobiltelefonen in den meisten Ländern unabhängig von ihrem vorherigen Netzanschlussgrad rasch zunimmt.
13. R. Rajan und A. Subramanian (2005), "Aid and Growth: What Does the Cross-Country Evidence Really Show?", Working Paper 05/127, IWF, Washington (verfügbar unter www.imf.org/external/pubs/ft/wp/2005/wp05127.pdf). T. Ovaska (2005), *More Aid, Less Growth*, Globalisation Institute, London (verfügbar unter www.globalizationinstitute.org/publications/moreaidlessgrowth.pdf); F. Erixson (2005), *Aid and Development: Will it work this time?*, London, insbesondere S. 8-15. Die Kontroverse, dass EZ kein signifikanter Wachstumsfaktor sei, geht mindestens bis P.T. Bauer (1971) zurück, der in *Dissent on Development*, Cambridge, Mass., erklärte: „Die wirtschaftliche Leistung hängt in erster Linie von den Fähigkeiten und Einstellungen der Menschen ab, und auch von ihren sozialen und politischen Institutionen. Unterschiede bei diesen Determinanten oder Faktoren erklären großenteils die Differenzen im Hinblick auf den wirtschaftlichen Entwicklungsstand und die Raten des materiellen Fortschritts.“ In den neunziger Jahren argumentierte P. Boone, dass die EZ deshalb keinen Effekt auf das Wachstum habe, weil sie mehr den Konsum als die Investitionen stützt (vgl. z.B. „Politics and the effectiveness of foreign aid“, *European Economic Review* 40, 289-329). Dem hielt D. Dollar 1998 in „Assessing Aid“, Weltbank, Washington, entgegen, dass die EZ das Wachstum durchaus stimuliere, jedoch nur dann, wenn im Empfängerland solide makroökonomische Rahmenbedingungen gegeben seien. Dies wiederum wurde von W. Easterly 1999 in „The Ghost of the Financing Gap: Testing the Growth Model Used in the International Financial Institutions“ *Journal of Development Economics*, Vol. 60, Nr. 2, S. 423-438, mit dem Argument bestritten, die Daten zeigten weder, dass die EZ-Leistungen die Investitionstätigkeit in den Entwicklungsländern stimulierten, noch dass die Investitionen wachstumsfördernd wirkten. C.J. Dalgaard und H. Hansen stellten 2001 sowohl die Thesen von Dollar als auch Easterly in Frage, denn sie gelangten zu der Schlussfolgerung, dass die EZ wohl zu einem höheren Pro-Kopf-Einkommen beitrage, die Mittelvergabe an Länder mit guten Wirtschaftspolitiken das Wachstum aber reduziere, weil sie die positiven Effekte dieser Politiken unterminiere („On Aid, Growth and Good Policies“, *Journal of Development Studies*, Vol. 37, Nr. 6, 2001). Im Jahr 2004 gaben M.A. Clemens, S. Radelet und R. Bhavnani („Counting Chickens when they Hatch: The Short-term Effect of Aid on Growth“, *Centre for Global Development Working Paper*, No. 44, Washington, 2004) an, einen positiven Wachstumsbeitrag der in Form von Budgethilfe erbrachten bzw. für die Finanzierung von Infrastrukturen oder Produktion verwendeten EZ identifiziert zu haben. Eine aktualisierte Fassung ihres Papiers ist verfügbar unter www.imf.org/external/pubs/ft/fandd/2005/09/radelet.htm. Die Debatte wird vermutlich anhalten.

14. Der Pearson-Bericht, a.a.O., S. 221-222.
15. Vgl. beispielsweise „Technical Co-operation’s High Cost in Africa“, Bericht über die menschliche Entwicklung (1993), insbesondere Kasten 1.4, S. 20; ebd.(1994) „Why Failed Economists Visit“, S. 80, insbesondere Kasten 4.9. Des Weiteren G. Hancock (1989), *Lords of Poverty: The Power, Prestige, and Corruption of the International Aid Business*, New York.
16. ActionAid (2005), *Real Aid: An Agenda for Making Aid Work*, ActionAid, UK. www.actionaid.org.uk/wps/content/documents/real_aid.pdf, vor allem S.22.
17. Die Beschäftigungsbedingungen sind im Einzelnen in den Berichten der Kommission dargelegt, einzusehen unter <http://icsc.un.org>.
18. Dies wird in verschiedenen UNDP-Berichten über die menschliche Entwicklung nachdrücklich befürwortet, z.B. im Bericht 1994, S. 92, des Weiteren in *Real Aid*, a.a.O., S. 22,53.
19. Vgl. z.B. OECD (1992), „Grundsätze für eine Neuorientierung der Technischen Zusammenarbeit“, Teil III, in *DAC-Grundsätze für wirksame Entwicklungshilfe*, OECD, Paris, Seite 72-78.
20. J.B. Eastwood et al. (2005), „Loss of Health Professionals from Sub-Saharan Africa: The Pivotal Role of the UK“, *The Lancet*, Vol. 365, S. 1893-1900.
21. Die „gespernten“ Länder sind in einer Liste von Entwicklungsländern enthalten, denen es an Ärzten und Krankenpflegepersonal fehlt und in denen dem staatlichen Gesundheitsdienst des Vereinigten Königreichs die Durchführung von Anwerbekampagnen untersagt ist.
22. Bezüglich der Konsequenzen der internationalen Mobilität medizinischer Fachkräfte vgl. UNCTAD (1997), *International Trade in Health Services: Difficulties and Opportunities for Developing Countries*, Ref: TD/B/COM.1/EM.1/2, UNCTAD, Genf, und Weltbank (1993), „Investitionen in die Gesundheit“, *Weltentwicklungsbericht*, Weltbank, Washington, besonders Kasten 6.1. Wegen aktuellerer Perspektiven bezüglich der Effekte von Heimatüberweisungen vgl. OECD (2005), *Migration, Remittances and Development*, OECD, Paris.
23. Eine derartige Integration wird mit Ziel 4 der Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit angestrebt.
24. Vgl. z.B. H. Baser und P. Morgan (2001), „The Pooling of Technical Assistance: An Overview Based on Field Experience in Six African Countries“, *Europäisches Zentrum für Entwicklungspolitik-Management (ECDPM) Synthese-Papier*, ECDPM, Maastricht.
25. In der Erklärung von Paris wird eine Reduzierung der parallelen Projektdurchführungseinheiten um zwei Drittel bis 2010 gefordert.
26. UNDP (1994), *Bericht über die menschliche Entwicklung*, a.a.O., S. 79-80.
27. C. Juma und L. Yee-Cheong (2005), *Innovation: Applying Knowledge in Development*, UN Millennium Project, London und Stirling, Virginia, S. 47-76.
28. a.a.O., S. XIV.

Die Arbeit des DAC

Der Entwicklungsausschuss (DAC)

Der OECD-Entwicklungsausschuss (DAC) ist das zentrale Forum, in dem die großen bilateralen Geber zusammenarbeiten, um die Entwicklungszusammenarbeit zu koordinieren und ihre gemeinsamen Anstrengungen zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung wirksamer zu gestalten.

Innerhalb der OECD ist der DAC einer der großen Fachausschüsse. Den DAC zeichnen jedoch drei besondere Merkmale aus. Erstens tritt er häufiger als andere Ausschüsse zusammen (etwa 15-mal pro Jahr), und der Vorsitzende hat sein Büro am Sitz der OECD. Zweitens ist der DAC befugt, verbindliche Empfehlungen in Angelegenheiten, die in seinen Kompetenzbereich fallen, unmittelbar an die dem Ausschuss angehörenden Länder sowie auch an den Rat zu richten (z.B. *Empfehlung zur Aufhebung der Lieferbindung bei ODA-Leistungen an die am wenigsten entwickelten Länder*, 2001). Drittens gibt der Vorsitzende einen Jahresbericht über Politik und Leistungen der DAC-Mitglieder heraus. Dieser Bericht ist zu einem maßgeblichen Standardwerk im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit geworden.

Der DAC veranstaltet alljährlich eine Tagung auf hoher Ebene, an der Minister oder Leiter der EZ-Institutionen teilnehmen. Einmal im Jahr wird bei der OECD auch eine Tagung hochrangiger Entwicklungsexperten einberufen, die die Arbeiten des Ausschusses über aktuelle entwicklungspolitische Grundsatzfragen prüfen. An den regulären DAC-Tagungen nehmen in Paris ansässige Delegierte der Mitgliedsländer und Beamte aus den Hauptstädten dieser Länder teil.

Das Mandat des DAC

Entsprechend seinem (auf der nächsten Seite wiedergegebenen) Mandat, das seit seiner Gründung im Jahr 1961 unverändert geblieben ist, besteht die Aufgabe des DAC darin:

- Hauptbezugsquelle für gute Verfahrensweisen und Analysen prioritärer Entwicklungsfragen zu sein;
- mehr ODA-Mittel für die Entwicklung und insbesondere die Armutsbekämpfung zu mobilisieren;
- als maßgebliche Quelle für Statistiken über die globalen EZ-Anstrengungen zu fungieren;
- u.a. durch verstärkte Partnerausrichtung, Harmonisierung, Ergebnisorientierung und Lieferaufbindung in der Entwicklungszusammenarbeit Verhaltensänderungen im internationalen EZ-System zu veranlassen, um die Wirksamkeit der ODA-Leistungen zu erhöhen;
- wirksame Mittel zur Unterstützung konfliktanfälliger „Poor-Performer-Länder“ zu entwickeln;
- dafür zu sorgen, dass der Politikkohärenz im Dienst der Entwicklung seitens der OECD-Mitglieder und innerhalb der OECD mehr Aufmerksamkeit gewidmet wird.

Mandat des Entwicklungsausschusses

(Paragraph 14 des Berichts des Vorbereitungsausschusses)

Gemäß der Minister-Entschließung vom 23. Juli 1960 [OECD(60)13] wird die Gruppe der Entwicklungshilfe (DAG) bei Aufnahme der Tätigkeit der OECD als Entwicklungsausschuss konstituiert werden und folgendes Mandat erhalten:

- a) Der Ausschuss wird weiter über die Methoden beraten, wie die Mittel der einzelnen Länder für eine Hilfeleistung an die Entwicklungsländer und Entwicklungsgebiete verfügbar gemacht werden können und wie der Fluss langfristigen Kapitals und sonstiger Arten von Entwicklungshilfe für diese Länder verstärkt und verbessert werden kann.
- b) Der Entwicklungsausschuss wird zum Zeitpunkt der Aufnahme der Tätigkeit der Organisation die Aufgaben und Merkmale und den Mitgliederbestand der Gruppe für Entwicklungshilfe übernehmen.
- c) Der Ausschuss wird seinen Vorsitzenden wählen, dem Rat und seinen eigenen Mitgliedern periodische Berichte vorlegen und vom Sekretariat die mit dem Generalsekretär vereinbarte Unterstützung erhalten. Der Ausschuss wird ferner befugt sein, Empfehlungen in Angelegenheiten seiner Zuständigkeit an die dem Ausschuss angehörenden Länder und an den Rat auszusprechen sowie Vertreter anderer Länder und internationaler Organisationen einzuladen, erforderlichenfalls an besonderen Diskussionen teilzunehmen.
- d) Der Entwicklungsausschuss kann im Namen der Organisation nur mit Genehmigung des Rats handeln.
- e) Falls die Zuständigkeiten des Entwicklungsausschusses über die unter a) festgelegten erweitert werden müssten, könnte jedes einzelne Mitgliedsland, das nicht im Entwicklungsausschuss vertreten ist, die Angelegenheit vor den Rat bringen.

Wichtigste Tätigkeitsbereiche des DAC

Der DAC unterstützt die Bemühungen seiner 23 Mitglieder um Koordinierung und Steigerung der EZ-Wirksamkeit vor allem in folgenden Bereichen:

Der DAC bietet ein *Forum für Dialog*, Erfahrungsaustausch und internationale Konsensbildung in Politik- und Managementfragen, die für die Mitglieder von Interesse sind. Spezifische Themenbereiche werden bei den DAC-Sitzungen, den Tagungen der hochrangigen Entwicklungsexperten und den Jahrestagungen auf hoher Ebene sowie anlässlich der Sitzungen nachrangiger Organe und im Zusammenhang mit dem zweijährigen Arbeitsprogramm ermittelt.

- Beispielsweise bemüht sich der DAC intensiv um eine Erhöhung der EZ-Wirksamkeit durch Aufbau einer internationalen Partnerschaft mit den Schwerpunkten Eigenverantwortung der Partnerländer, Harmonisierung und Partnerausrichtung der Geberverfahren, Ergebnisorientierung und gegenseitige Rechenschaftspflicht. Im März 2005 wurde mit der Annahme der *Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit* durch 116 bilaterale und multilaterale Geber wie auch Partnerländer ein wichtiges Ziel erreicht. Der DAC hat eine Arbeitsgruppe zur Koordinierung des internationalen Monitoring der Fortschrittsindikatoren und Zielvorgaben der Erklärung von Paris eingerichtet. Kapitel 3 des vorliegenden Berichts enthält nähere Einzelheiten hierzu. Ein anderer spezifischer Bereich ist die Umsetzung der DAC-Empfehlung zur Aufhebung der Lieferbindung bei der Vergabe öffentlicher EZ-Leistungen an die am wenigsten entwickelten Länder (2001).
- Ein weiteres Beispiel sind die DAC-Arbeiten zur Erleichterung der Koordinierung zwischen bilateralen und multilateralen Gebern zu Gunsten einer Verbesserung der EZ-Wirksamkeit in *fragilen Staaten*. Das Ziel besteht darin, eine stärkere Mobilisierung von EZ-Leistungen zu Gunsten solcher Länder sicherzustellen, deren Governance-Strukturen nur schwach ausgebildet oder die Opfer gewaltsamer Konflikte sind. Auf diese Weise sollen die Kosten vermieden werden, die bei „Vernachlässigung“ dieser Staaten entstehen würden. Im Jahr 2005 kamen die DAC-Mitglieder überein, den Entwurf der *Principles for Good International Engagement in Fragile States* (Grundsätze für ein zweckmäßiges internationales Engagement in fragilen Staaten) in neun Ländern im Rahmen eines Pilotprojekts anzuwenden. Unterstützt wird diese Aktivität durch Arbeiten zu ressortübergreifenden Konzepten sowie durch Monitoring der EZ-Leistungen an fragile Staaten. Darüber hinaus bemüht sich der DAC auch um ein besseres Verständnis der Faktoren, die eine erfolgreiche Leistungserbringung in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Wasserversorgung und Sicherheit in fragilen Staaten ausmachen.
- Ein drittes Beispiel sind die DAC-Arbeiten zu *Wirtschaftswachstum und Armutsbekämpfung* mit dem Ziel, die Grundlagen für Wirtschaftswachstum in den Partnerländern zu verbessern und die Armen in den Wachstumsprozess zu integrieren, so dass diese gleichzeitig zum Wachstum beitragen und aus ihm Nutzen ziehen können (armutsminderndes Wachstum). Besondere Aufmerksamkeit gilt den Bereichen Landwirtschaft, Entwicklung des privatwirtschaftlichen Sektors und Infrastruktur. Damit verknüpft sind DAC-Arbeiten über Handelshilfe, Verstärkung des vom Außenhandel induzierten Wachstums und der Armutsbekämpfung sowie über Investitionen zur Steigerung der ODA-Wirksamkeit.

Der DAC erhebt *statistische Daten über ODA-Leistungen und sonstige Finanzierungsströme* an Entwicklungsländer, denen hauptsächlich die Berichterstattung der DAC-Mitglieder, aber auch Informationen multilateraler Stellen zu Grunde liegen. Jedes Jahr im April gibt der DAC vorläufige ODA-Statistiken sowie die ODA/BNE-Quoten der Mitglieder für das vergangene Kalenderjahr heraus, worüber in zahlreichen Artikeln in der internationalen Presse berichtet wird. Der DAC koordiniert auch die Erfassung, Veröffentlichung und Wartung einer unentgeltlichen Online-Datenbank über die ODA-Leistungen und sonstige Statistiken, darunter Daten über die einzelnen Aktivitäten sowie Projektbeschreibungen, die durch Policy Markers zu Gender, Umwelt und sonstigen Fragen ergänzt werden. Die ODA-Definitionen werden von den DAC-Mitgliedern ständig überarbeitet, und gegenwärtig sind Arbeiten an einer Reform der Berichterstattung über

humanitäre Hilfe im Gange. Im Jahr 2005 gab der DAC eine überarbeitete Liste der ODA-Empfänger heraus, in der die Transparenz durch ausschließliche Fokussierung auf kleine Länder der unteren und mittleren Einkommensgruppe außerhalb der G8 und der EU erhöht wurde. Ferner verfolgt der DAC die Pläne seiner Mitglieder zur Aufstockung der ODA-Leistungen bis zum Jahr 2010 (die daraus resultierenden Projektionen sind auf seiner Website veröffentlicht). Eine Pressemitteilung von Ende 2005 enthielt eine Bestandsaufnahme der bis dahin von den Mitgliedern eingelösten Leistungszusagen nach der Tsunami-Katastrophe in Asien.

Der DAC setzt sich für die kontinuierliche Verbesserung des Geberverhaltens durch regelmäßig durchgeführte *Peer Reviews* (Länderprüfungen) ein. Das Verfahren erleichtert den gemeinsamen Lernprozess und erhöht die Rechenschaftspflicht der einzelnen Mitglieder in wichtigen Bereichen der Entwicklungszusammenarbeit. Bei den Prüfungen, die in der Regel pro Land alle vier Jahre stattfinden, werden das ODA-Volumen und die Entwicklung der Ressourcenallokation sowie die Frage untersucht, wie das EZ-Programm verwaltet und inwieweit den DAC-Grundsätzen Folge geleistet wird. Die DAC-Länderprüfungen galten im Jahr 2005 Belgien, Deutschland, der Schweiz, Schweden und Neuseeland. Für 2006 sind Peer Reviews für Griechenland, die Niederlande, Portugal, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten geplant. Mittlerweile umfassen alle Länderprüfberichte systematisch ein Kapitel über die Politikkohärenz im Dienst der Entwicklung und einen Anhang zur humanitären Hilfe. Kapitel 4 des vorliegenden Berichts enthält nähere Einzelheiten zu den 2005 durchgeführten Prüfungen.

Vertreter der DAC-Mitglieder im Entwicklungsausschuss (2005)

(Stand: 31. Dezember 2005)

DAC-Vorsitzender und Stellvertretende DAC-Vorsitzende

Richard Manning, Vorsitz (Vereinigtes Königreich)

Pierre GIROUX, Stellv. Vorsitz (Kanada)

Anne-Marie CALLAN, Stellv. Vorsitz (Irland)

Jeroen VERHEUL, Stellv. Vorsitz (Niederlande)

DAC-Mitglieder	Name
Australien	Peter WADDELL-WOOD
Belgien	Guy BERINGHS
Dänemark	Ole CHRISTOFFERSEN
Deutschland	Josef FUELLENBACH
Europäische Kommission	Franco CONZATO
Finnland	Pirkko-Lissa KYÖSTILÄ
Frankreich	Dominique BOCQUET
Griechenland	Alexandra MAKRI
Irland	Anne-Marie CALLAN
Italien	Fabio CASSESE
Japan	Hironori SHIBATA
Kanada	Pierre GIROUX
Luxemburg	Christian BIEVER
Neuseeland	Stephanie LEE
Niederlande	Jeroen VERHEUL
Norwegen	Kristin LANGSHOLT
Österreich	Maria ROTHEISER-SCOTTI
Portugal	Paulo VIZEU PINHEIRO
Schweden	Kristin PÅLSSON
Schweiz	Anton STADLER
Spanien	José Manuel ALBARES
Vereinigtes Königreich	David BENDOR
Vereinigte Staaten	George CARNER

Beobachter beim DAC

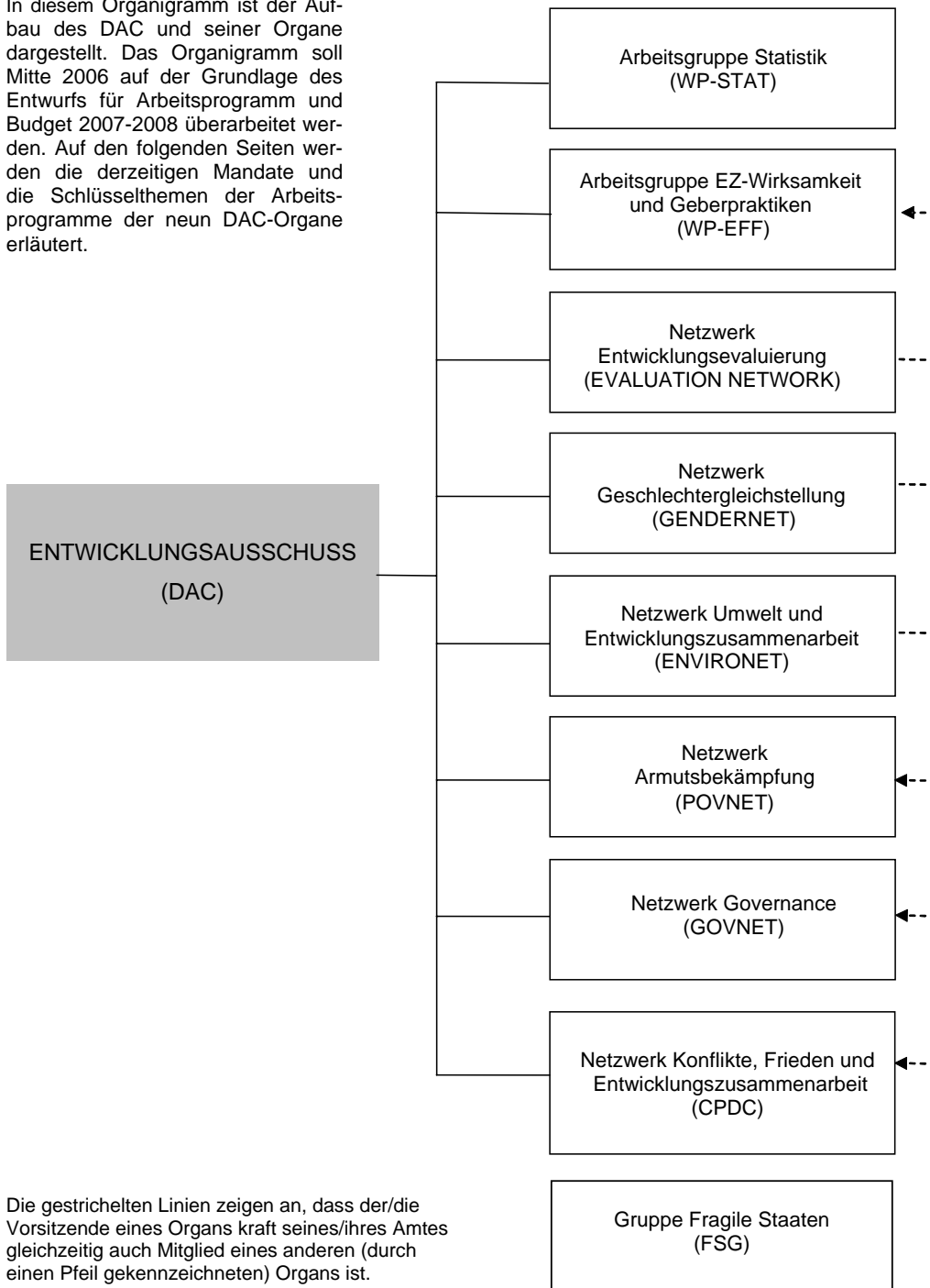
IWF	Sonia BRUNDSCHWIG
UNDP	Luc FRANZONI
Weltbank	Brian NGO

Andere OECD-Länder

Island	Jón JÓHANNESON
Korea	Jungsoo DOO
Mexiko	Gerardo BRACHO Y CARPIZO
Polen	Michal RUSINSKI
Slowakische Rep.	Libor GULA
Tschechische Rep.	Michal KAPLAN
Türkei	Cengiz Kamil FIRAT
Ungarn	Sándor SIMON

Die Organe des DAC

In diesem Organigramm ist der Aufbau des DAC und seiner Organe dargestellt. Das Organigramm soll Mitte 2006 auf der Grundlage des Entwurfs für Arbeitsprogramm und Budget 2007-2008 überarbeitet werden. Auf den folgenden Seiten werden die derzeitigen Mandate und die Schlüsselthemen der Arbeitsprogramme der neun DAC-Organen erläutert.



Die gestrichelten Linien zeigen an, dass der/die Vorsitzende eines Organs kraft seines/ihrer Amtes gleichzeitig auch Mitglied eines anderen (durch einen Pfeil gekennzeichneten) Organs ist.

Mandate und Arbeitsprogramme der Organe des DAC

DAC-Arbeitsgruppe Statistik (WP-STAT)

Existiert seit:	1968
Dauer des Mandats:	Derzeitiges Mandat bis Ende 2006
Vorsitz:	Fritz Meijndert (Niederlande)
Stellv. Vorsitz:	Geert Deserranno (Belgien); Hedwig Riegler (Österreich)
Mandat:	<p>Der DAC-Arbeitsgruppe Statistik obliegen die laufende Beobachtung und die Anregung von Verbesserungen der statistischen Berichterstattung über die EZ-Leistungsströme an Entwicklungs- und Transformationsländer sowie an die multilateralen Stellen.</p> <p>Die Arbeitsgruppe legt dem DAC Empfehlungen vor betreffend: Erfüllung der ODA-Kriterien, Richtlinien und Definitionen für die Berichterstattung, Datenvergleichbarkeit sowie Nutzung der DAC-Statistiken.</p> <p>Die Arbeitsgruppe schlägt dem DAC Änderungen der Richtlinien für das statistische Berichtssystem vor, behandelt alle vom DAC an sie herangetragenen verwandten Themen und erstattet dem DAC hierüber gegebenenfalls Bericht.</p>

Schlüsselthemen des Arbeitsprogramms 2005-2006

Fortführung und Verbesserung der regelmäßigen statistischen Berichterstattung des DAC und stärkere Orientierung an den Anforderungen der Nutzer. Zusammenarbeit mit den Mitgliedern und der VN bei der Berichterstattung über die Millenniums-Entwicklungsziele. Routineaktualisierungen der Richtlinien für die statistische Berichterstattung.

Statistische Themen – Aktualisierung der Datensätze zur Sicherung ihrer politischen Relevanz und zeitlichen Aktualität, DAC-Liste, Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung (*clean development mechanism*), innovative Finanzierungsmechanismen.

Dialog mit nicht dem DAC angehörenden Gebern zur Verbesserung des Zugangs zu den EZ-Statistiken und zur Gewährleistung ihrer Vollständigkeit.

Verwendung des Creditor Reporting System (CRS) für Sonderberichterstattungen – z.B. Fokussierung der MDG, Handelskapazitätsaufbau, Gleichstellung der Geschlechter, Umwelt, Gesundheit, HIV/AIDS.

Zusammenarbeit mit der WP-EFF bei den Monitoring-Indikatoren der Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit, gegebenenfalls unter Verwendung statistischer Definitionen des DAC.

Erstellung von Daten und Analysen zu Trends und Problemen im internationalen EZ-System. Monitoring der Geberzusagen zur Aufstockung der ODA-Leistungen, sachlich fundierte Beiträge zur Diskussion über EZ-Allokation und -Struktur.

Fortsetzung des Austauschs entwicklungspolitischer Informationen über AiDA (*Accessible Information on Development Activities* – Datenbank für Entwicklungsprojekte).

DAC-Arbeitsgruppe EZ-Wirksamkeit und Geberpraktiken (WP-EFF)

Existiert seit:	April 2003
Dauer des Mandats:	Derzeitiges Mandat bis Ende 2006
Vorsitz:	Michel Reveyrand (Frankreich)
Stellv. Vorsitz:	Helen Allotey (Ghana); Christopher Hall (Weltbank)
Mandat:	<p>Die DAC-Arbeitsgruppe EZ-Wirksamkeit und Geberpraktiken wurde im Zusammenhang mit dem im März 2002 in Monterrey erzielten Konsens über die zur Förderung einer globalen Partnerschaft für Entwicklung und zur Beschleunigung der Fortschritte auf dem Weg zu den Millenniums-Entwicklungszielen notwendigen Aktionen eingerichtet. Für die DAC-Mitglieder bedeutet dies konkret, sich für die Verbesserung von Management, Umsetzung und Komplementarität ihrer EZ-Aktivitäten einzusetzen, um den größtmöglichen Entwicklungseffekt zu gewährleisten. Im Rahmen ihres Mandats beschäftigt sich die Arbeitsgruppe mit der Evaluierung und Förderung der Harmonisierung der Geberpraktiken und der Ausrichtung auf die von den Ländern selbst getragenen Armutsbekämpfungsstrategien und sonstigen Entwicklungsrahmen, -systeme und -verfahren; dazu gehören auch die Konsequenzen für den angemessenen Einsatz der Instrumente und die Mittelallokation, Follow-up-Arbeiten zu den Fragen der Aufhebung der Lieferbindung und des Beschaffungswesens sowie Ergebnismessung, Monitoring und Management.</p> <p>Die Tätigkeit der Arbeitsgruppe zielt insbesondere darauf ab, die Umsetzung vereinbarter Maßnahmen und empfehlenswerter Praktiken zu erleichtern, die vor Ort erzielten Gesamtfortschritte zu evaluieren, den kontinuierlichen Austausch über empfehlenswerte Verfahrensweisen zu praktizieren und Strategien zur Behandlung spezifischer Probleme zu konzipieren. Lokale Trägerschaft und Kapazitätsentwicklung sind wesentliche Aspekte ihrer Tätigkeit.</p> <p>Die Arbeitsgruppe bezieht eine wachsende Zahl von Partnerländern in ihre Aktivitäten ein und kooperiert, über den Kreis der ständigen DAC-Beobachter (Weltbank, IWF und UNDP) hinaus, mit einem breiten Spektrum von Entwicklungsinstitutionen, namentlich regionalen Entwicklungsbanken und der Strategischen Partnerschaft mit Afrika (SPA). Es existieren weitreichende Interaktionen mit anderen DAC-Organen, vor allem dem DAC-Netzwerk Entwicklungsevaluierung, dessen Vorsitzender kraft seines Amtes auch Mitglied dieser Arbeitsgruppe ist. Letztere hat vier Joint Ventures eingerichtet: Umsetzung der Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit, öffentliches Finanzmanagement, Beschaffungswesen sowie ergebnisorientiertes Management. Hauptaufgabe der Arbeitsgruppe ist derzeit die Unterstützung und das Monitoring der Umsetzung der Erklärung von Paris.</p>

Schlüsselthemen des Arbeitsprogramms 2005-2006

Stärkere Fokussierung auf die Umsetzung der Erklärung von Paris auf Länderebene durch aktive Verbreitung und systematisches Monitoring der Indikatoren, um letztendlich die Wirksamkeit der EZ-Leistungen zu steigern und die Entwicklungs- und Armutsbekämpfungseffekte zu verstärken.

Bessere Harmonisierung und Ausrichtung der Geberpraktiken auf die von den Partnerländern selbst entwickelten Armutsbekämpfungsstrategien und sonstigen Entwicklungsrahmen, -systeme und -verfahren.

Verstärkung der Kapazitäten des öffentlichen Finanzmanagements und des Beschaffungswesens in den Entwicklungsländern, um einen wachsenden Rückgriff auf die Systeme der Partnerländer zu ermöglichen.

Stärkung der ergebnisorientierten Managementsysteme in der Entwicklungszusammenarbeit und erhöhte gegenseitige Rechenschaftspflicht.

DAC-Netzwerk Entwicklungsvaluierung (EVALUATION NETWORK)

Existiert seit:	März 2003
Dauer des Mandats:	Derzeitiges Mandat bis Ende 2006
Vorsitz:	Eva Lithman (Schweden)
Stellv. Vorsitz:	Satoko Miwa (Japan); Finbar O'Brien (Irland)
Mandat:	<p>Das Mandat des DAC-Netzwerks Entwicklungsvaluierung besteht darin:</p> <p>Den Informations- und Erfahrungsaustausch wie auch die Zusammenarbeit in Fragen der Evaluierung zwischen den Netzwerkmitgliedern und gegebenenfalls Evaluierungspartnern zu verstärken, um: <i>a</i>) die Evaluierungstätigkeit der einzelnen Mitglieder zu verbessern; <i>b</i>) die Harmonisierung und Standardisierung methodologischer und konzeptueller Rahmen zu fördern; <i>c</i>) die Koordinierung wichtiger Evaluierungsstudien zu erleichtern; <i>d</i>) die Entwicklung neuer Methoden in den Bereichen Evaluierung und empfehlenswerte Praktiken zu fördern.</p> <p>Zu größerer Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit beizutragen, indem <i>a</i>) aus der Gesamtheit der Evaluierungsstudien politische, strategische und konkret anwendbare Lehren gezogen und dem DAC sowie der Entwicklungsgemeinschaft im weiteren Sinne zur Prüfung unterbreitet werden und <i>b</i>) gemeinsame bzw. koordinierte Evaluierungen und Untersuchungen der Mitglieder gefördert werden.</p> <p>Dem DAC und seinen Organen vor allem in Bezug auf <i>Peer Reviews</i>, Entwicklungsergebnisse und EZ-Wirksamkeit mit Rat und Unterstützung zur Seite zu stehen.</p> <p>Die Entwicklung von Evaluierungskapazitäten in den Partnerländern zu fördern und zu unterstützen.</p>

Schlüsselthemen des Arbeitsprogramms 2005-2006

- Konzipierung gemeinsamer Evaluierungsgrundsätze.
- Gemeinsame Evaluierung der allgemeinen Budgethilfe.
- Follow-up zur Evaluierung der Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit.
- Evaluierung der gesamten ODA-Leistungen auf Länderebene.
- DAC-Evaluierungsstandards.
- Evaluierungssysteme und -strukturen: Entwicklung eines neuen Arbeitsinstruments für die Länderprüfungen.
- Management des evaluierungsbezogenen Know-how, u.a. Initiierung des DAC-Dokumentationszentrums für Evaluierungen (DEReC).
- Pilotbeurteilung der Evaluierungsfunktionen multilateraler Organisationen.
- Verbesserung der Evaluierungskapazität.
- Evaluierung der Aktivitäten in den Bereichen Konfliktprävention und Friedensstiftung (in Zusammenarbeit mit dem CPDC).

DAC-Netzwerk Gleichstellung der Geschlechter (GENDERNET)

Existiert seit:	1984
Dauer des Mandats:	Derzeitiges Mandat bis Ende 2006
Vorsitz:	To Tjoelker (Niederlande)
Stellv. Vorsitz:	Kathy Blakeslee (USA); Fionnuala Gilsean (Irland); Patricia McCullagh (Kanada)
Mandat:	<p>Das DAC-Netzwerk Gleichstellung der Geschlechter:</p> <p>Trägt zur Verbesserung der Qualität und Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit bei. Es bedarf des Wissens, des Verständnisses und der Erfahrung von Männern und Frauen gleichermaßen, wenn Entwicklung wirksam, nachhaltig und wirklich am Menschen orientiert sein soll. Fortschritte in Richtung Gleichstellung der Geschlechter und Befähigung der Frauen sind für die Verbesserung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Bedingungen in Entwicklungsländern daher unerlässlich.</p> <p>Das Netzwerk liefert strategische Unterstützung für die Maßnahmen des DAC: Es fungiert als Katalysator und hilft mit fachlichen Ratschlägen sicherstellen, dass das Ziel der Geschlechtergleichstellung in allen DAC-Arbeiten berücksichtigt wird. Es sorgt für die Stärkung dieser Priorität in den Programmen der Mitglieder und flankiert die Entwicklungsanstrengungen der Partnerländer.</p> <p>Das Netz steht im Dienst der Mitglieder des DAC und des Netzwerks selbst, indem es einzigartige Gelegenheit zum Austausch innovativer und katalysatorartiger Denkansätze über Strategien und Praktiken für die Einbeziehung der Geschlechterperspektive und die Befähigung der Frau zur Übernahme von Verantwortung bietet. Ziel ist es dabei, die eigenen Bemühungen der Partnerländer in allen Bereichen der Entwicklungszusammenarbeit zu unterstützen.</p> <p>Auf der Basis dieses Mandats spielt das GENDERNET auch bei der systematischen Einbeziehung des Imperativs der Geschlechtergleichstellung in die DAC-Arbeiten eine Katalysatorrolle. Dabei wird es weiterhin sehr eng mit anderen DAC-Organen zusammenarbeiten.</p>

Schlüsselthemen des Arbeitsprogramms 2005-2006

Untersuchung der in bilateralen Stellen vorhandenen institutionellen und strukturellen Vorkehrungen zur Beratung in Fragen der Geschlechtergleichstellung und zur Erleichterung diesbezüglicher Arbeiten.

Verfeinerung des Markers für die Gleichstellung der Geschlechter und Ausarbeitung von Leitsätzen für dessen Anwendung und Nutzung, in Zusammenarbeit mit der DAC-Arbeitsgruppe Statistik.

Theoretische Abhandlungen und praktische Anleitungen zur Behandlung der Problematik der Geschlechtergleichstellung angesichts der sich wandelnden EZ-Modalitäten und der Erklärung von Paris im Hinblick auf die im zweijährigen Turnus stattfindende Tagung mit Vertretern des Interinstitutionellen Netzwerks für Frauen und Geschlechtergleichheit (IANWGE).

Richtungsweisende Ausarbeitungen zu folgenden Themen:

- Frauen- und Kinderhandel in Konflikt- und Konfliktfolgezeiten,
- Stärkung der Dimensionen Geschlechtergleichstellung und Befähigung der Frauen in den Armutsbekämpfungsstrategien,
- Gleichstellung der Geschlechter bei Infrastrukturprojekten,
- Auseinandersetzung mit Fragen der Ungleichheit und Machtverhältnis zwischen den Geschlechtern bei der Verbreitung von HIV/AIDS,
- Beiträge zu den Arbeiten der Netzwerke CPDC und POVNET.

DAC-Netzwerk Umwelt und Entwicklungszusammenarbeit (ENVIRONET)

Existiert seit:	März 2003
Dauer des Mandats:	Derzeitiges Mandat bis Ende 2006
Vorsitz:	Pierre Giroux (Kanada)
Stellv. Vorsitz:	Stephan Paulus (Deutschland)
Mandat:	Das DAC-Netzwerk Umwelt und Entwicklungszusammenarbeit: Trägt zur Formulierung kohärenter Ansätze für eine nachhaltige Entwicklung im Kontext des sektorübergreifenden OECD-Konzepts nachhaltiger Entwicklung bei. Formuliert spezielle Anleitungen für internationale Entwicklungsanstrengungen für Umwelt und nachhaltige Entwicklung. Bietet den Mitgliedern ein Politikforum für den Austausch von Erfahrungen und die Verbreitung empfehlenswerter Praktiken im Hinblick auf die Integration von Umweltanliegen in die Entwicklungszusammenarbeit.

Schlüsselthemen des Arbeitsprogramms 2005-2006

Entwicklung und Klimawandel (gemeinsame Aktivität mit dem Ausschuss für Umweltpolitik): Formulierung von Leitlinien für die Einbeziehung der Anpassung an den Klimawandel in EZ-Strategien.

Harmonisierung der Geberansätze für Umweltverträglichkeitsprüfungen von Projekten, Programmen und Sektorstrategien (Strategische Umweltprüfung – SUP).

Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen und armutsminderndes Wachstum: Einbindung von Umweltaspekten in die Armutsbekämpfungs- und Wachstumsstrategien zur Unterstützung des siebten Millenniums-Entwicklungsziels (Beitrag zu den Arbeiten von POVNET).

Laufende Beiträge zu den DAC-Länderprüfungen, aus der Perspektive Umwelt und nachhaltige Entwicklung.

Gemeinsame Tagung des Entwicklungsausschusses (DAC) und des Ausschusses für Umweltpolitik (EPOC) auf Ministerebene am 4. April 2006, aus der ein *Common Plan of Action Around Shared Goals* (Gemeinsamer Aktionsplan zu gemeinsamen Zielen) hervorgehen soll.

DAC-Netzwerk Armutsbekämpfung (POVNET)

Existiert seit:	Juni 1998
Dauer des Mandats:	Derzeitiges Mandat bis Ende 2006
Vorsitz:	James Smith (Vereinigte Staaten)
Stellv. Vorsitz:	Hitoshi Shoji (Japan)
Mandat:	Das Mandat des DAC-Netzwerks Armutsbekämpfung konzentriert sich auf den multidimensionalen Charakter der Armut und die Beziehungen zwischen Ungleichheit, Wirtschaftswachstum und Armutsbekämpfung in Entwicklungsländern. POVNET bietet ein Forum für den Austausch von Erfahrungen und empfehlenswerten Praktiken zur Erreichung eines armutsmindernden Wachstums, d.h. eines Prozesses, in dem die Armen an der Schaffung des Wachstums beteiligt sind und von Wachstum und Globalisierung profitieren. Von dieser Warte aus befasst sich das Netz mit Strategien und Maßnahmen in Bereichen wie Infrastruktur, Landwirtschaft, Kapazitätsaufbau für Handel und Investitionen, Informations- und Kommunikationstechnologien sowie mit der Rolle des privaten Sektors und öffentlich-privater Partnerschaften. Es unterstützt die Verfolgung der Millenniums-Entwicklungsziele und setzt sich dafür ein, dass einem breit fundierten Wachstum und dessen Bestimmungsfaktoren in den strategischen Rahmen nationaler Armutsbekämpfungsstrategien eine zentrale Rolle eingeräumt wird.

Schlüsselthemen des Arbeitsprogramms 2005-2006

Konzeptualisierung der Beziehungen zwischen nachhaltigem Wirtschaftswachstum und Armutsbekämpfung mit dem Ziel der konkreten Anwendung der DAC-Leitlinien für Armutsbekämpfung von 2001.

Stärkung des Beitrags von privatem Sektor, Landwirtschaft und Infrastruktur zu einem armutsmindernden Wachstum und Untersuchung der Synergien zwischen diesen Bereichen.

Management und Integration der „erweiterten“ Agenda, vor allem in Bezug auf EZ-Leistungen für den Handel, die Synergien zwischen ODA und Investitionen sowie IKT.

Politikorientierung und Berichte über empfehlenswerte Praktiken für die Förderung armutsmindernden Wachstums und die stärkere Integration des Wachstums und seiner Bestimmungsfaktoren in den PRSP-Prozess.

DAC-Netzwerk Governance (GOVNET)

Existiert seit:	April 2001 (erste Tagung)
Dauer des Mandats:	Derzeitiges Mandat bis Ende 2006
Vorsitz:	Eduard Westreicher (Deutschland)
Stellv. Vorsitz:	John Lobsinger (Kanada); Sanjay Pradhan (Weltbank); Sheelagh Stewart (Vereinigtes Königreich)
Mandat:	Dieses DAC-Netzwerk zielt auf größere Wirksamkeit der geberseitigen Unterstützung im Governance-Bereich wie auch bei der Förderung der Kapazitätsentwicklung ab. Es bietet den Mitgliedern ein Politikforum zum Austausch von Erfahrungen und Erkenntnissen, zur Ermittlung und Verbreitung empfehlenswerter Praktiken sowie zur Entwicklung armutsmindernder Maßnahmen und analytischer Instrumente. Die Arbeiten von GOVNET konzentrieren sich auf die Frage, wie die Wirksamkeit der Unterstützung in einem breiten Spektrum von Bereichen, insbesondere Korruptionsbekämpfung, Kapazitätsentwicklung, Menschenrechte und wirtschaftspolitische Analysen, verbessert werden kann. Diese Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Die Arbeiten des Netzwerks umfassen auch die Beziehungen zwischen Staat, Bürgern, Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft.

Schlüsselthemen des Arbeitsprogramms 2005-2006

Ausarbeitung von Grundsätzen für geberseitige Aktivitäten der Korruptionsbekämpfung als Rahmen für ein ergänzendes handlungsorientiertes Grundsatzpapier des DAC, das Orientierungshilfen für die Korruptionsbekämpfung in Hochrisikoländern enthalten soll.

Mitwirkung an der Entwicklung einer OECD-weiten Strategie für die Anti-Korruptionsaktivitäten der Organisation.

Erstellung überwölbender Leitlinien in Form eines Dokuments mit dem Titel „The Challenge of Capacity Development: Working Towards Good Practice“; sodann Einleitung von auf den Wandel ausgerichteten Prozessen, namentlich Erstellung praxisorientierter Leitlinien und Outreach-Aktivitäten (z.B. zur Umsetzung bestimmter aus der Erklärung von Paris resultierender Verpflichtungen).

Menschenrechte und Entwicklung: Erstellung von Leitlinien für die Geber ausgehend von der Beobachtung, dass die Einhaltung der Menschenrechte zur Verbesserung der Entwicklungsergebnisse beitragen kann.

Analyse des Potenzials und der Triebkräfte des Wandels: Entwicklung und Erprobung von Instrumenten der wirtschaftspolitischen Analyse zur Gewinnung von Informationen für Planung und Programmgestaltung in ausgewählten Partnerländern.

DAC-Netzwerk Konflikte, Frieden und Entwicklungszusammenarbeit (CPDC)

Existiert seit:	1995 (aus der Sonderarbeitsgruppe wurde 2001 ein Netzwerk)
Dauer des Mandats:	Derzeitiges Mandat: bis Ende 2006
Vorsitz:	Tom Owen-Edmunds (Vereinigtes Königreich)
Stellv. Vorsitz:	Betsy Tunold (Norwegen); Björn Holmberg (Schweden); Inger Buxton (EU)
Mandat:	Der DAC ist bemüht, mit seinem Netzwerk Konflikte, Frieden und Entwicklungszusammenarbeit die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit und die Kohärenz der von den Mitgliedern ergriffenen Maßnahmen zu steigern, indem die Anwendung der Grundsätze und Vereinbarungen aus den DAC-Leitlinien <i>Verhütung gewaltsamer Konflikte (Helping Prevent Violent Conflict)</i> und den späteren Anleitungen für die Reform von Sicherheitswesen und Governance (<i>Security System Reform and Governance</i>) gefördert wird. Das Netzwerk trägt zur Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen Gebern und Akteuren in den Empfängerländern – vor allem in konfliktanfälligen und Konflikten ausgesetzten Ländern – bei, um dort strukturelle Stabilität und Frieden zu fördern, gewaltsame Konflikte verhindern bzw. beilegen zu helfen und in Krisensituationen Wiederaufbauhilfe zur Verfügung zu stellen.

Schlüsselthemen des Arbeitsprogramms 2005-2006

Verbesserung der Evaluierung von Aktivitäten der Konfliktprävention und Friedensstiftung (CPPB) – unter besonderer Berücksichtigung der Effekte, Qualität und Wirksamkeit von CPPB-Aktivitäten vor Ort (in Partnerschaft mit dem DAC-Netzwerk Evaluierung)

Entwicklung operationeller Orientierungshilfen für Umsetzung, Koordinierung und Harmonisierung von Aktivitäten zur Reform der Sicherheitssysteme (SSR) vor Ort. Ein neuer SSR-Umsetzungsrahmen wird zur Schließung der bedeutenden Kluft beitragen, die zwischen den allgemeinen Grundsätzen und der Nachfrage vor Ort nach praktischen handlungsorientierten Leitlinien besteht.

Unterstützung bei der Förderung einer Konfliktverhütungskultur – insbesondere angesichts der Aufstockung der ODA-Leistungen, da die diesbezüglichen Programme und Maßnahmen von entscheidender Bedeutung für die Verbesserung der Wirksamkeit und Qualität der EZ-Leistungen sind. Das geschieht durch *a)* Ausarbeitung und Angebot von Schulungskursen vor Ort gemäß den DAC-Grundsätzen, *b)* Erstellung eines nutzerfreundlichen Handbuchs mit Kurzabhandlungen zu Konfliktprävention und Friedensstiftung sowie Ansätze zur Stärkung der Wirksamkeit des Engagements von EZ-Institutionen in Konfliktsituationen.

Gruppe Fragile Staaten (FSG) der Netzwerke GOVNET und CPDC

Existiert seit:	Juni 2003
Dauer des Mandats:	Derzeitiges Mandat bis Ende 2006
Stellv. Vorsitz:	Sarah Cliffe (Weltbank); Sheelagh Stewart (Vereinigtes Königreich)
Mandat:	Mandat und Ziel der Gruppe Fragile Staaten (FSG, früher bezeichnet als Lern- und Beratungsprozess bei schwierigen Partnerschaften) ist es, die Koordinierung zwischen bilateralen und multilateralen Gebern zur Steigerung der EZ-Wirksamkeit in fragilen Staaten zu erleichtern. Die Gruppe soll für stärkere Mobilisierung und Wirksamkeit von EZ-Leistungen für jene Länder sorgen, die über schwache Governance-Strukturen verfügen oder gewaltsamen Konflikten ausgesetzt sind, und somit verhindern, dass durch die „Vernachlässigung“ eines Landes Kosten entstehen. Charakteristisch für die Arbeiten der Gruppe ist Innovation, wobei der Schwerpunkt auf der konkreten Lösung allgemeiner Politikprobleme in den Partnerländern liegt. Die FSG fungiert als Brücke zwischen dem DAC-Netzwerk Governance (GOVNET) und dem Netzwerk Konflikte, Frieden und Entwicklungszusammenarbeit (CPDC). Ferner kommen der Gruppe Verbindungen zur DAC-Arbeitsgruppe EZ-Wirksamkeit (WP-EFF) zugute.

Schlüsselthemen des Arbeitsprogramms 2005-2006

Verbesserung des internationalen Engagements in fragilen Staaten: Umsetzung der *Principles for Good International Engagement in Fragile States* (Grundsätze für ein zweckmäßiges internationales Engagement in fragilen Staaten) in neun Ländern im Rahmen eines Pilotprojekts.

Erhöhung von Transparenz und Berechenbarkeit der Finanzierungsströme in die am stärksten marginalisierten fragilen Staaten.

Förderung und Verbreitung ressortübergreifender Konzepte in fragilen Staaten durch Analyse dieser Konzepte auf der Ebene der Zentrale und der Außenstellen.

Verbesserung der Kenntnisse über erfolgreiche Ansätze zur Leistungserbringung in fragilen Staaten (Gesundheit, Bildung, Wasserversorgung und Sicherheit).

Die Direktion Entwicklungszusammenarbeit

Die Direktion Entwicklungszusammenarbeit (DCD) ist eine der zwölf Fachdirektionen des OECD-Sekretariats. Die Rolle der DCD besteht darin, den Mitgliedern bei der Politikformulierung, der Politikkoordinierung und der Verbesserung der Informationssysteme über Entwicklungsfragen zu helfen. Damit unterstützt sie die Arbeiten sowohl des Entwicklungsausschusses (DAC) als auch der OECD insgesamt. Ihre Verbindungen zu dem Ausschuss, dem sie zuarbeitet, sind so eng, dass die DCD oft mit dem DAC gleichgesetzt wird.

Die Direktion DCD ist Teil des „**Entwicklungsclusters**“, das der Zuständigkeit eines der Stellvertretenden OECD-Generalsekretäre untersteht. Innerhalb dieses Rahmens arbeitet die DCD in Fragen der Politikkohärenz im Dienst der Entwicklung eng mit anderen OECD-Direktionen zusammen. Zu diesem Cluster gehören neben der DCD folgende Organe:

- das **Entwicklungszentrum**, das den Sammelpunkt für die innerhalb der OECD durchgeführten entwicklungsbezogenen Untersuchungen bildet;
- der **Sahel- und Westafrika-Club**, der sachlich fundierte, handlungsorientierte Diskussionen innerhalb Westafrikas sowie zwischen dieser Region und den OECD-Mitgliedsländern erleichtert und leitet;
- das **Zentrum für Zusammenarbeit mit Nichtmitgliedsländern (CCNM)**, das sich um die strategische Koordination des Ausbaus der Beziehungen der OECD zu Nichtmitgliedern sowie anderen internationalen Organisationen kümmert.

Das DCD-Organigramm ist auf der nächsten Seite dargestellt. Das Büro des Direktors führt die Aufsicht über die Arbeit von etwa 90 Mitarbeitern, die sich auf folgende Bereiche verteilen:

Abteilung Politikkoordination (DCD/POL). Die Abteilung befasst sich mit einem breiten Spektrum entwicklungspolitischer Themen, insbesondere Politikkohärenz, Governance, Kapazitätsentwicklung, Konflikt- und Sicherheitsfragen, fragile Staaten, Umwelt und Genderfragen.

Abteilung Armutsbekämpfung und Wachstum (DCD/PRG). Die Abteilung konzentriert sich auf die Beziehungen zwischen Wirtschaftswachstum und Armutsbekämpfung (im Rahmen des POVNET) durch Arbeiten in den Bereichen Landwirtschaft, Entwicklung des privaten Sektors und Infrastruktur. Handelshilfe, private Investitionen im Dienst der Entwicklung sowie Aufhebung der Lieferbindung sind ebenfalls wichtige Bestandteile ihres Arbeitsprogramms.

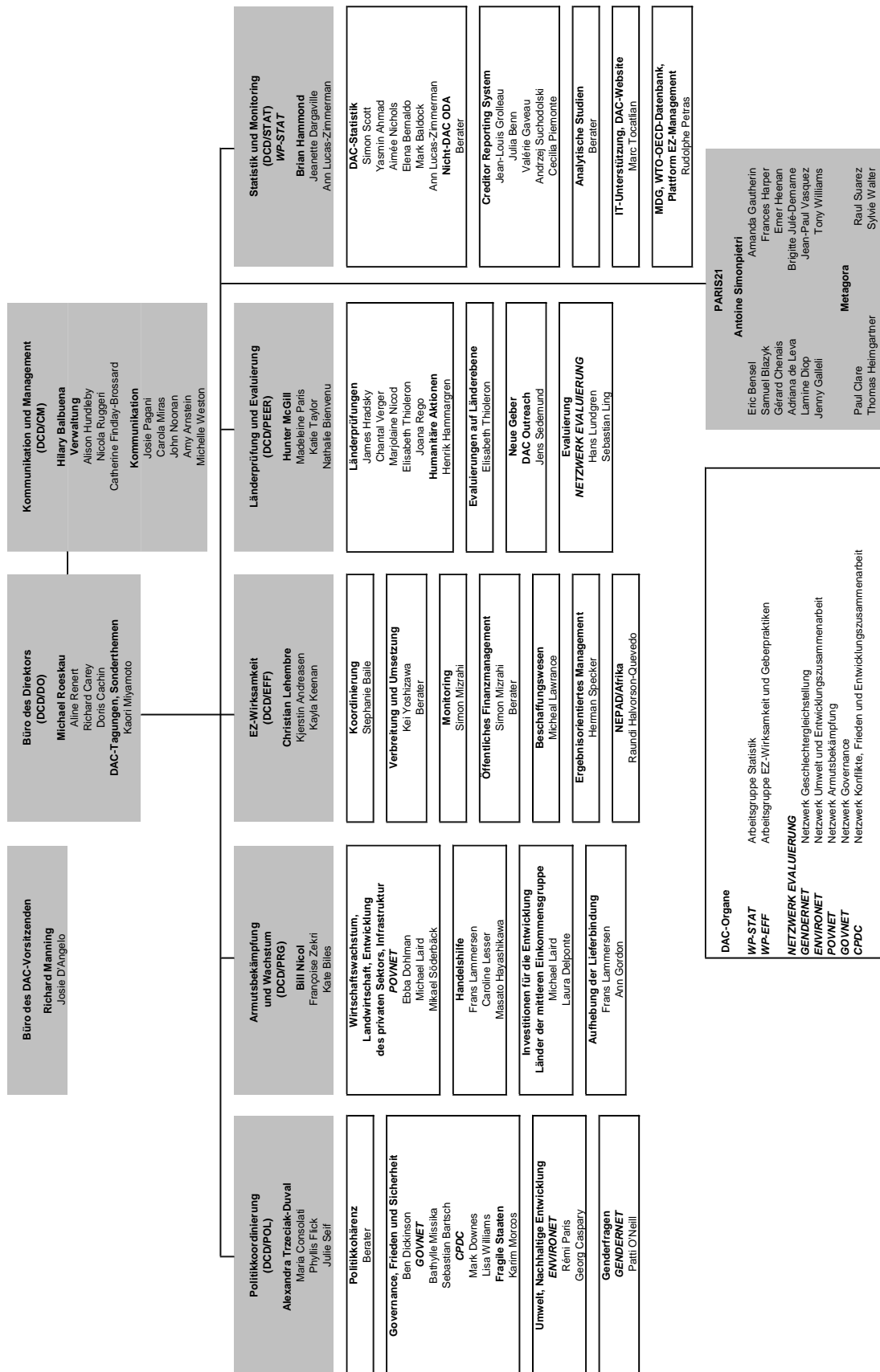
Abteilung EZ-Wirksamkeit (DCD/EFF). Die Abteilung wurde mit dem Auftrag eingesetzt, die Umsetzung der Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit vom 2. März 2005 zu unterstützen. Sie leistet Sekretariatsdienste für die Arbeitsgruppe EZ-Wirksamkeit, d.h. sie steht im Dienst der internationalen vom DAC getragenen Partnerschaft aus bilateralen und multilateralen Gebern sowie Partnerländern, die für das Monitoring der in Paris eingegangenen Verpflichtungen zuständig sind und über die bei den einzelnen Zielvorgaben erzielten Fortschritte Bericht erstatten. Die Abteilung unterstützt ferner spezifische Arbeiten zu Themen, wie öffentliches Finanzmanagement, Beschaffungswesen sowie ergebnisorientiertes Management. Eng hiermit verbunden ist die „Gegenseitige Prüfung der EZ-Wirksamkeit“ im NEPAD-Kontext.

Abteilung Länderprüfungen und Evaluierung (DCD/PEER). Die Abteilung überwacht mittels *Peer Reviews* und Evaluierungen vor Ort die EZ-Programme der einzelnen DAC-Mitglieder. Sie befasst sich über das Netzwerk Entwicklungsevaluierung, das Arbeiten zur EZ-Wirksamkeit und zum ergebnisorientierten Management unterstützt, mit Evaluierungsmaßnahmen. Ferner beschäftigt sich die Abteilung mit DAC-Outreach-Aktivitäten und Fragen der humanitären Hilfe.

Abteilung Statistik und Monitoring (DCD/STAT). Die Abteilung sammelt einschlägige Daten und stellt Statistiken über die Ströme von EZ-Leistungen und anderen Ressourcen zusammen, gegliedert nach Leistungskategorien, Konditionen, Sektoren und geographischer Verteilung auf die Entwicklungsländer. Sie ist ein wichtiges Instrument für die Verfolgung der Einhaltung von ODA-Zusagen sowie die Erfassung von Daten zu künftigen ODA-Allokationen.

Sekretariat der Partnerschaft Statistik im Dienst der Entwicklung im 21. Jahrhundert (PARIS21). PARIS21 wurde 1999 von den VN, der OECD, der Weltbank, dem IWF und der Europäischen Kommission gegründet und ist bei der DCD untergebracht. Das vorrangige Ziel der Partnerschaft ist die Unterstützung aller Niedrigeinkommensländer bei der Konzipierung einer Nationalen Strategie zur Entwicklung der Statistik bis 2006, um u.a. für alle MDG-Indikatoren bis 2010 über im Land selbst erstellte und anerkannte Daten zu verfügen. *Metagora* ist ein Pilotprojekt, das unter der Schirmherrschaft von PARIS21 umgesetzt wird. Es befasst sich schwerpunktmäßig mit Methoden, Instrumenten und Rahmenkonzepten für die Messung von Demokratie, Menschenrechten und Governance.

Direktion Entwicklungszusammenarbeit



Themen und Aliases von DAC-Internetseiten

Themen und Unterthemen	Direkt-URL zu den Themen und Unterthemen
DAC-Leitseite	www.oecd.org/dac
EZ-Statistiken	www.oecd.org/dac/stats
EZ-Aktivitäten	• www.oecd.org/dac/stats/crs
EZ-Leistungen der DAC-Mitglieder	• www.oecd.org/dac/stats/dac
EZ-Wirksamkeit und Geberpraktiken	www.oecd.org/dac/effectiveness
Monitoring der Erklärung von Paris	• www.oecd.org/dac/effectiveness/monitoring
Ergebnisorientiertes Management	• www.oecd.org/dac/effectiveness/results
Öffentliches Finanzmanagement	• www.oecd.org/dac/effectiveness/pfm
Beschaffungswesen	• www.oecd.org/dac/effectiveness/procurement
Konflikte und Frieden	www.oecd.org/dac/conflict
EZ-Wirksamkeit in fragilen Staaten	www.oecd.org/dac/fragilestates
Umwelt und Entwicklungszusammenarbeit	www.oecd.org/dac/environment
Evaluierung von Entwicklungsprogrammen	www.oecd.org/dac/evaluation www.oecd.org/dac/evaluationnetwork/derec
Geschlechtergleichstellung	www.oecd.org/dac/gender
Governance und Kapazitätsentwicklung	www.oecd.org/dac/governance
Informations- und Kommunikations- technologie im Dienst der Entwicklung	www.oecd.org/dac/ict
Millenniums-Entwicklungsziele	www.oecd.org/dac/mdg
Länderprüfungen der DAC-Mitglieder	www.oecd.org/dac/peerreviews
Armutsbekämpfung	www.oecd.org/dac/poverty
Handel, Entwicklung und Kapazitätsaufbau	www.oecd.org/dac/trade
Aufhebung der Lieferbindung	www.oecd.org/dac/untiedaid

Eine Auswahl wichtiger DCD/DAC-Veröffentlichungen

Vgl. www.oecd.org/dac oder www.oecd.org/bookshop



The Development Co-operation Report

ISBN 92-64-03651-2



DAC Guidelines and Reference Series

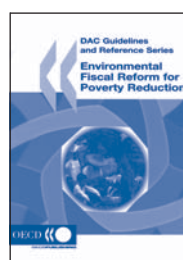
Managing Aid

ISBN 92-64-00761-X



Geographical Distribution of Financial Flows to Aid Recipients

ISBN 92-64-03633-4



DAC Guidelines and Reference Series

Environmental Fiscal Reform for Poverty Reduction

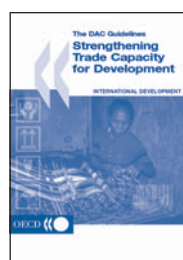
ISBN 92-64-00868-3



DAC Guidelines and Reference Series

Harmonising Donor Practices for Effective Aid Delivery

ISBN 92-64-19982-9



Strengthening Trade Capacity for Development

ISBN 92-64-19504-1



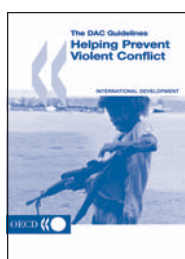
Strategies for Sustainable Development

ISBN 92-64-19505-X



Poverty Reduction

ISBN 92-64-19506-8



Helping Prevent Violent Conflict

ISBN 92-64-19507-6



Integrating the Rio Conventions into Development Co-operation

ISBN 92-64-19813-X

Statistischer Anhang

Wichtigste Leistungsströme

Tabelle 1	ODA-Nettoleistungen der DAC-Mitglieder im Jahr 2004	166
Abbildung 1	ODA-Nettoleistungen der DAC-Mitglieder 2004	167
Tabelle 2	Nettogesamtleistungen der DAC-Mitglieder, nach Leistungsarten	168
Tabelle 3	Nettogesamtleistungen nach DAC-Mitgliedern	170
Tabelle 4	ODA-Nettoleistungen nach DAC-Mitgliedern	172
Tabelle 5	Private Nettokapitalleistungen der DAC-Mitglieder	174
Tabelle 6	Nettogesamtleistungen der DAC-Mitgliedsländer und der multilateralen Institutionen nach Leistungsarten	176

Leistungen der DAC-Mitglieder im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit

Tabelle 7	Indikatoren der Lastenteilung	179
Tabelle 8	ODA-Leistungen der einzelnen DAC-Mitglieder, zu Preisen und Wechselkursen von 2003	180
Tabelle 9	Langfristige Tendenzen bei den ODA-Leistungen der DAC-Mitglieder	181
Tabelle 10	Ausgaben für die Technische Zusammenarbeit	182
Tabelle 11	Finanzielle Leistungen an Entwicklungsländer, ohne ODA, 2004	183

Einzelangaben zu den finanziellen Leistungen der DAC-Länder

Tabelle 12	Vergleich der finanziellen Gesamtleistungen nach Kategorien, 2003	184
Tabelle 13	Vergleich der finanziellen Gesamtleistungen nach Kategorien, 2004	186
Tabelle 14	Finanzielle Gesamtleistungen an Entwicklungsländer und multilaterale Stellen	188

Multilaterale Leistungen

Tabelle 15	ODA-Leistungen der DAC-Mitglieder an multilaterale Stellen, 2004	204
Tabelle 16	Kapitalzeichnungen bei multilateralen Stellen auf Hinterlegungs- und Inkassobasis	207
Tabelle 17	Vergünstigte und nicht vergünstigte Leistungen der multilateralen Stellen ..	208

Aufschlüsselung der ODA nach Sektoren

Tabelle 18	Hauptverwendungszwecke der ODA-Leistungen der einzelnen DAC-Geber ..	210
Tabelle 19	EZ-Leistungen nach Hauptverwendungszwecken, 2004	212

Finanzielle und sonstige Bedingungen

Tabelle 20	Finanzielle Bedingungen der ODA-Zusagen	214
Tabelle 21	Einhaltung der DAC-Konditionenempfehlung von 1978 durch die DAC-Mitglieder, 2003 und 2004	215
Tabelle 22	Sonstige Konditionenparameter	216
Tabelle 23	Grad der Lieferbindung der ODA-Leistungen der einzelnen DAC-Mitglieder, 2004	217
Tabelle 24	Grad der Lieferbindung der ODA-Leistungen der einzelnen DAC-Mitglieder, 2004	219

Geographische Verteilung der ODA

Tabelle 25	Empfangene ODA-Leistungen und ausgewählte Indikatoren für Entwicklungsländer und -gebiete	220
Tabelle 26	Aufschlüsselung der ODA-Leistungen nach Einkommensgruppen	225

Tabelle 27	Geographische Aufschlüsselung der von den einzelnen DAC-Gebern und den multilateralen Stellen gewährten ODA	226
Tabelle 28	Geographische Aufschlüsselung der ODA-Leistungen nach DAC-Gebern ..	228
Tabelle 29	ODA-Nettoauszahlungen an die Subsahara-Länder nach Gebern	230
Tabelle 30	ODA-Nettoauszahlungen an die Subsahara-Länder nach Empfängern	232
Tabelle 31	EZ-Leistungen der DAC-Mitglieder an die am wenigsten entwickelten Länder	233
Tabelle 32	Hauptempfänger der ODA-Leistungen der einzelnen DAC-Mitglieder	234
EZ-Leistungen von Nicht-DAC-Gebern		
Tabelle 33	ODA-Leistungen von Nicht-DAC-Gebern	247
Schlüsselindikatoren für die DAC-Länder		
Tabelle 34	Anteil der Schuldenerleichterungen an den gesamten ODA-Nettoleistungen der DAC-Mitglieder im Jahr 2004	248
Tabelle 35	Wirtschaftsindikatoren für die DAC-Mitgliedstaaten, 2004	249
Tabelle 36	Deflatoren für die Leistungen der DAC-Geber	250
Tabelle 37	Jahresdurchschnittliche Dollar-Wechselkurse für die DAC-Mitglieder	252
Tabelle 38	Bruttonationaleinkommen und Bevölkerung der DAC-Mitgliedstaaten	253
Öffentliche Hilfe und sonstige Leistungen an Teil-II-Länder		
Tabelle 39	OA-Nettoauszahlungen an Länder von Teil II der DAC-Liste der EZ-Empfänger	255
Tabelle 40	Finanzielle Leistungen an Länder von Teil II der DAC-Liste und multilaterale Stellen	256
Tabelle 41	Empfangene OA-Leistungen und ausgewählte Indikatoren für die Länder und Gebiete von Teil II der DAC-Liste der EZ-Empfänger	260

Mehr Informationen über die DAC-Statistiken

vermittelt unsere Internetseite

www.oecd.org/dac

Siehe „Statistics“

Anmerkung: Stichtag für die Vorlage der in diesem Bericht verwendeten Daten war der 17. November 2005. Alle Daten in dieser Veröffentlichung beziehen sich – sofern nicht anders angegeben – auf Kalenderjahre. Die in diesem Bericht enthaltenen Daten spiegeln den Stand der DAC-Liste von 2004 wider (eine vollständige Liste der Länder findet sich am Ende des vorliegenden Bands).

Finnland gelang es nicht, die DAC-Auflagen zur statistischen Berichterstattung über die EZ-Leistungen im Jahr 2004 zu erfüllen, so dass es sich bei den Daten für die ODA-Gesamtleistungen um vorläufige Angaben handelt, die im April 2005 vorgelegt wurden, während die geographischen und sektorspezifischen Daten für das Jahr 2004 auf der Basis der Verteilung der anteiligen finnischen ODA-Zuweisungen von 2003 geschätzt wurden.

Verwendete Zeichen

()	Ganz oder teilweise vom Sekretariat geschätzt
0 - 0.00	Nichts oder unerheblich
– oder ..	Kein Nachweis vorhanden
n.a.	Nicht anwendbar
v	Vorläufig

Leichte Abweichungen der Gesamtzahlen von der Summe der einzelnen Zahlen sind durch Auf- oder Abrunden bedingt.

Nähere Angaben über Herkunft und Bestimmung der ODA/OA-Leistungen und der sonstigen Leistungen enthält der statistische Bericht *Geographical Distribution of Financial Flows to Aid Recipients 2000-2004* sowie die CD-ROM *International Development Statistics*.

Tabelle 1 ODA-Nettoleistungen der DAC-Mitglieder im Jahr 2004

	2004		2003		Reale Veränderung in % 2003-2004 ^a
	ODA Mio. US-\$, jeweilige Preise	ODA/BNE in %	ODA Mio. US-\$, jeweilige Preise	ODA/BNE in %	
Australien	1 460	0.25	1 219	0.25	2.0
Österreich	678	0.23	505	0.20	19.6
Belgien	1 463	0.41	1 853	0.60	-29.8
Kanada	2 599	0.27	2 031	0.24	14.9
Dänemark	2 037	0.85	1 748	0.84	4.1
Finnland	655	0.35	558	0.35	5.9
Frankreich	8 473	0.41	7 253	0.40	4.3
Deutschland	7 534	0.28	6 784	0.28	0.1
Griechenland	465	0.23	362	0.21	13.3
Irland	607	0.39	504	0.39	6.0
Italien	2 462	0.15	2 433	0.17	-10.5
Japan	8 906	0.19	8 880	0.20	-4.3
Luxemburg	236	0.83	194	0.81	8.2
Niederlande	4 204	0.73	3 972	0.80	-4.5
Neuseeland	212	0.23	165	0.23	9.1
Norwegen	2 199	0.87	2 042	0.92	-3.0
Portugal	1 031	0.63	320	0.22	188.3
Spanien	2 437	0.24	1 961	0.23	9.6
Schweden	2 722	0.78	2 400	0.79	2.1
Schweiz	1 545	0.41	1 299	0.39	8.7
Vereinigtes Königreich	7 883	0.36	6 282	0.34	9.5
Vereinigte Staaten	19 705	0.17	16 320	0.15	18.3
DAC INSGESAMT	79 512	0.26	69 085	0.25	5.9
Durchschnitt der länderspezifischen ODA/BNE-Leistungen		0.42		0.41	
<i>Nachrichtliche Positionen zu den obigen Gesamtzahlen:</i>					
Europäische Kommission	8 704		7 173		8.3
EU-Länder insgesamt	42 886	0.35	37 130	0.35	2.9
G7-Länder	57 561	0.22	49 982	0.21	7.1
Nicht-G7-Länder	21 951	0.45	19 103	0.46	2.6

a) Unter Berücksichtigung von Inflation und Wechselkursbewegungen.

Abbildung 1 ODA-Nettoleistungen der DAC-Mitglieder 2004

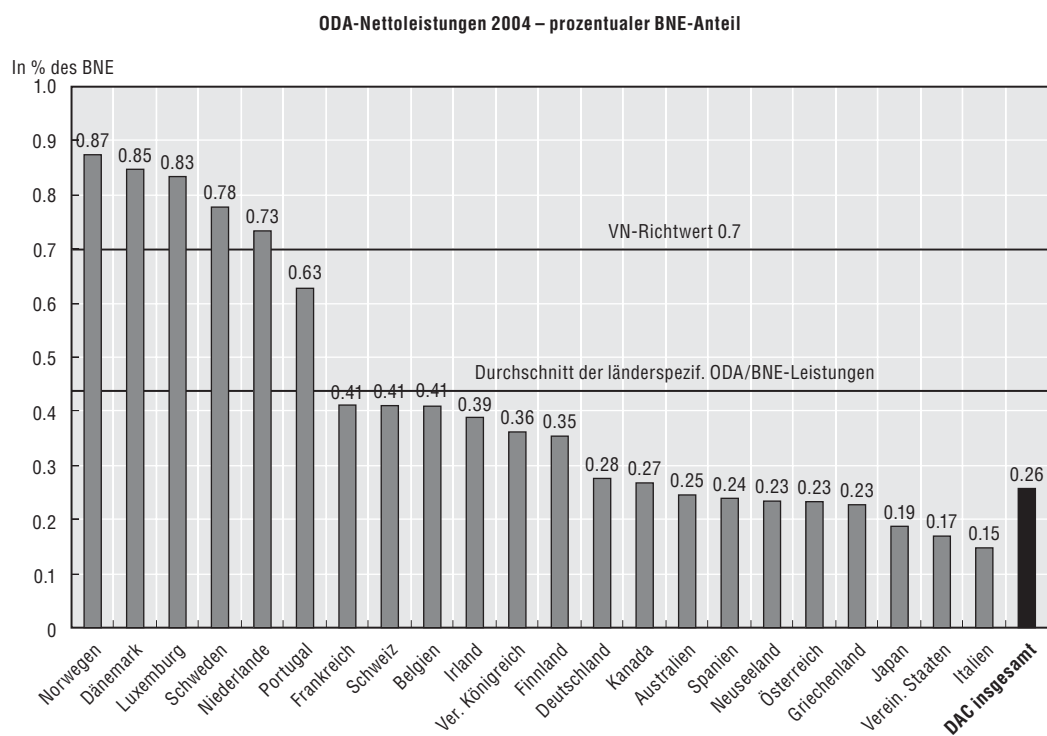
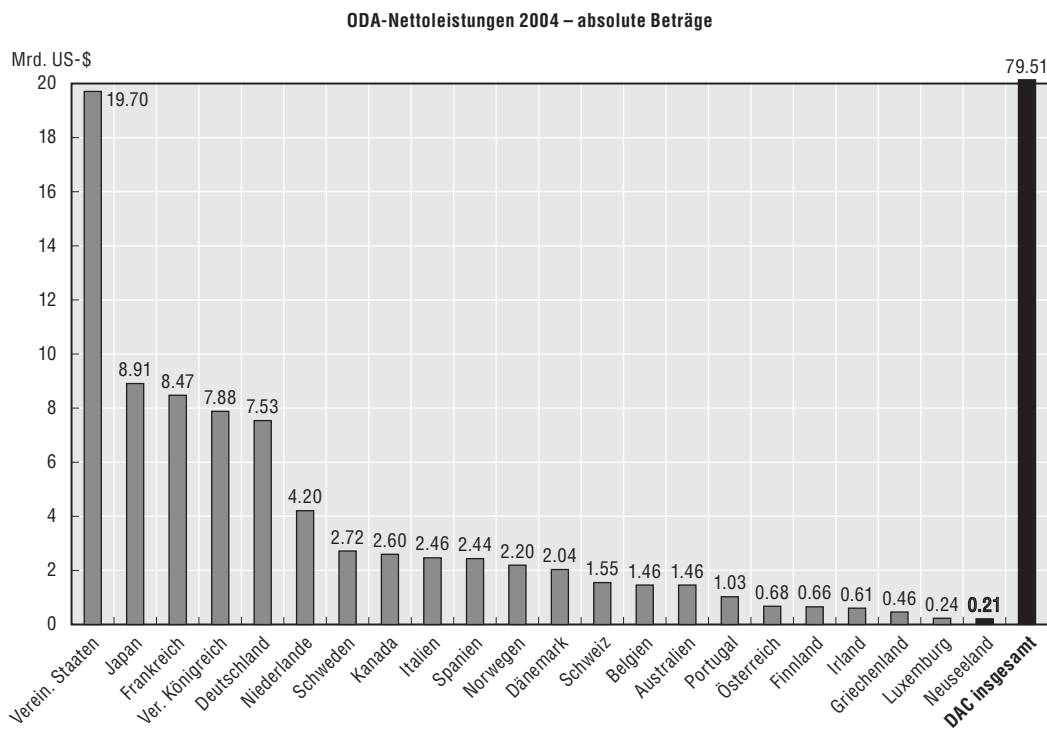


Tabelle 2 Nettogesamtleistungen der DAC-Mitglieder, nach Leistungsarten

Nettoauszahlungen zu jeweiligen Preisen und Wechselkursen

	Mio. US-\$						
	Durchschnitt 1988-1989	Durchschnitt 1993-1994	2000	2001	2002	2003	2004
I. Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit	46 399	57 484	53 749	52 435	58 292	69 085	79 512
1. Bilaterale Zuschüsse und zuschussartige Leistungen	25 290	34 329	33 040	33 522	39 813	50 908	57 322
davon: Technische Zusammenarbeit	9 560	12 911	12 767	13 602	15 452	18 352	18 764
Nahrungsmittelhilfe ^a	1 771	1 733	1 180	1 007	1 086	1 196	1 169
Not- und Soforthilfe ^a	766	3 359	3 574	3 276	3 869	6 221	7 332
Schuldenerlass	455	3 077	2 045	2 514	4 534	8 338	7 084
Verwaltungsaufwand	1 734	2 571	3 083	2 964	3 027	3 520	3 999
2. Bilaterale Kredite	7 173	5 665	3 024	1 602	939	-1 153	-2 937
3. Beiträge an multilaterale Stellen	13 936	17 489	17 685	17 311	17 540	19 330	25 126
davon: VN ^b	3 457	4 205	5 185	5 233	4 634	4 694	4 925
Europäische Kommission ^b	2 711	4 399	4 950	4 946	5 695	6 946	8 910
IDA ^b	4 309	4 788	3 672	3 599	3 279	3 120	5 700
Regionale Entwicklungsbanken ^b	2 050	2 548	2 187	1 491	1 813	1 734	2 275
II. Sonstige öffentliche Leistungen	4 862	9 330	-4 326	-1 589	-45	-348	-5 599
1. Bilateral	4 472	8 087	-4 303	-797	2 401	-818	-5 347
2. Multilateral	390	1 243	-23	-792	-2 446	470	-252
III. Private Leistungen zu Marktbedingungen	28 809	77 777	78 128	49 745	6 252	47 031	64 082
1. Direktinvestitionen	24 767	43 446	71 729	66 041	36 286	49 799	66 041
2. Bilaterale Wertpapierinvestitionen	1 049	32 304	2 416	-14 946	-26 902	-6 164	-3 658
3. Multilaterale Wertpapierinvestitionen	799	-2 172	-3 369	-4 086	-3 146	1 083	-4 766
4. Exportkredite	2 195	4 200	7 352	2 736	14	2 313	6 465
IV. NRO-Nettozuschüsse	4 138	5 869	6 934	7 289	8 768	10 240	11 307
NETTOLEISTUNGEN INSGESAMT	84 208	150 461	134 485	107 881	73 267	126 009	148 646
Gesamtbetrag der Leistungen (netto) zu Preisen und Wechselkursen von 2003^c	111 475	163 971	152 418	127 669	83 230	126 009	136 675

a) Die Nahrungsmittelsoforthilfe wurde bis einschl. 1995 der EZ-Nahrungsmittelhilfe zugerechnet.

b) Zuschüsse und Kapitalzeichnungen. Ohne Kredite zu vergünstigten Bedingungen an multilaterale Stellen.

c) Bereinigt um den gesamten DAC-Deflator.

Herkunft der privaten Leistungen: Angaben der DAC-Mitglieder aus dem jährlichen DAC-Fragebogen zu den öffentlichen und privaten Gesamtleistungen.

Tabelle 2 (Forts.) **Nettogesamtleistungen der DAC-Mitglieder, nach Leistungsarten***Nettoauszahlungen zu jeweiligen Preisen und Wechselkursen*

	In % des Gesamtbetrags						
	Durchschnitt 1988-1989	Durchschnitt 1993-1994	2000	2001	2002	2003	2004
I. Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit	55	38	40	49	80	55	53
1. Bilaterale Zuschüsse und zuschussartige Leistungen	30	23	25	31	54	40	39
<i>davon:</i> Technische Zusammenarbeit	11	9	9	13	21	15	13
Nahrungsmittelhilfe ^a	2	1	1	1	1	1	1
Not- und Soforthilfe ^a	1	2	3	3	5	5	5
Schuldenerlass	1	2	2	2	6	7	5
Verwaltungsaufwand	2	2	2	3	4	3	3
2. Bilaterale Kredite	9	4	2	1	1	-1	-2
3. Beiträge an multilaterale Stellen	17	12	13	16	24	15	17
<i>davon:</i> VN ^b	4	3	4	5	6	4	3
Europäische Kommission ^b	3	3	4	5	8	6	6
IDA ^b	5	3	3	3	4	2	4
Regionale Entwicklungsbanken ^b	2	2	2	1	2	1	2
II. Sonstige öffentliche Leistungen	6	6	-3	-1	0	0	-4
1. Bilateral	5	5	-3	-1	3	-1	-4
2. Multilateral	0	1	0	-1	-3	0	0
III. Private Leistungen zu Marktbedingungen	34	52	58	46	9	37	43
1. Direktinvestitionen	29	29	53	61	50	40	44
2. Bilaterale Wertpapierinvestitionen	1	21	2	-14	-37	-5	-2
3. Multilaterale Wertpapierinvestitionen	1	-1	-3	-4	-4	1	-3
4. Exportkredite	3	3	5	3	0	2	4
IV. NRO-Nettozuschüsse	5	4	5	7	12	8	8
NETTOLEISTUNGEN INSGESAMT	100	100	100	100	100	100	100

Tabelle 3 **Nettogesamtleistungen nach DAC-Mitgliedern***Nettoauszahlungen zu jeweiligen Preisen und Wechselkursen*

	Mio. US-\$						2004
	Durchschnitt 1988-1989	Durchschnitt 1993-1994	2000	2001	2002	2003	
Australien	2 565	2 109	1 961	1 290	834	3 010	2 466
Österreich	227	680	1 135	836	1 910	1 445	1 352
Belgien	1 623	1 457	2 281	304	1 337	1 221	816
Kanada	2 849	5 460	6 483	1 538	2 044	4 949	5 986
Dänemark	816	1 358	2 176	2 645	1 577	1 896	2 634
Finnland	848	444	1 087	1 334	-180	-44	..
Frankreich	5 337	11 810	5 557	16 327	4 729	6 936	12 599
Deutschland	11 979	19 657	12 331	6 345	7 207	5 224	11 830
Griechenland	229	202	322	403	472
Irland	81	163	740	735	1 469	2 334	3 851
Italien	5 419	2 899	10 846	-189	1 399	4 218	3 239
Japan	20 457	22 182	11 423	13 714	4 659	6 335	11 351
Luxemburg	20	59	129	144	148	201	242
Niederlande	2 567	5 108	6 947	-3 432	-1 487	15 196	14 106
Neuseeland	121	119	142	139	164	208	271
Norwegen	904	1 350	1 437	1 485	2 279	3 306	2 785
Portugal	108	255	4 622	1 775	175	1 145	676
Spanien	494	2 453	23 471	11 523	8 171	6 667	12 762
Schweden	2 341	2 427	3 952	3 077	2 232	1 255	2 954
Schweiz	1 629	1 833	2 054	-158	2 234	3 684	-949
Vereinigtes Königreich	6 879	9 651	10 230	9 627	7 634	18 561	26 922
Vereinigte Staaten	16 944	58 987	25 252	38 618	24 410	37 860	32 283
DAC INSGESAMT	84 208	150 461	134 485	107 880	73 267	126 009	148 646
<i>davon:</i>							
EU-Mitglieder	38 739	58 421	85 732	51 254	36 643	66 657	94 454

Tabelle 3 (Forts.) **Nettogesamtleistungen nach DAC-Mitgliedern***Nettoauszahlungen zu jeweiligen Preisen und Wechselkursen*

	In % des BNE						2004
	Durchschnitt 1988-1989	Durchschnitt 1993-1994	2000	2001	2002	2003	
Australien	1.01	0.71	0.53	0.37	0.22	0.61	0.41
Österreich	0.18	0.36	0.61	0.45	0.94	0.58	0.46
Belgien	1.06	0.67	1.00	0.13	0.54	0.40	0.23
Kanada	0.57	1.03	0.95	0.22	0.28	0.58	0.62
Dänemark	0.80	1.00	1.39	1.67	0.93	0.91	1.10
Finnland	0.80	0.51	0.91	1.11	-0.14	-0.03	..
Frankreich	0.56	0.90	0.41	1.20	0.32	0.39	0.61
Deutschland	0.99	0.97	0.66	0.34	0.36	0.22	0.43
Griechenland	0.20	0.17	0.24	0.23	0.23
Irland	0.28	0.39	0.93	0.85	1.49	1.83	2.47
Italien	0.64	0.29	1.01	-0.02	0.12	0.29	0.19
Japan	0.71	0.50	0.24	0.32	0.11	0.14	0.24
Luxemburg	0.21	0.41	0.75	0.78	0.78	0.84	0.86
Niederlande	1.14	1.60	1.85	-0.89	-0.36	3.04	2.46
Neuseeland	0.31	0.28	0.32	0.32	0.30	0.28	0.30
Norwegen	1.03	1.30	0.87	0.88	1.19	1.49	1.11
Portugal	0.25	0.30	4.45	1.66	0.15	0.79	0.41
Spanien	0.14	0.52	4.25	2.01	1.25	0.79	1.25
Schweden	1.28	1.32	1.76	1.42	0.93	0.42	0.84
Schweiz	0.86	0.72	0.80	-0.06	0.75	1.09	-0.25
Vereinigtes Königreich	0.83	0.98	0.72	0.67	0.48	1.01	1.24
Vereinigte Staaten	0.34	0.88	0.25	0.38	0.23	0.34	0.28
DAC INSGESAMT	0.60	0.77	0.56	0.45	0.29	0.45	0.48
<i>davon:</i>							
EU-Mitglieder	0.75	0.83	1.09	0.65	0.42	0.63	0.77

Tabelle 4 ODA-Nettoleistungen nach DAC-Mitgliedern

Nettoauszahlungen zu jeweiligen Preisen und Wechselkursen

	Mio. US-\$						2004
	Durchschnitt 1988-1989	Durchschnitt 1993-1994	2000	2001	2002	2003	
Australien	1 060	1 022	987	873	989	1 219	1 460
Österreich	292	265	440	633	520	505	678
Belgien	652	769	820	867	1 072	1 853	1 463
Kanada	2 334	2 325	1 744	1 533	2 004	2 031	2 599
Dänemark	929	1 393	1 664	1 634	1 643	1 748	2 037
Finnland	657	323	371	389	462	558	655
Frankreich	5 632	8 191	4 105	4 198	5 486	7 253	8 473
Deutschland	4 839	6 886	5 030	4 990	5 324	6 784	7 534
Griechenland	226	202	276	362	465
Irland	53	95	234	287	398	504	607
Italien	3 403	2 874	1 376	1 627	2 332	2 433	2 462
Japan	9 049	12 249	13 508	9 847	9 283	8 880	8 906
Luxemburg	18	55	123	139	147	194	236
Niederlande	2 162	2 521	3 135	3 172	3 338	3 972	4 204
Neuseeland	96	104	113	112	122	165	212
Norwegen	951	1 075	1 264	1 346	1 696	2 042	2 199
Portugal	97	269	271	268	323	320	1 031
Spanien	395	1 304	1 195	1 737	1 712	1 961	2 437
Schweden	1 666	1 794	1 799	1 666	2 012	2 400	2 722
Schweiz	587	888	890	908	939	1 299	1 545
Vereinigtes Königreich	2 616	3 059	4 501	4 579	4 924	6 282	7 883
Vereinigte Staaten	8 909	10 025	9 955	11 429	13 290	16 320	19 705
DAC INSGESAMT	46 399	57 484	53 749	52 435	58 292	69 085	79 512
davon:							
EU-Mitglieder	23 413	29 796	25 289	26 388	29 969	37 130	42 886

Tabelle 4 (Forts.) ODA-Nettoleistungen nach DAC-Mitgliedern

Nettoauszahlungen zu jeweiligen Preisen und Wechselkursen

	In % des BNE						2004
	Durchschnitt 1988-1989	Durchschnitt 1993-1994	2000	2001	2002	2003	
Australien	0.42	0.34	0.27	0.25	0.26	0.25	0.25
Österreich	0.23	0.14	0.23	0.34	0.26	0.20	0.23
Belgien	0.43	0.35	0.36	0.37	0.43	0.60	0.41
Kanada	0.47	0.44	0.25	0.22	0.28	0.24	0.27
Dänemark	0.91	1.03	1.06	1.03	0.96	0.84	0.85
Finnland	0.62	0.37	0.31	0.32	0.35	0.35	0.35
Frankreich	0.59	0.62	0.30	0.31	0.37	0.40	0.41
Deutschland	0.40	0.34	0.27	0.27	0.27	0.28	0.28
Griechenland	0.20	0.17	0.21	0.21	0.23
Irland	0.18	0.23	0.29	0.33	0.40	0.39	0.39
Italien	0.40	0.29	0.13	0.15	0.20	0.17	0.15
Japan	0.31	0.28	0.28	0.23	0.23	0.20	0.19
Luxemburg	0.20	0.38	0.71	0.76	0.77	0.81	0.83
Niederlande	0.96	0.79	0.84	0.82	0.81	0.80	0.73
Neuseeland	0.24	0.24	0.25	0.25	0.22	0.23	0.23
Norwegen	1.09	1.03	0.76	0.80	0.89	0.92	0.87
Portugal	0.23	0.31	0.26	0.25	0.27	0.22	0.63
Spanien	0.11	0.28	0.22	0.30	0.26	0.23	0.24
Schweden	0.91	0.97	0.80	0.77	0.84	0.79	0.78
Schweiz	0.31	0.35	0.34	0.34	0.32	0.39	0.41
Vereinigtes Königreich	0.32	0.31	0.32	0.32	0.31	0.34	0.36
Vereinigte Staaten	0.18	0.15	0.10	0.11	0.13	0.15	0.17
DAC INSGESAMT	0.33	0.30	0.22	0.22	0.23	0.25	0.26
<i>davon:</i>							
EU-Mitglieder	0.45	0.42	0.32	0.33	0.35	0.35	0.35
<i>Nachrichtlich:</i>							
Durchschnitt der länderspezif. ODA/BNE-Leistungen	0.45	0.44	0.39	0.40	0.41	0.41	0.42

Tabelle 5 **Private Nettokapitalleistungen^a der DAC-Mitglieder**

Nettoauszahlungen zu jeweiligen Preisen und Wechselkursen

	Mio. US-\$						
	Durchschnitt 1988-1989	Durchschnitt 1993-1994	2000	2001	2002	2003	2004
Australien	1 348	837	252	151	-433	1 374	482
Österreich	-56	192	560	279	1 369	824	815
Belgien	560	189	1 394	-712	86	-1 752	-735
Kanada	70	2 323	4 621	-12	188	2 711	3 542
Dänemark	-12	-34	482	998	-63	106	518
Finnland	167	83	709	932	-656	-622	..
Frankreich	-1 207	3 146	1 439	12 168	-1 392	-3 123	4 342
Deutschland	5 292	9 160	6 911	1 210	-2 650	995	4 199
Griechenland	40	33	-14
Irland	4	30	416	347	986	1 547	3 010
Italien	1 187	-846	9 537	-1 903	-563	2 044	221
Japan	10 840	6 212	2 725	5 380	-573	-731	4 392
Luxemburg
Niederlande	214	2 246	3 469	-6 886	-5 310	9 946	9 339
Neuseeland	15	..	17	16	17	21	25
Norwegen	-83	145	-5	-71	131	1 264	586
Portugal	-7	-240	4 273	1 503	-150	823	335
Spanien	84	1 157	22 272	9 640	6 404	4 633	10 300
Schweden	549	502	2 127	1 394	199	-1 153	266
Schweiz	959	790	997	-1 252	1 089	2 104	-2 810
Vereinigtes Königreich	3 621	6 018	5 265	4 699	2 360	11 840	18 805
Vereinigte Staaten	5 264	45 868	10 666	21 864	5 173	14 147	6 465
DAC INSGESAMT	28 809	77 777	78 128	49 745	6 252	47 031	64 082
<i>davon:</i>							
EU-Mitglieder	10 396	21 603	58 855	23 669	659	26 141	51 400

a) Ohne Zuschüsse von NRO.

Tabelle 5 (Forts.) **Private Nettokapitalleistungen^a der DAC-Mitglieder**

Nettoauszahlungen zu jeweiligen Preisen und Wechselkursen

	In % des BNE						2004
	Durchschnitt 1988-1989	Durchschnitt 1993-1994	2000	2001	2002	2003	
Australien	0.53	0.28	0.07	0.04	-0.11	0.28	0.08
Österreich	-0.04	0.10	0.30	0.15	0.67	0.33	0.28
Belgien	0.37	0.09	0.61	-0.30	0.03	-0.57	-0.21
Kanada	0.01	0.44	0.68	-0.00	0.03	0.32	0.36
Dänemark	-0.01	-0.03	0.31	0.63	-0.04	0.05	0.22
Finnland	0.16	0.10	0.59	0.78	-0.50	-0.39	..
Frankreich	-0.13	0.24	0.11	0.90	-0.10	-0.17	0.21
Deutschland	0.44	0.45	0.37	0.07	-0.13	0.04	0.15
Griechenland	0.03	0.02	-0.01
Irland	0.01	0.07	0.52	0.40	1.00	1.21	1.93
Italien	0.14	-0.09	0.89	-0.18	-0.05	0.14	0.01
Japan	0.38	0.14	0.06	0.13	-0.01	-0.02	0.09
Luxemburg
Niederlande	0.10	0.70	0.93	-1.78	-1.29	1.99	1.63
Neuseeland	0.04	..	0.04	0.04	0.03	0.03	0.03
Norwegen	-0.09	0.14	-0.00	-0.04	0.07	0.57	0.23
Portugal	-0.02	-0.28	4.12	1.40	-0.13	0.57	0.20
Spanien	0.02	0.24	4.03	1.68	0.98	0.55	1.01
Schweden	0.30	0.27	0.95	0.64	0.08	-0.38	0.08
Schweiz	0.50	0.31	0.39	-0.47	0.37	0.62	-0.75
Vereinigtes Königreich	0.44	0.61	0.37	0.33	0.15	0.65	0.86
Vereinigte Staaten	0.11	0.68	0.11	0.22	0.05	0.13	0.06
DAC INSGESAMT	0.20	0.40	0.32	0.21	0.03	0.17	0.21
davon:							
EU-Mitglieder	0.20	0.31	0.75	0.30	0.01	0.25	0.42

a) Ohne Zuschüsse von NRO.

Tabelle 6 Nettogesamtleistungen der DAC-Mitgliedsländer

	Mrd. US-\$, jeweilige Preise							
	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004 ^v
I. ÖFFENTLICHE ENTWICKLUNGSFINANZIERUNG (ODF)	75.4	89.1	85.9	65.6	68.8	62.8	71.0	76.3
1. Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA)	47.9	50.4	52.1	49.5	51.2	58.1	67.5	75.4
<i>davon:</i> Bilateral	32.4	35.2	37.8	36.1	35.1	40.8	49.8	54.4
Multilateral	15.5	15.2	14.3	13.5	16.1	17.4	17.7	21.0
2. Öffentliche Hilfe (OA)	5.6	7.0	7.8	7.8	6.4	6.4	7.2	8.8
<i>davon:</i> Bilateral	4.0	4.5	4.9	4.9	3.6	4.5	3.9	4.5
Multilateral	1.6	2.5	2.9	2.9	2.8	2.0	3.3	4.4
3. Sonstige ODF	22.0	31.7	26.1	8.2	11.1	-1.7	-3.7	-8.0
<i>davon:</i> Bilateral	5.9	12.8	10.4	-1.4	1.5	1.9	-0.8	-4.5
Multilateral	16.0	18.9	15.6	9.6	9.7	-3.7	-2.9	-3.5
II. EXPORTKREDITE INSGESAMT	4.8	8.4	4.1	7.8	2.8	-1.5	4.9	6.8
III. PRIVATE LEISTUNGEN	241.4	130.7	222.7	143.0	148.7	79.2	215.1	223.4
1. Direktinvestitionen (DAC)	102.3	117.1	145.5	124.4	134.8	80.8	86.5	134.7
<i>davon:</i> an Offshore-Bankplätze	19.1	20.3	37.9	25.7	32.9	23.2	12.0	23.6
2. Internationaler Bankensektor ^a	12.0	-76.3	-21.2	-17.8	-11.4	-12.2	50.0	48.3
3. Anleihen insgesamt	83.7	34.2	30.0	19.7	19.6	18.9	38.7	44.0
4. Sonstiger Kapitalverkehr (einschl. Wertpapierinvestitionen) ^b	37.0	48.4	59.5	7.2	-4.8	-20.3	25.2	-18.5
5. Zuschüsse von NRO	6.4	7.2	8.9	9.5	10.4	12.0	14.6	14.9
NETTOLEISTUNGEN INSGESAMT (I+II+III)	321.6	228.2	312.7	216.3	220.3	140.5	291.0	306.5
Nachrichtlich (nicht berücksichtigt):								
Nettoinanspruchnahme von IWF-Krediten ^c	14.4	18.2	-13.0	-10.8	8.0	12.6	1.4	-9.7
Nicht-DAC-Geber (ODA/OA)	1.0	0.9	0.8	1.0	1.0	2.8	3.3	3.1
Zum Vergleich:								
Gesamte Netto-ODA ^d	48.5	52.1	53.2	53.7	52.4	58.3	69.1	79.5
<i>davon:</i> Bilaterale Zuschüsse	31.3	32.5	33.9	33.0	33.5	39.8	50.9	57.3

a) Ohne Anleihen der Banken (Posten III.3) und ohne die unter II erfassten verbürgten Finanzkredite.

b) Lückenhafte Meldungen mehrerer DAC-Länder (darunter Frankreich, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten). Einschließlich Japan ab 1996.

c) Kapital zu nicht vergünstigten Bedingungen aus den IWF-Mitteln für kurzfristige Zahlungsbilanz-Finanzierungen (GRA: General Resources Account).

d) Umfasst die bilaterale ODA plus **Beiträge an** multilaterale Organisationen anstelle der **ODA-Auszahlungen von** multilateralen Organisationen, wie oben angegeben.

v: Vorläufig.

Anmerkung: Die Daten zu den privaten Leistungen in dieser Tabelle weichen von denen in Tabelle 2 sowie in den anderen Tabellen im Statistischen Anhang dieses Berichts ab, und zwar auf Grund: 1. des Erfassungsbereichs der Daten, in den die Leistungen an sämtliche Empfänger einbezogen sind, einschließlich der Länder aus Teil II der DAC-Liste der EZ-Empfänger; 2. der Datenquellen zu den Bankausleihungen (BIZ) und den Anleihen (gemeinsame Statistiken zur Auslandsverschuldung von BIZ, IWF, OECD und Weltbank), die umfassender sind als die Daten aus dem DAC-Fragebogen, die Tabelle 2 zu Grunde liegen.

und der multilateralen Institutionen nach Leistungsarten

	In % des Gesamtbetrags							
	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004 ^v
I. ÖFFENTLICHE ENTWICKLUNGSFINANZIERUNG (ODF)	23.5	39.0	27.5	30.3	31.2	44.7	24.4	24.9
1. Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA)	14.9	22.1	16.7	22.9	23.3	41.4	23.2	24.6
<i>davon:</i> Bilateral	10.1	15.4	12.1	16.7	15.9	29.0	17.1	17.7
Multilateral	4.8	6.7	4.6	6.2	7.3	12.4	6.1	6.9
2. Öffentliche Hilfe (OA)	1.7	3.1	2.5	3.6	2.9	4.6	2.5	2.9
<i>davon:</i> Bilateral	1.3	2.0	1.6	2.3	1.6	3.2	1.3	1.5
Multilateral	0.5	1.1	0.9	1.3	1.3	1.4	1.1	1.4
3. Sonstige ODF	6.8	13.9	8.3	3.8	5.1	-1.2	-1.3	-2.6
<i>davon:</i> Bilateral	1.8	5.6	3.3	-0.6	0.7	1.4	-0.3	-1.5
Multilateral	5.0	8.3	5.0	4.5	4.4	-2.6	-1.0	-1.2
II. EXPORTKREDITE INSGESAMT	1.5	3.7	1.3	3.6	1.3	-1.1	1.7	2.2
III. PRIVATE LEISTUNGEN	75.0	57.3	71.2	66.1	67.5	56.4	73.9	72.9
1. Direktinvestitionen (DAC)	31.8	51.3	46.5	57.5	61.2	57.5	29.7	43.9
<i>davon:</i> an Offshore-Bankplätze	5.9	8.9	12.1	11.9	14.9	16.5	4.1	7.7
2. Internationaler Bankensektor ^a	3.7	-33.4	-6.8	-8.2	-5.2	-8.7	17.2	15.8
3. Anleihen insgesamt	26.0	15.0	9.6	9.1	8.9	13.5	13.3	14.4
4. Sonstiger Kapitalverkehr (einschl. Wertpapierinvestitionen) ^b	11.5	21.2	19.0	3.3	-2.2	-14.5	8.7	-6.0
5. Zuschüsse von NRO	2.0	3.1	2.9	4.4	4.7	8.6	5.0	4.9
NETTOLEISTUNGEN INSGESAMT (I+II+III)	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0

Tabelle 7 **Indikatoren der Lastenteilung**

Durchschnitt 2003-2004

Nettoauszahlungen

	Zuschuss- äquivalent der gesamten ODA ^a in % des BNE	ODA an multi- laterale Stellen in % des BNE ^b		Leistungen an LIC ^c		Pro-Kopf-ODA des Geberlands in US-\$ von 2003		Leistungen der NRO in % des BNE	
				davon: Leistungen an LDC ^d		Nachrichtlich: 1993-1994 2003-2004		Nachrichtlich: 1993-1994 2003-2004	
				In % des BNE					
Australien	0.25	0.05	n.a.	0.13	0.06	65	62	0.03	0.08
Österreich	0.23	0.04	(0.11)	0.10	0.06	35	68	0.03	0.03
Belgien	0.52	0.05	(0.14)	0.29	0.26	84	152	0.02	0.05
Kanada	0.27	0.07	n.a.	0.09	0.07	90	68	0.05	0.07
Dänemark	0.89	0.27	(0.35)	0.43	0.31	316	350	0.03	0.01
Finnland	0.35	0.09	(0.16)	0.13	0.10	79	110	0.00	..
Frankreich	0.47	0.05	(0.13)	0.21	0.16	155	122	0.02	..
Deutschland	0.32	0.06	(0.13)	0.15	0.09	89	82	0.05	0.04
Griechenland	0.22	0.01	(0.08)	0.05	0.03	..	35	..	0.01
Irland	0.39	0.06	(0.12)	0.24	0.21	37	130	0.09	0.18
Italien	0.17	0.03	(0.10)	0.07	0.06	63	40	0.01	0.00
Japan	0.29	0.06	n.a.	0.09	0.04	82	68	0.00	0.01
Luxemburg	0.82	0.13	(0.21)	0.42	0.29	160	448	0.03	0.02
Niederlande	0.85	0.18	(0.25)	0.29	0.23	198	239	0.08	0.07
Neuseeland	0.23	0.05	n.a.	0.10	0.07	35	43	0.04	0.03
Norwegen	0.90	0.26	n.a.	0.44	0.35	341	438	0.12	..
Portugal	0.40	0.03	(0.10)	0.36	0.35	35	60	0.00	0.00
Spanien	0.25	0.04	(0.10)	0.07	0.04	41	48	0.02	..
Schweden	0.78	0.14	(0.19)	0.32	0.24	230	270	0.07	0.01
Schweiz	0.40	0.10	n.a.	0.18	0.11	142	185	0.06	0.08
Vereinigtes Königreich	0.37	0.06	(0.12)	0.20	0.13	72	110	0.05	0.02
Vereinigte Staaten	0.17	0.02	n.a.	0.06	0.04	46	61	0.04	0.06
DAC INSGESAMT	0.29	0.05	(0.08)	0.11	0.08	78	82	0.03	0.04

- a) Entspricht den Zuschusszahlungen zzgl. des Zuschussäquivalents der neuen Kreditzusagen mit einem Abzinsungssatz von 10%.
- b) In Klammern die Leistungen einschl. der Beiträge an die Europäische Kommission. Kapitalzeichnungen auf Schuldscheinunterlegungsbasis.
- c) Die Länder der unteren Einkommensgruppe (LIC) umfassen die am wenigsten entwickelten Länder (LDC) und alle anderen Staaten mit einem Pro-Kopf-Einkommen von maximal 745 US-\$ im Jahr 2001 (auf der Basis des Weltbank-Atlas). Einschl. der rechnerisch ermittelten ODA-Leistungen an multilaterale Stellen.
- d) Die am wenigsten entwickelten Länder (LDC) sind die in der VN-Liste aufgeführten Staaten. Einschl. der rechnerisch ermittelten ODA-Leistungen an multilaterale Stellen.

Tabelle 8 ODA-Leistungen der einzelnen DAC-Mitglieder, zu Preisen und Wechselkursen von 2003

<i>Nettoauszahlungen</i>	<i>Mio. US-\$</i>									
	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Australien	1 249	1 039	1 065	1 136	1 123	1 206	1 157	1 213	1 219	1 243
Österreich	557	492	533	500	556	564	822	633	505	604
Belgien	967	886	844	973	862	1 062	1 136	1 310	1 853	1 301
Kanada	2 316	1 968	2 248	2 019	1 987	1 949	1 766	2 318	2 031	2 334
Dänemark	1 627	1 794	1 846	1 930	2 009	2 170	2 149	2 014	1 748	1 820
Finnland	363	403	413	430	472	473	495	554	558	591
Frankreich	8 034	7 165	6 834	6 236	6 365	5 316	5 503	6 672	7 253	7 563
Deutschland	6 677	7 011	6 185	5 913	6 068	6 414	6 462	6 454	6 784	6 788
Griechenland	..	195	195	208	227	305	274	343	362	410
Irland	190	217	230	244	306	322	384	485	504	534
Italien	1 930	2 585	1 460	2 609	2 131	1 838	2 178	2 878	2 433	2 177
Japan	10 721	8 137	8 946	11 014	11 120	11 922	9 947	9 775	8 880	8 498
Luxemburg	65	84	109	127	138	158	181	180	194	210
Niederlande	3 286	3 432	3 534	3 648	3 858	4 292	4 248	4 120	3 972	3 794
Neuseeland	125	115	151	156	162	155	158	156	165	180
Norwegen	1 489	1 536	1 629	1 771	1 779	1 598	1 721	1 957	2 042	1 982
Portugal	287	243	306	313	338	370	362	396	320	921
Spanien	1 490	1 357	1 512	1 679	1 693	1 659	2 382	2 135	1 961	2 149
Schweden	1 682	1 833	1 782	1 673	1 786	2 160	2 212	2 473	2 400	2 450
Schweiz	993	984	1 025	1 013	1 144	1 154	1 169	1 096	1 299	1 413
Vereinigtes Königreich	4 075	3 987	3 963	4 290	3 809	5 278	5 519	5 522	6 282	6 879
Vereinigte Staaten	8 478	10 591	7 641	9 654	9 905	10 552	11 831	13 534	16 320	19 310
DAC INSGESAMT	56 599	56 055	52 451	57 537	57 837	60 917	62 053	66 219	69 085	73 152
<i>Nachrichtlich:</i> DAC-Leistungen insg. zu jeweiligen Preisen und Wechselkursen	58 780	55 591	48 465	52 087	53 233	53 749	58 435	58 292	69 085	79 512

Tabelle 9 Langfristige Tendenzen bei den ODA-Leistungen der DAC-Mitglieder

	ODA-Volumen (netto) (Mio. US-\$, Preise und Wechselkurse von 2003)			Anteil an den gesamten DAC-Leistungen (zu jeweiligen Preisen und Wechselkursen, in %)			Zweijahresdurchschnitt, Nettoauszahlungen ODA in % des BNE		
	1983-1984	1993-1994	2003-2004	1983-1984	1993-1994	2003-2004	1983-1984	1993-1994	2003-2004
Australien	1 087	1 146	1 231	2.8	1.8	1.8	0.47	0.34	0.25
Österreich	396	280	554	0.6	0.5	0.8	0.26	0.14	0.22
Belgien	1 126	849	1 577	1.7	1.3	2.2	0.58	0.35	0.50
Kanada	2 196	2 590	2 182	5.6	4.0	3.1	0.48	0.44	0.25
Dänemark	1 079	1 641	1 784	1.5	2.4	2.5	0.79	1.03	0.84
Finnland	338	401	575	0.6	0.6	0.8	0.34	0.37	0.35
Frankreich	6 669	8 980	7 408	10.8	14.2	10.6	0.59	0.62	0.41
Deutschland	6 699	7 219	6 786	10.9	12.0	9.6	0.47	0.34	0.28
Griechenland	386	0.6	0.22
Irland	85	132	519	0.1	0.2	0.7	0.21	0.23	0.39
Italien	2 422	3 571	2 305	3.6	5.0	3.3	0.24	0.29	0.16
Japan	8 832	10 194	8 689	14.7	21.3	12.0	0.33	0.28	0.19
Luxemburg	14	65	202	0.0	0.1	0.3	0.13	0.38	0.82
Niederlande	2 822	3 035	3 883	4.5	4.4	5.5	0.96	0.79	0.76
Neuseeland	123	126	173	0.2	0.2	0.3	0.26	0.24	0.23
Norwegen	1 156	1 477	2 012	2.0	1.9	2.9	1.06	1.03	0.90
Portugal	35	350	621	0.0	0.5	0.9	0.05	0.31	0.44
Spanien	292	1 614	2 055	0.4	2.3	3.0	0.06	0.28	0.24
Schweden	1 524	2 009	2 425	2.7	3.1	3.4	0.82	0.97	0.79
Schweiz	718	990	1 356	1.1	1.5	1.9	0.31	0.35	0.40
Vereinigtes Königreich	3 676	4 188	6 580	5.5	5.3	9.5	0.34	0.31	0.35
Vereinigte Staaten	13 392	11 900	17 815	30.6	17.4	24.2	0.24	0.15	0.16
DAC INSGESAMT	54 683	62 756	71 119	100.0	100.0	100.0	0.34	0.30	0.25
davon:									
EU-Mitglieder	27 179	34 333	37 661	43.0	51.8	53.8	0.44	0.42	0.35

Tabelle 10 Ausgaben für die Technische Zusammenarbeit

Nettoauszahlungen

Mio. US-\$ zu jeweiligen Preisen und Wechselkursen

	Durchschnitt 1988-1989	Durchschnitt 1993-1994	2000	2001	2002	2003	2004
Australien	207	265	407	401	424	559	692
Österreich	49	95	87	89	89	114	133
Belgien	160	122	221	214	291	324	414
Kanada	261	460	352	346	328	345	414
Dänemark	98	174	128	138	93	111	112
Finnland	45	34	71	71	93	129	127
Frankreich	1 822	2 165	1 283	1 337	1 525	1 934	2 340
Deutschland	1 523	2 034	1 640	1 588	1 781	2 299	2 486
Griechenland	22	16	22	117	196
Irland	12	28	..	11	13	11	12
Italien	319	129	27	92	102	148	140
Japan	1 115	2 032	2 430	1 942	1 812	1 880	1 914
Luxemburg	0	2	2	5	3	3	4
Niederlande	637	735	579	634	512	684	663
Neuseeland	41	35	41	41	36	40	46
Norwegen	86	126	109	150	178	236	287
Portugal	22	67	90	117	127	142	114
Spanien	51	81	107	185	239	313	340
Schweden	261	335	70	57	68	92	112
Schweiz	83	257	100	113	154	177	117
Vereinigtes Königreich	625	684	685	773	874	993	751
Vereinigte Staaten	2 142	3 053	4 316	5 282	6 690	7 701	7 347
DAC INSGESAMT	9 560	12 911	12 767	13 602	15 452	18 352	18 764

Tabelle 11 **Finanzielle Leistungen an Entwicklungsländer, ohne ODA, 2004***Prozentualer Anteil am BNE des berichtenden Landes*

	Nachrichtlich: Gesamte Nettleistungen	Gesamt- leistungen ohne ODA	davon:						NRO, netto
			Export- kredite	Sonstige öffentliche Leistungen ohne Exportkredite	Direkt- investitionen	Bankkredite	Wertpapier- investitionen der Nicht- banken	Multilaterale private Leistungen	
Australien	0.41	0.17	-0.03	0.03	0.08	-0.00	0.00	-	0.08
Österreich	0.46	0.23	-0.10	-0.02	0.32	-	-	-	0.03
Belgien	0.23	-0.18	-0.16	-0.03	-0.05	-	-	-	0.05
Kanada	0.62	0.35	-0.07	-0.01	0.37	-0.01	-	-	0.07
Dänemark	1.10	0.25	-	0.01	0.22	-	-	-	0.02
Finnland
Frankreich	0.61	0.20	-0.00	-0.01	0.07	0.08	0.05	-	..
Deutschland	0.43	0.16	0.03	-0.03	0.13	-0.07	0.06	-0.00	0.04
Griechenland	0.23	0.00	-	0.00	-0.01	-	-	-	0.01
Irland	2.47	2.08	-	-	-	1.93	-	-	0.15
Italien	0.19	0.05	0.10	0.03	0.05	0.00	-0.14	-	0.00
Japan	0.24	0.05	0.03	-0.05	0.19	-0.07	-	-0.06	0.01
Luxemburg	0.86	0.02	-	-	-	-	-	-	0.02
Niederlande	2.46	1.73	0.65	0.03	0.35	0.14	0.40	0.10	0.07
Neuseeland	0.30	0.06	-	0.01	0.03	-	-	-	0.03
Norwegen	1.11	0.23	-0.02	0.00	0.25	-	-	-	..
Portugal	0.41	-0.22	0.09	-0.42	0.11	-	-	-	0.00
Spanien	1.25	1.01	-0.02	0.00	1.03	-	-	-	..
Schweden	0.84	0.07	-0.09	-0.02	0.17	-	-0.00	-	0.01
Schweiz	-0.25	-0.66	0.06	-	-0.55	-	-	-0.26	0.08
Ver. Königreich	1.24	0.87	-0.02	-0.01	0.61	0.27	-	-	0.02
Ver. Staaten	0.28	0.11	-0.01	0.01	0.17	-0.03	-0.08	-0.01	0.06
DAC INSGESAMT	0.48	0.23	0.01	-0.01	0.21	0.01	-0.02	-0.02	0.04
<i>davon:</i>									
EU-Mitglieder	0.77	0.43	0.04	-0.01	0.28	0.08	0.02	0.00	0.02

Tabelle 12 Vergleich der finanziellen

	DAC-Länder insgesamt	Australien	Österreich	Belgien	Kanada	Dänemark	Finnland	Frankreich
NETTOAUSZAHLUNGEN								
I. Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) (A+B)	69 085	1 219	505	1 853	2 031	1 748	558	7 253
BNE-Anteil der ODA in %	0.25	0.25	0.20	0.60	0.24	0.84	0.35	0.40
A. Bilaterale öffentl. Entwicklungszusammenarbeit (1+2)	49 756	975	228	1 468	1 348	1 032	309	5 213
1. Zuschüsse und zuschussartige Beiträge	50 908	975	266	1 496	1 681	1 144	300	5 725
davon: Technische Zusammenarbeit	18 352	559	114	324	345	111	129	1 934
EZ-Nahrungsmittelhilfe	1 196	19	2	11	116	1	0	40
Not- und Soforthilfe	6 221	139	37	111	246	117	45	476
Beiträge an NRO	1 418	1	0	7	1	12	6	28
Verwaltungsaufwand	3 520	55	26	57	202	97	25	256
2. Entwicklungskredite und sonstige Kapitalleistungen	-1 153	-	-37	-27	-333	-113	8	-511
davon: Neue Entwicklungskredite	-461	-	-35	-23	-333	-103	2	-798
B. Beiträge an multilaterale Stellen	19 330	244	276	385	683	717	250	2 040
Zuschüsse und Kapitalzeichnungen, insgesamt	19 393	244	276	385	683	717	250	2 048
davon: Europäische Kommission	6 946	-	169	282	-	146	108	1 311
IDA	3 120	90	42	-	164	61	35	291
Regionale Entwicklungsbanken	1 734	69	27	24	102	57	15	156
II. Sonstige öffentliche Leistungen (OOF), netto (C+D)	-348	80	44	955	-358	41	7	2 806
C. Bilaterale OOF (1+2)	-818	-6	44	955	-358	41	7	2 806
1. Öffentliche Exportkredite ^a	-1 285	-118	48	0	-277	-	-	-
2. Beteiligungen und sonstige bilaterale Aktiva	468	112	-4	955	-81	41	7	2 806
D. Multilaterale Stellen	470	86	-	-	-	-	-	-
III. Zuschüsse privater Hilfsorganisationen	10 240	337	71	165	566	-	13	-
IV. Private Leistungen zu marktüblichen Bedingungen (langfristig) (1 bis 4)	47 031	1 374	824	-1 752	2 711	106	-622	-3 123
1. Direktinvestitionen	49 799	239	765	-	2 626	106	78	681
2. Private Exportkredite	2 313	-	59	-1 752	3	-	-297	-2 345
3. Wertpapierinvestitionen multilateraler Stellen	1 083	-	-	-	-	-	-	-
4. Bilaterale Wertpapierinvestitionen	-6 164	1 135	-	-	82	-	-403	-1 460
V. Gesamtleistungen (langfristig) (I bis IV)	126 009	3 010	1 445	1 221	4 949	1 896	-44	6 936
Gesamtleistungen in % des BNE	0.45	0.61	0.58	0.40	0.58	0.91	-0.03	0.39
<i>Zum Vergleich:</i>								
BRUTTOAUSZAHLUNGEN								
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit ^b	79 782	1 219	545	1 887	2 368	1 890	560	9 156
Neue Entwicklungskredite	7 017	-	1	6	4	-	3	447
Nahrungsmittelhilfe, bilaterale Leistungen insgesamt	3 170	37	2	17	116	1	9	71
Sonstige öffentliche Leistungen	20 692	199	162	1 000	721	51	21	4 236
davon: Öffentliche Exportkredite	3 109	2	162	0	655	-	-	-
Private Exportkredite	19 175	-	217	-	272	-	-	-
ZUSAGEN								
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit, insgesamt ^b	89 243	1 242	570	1 761	2 558	1 558	659	10 151
Bilaterale Zuschüsse, insgesamt	54 705	1 140	277	1 564	1 865	823	381	5 805
Schuldenerlasse	6 515	3	8	753	96	-	-	569
Bilaterale Darlehen, insgesamt	14 821	-	-	4	11	23	8	1 399
<i>Nachrichtlich:</i>								
Brutto-ODA-Umschuldungszuschüsse	8 554	7	41	757	96	-	-	2 432
davon: Schuldenerlasse	8 338	6	41	757	96	-	-	2 329
Netto-ODA-Umschuldungszuschüsse ^c	6 971	7	39	753	96	-	-	2 127
Flüchtlinge in den Geberländern	1 860	31	34	79	145	106	11	445

a) Einschl. Zuschüsse zu privaten Exportkrediten.

b) Einschl. Umschuldungen.

c) Einschl. bilaterale Zuschüsse für ODA-Erlasse, sonstige öffentliche Leistungen (OOF) oder private Forderungen; sonstige Schuldenmaßnahmen wie Umschuldungen, Schuldenrückkäufe oder Schuldendienstzahlungen an Dritte; abzüglich ausgleichender Buchungen für den Wegfall von ODA-Schulden.

Gesamtleistungen nach Kategorien, 2003

Mio. US-\$

Deutsch-land	Griechen-land	Irland	Italien	Japan	Luxem-burg	Nieder-lande	Neu-seeland	Nor-wegen	Portugal	Spanien	Schweden	Schweiz	Verein. Königr.	Verein. Staaten
6 784	362	504	2 433	8 880	194	3 972	165	2 042	320	1 961	2 400	1 299	6 282	16 320
0.28	0.21	0.39	0.17	0.20	0.81	0.80	0.23	0.92	0.22	0.23	0.79	0.39	0.34	0.15
4 060	228	352	1 061	6 334	150	2 829	129	1 462	182	1 151	1 779	945	3 861	14 659
4 737	228	352	1 126	4 443	150	2 963	129	1 455	183	938	1 753	929	3 576	16 359
2 299	117	11	148	1 880	3	684	40	236	142	313	92	177	993	7 701
26	-	1	51	65	2	18	0	4	-	6	-	-	-	834
182	11	26	89	30	14	307	17	350	1	89	387	158	565	2 822
-	-	74	34	188	26	602	11	-	1	7	105	47	268	-
237	16	25	48	679	3	226	10	99	10	77	100	28	464	779
- 678	-	-	- 65	1 891	-	- 133	-	7	- 1	213	26	16	285	-1 701
- 585	-	-	- 105	1 262	-	- 135	-	- 7	- 1	251	26	- 5	129	-
2 724	134	152	1 372	2 545	44	1 143	36	580	137	810	621	355	2 421	1 661
2 734	134	152	1 372	2 545	44	1 143	36	580	137	810	621	355	2 456	1 671
1 604	116	73	942	-	19	362	-	-	88	525	123	-	1 078	-
491	4	7	2	713	4	162	7	100	11	63	-	135	737	-
146	-	-	33	480	2	59	6	72	24	85	133	66	129	48
-3 564	-	-	- 285	-2 149	-	899	3	0	- 2	73	- 15	0	50	1 068
-3 564	-	-	- 285	-2 533	-	899	3	0	- 2	73	- 15	0	50	1 068
- 444	-	-	-	- 130	-	-	-	-	-	-	-	-	94	- 459
-3 120	-	-	- 285	-2 404	-	899	3	0	- 2	73	- 15	0	- 44	1 527
-	-	-	-	384	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1 008	8	283	27	335	7	379	18	-	4	-	23	280	389	6 326
995	33	1 547	2 044	- 731	-	9 946	21	1 264	823	4 633	-1 153	2 104	11 840	14 147
1 908	33	-	505	7 016	-	3 448	21	1 199	680	4 737	- 337	2 051	9 745	14 298
249	-	-	1 644	3 643	-	2 451	-	65	143	- 104	- 816	54	- 679	- 6
- 25	-	-	-	371	-	659	-	-	-	-	-	- 1	-	78
-1 137	-	1 547	- 106	-11760	-	3 388	-	0	-	-	0	-	2 774	- 224
5 224	403	2 334	4 218	6 335	201	15 196	208	3 306	1 145	6 667	1 255	3 684	18 561	37 860
0.22	0.23	1.83	0.29	0.14	0.84	3.04	0.28	1.49	0.79	0.79	0.42	1.09	1.01	0.34
8 029	362	504	2 670	12 971	194	4 223	165	2 049	321	2 217	2 400	1 305	6 491	18 257
474	-	-	132	5 304	-	-	-	-	1	454	26	-	167	-
69	0	4	56	65	2	51	2	19	-	13	20	24	94	2 498
-1 092	-	-	411	10 152	-	1 368	3	0	-	80	68	0	243	3 068
126	-	-	-	1 266	-	-	-	-	-	-	-	-	94	805
4 964	-	-	1 951	7 688	-	2 549	-	156	165	-	758	455	-	-
8 567	362	504	3 614	17 568	194	2 401	185	2 018	321	2 217	2 388	1 393	6 491	22 521
5 031	228	352	1 140	4 085	150	2 088	144	1 398	183	938	1 953	869	3 576	20 715
1 337	-	-	558	158	-	237	-	-	5	116	165	30	81	2 400
616	-	-	375	11 120	-	20	-	39	1	469	28	33	454	221
1 337	-	-	558	162	-	255	-	22	6	144	165	37	130	2 406
1 337	-	-	558	162	-	255	-	-	5	116	165	30	81	2 400
1 220	-	-	558	162	-	249	-	22	6	91	165	37	126	1 314
25	3	1	44	-	-	174	8	176	-	21	191	22	-	344

Tabelle 13 Vergleich der finanziellen

	DAC-Länder insgesamt	Australien	Österreich	Belgien	Kanada	Dänemark	Finnland	Frankreich
NETTOAUSZAHLUNGEN								
I. Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) (A+B)	79 512	1 460	678	1 463	2 599	2 037	655	8 473
BNE-Anteil der ODA in %	0.26	0.25	0.23	0.41	0.27	0.85	0.35	0.41
A. Bilaterale öffentl. Entwicklungszusammenarbeit (1+2)	54 385	1 191	353	902	1 991	1 202	362	5 567
1. Zuschüsse und zuschussartige Beiträge	57 322	1 191	380	953	2 022	1 192	353	6 067
davon: Technische Zusammenarbeit	18 764	692	133	414	414	112	127	2 340
EZ-Nahrungsmittelhilfe	1 169	40	2	3	28	0	0	50
Not- und Soforthilfe	7 332	167	58	100	295	95	53	563
Beiträge an NRO	1 794	-	0	23	1	11	9	35
Verwaltungsaufwand	3 999	65	30	41	209	102	28	366
2. Entwicklungskredite und sonstige Kapitalleistungen	-2 937	-	-28	-50	-31	11	9	-500
davon: Neue Entwicklungskredite	-127	-	-4	-46	-31	-16	-	-293
B. Beiträge an multilaterale Stellen	25 126	270	325	561	608	835	293	2 906
Zuschüsse und Kapitalzeichnungen, insgesamt	24 828	270	325	561	608	835	-	2 885
davon: Europäische Kommission	8 910	-	200	335	-	179	133	1 863
IDA	5 700	85	46	92	177	67	41	395
Regionale Entwicklungsbanken	2 275	74	30	26	102	50	17	164
II. Sonstige öffentliche Leistungen (OOF), netto (C+D)	-5 599	35	-229	-93	-794	21	-	-216
C. Bilaterale OOF (1+2)	-5 347	-79	-229	-93	-794	21	-	-216
1. Öffentliche Exportkredite ^a	-2 668	-166	-175	0	-664	-	-	-
2. Beteiligungen und sonstige bilaterale Aktiva	-2 700	87	-55	-93	-130	21	-	-216
D. Multilaterale Stellen	-252	114	-	-	-	-	-	-
III. Zuschüsse privater Hilfsorganisationen	11 307	489	89	181	639	58	-	-
IV. Private Leistungen zu marktüblichen Bedingungen (langfristig) (1 bis 4)	64 082	482	815	-735	3 542	518	-	4 342
1. Direktinvestitionen	66 041	506	924	-169	3 613	518	-	1 534
2. Private Exportkredite	6 465	-	-109	-566	0	-	-	-23
3. Wertpapierinvestitionen multilateraler Stellen	-4 766	-	-	-	-	-	-	-
4. Bilaterale Wertpapierinvestitionen	-3 658	-24	-	-	-71	-	-	2 831
V. Gesamtleistungen (langfristig) (I bis IV)	148 646	2 466	1 352	816	5 986	2 634	..	12 599
Gesamtleistungen in % des BNE	0.48	0.41	0.46	0.23	0.62	1.10	..	0.61
<i>Zum Vergleich:</i>								
BRUTTOAUSZAHLUNGEN								
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit ^b	92 203	1 460	708	1 555	2 631	2 100	655	9 800
Neue Entwicklungskredite	7 784	-	-	28	1	-	-	508
Nahrungsmittelhilfe, bilaterale Leistungen insgesamt	2 734	52	2	19	89	0	0	50
Sonstige öffentliche Leistungen	12 974	210	138	24	653	47	-	410
davon: Öffentliche Exportkredite	3 220	4	138	0	650	-	-	-
Private Exportkredite	12 655	-	294	258	1 210	-	-	224
ZUSAGEN								
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit, insgesamt ^b	97 978	1 327	727	2 199	3 013	2 497	-	9 864
Bilaterale Zuschüsse, insgesamt	64 912	1 239	385	1 280	2 404	1 523	-	6 128
Schuldenerlasse	6 879	7	83	211	74	-	-	1 960
Bilaterale Darlehen, insgesamt	9 436	-	-	28	-	119	-	870
<i>Nachrichtlich:</i>								
Brutto-ODA-Umschuldungszuschüsse	7 215	12	117	211	74	-	-	1 961
davon: Schuldenerlasse	7 084	10	117	211	74	-	-	1 960
Netto-ODA-Umschuldungszuschüsse ^c	4 293	12	93	206	74	-	-	1 701
Flüchtlinge in den Geberländern	2 120	55	52	42	177	85	-	544

a) Einschl. Zuschüsse zu privaten Exportkrediten.

b) Einschl. Umschuldungen.

c) Einschl. bilaterale Zuschüsse für ODA-Erlasse, sonstige öffentliche Leistungen (OOF) oder private Forderungen; sonstige Schuldenmaßnahmen wie Umschuldungen, Schuldentrückkäufe oder Schuldendienstzahlungen an Dritte; abzüglich ausgleichender Buchungen für den Wegfall von ODA-Schulden

Gesamtleistungen nach Kategorien, 2004

Mio. US-\$

Deutsch-land	Griechen-land	Irland	Italien	Japan	Luxem-burg	Nieder-lande	Neu-seeland	Nor-wegen	Portugal	Spanien	Schweden	Schweiz	Verein. Königr.	Verein. Staaten
7 534	465	607	2 462	8 906	236	4 204	212	2 199	1 031	2 437	2 722	1 545	7 883	19 705
0.28	0.23	0.39	0.15	0.19	0.83	0.73	0.23	0.87	0.63	0.24	0.78	0.41	0.36	0.17
3 823	304	410	704	5 917	171	2 670	159	1 536	873	1 400	2 076	1 187	5 339	16 250
4 513	304	410	855	7 131	171	3 217	159	1 496	179	1 227	2 066	1 173	5 239	17 027
2 486	196	12	140	1 914	4	663	46	287	114	340	112	117	751	7 347
24	0	1	33	48	4	2	1	-	-	12	-	-	-	921
207	13	38	75	657	22	339	27	261	18	97	384	345	523	2 995
-	0	95	45	248	28	658	12	-	4	7	137	50	429	-
247	17	28	63	671	4	247	13	118	10	83	117	29	508	1 004
-690	-	-	-151	-1 213	-	-547	-	41	694	173	10	14	100	-777
-334	-	-	-153	990	-	-532	-	-6	-4	233	10	-6	64	-
3 712	161	198	1 757	2 988	64	1 534	53	662	158	1 037	646	359	2 544	3 455
3 720	161	198	1 757	2 988	64	1 534	53	662	158	1 037	646	359	2 540	3 466
1 881	144	93	1 186	-	20	383	-	-	112	628	225	-	1 529	-
1 148	4	20	-	764	8	358	8	119	12	180	25	146	250	1 752
170	-	-	169	450	11	73	7	74	17	131	48	42	130	490
-1 051	4	-	507	-2 372	-	151	5	0	-692	25	-64	-	-155	-679
-1 051	4	-	507	-2 006	-	151	5	0	-692	25	-64	-	-155	-679
-236	-	-	-33	-130	-	-	-	-	-	-	-	-	21	-1 287
-815	4	-	540	-1 876	-	129	5	0	-692	25	-64	-	-176	607
-	-	-	-	-366	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1 148	17	234	49	425	6	412	29	-	3	-	31	316	390	6 792
4 199	-14	3 010	221	4 392	-	9 339	25	586	335	10 300	266	-2 810	18 805	6 465
3 613	-14	-	808	9 171	-	1 986	25	635	187	10 503	594	-2 082	13 335	20 355
949	-	-	1 682	1 667	-	3 708	-	-49	148	-203	-328	238	-356	-293
-85	-	-	-	-3 020	-	559	-	-	-	-	-	-966	-	-1 255
-278	-	3 010	-2 269	-3 426	-	3 086	-	-	-	-	-	-	5 826	-12 343
11 830	472	3 851	3 239	11 351	242	14 106	271	2 785	676	12 762	2 954	-949	26 922	32 283
0.43	0.23	2.47	0.19	0.24	0.86	2.46	0.30	1.11	0.41	1.25	0.84	-0.25	1.24	0.28
8 957	465	607	2 749	16 159	236	4 898	212	2 204	1 036	2 684	2 722	1 556	8 206	20 604
674	-	-	135	5 931	-	-	-	-	0	413	10	4	80	-
79	4	5	35	48	6	42	2	14	-	19	14	25	64	2 164
922	4	-	2 055	7 303	-	151	5	0	-	25	32	-	68	927
372	-	-	-	1 840	-	-	-	-	-	-	-	-	21	194
-	-	-	2 029	6 717	-	-	-	3	160	-	1 037	723	-	-
9 335	465	607	3 040	15 514	236	3 427	241	2 104	1 036	2 684	2 723	1 744	8 206	26 991
4 833	304	410	817	7 651	171	2 805	184	1 415	179	1 227	2 072	1 252	5 239	23 394
814	-	-	115	2 448	-	29	-	-	5	198	26	8	759	141
1 282	-	-	125	5 340	-	0	-	26	698	420	6	14	381	127
814	-	0	115	2 413	-	231	-	12	6	277	26	8	794	143
814	-	-	115	2 413	-	231	-	-	5	198	26	8	759	141
552	-	0	115	158	-	216	-	12	6	210	26	8	788	114
15	3	2	-	-	-	118	11	111	1	20	178	194	-	512

Tabelle 14 **Finanzielle Gesamtleistungen an**

	Australien				
	1993-94	2001	2002	2003	2004
NETTOAUSZAHLUNGEN					
I. Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) (A+B)	1 022	873	989	1 219	1 460
BNE-Anteil der ODA in %	0.34	0.25	0.26	0.25	0.25
A. Bilaterale öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (1+2)	769	660	774	975	1 191
1. Zuschüsse und zuschussartige Beiträge	769	660	774	975	1 191
<i>davon:</i> Technische Zusammenarbeit	265	401	424	559	692
EZ-Nahrungsmittelhilfe ^a	35	17	32	19	40
Not- und Soforthilfe	26	49	98	139	167
Beiträge an NRO	19	1	-	1	-
Verwaltungsaufwand	29	47	45	55	65
2. Entwicklungskredite und sonstige Kapitalleistungen	-	-	-	-	-
<i>davon:</i> Neue Entwicklungskredite	-	-	-	-	-
B. Beiträge an multilaterale Stellen	253	212	215	244	270
Zuschüsse und Kapitalzeichnungen, insgesamt	253	212	215	244	270
<i>davon:</i> Europäische Kommission	-	-	-	-	-
IDA	82	66	71	90	85
Regionale Entwicklungsbanken	62	62	53	69	74
II. Sonstige öffentliche Leistungen (OOF), netto (C+D)	166	56	31	80	35
C. Bilaterale OOF (1+2)	166	-27	-35	-6	-79
1. Öffentliche Exportkredite ^b	166	-70	-83	-118	-166
2. Beteiligungen und sonstige bilaterale Aktiva	-	44	48	112	87
D. Multilaterale Stellen	-	83	66	86	114
III. Zuschüsse privater Hilfsorganisationen	83	211	248	337	489
IV. Private Leistungen zu marktüblichen Bedingungen (langfristig) (1 bis 4)	837	151	-433	1 374	482
1. Direktinvestitionen	1 162	-318	-103	239	506
2. Private Exportkredite	-	-	-	-	-
3. Wertpapierinvestitionen multilateraler Stellen	-	-	-	-	-
4. Bilaterale Portfolioinvestitionen	-325	469	-331	1 135	-24
V. Gesamtleistungen (langfristig) (I bis IV)	2 109	1 290	834	3 010	2 466
Gesamtleistungen in % des BNE	0.71	0.37	0.22	0.61	0.41
<i>Zum Vergleich:</i>					
BRUTTOAUSZAHLUNGEN					
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit ^c	1 022	873	989	1 219	1 460
Neue Entwicklungskredite	-	-	-	-	-
Nahrungsmittelhilfe, bilaterale Leistungen insgesamt	35	25	47	37	52
Sonstige öffentliche Leistungen	189	141	119	199	210
<i>davon:</i> Öffentliche Exportkredite	189	14	5	2	4
Private Exportkredite	-	-	-	-	-
ZUSAGEN					
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit, insgesamt ^c	1 091	966	926	1 242	1 327
Bilaterale Zuschüsse, insgesamt	878	737	651	1 140	1 239
Schuldenerlasse	6	7	7	3	7
Bilaterale Darlehen, insgesamt	-	-	-	-	-
<i>Nachrichtlich:</i>					
Brutto-ODA-Umschuldungszuschüsse	4	9	5	7	12
<i>davon:</i> Schuldenerlasse	4	7	5	6	10
Netto-ODA-Umschuldungszuschüsse ^d	-	9	5	7	12
Flüchtlinge in Geberländern	-	-	4	31	55

a) Die Nahrungsmittelsoforthilfe wurde bis einschl. 1995 der EZ-Nahrungsmittelhilfe zugerechnet.

b) Einschl. Zuschüsse zu privaten Exportkrediten.

c) Einschl. Umschuldungen.

d) Einschl. bilaterale Zuschüsse für ODA-Erlasse, sonstige öffentliche Leistungen (OOF) oder private Forderungen; sonstige Schuldenmaßnahmen wie Umschuldungen, Schuldentrückkäufe oder Schuldendienstzahlungen an Dritte; abzüglich ausgleichender Buchungen für den Wegfall von ODA-Schulden. Nur ab 1998 verfügbar.

Entwicklungsländer und multilaterale Stellen

Mio. US-\$

Österreich					Belgien				
1993-94	2001	2002	2003	2004	1993-94	2001	2002	2003	2004
265	633	520	505	678	769	867	1 072	1 853	1 463
0.14	0.34	0.26	0.20	0.23	0.35	0.37	0.43	0.60	0.41
138	442	364	228	353	452	502	712	1 468	902
373	446	367	266	380	442	507	736	1 496	953
95	89	89	114	133	122	214	291	324	414
4	3	1	2	2	12	8	10	11	3
125	26	30	37	58	17	27	29	111	100
3	2	1	0	0	2	5	3	7	23
8	16	22	26	30	33	23	40	57	41
-235	-4	-2	-37	-28	10	-4	-25	-27	-50
-235	-4	-2	-35	-4	31	-1	-23	-23	-46
126	191	156	276	325	317	365	360	385	561
126	191	156	276	325	318	365	360	385	561
-	94	98	169	200	171	191	208	282	335
55	25	26	42	46	44	49	52	-	92
24	14	8	27	30	37	41	24	24	26
171	-133	-36	44	-229	458	7	106	955	-93
171	-133	-36	44	-229	427	7	106	955	-93
171	25	61	48	-175	21	5	1	0	0
-	-157	-98	-4	-55	406	2	104	955	-93
-	-	-	-	-	30	-	-	-	-
52	57	57	71	89	41	141	74	165	181
192	279	1 369	824	815	189	-712	86	-1 752	-735
67	277	1 073	765	924	-201	530	555	-	-169
124	2	296	59	-109	-101	142	-469	-1 752	-566
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	491	-1 383	-	-	-
680	836	1 910	1 445	1 352	1 457	304	1 337	1 221	816
0.36	0.45	0.94	0.58	0.46	0.67	0.13	0.54	0.40	0.23
569	642	525	545	708	795	886	1 112	1 887	1 555
69	2	1	1	-	31	13	12	6	28
4	3	1	2	2	12	9	14	17	19
220	109	156	162	138	489	40	137	1 000	24
220	109	156	162	138	21	5	1	0	0
214	125	572	217	294	949	410	343	-	258
792	618	628	570	727	795	925	681	1 761	2 199
494	411	458	277	385	442	543	515	1 564	1 280
139	196	-	8	83	41	54	115	753	211
171	1	-	-	-	33	17	13	4	28
22	244	167	41	117	41	54	167	757	211
22	244	167	41	117	41	54	167	757	211
-	244	166	39	93	-	50	163	753	206
118	21	28	34	52	-	-	-	79	42

Tabelle 14 (Forts.) **Finanzielle Gesamtleistungen an**

	Kanada				
	1993-1994	2001	2002	2003	2004
NETTOAUSZAHLUNGEN					
I. Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) (A+B)	2 325	1 533	2 004	2 031	2 599
BNE-Anteil der ODA in %	0.44	0.22	0.28	0.24	0.27
A. Bilaterale öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (1+2)	1 522	1 200	1 501	1 348	1 991
1. Zuschüsse und zuschussartige Beiträge	1 615	1 222	1 527	1 681	2 022
<i>davon:</i> Technische Zusammenarbeit	460	346	328	345	414
EZ-Nahrungsmittelhilfe ^a	92	86	67	116	28
Not- und Soforthilfe	251	210	191	246	295
Beiträge an NRO	125	168	165	1	1
Verwaltungsaufwand	132	137	159	202	209
2. Entwicklungskredite und sonstige Kapitaleistungen	-93	-22	-26	-333	-31
<i>davon:</i> Neue Entwicklungskredite	43	-22	-26	-333	-31
B. Beiträge an multilaterale Stellen	802	333	503	683	608
Zuschüsse und Kapitalzeichnungen, insgesamt	802	333	504	683	608
<i>davon:</i> Europäische Kommission	-	-	-	-	-
IDA	208	-	129	164	177
Regionale Entwicklungsbanken	179	79	97	102	102
II. Sonstige öffentliche Leistungen (OOF), netto (C+D)	533	-98	-424	-358	-794
C. Bilaterale OOF (1+2)	533	-98	-424	-358	-794
1. Öffentliche Exportkredite ^b	533	-91	-192	-277	-664
2. Beteiligungen und sonstige bilaterale Aktiva	-	-7	-233	-81	-130
D. Multilaterale Stellen	-	-	-	-	-
III. Zuschüsse privater Hilfsorganisationen	279	116	276	566	639
IV. Private Leistungen zu marktüblichen Bedingungen (langfristig) (1 bis 4)	2 323	-12	188	2 711	3 542
1. Direktinvestitionen	2 655	633	829	2 626	3 613
2. Private Exportkredite	-23	-44	-37	3	0
3. Wertpapierinvestitionen multilateraler Stellen	-	-	-	-	-
4. Bilaterale Portfolioinvestitionen	-309	-601	-604	82	-71
V. Gesamtleistungen (langfristig) (I bis IV)	5 460	1 538	2 044	4 949	5 986
Gesamtleistungen in % des BNE	1.03	0.22	0.28	0.58	0.62
<i>Zum Vergleich:</i>					
BRUTTOAUSZAHLUNGEN					
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit ^c	2 461	1 556	2 034	2 368	2 631
Neue Entwicklungskredite	43	-	3	4	1
Nahrungsmittelhilfe, bilaterale Leistungen insgesamt	92	86	67	116	89
Sonstige öffentliche Leistungen	1 416	1 256	1 004	721	653
<i>davon:</i> Öffentliche Exportkredite	1 416	1 173	927	655	650
Private Exportkredite	228	68	64	272	1 210
ZUSAGEN					
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit, insgesamt ^c	2 286	1 569	2 237	2 558	3 013
Bilaterale Zuschüsse, insgesamt	1 413	1 235	1 715	1 865	2 404
Schuldenerlasse	94	11	264	96	74
Bilaterale Darlehen, insgesamt	96	-	19	11	-
<i>Nachrichtlich:</i>					
Brutto-ODA-Umschuldungszuschüsse	94	11	264	96	74
<i>davon:</i> Schuldenerlasse	94	11	264	96	74
Netto-ODA-Umschuldungszuschüsse ^d	-	11	264	96	74
Flüchtlinge in Geberländern	168	137	126	145	177

a) Die Nahrungsmittelsoforthilfe wurde bis einschl. 1995 der EZ-Nahrungsmittelhilfe zugerechnet.

b) Einschl. Zuschüsse zu privaten Exportkrediten.

c) Einschl. Umschuldungen.

d) Einschl. bilaterale Zuschüsse für ODA-Erlasse, sonstige öffentliche Leistungen (OOF) oder private Forderungen; sonstige Schuldenmaßnahmen wie Umschuldungen, Schuldentrückkäufe oder Schuldendienstzahlungen an Dritte; abzüglich ausgleichender Buchungen für den Wegfall von ODA-Schulden. Nur ab 1998 verfügbar.

Entwicklungsländer und multilaterale Stellen

Mio. US-\$

Dänemark					Finnland				
1993-1994	2001	2002	2003	2004	1993-1994	2001	2002	2003	2004
1 393	1 634	1 643	1 748	2 037	323	389	462	558	655
1.03	1.03	0.96	0.84	0.85	0.37	0.32	0.35	0.35	0.35
779	1 035	1 038	1 032	1 202	228	224	251	309	362
825	1 048	1 019	1 144	1 192	220	229	248	300	353
174	138	93	111	112	34	71	93	129	127
-	-	-	1	0	3	-	-	0	0
78	114	110	117	95	25	40	40	45	53
7	9	6	12	11	4	4	5	6	9
61	82	87	97	102	21	16	20	25	28
-46	-14	19	-113	11	8	-4	4	8	9
4	-19	-	-103	-16	21	-5	-3	2	-
614	600	605	717	835	95	165	211	250	293
614	600	605	717	835	95	165	211	250	-
94	88	109	146	179	-	55	63	108	133
82	50	51	61	67	20	31	31	35	41
42	36	64	57	50	18	9	41	15	17
-43	-4	-3	41	21	35	5	3	7	-
-27	-4	-3	41	21	35	5	3	7	-
-27	-	-	-	-	90	-3	-	-	-
-	-4	-3	41	21	-55	8	3	7	-
-16	-	-	-	-	-	-	-	-	-
42	17	-	-	58	4	9	10	13	-
-34	998	-63	106	518	83	932	-656	-622	-
49	998	-63	106	518	52	641	16	78	-
-83	-	-	-	-	90	361	48	-297	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-60	-70	-720	-403	-
1 358	2 645	1 577	1 896	2 634	444	1 334	-180	-44	..
1.00	1.67	0.93	0.91	1.10	0.51	1.11	-0.14	-0.03	..
1 444	1 683	1 701	1 890	2 100	336	397	468	560	655
4	-	-	-	-	21	-	-	3	-
-	-	-	1	-	3	5	10	9	0
22	7	9	51	47	126	8	5	21	-
18	-	-	-	-	121	-	-	-	-
75	-	-	-	-	144	-	61	-	-
1 513	1 516	1 434	1 558	2 497	306	451	533	659	-
871	880	799	823	1 523	202	280	300	381	-
-	11	-	-	-	9	5	-	-	-
7	43	46	23	119	5	1	11	8	-
31	11	17	-	-	9	5	-	-	-
31	11	17	-	-	9	5	-	-	-
-	-	-	-	-	-	1	-	-	-
78	114	110	106	85	9	15	8	11	-

Tabelle 14 (Forts.) **Finanzielle Gesamtleistungen an**

	Frankreich				
	1993-94	2001	2002	2003	2004
NETTOAUSZAHLUNGEN					
I. Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) (A+B)	8 191	4 198	5 486	7 253	8 473
BNE-Anteil der ODA in %	0.62	0.31	0.37	0.40	0.41
A. Bilaterale öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (1+2)	6 382	2 596	3 615	5 213	5 567
1. Zuschüsse und zuschussartige Beiträge	5 278	2 920	3 874	5 725	6 067
<i>davon:</i> Technische Zusammenarbeit	2 165	1 337	1 525	1 934	2 340
EZ-Nahrungsmittelhilfe ^a	57	52	33	40	50
Not- und Soforthilfe	124	211	257	476	563
Beiträge an NRO	20	27	29	28	35
Verwaltungsaufwand	274	179	194	256	366
2. Entwicklungskredite und sonstige Kapitalleistungen	1 104	-325	-259	-511	-500
<i>davon:</i> Neue Entwicklungskredite	1 599	-191	-312	-798	-293
B. Beiträge an multilaterale Stellen	1 808	1 602	1 871	2 040	2 906
Zuschüsse und Kapitalzeichnungen, insgesamt	1 808	1 530	1 849	2 048	2 885
<i>davon:</i> Europäische Kommission	875	1 043	1 286	1 311	1 863
IDA	432	232	244	291	395
Regionale Entwicklungsbanken	226	109	130	156	164
II. Sonstige öffentliche Leistungen (OOF), netto (C+D)	192	-39	635	2 806	-216
C. Bilaterale OOF (1+2)	192	-39	635	2 806	-216
1. Öffentliche Exportkredite ^b	173	-	-	-	-
2. Beteiligungen und sonstige bilaterale Aktiva	19	-39	635	2 806	-216
D. Multilaterale Stellen	-	-	-	-	-
III. Zuschüsse privater Hilfsorganisationen	281	-	-	-	-
IV. Private Leistungen zu marktüblichen Bedingungen (langfristig) (1 bis 4)	3 146	12 168	-1 392	-3 123	4 342
1. Direktinvestitionen	2 258	8 049	2 915	681	1 534
2. Private Exportkredite	-452	280	-1 448	-2 345	-23
3. Wertpapierinvestitionen multilateraler Stellen	-59	-	-	-	-
4. Bilaterale Portfolioinvestitionen	1 398	3 838	-2 859	-1 460	2 831
V. Gesamtleistungen (langfristig) (I bis IV)	11 810	16 327	4 729	6 936	12 599
Gesamtleistungen in % des BNE	0.90	1.20	0.32	0.39	0.61
<i>Zum Vergleich:</i>					
BRUTTOAUSZAHLUNGEN					
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit ^c	8 985	5 112	6 720	9 156	9 800
Neue Entwicklungskredite	1 783	352	554	447	508
Nahrungsmittelhilfe, bilaterale Leistungen insgesamt	57	60	44	71	50
Sonstige öffentliche Leistungen	1 061	368	883	4 236	410
<i>davon:</i> Öffentliche Exportkredite	292	-	-	-	-
Private Exportkredite	636	-	-	-	224
ZUSAGEN					
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit, insgesamt ^c	8 375	4 832	6 751	10 151	9 864
Bilaterale Zuschüsse, insgesamt	4 490	2 652	3 961	5 805	6 128
Schuldenerlasse	666	589	507	569	1 960
Bilaterale Darlehen, insgesamt	2 077	577	782	1 399	870
<i>Nachrichtlich:</i>					
Brutto-ODA-Umschuldungszuschüsse	1 456	596	1 302	2 432	1 961
<i>davon:</i> Schuldenerlasse	1 456	593	507	2 329	1 960
Netto-ODA-Umschuldungszuschüsse ^d	-	348	1 072	2 127	1 701
Flüchtlinge in Geberländern	-	203	246	445	544

a) Die Nahrungsmittelsoforthilfe wurde bis einschl. 1995 der EZ-Nahrungsmittelhilfe zugerechnet.

b) Einschl. Zuschüsse zu privaten Exportkrediten.

c) Einschl. Umschuldungen.

d) Einschl. bilaterale Zuschüsse für ODA-Erlasse, sonstige öffentliche Leistungen (OOF) oder private Forderungen; sonstige Schuldenmaßnahmen wie Umschuldungen, Schuldentrückkäufe oder Schuldendienstzahlungen an Dritte; abzüglich ausgleichender Buchungen für den Wegfall von ODA-Schulden. Nur ab 1998 verfügbar.

Entwicklungsländer und multilaterale Stellen

Mio. US-\$

Deutschland					Griechenland				
1993-94	2001	2002	2003	2004	1993-94	2001	2002	2003	2004
6 886	4 990	5 324	6 784	7 534	-	202	276	362	465
0.34	0.27	0.27	0.28	0.28	-	0.17	0.21	0.21	0.23
4 330	2 853	3 328	4 060	3 823	-	83	107	228	304
3 581	2 858	3 904	4 737	4 513	-	81	107	228	304
2 034	1 588	1 781	2 299	2 486	-	16	22	117	196
114	18	23	26	24	-	-	-	-	0
471	235	224	182	207	-	4	6	11	13
98	-	-	-	-	-	-	-	-	0
229	223	244	237	247	-	-	3	16	17
749	-5	-576	-678	-690	-	1	-	-	-
366	18	-227	-585	-334	-	1	-	-	-
2 556	2 136	1 997	2 724	3 712	-	119	169	134	161
2 568	2 144	2 005	2 734	3 720	-	119	169	134	161
1 273	1 147	1 259	1 604	1 881	-	94	125	116	144
658	376	14	491	1 148	-	5	4	4	4
263	79	199	146	170	-	6	10	-	-
2 687	-663	3 710	-3 564	-1 051	-	-	-	-	4
2 758	-663	3 710	-3 564	-1 051	-	-	-	-	4
253	-154	-296	-444	-236	-	-	-	-	-
2 505	-509	4 006	-3 120	-815	-	-	-	-	4
-71	-	-	-	-	-	-	-	-	-
924	808	823	1 008	1 148	-	-	6	8	17
9 160	1 210	-2 650	995	4 199	-	-	40	33	-14
2 129	1 864	324	1 908	3 613	-	-	40	33	-14
2 506	551	287	249	949	-	-	-	-	-
513	-867	-698	-25	-85	-	-	-	-	-
4 013	-339	-2 562	-1 137	-278	-	-	-	-	-
19 657	6 345	7 207	5 224	11 830	-	202	322	403	472
0.97	0.34	0.36	0.22	0.43	-	0.17	0.24	0.23	0.23
8 096	5 864	6 685	8 029	8 957	-	202	276	362	465
1 477	673	600	474	674	-	1	-	-	-
114	98	120	69	79	-	-	-	0	4
5 404	591	5 300	-1 092	922	-	-	-	-	4
906	302	225	126	372	-	-	-	-	-
5 629	3 344	2 922	4 964	-	-	-	-	-	-
8 887	6 178	7 135	8 567	9 335	-	202	276	362	465
3 949	2 646	3 999	5 031	4 833	-	81	107	228	304
136	74	1 037	1 337	814	-	-	-	-	-
2 171	847	598	616	1 282	-	1	-	-	-
136	174	1 037	1 337	814	-	-	-	-	-
136	174	1 037	1 337	814	-	-	-	-	-
-	24	560	1 220	552	-	-	-	-	-
425	80	36	25	15	-	-	3	3	3

Tabelle 14 (Forts.) **Finanzielle Gesamtleistungen an**

	Irland				
	1993-94	2001	2002	2003	2004
NETTOAUSZAHLUNGEN					
I. Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) (A+B)	95	287	398	504	607
BNE-Anteil der ODA in %	0.23	0.33	0.40	0.39	0.39
A. Bilaterale öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (1+2)	48	184	267	352	410
1. Zuschüsse und zuschussartige Beiträge	48	184	267	352	410
<i>davon:</i> Technische Zusammenarbeit	28	11	13	11	12
EZ-Nahrungsmittelhilfe ^a	1	-	2	1	1
Not- und Soforthilfe	7	18	17	26	38
Beiträge an NRO	1	28	48	74	95
Verwaltungsaufwand	4	14	21	25	28
2. Entwicklungskredite und sonstige Kapitaleistungen	-	-	-	-	-
<i>davon:</i> Neue Entwicklungskredite	-	-	-	-	-
B. Beiträge an multilaterale Stellen	47	102	131	152	198
Zuschüsse und Kapitalzeichnungen, insgesamt	47	102	131	152	198
<i>davon:</i> Europäische Kommission	32	61	63	73	93
IDA	6	8	8	7	20
Regionale Entwicklungsbanken	-	-	-	-	-
II. Sonstige öffentliche Leistungen (OOF), netto (C+D)	-	-	-	-	-
C. Bilaterale OOF (1+2)	-	-	-	-	-
1. Öffentliche Exportkredite ^b	-	-	-	-	-
2. Beteiligungen und sonstige bilaterale Aktiva	-	-	-	-	-
D. Multilaterale Stellen	-	-	-	-	-
III. Zuschüsse privater Hilfsorganisationen	39	101	86	283	234
IV. Private Leistungen zu marktüblichen Bedingungen (langfristig) (I bis 4)	30	347	986	1 547	3 010
1. Direktinvestitionen	-	-	-	-	-
2. Private Exportkredite	30	-	-	-	-
3. Wertpapierinvestitionen multilateraler Stellen	-	-	-	-	-
4. Bilaterale Portfolioinvestitionen	-	347	986	1 547	3 010
V. Gesamtleistungen (langfristig) (I bis IV)	163	735	1 469	2 334	3 851
Gesamtleistungen in % des BNE	0.39	0.85	1.49	1.83	2.47
<i>Zum Vergleich:</i>					
BRUTTOAUSZAHLUNGEN					
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit ^c	95	287	398	504	607
Neue Entwicklungskredite	-	-	-	-	-
Nahrungsmittelhilfe, bilaterale Leistungen insgesamt	1	-	7	4	5
Sonstige öffentliche Leistungen	-	-	-	-	-
<i>davon:</i> Öffentliche Exportkredite	-	-	-	-	-
Private Exportkredite	30	-	-	-	-
ZUSAGEN					
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit, insgesamt ^c	95	287	398	504	607
Bilaterale Zuschüsse, insgesamt	48	184	267	352	410
Schuldenerlasse	-	-	-	-	-
Bilaterale Darlehen, insgesamt	-	-	-	-	-
<i>Nachrichtlich:</i>					
Brutto-ODA-Umschuldungszuschüsse	-	11	-	-	0
<i>davon:</i> Schuldenerlasse	-	-	-	-	-
Netto-ODA-Umschuldungszuschüsse ^d	-	11	-	-	0
Flüchtlinge in Geberländern	-	-	1	1	2

a) Die Nahrungsmittelsoforthilfe wurde bis einschl. 1995 der EZ-Nahrungsmittelhilfe zugerechnet.

b) Einschl. Zuschüsse zu privaten Exportkrediten.

c) Einschl. Umschuldungen.

d) Einschl. bilaterale Zuschüsse für ODA-Erlasse, sonstige öffentliche Leistungen (OOF) oder private Forderungen; sonstige Schuldenmaßnahmen wie Umschuldungen, Schuldentrückkäufe oder Schuldendienstzahlungen an Dritte; abzüglich ausgleichender Buchungen für den Wegfall von ODA-Schulden. Nur ab 1998 verfügbar.

Entwicklungsländer und multilaterale Stellen

Mio. US-\$

Italien					Japan				
1993-94	2001	2002	2003	2004	1993-94	2001	2002	2003	2004
2 874	1 627	2 332	2 433	2 462	12 249	9 847	9 283	8 880	8 906
0.29	0.15	0.20	0.17	0.15	0.28	0.23	0.23	0.20	0.19
1 882	442	1 007	1 061	704	8 801	7 458	6 692	6 334	5 917
1 017	546	1 083	1 126	855	4 899	4 742	4 373	4 443	7 131
129	92	102	148	140	2 032	1 942	1 812	1 880	1 914
82	76	42	51	33	49	54	41	65	48
224	65	82	89	75	36	30	36	30	657
13	84	43	34	45	142	179	143	188	248
82	32	37	48	63	600	715	700	679	671
866	-104	-77	-65	-151	3 902	2 716	2 320	1 891	-1 213
650	-108	-109	-105	-153	7 097	2 716	2 084	1 262	990
992	1 185	1 326	1 372	1 757	3 448	2 389	2 591	2 545	2 988
992	1 185	1 326	1 372	1 757	3 448	2 389	2 591	2 545	2 988
589	619	762	942	1 186	-	-	-	-	-
118	240	126	2	-	1 476	869	786	713	764
4	76	46	33	169	1 004	428	393	480	450
817	55	-370	-285	507	3 535	-1 748	-4 208	-2 149	-2 372
868	55	-370	-285	507	2 185	-873	-1 696	-2 533	-2 006
387	31	-	-	-33	342	-427	-524	-130	-130
481	23	-370	-285	540	1 842	-447	-1 173	-2 404	-1 876
-51	-	-	-	-	1 351	-875	-2 512	384	-366
54	32	-	27	49	186	235	157	335	425
-846	-1 903	-563	2 044	221	6 212	5 380	-573	-731	4 392
125	1 221	639	505	808	4 857	6 473	6 362	7 016	9 171
-1 314	494	2 048	1 644	1 682	1 807	-384	-1 054	3 643	1 667
-	-	-	-	-	-3 339	-355	-2 804	371	-3 020
343	-3 617	-3 250	-106	-2 269	2 888	-354	-3 077	-11 760	-3 426
2 899	-189	1 399	4 218	3 239	22 182	13 714	4 659	6 335	11 351
0.29	-0.02	0.12	0.29	0.19	0.50	0.32	0.11	0.14	0.24
3 174	1 814	2 532	2 670	2 749	15 498	12 625	12 230	12 971	16 159
650	79	91	132	135	7 097	5 494	5 031	5 304	5 931
82	76	42	56	35	49	54	41	65	48
2 059	89	252	411	2 055	9 991	7 563	7 360	10 152	7 303
1 206	59	-	-	-	2 165	1 237	760	1 266	1 840
1 346	118	2 163	1 951	2 029	11 718	3 255	2 793	7 688	6 717
3 269	2 144	2 671	3 614	3 040	17 971	14 186	10 711	17 568	15 514
940	576	1 166	1 140	817	5 275	5 002	4 335	4 085	7 651
192	10	620	558	115	301	480	232	158	2 448
705	66	93	375	125	9 435	6 601	5 014	11 120	5 340
192	10	620	558	115	338	446	261	162	2 413
192	10	620	558	115	338	446	261	162	2 413
-	10	620	558	115	-	446	261	162	158
26	16	-	44	-	-	-	-	-	-

Tabelle 14 (Forts.) **Finanzielle Gesamtleistungen an**

	Luxemburg				
	1993-94	2001	2002	2003	2004
NETTOAUSZAHLUNGEN					
I. Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) (A+B)	55	139	147	194	236
BNE-Anteil der ODA in %	0.38	0.76	0.77	0.81	0.83
A. Bilaterale öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (1+2)	36	107	116	150	171
1. Zuschüsse und zuschussartige Beiträge	36	107	116	150	171
<i>davon:</i> Technische Zusammenarbeit	2	5	3	3	4
EZ-Nahrungsmittelhilfe ^a	1	1	2	2	4
Not- und Soforthilfe	7	13	13	14	22
Beiträge an NRO	-	1	2	26	28
Verwaltungsaufwand	-	1	2	3	4
2. Entwicklungskredite und sonstige Kapitalleistungen	-	-	-	-	-
<i>davon:</i> Neue Entwicklungskredite	-	-	-	-	-
B. Beiträge an multilaterale Stellen	19	32	31	44	64
Zuschüsse und Kapitalzeichnungen, insgesamt	19	32	31	44	64
<i>davon:</i> Europäische Kommission	11	13	14	19	20
IDA	4	4	4	4	8
Regionale Entwicklungsbanken	-	-	-	2	11
II. Sonstige öffentliche Leistungen (OOF), netto (C+D)	-	-	-	-	-
C. Bilaterale OOF (1+2)	-	-	-	-	-
1. Öffentliche Exportkredite ^b	-	-	-	-	-
2. Beteiligungen und sonstige bilaterale Aktiva	-	-	-	-	-
D. Multilaterale Stellen	-	-	-	-	-
III. Zuschüsse privater Hilfsorganisationen	5	5	2	7	6
IV. Private Leistungen zu marktüblichen Bedingungen (langfristig) (1 bis 4)	-	-	-	-	-
1. Direktinvestitionen	-	-	-	-	-
2. Private Exportkredite	-	-	-	-	-
3. Wertpapierinvestitionen multilateraler Stellen	-	-	-	-	-
4. Bilaterale Portfolioinvestitionen	-	-	-	-	-
V. Gesamtleistungen (langfristig) (I bis IV)	59	144	148	201	242
Gesamtleistungen in % des BNE	0.41	0.78	0.78	0.84	0.86
<i>Zum Vergleich:</i>					
BRUTTOAUSZAHLUNGEN					
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit ^c	55	139	147	194	236
Neue Entwicklungskredite	-	-	-	-	-
Nahrungsmittelhilfe, bilaterale Leistungen insgesamt	1	2	2	2	6
Sonstige öffentliche Leistungen	-	-	-	-	-
<i>davon:</i> Öffentliche Exportkredite	-	-	-	-	-
Private Exportkredite	-	-	-	-	-
ZUSAGEN					
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit, insgesamt ^c	55	139	141	194	236
Bilaterale Zuschüsse, insgesamt	36	107	110	150	171
Schuldenerlasse	-	-	-	-	-
Bilaterale Darlehen, insgesamt	-	-	-	-	-
<i>Nachrichtlich:</i>					
Brutto-ODA-Umschuldungszuschüsse	-	-	-	-	-
<i>davon:</i> Schuldenerlasse	-	-	-	-	-
Netto-ODA-Umschuldungszuschüsse ^d	-	-	-	-	-
Flüchtlinge in Geberländern	2	-	-	-	-

a) Die Nahrungsmittelsoforthilfe wurde bis einschl. 1995 der EZ-Nahrungsmittelhilfe zugerechnet.

b) Einschl. Zuschüsse zu privaten Exportkrediten.

c) Einschl. Umschuldungen.

d) Einschl. bilaterale Zuschüsse für ODA-Erlasse, sonstige öffentliche Leistungen (OOF) oder private Forderungen; sonstige Schuldenmaßnahmen wie Umschuldungen, Schuldenrückkäufe oder Schuldendienstzahlungen an Dritte; abzüglich ausgleichender Buchungen für den Wegfall von ODA-Schulden. Nur ab 1998 verfügbar.

Entwicklungsländer und multilaterale Stellen

Mio. US-\$

Niederlande					Neuseeland				
1993-94	2001	2002	2003	2004	1993-94	2001	2002	2003	2004
2 521	3 172	3 338	3 972	4 204	104	112	122	165	212
0.79	0.82	0.81	0.80	0.73	0.24	0.25	0.22	0.23	0.23
1 738	2 224	2 449	2 829	2 670	79	85	92	129	159
1 938	2 392	2 585	2 963	3 217	79	85	92	129	159
735	634	512	684	663	35	41	36	40	46
27	13	6	18	2	-	-	-	0	1
303	285	212	307	339	4	3	11	17	27
262	310	431	602	658	2	5	7	11	12
109	183	195	226	247	7	7	8	10	13
-200	-167	-136	-133	-547	-	-	-	-	-
18	-55	-90	-135	-532	-	-	-	-	-
783	948	889	1 143	1 534	24	27	30	36	53
783	948	889	1 143	1 534	24	27	30	36	53
263	194	210	362	383	-	-	-	-	-
164	115	76	162	358	7	4	5	7	8
32	56	72	59	73	2	4	5	6	7
73	42	229	899	151	-	-	2	3	5
73	42	229	899	151	-	-	2	3	5
-	-79	-	-	-	-	-	-	-	-
73	121	229	899	129	-	-	2	3	5
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
269	240	257	379	412	15	11	23	18	29
2 246	-6 886	-5 310	9 946	9 339	-	16	17	21	25
1 509	2 526	281	3 448	1 986	-	16	17	21	25
-40	182	859	2 451	3 708	-	-	-	-	-
-110	-1 133	946	659	559	-	-	-	-	-
886	-8 462	-7 395	3 388	3 086	-	-	-	-	-
5 108	-3 432	-1 487	15 196	14 106	119	139	164	208	271
1.60	-0.89	-0.36	3.04	2.46	0.28	0.32	0.30	0.28	0.30
2 739	3 340	3 525	4 223	4 898	104	112	122	165	212
18	-	-	-	-	-	-	-	-	-
27	45	37	51	42	-	-	1	2	2
111	304	229	1 368	151	-	-	2	3	5
-	184	-	-	-	-	-	-	-	-
670	339	2 003	2 549	-	-	-	-	-	-
3 228	3 701	4 815	2 401	3 427	101	110	129	185	241
2 257	2 390	4 436	2 088	2 805	77	83	97	144	184
111	134	141	237	29	-	-	-	-	-
3	1	20	20	0	-	-	-	-	-
111	167	344	255	231	-	-	-	-	-
111	163	341	255	231	-	-	-	-	-
-	54	291	249	216	-	-	-	-	-
122	155	83	174	118	-	-	6	8	11

Tabelle 14 (Forts.) **Finanzielle Gesamtleistungen an**

	Norwegen				
	1993-94	2001	2002	2003	2004
NETTOAUSZAHLUNGEN					
I. Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) (A+B)	1 075	1 346	1 696	2 042	2 199
BNE-Anteil der ODA in %	1.03	0.80	0.89	0.92	0.87
A. Bilaterale öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (1+2)	743	940	1 145	1 462	1 536
1. Zuschüsse und zuschussartige Beiträge	738	938	1 143	1 455	1 496
<i>davon:</i> Technische Zusammenarbeit	126	150	178	236	287
EZ-Nahrungsmittelhilfe ^a	14	-	-	4	-
Not- und Soforthilfe	147	180	252	350	261
Beiträge an NRO	-	-	-	-	-
Verwaltungsaufwand	41	66	82	99	118
2. Entwicklungskredite und sonstige Kapitalleistungen	5	2	2	7	41
<i>davon:</i> Neue Entwicklungskredite	6	-4	-5	-7	-6
B. Beiträge an multilaterale Stellen	332	406	551	580	662
Zuschüsse und Kapitalzeichnungen, insgesamt	332	406	551	580	662
<i>davon:</i> Europäische Kommission	-	-	-	-	-
IDA	77	80	73	100	119
Regionale Entwicklungsbanken	25	47	62	72	74
II. Sonstige öffentliche Leistungen (OOF), netto (C+D)	1	-	-	0	0
C. Bilaterale OOF (1+2)	1	-	-	0	0
1. Öffentliche Exportkredite ^b	-	-	-	-	-
2. Beteiligungen und sonstige bilaterale Aktiva	1	-	-	0	0
D. Multilaterale Stellen	-	-	-	-	-
III. Zuschüsse privater Hilfsorganisationen	129	210	452	-	-
IV. Private Leistungen zu marktüblichen Bedingungen (langfristig) (1 bis 4)	145	-71	131	1 264	586
1. Direktinvestitionen	63	-131	23	1 199	635
2. Private Exportkredite	82	60	109	65	-49
3. Wertpapierinvestitionen multilateraler Stellen	-	-	-	-	-
4. Bilaterale Portfolioinvestitionen	-	-	-	-	-
V. Gesamtleistungen (langfristig) (I bis IV)	1 350	1 485	2 279	3 306	2 785
Gesamtleistungen in % des BNE	1.30	0.88	1.19	1.49	1.11
<i>Zum Vergleich:</i>					
BRUTTOAUSZAHLUNGEN					
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit ^c	1 077	1 350	1 701	2 049	2 204
Neue Entwicklungskredite	6	-	-	-	-
Nahrungsmittelhilfe, bilaterale Leistungen insgesamt	14	15	11	19	14
Sonstige öffentliche Leistungen	2	-	-	0	0
<i>davon:</i> Öffentliche Exportkredite	-	-	-	-	-
Private Exportkredite	130	124	198	156	3
ZUSAGEN					
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit, insgesamt ^c	979	1 490	1 653	2 018	2 104
Bilaterale Zuschüsse, insgesamt	640	1 080	1 088	1 398	1 415
Schuldenerlasse	52	-	-	-	-
Bilaterale Darlehen, insgesamt	6	5	14	39	26
<i>Nachrichtlich:</i>					
Brutto-ODA-Umschuldungszuschüsse	30	21	13	22	12
<i>davon:</i> Schuldenerlasse	30	-	-	-	-
Netto-ODA-Umschuldungszuschüsse ^d	-	21	13	22	12
Flüchtlinge in Geberländern	34	68	124	176	111

a) Die Nahrungsmittelsoforthilfe wurde bis einschl. 1995 der EZ-Nahrungsmittelhilfe zugerechnet.

b) Einschl. Zuschüsse zu privaten Exportkrediten.

c) Einschl. Umschuldungen.

d) Einschl. bilaterale Zuschüsse für ODA-Erlasse, sonstige öffentliche Leistungen (OOF) oder private Forderungen; sonstige Schuldenmaßnahmen wie Umschuldungen, Schuldentrückkäufe oder Schuldendienstzahlungen an Dritte; abzüglich ausgleichender Buchungen für den Wegfall von ODA-Schulden. Nur ab 1998 verfügbar.

Entwicklungsländer und multilaterale Stellen

Mio. US-\$

Portugal					Spanien				
1993-94	2001	2002	2003	2004	1993-94	2001	2002	2003	2004
269	268	323	320	1 031	1 304	1 737	1 712	1 961	2 437
0.31	0.25	0.27	0.22	0.63	0.28	0.30	0.26	0.23	0.24
194	183	186	182	873	895	1 150	998	1 151	1 400
120	166	183	183	179	224	966	769	938	1 227
67	117	127	142	114	81	185	239	313	340
-	-	-	-	-	7	6	9	6	12
6	2	2	1	18	6	38	32	89	97
-	2	2	1	4	-	6	5	7	7
6	7	7	10	10	32	54	61	77	83
75	18	3	-1	694	672	184	229	213	173
-	16	2	-1	-4	718	177	229	251	233
75	85	137	137	158	409	588	714	810	1 037
75	85	137	137	158	409	588	714	810	1 037
57	69	73	88	112	307	342	416	525	628
6	-	7	11	12	7	98	57	63	180
3	6	44	24	17	39	49	130	85	131
226	-1	-1	-2	-692	-107	146	54	73	25
226	-1	-1	-2	-692	-107	146	54	73	25
-	-	-	-	-	-107	-	-	-	-
226	-1	-1	-2	-692	-	146	54	73	25
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	5	3	4	3	99	-	-	-	-
-240	1 503	-150	823	335	1 157	9 640	6 404	4 633	10 300
14	1 273	-360	680	187	1 157	10 160	6 540	4 737	10 503
-253	230	210	143	148	-	-520	-136	-104	-203
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
255	1 775	175	1 145	676	2 453	11 523	8 171	6 667	12 762
0.30	1.66	0.15	0.79	0.41	0.52	2.01	1.25	0.79	1.25
273	268	323	321	1 036	1 350	1 852	1 872	2 217	2 684
-	16	2	1	0	718	291	383	454	413
-	-	-	-	-	7	9	15	13	19
260	-	-	-	-	14	146	54	80	25
-	-	-	-	-	14	-	-	-	-
465	243	220	165	160	-	-	-	-	-
261	268	323	321	1 036	1 156	1 852	1 872	2 217	2 684
98	166	183	183	179	224	966	769	938	1 227
65	17	10	5	5	36	382	112	116	198
79	18	3	1	698	523	299	388	469	420
14	17	11	6	6	35	382	118	144	277
14	17	10	5	5	35	382	112	116	198
-	17	11	6	6	-	382	113	91	210
-	-	-	-	1	-	7	14	21	20

Tabelle 14 (Forts.) **Finanzielle Gesamtleistungen an**

	Schweden				
	1993-94	2001	2002	2003	2004
NETTOAUSZAHLUNGEN					
I. Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) (A+B)	1 794	1 666	2 012	2 400	2 722
BNE-Anteil der ODA in %	0.97	0.77	0.84	0.79	0.78
A. Bilaterale öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (1+2)	1 352	1 205	1 271	1 779	2 076
1. Zuschüsse und zuschussartige Beiträge	1 352	1 185	1 262	1 753	2 066
<i>davon:</i> Technische Zusammenarbeit	335	57	68	92	112
EZ-Nahrungsmittelhilfe ^a	1	-	-	-	-
Not- und Soforthilfe	306	242	302	387	384
Beiträge an NRO	59	85	90	105	137
Verwaltungsaufwand	74	69	74	100	117
2. Entwicklungskredite und sonstige Kapitaleistungen	-	20	8	26	10
<i>davon:</i> Neue Entwicklungskredite	-	20	9	26	10
B. Beiträge an multilaterale Stellen	442	461	741	621	646
Zuschüsse und Kapitalzeichnungen, insgesamt	442	461	741	621	646
<i>davon:</i> Europäische Kommission	-	112	83	123	225
IDA	113	-	359	-	25
Regionale Entwicklungsbanken	31	59	70	133	48
II. Sonstige öffentliche Leistungen (OOF), netto (C+D)	1	1	2	-15	-64
C. Bilaterale OOF (1+2)	1	1	2	-15	-64
1. Öffentliche Exportkredite ^b	-	-	-	-	-
2. Beteiligungen und sonstige bilaterale Aktiva	1	1	2	-15	-64
D. Multilaterale Stellen	-	-	-	-	-
III. Zuschüsse privater Hilfsorganisationen	130	16	19	23	31
IV. Private Leistungen zu marktüblichen Bedingungen (langfristig) (1 bis 4)	502	1 394	199	-1 153	266
1. Direktinvestitionen	20	507	296	-337	594
2. Private Exportkredite	483	888	-97	-816	-328
3. Wertpapierinvestitionen multilateraler Stellen	-1	-	-	-	-
4. Bilaterale Portfolioinvestitionen	-	-	-	-	-
V. Gesamtleistungen (langfristig) (I bis IV)	2 427	3 077	2 232	1 255	2 954
Gesamtleistungen in % des BNE	1.32	1.42	0.93	0.42	0.84
<i>Zum Vergleich:</i>					
BRUTTOAUSZAHLUNGEN					
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit ^c	1 794	1 666	2 012	2 400	2 722
Neue Entwicklungskredite	-	20	9	26	10
Nahrungsmittelhilfe, bilaterale Leistungen insgesamt	1	8	12	20	14
Sonstige öffentliche Leistungen	2	2	4	68	32
<i>davon:</i> Öffentliche Exportkredite	-	-	-	-	-
Private Exportkredite	1 132	1 987	1 094	758	1 037
ZUSAGEN					
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit, insgesamt ^c	1 700	1 365	1 675	2 388	2 723
Bilaterale Zuschüsse, insgesamt	1 249	1 058	1 257	1 953	2 072
Schuldenerlasse	10	-	-	165	26
Bilaterale Darlehen, insgesamt	2	10	8	28	6
<i>Nachrichtlich:</i>					
Brutto-ODA-Umschuldungszuschüsse	21	44	-	165	26
<i>davon:</i> Schuldenerlasse	21	-	-	165	26
Netto-ODA-Umschuldungszuschüsse ^d	-	44	-	165	26
Flüchtlinge in Geberländern	53	81	138	191	178

a) Die Nahrungsmittelforthilfe wurde bis einschl. 1995 der EZ-Nahrungsmittelhilfe zugerechnet.

b) Einschl. Zuschüsse zu privaten Exportkrediten.

c) Einschl. Umschuldungen.

d) Einschl. bilaterale Zuschüsse für ODA-Erlasse, sonstige öffentliche Leistungen (OOF) oder private Forderungen; sonstige Schuldenmaßnahmen wie Umschuldungen, Schuldenrückkäufe oder Schuldendienstzahlungen an Dritte; abzüglich ausgleichender Buchungen für den Wegfall von ODA-Schulden. Nur ab 1998 verfügbar.

Entwicklungsländer und multilaterale Stellen

Mio. US-\$

Schweiz					Vereinigtes Königreich				
1993-94	2001	2002	2003	2004	1993-94	2001	2002	2003	2004
888	908	939	1 299	1 545	3 059	4 579	4 924	6 282	7 883
0.35	0.34	0.32	0.39	0.41	0.31	0.32	0.31	0.34	0.36
680	644	765	945	1 187	1 643	2 622	3 506	3 861	5 339
684	643	750	929	1 173	1 692	2 643	3 384	3 576	5 239
257	113	154	177	117	684	773	874	993	751
29	-	-	-	-	64	-	-	-	-
74	135	146	158	345	224	257	400	565	523
111	32	39	47	50	55	189	226	268	429
20	18	19	28	29	107	288	279	464	508
-4	1	15	16	14	-49	-21	121	285	100
-	-6	9	-5	-6	-93	-7	-25	129	64
208	263	174	355	359	1 416	1 957	1 419	2 421	2 544
208	263	174	355	359	1 417	1 985	1 455	2 456	2 540
-	-	-	-	-	727	824	925	1 078	1 529
52	83	5	135	146	306	491	-	737	250
29	38	41	66	42	91	81	103	129	130
-	6	3	0	-	82	23	-4	50	-155
-	6	3	0	-	82	23	-4	50	-155
-	-	-	-	-	-16	125	97	94	21
-	6	3	0	-	98	-102	-101	-44	-176
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
156	180	202	280	316	493	327	353	389	390
790	-1 252	1 089	2 104	-2 810	6 018	4 699	2 360	11 840	18 805
1 413	-1 107	1 222	2 051	-2 082	5 132	8 194	2 753	9 745	13 335
-321	-144	-133	54	238	-264	-493	-1 233	-679	-356
-303	-1	-	-1	-966	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	1 150	-3 001	840	2 774	5 826
1 833	-158	2 234	3 684	-949	9 651	9 627	7 634	18 561	26 922
0.72	-0.06	0.75	1.09	-0.25	0.98	0.67	0.48	1.01	1.24
892	913	943	1 305	1 556	3 170	4 727	5 073	6 491	8 206
-	-	13	-	4	7	10	6	167	80
29	18	19	24	25	64	23	78	94	64
-	6	3	0	-	288	248	179	243	68
-	-	-	-	-	-	125	97	94	21
880	191	287	455	723	1 641	-	-	-	-
986	875	875	1 393	1 744	3 235	4 727	5 073	6 491	8 206
715	740	774	869	1 252	1 757	2 643	3 384	3 576	5 239
203	-	-	30	8	64	374	607	81	759
-	19	10	33	14	60	99	229	454	381
32	-	-	37	8	64	374	607	130	794
32	-	-	30	8	64	374	607	81	759
-	-	-	37	8	-	374	598	126	788
-	20	20	22	194	-	-	-	-	-

Tabelle 14 (Forts.) **Finanzielle Gesamtleistungen an**

	Vereinigte Staaten				
	1993-94	2001	2002	2003	2004
NETTOAUSZAHLUNGEN					
I. Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) (A+B)	10 025	11 429	13 290	16 320	19 705
BNE-Anteil der ODA in %	0.15	0.11	0.13	0.15	0.17
A. Bilaterale öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (1+2)	7 301	8 284	10 570	14 659	16 250
1. Zuschüsse und zuschussartige Beiträge	8 399	8 954	11 251	16 359	17 027
<i>davon:</i> Technische Zusammenarbeit	3 053	5 282	6 690	7 701	7 347
EZ-Nahrungsmittelhilfe ^a	1 141	673	817	834	921
Not- und Soforthilfe	901	1 092	1 382	2 822	2 995
Beiträge an NRO	-	-	-	-	-
Verwaltungsaufwand	703	788	727	779	1 004
2. Entwicklungskredite und sonstige Kapitaleistungen	-1 098	-670	-681	-1 701	-777
<i>davon:</i> Neue Entwicklungskredite	25	-	-	-	-
B. Beiträge an multilaterale Stellen	2 725	3 145	2 720	1 661	3 455
Zuschüsse und Kapitalzeichnungen, insgesamt	2 737	3 160	2 731	1 671	3 466
<i>davon:</i> Europäische Kommission	-	-	-	-	-
IDA	871	773	1 153	-	1 752
Regionale Entwicklungsbanken	438	213	221	48	490
II. Sonstige öffentliche Leistungen (OOF), netto (C+D)	504	755	227	1 068	-679
C. Bilaterale OOF (1+2)	504	755	227	1 068	-679
1. Öffentliche Exportkredite ^b	-938	351	-292	-459	-1 287
2. Beteiligungen und sonstige bilaterale Aktiva	1 442	404	518	1 527	607
D. Multilaterale Stellen	-	-	-	-	-
III. Zuschüsse privater Hilfsorganisationen	2 591	4 569	5 720	6 326	6 792
IV. Private Leistungen zu marktüblichen Bedingungen (langfristig) (1 bis 4)	45 868	21 864	5 173	14 147	6 465
1. Direktinvestitionen	20 985	24 236	12 928	14 298	20 355
2. Private Exportkredite	1 929	1 130	765	-6	-293
3. Wertpapierinvestitionen multilateraler Stellen	1 127	-1 729	-590	78	-1 255
4. Bilaterale Portfolioinvestitionen	21 828	-1 773	-7 930	-224	-12 343
V. Gesamtleistungen (langfristig) (I bis IV)	58 987	38 618	24 410	37 860	32 283
Gesamtleistungen in % des BNE	0.88	0.38	0.23	0.34	0.28
<i>Zum Vergleich:</i>					
BRUTTOAUSZAHLUNGEN					
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit ^c	11 806	12 309	14 170	18 257	20 604
Neue Entwicklungskredite	25	-	-	-	-
Nahrungsmittelhilfe, bilaterale Leistungen insgesamt	1 361	930	1 526	2 498	2 164
Sonstige öffentliche Leistungen	2 629	1 858	1 640	3 068	927
<i>davon:</i> Öffentliche Exportkredite	583	1 397	868	805	194
Private Exportkredite	6 191	6 329	-	-	-
ZUSAGEN					
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit, insgesamt ^c	11 758	12 876	14 857	22 521	26 991
Bilaterale Zuschüsse, insgesamt	8 450	9 406	11 871	20 715	23 394
Schuldenerlasse	447	23	420	2 400	141
Bilaterale Darlehen, insgesamt	569	194	254	221	127
<i>Nachrichtlich:</i>					
Brutto-ODA-Umschuldungszuschüsse	447	39	436	2 406	143
<i>davon:</i> Schuldenerlasse	447	23	420	2 400	141
Netto-ODA-Umschuldungszuschüsse ^d	-	28	423	1 314	114
Flüchtlinge in Geberländern	-	416	144	344	512

a) Die Nahrungsmittelsoforthilfe wurde bis einschl. 1995 der EZ-Nahrungsmittelhilfe zugerechnet.

b) Einschl. Zuschüsse zu privaten Exportkrediten.

c) Einschl. Umschuldungen.

d) Einschl. bilaterale Zuschüsse für ODA-Erlasse, sonstige öffentliche Leistungen (OOF) oder private Forderungen; sonstige Schuldenmaßnahmen wie Umschuldungen, Schuldentrückkäufe oder Schuldendienstzahlungen an Dritte; abzüglich ausgleichender Buchungen für den Wegfall von ODA-Schulden. Nur ab 1998 verfügbar.

Entwicklungsländer und multilaterale Stellen

Mio. US-\$

DAC-Mitglieder insgesamt					Europäische Kommission				
1993-94	2001	2002	2003	2004	1993-94	2001	2002	2003	2004
57 484	52 435	58 292	69 085	79 512	4 396	5 961	5 448	7 173	8 704
0.30	0.22	0.23	0.25	0.26	-	-	-	-	-
39 995	35 124	40 752	49 756	54 385	3 984	5 517	5 150	6 445	8 068
34 329	33 522	39 813	50 908	57 322	3 795	4 810	5 102	6 197	7 794
12 911	13 602	15 452	18 352	18 764	111	179	192	403	479
1 733	1 007	1 086	1 196	1 169	274	350	317	317	263
3 359	3 276	3 869	6 221	7 332	555	526	510	691	960
923	1 137	1 246	1 418	1 794	151	144	-	-	1
2 571	2 964	3 027	3 520	3 999	50	139	80	459	660
5 665	1 602	939	-1 153	-2 937	189	707	48	248	274
10 250	2 525	958	-461	-127	344	707	48	248	274
17 489	17 311	17 540	19 330	25 126	412	444	298	728	636
17 517	17 289	17 574	19 393	24 828	412	444	298	728	636
4 399	4 946	5 695	6 946	8 910	-	-	-	-	-
4 788	3 599	3 279	3 120	5 700	-	313	170	236	-
2 548	1 491	1 813	1 734	2 275	-	-	-	-	-
9 330	-1 589	-45	-348	-5 599	5	331	883	1 146	1 856
8 087	-797	2 401	-818	-5 347	5	331	883	1 146	1 856
1 048	-288	-1 226	-1 285	-2 668	-	-	-	-	-
7 039	-509	3 626	468	-2 700	5	331	883	1 146	1 856
1 243	-792	-2 446	470	-252	-	-	-	-	-
5 869	7 289	8 768	10 240	11 307	-	-	-	-	-
77 777	49 745	6 252	47 031	64 082	-	-	-	-	-
43 446	66 041	36 286	49 799	66 041	-	-	-	-	-
4 200	2 736	14	2 313	6 465	-	-	-	-	-
-2 172	-4 086	-3 146	1 083	-4 766	-	-	-	-	-
32 304	-14 946	-26 902	-6 164	-3 658	-	-	-	-	-
150 461	107 880	73 267	126 009	148 646	4 401	6 293	6 332	8 319	10 559
0.77	0.45	0.29	0.45	0.48	-	-	-	-	-
65 735	58 615	65 556	79 782	92 203	4 550	6 352	5 792	7 393	8 971
11 950	6 952	6 705	7 017	7 784	344	1 099	392	468	541
1 952	1 467	2 094	3 170	2 734	274	350	318	514	391
24 281	12 736	17 336	20 692	12 974	198	662	1 435	1 547	2 391
7 151	4 604	3 039	3 109	3 220	-	-	-	-	-
32 078	16 533	12 719	19 175	12 655	-	-	-	-	-
68 839	61 276	65 793	89 243	97 978	6 548	5 816	6 166	9 651	9 649
34 506	33 864	42 243	54 705	64 912	5 238	4 981	5 761	8 270	8 815
2 572	2 368	4 072	6 515	6 879	-	-	-	-	-
15 942	8 800	7 503	14 821	9 436	661	649	177	320	284
3 077	2 615	5 370	8 554	7 215	-	-	-	-	-
3 077	2 514	4 534	8 338	7 084	-	-	-	-	-
-	2 075	4 560	6 971	4 293	-	-	-	-	-
1 037	1 332	1 091	1 860	2 120	-	-	-	-	-

Tabelle 15 ODA-Leistungen der DAC-Mitglieder an multilaterale Stellen, 2004

Nettoauszahlungen

Mio. US-\$

	Insgesamt	Weltbank- gruppe	davon: IDA	Regionale Entwicklungs- banken	davon:		
					Afrikan. Entw.-bank	Asiat. Entw.-bank	Interamerik. Entw.-bank
Australien	270	87	85	74	-	74	-
Österreich	325	46	46	30	14	15	1
Belgien	561	94	92	26	18	6	1
Kanada	608	209	177	102	54	39	2
Dänemark	835	100	67	50	25	10	1
Finnland	293	41	41	17	-	-	-
Frankreich	2 906	397	395	164	107	49	7
Deutschland	3 712	1 148	1 148	170	106	63	1
Griechenland	161	4	4	-	-	-	-
Irland	198	27	20	-	-	-	-
Italien	1 757	17	-	169	2	137	25
Japan	2 988	1 035	764	450	105	338	7
Luxemburg	64	11	8	11	-	11	-
Niederlande	1 534	545	358	73	42	30	0
Neuseeland	53	8	8	7	-	7	-
Norwegen	662	120	119	74	52	8	0
Portugal	158	12	12	17	9	8	-
Spanien	1 037	190	180	131	31	45	21
Schweden	646	25	25	48	1	23	0
Schweiz	359	146	146	42	30	11	1
Vereinigtes Königreich	2 544	328	250	130	74	39	-
Vereinigte Staaten	3 455	1 753	1 752	480	225	241	-
DAC INSGESAMT	25 126	6 345	5 700	2 265	897	1 151	67
<i>davon:</i>							
EU-Mitglieder	16 731	2 985	2 647	1 036	431	435	57

Tabelle 15 (Forts.) ODA-Leistungen der DAC-Mitglieder an multilaterale Stellen, 2004

Nettoauszahlungen

Mio. US-\$

	VN- Stellen	davon:				Europäische Kommission	davon: EEF	Sonstige multi- laterale Stellen	davon:	
		UNDP	WEP	UNICEF	UNHCR				IFAD	IWF ^a
Australien	44	5	-	4	5	-	-	64	2	2
Österreich	26	8	1	1	0	200	77	22	10	1
Belgien	52	17	-	4	1	335	108	55	4	6
Kanada	156	44	27	11	11	-	-	141	13	6
Dänemark	337	86	42	41	47	179	62	170	10	-
Finnland	88	-	-	-	-	133	-	14	-	-
Frankreich	180	28	6	17	13	1 863	818	302	10	21
Deutschland	289	33	29	8	6	1 877	679	228	39	-
Griechenland	8	-	-	1	1	144	36	5	1	-
Irland	61	16	4	11	9	93	18	17	0	-
Italien	253	25	19	16	11	1 186	367	132	49	-
Japan	1 243	175	112	119	85	-	-	261	-	22
Luxemburg	12	2	-	1	1	20	6	11	1	2
Niederlande	446	107	34	62	51	383	152	87	9	14
Neuseeland	15	4	1	2	1	-	-	23	0	-
Norwegen	429	114	30	132	26	-	-	39	10	3
Portugal	10	2	0	0	0	112	32	6	0	-
Spanien	48	7	2	3	3	628	170	40	-	-
Schweden	290	87	39	46	-	225	94	59	-	-
Schweiz	117	42	1	14	11	-	-	53	6	11
Vereinigtes Königreich	381	85	-7	36	37	1 533	603	171	7	1
Vereinigte Staaten	440	101	-	119	-	-	-	782	15	-
DAC INSGESAMT	4 925	988	340	648	320	8 910	3 222	2 682	186	91
davon:										
EU-Mitglieder	2 481	503	169	247	180	8 910	3 222	1 319	140	46

a) Vom IWF verwaltete Armutsreduzierungs-Wachstumsfazilität (PRGF) und PRGF-HIPC Trust Fund.

Tabelle 16 **Kapitalzeichnungen bei multilateralen Stellen^a auf Hinterlegungs- und Inkassobasis**

Nettoauszahlungen

Mio. US-\$

	Schuldschein hinterlegung					Inkasso				
	1994	2001	2002	2003	2004	1994	2001	2002	2003	2004
Australien	149	-	133	-	-	111	128	133	161	161
Österreich	82	41	34	80	91	-	63	55	67	78
Belgien	-	41	-	-	24	50	111	110	112	71
Kanada	489	81	92	103	315	-	275	197	504	420
Dänemark	142	86	112	107	107	115	109	100	304	198
Finnland	22	35	64	47	-	-	24	28	20	-
Frankreich	686	347	382	495	813	-	455	486	857	469
Deutschland	956	516	304	792	1 446	865	567	542	634	739
Griechenland	-	16	19	9	7	-	-	-	-	157
Irland	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Italien	16	346	220	18	206	262	417	-	265	-
Japan	-	1 545	844	847	869	-	-	698	1 916	1 218
Luxemburg	-	-	-	-	2	-	-	-	-	-
Niederlande	236	171	148	329	631	25	53	-	-	-
Neuseeland	11	8	10	14	16	-	8	11	16	19
Norwegen	95	127	174	195	195	-	-	-	-	-
Portugal	13	0	4	3	4	3	11	34	23	41
Spanien	55	185	139	128	199	-	-	139	-	-
Schweden	135	38	406	219	23	-	150	145	188	272
Schweiz	124	133	41	197	190	102	125	135	154	181
Vereinigtes Königreich	413	698	108	901	459	-	471	484	692	703
Vereinigte Staaten	1 311	1 321	1 477	177	2 365	1 402	1 643	1 614	1 435	2 034
DAC INGESAMT	4 935	5 737	4 709	4 661	7 963
<i>davon:</i>										
EU-Mitglieder	2 756	2 521	1 939	3 128	4 013

a) Weltbank, IWF (PRGF-Programm), IDB, Afrikanische Entwicklungsbank, Asiatische Entwicklungsbank und Karibische Entwicklungsbank.
 Anmerkung: Nicht alle Leistungen an diese Stellen erfolgen in Form von Kapitalzeichnungen.

Tabelle 17 **Vergünstigte und nicht vergünstigte Leistungen der multilateralen Stellen^a**

Mio. US-\$, zu jeweiligen Preisen und Wechselkursen

	Bruttoauszahlungen						
	Durchschnitt 1988-1989	Durchschnitt 1993-1994	2000	2001	2002	2003	2004
VERGÜNSTIGTE LEISTUNGEN							
<i>Internationale Finanzinstitutionen</i>							
AfDF	432	672	360	464	741	586	1 057
AsDF	847	1 161	1 135	1 031	1 168	1 138	1 084
Karibische Entwicklungsbank	36	13	36	50	113	37	60
Europarat	10	1	-	-	-	-	-
EBWE	-	5	5	17	44	53	53
IDA	3 605	5 469	5 468	6 160	7 270	7 348	9 188
IDB	365	407	442	545	425	593	560
IFAD	142	162	250	254	250	264	281
IWF ^b	892	842	650	1 088	1 741	1 187	1 204
Nordischer Entwicklungsfonds	-	12	39	33	35	55	74
Int. Finanzinstitutionen, insgesamt	6 329	8 744	8 384	9 641	11 786	11 261	13 561
<i>Vereinte Nationen^c</i>							
UNDP	945	620	390	282	275	296	374
UNFPA	143	168	133	311	310	271	312
UNHCR	483	1 152	493	545	633	534	347
UNICEF	450	798	576	600	567	629	650
UNRWA	248	314	301	359	392	430	449
UNTA	256	303	454	410	466	504	434
WEP	820	1 441	357	379	351	319	268
Sonstige VN-Stellen	614	664	568	574	614	484	265
Vereinte Nationen, insgesamt	3 959	5 459	3 272	3 462	3 608	3 467	3 098
Europäische Kommission	2 504	4 383	4 763	5 908	5 494	6 665	8 335
Globale Umweltfazilität	-	-	86	101	109	107	138
Fonds des Montrealer Protokolls	-	-	56	72	60	66	59
Arabische Fonds	320	536	215	381	298	202	633
Vergünstigte Leistungen, insgesamt	13 111	19 122	16 776	19 565	21 355	21 769	25 823
NICHT VERGÜNSTIGTE LEISTUNGEN							
<i>Internationale Finanzinstitutionen</i>							
Afrikanische Entwicklungsbank	890	1 452	506	614	679	969	979
Asiatische Entwicklungsbank	1 152	2 259	2 884	2 850	3 067	2 688	2 508
Karibische Entwicklungsbank	25	11	65	50	108	37	60
Europarat	563	392	-	-	-	-	-
EBWE	-	67	439	548	627	854	1 698
IBRD	11 157	10 856	11 778	10 729	8 381	10 628	9 214
IFC	887	1 123	1 276	1 061	1 409	2 126	2 301
IDB	2 068	4 542	6 662	6 016	5 508	8 409	3 764
IFAD	-	-	33	33	20	23	31
Int. Finanzinstitutionen, insgesamt	16 742	20 702	23 643	21 902	19 799	25 735	20 555
Europäische Kommission	325	411	608	662	1 435	1 547	2 391
Nicht vergünstigte Leistungen, insgesamt	17 066	21 113	24 251	22 564	21 234	27 283	22 946

a) An Entwicklungsländer und -gebiete gemäß Teil I der DAC-Liste.

b) IWF-Treuhandfonds und PRGF-Programm.

c) Die Daten für die VN-Sonderorganisationen wurden in der Weise revidiert, dass sie nur noch die ordentlichen Haushaltsausgaben erfassen. Bei den UNDP-Daten wurden dementsprechend ab 1990 Revisionen vorgenommen, wohingegen die WEP- und UNHCR-Daten erst ab 1996 revidiert werden konnten. Für die UNICEF gelten ab 1997 revidierte Daten. Seit 2000 arbeitet das UNHCR mit einem jährlichen Programmbudget, bei dem die länderspezifischen Aktivitäten, die globalen Aktivitäten und die Verwaltungskosten in einem einheitlichen Budget zusammengefasst sind. Jedoch decken die Datenangaben für den UNHCR von 2004 nur Angaben aus uneingeschränkt oder weitgehend zweckgebundenen Fonds ab.

Tabelle 17 (Forts.) Vergünstigte und nicht vergünstigte Leistungen der multilateralen Stellen^a

Mio. US-\$, zu jeweiligen Preisen und Wechselkursen

	Nettoauszahlungen						
	Durchschnitt 1988-1989	Durchschnitt 1993-1994	2000	2001	2002	2003	2004
VERGÜNSTIGTE LEISTUNGEN							
<i>Internationale Finanzinstitutionen</i>							
AfDF	422	636	300	419	616	483	919
AsDF	813	1 071	927	812	906	826	694
Karibische Entwicklungsbank	36	3	20	32	63	19	40
Europarat	8	1	-	-	-	-	-
EBWE	-	5	5	17	44	53	53
IDA	3 417	5 039	4 179	4 965	5 753	5 701	7 283
IDB	139	91	153	276	166	292	261
IFAD	109	77	143	166	148	155	165
IWF ^b	297	587	-148	105	567	9	-179
Nordischer Entwicklungsfonds	-	12	38	32	33	52	70
Int. Finanzinstitutionen, insgesamt	5 240	7 523	5 616	6 824	8 295	7 590	9 307
<i>Vereinte Nationen^c</i>							
UNDP	945	620	390	282	275	296	374
UNFPA	143	168	133	311	310	271	312
UNHCR	483	1 152	493	545	633	534	347
UNICEF	450	798	576	600	567	629	650
UNRWA	248	314	301	359	392	430	449
UNTA	256	303	454	410	466	504	434
WEP	820	1 441	357	379	351	319	268
Sonstige VN-Stellen	614	664	568	574	614	484	265
Vereinte Nationen, insgesamt	3 959	5 459	3 272	3 462	3 608	3 467	3 098
Europäische Kommission	2 464	4 228	4 414	5 517	5 150	6 445	8 068
Globale Umweltfazilität	-	-	86	101	109	107	138
Fonds des Montrealer Protokolls	-	-	56	72	60	66	59
Arabische Fonds	99	221	35	145	139	44	379
Vergünstigte Leistungen, insgesamt	11 762	17 431	13 479	16 120	17 362	17 720	21 048
NICHT VERGÜNSTIGTE LEISTUNGEN							
<i>Internationale Finanzinstitutionen</i>							
Afrikanische Entwicklungsbank	720	995	-304	-5	-675	-530	-589
Asiatische Entwicklungsbank	633	1 260	1 049	1 654	-267	-4 449	-1 445
Karibische Entwicklungsbank	25	-1	50	31	58	19	40
Europarat	407	-90	-	-	-	-	-
EBWE	-	67	237	222	92	218	855
IBRD	3 360	-282	2 762	1 759	-6 528	-5 000	-3 540
IFC	372	531	229	22	32	1 253	534
IDB	1 175	2 227	4 360	4 104	1 413	1 266	-1 431
IFAD	-	-	5	6	-5	-8	-10
Int. Finanzinstitutionen, insgesamt	6 692	4 706	8 388	7 792	-5 880	-7 230	-5 585
Europäische Kommission	89	218	427	331	883	1 146	1 856
Nicht vergünstigte Leistungen, insgesamt	6 780	4 924	8 814	8 123	-4 996	-6 084	-3 729

Tabelle 18 Hauptverwendungszwecke der ODA-Leistungen der einzelnen DAC-Geber

In % der bilateralen Gesamtzusagen

	Gemeinnützige und administrative Infrastruktur		Wirtschaftliche Infrastruktur		Landwirtschaft		Industrie und übrige Produktionssektoren	
	1983-1984	2003-2004	1983-1984	2003-2004	1983-1984	2003-2004	1983-1984	2003-2004
Australien	25.8	46.4	6.2	5.3	6.1	6.4	2.4	0.7
Österreich	29.7	47.7	47.8	2.3	1.6	1.8	7.9	2.6
Belgien	37.0	27.1	10.1	5.5	7.2	4.1	7.5	0.8
Kanada	13.9	43.3	25.7	3.8	16.1	7.9	13.5	2.7
Dänemark	17.6	42.5	26.2	17.6	12.5	6.0	26.9	4.6
Finnland	16.5	46.3	15.5	7.0	17.0	2.2	28.3	1.8
Frankreich	50.6	31.3	16.2	5.6	8.5	2.2	5.3	1.0
Deutschland	28.4	39.3	38.1	16.1	9.1	2.9	7.2	1.3
Griechenland	..	81.9	..	1.9	..	0.6	..	0.4
Irland	-	61.6	-	2.1	-	5.3	-	0.1
Italien	16.5	17.4	22.2	2.4	18.3	1.7	15.6	1.9
Japan	22.3	20.6	35.4	26.2	11.5	4.7	12.4	2.0
Luxemburg	..	46.4	..	2.4	..	7.8	..	0.7
Niederlande	28.5	32.8	14.3	10.5	16.6	3.3	6.4	0.9
Neuseeland	21.7	45.9	31.3	3.3	12.0	2.6	3.7	1.9
Norwegen	27.2	42.2	25.6	8.1	20.3	4.6	9.8	1.0
Portugal	..	23.6	..	1.2	..	0.5	..	0.3
Spanien	..	36.3	..	16.6	..	5.0	..	2.0
Schweden	19.3	33.6	10.0	7.9	12.4	2.1	9.3	0.7
Schweiz	19.0	20.3	9.9	8.3	22.2	5.9	18.2	4.9
Vereinigtes Königreich	21.4	38.4	28.3	8.2	11.4	4.1	12.7	1.6
Vereinigte Staaten	19.3	39.5	4.7	11.6	11.4	1.5	7.2	4.7
DAC INSGESAMT	26.7	34.1	18.8	13.1	11.4	3.2	8.9	2.6

Tabelle 18 (Forts.) **Hauptverwendungszwecke der ODA-Leistungen der einzelnen DAC-Geber***In % der bilateralen Gesamtzusagen*

	Waren- und Programmhilfe		Soforthilfe		Sonstige Hilfe		<i>Nachrichtlich:</i> Anteil der über NRO geleiteten ODA ^a
	1983-1984	2003-2004	1983-1984	2003-2004	1983-1984	2003-2004	
Australien	51.6	4.3	1.8	14.1	6.1	22.8	4.5
Österreich	1.8	0.5	2.2	14.4	9.0	30.7	7.9
Belgien	1.4	2.6	0.3	8.4	36.5	51.4	8.5
Kanada	15.1	2.4	2.4	12.1	13.2	27.9	7.8
Dänemark	1.9	3.5	0.2	0.9	14.7	25.0	4.4
Finnland	0.6	3.1	2.2	11.5	19.9	28.2	4.3
Frankreich	6.5	2.0	0.1	7.3	12.7	50.6	0.4
Deutschland	2.9	1.0	0.7	3.2	13.6	36.2	6.9
Griechenland	..	0.8	..	4.8	..	9.5	4.6
Irland	-	6.9	-	8.4	100.0	15.6	15.2
Italien	6.8	5.8	2.3	7.2	18.3	63.7	2.4
Japan	3.5	0.4	0.1	2.4	14.8	43.8	2.6
Luxemburg	..	2.1	..	13.0	..	27.6	12.7
Niederlande	6.6	4.1	2.3	9.3	25.2	39.1	15.4
Neuseeland	25.2	7.7	1.5	15.4	4.6	23.2	11.4
Norwegen	2.2	4.6	4.9	20.3	9.9	19.3	10.1
Portugal	..	0.7	..	1.8	..	71.8	0.4
Spanien	..	0.7	..	6.1	..	33.3	19.6
Schweden	1.2	4.5	11.5	20.0	36.3	31.2	13.9
Schweiz	9.9	3.4	11.2	23.4	9.6	33.7	9.6
Vereinigtes Königreich	3.7	1.4	0.8	11.3	21.7	35.1	9.7
Vereinigte Staaten	23.4	9.1	2.2	13.0	31.8	20.5	-
DAC INSGESAMT	12.1	4.1	1.6	9.1	20.5	33.7	5.3

a) Auf Auszahlungsbasis.

Tabelle 19 EZ-Leistungen nach Hauptverwendungszwecken, 2004

Zusagen

	In % der bilateralen Gesamtleistungen											
	Austra- lien	Öster- reich	Belgien	Kanada	Däne- mark	Finn- land	Frank- reich	Deuts- land	Griechen- land	Irland	Italien	Japan
Gemeinnützige und administrative												
Infrastruktur	47.0	41.7	36.6	41.9	42.9	46.3	34.8	40.3	80.5	60.2	21.6	23.2
Bildungswesen ^a	7.2	21.4	14.0	9.4	7.1	10.6	21.8	18.0	27.4	12.7	8.4	9.8
davon: Grunderziehung	3.1	0.8	2.1	5.1	3.1	0.8	3.8	1.7	11.9	7.5	2.0	0.3
Gesundheitswesen	7.4	5.8	6.3	4.7	8.2	8.1	4.3	2.0	4.5	22.5	4.7	4.3
davon: Medizinische Grundversorgung	5.1	5.3	4.3	2.9	7.8	2.0	0.5	1.4	3.5	12.1	2.8	0.8
Bevölkerungspolitik ^b	3.0	0.4	1.8	6.3	0.6	1.3	0.2	2.0	0.2	1.6	0.4	0.1
Wasserversorgung und sanitäre Einrichtungen	2.5	5.2	2.5	3.3	14.9	4.4	2.5	7.1	0.5	4.7	0.6	5.5
Staat und Zivilgesellschaft	22.0	7.5	6.9	14.5	11.1	16.9	1.8	6.7	15.4	16.1	3.9	2.1
Sonstige gemeinnützige Infrastruktur/Dienste	5.0	1.5	5.1	3.6	1.0	4.9	4.2	4.5	32.5	2.6	3.7	1.4
Wirtschaftliche Infrastruktur												
Verkehr und Kommunikations- wesen	5.1	1.6	7.7	3.2	14.6	7.0	6.1	20.0	2.8	2.4	3.3	31.3
Energiesektor	4.2	1.0	3.6	2.1	9.7	1.7	4.0	3.1	2.5	2.0	0.4	17.8
Übrige Sektoren	0.2	0.4	0.3	0.2	2.8	3.6	1.3	12.0	0.0	0.0	2.0	13.3
0.7	0.2	3.8	1.0	2.1	1.6	0.9	4.9	0.2	0.5	0.9	0.3	
Produktion												
Landwirtschaft	6.8	3.8	6.4	10.9	13.2	4.0	3.6	4.4	0.8	5.4	5.5	7.0
Industrie, Bergbau und Bauwirtschaft	6.2	1.4	5.0	8.7	7.5	2.2	2.7	3.1	0.4	5.4	2.1	4.1
Handel und Fremdenverkehr	0.2	1.9	1.3	1.8	5.7	1.4	0.9	1.1	-	0.1	3.2	1.9
0.5	0.5	0.1	-	-	0.5	0.0	0.2	0.3	-	0.2	0.9	
Multisektorale Leistungen												
Programmhilfe	14.7	5.3	3.8	3.5	6.0	15.5	8.0	11.8	3.8	4.3	24.2	3.0
Maßnahmen bezügl. Schulden ^c	4.9	0.5	2.5	4.2	5.0	3.1	2.2	1.0	1.4	7.6	6.4	0.4
Soforthilfe	1.0	21.6	21.3	3.6	4.2	-	29.5	13.4	-	0.1	11.9	19.4
Verwaltungsaufwand	14.0	15.3	10.1	11.4	0.1	11.5	8.1	3.3	4.9	9.3	7.5	5.1
Unaufgeschlüsselt	5.5	7.6	4.1	8.7	6.4	6.8	5.2	4.1	5.7	6.9	6.3	5.2
1.0	2.7	7.6	12.7	7.6	5.9	2.4	1.7	0.2	3.8	13.3	5.5	
INSGESAMT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
<i>Nachrichtlich:</i>												
Nahrungsmittelhilfe, insgesamt	4.3	0.5	1.9	2.0	-	2.4	0.7	0.9	1.4	1.1	3.5	0.3

a) Einschl. Studenten und Praktikanten.

b) Bevölkerungspolitik und Reproduktivgesundheitsfürsorge.

c) Einschl. Erlass von Nicht-ODA-Schulden.

d) Einschl. der Afrikanischen Entwicklungsbank, der Asiatischen Entwicklungsbank und der Interamerikanischen Entwicklungsbank.

Tabelle 19 (Forts.) **EZ-Leistungen nach Hauptverwendungszwecken, 2004**

Zusagen

In % der bilateralen Gesamtleistungen											In % der gesamten multilateralen Entwicklungsfinanzierung (ODF)			
Luxemburg	Niederlande	Neuseeland	Norwegen	Portugal	Spanien	Schweden	Schweiz	Verein. Königr.	Verein. Staaten	DAC insg.	Insgesamt	Europ. Kommission	Weltbank	Regionale Entw.-banken ^d
46.4	42.2	44.7	43.2	13.0	33.6	36.0	19.6	37.3	44.5	37.3	32.8	44.3	33.4	25.4
14.4	13.8	23.4	9.9	6.2	7.5	5.5	3.5	8.0	2.5	9.1	6.1	4.6	8.8	3.0
2.6	8.9	7.3	4.9	0.3	1.8	1.7	1.3	5.7	2.1	2.7	3.1	1.1	5.3	1.0
17.6	5.5	4.8	5.1	1.1	6.2	4.8	3.1	4.3	4.4	4.5	3.0	3.2	3.5	2.1
5.6	0.9	2.4	2.4	0.2	4.6	1.8	2.6	1.7	4.0	2.6	0.6	2.7	0.2	0.0
2.7	3.7	1.6	2.4	0.0	0.8	3.3	0.1	3.5	6.6	3.2	1.4	2.6	1.6	0.3
8.4	5.2	1.1	2.1	0.2	4.8	2.1	2.6	0.5	4.1	4.2	6.3	4.5	7.5	5.4
0.3	11.5	12.2	17.5	3.0	6.6	14.6	9.6	19.3	21.3	12.3	9.7	22.2	5.8	8.5
2.9	2.4	1.5	6.3	2.4	7.8	5.7	0.7	1.6	5.7	4.1	6.3	7.2	6.2	6.1
2.4	14.6	3.0	8.5	0.9	16.2	7.1	8.0	8.1	19.9	16.7	24.7	11.6	25.4	30.9
0.9	0.5	1.0	0.7	0.6	9.6	3.0	1.2	2.3	4.2	6.0	17.9	8.7	18.4	22.2
-	3.7	0.7	4.3	0.1	2.3	2.4	1.8	3.4	11.8	7.9	3.3	1.7	4.1	2.8
1.5	10.4	1.3	3.6	0.2	4.3	1.7	5.0	2.4	3.8	2.8	3.5	1.2	2.9	5.8
8.4	5.7	4.7	6.6	0.5	7.4	2.8	10.4	4.9	6.8	6.2	8.4	8.2	9.6	6.8
7.8	4.2	2.5	5.2	0.3	5.3	2.2	5.4	3.3	2.1	3.4	4.9	3.1	6.0	4.2
0.4	1.1	0.4	0.7	0.2	1.7	0.3	2.5	1.2	4.1	2.3	2.5	3.3	2.2	2.5
0.2	-	-	0.7	-	0.4	0.4	-	0.4	0.6	0.4	0.7	-	1.4	0.1
10.2	10.6	5.0	9.0	1.1	8.6	5.5	16.6	1.6	6.0	6.5	14.9	7.8	4.0	34.8
2.1	4.8	6.9	5.4	0.5	0.8	5.2	3.0	2.1	4.9	3.1	14.3	11.3	24.4	1.1
-	1.0	-	0.8	80.2	17.3	1.3	0.7	14.1	0.9	10.8	1.0	-	1.6	-
13.0	16.1	17.2	16.9	2.1	5.9	18.5	28.8	9.3	12.9	9.9	2.7	10.2	-	0.4
2.1	0.5	8.4	7.6	1.2	5.0	5.6	2.5	9.0	4.2	5.0	1.1	6.3	-	-
15.3	4.6	10.0	1.9	0.5	5.2	18.0	10.5	13.6	0.0	4.3	0.1	0.4	-	-
100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
3.8	1.4	1.1	0.9	-	1.2	0.7	2.1	1.1	8.9	3.5	0.9	4.9	-	-

Tabelle 20 **Finanzielle Bedingungen der ODA-Zusagen^a**

Durchschnitt 2003-2004

	Zuschusselement der gesamten ODA Richtsatz: 86% ^b		Zuschusselement der bilateralen ODA		Zuschusselement der ODA-Kredite	Zuschusselement der ODA an LDC ^c	Zuschusselement der bilateralen ODA an LDC
	1993-1994	2003-2004	gesamt	gesamt			
Australien	100.0	100.0	100.0	100.0	-	100.0	100.0
Österreich	92.6	100.0	100.0	100.0	-	100.0	100.0
Belgien	99.7	99.7	98.4	99.0	80.9	99.9	99.9
Kanada	99.7	100.0	99.7	99.8	90.1	100.0	100.0
Dänemark	100.0	100.0	97.0	98.2	-	100.0	100.0
Finnland	99.3	99.9	97.8	98.7	48.6	100.0	100.0
Frankreich	93.7	95.5	84.6	88.1	51.1	99.5	99.5
Deutschland	96.5	96.8	80.6	88.2	65.4	100.0	100.0
Griechenland	..	100.0	100.0	100.0	-	100.0	100.0
Irland	100.0	100.0	100.0	100.0	-	100.0	100.0
Italien	98.7	99.5	72.0	91.6	90.6	99.6	99.5
Japan	85.8	88.2	47.9	58.5	71.6	99.3	98.9
Luxemburg	100.0	100.0	100.0	100.0	-	100.0	100.0
Niederlande	100.0	100.0	100.0	100.0	-	100.0	100.0
Neuseeland	100.0	100.0	100.0	100.0	-	100.0	100.0
Norwegen	99.8	100.0	97.7	98.4	-	100.0	100.0
Portugal	100.0	92.1	99.7	99.8	61.2	100.0	100.0
Spanien	90.7	94.8	66.8	80.6	71.0	94.1	91.7
Schweden	100.0	100.0	99.1	99.3	51.8	99.9	99.8
Schweiz	100.0	100.0	97.8	98.5	-	100.0	100.0
Vereinigtes Königreich	100.0	100.0	90.4	93.9	-	100.0	100.0
Vereinigte Staaten	99.5	99.9	99.7	99.7	68.3	100.0	100.0
DAC INSGESAMT	95.4	97.3	86.9	90.1	69.4	99.7	99.7

a) Ohne Umschuldungen. Beteiligungen werden als Transaktionen mit 100%igem Zuschusselement, jedoch nicht als Kredite erfasst.

b) Länder mit einem unter dem DAC-Durchschnitt liegenden BNE-Anteil der ODA haben nach den vereinbarten Kriterien die Norm für die finanziellen Bedingungen nicht erfüllt. Dies war 2004 bei Italien und Portugal der Fall.

c) Einschl. des rechnerisch ermittelten Zuschusselements der Leistungen an multilaterale Stellen. Vgl. Anmerkung a) zu Tabelle 31.

Tabelle 21 Einhaltung der DAC-Konditionenempfehlung von 1978 durch die DAC-Mitglieder, 2003 und 2004

	ODA-Zusagen ^a Mio. US-\$		Zuschusselement der ODA-Zusagen ^a Richtsatz: 86% ^b		Volumenkriterium: ODA-Zusagen ^a in % des BNE		Zuschusselement der bilateralen ODA-Zusagen ^a an LDC (zwei alternative Richtsätze)		
					Richtsatz 2003: 0.20%	Richtsatz 2004: 0.22%	Jährlich für LDC insgesamt Richtsatz: 90%		Dreijahres- durchschnitt für jedes LDC Richtsatz: 86%
	2003	2004	2003	2004	2003	2004	2003	2004	2002-2004 ^d
Australien	1 238	1 319	100.0	100.0	0.25	0.22	100.0	100.0	e
Österreich	562	644	100.0	100.0	0.22	0.22	100.0	100.0	e
Belgien	1 008	1 988	99.5	99.8	0.33	0.56	99.9	99.8	e
Kanada	2 463	2 926	100.0	100.0	0.29	0.30	100.0	100.0	e
Dänemark	1 558	2 427	100.0	100.0	0.75	1.01	100.0	100.0	e
Finnland	659	655	100.0	99.8	0.41	0.35	100.0	100.0	e
Frankreich	6 931	7 796	95.7	95.4	0.39	0.38	99.3	99.7	e
Deutschland	7 195	8 516	97.5	96.3	0.30	0.31	100.0	100.0	e
Griechenland ^c	362	465	100.0	100.0	0.21	0.23	100.0	100.0	e
Irland ^c	504	607	100.0	100.0	0.39	0.39	100.0	100.0	e
Italien	3 056	2 925	99.4	99.6	0.21	0.18	100.0	98.4	e
Japan	11 009	12 947	87.5	88.8	0.25	0.27	97.9	99.5	e
Luxemburg ^c	194	236	100.0	100.0	0.81	0.83	100.0	100.0	e
Niederlande ^c	2 144	3 398	100.0	100.0	0.43	0.59	100.0	100.0	e
Neuseeland	185	241	100.0	100.0	0.25	0.27	100.0	100.0	e
Norwegen	1 995	2 091	100.0	100.0	0.90	0.83	100.0	100.0	e
Portugal ^c	315	332	100.0	87.1	0.22	0.20	100.0	100.0	e
Spanien ^c	2 058	2 399	92.0	97.5	0.25	0.24	84.8	98.0	e
Schweden	2 223	2 697	99.9	100.0	0.74	0.77	99.7	100.0	e
Schweiz	1 358	1 735	100.0	100.0	0.40	0.46	100.0	100.0	e
Vereinigtes Königreich ^c	6 361	7 412	100.0	100.0	0.35	0.34	100.0	100.0	e
Vereinigte Staaten	19 951	26 787	99.9	99.9	0.18	0.23	100.0	100.0	e
DAC INSGESAMT	73 329	90 542	97.1	97.5	0.26	0.29	99.6	99.8	e

a) Ohne Umschuldungen. Beteiligungen werden als Transaktionen mit 100%igem Zuschusselement, jedoch nicht als Kredite erfasst.

b) Länder mit einem deutlich unter dem DAC-Durchschnitt liegenden BNE-Anteil der ODA haben nach den vereinbarten Kriterien die Norm für die finanziellen Bedingungen nicht erfüllt. Dies war 2004 bei Italien und Portugal der Fall.

c) Bruttoauszahlungen.

d) e = eingehalten, n = nicht eingehalten.

Tabelle 22 **Sonstige Konditionenparameter^a**

Zusagen

	Anteil der Zuschüsse an der gesamten ODA (in %)		Bilaterale ODA-Kredite							
			Zuschusselement (in %)		Durchschnittliche Laufzeit (Jahre)		Durchschnittliche Freijahre		Durchschnittlicher Zinssatz (in %)	
	2003	2004	2003	2004	2003	2004	2003	2004	2003	2004
Australien	100.0	100.0	-	-	-	-	-	-	-	-
Österreich	100.0	100.0	-	-	-	-	-	-	-	-
Belgien	99.6	98.6	78.1	83.5	29.8	29.7	10.8	10.7	0.7	0.0
Kanada	99.6	100.0	90.1	-	38.3	-	14.0	-	0.0	-
Dänemark	98.5	98.0	-	-	-	-	-	-	-	-
Finnland	98.8	98.7	-	48.6	-	7.9	-	7.9	-	0.0
Frankreich	89.0	87.2	45.3	50.9	18.0	19.2	6.0	6.4	3.0	2.3
Deutschland	91.9	85.0	68.0	62.7	35.4	32.4	7.1	6.6	1.4	1.7
Griechenland	100.0	100.0	-	-	-	-	-	-	-	-
Irland	100.0	100.0	-	-	-	-	-	-	-	-
Italien	87.7	95.7	90.7	90.4	38.1	37.5	19.8	18.9	0.2	0.2
Japan	57.1	59.7	70.9	72.3	33.1	31.5	9.8	9.5	1.5	1.2
Luxemburg	100.0	100.0	-	-	-	-	-	-	-	-
Niederlande	100.0	100.0	-	-	-	-	-	-	-	-
Neuseeland	100.0	100.0	-	-	-	-	-	-	-	-
Norwegen	98.0	98.7	-	-	-	-	-	-	-	-
Portugal	99.8	99.9	-	61.2	-	31.8	-	22.1	-	3.3
Spanien	78.0	82.8	69.3	75.3	27.2	28.2	10.2	10.1	1.3	0.7
Schweden	98.7	99.8	51.8	-	13.0	-	3.0	-	0.0	-
Schweiz	97.6	99.2	-	-	-	-	-	-	-	-
Vereinigtes Königreich	92.8	94.8	-	-	-	-	-	-	-	-
Vereinigte Staaten	99.7	99.8	68.3	68.3	30.0	30.0	5.0	5.0	1.0	1.0
DAC INSGESAMT	89.7	90.5	68.5	68.9	31.4	30.1	9.5	9.2	1.6	1.4

a) Ohne Umschuldungen. Beteiligungen werden als Transaktionen mit 100%igem Zuschusselement, jedoch nicht als Kredite erfasst.

Tabelle 23 **Grad der Lieferbindung der ODA-Leistungen der einzelnen DAC-Mitglieder, 2004**

Zusagen (ohne Technische Zusammenarbeit und Verwaltungsaufwand)

In Prozent

	Bilaterale ODA				Nachrichtlich: Erfassungsquote ^b
	Ungebunden	Teilweise ungebunden	Gebunden	Insgesamt	
Australien	77.1	-	22.9	100.0	100.0
Österreich	52.2	-	47.8	100.0	100.0
Belgien	92.7	-	7.3	100.0	100.0
Kanada	56.7	0.3	43.0	100.0	100.0
Dänemark	88.8	-	11.2	100.0	100.0
Finnland	Nicht erfasst
Frankreich	94.2	-	5.8	100.0	100.0
Deutschland	92.2	-	7.8	100.0	100.0
Griechenland ^a	23.0	6.5	70.5	100.0	100.0
Irland ^a	100.0	-	-	100.0	100.0
Italien	94.4	1.0	4.6	100.0	Nicht erfasst
Japan	100.0
Luxemburg	Nicht erfasst
Niederlande	86.8	2.2	11.0	100.0	100.0
Neuseeland	81.2	-	18.8	100.0	100.0
Norwegen	100.0	-	0.0	100.0	97.6
Portugal ^a	99.2	-	0.8	100.0	100.0
Spanien ^a	67.7	-	32.3	100.0	100.0
Schweden	87.5	12.0	0.6	100.0	100.0
Schweiz	96.8	-	3.2	100.0	100.0
Vereinigtes Königreich ^a	100.0	100.0	68.4
Vereinigte Staaten	Nicht erfasst
DAC INSGESAMT	(90.6)	(1.1)	(8.3)	100.0	(66.5)

a) Bruttoauszahlungen.

b) Bei der „Erfassungsquote“ handelt es sich um den prozentualen Anteil der in den Statistiken über den Grad der Lieferbindung erfassten bilateralen ODA (ohne Technische Zusammenarbeit und Verwaltungsaufwand).

Tabelle 24 Grad der Lieferbindung der ODA-Leistungen der einzelnen DAC-Mitglieder, 2004

Zusagen (ohne Technische Zusammenarbeit und Verwaltungsaufwand)

Mio. US-\$

	Bilaterale ODA				Nachrichtlich: Technische Zusammenarbeit
	Ungebunden	Teilweise ungebunden	Gebunden	Insgesamt	
Australien	447	-	133	580	639
Österreich	115	-	105	220	136
Belgien	724	-	57	782	488
Kanada	814	5	617	1 436	760
Dänemark	1 251	-	158	1 409	127
Finnland	127
Frankreich	4 041	-	250	4 291	2 342
Deutschland	2 993	-	252	3 246	2 619
Griechenland ^a	21	6	64	91	196
Irland ^a	370	-	-	370	12
Italien	133
Japan	9 559	98	469	10 125	2 194
Luxemburg	4
Niederlande	1 728	43	219	1 990	803
Neuseeland	92	-	21	113	58
Norwegen	1 062	-	0	1 062	235
Portugal ^a	747	-	6	753	114
Spanien ^a	829	-	395	1 224	340
Schweden	1 632	223	11	1 865	96
Schweiz	1 121	-	37	1 158	94
Vereinigtes Königreich ^a	2 983	-	-	2 983	751
Vereinigte Staaten	8 064
DAC INSGESAMT	(30 528)	(375)	(2 793)	(33 696)	20 334

a) Bruttoauszahlungen.

Tabelle 25 **Empfangene ODA-Leistungen^a**

	Empfangene ODA-Nettoleistungen, Mio. US-\$					Pro-Kopf- BNE ^c 2003 US-\$	Bevölke- rung 2003 Mio.	Jeweiliges BNE 2003 Mio. US-\$	ODA/ BNE 2003 %
	2000	2001	2002	2003	2004				
AFRIKA									
<i>NÖRDLICH DER SAHARA</i>									
Algerien	201	224	329	235	313	1 930	31.83	65 319	0.36
Ägypten	1 328	1 257	1 239	988	1 458	1 390	67.56	82 259	1.20
Marokko	419	519	487	538	706	1 310	30.11	42 937	1.25
Tunesien	223	378	265	298	328	2 240	9.90	23 942	1.24
Nördlich der Sahara, unaufgeschlüsselt	36	19	29	112	181				
Nördlich der Sahara, insgesamt	2 207	2 395	2 349	2 171	2 985	6 870	139.40	214 458	1.01
<i>SUBSAHARA-AFRIKA</i>									
Angola	307	289	421	497	1 144	760	13.52	11 919	4.17
Benin	239	274	216	293	378	440	6.72	3 531	8.29
Botsuana	31	29	38	28	39	3 530	1.72	7 236	0.39
Burkina Faso	336	392	473	507	610	300	12.11	4 178	12.14
Burundi	93	137	172	225	351	90	7.21	575	39.10
Kamerun	380	487	657	900	762	640	16.09	11 961	7.52
Kap Verde	94	77	92	143	140	1 440	0.47	786	18.26
Zentralafrikanische Republik	75	67	60	50	105	270	3.88	1 198	4.16
Tschad	131	187	229	247	319	240	8.58	2 335	10.58
Komoren	19	27	32	24	25	440	0.60	318	7.71
Demokratische Republik Kongo	184	263	1 188	5 421	1 815	100	53.15	5 497	98.61
Republik Kongo	33	75	57	70	116	650	3.76	2 681	2.60
Côte d'Ivoire	352	170	1 069	252	154	670	16.84	13 231	1.91
Dschibuti	71	58	78	79	64	950	0.71	666	11.85
Äquatorialguinea	21	13	20	21	30	..	0.49
Eritrea	176	281	230	316	260	160	4.39	745	42.38
Äthiopien	693	1 116	1 307	1 553	1 823	90	68.61	6 597	23.54
Gabun	12	9	72	-11	38	3 340	1.34	5 205	-0.21
Gambia	49	54	61	63	63	270	1.42	347	18.09
Ghana	600	644	650	954	1 358	320	20.67	7 459	12.79
Guinea	153	282	250	240	279	430	7.91	3 599	6.67
Guinea-Bissau	80	59	59	145	76	140	1.49	228	63.59
Kenia	512	463	394	514	635	400	31.92	14 210	3.62
Lesotho	37	56	76	78	102	590	1.79	1 324	5.89
Liberia	68	39	52	107	210	100	3.37	378	28.28
Madagaskar	322	374	373	539	1 236	290	16.89	5 394	9.98
Malawi	446	404	377	518	476	160	10.96	1 661	31.20
Mali	360	354	467	543	567	300	11.65	4 187	12.96
Mauretanien	212	268	345	239	180	390	2.85	1 159	20.62
Mauritius	20	22	24	-15	38	4 100	1.22	5 239	-0.28
Mayotte	103	120	125	166	208	..	0.17
Mosambik	877	933	2 203	1 039	1 228	210	18.79	4 127	25.17
Namibia	153	110	135	147	179	1 930	2.01	4 599	3.20
Niger	211	257	298	457	536	200	11.76	2 718	16.83
Nigeria	185	185	314	318	573	350	136.46	49 533	0.64
Ruanda	322	299	355	333	468	210	8.40	1 653	20.16
São Tomé und Príncipe	35	38	26	38	33	330	0.16	57	66.59
Senegal	423	413	445	446	1 052	540	10.24	6 392	6.97
Seychellen	18	14	8	9	10	7 360	0.08	661	1.39
Sierra Leone	182	345	353	303	360	190	5.34	963	31.51
Somalia	104	150	194	175	191	..	9.63
Südafrika	488	428	505	625	617	2 850	45.83	160 838	0.39
St. Helena	19	15	14	18	26	..	0.01
Sudan	225	185	351	617	882	460	33.55	16 347	3.77
Swasiland	13	29	22	28	117	1 320	1.11	1 893	1.50
Tansania	1 022	1 271	1 233	1 704	1 746	310	35.89	10 244	16.63
Togo	70	44	51	47	61	310	4.86	1 699	2.74
Uganda	819	793	712	977	1 159	250	25.28	6 166	15.84
Sambia	795	349	641	581	1 081	380	10.40	4 187	13.88
Simbabwe	178	164	201	186	186	..	13.10
Subsahara-Afrika, unaufgeschlüsselt	345	703	969	1 362	1 424				
Subsahara-Afrika, insgesamt	12 693	13 812	18 694	24 117	25 530	..	705.40	(395 924)	(6.09)
Afrika, unaufgeschlüsselt	817	474	498	493	565				
AFRIKA, INSGESAMT	15 717	16 681	21 540	26 781	29 080	..	844.80	(610 382)	(4.39)

und ausgewählte Indikatoren für Entwicklungsländer und -gebiete

	Empfangene ODA-Nettoleistungen, Mio. US-\$					Pro-Kopf- BNE ^c 2003 US-\$	Bevölke- rung 2003 Mio.	Jeweiliges BNE 2003 Mio. US-\$	ODA/ BNE 2003 %
	2000	2001	2002	2003	2004				
AMERIKA									
<i>NORD- UND MITTELAMERIKA</i>									
Anguilla	4	4	1	4	3	..	0.01
Antigua und Barbuda	10	9	14	5	2	9 330	0.08	718	0.74
Barbados	0	-1	3	20	29	9 270	0.27	2 517	0.79
Belize	15	22	22	12	7	3 740	0.27	999	1.19
Costa Rica	12	2	5	28	13	4 310	4.00	16 637	0.17
Kuba	44	54	61	70	90	..	11.33
Dominica	15	20	30	11	29	3 380	0.07	241	4.54
Dominikanische Republik	62	108	145	69	87	2 130	8.74	15 297	0.45
El Salvador	180	238	233	192	211	2 220	6.53	14 533	1.32
Grenada	17	12	10	10	15	3 690	0.10	389	2.67
Guatemala	264	227	249	247	218	1 910	12.31	24 401	1.01
Haiti	208	171	156	200	243	400	8.44	2 903	6.88
Honduras	450	679	472	392	642	960	6.97	6 602	5.94
Jamaika	10	54	24	5	75	2 780	2.64	6 971	0.07
Mexiko	-54	75	136	103	121	6 290	102.29	626 915	0.02
Montserrat	31	33	44	36	44	..	0.01
Nicaragua	562	931	517	833	1 232	750	5.48	4 027	20.69
Panama	17	28	22	30	38	4 040	2.98	12 042	0.25
St. Kitts und Nevis	4	11	28	-0	-0	6 860	0.05	325	-0.03
St. Lucia	11	16	34	15	-22	4 040	0.16	645	2.31
St. Vincent und die Grenadinen	6	9	5	6	10	3 250	0.11	353	1.60
Trinidad und Tobago	-2	-2	-7	-2	-1	7 790	1.31	10 149	-0.02
Turks- und Caicosinseln	7	7	4	2	3	..	0.02
Westindische Assoziierte Staaten, unaufgeschlüsselt	119	121	43	47	44				
Nord- und Mittelamerika, unaufgeschlüsselt	229	122	126	191	233				
Nord- und Mittelamerika, insgesamt	2 219	2 945	2 377	2 528	3 371	..	174.17	(746 665)	(0.34)
<i>SÜDAMERIKA</i>									
Argentinien	76	151	83	105	91	3 840	37.87	126 766	0.08
Bolivien	475	735	681	930	767	920	8.81	7 788	11.94
Brasilien	322	349	330	296	285	2 760	176.60	487 940	0.06
Chile	49	58	-8	76	49	4 360	15.77	69 132	0.11
Kolumbien	187	381	441	802	509	1 830	44.58	76 511	1.05
Ecuador	147	173	216	176	160	1 830	13.01	25 736	0.68
Guyana	107	97	65	87	145	890	0.77	691	12.54
Paraguay	82	61	57	51	0	1 110	5.64	6 038	0.84
Peru	401	453	496	500	487	2 140	27.15	58 496	0.86
Suriname	34	23	12	11	24	2 080	0.44	971	1.12
Uruguay	17	15	13	17	22	3 770	3.38	10 682	0.16
Venezuela	77	45	57	82	49	3 470	25.67	81 025	0.10
Südamerika, unaufgeschlüsselt	379	87	44	85	460				
Südamerika, insgesamt	2 354	2 629	2 487	3 217	3 048	..	359.69	951 776	0.34
Amerika, unaufgeschlüsselt	393	429	314	387	425				
AMERIKA, INSGESAMT	4 966	6 004	5 178	6 132	6 843	..	533.86	(1 698 441)	(0.36)

Tabelle 25 (Forts.) **Empfangene ODA-Leistungen^a**

	Empfangene ODA-Nettoleistungen, Mio. US-\$					Pro-Kopf- BNE ^c 2003 US-\$	Bevölke- rung 2003 Mio.	Jeweiliges BNE 2003 Mio. US-\$	ODA/ BNE 2003 %
	2000	2001	2002	2003	2004				
ASIEN									
<i>NAHER OSTEN</i>									
Bahrain	49	18	71	77	104	12 410	0.71	9 085	0.85
Iran	130	117	116	133	189	2 010	66.39	137 321	0.10
Irak	101	122	116	2 265	4 658	..	24.70
Jordanien	552	433	520	1 228	581	1 910	5.31	10 069	12.19
Libanon	200	243	453	226	265	4 320	4.50	19 851	1.14
Oman	46	2	41	38	55	7 890	2.60	20 835	0.18
Palästinensische Autonomiegebiete	637	870	1 616	972	1 136	1 120	3.37	3 840	25.30
Saudi-Arabien	31	27	27	22	32	9 170	22.53	211 281	0.01
Syrien	158	155	81	153	110	1 120	17.38	19 794	0.77
Jemen	265	461	584	234	252	510	19.17	10 189	2.30
Naher Osten, unaufgeschlüsselt	168	39	80	186	203	..	166.66	(442 265)	(1.25)
Naher Osten, insgesamt	2 337	2 486	3 704	5 533	7 586	..	166.66	(442 265)	(1.25)
<i>SÜD- UND ZENTRALASIEN</i>									
Afghanistan	141	408	1 305	1 595	2 190	..	29.93	4 593	34.74
Armenien	216	198	293	247	254	950	3.06	2 896	8.54
Aserbaidshan	139	232	349	301	176	820	8.23	6 695	4.49
Bangladesch	1 171	1 030	913	1 396	1 404	400	138.07	54 778	2.55
Bhutan	53	61	73	77	78	720	0.87	601	12.75
Georgien	169	300	313	225	315	840	4.57	3 931	5.72
Indien	1 485	1 724	1 463	913	691	540	1 064.40	597 574	0.15
Kasachstan	189	148	188	269	265	1 810	14.88	29 093	0.93
Kirgisistan	215	189	186	200	258	340	5.05	1 859	10.76
Malediven	19	25	27	21	28	2 300	0.29	652	3.15
Myanmar	107	127	121	126	121	..	49.36
Nepal	390	394	365	465	427	240	24.66	5 843	7.97
Pakistan	703	1 948	2 138	1 066	1 421	520	148.44	80 140	1.33
Sri Lanka	276	313	344	674	519	930	19.23	18 183	3.71
Tadschikistan	125	170	168	147	241	210	6.36	1 463	10.07
Turkmenistan	32	72	41	27	37	1 090	4.86	5 760	0.47
Usbekistan	186	153	189	195	246	420	25.59	10 012	1.94
Süd- und Zentralasien, unaufgeschlüsselt	139	46	121	320	416	..	1 547.85	(824 072)	(1.00)
Süd- und Zentralasien, insgesamt	5 756	7 539	8 599	8 264	9 087	..	1 547.85	(824 072)	(1.00)
<i>OSTASIEN</i>									
Kambodscha	398	420	487	509	478	300	13.40	3 950	12.89
China	1 732	1 476	1 475	1 320	1 661	1 100	1 288.40	1 408 754	0.09
Indonesien	1 658	1 471	1 308	1 741	84	940	214.67	229 241	0.76
Demokratische Volksrepublik Korea	75	120	267	169	196	..	22.61
Laos	282	245	278	299	270	340	5.66	2 007	14.88
Malaysia	45	27	86	107	290	3 880	24.77	97 809	0.11
Mongolei	217	212	208	248	262	480	2.48	1 263	19.66
Philippinen	578	574	552	737	463	1 060	81.50	85 203	0.86
Thailand	698	281	295	-967	-2	2 190	62.01	140 277	-0.69
Timor-Leste	233	195	220	155	153	420	0.88	371	41.75
Vietnam	1 682	1 450	1 277	1 765	1 830	480	81.31	39 157	4.51
Ostasien, unaufgeschlüsselt	104	29	48	104	177	..	1 797.69	(2 008 033)	(0.31)
Ostasien, insgesamt	7 702	6 499	6 501	6 187	5 862	..	1 797.69	(2 008 033)	(0.31)
Asien, unaufgeschlüsselt	249	327	328	261	270	..	3 512.20	(3 274 370)	(0.62)
ASIEN, INSGESAMT	16 043	16 851	19 132	20 246	22 805	..	3 512.20	(3 274 370)	(0.62)

und ausgewählte Indikatoren für Entwicklungsländer und -gebiete

	Empfangene ODA-Nettoleistungen, Mio. US-\$					Pro-Kopf- BNE ^c 2003 US-\$	Bevölke- rung 2003 Mio.	Jeweiliges BNE 2003 Mio. US-\$	ODA/ BNE 2003 %
	2000	2001	2002	2003	2004				
EUROPA									
Albanien	319	270	309	349	362	1 640	3.17	5 872	5.95
Bosnien und Herzegowina	737	639	563	540	671	1 660	3.83	7 303	7.40
Kroatien	66	113	131	121	121	5 370	4.44	27 597	0.44
Mazedonien (EJR)	252	248	276	266	248	1 980	2.05	4 634	5.75
Malta ^b	21	2	11	-	-	-
Moldau	123	122	142	117	118	590	4.24	2 304	5.07
Serbien und Montenegro	1 135	1 308	1 931	1 317	1 170	1 900	8.14	20 416	6.45
Slowenien ^b	61	126	53	-	-	-
Türkei	327	169	411	165	257	2 800	70.71	238 317	0.07
Ehem. jugoslaw. Teilrepubliken, unaufgeschlüsselt	306	139	837	117	98				
Europa, aufgeschlüsselt	390	220	379	504	573				
EUROPA, INSGESAMT	3 736	3 355	5 042	3 496	3 619	..	96.58	(306 444)	(1.14)
OZEANIEN									
Cookinseln	4	5	4	6	9	..	0.02
Fidschi	29	26	34	51	64	2 280	0.84	2 153	2.37
Kiribati	18	12	21	18	17	880	0.10	90	20.32
Marshallinseln	57	74	62	56	51	2 490	0.06	138	40.89
Föderierte Staaten von Mikronesien	102	138	112	115	86	1 990	0.12	243	47.26
Nauru	4	7	12	16	14	..	0.01
Niue	3	3	4	9	14
Palau	39	34	31	26	20	6 580	0.02	128	19.96
Papua-Neuguinea	275	203	203	220	266	490	5.50	2 948	7.47
Samoa	27	43	37	33	31	1 540	0.18	317	10.41
Salomonen	68	59	26	60	122	560	0.46	231	26.08
Tokelau	4	4	5	6	8
Tonga	19	20	22	27	19	1 510	0.10	167	16.44
Tuvalu	4	10	12	6	8	..	0.01
Vanuatu	46	32	28	32	38	1 150	0.21	264	12.26
Wallis und Futuna	52	50	53	56	73	..	0.02
Ozeanien, aufgeschlüsselt	65	60	43	74	94				
OZEANIEN, INSGESAMT	817	781	709	813	933	..	7.65	(6 680)	(12.16)
Entwicklungsländer, unaufgeschlüsselt	9 048	8 481	9 225	13 141	15 028				
ENTWICKLUNGSLÄNDER, INSG.	50 327	52 153	60 825	70 608	78 308	..	4 995.09	(5 896 317)	(1.20)
<i>Nach Einkommensgruppe^d</i>									
LDC	12 682	13 838	18 094	23 791	24 908	..	704.76	(197 967)	(12.02)
Sonstige LIC	10 070	11 611	12 364	11 581	11 374	..	1 840.83	(1 082 585)	(1.07)
LMIC	13 714	13 905	16 124	16 296	19 893	..	2 014.72	(2 764 713)	(0.59)
UMIC	1 250	1 496	1 862	1 597	1 935	..	434.07	(1 841 967)	(0.09)
HIC	49	18	71	77	104	..	0.71	(9 085)	(0.85)
Teil I der DAC-Liste, unaufgeschlüsselt	12 479	11 158	12 247	17 266	20 093				
MADCT	82	127	64	-	-	..	0.08	..	-

a) Die empfangenen ODA-Leistungen sind die gesamten ODA-Nettoleistungen der DAC-Mitglieder, der multilateralen Stellen und der Nicht-DAC-Mitglieder (siehe Liste der Nicht-DAC-Mitglieder, für die Daten verfügbar sind, Tabelle 33).

b) Diese Länder wurden am 1. Januar 2003 in Teil II der DAC-Liste transferiert; ab 2003 werden die Leistungen an diese Länder als OA erfasst. Wegen empfangener OA-Leistungen und Indikatoren vgl. Tabelle 41.

c) Auf der Basis des Weltbank-Atlas.

Definitionen der Ländergruppen:

d) Die *am wenigsten entwickelten Länder* (LDC) sind die 50 in der VN-Liste aufgeführten Staaten. Wegen Einzelheiten über andere Einkommensgruppen vgl. die DAC-Liste am Ende dieses Berichts. Zu den *fortgeschritteneren Entwicklungsländern und -gebieten* (MADCT) gehören auch die 2003 in Teil II der DAC-Liste transferierten Länder (s. Anmerkung b).

Quelle: Weltbank, Schätzungen des OECD-Sekretariats. Die Summen und Durchschnittswerte der Gruppen wurden ausschließlich auf der Basis der verfügbaren Daten errechnet.

Tabelle 26 Aufschlüsselung der ODA-Leistungen nach Einkommensgruppen^a

Nettoauszahlungen in % der gesamten ODA

	ODA an LDC		ODA an sonstige LIC		ODA an LMIC		ODA an UMIC		ODA an HIC	
	1993-1994	2003-2004	1993-1994	2003-2004	1993-1994	2003-2004	1993-1994	2003-2004	1993-1994	2003-2004
Australien	23.9	31.7	49.2	44.7	23.3	20.1	3.6	3.6	0.0	0.0
Österreich	57.5	34.9	22.8	21.9	15.8	39.1	3.9	4.0	0.0	-
Belgien	52.5	69.7	19.4	9.2	23.0	18.0	5.1	3.1	0.0	0.0
Kanada	42.7	54.4	23.7	13.0	29.7	27.2	3.9	5.4	0.0	0.0
Dänemark	55.5	54.8	25.0	20.1	17.6	20.4	1.8	4.7	0.0	0.0
Finnland	43.0	43.1	20.4	15.7	28.9	31.5	7.7	9.7	-	0.0
Frankreich	34.8	51.1	32.8	15.4	24.9	26.4	7.5	7.0	0.0	0.0
Deutschland	34.6	42.0	23.9	24.2	37.2	28.6	4.3	5.2	0.0	0.0
Griechenland	..	19.5	..	9.3	..	67.9	..	3.4	..	-
Irland	68.7	70.4	14.7	9.8	14.9	16.7	1.6	3.0	0.0	-
Italien	30.2	52.0	15.4	9.9	47.4	31.4	6.9	6.6	0.0	0.0
Japan	23.3	26.7	30.7	32.3	42.2	32.4	3.9	8.6	0.0	0.0
Luxemburg	48.0	45.9	15.0	20.0	29.9	29.8	7.1	4.3	0.0	-
Niederlande	42.9	53.6	18.1	14.0	34.1	29.5	4.8	2.9	0.0	0.0
Neuseeland	31.9	42.5	18.9	19.9	36.7	31.3	12.6	6.3	-	-
Norwegen	55.0	54.6	16.1	14.5	25.8	26.0	3.1	4.9	0.0	0.0
Portugal	92.2	86.7	3.3	3.3	4.0	8.9	0.6	1.1	0.0	-
Spanien	12.5	25.5	13.1	18.0	46.1	50.1	28.3	6.4	0.0	0.0
Schweden	43.5	52.8	22.7	16.3	28.6	27.7	5.2	3.1	0.0	0.0
Schweiz	46.0	44.1	24.5	25.3	27.2	27.9	2.4	2.7	0.0	0.0
Vereinigtes Königreich	41.1	49.0	25.8	26.4	26.7	21.1	6.4	3.5	0.0	0.0
Vereinigte Staaten	41.2	35.9	15.1	14.1	40.2	48.1	3.4	1.9	0.0	0.0
DAC INSGESAMT	34.9	43.0	24.8	19.6	35.1	32.7	5.2	4.6	0.0	0.0
<i>davon:</i>										
EU-Mitglieder	37.3	49.2	24.3	18.6	31.7	27.3	6.7	4.9	0.0	0.0

a) Einschl. der rechnerisch ermittelten ODA-Leistungen, die über multilaterale Stellen geleitet werden, ohne regional nicht aufgeschlüsselte Beträge.

Tabelle 27 **Geographische Aufschlüsselung der von den einzelnen DAC-Gebern und den multilateralen Stellen gewährten ODA^a**

In % der gesamten Bruttoauszahlungen

	Subsahara-Afrika			Süd- und Zentralasien			Sonstige asiatische Länder und Ozeanien		
	1993-1994	1998-1999	2003-2004	1993-1994	1998-1999	2003-2004	1993-1994	1998-1999	2003-2004
Australien	8.2	5.2	4.8	6.7	5.9	8.4	83.7	83.3	79.4
Österreich	16.6	28.9	39.9	2.9	6.0	9.7	11.2	6.5	4.1
Belgien	57.0	60.6	79.9	6.2	2.0	2.4	16.2	9.8	4.2
Kanada	30.7	37.9	43.9	15.8	15.5	16.8	18.7	16.0	10.7
Dänemark	58.3	56.0	51.9	17.2	16.1	16.2	12.0	11.3	15.5
Finnland	43.7	40.6	47.4	11.2	10.6	12.1	20.1	18.2	11.5
Frankreich	55.6	45.4	58.3	3.1	1.8	6.9	19.1	23.4	8.7
Deutschland	26.9	26.8	35.4	12.1	13.0	11.7	20.5	23.6	17.2
Griechenland	..	3.1	2.3	..	8.8	9.5	..	0.4	0.6
Irland	85.2	82.4	85.2	2.6	2.4	3.6	4.2	2.8	2.5
Italien	33.3	51.4	52.7	2.6	1.0	5.3	13.9	4.9	6.8
Japan	10.3	9.5	12.7	17.5	19.2	19.6	47.9	55.9	47.9
Luxemburg	51.1	42.9	48.5	8.4	5.9	4.6	4.1	10.4	16.0
Niederlande	36.6	36.8	49.1	16.0	13.3	14.7	4.9	8.3	9.6
Neuseeland	4.1	4.9	9.8	1.6	3.2	8.6	93.1	89.3	74.1
Norwegen	56.3	46.3	47.8	15.6	12.1	17.0	6.4	6.9	5.1
Portugal	99.0	83.2	89.3	0.0	0.1	0.3	0.2	15.0	6.7
Spanien	10.3	21.3	15.0	0.3	1.7	2.8	24.9	8.1	9.0
Schweden	47.1	47.9	50.9	13.9	10.2	11.6	11.4	11.5	9.8
Schweiz	37.5	34.8	35.4	19.5	19.2	21.5	13.6	6.5	8.1
Vereinigtes Königreich	43.2	45.9	51.4	20.8	20.2	29.0	13.7	7.9	5.3
Vereinigte Staaten	19.8	17.5	30.2	9.8	12.9	16.0	8.5	11.6	5.2
DAC INSGESAMT	28.3	26.5	35.8	11.4	13.0	14.9	24.6	29.6	17.6
<i>davon:</i>									
EU-Mitglieder	41.2	40.4	49.8	8.4	9.0	12.0	16.7	16.4	9.8
Europäische Kommission	48.6	38.6	44.3	9.2	7.6	9.2	4.1	5.8	4.7
Internat. Finanzinstitutionen ^b	42.4	37.8	43.1	32.5	29.7	31.5	15.1	13.6	11.7
VN-Stellen ^c	43.0	36.8	37.7	13.5	15.6	15.0	9.4	10.6	7.3
GESAMTSUMME	32.9	30.2	37.9	14.5	15.8	17.2	20.6	23.6	15.1

a) Ohne regional nicht aufgeschlüsselte Beträge.

b) Umfasst IDA, die „weichen“ Kredite der Regionalbanken, IFAD und IWF (PRGF).

c) Umfasst UNDP, UNICEF, UNRWA, WEP, UNHCR, UNFPA und UNTA.

Tabelle 27 (Forts.) **Geographische Aufschlüsselung der von den einzelnen DAC-Gebern und den multilateralen Stellen gewährten ODA^a***In % der gesamten Bruttoauszahlungen*

	Naher Osten und Nordafrika			Europa			Lateinamerika und Karibik		
	1993-1994	1998-1999	2003-2004	1993-1994	1998-1999	2003-2004	1993-1994	1998-1999	2003-2004
Australien	1.0	1.6	5.3	0.2	3.8	1.7	0.1	0.1	0.4
Österreich	22.9	14.3	12.5	39.0	30.6	26.9	7.3	13.7	6.9
Belgien	6.3	7.9	4.6	0.4	3.0	1.0	13.9	16.7	7.9
Kanada	8.6	5.3	9.8	2.2	4.8	2.4	24.0	20.5	16.4
Dänemark	5.3	6.1	4.8	0.1	0.7	2.8	7.2	9.7	8.8
Finnland	6.4	6.2	9.0	4.2	12.8	8.5	14.5	11.8	11.5
Frankreich	16.4	20.0	15.8	1.2	2.8	4.5	4.7	6.6	5.8
Deutschland	15.0	13.2	11.1	13.1	8.8	8.1	12.3	14.7	16.6
Griechenland	..	9.9	10.4	..	77.1	77.0	..	0.8	0.3
Irland	1.6	1.8	3.5	4.6	6.8	1.1	1.9	3.9	4.0
Italien	26.9	10.1	17.8	7.8	15.1	7.4	15.5	17.3	10.1
Japan	14.7	5.6	7.8	0.6	1.4	2.0	9.0	8.5	10.0
Luxemburg	6.7	7.7	7.8	5.0	10.1	7.0	24.7	23.1	16.0
Niederlande	6.6	6.8	8.7	9.7	9.9	5.6	26.3	24.8	12.3
Neuseeland	0.0	0.1	5.2	0.2	0.6	0.0	1.0	1.9	2.2
Norwegen	2.7	9.2	10.6	10.9	15.4	12.2	8.1	10.1	7.2
Portugal	0.3	0.4	2.4	0.2	0.7	1.1	0.2	0.6	0.2
Spanien	12.1	15.1	17.4	0.2	6.6	8.3	52.2	47.2	47.5
Schweden	4.0	5.3	5.6	11.2	8.6	9.7	12.5	16.4	12.4
Schweiz	6.4	6.4	4.6	7.6	17.0	15.0	15.3	16.0	15.4
Vereinigtes Königreich	4.2	3.2	8.6	9.3	3.9	1.2	8.9	18.9	4.6
Vereinigte Staaten	35.8	26.1	29.8	2.1	13.9	4.5	24.0	18.0	14.3
DAC INSGESAMT	17.7	11.4	15.1	4.3	6.3	4.9	13.7	13.1	11.7
<i>davon:</i>									
EU-Mitglieder	14.1	12.1	11.2	7.2	7.0	6.0	12.5	15.2	11.2
Europäische Kommission	16.2	20.4	18.9	12.2	14.6	14.1	9.6	13.0	8.8
Internat. Finanzinstitutionen ^b	1.3	3.3	1.5	0.8	2.8	3.1	7.9	12.8	9.1
VN-Stellen ^c	13.2	20.8	24.9	14.2	2.4	3.9	6.8	13.8	11.2
GESAMTSUMME	14.8	11.1	13.5	5.1	6.2	5.3	12.0	13.1	11.0

a) Ohne regional nicht aufgeschlüsselte Beträge.

b) Umfasst IDA, die „weichen“ Kredite der Regionalbanken, IFAD und IWF (PRGF).

c) Umfasst UNDP, UNICEF, UNRWA, WEP, UNHCR, UNFPA und UNTA.

Tabelle 28 Geographische Aufschlüsselung der ODA-Leistungen nach DAC-Gebern^a

In % der gesamten Nettoauszahlungen

	Subsahara-Afrika			Süd- und Zentralasien			Sonstige asiatische Länder und Ozeanien		
	1993-1994	1998-1999	2003-2004	1993-1994	1998-1999	2003-2004	1993-1994	1998-1999	2003-2004
Australien	13.9	10.2	9.2	13.8	11.2	10.6	68.8	70.6	70.5
Österreich	53.4	27.6	42.0	16.7	9.3	9.7	-13.6	8.6	5.9
Belgien	58.6	57.8	72.5	7.5	5.1	4.0	13.2	9.0	3.9
Kanada	41.9	38.9	49.7	19.1	17.7	8.6	17.5	15.2	11.0
Dänemark	57.5	51.5	52.5	17.7	17.5	13.4	8.5	10.5	11.2
Finnland	46.5	40.9	42.4	14.3	14.3	12.4	18.9	16.3	9.2
Frankreich	53.8	42.0	57.0	5.6	3.3	5.9	19.2	24.4	7.5
Deutschland	37.8	34.3	45.9	13.5	13.3	13.3	18.2	20.3	8.9
Griechenland	..	8.1	17.4	..	8.8	9.8	..	1.6	2.2
Irland	71.8	73.5	74.5	7.6	5.3	6.7	6.2	4.0	3.5
Italien	30.7	49.2	49.8	5.0	13.8	7.8	14.8	7.6	3.2
Japan	20.7	12.0	19.6	20.4	26.2	23.3	42.1	47.7	34.4
Luxemburg	50.2	41.4	45.4	9.4	7.5	7.8	5.1	10.2	14.9
Niederlande	41.9	39.4	54.8	14.9	14.0	8.2	4.7	8.0	8.2
Neuseeland	9.7	8.6	13.9	6.2	7.2	10.3	80.9	78.8	65.5
Norwegen	52.8	45.8	47.4	17.4	14.2	18.0	8.7	7.9	6.1
Portugal	94.1	76.6	80.9	1.5	1.1	2.7	1.0	17.2	6.7
Spanien	16.5	25.8	25.9	2.0	4.7	6.2	23.2	8.4	5.6
Schweden	46.6	45.6	49.9	15.6	14.0	12.2	11.9	11.4	9.3
Schweiz	40.2	38.0	39.5	20.2	20.2	22.1	13.4	7.9	8.2
Vereinigtes Königreich	44.8	45.0	49.8	20.4	21.5	23.6	13.0	9.2	5.4
Vereinigte Staaten	29.1	25.6	33.9	12.5	14.7	13.9	9.6	11.6	5.6
DAC INSGESAMT	35.8	29.9	42.0	13.7	16.5	13.8	21.5	25.0	11.4
<i>davon:</i>									
EU-Mitglieder	44.6	41.5	51.3	10.6	11.5	11.5	15.5	15.0	7.1

a) Einschl. der rechnerisch ermittelten multilateralen Leistungen, d.h. unter Berücksichtigung der über multilaterale Stellen geleisteten Beiträge, die anhand der geographischen Verteilung der Auszahlungen dieser Stellen in den Referenzjahren ermittelt wurden, ohne regional nicht aufgeschlüsselte Beträge.

Tabelle 28 (Forts.) Geographische Aufschlüsselung der ODA-Leistungen nach DAC-Gebern^a

In % der gesamten Nettoauszahlungen

	Naher Osten und Nordafrika			Europa			Lateinamerika und Karibik		
	1993-1994	1998-1999	2003-2004	1993-1994	1998-1999	2003-2004	1993-1994	1998-1999	2003-2004
Australien	1.6	2.4	5.5	1.0	3.5	2.1	0.9	2.0	2.2
Österreich	-40.3	15.7	13.5	67.8	27.0	20.4	16.0	11.8	8.4
Belgien	7.1	8.8	7.4	1.5	3.3	3.6	12.1	16.0	8.8
Kanada	6.0	5.6	9.9	3.0	4.0	2.8	12.5	18.6	18.0
Dänemark	6.4	7.4	7.8	2.7	1.5	4.4	7.1	11.6	10.7
Finnland	6.8	8.3	11.2	4.6	9.8	8.7	9.1	10.4	16.2
Frankreich	14.8	20.7	15.7	1.9	3.8	7.0	4.6	5.8	6.9
Deutschland	9.0	11.3	10.9	10.5	5.9	7.6	10.9	14.9	13.4
Griechenland	..	11.4	13.3	..	60.4	53.3	..	9.7	4.0
Irland	4.7	3.9	5.8	5.9	6.7	2.9	3.8	6.6	6.5
Italien	26.0	7.1	17.1	8.4	10.6	10.5	15.1	11.6	11.6
Japan	7.0	5.2	10.2	1.0	0.9	1.9	8.8	8.0	10.6
Luxemburg	7.0	9.0	9.5	5.9	9.5	7.3	22.5	22.4	15.2
Niederlande	7.1	7.6	9.9	9.7	9.1	6.7	21.7	21.9	12.2
Neuseeland	0.9	0.8	5.8	0.7	0.9	0.5	1.7	3.6	4.1
Norwegen	4.5	9.6	10.2	9.0	11.8	9.5	7.6	10.6	8.7
Portugal	1.4	1.6	4.8	1.0	1.5	3.0	1.0	2.0	1.9
Spanien	11.2	14.3	15.4	1.5	8.4	10.2	45.6	38.4	36.7
Schweden	5.4	7.2	8.0	9.8	6.8	8.5	10.8	15.1	12.1
Schweiz	6.9	6.5	5.3	6.3	12.8	11.6	13.0	14.6	13.3
Vereinigtes Königreich	5.7	4.7	11.0	8.1	4.4	4.2	8.0	15.2	6.0
Vereinigte Staaten	33.5	21.9	28.6	2.7	11.6	4.7	12.6	14.7	13.3
DAC INSGESAMT	13.7	10.7	15.4	4.6	5.8	6.0	10.8	12.1	11.4
davon:									
EU-Mitglieder	11.1	11.4	11.9	6.9	6.5	7.4	11.3	14.0	10.8

a) Einschl. der rechnerisch ermittelten multilateralen Leistungen, d.h. unter Berücksichtigung der über multilaterale Stellen geleisteten Beiträge, die anhand der geographischen Verteilung der Auszahlungen dieser Stellen in den Referenzjahren ermittelt wurden, ohne regional nicht aufgeschlüsselte Beträge.

Tabelle 29 ODA-Nettoauszahlungen an die Subsahara-Länder nach Gebern

	Mio. US-\$, zu Preisen und Wechselkursen von 2003						
	Durchschnitt 1988-1989	Durchschnitt 1993-1994	2000	2001	2002	2003	2004
BILATERALE DAC-LEISTUNGEN							
Australien	62	66	42	30	31	36	42
Österreich	54	73	81	250	146	68	111
Belgien	363	233	252	304	435	1 025	460
Kanada	471	311	201	210	412	463	509
Dänemark	406	413	515	534	479	429	448
Finnland	242	101	79	88	89	103	106
Frankreich	3 070	3 375	1 566	1 238	2 552	2 975	2 645
Deutschland	1 355	1 304	977	831	1 097	1 894	1 085
Griechenland	3	2	2	3	6
Irland	22	45	142	168	232	247	254
Italien	1 658	585	349	255	992	693	274
Japan	1 150	891	854	859	613	529	617
Luxemburg	..	18	58	44	58	56	70
Niederlande	764	620	780	1 091	1 121	977	1 042
Neuseeland	1	3	7	7	8	12	12
Norwegen	431	461	379	355	459	518	488
Portugal	70	250	151	152	118	113	718
Spanien	60	112	127	119	203	158	159
Schweden	576	534	443	419	445	613	555
Schweiz	224	209	193	186	206	245	224
Vereinigtes Königreich	995	758	1 318	1 386	1 082	1 446	1 976
Vereinigte Staaten	1 033	1 715	1 208	1 424	2 416	4 643	3 434
DAC INSGESAMT	13 006	12 077	9 724	9 952	13 197	17 243	15 235
MULTILATERALE LEISTUNGEN^a							
AfDF	550	664	324	455	667	470	825
Europäische Kommission	2 197	2 146	1 445	2 215	2 206	2 510	2 602
IDA	1 958	2 686	2 176	2 757	3 282	2 956	3 514
IFAD	63	42	74	84	73	78	99
Nordischer Entwicklungsfonds	-	5	21	17	21	31	37
UNTA	66	80	123	85	120	115	95
UNICEF	210	346	189	215	192	193	185
UNDP	427	234	165	151	151	155	172
UNHCR	305	460	216	270	319	245	157
WEP	414	894	217	255	246	204	143
Sonstige VN-Stellen	241	140	123	201	214	145	109
Arabische Stellen	5	8	1	100	101	41	265
Sonstige multilaterale Leistungen	537	315	84	-57	457	-343	-246
MULTILAT. LEISTUNGEN INSG.	6 973	8 019	5 157	6 749	8 049	6 800	7 954
Sonstige Geberländer ^b	557	73	199	151	395	74	86
GESAMTSUMME	20 536	20 169	15 080	16 852	21 641	24 117	23 276

a) Die Daten für die VN-Sonderorganisationen wurden in der Weise revidiert, dass sie nur noch die ordentlichen Haushaltsausgaben erfassen. Bei den UNDP-Daten wurden dementsprechend ab 1990 Revisionen vorgenommen, wohingegen die WEP- und UNHCR-Daten erst ab 1996 revidiert werden konnten. Für die UNICEF gelten ab 1997 revidierte Daten. Seit 2000 arbeitet das UNHCR mit einem jährlichen Programmbudget, bei dem die länderspezifischen Aktivitäten, die globalen Aktivitäten und der Verwaltungsaufwand in einem einheitlichen Budget zusammengefasst sind.

b) Siehe Liste der Nicht-DAC-Mitglieder, für die Daten verfügbar sind (Tabelle 33).

Tabelle 29 (Forts.) ODA-Nettoauszahlungen an die Subsahara-Länder nach Gebern

	Prozentualer Anteil an den ODA-Leistungen der Geber						
	Durchschnitt 1988-1989	Durchschnitt 1993-1994	2000	2001	2002	2003	2004
BILATERALE DAC-LEISTUNGEN							
Australien	8.1	7.7	4.5	3.4	3.3	3.7	4.2
Österreich	21.4	50.0	23.2	43.6	32.9	29.9	35.4
Belgien	64.8	46.7	40.7	46.2	50.0	69.8	57.3
Kanada	26.1	18.3	15.5	15.2	23.8	34.4	28.5
Dänemark	54.8	45.0	38.6	39.3	37.6	41.5	41.7
Finnland	52.8	35.7	28.7	30.9	29.4	33.2	32.6
Frankreich	51.8	48.2	42.7	36.4	58.0	57.1	53.2
Deutschland	31.3	28.7	28.5	22.5	27.2	46.7	31.5
Griechenland	2.1	1.8	1.3	1.3	2.1
Irland	67.1	66.5	67.2	68.2	71.3	70.1	70.7
Italien	52.1	25.0	69.3	43.1	79.8	65.3	44.0
Japan	15.3	12.2	9.9	11.4	8.7	8.4	10.9
Luxemburg	..	42.4	45.6	31.4	40.8	37.1	46.0
Niederlande	33.4	29.6	25.4	36.6	37.1	34.5	43.2
Neuseeland	1.0	3.5	6.0	6.2	6.8	9.3	8.7
Norwegen	53.0	45.1	32.1	29.5	34.8	35.4	35.2
Portugal	48.4	98.9	61.9	61.4	51.8	61.9	92.1
Spanien	19.1	10.1	12.7	7.6	16.3	13.7	12.9
Schweden	42.3	35.3	29.7	26.2	28.5	34.4	29.7
Schweiz	36.0	27.5	23.8	22.4	23.1	25.9	20.7
Vereinigtes Königreich	44.2	33.7	41.5	43.9	27.5	37.4	42.4
Vereinigte Staaten	11.1	19.8	15.4	16.6	22.4	31.7	21.6
DAC INSGESAMT	30.4	27.8	24.1	24.2	28.7	34.7	30.3
MULTILATERALE LEISTUNGEN^a							
AfDF	98.5	95.4	95.2	91.8	95.4	97.3	97.6
Europäische Kommission	61.0	44.0	24.9	30.4	35.0	38.9	36.1
IDA	43.3	48.9	45.9	46.9	50.2	51.9	52.5
IFAD	43.7	50.5	45.6	42.7	43.4	50.4	65.4
Nordischer Entwicklungsfonds	-	17.5	49.1	44.0	55.5	59.4	57.2
UNTA	19.5	24.2	23.8	17.6	22.7	22.9	23.7
UNICEF	35.2	39.7	28.9	30.3	29.8	30.7	30.9
UNDP	34.2	34.5	37.3	45.1	48.4	52.3	50.0
UNHCR	47.6	36.4	38.6	41.9	44.3	45.9	49.2
WEP	38.2	56.8	53.7	56.9	61.7	63.9	57.9
Sonstige VN-Stellen	18.1	11.2	10.8	13.7	14.3	12.2	11.5
Arabische Stellen	3.9	3.2	2.2	58.2	63.8	92.0	76.0
Sonstige multilaterale Leistungen	31.5	16.5	6.8	-3.4	21.5	-26.0	-26.5
MULTILAT. LEISTUNGEN INSG.	43.8	41.6	32.1	34.1	40.0	38.5	41.7
Sonstige Geberländer ^b	7.4	6.0	22.7	14.1	12.9	2.4	3.3
GESAMTSUMME	31.0	31.5	26.3	27.2	31.3	34.2	32.4

a) Die Daten für die VN-Sonderorganisationen wurden in der Weise revidiert, dass sie nur noch die ordentlichen Haushaltsausgaben erfassen. Bei den UNDP-Daten wurden dementsprechend ab 1990 Revisionen vorgenommen, wohingegen die WEP- und UNHCR-Daten erst ab 1996 revidiert werden konnten. Für die UNICEF gelten ab 1997 revidierte Daten. Seit 2000 arbeitet das UNHCR mit einem jährlichen Programmbudget, bei dem die länderspezifischen Aktivitäten, die globalen Aktivitäten und der Verwaltungsaufwand in einem einheitlichen Budget zusammengefasst sind.

b) Siehe Liste der Nicht-DAC-Mitglieder, für die Daten verfügbar sind (Tabelle 33).

Tabelle 30 ODA-Nettoauszahlungen an die Subsahara-Länder nach Empfängern

Mio. US-\$, zu Preisen und Wechselkursen von 2003

	Durchschnitt 1988-1989	Durchschnitt 1993-1994	2001	2002	2003	2004
Angola	237	426	357	480	497	1 036
Benin	302	297	338	254	293	343
Botsuana	206	125	35	41	28	37
Burkina Faso	385	502	487	556	507	553
Burundi	283	290	176	201	225	320
Kamerun	506	700	609	773	900	688
Kap Verde	125	135	97	108	143	126
Zentralafrikanische Republik	268	185	82	69	50	95
Tschad	357	242	234	268	247	292
Komoren	66	48	34	38	24	22
Demokratische Republik Kongo	871	234	327	1 368	5 421	1 645
Republik Kongo	127	263	90	68	70	105
Côte d'Ivoire	571	1 284	229	1 266	252	138
Dschibuti	114	145	72	90	79	59
Äquatorialguinea	74	47	17	25	21	26
Eritrea	0	129	347	263	316	242
Äthiopien	1 289	1 211	1 335	1 490	1 553	1 682
Gabun	163	155	10	86	- 11	34
Gambia	130	85	64	69	63	58
Ghana	856	633	779	746	954	1 234
Guinea	412	419	334	284	240	256
Guinea-Bissau	152	157	77	71	145	69
Kenia	1 272	862	561	445	514	586
Lesotho	170	150	69	88	78	93
Liberia	88	106	46	59	107	197
Madagaskar	458	353	450	427	539	1 119
Malawi	553	529	489	430	518	432
Mali	626	447	434	541	543	516
Mauretanien	325	317	332	410	239	163
Mauritius	79	25	26	29	- 15	34
Mayotte	59	103	158	152	166	186
Mosambik	1 265	1 372	1 152	2 607	1 039	1 117
Namibia	55	165	138	159	147	164
Niger	467	393	317	345	457	485
Nigeria	306	274	220	351	318	525
Ruanda	326	604	365	408	333	426
São Tomé und Príncipe	50	54	49	31	38	30
Senegal	883	620	505	516	446	953
Seychellen	32	18	16	9	9	9
Sierra Leone	142	270	422	402	303	326
Somalia	588	843	187	222	175	174
Südafrika	0	336	528	591	625	560
St. Helena	58	20	18	16	18	23
Sudan	1 161	486	229	392	617	821
Swasiland	46	63	36	26	28	105
Tansania	1 298	1 077	1 521	1 445	1 704	1 583
Togo	272	121	54	60	47	55
Uganda	580	766	966	818	977	1 062
Sambia	580	889	425	741	581	974
Simbabwe	370	599	199	226	186	169
Subsahara-Afrika, unaufgeschlüsselt	933	592	806	1 082	1 362	1 327
GESAMTSUMME	20 536	20 169	16 852	21 641	24 117	23 276

Tabelle 31 EZ-Leistungen der DAC-Mitglieder an die am wenigsten entwickelten Länder^a

Nettoauszahlungen

	1993-1994			2003			2004		
	Mio. US-\$	In % der Gesamtleistungen des Gebers	In % des BNE des Gebers	Mio. US-\$	In % der Gesamtleistungen des Gebers	In % des BNE des Gebers	Mio. US-\$	In % der Gesamtleistungen des Gebers	In % des BNE des Gebers
Australien	211	21	0.07	259	21	0.05	350	24	0.06
Österreich	114	43	0.06	169	33	0.07	168	25	0.06
Belgien	255	33	0.12	1 088	59	0.35	645	44	0.18
Kanada	556	24	0.10	634	31	0.07	702	27	0.07
Dänemark	485	35	0.36	673	38	0.32	735	36	0.31
Finnland	100	31	0.12	183	33	0.11	153	23	0.08
Frankreich	1 938	24	0.15	2 965	41	0.16	3 169	37	0.15
Deutschland	1 789	26	0.09	2 508	37	0.10	2 312	31	0.08
Griechenland	55	15	0.03	65	14	0.03
Irland	38	40	0.09	266	53	0.21	322	53	0.21
Italien	625	22	0.06	1 104	45	0.08	788	32	0.05
Japan	2 276	19	0.05	1 922	22	0.04	1 684	19	0.04
Luxemburg	16	30	0.11	65	34	0.27	87	37	0.31
Niederlande	699	28	0.22	981	25	0.20	1 453	35	0.25
Neuseeland	21	20	0.05	45	27	0.06	65	31	0.07
Norwegen	465	43	0.45	801	39	0.36	837	38	0.33
Portugal	178	66	0.21	205	64	0.14	878	85	0.53
Spanien	119	9	0.03	342	17	0.04	424	17	0.04
Schweden	566	32	0.31	822	34	0.27	762	28	0.22
Schweiz	297	33	0.12	405	31	0.12	399	26	0.11
Vereinigtes Königreich	806	26	0.08	2 273	36	0.12	2 988	38	0.14
Vereinigte Staaten	2 581	26	0.04	4 474	27	0.04	4 504	23	0.04
DAC INSGESAMT	14 136	25	0.07	22 237	32	0.08	23 490	30	0.08
<i>davon:</i>									
EU-Mitglieder	7 729	26	0.11	13 697	37	0.13	14 949	35	0.12

a) Einschl. der rechnerisch ermittelten multilateralen Leistungen, d.h. unter Berücksichtigung der über multilaterale Stellen geleisteten Beiträge, die anhand der geographischen Verteilung der Auszahlungen dieser Stellen in den Referenzjahren ermittelt wurden.

Tabelle 32 Hauptempfänger der ODA-Leistungen der einzelnen DAC-Mitglieder

Bruttoauszahlungen		Australien		Prozentuale Anteile an der gesamten ODA	
1983-1984		1993-1994		2003-2004	
Papua-Neuguinea	35.4	Papua-Neuguinea	22.3	Papua-Neuguinea	16.8
Indonesien	6.2	Indonesien	8.7	Indonesien	7.2
Bangladesch	2.7	China	6.0	Salomonen	6.4
Thailand	2.5	Philippinen	3.0	Vietnam	3.3
Malaysia	2.4	Thailand	2.7	Irak	2.7
Philippinen	2.0	Vietnam	2.6	China	2.6
Fidschi	1.3	Malaysia	2.2	Philippinen	2.5
Ägypten	1.2	Bangladesch	1.6	Timor-Leste	2.4
Tansania	1.1	Fidschi	1.5	Kambodscha	1.7
China	1.1	Kambodscha	1.2	Bangladesch	1.4
Sri Lanka	1.1	Indien	1.1	Vanuatu	1.3
Äthiopien	1.0	Mosambik	1.1	Afghanistan	1.1
Myanmar	1.0	Laos	1.0	Nauru	1.1
Salomonen	0.8	Salomonen	1.0	Fidschi	1.1
Samoa	0.7	Vanuatu	1.0	Sri Lanka	0.9
Insgesamt	60.5	Insgesamt	56.9	Insgesamt	52.4
ODA an multilaterale Stellen	25.3	ODA an multilaterale Stellen	24.7	ODA an multilaterale Stellen	19.2
Unaufgeschlüsselt	5.6	Unaufgeschlüsselt	8.4	Unaufgeschlüsselt	18.7
Gesamte ODA in Mio. US-\$	767	Gesamte ODA in Mio. US-\$	1 022	Gesamte ODA in Mio. US-\$	1 339
LDC	16.3	LDC	17.8	LDC	30.1
Sonstige LIC	63.3	Sonstige LIC	54.0	Sonstige LIC	46.7
LMIC	14.5	LMIC	23.4	LMIC	20.8
UMIC	4.6	UMIC	4.3	UMIC	2.4
HIC	-	HIC	-	HIC	-
MADCT	1.3	MADCT	0.5	MADCT	-
Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0
Europa	0.0	Europa	0.2	Europa	1.7
Nördlich der Sahara	1.8	Nördlich der Sahara	0.6	Nördlich der Sahara	0.6
Südlich der Sahara	8.5	Südlich der Sahara	8.2	Südlich der Sahara	4.8
Nord- und Mittelamerika	0.2	Nord- und Mittelamerika	0.1	Nord- und Mittelamerika	0.2
Südamerika	0.1	Südamerika	0.0	Südamerika	0.2
Naher Osten	0.6	Naher Osten	0.4	Naher Osten	4.7
Süd- und Zentralasien	8.3	Süd- und Zentralasien	6.7	Süd- und Zentralasien	8.4
Ostasien	22.9	Ostasien	40.6	Ostasien	33.3
Ozeanien	57.7	Ozeanien	43.1	Ozeanien	46.0
Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0

Österreich					
1983-1984		1993-1994		2003-2004	
Algerien	22.7	Ehem. jugoslaw. Teilrepubl. (unaufg.)	11.9	Kamerun	5.5
Ägypten	10.7	Bosnien und Herzegowina	10.8	Serbien und Montenegro	3.6
Malaysia	5.4	Algerien	9.5	Türkei	3.0
Türkei	3.2	Indonesien	3.4	Ägypten	2.9
Philippinen	3.1	Ägypten	3.1	Bosnien und Herzegowina	2.7
Iran	2.8	Türkei	2.7	Ghana	2.1
Tunesien	2.4	Uganda	2.5	Nicaragua	1.3
Nicaragua	2.3	China	2.4	Afghanistan	1.2
Indonesien	2.1	Iran	2.2	Uganda	1.2
Indien	2.0	Nicaragua	1.6	Nigeria	1.1
Ehem. jugoslaw. Teilrepubl. (unaufg.)	1.0	Tansania	1.5	Iran	1.0
Libanon	0.9	Malawi	1.1	Äthiopien	1.0
Mosambik	0.9	Guatemala	0.9	Guatemala	0.9
Kap Verde	0.8	Korea	0.9	China	0.8
Kuba	0.8	Slowenien	0.8	Albanien	0.7
Insgesamt	61.1	Insgesamt	55.2	Insgesamt	29.1
ODA an multilaterale Stellen	23.2	ODA an multilaterale Stellen	22.2	ODA an multilaterale Stellen	48.2
Unaufgeschlüsselt	6.2	Unaufgeschlüsselt	4.9	Unaufgeschlüsselt	7.6
Gesamte ODA in Mio. US-\$	185	Gesamte ODA in Mio. US-\$	569	Gesamte ODA in Mio. US-\$	624
LDC	7.9	LDC	16.4	LDC	23.1
Sonstige LIC	10.9	Sonstige LIC	9.9	Sonstige LIC	31.3
LMIC	69.3	LMIC	66.9	LMIC	43.0
UMIC	9.9	UMIC	3.2	UMIC	2.5
HIC	-	HIC	-	HIC	-
MADCT	2.0	MADCT	3.6	MADCT	-
Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0
Europa	8.0	Europa	39.0	Europa	26.9
Nördlich der Sahara	49.7	Nördlich der Sahara	17.7	Nördlich der Sahara	7.2
Südlich der Sahara	8.8	Südlich der Sahara	16.6	Südlich der Sahara	39.9
Nord- und Mittelamerika	5.6	Nord- und Mittelamerika	4.7	Nord- und Mittelamerika	5.4
Südamerika	1.2	Südamerika	2.5	Südamerika	1.4
Naher Osten	6.2	Naher Osten	5.2	Naher Osten	5.3
Süd- und Zentralasien	3.6	Süd- und Zentralasien	2.9	Süd- und Zentralasien	9.7
Ostasien	16.6	Ostasien	11.2	Ostasien	3.9
Ozeanien	0.2	Ozeanien	0.0	Ozeanien	0.2
Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0

Tabelle 32 (Forts.) Hauptempfänger der ODA-Leistungen der einzelnen DAC-Mitglieder

Bruttoauszahlungen		Belgien		Prozentuale Anteile an der gesamten ODA	
1983-1984		1993-1994		2003-2004	
Demokratische Republik Kongo	17.8	Ruanda	4.1	Demokratische Republik Kongo	30.7
Ruanda	4.4	Demokratische Republik Kongo	3.8	Kamerun	1.4
Burundi	3.3	Burundi	2.9	Burundi	1.2
Kamerun	1.9	Vietnam	2.6	Ruanda	1.2
Indonesien	1.9	Tansania	1.9	Burkina Faso	1.0
Türkei	1.7	Indonesien	1.8	Ecuador	0.9
Indien	1.5	Ecuador	1.3	Bolivien	0.9
China	1.3	Marokko	1.0	Tansania	0.9
Marokko	1.3	Bolivien	1.0	Südafrika	0.8
Tunesien	1.1	China	1.0	Senegal	0.8
Senegal	1.0	Côte d'Ivoire	1.0	Vietnam	0.8
Tansania	1.0	Tunesien	1.0	Marokko	0.7
Ecuador	0.8	Sambia	0.9	Benin	0.7
Pakistan	0.8	Indien	0.9	Indien	0.6
Niger	0.7	Senegal	0.9	Philippinen	0.6
Insgesamt	40.4	Insgesamt	26.1	Insgesamt	43.3
ODA an multilaterale Stellen	38.9	ODA an multilaterale Stellen	40.2	ODA an multilaterale Stellen	27.5
Unaufgeschlüsselt	10.1	Unaufgeschlüsselt	15.0	Unaufgeschlüsselt	17.6
Gesamte ODA in Mio. US-\$	467	Gesamte ODA in Mio. US-\$	795	Gesamte ODA in Mio. US-\$	1 721
LDC	61.8	LDC	51.1	LDC	76.0
Sonstige LIC	15.2	Sonstige LIC	20.9	Sonstige LIC	8.3
LMIC	19.8	LMIC	22.0	LMIC	14.0
UMIC	3.0	UMIC	5.7	UMIC	1.8
HIC	-	HIC	-	HIC	0.0
MADCT	0.2	MADCT	0.3	MADCT	-
Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0
Europa	3.3	Europa	0.4	Europa	1.0
Nördlich der Sahara	6.2	Nördlich der Sahara	5.3	Nördlich der Sahara	2.5
Südlich der Sahara	68.7	Südlich der Sahara	57.0	Südlich der Sahara	79.9
Nord- und Mittelamerika	1.6	Nord- und Mittelamerika	3.2	Nord- und Mittelamerika	2.0
Südamerika	5.6	Südamerika	10.7	Südamerika	5.9
Naher Osten	0.6	Naher Osten	1.1	Naher Osten	2.1
Süd- und Zentralasien	4.8	Süd- und Zentralasien	6.2	Süd- und Zentralasien	2.4
Ostasien	9.2	Ostasien	16.1	Ostasien	4.2
Ozeanien	0.1	Ozeanien	0.1	Ozeanien	0.0
Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0

		Kanada			
1983-1984		1993-1994		2003-2004	
Bangladesch	5.6	China	2.8	Afghanistan	2.6
Indien	3.8	Indien	2.1	Irak	2.4
Pakistan	3.7	Ägypten	2.0	Äthiopien	2.0
Sri Lanka	2.2	Jamaika	2.0	Demokratische Republik Kongo	1.9
Tansania	1.9	Bangladesch	1.9	Bangladesch	1.7
Kenia	1.6	Indonesien	1.4	China	1.5
Senegal	1.5	Philippinen	1.0	Mali	1.4
Ghana	1.4	Mosambik	0.9	Ghana	1.4
Äthiopien	1.2	Ghana	0.9	Tansania	1.3
Indonesien	1.2	Guyana	0.9	Indien	1.3
Kamerun	1.2	Pakistan	0.8	Kamerun	1.3
Jamaika	1.1	Mali	0.8	Mosambik	1.1
Sambia	1.0	Senegal	0.7	Haiti	1.1
Demokratische Republik Kongo	0.9	Ehem. jugoslaw. Teilrepubl. (unaufg.)	0.7	Vietnam	1.0
Thailand	0.9	Äthiopien	0.7	Sambia	0.9
Insgesamt	29.1	Insgesamt	19.6	Insgesamt	22.7
ODA an multilaterale Stellen	37.8	ODA an multilaterale Stellen	32.6	ODA an multilaterale Stellen	25.8
Unaufgeschlüsselt	15.5	Unaufgeschlüsselt	31.8	Unaufgeschlüsselt	30.7
Gesamte ODA in Mio. US-\$	1 545	Gesamte ODA in Mio. US-\$	2 461	Gesamte ODA in Mio. US-\$	2 499
LDC	40.3	LDC	30.5	LDC	47.7
Sonstige LIC	31.3	Sonstige LIC	21.7	Sonstige LIC	21.0
LMIC	22.1	LMIC	40.8	LMIC	27.8
UMIC	5.5	UMIC	6.7	UMIC	3.5
HIC	-	HIC	-	HIC	-
MADCT	0.8	MADCT	0.2	MADCT	-
Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0
Europa	0.1	Europa	2.2	Europa	2.4
Nördlich der Sahara	4.3	Nördlich der Sahara	7.3	Nördlich der Sahara	2.4
Südlich der Sahara	39.1	Südlich der Sahara	30.7	Südlich der Sahara	43.9
Nord- und Mittelamerika	11.9	Nord- und Mittelamerika	15.6	Nord- und Mittelamerika	10.1
Südamerika	5.5	Südamerika	8.4	Südamerika	6.2
Naher Osten	0.6	Naher Osten	1.3	Naher Osten	7.4
Süd- und Zentralasien	32.1	Süd- und Zentralasien	15.8	Süd- und Zentralasien	16.8
Ostasien	6.4	Ostasien	18.3	Ostasien	10.2
Ozeanien	0.2	Ozeanien	0.4	Ozeanien	0.5
Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0

Tabelle 32 (Forts.) Hauptempfänger der ODA-Leistungen der einzelnen DAC-Mitglieder

Bruttoauszahlungen		Dänemark		Prozentuale Anteile an der gesamten ODA	
1983-1984		1993-1994		2003-2004	
Indien	9.0	Tansania	5.4	Tansania	4.7
Tansania	8.4	Uganda	3.4	Vietnam	3.6
Bangladesch	5.0	Vietnam	2.7	Mosambik	3.4
Kenia	4.3	Indien	2.5	Uganda	2.9
Mosambik	2.0	Mosambik	2.4	Ghana	2.9
Sudan	2.0	Bangladesch	2.2	Bangladesch	2.3
Simbabwe	1.8	Simbabwe	1.9	Sambia	1.9
Kamerun	1.4	Ägypten	1.8	Nepal	1.9
Senegal	1.1	Nicaragua	1.7	Nicaragua	1.7
Sambia	1.0	Nepal	1.5	Ägypten	1.6
China	0.9	Kenia	1.5	Burkina Faso	1.5
Ägypten	0.8	Burkina Faso	1.3	Bolivien	1.4
Niger	0.6	Sambia	1.2	Benin	1.3
Uganda	0.6	Ghana	1.0	Kenia	1.1
Thailand	0.6	Thailand	0.8	Südafrika	1.1
Insgesamt	39.5	Insgesamt	31.1	Insgesamt	33.3
ODA an multilaterale Stellen	45.0	ODA an multilaterale Stellen	42.5	ODA an multilaterale Stellen	38.9
Unaufgeschlüsselt	7.6	Unaufgeschlüsselt	17.5	Unaufgeschlüsselt	16.4
Gesamte ODA in Mio. US-\$	427	Gesamte ODA in Mio. US-\$	1 445	Gesamte ODA in Mio. US-\$	1 995
LDC	54.4	LDC	55.0	LDC	53.5
Sonstige LIC	36.3	Sonstige LIC	30.7	Sonstige LIC	25.2
LMIC	7.6	LMIC	13.4	LMIC	19.5
UMIC	1.7	UMIC	0.9	UMIC	1.8
HIC	-	HIC	-	HIC	-
MADCT	0.0	MADCT	0.0	MADCT	-
Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0
Europa	0.0	Europa	0.1	Europa	2.8
Nördlich der Sahara	1.8	Nördlich der Sahara	4.5	Nördlich der Sahara	3.5
Südlich der Sahara	58.5	Südlich der Sahara	58.3	Südlich der Sahara	51.9
Nord- und Mittelamerika	0.7	Nord- und Mittelamerika	4.9	Nord- und Mittelamerika	5.3
Südamerika	1.4	Südamerika	2.4	Südamerika	3.5
Naher Osten	1.6	Naher Osten	0.8	Naher Osten	1.4
Süd- und Zentralasien	32.0	Süd- und Zentralasien	17.2	Süd- und Zentralasien	16.2
Ostasien	4.0	Ostasien	12.0	Ostasien	15.5
Ozeanien	0.0	Ozeanien	0.0	Ozeanien	0.0
Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0
Finnland					
1983-1984		1993-1994		2003-2004	
Tansania	12.0	Tansania	5.7	Mosambik	3.7
Kenia	6.0	Nicaragua	4.6	Tansania	2.4
Sambia	5.9	Sambia	4.2	Afghanistan	2.1
Vietnam	3.6	Malaysia	3.5	Südafrika	1.7
Sri Lanka	3.0	Mosambik	3.3	Namibia	1.7
Ägypten	2.9	China	3.1	Äthiopien	1.6
Mosambik	2.5	Namibia	2.6	Vietnam	1.5
Sudan	2.1	Vietnam	2.3	Nicaragua	1.4
Peru	1.6	Ehem. jugoslaw. Teilrepubl. (unaufg.)	2.1	Serbien und Montenegro	1.4
Äthiopien	1.6	Kenia	2.0	Bosnien und Herzegowina	1.3
Nepal	1.5	Simbabwe	2.0	Kenia	1.0
Nicaragua	1.4	Nepal	1.8	Nepal	1.0
Bangladesch	1.1	Ägypten	1.8	Irak	0.9
Myanmar	1.0	Sri Lanka	1.7	Sambia	0.8
Somalia	1.0	Thailand	1.6	Ägypten	0.8
Insgesamt	47.3	Insgesamt	42.3	Insgesamt	23.3
ODA an multilaterale Stellen	39.3	ODA an multilaterale Stellen	28.2	ODA an multilaterale Stellen	44.7
Unaufgeschlüsselt	7.3	Unaufgeschlüsselt	18.0	Unaufgeschlüsselt	19.5
Gesamte ODA in Mio. US-\$	166	Gesamte ODA in Mio. US-\$	336	Gesamte ODA in Mio. US-\$	608
LDC	58.3	LDC	37.9	LDC	48.0
Sonstige LIC	24.1	Sonstige LIC	23.5	Sonstige LIC	15.8
LMIC	16.2	LMIC	29.2	LMIC	34.3
UMIC	1.4	UMIC	9.4	UMIC	1.9
HIC	-	HIC	-	HIC	-
MADCT	0.0	MADCT	0.1	MADCT	-
Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0
Europa	-	Europa	4.2	Europa	8.5
Nördlich der Sahara	5.3	Nördlich der Sahara	3.3	Nördlich der Sahara	2.3
Südlich der Sahara	65.2	Südlich der Sahara	43.7	Südlich der Sahara	47.4
Nord- und Mittelamerika	3.6	Nord- und Mittelamerika	12.0	Nord- und Mittelamerika	8.0
Südamerika	3.9	Südamerika	2.5	Südamerika	3.6
Naher Osten	0.7	Naher Osten	3.1	Naher Osten	6.7
Süd- und Zentralasien	12.9	Süd- und Zentralasien	11.2	Süd- und Zentralasien	12.1
Ostasien	8.3	Ostasien	20.1	Ostasien	11.4
Ozeanien	0.2	Ozeanien	0.0	Ozeanien	0.1
Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0

Tabelle 32 (Forts.) Hauptempfänger der ODA-Leistungen der einzelnen DAC-Mitglieder

Bruttoauszahlungen		Frankreich		Prozentuale Anteile an der gesamten ODA	
1983-1984		1993-1994		2003-2004	
Französisch-Polynesien	5.9	Côte d'Ivoire	7.8	Demokratische Republik Kongo	8.2
Neukaledonien	5.4	Kamerun	4.7	Senegal	3.7
Marokko	3.7	Neukaledonien	4.5	Kamerun	3.6
Côte d'Ivoire	3.2	Ägypten	4.5	Madagaskar	3.4
Senegal	3.0	Französisch-Polynesien	4.1	Marokko	3.2
Mali	2.6	Senegal	3.2	Pakistan	2.7
Kamerun	2.2	Marokko	2.5	Mayotte	2.0
Gabun	1.9	Algerien	2.3	Niger	2.0
Zentralafrikanische Republik	1.8	Demokratische Republik Kongo	2.2	Tunesien	1.8
Madagaskar	1.8	Gabun	1.8	Algerien	1.7
Indonesien	1.7	Madagaskar	1.6	Côte d'Ivoire	1.6
Tunesien	1.6	Indonesien	1.5	Ägypten	1.6
Algerien	1.6	Niger	1.4	China	1.4
Demokratische Republik Kongo	1.5	Burkina Faso	1.4	Vietnam	1.2
Burkina Faso	1.3	Vietnam	1.2	Serbien und Montenegro	1.1
Insgesamt	39.3	Insgesamt	44.7	Insgesamt	39.0
ODA an multilaterale Stellen	21.0	ODA an multilaterale Stellen	20.1	ODA an multilaterale Stellen	28.0
Unaufgeschlüsselt	17.3	Unaufgeschlüsselt	11.9	Unaufgeschlüsselt	12.8
Gesamte ODA in Mio. US-\$	3 069	Gesamte ODA in Mio. US-\$	8 985	Gesamte ODA in Mio. US-\$	9 478
LDC	35.3	LDC	28.4	LDC	45.3
Sonstige LIC	18.3	Sonstige LIC	29.3	Sonstige LIC	20.9
LMIC	17.4	LMIC	21.1	LMIC	24.6
UMIC	9.8	UMIC	8.0	UMIC	9.2
HIC	0.0	HIC	0.0	HIC	0.0
MADCT	19.2	MADCT	13.2	MADCT	-
Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0
Europa	1.5	Europa	1.2	Europa	4.5
Nördlich der Sahara	13.0	Nördlich der Sahara	14.5	Nördlich der Sahara	13.3
Südlich der Sahara	52.1	Südlich der Sahara	55.6	Südlich der Sahara	58.3
Nord- und Mittelamerika	1.9	Nord- und Mittelamerika	1.9	Nord- und Mittelamerika	2.9
Südamerika	3.1	Südamerika	2.8	Südamerika	2.9
Naher Osten	2.5	Naher Osten	1.9	Naher Osten	2.5
Süd- und Zentralasien	3.4	Süd- und Zentralasien	3.1	Süd- und Zentralasien	6.9
Ostasien	5.1	Ostasien	6.8	Ostasien	7.3
Ozeanien	17.4	Ozeanien	12.3	Ozeanien	1.4
Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0
Deutschland					
1983-1984		1993-1994		2003-2004	
Indien	4.9	Indonesien	5.1	China	4.7
Ägypten	3.7	Ehem. jugoslaw. Teilrepubl. (unaufg.)	5.1	Demokratische Republik Kongo	3.7
Indonesien	3.4	China	3.9	Nicaragua	3.6
China	2.7	Ägypten	3.8	Kamerun	3.3
Israel	2.6	Indien	3.5	Indonesien	1.9
Türkei	2.1	Türkei	2.4	Indien	1.8
Sudan	1.8	Pakistan	1.5	Sambia	1.6
Myanmar	1.7	Sambia	1.5	Ägypten	1.6
Tunesien	1.4	Israel	1.5	Serbien und Montenegro	1.4
Tansania	1.3	Mosambik	1.5	Türkei	1.2
Kenia	1.3	Äthiopien	1.4	Äthiopien	1.0
Sri Lanka	1.3	Peru	1.3	Tansania	0.9
Bangladesch	1.2	Bangladesch	1.1	Afghanistan	0.9
Brasilien	1.2	Bolivien	1.0	Brasilien	0.9
Pakistan	1.2	Brasilien	1.0	Marokko	0.9
Insgesamt	31.7	Insgesamt	35.6	Insgesamt	29.5
ODA an multilaterale Stellen	30.4	ODA an multilaterale Stellen	31.7	ODA an multilaterale Stellen	38.0
Unaufgeschlüsselt	9.9	Unaufgeschlüsselt	8.3	Unaufgeschlüsselt	9.2
Gesamte ODA in Mio. US-\$	3 295	Gesamte ODA in Mio. US-\$	8 096	Gesamte ODA in Mio. US-\$	8 493
LDC	31.3	LDC	24.0	LDC	29.2
Sonstige LIC	23.7	Sonstige LIC	24.0	Sonstige LIC	29.8
LMIC	31.5	LMIC	42.3	LMIC	36.4
UMIC	6.9	UMIC	5.3	UMIC	4.6
HIC	-	HIC	0.0	HIC	0.0
MADCT	6.5	MADCT	3.5	MADCT	-
Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0
Europa	5.6	Europa	13.1	Europa	8.1
Nördlich der Sahara	9.9	Nördlich der Sahara	8.9	Nördlich der Sahara	5.8
Südlich der Sahara	32.5	Südlich der Sahara	26.9	Südlich der Sahara	35.4
Nord- und Mittelamerika	3.4	Nord- und Mittelamerika	3.4	Nord- und Mittelamerika	9.3
Südamerika	8.0	Südamerika	9.0	Südamerika	7.3
Naher Osten	7.7	Naher Osten	6.2	Naher Osten	5.2
Süd- und Zentralasien	17.6	Süd- und Zentralasien	12.1	Süd- und Zentralasien	11.7
Ostasien	14.9	Ostasien	20.1	Ostasien	17.1
Ozeanien	0.4	Ozeanien	0.3	Ozeanien	0.1
Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0

Tabelle 32 (Forts.) **Hauptempfänger der ODA-Leistungen der einzelnen DAC-Mitglieder**

<i>Bruttoauszahlungen</i>		Griechenland		<i>Prozentuale Anteile an der gesamten ODA</i>	
1983-1984		1993-1994		2003-2004	
				Albanien	20.1
				Serbien und Montenegro	8.6
				Ehem. jugoslaw. Teilrepubl. (unaufg.)	3.5
				Afghanistan	2.2
				Bosnien und Herzegowina	1.5
				Irak	1.4
				Georgien	1.4
				Türkei	1.2
				Palästinensische Autonomiegebiete	0.8
				Syrien	0.8
				Libanon	0.8
				Armenien	0.7
				Ägypten	0.6
				Moldau	0.5
				Jordanien	0.4
				Insgesamt	44.4
ODA an multilaterale Stellen	-	ODA an multilaterale Stellen	-	ODA an multilaterale Stellen	35.6
Unaufgeschlüsselt	-	Unaufgeschlüsselt	-	Unaufgeschlüsselt	17.0
Gesamte ODA in Mio. US-\$	-	Gesamte ODA in Mio. US-\$	-	Gesamte ODA in Mio. US-\$	413
LDC	-	LDC	-	LDC	6.4
Sonstige LIC	-	Sonstige LIC	-	Sonstige LIC	6.7
LMIC	-	LMIC	-	LMIC	85.0
UMIC	-	UMIC	-	UMIC	1.9
HIC	-	HIC	-	HIC	-
MADCT	-	MADCT	-	MADCT	-
Bilateral insgesamt	-	Bilateral insgesamt	-	Bilateral insgesamt	100.0
Europa	-	Europa	-	Europa	77.0
Nördlich der Sahara	-	Nördlich der Sahara	-	Nördlich der Sahara	1.6
Südlich der Sahara	-	Südlich der Sahara	-	Südlich der Sahara	2.3
Nord- und Mittelamerika	-	Nord- und Mittelamerika	-	Nord- und Mittelamerika	0.2
Südamerika	-	Südamerika	-	Südamerika	0.1
Naher Osten	-	Naher Osten	-	Naher Osten	8.8
Süd- und Zentralasien	-	Süd- und Zentralasien	-	Süd- und Zentralasien	9.5
Ostasien	-	Ostasien	-	Ostasien	0.4
Ozeanien	-	Ozeanien	-	Ozeanien	0.2
Bilateral insgesamt	-	Bilateral insgesamt	-	Bilateral insgesamt	100.0
Irland					
1983-1984		1993-1994		2003-2004	
Lesotho	10.0	Tansania	6.0	Uganda	8.3
Tansania	6.4	Sambia	5.6	Mosambik	8.0
Sambia	3.9	Lesotho	5.4	Äthiopien	6.8
Sudan	1.5	Sudan	2.6	Tansania	5.3
Simbabwe	0.7	Ruanda	2.1	Sambia	4.1
Kenia	0.6	Somalia	2.1	Südafrika	3.2
Burundi	0.5	Äthiopien	1.9	Lesotho	2.4
Dschibuti	0.4	Ehem. jugoslaw. Teilrepubl. (unaufg.)	1.7	Sudan	1.5
Ruanda	0.4	Uganda	1.4	Kenia	1.4
Thailand	0.2	Kenia	1.3	Palästinensische Autonomiegebiete	1.1
Bangladesch	0.2	Angola	1.2	Angola	1.0
Nigeria	0.2	Kambodscha	1.1	Afghanistan	0.9
Äthiopien	0.2	Simbabwe	0.8	Simbabwe	0.9
Swaziland	0.2	Mosambik	0.7	Timor-Leste	0.8
Sierra Leone	0.1	Nigeria	0.6	Sierra Leone	0.8
Insgesamt	25.5	Insgesamt	34.2	Insgesamt	46.4
ODA an multilaterale Stellen	57.6	ODA an multilaterale Stellen	48.9	ODA an multilaterale Stellen	31.5
Unaufgeschlüsselt	15.7	Unaufgeschlüsselt	12.7	Unaufgeschlüsselt	12.0
Gesamte ODA in Mio. US-\$	34	Gesamte ODA in Mio. US-\$	96	Gesamte ODA in Mio. US-\$	556
LDC	90.3	LDC	82.8	LDC	79.1
Sonstige LIC	6.5	Sonstige LIC	9.4	Sonstige LIC	6.7
LMIC	2.9	LMIC	6.8	LMIC	13.6
UMIC	0.2	UMIC	0.9	UMIC	0.6
HIC	-	HIC	-	HIC	-
MADCT	-	MADCT	0.0	MADCT	-
Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0
Europa	-	Europa	4.6	Europa	1.1
Nördlich der Sahara	0.4	Nördlich der Sahara	0.1	Nördlich der Sahara	0.2
Südlich der Sahara	95.3	Südlich der Sahara	85.2	Südlich der Sahara	85.2
Nord- und Mittelamerika	0.3	Nord- und Mittelamerika	1.3	Nord- und Mittelamerika	2.7
Südamerika	0.7	Südamerika	0.5	Südamerika	1.4
Naher Osten	0.1	Naher Osten	1.4	Naher Osten	3.4
Süd- und Zentralasien	1.4	Süd- und Zentralasien	2.6	Süd- und Zentralasien	3.6
Ostasien	1.9	Ostasien	4.2	Ostasien	2.5
Ozeanien	0.1	Ozeanien	0.1	Ozeanien	0.0
Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0

Tabelle 32 (Forts.) Hauptempfänger der ODA-Leistungen der einzelnen DAC-Mitglieder

Bruttoauszahlungen		Italien		Prozentuale Anteile an der gesamten ODA	
1983-1984		1993-1994		2003-2004	
Somalia	8.0	Ägypten	12.5	Demokratische Republik Kongo	8.7
Mosambik	3.4	Tansania	4.5	China	1.9
Äthiopien	3.1	China	3.4	Tunesien	1.5
Tansania	2.8	Mosambik	3.2	Afghanistan	1.4
Ägypten	2.6	Argentinien	3.0	Guinea-Bissau	1.3
Sudan	1.9	Sierra Leone	2.5	Äthiopien	1.1
Malta	1.8	Ehem. jugoslaw. Teilrepubl. (unaufg.)	2.2	Palästinensische Autonomiegebiete	1.0
Demokratische Republik Kongo	1.6	Somalia	2.0	Côte d'Ivoire	0.9
Angola	1.4	Vietnam	2.0	Algerien	0.9
Tunesien	1.2	Indonesien	1.8	Nicaragua	0.9
Türkei	1.2	Nicaragua	1.8	Albanien	0.9
China	1.1	Sambia	1.2	Marokko	0.8
Simbabwe	1.0	Philippinen	1.2	Madagaskar	0.8
Jemen	0.9	Malta	1.2	Mosambik	0.8
Ecuador	0.8	Marokko	1.2	Irak	0.7
Insgesamt	32.8	Insgesamt	43.6	Insgesamt	23.6
ODA an multilaterale Stellen	44.8	ODA an multilaterale Stellen	31.2	ODA an multilaterale Stellen	57.7
Unaufgeschlüsselt	8.6	Unaufgeschlüsselt	5.6	Unaufgeschlüsselt	6.9
Gesamte ODA in Mio. US-\$	998	Gesamte ODA in Mio. US-\$	3 174	Gesamte ODA in Mio. US-\$	2 709
LDC	62.3	LDC	33.0	LDC	53.6
Sonstige LIC	7.8	Sonstige LIC	12.6	Sonstige LIC	8.5
LMIC	22.1	LMIC	45.3	LMIC	34.8
UMIC	3.8	UMIC	7.2	UMIC	3.1
HIC	-	HIC	-	HIC	-
MADCT	4.1	MADCT	1.9	MADCT	-
Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0
Europa	6.9	Europa	7.8	Europa	7.4
Nördlich der Sahara	9.8	Nördlich der Sahara	24.4	Nördlich der Sahara	10.8
Südlich der Sahara	64.6	Südlich der Sahara	33.3	Südlich der Sahara	52.7
Nord- und Mittelamerika	3.5	Nord- und Mittelamerika	6.0	Nord- und Mittelamerika	5.2
Südamerika	5.6	Südamerika	9.5	Südamerika	4.9
Naher Osten	3.8	Naher Osten	2.4	Naher Osten	7.1
Süd- und Zentralasien	2.4	Süd- und Zentralasien	2.6	Süd- und Zentralasien	5.3
Ostasien	3.4	Ostasien	13.9	Ostasien	6.8
Ozeanien	-	Ozeanien	0.0	Ozeanien	-
Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0
Japan					
1983-1984		1993-1994		2003-2004	
China	8.2	China	10.1	China	9.9
Indonesien	7.1	Indonesien	9.2	Indonesien	6.0
Thailand	5.9	Ägypten	7.6	Philippinen	5.5
Malaysia	4.2	Philippinen	6.1	Thailand	5.0
Philippinen	4.0	Indien	4.8	Indien	4.8
Indien	2.8	Thailand	3.6	Vietnam	4.0
Bangladesch	2.6	Pakistan	2.2	Ghana	3.6
Myanmar	2.5	Bangladesch	2.1	Irak	2.3
Pakistan	2.0	Sri Lanka	1.5	Malaysia	2.1
Ägypten	1.8	Syrien	1.4	Sri Lanka	2.0
Korea	1.7	Korea	1.3	Bolivien	2.0
Sri Lanka	1.6	Mexiko	1.1	Bangladesch	2.0
Kenia	1.0	Malaysia	1.0	Pakistan	1.4
Mexiko	0.9	Kenia	1.0	Peru	1.2
Peru	0.8	Peru	0.9	Afghanistan	1.1
Insgesamt	47.0	Insgesamt	53.8	Insgesamt	52.8
ODA an multilaterale Stellen	35.7	ODA an multilaterale Stellen	22.2	ODA an multilaterale Stellen	19.0
Unaufgeschlüsselt	2.8	Unaufgeschlüsselt	6.8	Unaufgeschlüsselt	8.4
Gesamte ODA in Mio. US-\$	4 526	Gesamte ODA in Mio. US-\$	15 498	Gesamte ODA in Mio. US-\$	14 565
LDC	17.2	LDC	14.1	LDC	14.1
Sonstige LIC	22.6	Sonstige LIC	28.1	Sonstige LIC	31.6
LMIC	45.0	LMIC	50.1	LMIC	48.3
UMIC	11.4	UMIC	5.6	UMIC	6.0
HIC	0.0	HIC	0.0	HIC	0.0
MADCT	3.7	MADCT	2.1	MADCT	-
Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0
Europa	1.4	Europa	0.6	Europa	2.0
Nördlich der Sahara	4.5	Nördlich der Sahara	11.4	Nördlich der Sahara	2.8
Südlich der Sahara	10.1	Südlich der Sahara	10.3	Südlich der Sahara	12.7
Nord- und Mittelamerika	2.9	Nord- und Mittelamerika	3.6	Nord- und Mittelamerika	3.1
Südamerika	6.0	Südamerika	5.4	Südamerika	7.0
Naher Osten	2.8	Naher Osten	3.3	Naher Osten	5.0
Süd- und Zentralasien	19.8	Süd- und Zentralasien	17.5	Süd- und Zentralasien	19.6
Ostasien	51.7	Ostasien	46.7	Ostasien	47.2
Ozeanien	0.9	Ozeanien	1.3	Ozeanien	0.7
Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0

Tabelle 32 (Forts.) Hauptempfänger der ODA-Leistungen der einzelnen DAC-Mitglieder

Bruttoauszahlungen		Luxemburg		Prozentuale Anteile an der gesamten ODA	
1983-1984		1993-1994		2003-2004	
		Kap Verde	6.4	Kap Verde	5.3
		Burundi	5.5	Vietnam	4.9
		Tunesien	3.7	Laos	3.5
		Nicaragua	3.7	Burkina Faso	3.5
		Niger	3.6	Senegal	3.3
		Djibuti	3.6	Nicaragua	3.3
		El Salvador	3.6	Mali	3.3
		Ruanda	3.2	Namibia	3.1
		Ehem. jugoslaw. Teilrepubl. (unaufg.)	3.0	El Salvador	2.8
		Indien	2.6	Niger	2.8
		Gambia	2.6	Serbien und Montenegro	1.8
		Kolumbien	2.0	Ruanda	1.7
		Peru	1.8	Ehem. jugoslaw. Teilrepubl. (unaufg.)	1.7
		Chile	1.6	Palästinensische Autonomiegebiete	1.2
		Brasilien	1.4	Irak	1.2
		Insgesamt	48.1	Insgesamt	43.3
ODA an multilaterale Stellen	-	ODA an multilaterale Stellen	20.2	ODA an multilaterale Stellen	25.3
Unaufgeschlüsselt	-	Unaufgeschlüsselt	13.6	Unaufgeschlüsselt	13.4
Gesamte ODA in Mio. US-\$	-	Gesamte ODA in Mio. US-\$	45	Gesamte ODA in Mio. US-\$	215
LDC	-	LDC	49.1	LDC	48.1
Sonstige LIC	-	Sonstige LIC	14.1	Sonstige LIC	19.1
LMIC	-	LMIC	29.1	LMIC	29.9
UMIC	-	UMIC	7.7	UMIC	2.9
HIC	-	HIC	-	HIC	-
MADCT	-	MADCT	-	MADCT	-
Bilateral insgesamt	-	Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0
Europa	-	Europa	5.0	Europa	7.0
Nördlich der Sahara	-	Nördlich der Sahara	5.9	Nördlich der Sahara	3.1
Südlich der Sahara	-	Südlich der Sahara	51.1	Südlich der Sahara	48.5
Nord- und Mittelamerika	-	Nord- und Mittelamerika	12.5	Nord- und Mittelamerika	10.4
Südamerika	-	Südamerika	12.2	Südamerika	5.6
Naher Osten	-	Naher Osten	0.7	Naher Osten	4.7
Süd- und Zentralasien	-	Süd- und Zentralasien	8.4	Süd- und Zentralasien	4.6
Ostasien	-	Ostasien	4.1	Ostasien	16.0
Ozeanien	-	Ozeanien	-	Ozeanien	-
Bilateral insgesamt	-	Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0
Niederlande					
1983-1984		1993-1994		2003-2004	
Indonesien	6.3	Ehem. jugoslaw. Teilrepubl. (unaufg.)	4.0	Demokratische Republik Kongo	3.1
Indien	6.0	Indien	3.6	Ghana	2.4
Niederländische Antillen	5.0	Niederländische Antillen	2.7	Irak	2.4
Bangladesch	3.6	Bangladesch	2.3	Tansania	2.4
Tansania	3.0	Suriname	2.1	Indien	2.0
Sudan	2.4	Tansania	2.1	Afghanistan	1.9
Kenia	2.3	Kenia	2.0	Indonesien	1.8
Peru	2.1	Mosambik	1.8	Uganda	1.4
Sri Lanka	1.8	Bolivien	1.2	Bangladesch	1.4
Mosambik	1.8	Äthiopien	1.2	Äthiopien	1.3
Jemen	1.7	Sambia	1.2	Mali	1.2
Burkina Faso	1.7	Peru	1.2	Mosambik	1.1
Nicaragua	1.5	Sudan	1.2	Bolivien	1.1
Simbabwe	1.3	Nicaragua	1.2	Swasiland	1.1
Sambia	1.2	Burkina Faso	1.2	Burkina Faso	1.1
Insgesamt	41.7	Insgesamt	28.8	Insgesamt	25.7
ODA an multilaterale Stellen	30.1	ODA an multilaterale Stellen	28.6	ODA an multilaterale Stellen	29.8
Unaufgeschlüsselt	10.9	Unaufgeschlüsselt	17.7	Unaufgeschlüsselt	23.7
Gesamte ODA in Mio. US-\$	1 281	Gesamte ODA in Mio. US-\$	2 741	Gesamte ODA in Mio. US-\$	4 487
LDC	38.6	LDC	35.5	LDC	46.4
Sonstige LIC	33.3	Sonstige LIC	20.7	Sonstige LIC	22.6
LMIC	16.4	LMIC	31.8	LMIC	29.4
UMIC	2.8	UMIC	4.6	UMIC	1.5
HIC	-	HIC	-	HIC	0.0
MADCT	8.8	MADCT	7.4	MADCT	-
Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0
Europa	0.8	Europa	9.7	Europa	5.6
Nördlich der Sahara	3.0	Nördlich der Sahara	1.8	Nördlich der Sahara	0.9
Südlich der Sahara	36.0	Südlich der Sahara	36.6	Südlich der Sahara	49.1
Nord- und Mittelamerika	14.1	Nord- und Mittelamerika	13.8	Nord- und Mittelamerika	4.9
Südamerika	8.1	Südamerika	12.4	Südamerika	7.4
Naher Osten	3.3	Naher Osten	4.9	Naher Osten	7.8
Süd- und Zentralasien	21.6	Süd- und Zentralasien	16.0	Süd- und Zentralasien	14.7
Ostasien	12.8	Ostasien	4.7	Ostasien	9.5
Ozeanien	0.3	Ozeanien	0.1	Ozeanien	0.1
Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0

Tabelle 32 (Forts.) Hauptempfänger der ODA-Leistungen der einzelnen DAC-Mitglieder

Bruttoauszahlungen		Neuseeland		Prozentuale Anteile an der gesamten ODA	
1983-1984		1993-1994		2003-2004	
Cookinseln	12.2	Cookinseln	7.3	Salomonen	4.7
Niue	7.1	Samoa	5.2	Niue	4.5
Samoa	6.6	Fidschi	5.1	Papua-Neuguinea	4.3
Indonesien	6.0	Niue	4.9	Tokelau	3.7
Fidschi	6.0	Tonga	3.9	Irak	3.2
Tonga	5.2	Papua-Neuguinea	3.6	Afghanistan	3.0
Papua-Neuguinea	3.1	Indonesien	2.9	Indonesien	3.0
Tokelau	2.9	Salomonen	2.7	Samoa	2.8
Philippinen	1.9	Tokelau	2.5	Vanuatu	2.5
Salomonen	1.6	Vanuatu	2.3	Tonga	2.0
Thailand	1.4	Kiribati	1.5	Cookinseln	1.9
Vanuatu	1.4	Philippinen	1.4	Timor-Leste	1.7
Tuvalu	0.8	Tuvalu	1.1	Vietnam	1.6
Kiribati	0.7	Thailand	1.1	Sudan	1.5
Malaysia	0.3	China	0.8	Philippinen	1.5
Insgesamt	57.1	Insgesamt	46.3	Insgesamt	41.9
ODA an multilaterale Stellen	21.2	ODA an multilaterale Stellen	23.6	ODA an multilaterale Stellen	23.7
Unaufgeschlüsselt	20.7	Unaufgeschlüsselt	24.8	Unaufgeschlüsselt	17.9
Gesamte ODA in Mio. US-\$	58	Gesamte ODA in Mio. US-\$	104	Gesamte ODA in Mio. US-\$	189
LDC	19.6	LDC	29.2	LDC	42.3
Sonstige LIC	16.0	Sonstige LIC	15.6	Sonstige LIC	18.8
LMIC	42.4	LMIC	39.8	LMIC	33.8
UMIC	21.5	UMIC	15.1	UMIC	5.1
HIC	-	HIC	-	HIC	-
MADCT	0.4	MADCT	0.4	MADCT	-
Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0
Europa	-	Europa	0.2	Europa	0.0
Nördlich der Sahara	-	Nördlich der Sahara	-	Nördlich der Sahara	0.0
Südlich der Sahara	0.4	Südlich der Sahara	4.1	Südlich der Sahara	9.8
Nord- und Mittelamerika	0.1	Nord- und Mittelamerika	0.4	Nord- und Mittelamerika	0.7
Südamerika	0.1	Südamerika	0.6	Südamerika	1.5
Naher Osten	0.1	Naher Osten	0.0	Naher Osten	5.2
Süd- und Zentralasien	0.4	Süd- und Zentralasien	1.6	Süd- und Zentralasien	8.6
Ostasien	13.2	Ostasien	13.3	Ostasien	18.7
Ozeanien	85.8	Ozeanien	79.8	Ozeanien	55.4
Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0
		Norwegen			
1983-1984		1993-1994		2003-2004	
Tansania	9.0	Mosambik	6.1	Afghanistan	3.2
Bangladesch	4.2	Tansania	5.5	Tansania	3.0
Kenia	3.8	Sambia	3.9	Mosambik	2.7
Indien	3.5	Bangladesch	3.3	Palästinensische Autonomiegebiete	2.5
Mosambik	2.9	Ehem. jugoslaw. Teilrepubl. (unaufg.)	3.1	Sudan	2.1
Sambia	2.9	Bosnien und Herzegowina	2.7	Serbien und Montenegro	1.9
Sri Lanka	2.1	Äthiopien	1.8	Uganda	1.9
Pakistan	2.1	Nicaragua	1.8	Irak	1.8
Simbabwe	2.0	China	1.6	Somalia	1.7
China	1.6	Uganda	1.5	Sambia	1.7
Botsuana	1.4	Simbabwe	1.5	Äthiopien	1.7
Sudan	1.2	Südafrika	1.5	Sri Lanka	1.4
Äthiopien	1.0	Sri Lanka	1.3	Malawi	1.3
Philippinen	0.8	Indien	1.2	Angola	1.2
Nicaragua	0.7	Angola	1.1	Nepal	1.0
Insgesamt	39.1	Insgesamt	37.8	Insgesamt	29.1
ODA an multilaterale Stellen	43.4	ODA an multilaterale Stellen	30.9	ODA an multilaterale Stellen	29.2
Unaufgeschlüsselt	9.9	Unaufgeschlüsselt	14.8	Unaufgeschlüsselt	21.4
Gesamte ODA in Mio. US-\$	562	Gesamte ODA in Mio. US-\$	1 077	Gesamte ODA in Mio. US-\$	2 127
LDC	53.6	LDC	58.3	LDC	56.8
Sonstige LIC	27.5	Sonstige LIC	12.1	Sonstige LIC	10.2
LMIC	14.9	LMIC	26.5	LMIC	29.9
UMIC	4.0	UMIC	3.1	UMIC	3.1
HIC	-	HIC	-	HIC	-
MADCT	0.0	MADCT	0.0	MADCT	-
Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0
Europa	2.4	Europa	10.9	Europa	12.2
Nördlich der Sahara	0.3	Nördlich der Sahara	0.4	Nördlich der Sahara	0.4
Südlich der Sahara	58.9	Südlich der Sahara	56.3	Südlich der Sahara	47.8
Nord- und Mittelamerika	3.1	Nord- und Mittelamerika	6.4	Nord- und Mittelamerika	4.5
Südamerika	1.0	Südamerika	1.7	Südamerika	2.7
Naher Osten	1.0	Naher Osten	2.3	Naher Osten	10.3
Süd- und Zentralasien	26.5	Süd- und Zentralasien	15.6	Süd- und Zentralasien	17.0
Ostasien	6.7	Ostasien	6.4	Ostasien	5.1
Ozeanien	0.2	Ozeanien	0.0	Ozeanien	0.0
Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0

Tabelle 32 (Forts.) Hauptempfänger der ODA-Leistungen der einzelnen DAC-Mitglieder

<i>Bruttoauszahlungen</i>		Portugal		<i>Prozentuale Anteile an der gesamten ODA</i>	
1983-1984		1993-1994		2003-2004	
		Mosambik	27.9	Angola	54.2
		Guinea-Bissau	17.8	Kap Verde	5.7
		Angola	6.9	Timor-Leste	5.0
		Kap Verde	5.9	Mosambik	3.2
		São Tomé und Príncipe	3.3	São Tomé und Príncipe	1.8
		Ehem. jugoslaw. Teilrepubl. (unaufg.)	0.2	Irak	1.7
		Brasilien	0.1	Guinea-Bissau	1.5
		Marokko	0.1	Bosnien und Herzegowina	0.6
		China	0.1	Sierra Leone	0.4
		Somalia	0.1	Demokratische Republik Kongo	0.2
		Timor-Leste	0.0	Afghanistan	0.2
		Tunesien	0.0	Ehem. jugoslaw. Teilrepubl. (unaufg.)	0.1
		Südafrika	0.0	Ruanda	0.1
		Kambodscha	0.0	Mazedonien (EJR)	0.1
		Irak	0.0	Brasilien	0.1
		Insgesamt	62.6	Insgesamt	74.9
ODA an multilaterale Stellen	-	ODA an multilaterale Stellen	27.4	ODA an multilaterale Stellen	21.8
Unaufgeschlüsselt	-	Unaufgeschlüsselt	9.8	Unaufgeschlüsselt	2.9
Gesamte ODA in Mio. US-\$	-	Gesamte ODA in Mio. US-\$	274	Gesamte ODA in Mio. US-\$	679
LDC	-	LDC	98.9	LDC	96.1
Sonstige LIC	-	Sonstige LIC	0.1	Sonstige LIC	0.1
LMIC	-	LMIC	0.7	LMIC	3.7
UMIC	-	UMIC	0.3	UMIC	0.2
HIC	-	HIC	-	HIC	-
MADCT	-	MADCT	0.0	MADCT	-
Bilateral insgesamt	-	Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0
Europa	-	Europa	0.2	Europa	1.1
Nördlich der Sahara	-	Nördlich der Sahara	0.2	Nördlich der Sahara	0.1
Südlich der Sahara	-	Südlich der Sahara	99.0	Südlich der Sahara	89.3
Nord- und Mittelamerika	-	Nord- und Mittelamerika	0.0	Nord- und Mittelamerika	0.0
Südamerika	-	Südamerika	0.2	Südamerika	0.2
Naher Osten	-	Naher Osten	0.1	Naher Osten	2.3
Süd- und Zentralasien	-	Süd- und Zentralasien	0.0	Süd- und Zentralasien	0.3
Ostasien	-	Ostasien	0.2	Ostasien	6.7
Ozeanien	-	Ozeanien	-	Ozeanien	-
Bilateral insgesamt	-	Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0
Spanien					
1983-1984		1993-1994		2003-2004	
		Mexiko	13.6	Nicaragua	5.8
		China	10.9	Bolivien	3.2
		Indonesien	3.7	Marokko	3.0
		Marokko	3.6	China	2.4
		Ecuador	3.5	Honduras	2.3
		Algerien	3.4	Peru	2.1
		Argentinien	3.2	Türkei	1.9
		Bolivien	2.6	Irak	1.7
		Uruguay	2.4	Argentinien	1.6
		Côte d'Ivoire	2.1	Ecuador	1.6
		Honduras	2.1	Dominikanische Republik	1.5
		Philippinen	1.8	Bosnien und Herzegowina	1.1
		Angola	0.9	Mosambik	1.1
		Äquatorialguinea	0.9	El Salvador	1.1
		Nicaragua	0.9	Senegal	1.1
		Insgesamt	55.7	Insgesamt	31.4
ODA an multilaterale Stellen	-	ODA an multilaterale Stellen	30.3	ODA an multilaterale Stellen	37.7
Unaufgeschlüsselt	100.0	Unaufgeschlüsselt	6.0	Unaufgeschlüsselt	10.6
Gesamte ODA in Mio. US-\$	84	Gesamte ODA in Mio. US-\$	1 350	Gesamte ODA in Mio. US-\$	2 450
LDC	-	LDC	6.8	LDC	14.5
Sonstige LIC	-	Sonstige LIC	11.3	Sonstige LIC	16.1
LMIC	-	LMIC	49.4	LMIC	60.6
UMIC	-	UMIC	32.5	UMIC	8.8
HIC	-	HIC	-	HIC	-
MADCT	-	MADCT	0.0	MADCT	-
Bilateral insgesamt	-	Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0
Europa	-	Europa	0.2	Europa	8.3
Nördlich der Sahara	-	Nördlich der Sahara	11.1	Nördlich der Sahara	10.9
Südlich der Sahara	-	Südlich der Sahara	10.3	Südlich der Sahara	15.0
Nord- und Mittelamerika	-	Nord- und Mittelamerika	27.8	Nord- und Mittelamerika	26.0
Südamerika	-	Südamerika	24.4	Südamerika	21.4
Naher Osten	-	Naher Osten	1.0	Naher Osten	6.6
Süd- und Zentralasien	-	Süd- und Zentralasien	0.3	Süd- und Zentralasien	2.8
Ostasien	-	Ostasien	24.9	Ostasien	9.0
Ozeanien	-	Ozeanien	-	Ozeanien	0.0
Bilateral insgesamt	-	Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0

Tabelle 32 (Forts.) Hauptempfänger der ODA-Leistungen der einzelnen DAC-Mitglieder

Bruttoauszahlungen		Schweden		Prozentuale Anteile an der gesamten ODA	
1983-1984		1993-1994		2003-2004	
Tansania	8.3	Indien	4.4	Demokratische Republik Kongo	3.8
Vietnam	7.5	Mosambik	4.1	Tansania	2.9
Indien	6.5	Tansania	4.0	Mosambik	2.4
Mosambik	4.5	Ehem. jugoslaw. Teilrepubl. (unaufg.)	3.3	Afghanistan	1.9
Sri Lanka	4.0	Äthiopien	2.2	Äthiopien	1.5
Sambia	3.3	Sambia	1.9	Nicaragua	1.5
Simbabwe	2.3	Simbabwe	1.9	Uganda	1.5
Äthiopien	2.2	Südafrika	1.9	Palästinensische Autonomiegebiete	1.5
Kenia	2.0	Nicaragua	1.9	Serbien und Montenegro	1.5
Bangladesch	1.9	Vietnam	1.8	Bosnien und Herzegowina	1.4
Angola	1.8	China	1.5	Bangladesch	1.2
Nicaragua	1.6	Bangladesch	1.5	Kenia	1.1
Botsuana	1.5	Angola	1.4	Bolivien	1.0
Guinea-Bissau	1.1	Bosnien und Herzegowina	1.4	Südafrika	1.0
Laos	0.9	Uganda	1.2	Vietnam	0.9
Insgesamt	49.5	Insgesamt	34.2	Insgesamt	25.1
ODA an multilaterale Stellen	29.6	ODA an multilaterale Stellen	24.6	ODA an multilaterale Stellen	24.7
Unaufgeschlüsselt	15.8	Unaufgeschlüsselt	21.6	Unaufgeschlüsselt	32.5
Gesamte ODA in Mio. US-\$	749	Gesamte ODA in Mio. US-\$	1 794	Gesamte ODA in Mio. US-\$	2 561
LDC	48.8	LDC	42.3	LDC	54.6
Sonstige LIC	36.8	Sonstige LIC	22.0	Sonstige LIC	15.6
LMIC	10.9	LMIC	29.7	LMIC	28.5
UMIC	3.5	UMIC	5.9	UMIC	1.2
HIC	-	HIC	-	HIC	-
MADCT	0.0	MADCT	0.0	MADCT	-
Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0
Europa	0.1	Europa	11.2	Europa	9.7
Nördlich der Sahara	1.1	Nördlich der Sahara	1.1	Nördlich der Sahara	0.4
Südlich der Sahara	54.9	Südlich der Sahara	47.1	Südlich der Sahara	50.9
Nord- und Mittelamerika	3.8	Nord- und Mittelamerika	7.6	Nord- und Mittelamerika	8.2
Südamerika	0.7	Südamerika	4.8	Südamerika	4.2
Naher Osten	0.8	Naher Osten	2.9	Naher Osten	5.2
Süd- und Zentralasien	22.8	Süd- und Zentralasien	13.9	Süd- und Zentralasien	11.6
Ostasien	15.8	Ostasien	11.4	Ostasien	9.8
Ozeanien	-	Ozeanien	0.0	Ozeanien	0.0
Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0
		Schweiz			
1983-1984		1993-1994		2003-2004	
Indien	7.0	Indien	3.1	Serbien und Montenegro	4.0
Nepal	3.1	Ehem. jugoslaw. Teilrepubl. (unaufg.)	2.8	Indien	1.9
Madagaskar	2.5	Mosambik	2.8	Tansania	1.8
Ruanda	2.4	Indonesien	2.7	Mosambik	1.7
Mali	2.2	Ruanda	2.4	Burkina Faso	1.4
Honduras	2.0	Bolivien	2.1	Demokratische Republik Kongo	1.4
Sudan	2.0	Bangladesch	2.0	Peru	1.2
Tansania	2.0	Tansania	1.8	Bolivien	1.2
Kenia	1.5	Madagaskar	1.8	Afghanistan	1.2
Peru	1.4	Nepal	1.7	Nicaragua	1.1
Indonesien	1.4	Pakistan	1.5	Vietnam	1.1
Äthiopien	1.3	Philippinen	1.4	Tadschikistan	1.1
Bangladesch	1.2	Vietnam	1.3	Nepal	1.0
Senegal	1.2	Burkina Faso	1.1	Bosnien und Herzegowina	0.9
Pakistan	1.2	Niger	1.0	Palästinensische Autonomiegebiete	0.9
Insgesamt	32.3	Insgesamt	29.4	Insgesamt	22.0
ODA an multilaterale Stellen	27.7	ODA an multilaterale Stellen	23.3	ODA an multilaterale Stellen	24.9
Unaufgeschlüsselt	18.0	Unaufgeschlüsselt	21.8	Unaufgeschlüsselt	31.1
Gesamte ODA in Mio. US-\$	305	Gesamte ODA in Mio. US-\$	892	Gesamte ODA in Mio. US-\$	1 430
LDC	51.9	LDC	44.5	LDC	40.8
Sonstige LIC	27.5	Sonstige LIC	23.6	Sonstige LIC	23.3
LMIC	17.9	LMIC	29.4	LMIC	34.4
UMIC	2.4	UMIC	2.2	UMIC	1.4
HIC	-	HIC	-	HIC	-
MADCT	0.3	MADCT	0.4	MADCT	-
Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0
Europa	2.0	Europa	7.6	Europa	15.0
Nördlich der Sahara	1.9	Nördlich der Sahara	2.2	Nördlich der Sahara	1.1
Südlich der Sahara	49.0	Südlich der Sahara	37.5	Südlich der Sahara	35.4
Nord- und Mittelamerika	8.0	Nord- und Mittelamerika	7.1	Nord- und Mittelamerika	6.2
Südamerika	6.7	Südamerika	8.3	Südamerika	9.2
Naher Osten	2.8	Naher Osten	4.2	Naher Osten	3.5
Süd- und Zentralasien	24.9	Süd- und Zentralasien	19.5	Süd- und Zentralasien	21.5
Ostasien	4.5	Ostasien	13.5	Ostasien	8.0
Ozeanien	0.1	Ozeanien	0.1	Ozeanien	0.0
Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0

Tabelle 32 (Forts.) Hauptempfänger der ODA-Leistungen der einzelnen DAC-Mitglieder

Bruttoauszahlungen	Vereinigtes Königreich		Prozentuale Anteile an der gesamten ODA		
	1983-1984	1993-1994	2003-2004		
Indien	11.8	Indien	3.9	Indien	5.7
Kenia	2.8	Ehem. jugoslaw. Teilrepubl. (unaufg.)	3.1	Bangladesch	3.6
Sudan	2.6	Bangladesch	2.2	Tansania	3.6
Bangladesch	2.6	Sambia	1.9	Irak	3.1
Sri Lanka	2.3	Uganda	1.7	Ghana	2.7
Tansania	2.2	Kenia	1.5	Sambia	2.4
Pakistan	1.5	Mosambik	1.4	Demokratische Republik Kongo	2.2
Sambia	1.3	China	1.4	Afghanistan	2.2
Simbabwe	1.2	Tansania	1.3	Malawi	1.6
Ägypten	1.1	Malawi	1.3	Südafrika	1.5
Malawi	1.1	Pakistan	1.2	Pakistan	1.5
Indonesien	1.0	Indonesien	1.2	Uganda	1.4
Botsuana	0.8	Ghana	1.2	Äthiopien	1.4
Nepal	0.7	Malaysia	1.0	Nigeria	1.1
Falklandinseln	0.7	Simbabwe	1.0	Sudan	1.0
Insgesamt	33.6	Insgesamt	25.3	Insgesamt	35.2
ODA an multilaterale Stellen	42.5	ODA an multilaterale Stellen	44.8	ODA an multilaterale Stellen	34.3
Unaufgeschlüsselt	10.6	Unaufgeschlüsselt	13.0	Unaufgeschlüsselt	16.4
Gesamte ODA in Mio. US-\$	1 644	Gesamte ODA in Mio. US-\$	3 170	Gesamte ODA in Mio. US-\$	7 348
LDC	33.3	LDC	38.1	LDC	49.8
Sonstige LIC	42.1	Sonstige LIC	26.6	Sonstige LIC	30.5
LMIC	13.8	LMIC	26.0	LMIC	17.1
UMIC	8.1	UMIC	8.8	UMIC	2.6
HIC	-	HIC	-	HIC	-
MADCT	2.7	MADCT	0.5	MADCT	-
Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0
Europa	1.7	Europa	9.3	Europa	1.2
Nördlich der Sahara	2.6	Nördlich der Sahara	1.4	Nördlich der Sahara	1.1
Südlich der Sahara	37.7	Südlich der Sahara	43.2	Südlich der Sahara	51.4
Nord- und Mittelamerika	4.9	Nord- und Mittelamerika	5.7	Nord- und Mittelamerika	2.6
Südamerika	3.8	Südamerika	3.3	Südamerika	2.0
Naher Osten	1.9	Naher Osten	2.7	Naher Osten	7.5
Süd- und Zentralasien	40.4	Süd- und Zentralasien	20.8	Süd- und Zentralasien	29.0
Ostasien	3.3	Ostasien	12.0	Ostasien	5.1
Ozeanien	3.9	Ozeanien	1.7	Ozeanien	0.2
Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0
Vereinigte Staaten					
	1983-1984		1993-1994		2003-2004
Israel	14.1	Israel	10.9	Irak	11.8
Ägypten	13.0	Ägypten	7.1	Demokratische Republik Kongo	4.1
El Salvador	2.5	El Salvador	4.1	Ägypten	3.9
Bangladesch	2.3	Somalia	3.6	Jordanien	3.4
Türkei	2.2	Haiti	2.7	Afghanistan	3.3
Costa Rica	2.1	Philippinen	1.8	Pakistan	3.0
Indien	1.9	Kolumbien	1.4	Kolumbien	2.8
Nördliche Marianen	1.7	Jordanien	1.3	Äthiopien	2.6
Philippinen	1.6	Jamaika	1.3	Sudan	1.4
Sudan	1.6	Bolivien	1.2	Palästinensische Autonomiegebiete	1.2
Indonesien	1.3	Indien	1.2	Peru	1.1
Pakistan	1.3	Äthiopien	1.1	Bolivien	1.1
Jamaika	1.2	Bangladesch	1.0	Serbien und Montenegro	1.0
Peru	1.2	Peru	0.9	Uganda	1.0
Honduras	1.1	Ruanda	0.9	Indonesien	1.0
Insgesamt	49.1	Insgesamt	40.5	Insgesamt	42.7
ODA an multilaterale Stellen	26.6	ODA an multilaterale Stellen	23.3	ODA an multilaterale Stellen	13.2
Unaufgeschlüsselt	8.7	Unaufgeschlüsselt	14.7	Unaufgeschlüsselt	23.2
Gesamte ODA in Mio. US-\$	8 971	Gesamte ODA in Mio. US-\$	11 754	Gesamte ODA in Mio. US-\$	19 431
LDC	16.8	LDC	24.7	LDC	31.5
Sonstige LIC	9.7	Sonstige LIC	10.1	Sonstige LIC	15.7
LMIC	43.2	LMIC	41.6	LMIC	50.9
UMIC	5.7	UMIC	5.3	UMIC	1.9
HIC	-	HIC	-	HIC	0.0
MADCT	24.6	MADCT	18.4	MADCT	-
Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0
Europa	4.1	Europa	2.1	Europa	4.5
Nördlich der Sahara	21.3	Nördlich der Sahara	11.5	Nördlich der Sahara	5.8
Südlich der Sahara	14.4	Südlich der Sahara	19.8	Südlich der Sahara	30.2
Nord- und Mittelamerika	15.4	Nord- und Mittelamerika	16.3	Nord- und Mittelamerika	4.8
Südamerika	3.5	Südamerika	7.6	Südamerika	9.5
Naher Osten	23.3	Naher Osten	24.3	Naher Osten	24.0
Süd- und Zentralasien	10.1	Süd- und Zentralasien	9.8	Süd- und Zentralasien	16.0
Ostasien	5.0	Ostasien	5.2	Ostasien	4.0
Ozeanien	2.8	Ozeanien	3.4	Ozeanien	1.2
Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0

Tabelle 32 (Forts.) Hauptempfänger der ODA-Leistungen der einzelnen DAC-Mitglieder

Bruttoauszahlungen	DAC-Mitglieder insgesamt		Prozentuale Anteile an der gesamten ODA		
	1983-1984	1993-1994	2003-2004		
Ägypten	5.2	Ägypten	5.0	Irak	3.8
Israel	4.7	China	3.8	Demokratische Republik Kongo	3.7
Indien	3.3	Indonesien	3.6	China	2.7
Indonesien	2.7	Indien	2.5	Indien	2.0
Bangladesch	2.2	Philippinen	2.2	Indonesien	1.8
China	1.7	Israel	2.2	Afghanistan	1.7
Tansania	1.4	Ehem. jugoslaw. Teilrepubl. (unaufg.)	1.4	Ägypten	1.5
Philippinen	1.4	Bangladesch	1.4	Pakistan	1.5
Thailand	1.3	Côte d'Ivoire	1.3	Ghana	1.4
Pakistan	1.3	Pakistan	1.2	Vietnam	1.3
Sudan	1.3	Mosambik	1.2	Philippinen	1.3
Türkei	1.2	Thailand	1.2	Tansania	1.3
Sri Lanka	1.2	Tansania	1.1	Äthiopien	1.2
Kenia	1.1	El Salvador	0.9	Bangladesch	1.1
Papua-Neuguinea	1.0	Sambia	0.9	Nicaragua	1.0
Insgesamt	31.0	Insgesamt	29.9	Insgesamt	27.3
ODA an multilaterale Stellen	31.0	ODA an multilaterale Stellen	26.7	ODA an multilaterale Stellen	26.2
Unaufgeschlüsselt	9.9	Unaufgeschlüsselt	11.9	Unaufgeschlüsselt	16.5
Gesamte ODA in Mio. US-\$	29 132	Gesamte ODA in Mio. US-\$	65 677	Gesamte ODA in Mio. US-\$	85 917
LDC	27.4	LDC	25.3	LDC	34.8
Sonstige LIC	20.9	Sonstige LIC	22.7	Sonstige LIC	22.7
LMIC	32.3	LMIC	38.8	LMIC	38.3
UMIC	6.9	UMIC	6.4	UMIC	4.1
HIC	0.0	HIC	0.0	HIC	0.0
MADCT	12.1	MADCT	6.6	MADCT	-
Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0
Europa	2.9	Europa	4.3	Europa	4.9
Nördlich der Sahara	11.8	Nördlich der Sahara	10.5	Nördlich der Sahara	5.1
Südlich der Sahara	27.9	Südlich der Sahara	28.3	Südlich der Sahara	35.8
Nord- und Mittelamerika	8.0	Nord- und Mittelamerika	7.2	Nord- und Mittelamerika	5.0
Südamerika	4.5	Südamerika	6.5	Südamerika	6.6
Naher Osten	9.9	Naher Osten	7.1	Naher Osten	10.1
Süd- und Zentralasien	15.0	Süd- und Zentralasien	11.4	Süd- und Zentralasien	14.9
Ostasien	14.8	Ostasien	20.8	Ostasien	16.0
Ozeanien	5.3	Ozeanien	3.9	Ozeanien	1.6
Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0
Europäische Kommission					
	1983-1984	1993-1994	2003-2004		
Indien	7.2	Ehem. jugoslaw. Teilrepubl. (unaufg.)	7.2	Serbien und Montenegro	4.3
Äthiopien	4.4	Marokko	4.2	Türkei	2.8
Bangladesch	3.8	Äthiopien	3.2	Afghanistan	2.6
Demokratische Republik Kongo	3.6	Ägypten	2.2	Palästinensische Autonomiegebiete	2.2
Ägypten	3.1	Sambia	2.0	Marokko	2.2
Türkei	2.8	Mosambik	1.9	Tansania	2.1
Sudan	2.8	Côte d'Ivoire	1.8	Demokratische Republik Kongo	2.0
Ghana	2.5	Tansania	1.7	Ägypten	2.0
Tansania	2.5	Simbabwe	1.7	Sudan	1.9
Marokko	1.9	Nigeria	1.6	Südafrika	1.7
Madagaskar	1.7	Südafrika	1.6	Äthiopien	1.7
Mali	1.7	Palästinensische Autonomiegebiete	1.5	Bosnien und Herzegowina	1.6
Uganda	1.6	Albanien	1.5	Mosambik	1.5
Somalia	1.6	Burkina Faso	1.4	Mali	1.4
Tschad	1.6	Kamerun	1.4	Madagaskar	1.3
Insgesamt	42.7	Insgesamt	34.9	Insgesamt	31.4
ODA an multilaterale Stellen	0.0	ODA an multilaterale Stellen	8.6	ODA an multilaterale Stellen	8.3
Unaufgeschlüsselt	16.3	Unaufgeschlüsselt	11.8	Unaufgeschlüsselt	19.9
Gesamte ODA in Mio. US-\$	1 198	Gesamte ODA in Mio. US-\$	4 795	Gesamte ODA in Mio. US-\$	8 182
LDC	55.4	LDC	37.4	LDC	42.8
Sonstige LIC	22.0	Sonstige LIC	19.3	Sonstige LIC	12.4
LMIC	19.4	LMIC	37.8	LMIC	40.6
UMIC	2.3	UMIC	4.2	UMIC	4.1
HIC	-	HIC	0.1	HIC	-
MADCT	0.9	MADCT	1.2	MADCT	-
Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0
Europa	4.9	Europa	12.2	Europa	14.1
Nördlich der Sahara	7.3	Nördlich der Sahara	11.4	Nördlich der Sahara	9.5
Südlich der Sahara	59.1	Südlich der Sahara	48.6	Südlich der Sahara	44.3
Nord- und Mittelamerika	3.9	Nord- und Mittelamerika	5.7	Nord- und Mittelamerika	5.5
Südamerika	2.2	Südamerika	3.9	Südamerika	3.3
Naher Osten	1.3	Naher Osten	4.8	Naher Osten	9.4
Süd- und Zentralasien	15.8	Süd- und Zentralasien	9.2	Süd- und Zentralasien	9.2
Ostasien	1.8	Ostasien	2.8	Ostasien	3.8
Ozeanien	3.6	Ozeanien	1.3	Ozeanien	0.9
Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0	Bilateral insgesamt	100.0

Tabelle 33 ODA-Leistungen von Nicht-DAC-Gebern

Nettoauszahlungen						Mio. US-\$
	2000	2001	2002	2003	2004	Nachrichtlich: 2004 ODA/BNE (in %)
Nicht-DAC-OECD-Länder						
Tschechische Republik	16	26	45	91	108	0.11
Ungarn	21	55	0.06
Island	9	10	13	18	21	0.18
Korea	212	265	279	366	423	0.06
Polen	29	36	14	27	118	0.05
Slowakische Republik	6	8	7	15	28	0.07
Türkei	82	64	73	67	339	0.11
Arabische Länder						
Kuwait	165	73	20	138	209	..
Saudi-Arabien	295	490	2 478	2 391	1 734	0.69
Verein. Arabische Emirate	150	127	156	188	181	..
Sonstige Geber						
Chinesisch Taipeh	421	0.13
Israel ^a	164	76	114	92	66	0.06
Sonstige Geber ^b	1	2	3	4	22	0.05
INSGESAMT	1 128	1 178	3 201	3 416	3 726	..
<i>davon: Bilateral</i>						
Nicht-DAC-OECD-Länder						
Tschechische Republik	6	15	31	80	63	
Ungarn	14	21	
Island	4	5	5	14	16	
Korea	131	172	207	245	331	
Polen	13	31	9	19	25	
Slowakische Republik	2	3	4	9	11	
Türkei	26	19	27	26	292	
Arabische Länder						
Kuwait	164	73	20	114	185	
Saudi-Arabien	129	395	2 146	2 340	1 691	
Verein. Arabische Emirate	150	127	156	188	181	
Sonstige Geber						
Chinesisch Taipeh	410	
Israel ^a	158	69	107	84	57	
Sonstige Geber ^b	0	1	0	1	2	
INSGESAMT	784	909	2 711	3 134	3 285	

a) Diese Zahlen umfassen auch Unterhaltskosten in Höhe von 66,8 Mio. US-\$ im Jahr 2000, 50,1 Mio. US-\$ im Jahr 2001, 87,8 Mio. US-\$ im Jahr 2002, 68,8 Mio. US-\$ im Jahr 2003 und 47,9 Mio. US-\$ im Jahr 2004 für das erste Jahr von Übersiedlern aus Entwicklungsländern (in denen oft Bürgerkriege oder schwere Unruhen herrschen) oder für Einzelpersonen, die ihr Land aus humanitären oder politischen Gründen verlassen mussten.

b) Einschließl. Estland, Lettland und Litauen.

Anmerkung: China erbringt ebenfalls EZ-Leistungen, gibt deren Höhe jedoch nicht bekannt.

Tabelle 34 Anteil der Schuldenerleichterungen an den gesamten ODA-Nettoleistungen der DAC-Mitglieder im Jahr 2004

	ODA- Nettoleistungen (Mio. US-\$)	ODA- Nettoschulden- erleichterungen ^a (Mio. US-\$)	davon: <i>Bilateral</i> (Mio. US-\$)	Schulden- erleichterungen in % der ODA- Nettoleistungen	ODA- Nettoschulden- erleichterungen für HIPC-Länder ^b (Mio. US-\$)	HIPC-Schulden- erleichterungen in % der ODA- Nettoleistungen
Australien	1 460	12	12	0.8	5	0.3
Österreich	678	93	93	13.7	71	10.5
Belgien	1 463	208	206	14.2	207	14.2
Kanada	2 599	74	74	2.8	74	2.8
Dänemark	2 037	37	20	1.8	35	1.7
Finnland	655	6	-	1.0	6	1.0
Frankreich	8 473	1 808	1 808	21.3	1 681	19.8
Deutschland	7 534	567	567	7.5	535	7.1
Griechenland	465	-	-	-	-	-
Irland	607	3	0	0.5	3	0.5
Italien	2 462	118	118	4.8	115	4.7
Japan	8 906	267	267	3.0	148	1.7
Luxemburg	236	-	-	-	-	-
Niederlande	4 204	216	216	5.1	115	2.7
Neuseeland	212	-	-	-	-	-
Norwegen	2 199	49	12	2.2	36	1.7
Portugal	1 031	704	704	68.3	5	0.5
Spanien	2 437	238	218	9.8	212	8.7
Schweden	2 722	26	26	1.0	21	0.8
Schweiz	1 545	8	8	0.5	8	0.5
Vereinigtes Königreich	7 883	865	788	11.0	788	10.0
Vereinigte Staaten	19 705	456	176	2.3	453	2.3
DAC INSGESAMT	79 512	5 756	5 314	7.2	4 520	5.7

- a) Umfasst: 1. *Bilateral*: Zuschüsse für den Erlass von ODA, sonstigen öffentlichen Leistungen (OOF) oder privaten Forderungen, andere Schuldentransaktionen wie Schuldenumwandlung, Forderungsrückkäufe oder Schuldendienstleistungen an Dritte sowie neue ODA im Zusammenhang mit konzessionären Umschuldungsvereinbarungen, abzüglich Ausgleichsbuchungen für den Erlass etwaiger als ODA verbuchter Darlehensbeträge und 2. *Multilateral*: Beiträge zum HIPC-Treuhandfonds (*Quelle*: Weltbank).
- b) Bilaterale Schuldenerleichterungen für HIPC-Länder (umfasst sämtliche unter a) aufgelistete Posten mit Ausnahme von Zuschüssen für andere Schuldentransaktionen), zuzüglich multilaterale Beiträge zur HIPC-Initiative.

Tabelle 35 **Wirtschaftsindikatoren für die DAC-Mitgliedstaaten, 2004**

	Pro-Kopf- BNE (US-\$)	Reales BIP-Wachstum (in %)	Inflation ^a (in %)	Arbeits- losenquote (in %)	Haushaltssaldo Überschuss (+) bzw. Defizit (-) (in % des BIP)	Leistungs- bilanzsaldo (in % des BIP)	Gesamte staatliche Einnahmen (in % des BIP)
Australien	29 600	3.0	3.6	5.6	1.0	-6.4	36.9
Österreich	35 700	2.4	2.0	5.7	-1.1	0.3	48.8
Belgien	34 300	2.4	2.3	7.9	-0.0	3.3	48.7
Kanada	30 300	2.9	3.1	7.2	0.7	2.2	40.6
Dänemark	44 400	2.1	2.1	5.4	1.7	2.5	56.8
Finnland	35 500	3.5	0.3	8.9	1.9	5.3	52.7
Frankreich	33 200	2.1	1.6	10.0	-3.6	-0.4	49.8
Deutschland	33 100	1.1	0.8	9.2	-3.7	3.8	43.3
Griechenland	18 500	4.7	3.6	11.0	-6.5	-6.3	43.3
Irland	39 000	4.5	2.2	4.4	1.4	-0.8	35.2
Italien	29 000	1.0	2.6	8.1	-3.3	-0.9	45.4
Japan	37 300	2.7	-1.2	4.7	-6.5	3.7	31.0
Luxemburg	62 800	4.5	2.6	4.2	-0.6	11.1	44.6
Niederlande	35 200	1.7	0.9	4.9	-2.1	3.3	44.5
Neuseeland	22 300	4.4	3.7	3.9	5.5	-6.6	41.9
Norwegen	54 600	2.9	5.0	4.5	11.4	13.8	58.1
Portugal	15 900	1.2	2.7	6.7	-3.0	-7.5	43.5
Spanien	23 600	3.1	4.1	10.5	-0.2	-5.3	38.6
Schweden	38 900	3.1	1.3	5.5	1.4	8.2	58.7
Schweiz	51 200	2.1	0.5	4.2	-1.4	14.6	35.2
Vereinigtes Königreich	36 300	3.2	2.0	4.7	-3.2	-2.0	40.7
Vereinigte Staaten	39 700	4.2	2.6	5.5	-4.7	-5.7	31.7
DAC INSGESAMT	35 300	3.3	2.2	6.7	-3.6	-1.3	37.3

a) BIP-Deflatoren.

Quelle: OECD-Wirtschaftsausblick, Dezember 2005; Vorlagen der jeweiligen Länder.

Tabelle 36 Deflatoren für die Leistungen der DAC-Geber^a (2003 = 100)

	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995
Australien	83.44	90.45	93.59	95.56	91.29	85.46	92.79	95.64
Österreich	73.88	71.14	85.30	86.25	94.89	92.12	96.35	111.25
Belgien	69.65	68.13	82.55	83.08	91.31	88.36	93.14	106.96
Kanada	84.26	91.59	95.87	100.52	96.55	91.77	87.68	89.23
Dänemark	68.62	66.48	81.43	80.98	88.22	83.32	86.38	99.76
Finnland	87.18	90.44	107.56	104.05	95.57	76.66	85.47	107.04
Frankreich	74.41	71.73	86.48	85.97	93.43	89.48	92.89	105.10
Deutschland	75.00	71.70	86.11	85.48	95.35	93.39	97.52	112.69
Griechenland	56.04	56.08	69.33	72.17	79.20	75.36	79.23	90.99
Irland	63.71	62.58	72.50	71.80	78.07	70.63	73.28	80.84
Italien	71.88	72.62	89.95	93.47	98.40	80.16	80.85	84.06
Japan	90.48	85.93	83.86	92.94	100.27	114.85	125.08	135.15
Luxemburg	63.78	61.92	74.83	74.54	82.17	81.02	86.62	100.55
Niederlande	68.91	64.95	77.35	77.48	84.31	81.32	84.90	98.19
Neuseeland	83.15	79.80	82.24	80.18	75.61	78.25	86.74	98.33
Norwegen	69.43	69.23	79.25	78.19	81.08	72.65	72.98	83.58
Portugal	51.05	51.69	64.57	70.07	83.63	75.35	78.21	89.58
Spanien	64.93	68.28	85.11	89.28	96.69	81.34	80.26	90.49
Schweden	83.65	85.89	101.77	108.59	113.98	87.82	90.78	101.33
Schweiz	72.48	66.83	82.06	84.00	87.53	85.27	93.57	109.13
Vereinigtes Königreich	64.57	63.79	74.52	78.90	81.64	71.73	74.25	78.59
Vereinigte Staaten	71.41	74.11	76.97	79.66	81.50	83.38	85.15	86.89
DAC INSGESAMT	75.87	75.23	83.59	86.58	91.61	89.54	93.66	103.85
Europäische Kommission	69.40	67.41	81.45	82.68	90.35	84.72	88.50	99.92

a) Einschl. des Effekts von Wechselkursänderungen, d.h. nur auf die Zahlen in US-Dollar anwendbar.

Tabelle 36 (Forts.) Deflatoren für die Leistungen der DAC-Geber^a (2003 = 100)

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Australien	103.39	99.58	84.54	87.43	81.85	75.46	81.50	100.00	117.45
Österreich	107.06	92.82	91.79	88.51	77.91	77.03	82.14	100.00	112.22
Belgien	103.03	90.54	90.68	88.15	77.21	76.35	81.81	100.00	112.46
Kanada	91.25	90.94	84.54	85.89	89.47	86.77	86.44	100.00	111.35
Dänemark	98.81	88.65	88.31	86.29	76.69	76.07	81.58	100.00	111.93
Finnland	101.40	91.67	92.07	88.17	78.46	78.60	83.42	100.00	110.80
Frankreich	103.99	92.29	92.08	88.60	77.21	76.29	82.23	100.00	112.03
Deutschland	108.42	94.70	94.37	90.90	78.42	77.22	82.49	100.00	110.99
Griechenland	94.02	88.53	86.13	85.70	74.10	73.66	80.59	100.00	113.22
Irland	82.30	81.34	81.29	80.20	72.71	74.67	82.07	100.00	113.79
Italien	93.43	86.68	87.32	84.74	74.90	74.71	81.03	100.00	113.05
Japan	116.00	104.60	96.61	109.37	113.30	98.99	94.96	100.00	104.79
Luxemburg	97.67	86.87	87.91	86.13	77.59	76.84	81.73	100.00	112.38
Niederlande	94.58	83.38	83.37	81.24	73.04	74.68	81.02	100.00	110.80
Neuseeland	105.60	101.99	83.54	82.72	72.85	70.56	78.04	100.00	117.55
Norwegen	85.37	80.19	74.61	77.00	79.07	78.22	86.66	100.00	110.95
Portugal	89.73	81.97	82.72	81.64	73.06	74.09	81.50	100.00	111.90
Spanien	92.19	81.62	81.92	80.52	72.03	72.93	80.20	100.00	113.42
Schweden	109.05	97.14	93.99	91.24	83.30	75.31	81.33	100.00	111.12
Schweiz	104.30	88.79	88.58	86.01	77.18	77.71	85.63	100.00	109.40
Vereinigtes Königreich	80.23	86.62	90.07	89.95	85.28	82.97	89.18	100.00	114.60
Vereinigte Staaten	88.54	90.01	91.01	92.33	94.34	96.60	98.20	100.00	102.04
DAC INSGESAMT	99.17	92.40	90.53	92.04	88.23	84.50	88.03	100.00	108.76
Europäische Kommission	99.12	89.86	90.21	86.88	76.18	75.79	81.76	100.00	112.03

a) Einschl. des Effekts von Wechselkursänderungen, d.h. nur auf die Zahlen in US-Dollar anwendbar.

Tabelle 37 **Jahresdurchschnittliche Dollar-Wechselkurse für die DAC-Mitglieder**

1 US-\$ =		2000	2001	2002	2003	2004
Australien	Dollar	1.7265	1.9354	1.8413	1.5415	1.3592
Österreich	Schilling	14.9312	15.3652	-	-	-
Belgien	Franc	43.7727	45.0448	-	-	-
Kanada	Dollar	1.4851	1.5484	1.5700	1.4001	1.3011
Dänemark	Krone	8.0880	8.3208	7.8843	6.5766	5.9876
Finnland	Finnmark	6.4517	6.6392	-	-	-
Frankreich	Franc	7.1178	7.3246	-	-	-
Deutschland	D-Mark	2.1223	2.1839	-	-	-
Griechenland	Drachme	365.4544	380.4920	-	-	-
Irland	Pfund	0.8546	0.8794	-	-	-
Italien	Lira (in Tsd.)	2.1010	2.1621	-	-	-
Japan	Yen (in Tsd.)	0.1078	0.1215	0.1252	0.1159	0.1081
Luxemburg	Franc	43.7727	45.0448	-	-	-
Niederlande	Gulden	2.3912	2.4607	-	-	-
Neuseeland	Dollar	2.2047	2.3817	2.1633	1.7240	1.5090
Norwegen	Krone	8.7967	8.9930	7.9856	7.0791	6.7393
Portugal	Escudo	217.5422	223.8644	-	-	-
Spanien	Peseta	180.5448	185.7918	-	-	-
Schweden	Krone	9.1606	10.3384	9.7210	8.0781	7.3460
Schweiz	Franken	1.6879	1.6869	1.5568	1.3450	1.2427
Vereinigtes Königreich	Pfund Sterling	0.6606	0.6943	0.6665	0.6124	0.5457
<i>Eurowährungsgebiet (12)</i>	<i>EURO</i>	<i>1.0851</i>	<i>1.1166</i>	<i>1.0611</i>	<i>0.8851</i>	<i>0.8049</i>

Tabelle 38 **Bruttonationaleinkommen und Bevölkerung der DAC-Mitgliedstaaten**

	Bruttonationaleinkommen (Mrd. US-\$)				Bevölkerung (in Tsd.)			
	Durchschnitt 1993-1994	2002	2003	2004	Durchschnitt 1993-1994	2002	2003	2004
Australien	297	387	493	596	17 765	19 580	19 880	20 110
Österreich	189	204	250	291	8 010	8 030	8 050	8 140
Belgien	218	248	308	357	10 100	10 320	10 370	10 400
Kanada	529	718	854	971	28 870	31 490	31 710	32 040
Dänemark	135	170	209	240	5 200	5 380	5 400	5 410
Finnland	86	131	160	185	5 080	5 210	5 210	5 220
Frankreich	1 312	1 463	1 799	2 059	57 775	59 440	59 770	62 000
Deutschland	2 024	1 987	2 389	2 729	81 300	82 500	82 500	82 490
Griechenland	..	133	173	204	..	10 950	11 020	11 040
Irland	42	99	128	156	3 570	3 880	4 000	4 000
Italien	992	1 174	1 454	1 669	56 530	57 920	57 480	57 550
Japan	4 430	4 065	4 376	4 759	124 895	127 440	127 620	127 720
Luxemburg	14	19	24	28	405	440	450	450
Niederlande	320	412	499	573	15 335	16 140	16 250	16 290
Neuseeland	43	55	73	91	3 575	3 940	4 010	4 060
Norwegen	104	191	222	252	4 325	4 550	4 570	4 610
Portugal	87	119	145	164	9 900	10 340	10 340	10 340
Spanien	472	652	839	1 018	39 120	41 180	42 710	43 200
Schweden	184	241	302	350	8 750	8 940	8 980	9 010
Schweiz	256	297	337	377	6 980	7 320	7 320	7 360
Vereinigtes Königreich	988	1 595	1 829	2 180	58 295	58 980	59 200	60 000
Vereinigte Staaten	6 741	10 490	10 981	11 656	259 020	288 210	291 050	293 910
DAC INSGESAMT	(19 463)	24 851	27 845	30 905	(804 800)	862 180	867 890	875 350
<i>davon:</i>								
EU-Mitglieder	(7 063)	8 648	10 510	12 205	(359 370)	379 650	381 730	385 540

Tabelle 39 OA-Nettoauszahlungen an Länder von Teil II der DAC-Liste der EZ-Empfänger

	Mio. US-\$					In % des BNE				
	2000	2001	2002	2003	2004	2000	2001	2002	2003	2004
Australien	8	5	7	9	10	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
Österreich	187	212	196	245	260	0.10	0.11	0.10	0.10	0.09
Belgien	74	88	97	163	190	0.03	0.04	0.04	0.05	0.05
Kanada	165	152	104	102	93	0.02	0.02	0.01	0.01	0.01
Dänemark	189	181	167	202	140	0.12	0.11	0.10	0.10	0.06
Finnland	58	61	67	82	92	0.05	0.05	0.05	0.05	0.05
Frankreich	1 657	1 334	1 464	2 027	2 358	0.12	0.10	0.10	0.11	0.11
Deutschland	647	687	780	1 181	1 434	0.03	0.04	0.04	0.05	0.05
Griechenland	12	9	16	81	131	0.01	0.01	0.01	0.05	0.06
Irland	18	23	26	1	3	0.02	0.03	0.03	0.00	0.00
Italien	406	281	..	497	664	0.04	0.03	..	0.03	0.04
Japan	-54	84	99	-219	121	-0.00	0.00	0.00	-0.01	0.00
Luxemburg	7	9	10	6	15	0.04	0.05	0.05	0.03	0.05
Niederlande	306	214	211	306	222	0.08	0.06	0.05	0.06	0.04
Neuseeland	0	0	1	1	1	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
Norwegen	27	32	45	50	45	0.02	0.02	0.02	0.02	0.02
Portugal	27	28	33	51	62	0.03	0.03	0.03	0.04	0.04
Spanien	12	14	11	5	15	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
Schweden	122	119	107	127	123	0.05	0.05	0.04	0.04	0.04
Schweiz	58	63	66	77	100	0.02	0.02	0.02	0.02	0.03
Vereinigtes Königreich	439	461	494	698	834	0.03	0.03	0.03	0.04	0.04
Vereinigte Staaten	2 506	1 542	2 313	1 471	1 605	0.03	0.02	0.02	0.01	0.01
DAC INSGESAMT	6 871	5 597	(6 317)	7 164	8 519	0.03	0.02	(0.03)	0.03	0.03
<i>davon:</i>										
EU-Mitglieder	4 161	3 719	(3 682)	5 673	6 543	0.05	0.05	(0.04)	0.05	0.05

Anmerkung: Ein Verzeichnis der 2004 in Teil II der DAC-Liste erfassten EZ-Empfänger findet sich am Ende dieses Berichts. Vgl. Anmerkung b) zu Tabelle 41 wegen Einzelheiten über die Länder, die 2003 in Teil II der DAC-Liste transferiert wurden.

Tabelle 40 **Finanzielle Leistungen an Länder von Teil II**

	Australien			Österreich		
	2002	2003	2004	2002	2003	2004
NETTOAUSZAHLUNGEN						
I. Öffentliche Hilfe (OA) (A+B)	7	9	10	196	245	260
BNE-Anteil der OA in %	0.00	0.00	0.00	0.10	0.10	0.09
A. Bilaterale OA	4	2	5	142	162	158
1. Zuschüsse	4	2	5	142	162	158
<i>davon:</i> Technische Zusammenarbeit	2	1	3	36	47	45
EZ-Nahrungsmittelhilfe	-	-	-	-	-	-
2. Kredite	-	-	-	-0	-0	-0
B. Multilaterale OA	4	7	6	55	84	101
Zuschüsse und Kapitalzeichnungen	4	7	6	55	84	101
<i>davon:</i> Europäische Kommission	-	-	-	48	73	91
EBWE	3	3	3	7	7	9
II. Sonstige öffentliche Leistungen (OOF)	13	-	23	-	-1	-2
1. Öffentliche Exportkredite	-	-	-	-	-1	-2
2. Sonstige	13	-	23	-	-	-
III. NRO-Zuschüsse	-	-	-	8	13	12
IV. Private Leistungen	1 747	-1 582	-1 478	3 544	3 585	3 702
1. Direktinvestitionen	572	1 219	-1 324	3 544	3 585	3 778
2. Wertpapierinvestitionen	1 174	-2 801	-154	-	-	0
3. Exportkredite	-	-	-	-	-	-76
V. Gesamtleistungen	1 767	-1 573	-1 445	3 749	3 841	3 973
<i>Nachrichtlich:</i>						
Schuldenerlasse	-	-	-	93	82	77
	Frankreich			Deutschland		
	2002	2003	2004	2002	2003	2004
NETTOAUSZAHLUNGEN						
I. Öffentliche Hilfe (OA) (A+B)	1 464	2 027	2 358	780	1 181	1 435
BNE-Anteil der OA in %	0.10	0.11	0.11	0.04	0.05	0.05
A. Bilaterale OA	1 063	1 430	1 564	266	385	476
1. Zuschüsse	1 083	1 388	1 532	347	460	549
<i>davon:</i> Technische Zusammenarbeit	661	796	910	310	441	541
EZ-Nahrungsmittelhilfe	-	-	-	-	-	-
2. Kredite	-20	42	32	-81	-75	-74
B. Multilaterale OA	401	597	795	514	796	959
Zuschüsse und Kapitalzeichnungen	401	597	795	514	796	959
<i>davon:</i> Europäische Kommission	372	570	783	462	722	900
EBWE	23	27	-	31	40	42
II. Sonstige öffentliche Leistungen (OOF)	21	-109	-97	-505	-877	-1 076
1. Öffentliche Exportkredite	-	-	-	-4	-12	-9
2. Sonstige	21	-109	-97	-500	-865	-1 067
III. NRO-Zuschüsse	-	-	-	78	100	-
IV. Private Leistungen	4 352	8 906	6 038	6 954	1 324	7 600
1. Direktinvestitionen	1 925	1 740	4 078	1 602	-2 855	2 825
2. Wertpapierinvestitionen	2 626	8 005	1 938	6 799	4 558	4 564
3. Exportkredite	-199	-840	22	-1 446	-380	211
V. Gesamtleistungen	5 837	10 823	8 299	7 308	1 727	7 958
<i>Nachrichtlich:</i>						
Schuldenerlasse	142	180	166	-	-	-

Anmerkung: Der Anstieg der privaten Leistungen an Teil-II-Länder der DAC-Liste ist zu einem großen Teil darauf zurückzuführen, dass Empfängerländer von Teil I auf Teil II der Liste transferiert wurden (ein vollständiges Länderverzeichnis findet sich am Ende dieses Berichts). Differenzen in den Gesamtbeträgen sind durch Lücken in den Datenreihen bedingt.

der DAC-Liste und multilaterale Stellen

Mio. US-\$

Belgien			Kanada			Dänemark			Finnland		
2002	2003	2004	2002	2003	2004	2002	2003	2004	2002	2003	2004
97	163	190	104	102	93	167	202	140	67	82	92
0.04	0.05	0.05	0.01	0.01	0.01	0.10	0.10	0.06	0.05	0.05	0.05
12	29	8	104	102	93	95	115	43	32	40	45
6	14	8	104	102	93	90	96	64	33	39	45
4	4	4	13	10	19	-	-	2	21	26	29
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
6	14	-	-	-0	-0	5	19	-21	-1	1	-
85	134	182	-	-	-	72	86	97	35	42	47
85	134	182	-	-	-	72	86	97	35	42	47
79	131	171	-	-	-	67	80	86	31	37	42
6	0	8	-	-	-	3	4	4	3	4	4
-24	-34	-44	-106	-41	-71	19	32	5	-1	1	-
-	-	-	-90	-20	-41	-	-	-	-	-	-
-24	-34	-44	-16	-22	-30	19	32	5	-1	1	-
10	-	-	-	-	-	-	-	5	0	1	-
-2 527	-	6 636	5 603	3 422	3 403	431	635	767	938	297	-
-2 497	-	6 657	5 534	3 172	3 301	431	635	767	286	487	-
-0	-	-0	76	250	150	-	-	-	519	-168	-
-30	-	-21	-7	-	-48	-	-	-	134	-22	-
-2 443	129	6 782	5 602	3 483	3 425	617	868	918	1 004	381	92
-	-	-	67	58	49	-	-	-	-	-	-
Griechenland			Irland			Italien			Japan		
2002	2003	2004	2002	2003	2004	2002	2003	2004	2002	2003	2004
16	81	130	26	1	3	..	497	664	99	-219	121
0.01	0.05	0.06	0.03	0.00	0.00	..	0.03	0.04	0.00	-0.01	0.00
16	21	51	1	1	3	..	15	14	56	-298	61
16	21	51	1	1	3	..	20	14	123	123	129
9	20	36	-	0	-	..	8	4	119	119	125
-	-	-	-	-	-	..	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	..	-5	-	-66	-422	-68
-	60	80	25	-	-	..	481	650	43	79	60
-	60	80	25	-	-	..	481	650	43	79	60
-	58	77	25	-	-	..	442	613	-	-	-
-	2	2	-	-	-	..	35	27	43	31	34
-	-	11	-	-	-	25	-61	-59	-896	-1 120	-90
-	-	-	-	-	-	-	-	-	138	67	-30
-	-	11	-	-	-	25	-61	-59	-1 034	-1 187	-59
1	-	2	-	-	-	-	0	-	-	-	-
216	464	93	-	-	-	-199	559	170	6 150	-2 641	5 671
216	464	93	-	-	-	197	325	494	6 182	1 955	5 344
-	-	-	-	-	-	-469	-26	-1 758	-349	-6 700	1 081
-	-	-	-	-	-	73	261	1 434	318	2 104	-754
234	546	237	26	1	3	-(173)	995	775	5 353	-3 980	5 702
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Tabelle 40 (Forts.) **Finanzielle Leistungen an Länder von Teil II**

	Luxemburg			Niederlande		
	2002	2003	2004	2002	2003	2004
NETTOAUSZAHLUNGEN						
I. Öffentliche Hilfe (OA) (A+B)	10	6	15	211	306	222
BNE-Anteil der OA in %	0.05	0.03	0.05	0.05	0.06	0.04
A. Bilaterale OA	3	4	3	132	153	53
1. Zuschüsse	3	4	3	138	171	64
<i>davon:</i> Technische Zusammenarbeit	-	-	-	-	-	-
EZ-Nahrungsmittelhilfe	-	-	-	-	-	-
2. Kredite	-	-	-	-6	-19	-12
B. Multilaterale OA	7	2	13	79	154	169
Zuschüsse und Kapitalzeichnungen	7	2	13	79	154	169
<i>davon:</i> Europäische Kommission	5	-	10	68	139	138
EBWE	1	1	1	8	8	23
II. Sonstige öffentliche Leistungen (OOF)	-	-	-	-	210	-
1. Öffentliche Exportkredite	-	-	-	-	-	-
2. Sonstige	-	-	-	-	210	-
III. NRO-Zuschüsse	-	-	-	-	-	-
IV. Private Leistungen	-	-	-	-1 061	11 459	17 745
1. Direktinvestitionen	-	-	-	2 775	6 861	8 513
2. Wertpapierinvestitionen	-	-	-	-4 066	4 277	7 398
3. Exportkredite	-	-	-	230	321	1 834
V. Gesamtleistungen	10	6	15	-850	11 975	17 967
<i>Nachrichtlich:</i>						
Schuldenerlasse	-	-	-	-	-	-
	Schweden			Schweiz		
	2002	2003	2004	2002	2003	2004
NETTOAUSZAHLUNGEN						
I. Öffentliche Hilfe (OA) (A+B)	107	127	123	66	77	100
BNE-Anteil der OA in %	0.04	0.04	0.04	0.02	0.02	0.03
A. Bilaterale OA	100	105	123	57	66	89
1. Zuschüsse	100	105	123	57	64	85
<i>davon:</i> Technische Zusammenarbeit	44	41	37	12	19	8
EZ-Nahrungsmittelhilfe	-	-	-	-	-	-
2. Kredite	-0	-	-	1	2	4
B. Multilaterale OA	7	22	-	9	11	12
Zuschüsse und Kapitalzeichnungen	7	22	-	2	11	12
<i>davon:</i> Europäische Kommission	-	-	-	-	-	-
EBWE	1	-	-	6	7	7
II. Sonstige öffentliche Leistungen (OOF)	-2	-20	-13	2	1	1
1. Öffentliche Exportkredite	-	-	-	-	-	-
2. Sonstige	-2	-20	-13	2	1	1
III. NRO-Zuschüsse	-	-	-	9	11	13
IV. Private Leistungen	-1 261	627	862	1 302	1 147	8 262
1. Direktinvestitionen	-1 288	577	724	1 320	1 160	8 312
2. Wertpapierinvestitionen	-0	-0	-	0	-	0
3. Exportkredite	27	49	138	-17	-13	-50
V. Gesamtleistungen	-1 155	733	972	1 379	1 237	8 375
<i>Nachrichtlich:</i>						
Schuldenerlasse	-	-	-	-	-	-

Anmerkung: Der Anstieg der privaten Leistungen an Teil-II-Länder der DAC-Liste ist zu einem großen Teil darauf zurückzuführen, dass Empfängerländer von Teil I auf Teil II der Liste transferiert wurden (ein vollständiges Länderverzeichnis findet sich am Ende dieses Berichts). Differenzen in den Gesamtbeträgen sind durch Lücken in den Datenreihen bedingt.

der DAC-Liste und multilaterale Stellen

Mio. US-\$

Neuseeland			Norwegen			Portugal			Spanien		
2002	2003	2004	2002	2003	2004	2002	2003	2004	2002	2003	2004
1	1	1	45	50	45	33	51	62	11	5	15
0.00	0.00	0.00	0.02	0.02	0.02	0.03	0.04	0.04	0.00	0.00	0.00
0	1	1	43	48	45	1	0	1	11	5	15
0	1	1	43	48	45	1	0	1	11	10	15
0	1	0	4	6	5	1	0	1	-	9	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-5	-
0	0	0	2	2	-	32	51	61	-	-	-
0	0	0	2	2	-	32	51	61	-	-	-
-	-	-	-	-	-	31	49	59	-	-	-
-	-	-	-	-	-	1	1	1	-	-	-
-	-	-	0	1	0	-2	-4	-5	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	0	1	0	-2	-4	-5	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	1 084	409	-1	71	10	-82	206	1 439	2 169
-	-	-	1 082	416	-	57	3	-89	206	1 439	2 169
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	1	-6	-1	14	7	7	-	-	-
1	1	1	1 129	460	44	102	57	-24	218	1 445	2 184
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Vereinigtes Königreich			Vereinigte Staaten			DAC-Mitglieder insgesamt			Europäische Kommission		
2002	2003	2004	2002	2003	2004	2002	2003	2004	2002	2003	2004
494	698	834	2 313	1 471	1 605	(6 317)	7 164	8 519	1 860	3 179	4 244
0.03	0.04	0.04	0.02	0.01	0.01	(0.03)	0.03	0.03	0.00	0.00	0.00
88	72	70	2 244	1 401	1 536	4 472	3 861	4 453	1 852	3 169	4 234
92	73	70	2 418	1 566	1 702	4 813	4 471	4 759	1 862	3 179	4 243
79	63	44	1 457	941	819	2 774	2 551	2 633	251	45	42
-	-	-	27	7	-	27	7	-	1	0	0
-4	-0	-0	-173	-165	-167	-342	-611	-305	-10	-10	-9
407	626	764	69	70	70	1 846	3 303	4 065	8	10	10
407	626	764	69	70	70	1 839	3 303	4 065	8	10	10
393	598	734	-	-	-	1 581	2 898	3 705	-	-	-
13	16	18	46	36	38	195	223	222	8	10	10
-	-	-	-52	-278	-278	-1 508	-2 302	-1 694	996	3 102	249
-	-	-	-226	-272	-290	-182	-237	-372	-	-	-
-	-	-	174	-7	12	-1 326	-2 064	-1 322	996	3 102	249
6	5	4	3 146	4 254	3 577	3 260	4 385	3 613	-	-	-
3 796	8 681	20 667	4 182	36 898	9 124	35 529	75 639	91 347	-	-	-
1 025	-838	4 284	21 372	16 404	18 713	44 541	36 750	68 639	-	-	-
2 880	9 489	16 648	-17 120	20 124	-9 663	-7 930	37 008	20 204	-	-	-
-110	29	-266	-70	371	74	-1 083	1 881	2 504	-	-	-
4 296	9 384	21 505	9 589	42 345	14 027	43 598	84 886	101 785	2 856	6 281	4 493
-	-	-	-	-	-	303	320	292	-	-	-

Tabelle 41 **Empfangene OA-Leistungen^a und ausgewählte Indikatoren für die Länder und Gebiete von Teil II der DAC-Liste der EZ-Empfänger**

	OA-Nettoauszahlungen (Mio. US-\$)					Pro-Kopf-BNE ^c 2003 (US-\$)	Bevölkerung 2003 (in Mio.)	Jeweiliges BNE 2003 (Mio. US-\$)	OA/BNE 2003 (in %)
	2000	2001	2002	2003	2004				
<i>MADCT</i>									
Aruba	12	- 2	10	76	- 11	..	0.10
Bahamas	6	8	5	4	5	..	0.32
Bermuda	0	0	0	0	0	..	0.06
Brunei	1	0	- 2	0	1	..	0.36
Kaimaninseln	- 4	- 1	- 2	- 1	0	..	0.04
Chinesisch Taipeh	10	10	7	12	15	13 530	22.56	293 408	0.00
Zypern	54	50	34	14	60	14 230	0.77	12 782	0.11
Falklandinseln	0	0	0	0	0	..	0.00
Französisch-Polynesien	403	388	418	519	580	..	0.24
Gibraltar	0	1	0	0	0	..	0.03
Hongkong (China)	4	4	4	5	7	25 110	6.82	159 508	0.00
Israel	800	172	757	440	479	16 240	6.69	106 954	0.41
Korea	- 198	- 111	- 82	- 458	- 68	12 050	47.91	608 750	- 0.08
Kuwait	3	4	5	4	3	17 970	2.40	45 074	0.01
Libyen	15	10	10	11	18	4 400	5.56	22 481	0.05
Macau	1	1	1	0	14	..	0.44
Malta ^b	-	-	-	9	6	10 630	0.40	4 809	0.19
Niederländische Antillen	177	59	93	35	22	..	0.22
Neukaledonien	350	294	324	454	525	..	0.22
Katar	0	1	2	2	2	..	0.62
Singapur	1	1	7	7	9	21 410	4.25	90 934	0.01
Slowenien ^b	-	-	-	66	62	11 870	2.00	27 561	0.24
Vereinigte Arabische Emirate	4	3	4	5	6	..	4.03
Jungferninseln	5	2	- 0	- 1	- 1	..	0.11
MADCT, unaufgeschlüsselt	23	25	18	27	13
MADCT, insgesamt	1 666	918	1 615	1 232	1 745	..	106.15	(1 372 261)	..
<i>MOEL/NUS</i>									
Belarus	40	39	39	45	46	1 590	9.88	17 613	0.26
Bulgarien	311	346	328	420	622	2 120	7.82	19 300	2.18
Tschechische Republik	438	314	160	263	280	7 190	10.20	86 139	0.31
Estland	64	69	54	85	136	5 380	1.35	8 509	0.99
Ungarn	252	418	161	248	303	6 360	10.13	78 618	0.32
Lettland	91	106	78	114	165	4 420	2.32	11 051	1.03
Litauen	99	130	132	371	252	4 540	3.45	17 872	2.08
Polen	1 396	966	881	1 191	1 525	5 280	38.20	206 440	0.58
Rumänien	432	648	420	601	916	2 260	21.74	55 866	1.08
Russland	1 565	1 112	1 301	1 255	1 313	2 610	143.42	416 944	0.30
Slowakische Republik	113	164	153	162	235	4 970	5.39	32 573	0.50
Ukraine	541	519	484	324	360	970	48.36	49 552	0.65
MOEL, unaufgeschlüsselt	405	155	162	298	394
NUS, unaufgeschlüsselt	319	273	243	228	194
MOEL/NUS, unaufgeschlüsselt	253	78	317	335	288
MOEL/NUS (Teil II der DAC-Liste), insgesamt	6 319	5 337	4 913	5 940	7 030	..	302.26	(1 000 477)	..
Teil II der DAC-Liste, unaufgeschl.	36	311	41	178	224
TEIL II DER DAC-LISTE, INSG.	8 022	6 567	6 569	7 350	8 999	..	408.41	(2 372 739)	..

a) Die empfangenen OA-Leistungen sind die gesamten OA-Nettoleistungen der DAC-Mitglieder, der multilateralen Stellen und der Nicht-DAC-Länder (vgl. Tabelle 33 wegen einer Liste der Nicht-DAC-Länder, für die Daten vorliegen).

b) Diese Länder wurden am 1. Januar 2003 in Teil II der DAC-Liste transferiert, bis Ende 2002 wurden die Leistungen an diese Länder als ODA erfasst.

c) Auf der Basis des Weltbank-Atlas.

Anmerkung: Zu den fortgeschritteneren Entwicklungsländern und -gebieten (MADCT) gehören auch die 1996, 1997, 2000 oder 2003 in Teil II der DAC-Liste transferierten Länder.

Quelle: Weltbank, Schätzungen des OECD-Sekretariats. Die Summen und Durchschnittswerte der Gruppen wurden ausschließlich auf der Basis der verfügbaren Daten errechnet.

Technische Anmerkungen

Glossar entwicklungspolitischer Schlüsselbegriffe und Konzepte

(Querverweise sind in GROSSBUCHSTABEN angegeben)

AUSZAHLUNG: Die Mittelvergabe an bzw. der Kauf von Gütern oder Dienstleistungen für einen Empfänger; im weiteren Sinne der hierfür ausgegebene Betrag. Als Auszahlungen werden erfasst der effektive internationale Transfer von Finanzmitteln bzw. von Gütern oder Dienstleistungen, bewertet zu den dem Geber entstehenden Kosten. Bei im Geberland durchgeführten Aktivitäten, wie z.B. Ausbildungs- und Verwaltungsprogrammen oder Programmen der Öffentlichkeitsarbeit, gilt die Auszahlung als erfolgt, wenn die Mittel an den Dienstleistungserbringer oder den Empfänger transferiert wurden. Sie können als Bruttobetrag (innerhalb einer gegebenen Rechnungsperiode ausgezahlter Gesamtbetrag) oder als Nettobetrag (Bruttobetrag abzüglich etwaiger Tilgungszahlungen auf die Kapitalsumme des DARLEHENS oder Rückführungen erhaltener ZUSCHÜSSE während desselben Zeitraums) ausgewiesen werden.

(Noch) AUSZUZAHLENDE MITTEL: Bezeichnung für zugesagte, aber noch nicht ausbezahlte Beträge. Vgl. auch: ZUSAGE, AUSZAHLUNG.

BILATERAL: Siehe EMPFANGENE GESAMTLEISTUNGEN.

DAC (ENTWICKLUNGSAUSSCHUSS): Ausschuss der OECD für Fragen der Entwicklungszusammenarbeit. Eine Beschreibung seiner Ziele und ein Verzeichnis seiner Mitglieder sind im Innenteil dieses Berichts wiedergegeben. Weitere Einzelheiten finden sich im Sonderteil dieses Berichts über die Arbeit des DAC.

DAC-LISTE DER EMPFÄNGERLÄNDER UND -GEBIETE: Der DAC verwendet für statistische Zwecke eine Liste der Empfänger von EZ-Leistungen, die alle drei Jahre aktualisiert wird. Einzelheiten zu den Änderungen, die die Liste in jüngster Zeit erfahren hat, sind den „Anmerkungen zu Definitionen und Messgrößen“ (siehe weiter unten) zu entnehmen. Teil I der neuen Liste gliedert sich ab 1. Januar 2000 in folgende Kategorien (der Begriff „Länder“ umfasst auch die „Gebiete“):

- **LDC (*Least Developed Countries*):** Am wenigsten entwickelte Länder. Von den Vereinten Nationen eingerichtete Kategorie. Aufgenommen werden nur Länder, die in Bezug auf Volkseinkommen, wirtschaftliche Diversifizierung und Sozialentwicklung bestimmte Schwellenwerte unterschreiten. Die DAC-Liste wird laufend aktualisiert, um allen Veränderungen in der LDC-Gruppe Rechnung zu tragen.
- **Sonstige LIC (*Low Income Countries*):** Sonstige Länder der unteren Einkommensgruppe. Diese Gruppe umfasst alle nicht zur LDC-Gruppe zählenden Länder mit einem Pro-Kopf-BNE von höchstens 745 US-\$ im Jahr 2001 (laut Weltbank-Atlas).
- **LMIC (*Lower Middle-Income Countries*):** Länder der mittleren Einkommensgruppe, unterer Bereich. Länder mit einem Pro-Kopf-BNE (laut Weltbank-Atlas) zwischen 746 US-\$ und 2 975 US-\$ im Jahr 2001. LDC, die gleichzeitig zu den LMIC gehören, sind ausschließlich als LDC (und nicht als LMIC) aufgeführt.
- **UMIC (*Upper Middle-Income Countries*):** Länder der mittleren Einkommensgruppe, oberer Bereich. Länder mit einem Pro-Kopf-BNE (laut Weltbank-Atlas) zwischen 2 976 US-\$ und 9 205 US-\$ im Jahr 2001.
- **HIC (*High-Income Countries*):** Länder der oberen Einkommensgruppe. Länder mit einem Pro-Kopf-BNE (laut Weltbank-Atlas) von mehr als 9 205 US-\$ im Jahr 2001.
- Zu Teil II der DAC-Liste zählen die „Transformationsländer“. Dazu gehören a) die fortgeschritteneren mittel- und osteuropäischen Länder und die Neuen Unabhängigen Staaten der

ehemaligen Sowjetunion (NUS) sowie *b*) fortgeschrittenere Entwicklungsländer. Siehe auch **ÖFFENTLICHE LEISTUNGEN**.

DARLEHEN: Transfers mit Rückzahlungsverpflichtung. Die DAC-Statistik berücksichtigt lediglich Darlehen mit einer LAUFZEIT von mehr als einem Jahr. Die Daten beziehen sich auf die tatsächlichen Kapitalströme während der gesamten Laufzeit der Darlehen und nicht auf das Zuschussäquivalent der Darlehen (vgl. ZUSCHUSSELEMENT). Bei den Angaben über die Nettodarlehensbeträge sind die Tilgungszahlungen auf die Darlehenssumme für frühere Kredite abgezogen (nicht jedoch die Zinszahlungen). Wenn ein Darlehen vollständig getilgt wurde, ist seine Wirkung auf die gesamten NETTOLEISTUNGEN während der Darlehenslaufzeit also gleich null.

EMPFANGENE GESAMTLEISTUNGEN: Die Mittelzuflüsse in die Empfängerländer (vgl. Tabelle 6 des Statistischen Anhangs) umfassen außer den ODF öffentliche und private EXPORTKREDITE sowie LANG- und KURZFRISTIGE private Transaktionen (vgl. PRIVATE LEISTUNGEN). Die empfangenen Gesamtleistungen verstehen sich abzüglich der TILGUNGSZAHLUNGEN und der Kapitalrückführungen seitens privater Investoren. Die **bilateralen** Leistungen gehen direkt von einem Geberland an ein Empfängerland. Die **multilateralen** Leistungen laufen über eine im Entwicklungsbereich tätige internationale Stelle (z.B. Weltbank, UNDP). In den Tabellen zu den insgesamt von den Empfängerländern erhaltenen Leistungen werden die Mittelabflüsse von den multilateralen Stellen in diese Länder ausgewiesen, nicht jedoch die Beiträge, die diese Stellen von den Gebern empfangen.

EXPORTKREDITE: DARLEHEN für Außenhandelszwecke, die nicht durch ein negoziierbares Instrument verkörpert werden. Sie können vom öffentlichen oder vom privaten Sektor vergeben werden. Im letztgenannten Fall können sie durch öffentliche Bürgschaften abgesichert werden.

FÄLLIGKEIT (auch: LAUFZEIT): Fälligkeitstermin für die endgültige Rückzahlung des DARLEHENS; im weiteren Sinne die Darlehenslaufzeit.

FORDERUNG: Anspruch eines Gläubigers auf Rückzahlung seines DARLEHENS; im weiteren Sinne das Darlehen selbst bzw. dessen ausstehender Betrag.

FREIJAHRE: Siehe ZUSCHUSSELEMENT.

KURZFRISTIG: Bezeichnet DARLEHEN mit einer LAUFZEIT von einem Jahr oder weniger.

LANGFRISTIG: Bezieht sich auf DARLEHEN mit einer ursprünglichen oder verlängerten LAUFZEIT von mehr als einem Jahr.

LAUFZEIT: Siehe FÄLLIGKEIT.

LIEFERGEBUNDENE ÖFFENTLICHE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT: Öffentliche ZUSCHÜSSE oder DARLEHEN, bei denen die Beschaffung der betreffenden Güter und Dienstleistungen auf das Geberland oder eine Gruppe von Ländern beschränkt ist, die nicht alle ODA/OA-Empfängerländer einschließt. Bei liefergebundenen Darlehen, Krediten und MISCHFINANZIERUNGEN müssen bestimmte Kriterien hinsichtlich VERGÜNSTIGUNGSGRAD, in Frage kommende Empfängerländer und Entwicklungsnutzen erfüllt sein, um die Verwendung von Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit für Projekte zu verhindern, die bei privater Finanzierung wirtschaftlich lebensfähig wären, und um sicherzustellen, dass die Empfängerländer den bestmöglichen Gegenwert erhalten. Wegen näherer Einzelheiten vgl. die **Berichte über die Entwicklungszusammenarbeit** von 1987 (S. 239-246) und 1992 (S. 13-16).

LIEFERGEBUNDENE LEISTUNGEN: Mittel der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit, bei denen die Beschaffung der so finanzierten Güter und Dienstleistungen vollständig und uneingeschränkt in praktisch allen Ländern erfolgen kann.

MISCHFINANZIERUNG: Kombination von als ZUSCHUSS oder DARLEHEN bereitgestellten Mitteln der ÖFFENTLICHEN ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT und beliebigen sonstigen öffentlichen oder privaten Mitteln im Rahmen eines Finanzpakets. Für Mischfinanzierungen gelten in Bezug auf Vergünstigungsgrad, Entwicklungsnutzen und Beschränkungen bezüglich der Empfängerländer die gleichen Kriterien wie für LIEFERGEBUNDENE ODA/OA-Kredite.

MULTILATERALE STELLEN: In den DAC-Statistiken bezieht sich dieser Begriff auf diejenigen internationalen Institutionen mit staatlicher Mitgliedschaft, deren Aktivitäten ganz oder zu einem wesentlichen Teil dem Ziel der Entwicklung dienen und den Empfängerländern und -gebieten der DAC-Liste gewidmet sind. Zu diesen Institutionen gehören die multilateralen Entwicklungsbanken (z.B. die Weltbank und regionale Entwicklungsbanken), VN-Einrichtungen sowie regionale Zusammenschlüsse (wie bestimmte Stellen der Europäischen Union und bestimmte arabische Organisationen). Ein Beitrag eines DAC-Mitglieds an eine solche Stelle wird als multilateral eingestuft, wenn er mit anderen Beiträgen zusammengelegt und von der betreffenden Stelle nach eigenem Ermessen ausbezahlt wird. Soweit nicht anders angegeben, werden Kapitalzeichnungen bei multilateralen Entwicklungsbanken auf **Hinterlegungsbasis** ausgewiesen, d.h. zu dem Betrag und zu dem Datum, an dem das entsprechende Akkreditiv bzw. ein anderes Negoziiierungsinstrument hinterlegt wird. Daten auf Kassenbasis, d.h. auf der Basis der Termine und Beträge der Ziehungen der jeweiligen Stelle auf Akkreditive bzw. andere Instrumente, sind nur begrenzt vorhanden.

NETTOLEISTUNGEN: Innerhalb einer gegebenen Rechnungsperiode ausgezahlter Gesamtbetrag nach Abzug von Tilgungszahlungen auf die Darlehenssumme während desselben Zeitraums, ohne Berücksichtigung der Zinszahlungen.

NETTOTRANSFER: In den DAC-Statistiken bezieht sich dies auf NETTOLEISTUNGEN abzüglich Zinszahlungen.

ÖFFENTLICHE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (ODA): ZUSCHÜSSE oder **DARLEHEN** an die in Teil I der DAC-Liste der EZ-Empfänger aufgeführten Entwicklungsländer und -gebiete sowie multilaterale Entwicklungsstellen, die vom öffentlichen Sektor vergeben werden, in erster Linie der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und der Verbesserung des Lebensstandards dienen, mit vergünstigten Bedingungen ausgestattet sind und im Falle eines Darlehens ein **ZUSCHUSSELEMENT** von mindestens 25% aufweisen.

Neben den finanziellen Leistungen umfasst die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit auch die **TECHNISCHE ZUSAMMENARBEIT**. Zuschüsse, Darlehen und Kredite für militärische Zwecke werden nicht berücksichtigt. Zur Behandlung des Schuldenerlasses bei ursprünglich für militärische Zwecke gewährten Darlehen vgl. weiter unten die „Anmerkungen zu Definitionen und Messgrößen“.

ÖFFENTLICHE HILFE (OA): Leistungen, die die ODA-Kriterien erfüllen und somit der **ÖFFENTLICHEN ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT** zugerechnet werden können, deren Empfänger jedoch in Teil II der DAC-Liste der EZ-Empfänger zu finden sind (vgl. **EMPFÄNGERLÄNDER UND -GEBIETE**).

ÖFFENTLICHE MITTEL ZUR ENTWICKLUNGSFINANZIERUNG (ODF): Messgröße für Mittelzuflüsse in die Empfängerländer: Sie umfasst *a)* bilaterale ODA, *b)* **ZUSCHÜSSE** und Entwicklungskredite der multilateralen Finanzinstitute zu vergünstigten und zu marktüblichen Bedingungen sowie *c)* jene **SONSTIGEN ÖFFENTLICHEN LEISTUNGEN**, die Entwicklungszwecken dienen (einschl. Refinanzierungsdarlehen), wegen ihres zu geringen **ZUSCHUSSELEMENTS** aber nicht als ODA gelten können.

OFFSHORE-BANKZENTREN: Länder oder Gebiete, deren Finanzinstitute ihre Geschäfte hauptsächlich mit Gebietsfremden abwickeln.

PRIVATE LEISTUNGEN: Hierbei handelt es sich um Leistungen, die vom privaten Sektor zu Marktkonditionen erbracht werden (d.h. Bestandsveränderung bei den privaten **LANGFRISTIGEN Aktiva** im Besitz von Gebietsansässigen des Berichtslands) sowie um private Zuschüsse (d.h. Zuschüsse von **Nichtregierungsorganisationen**, abzüglich der vom öffentlichen Sektor empfangenen Subventionen). Liegt bei der Datenübersicht das Schwergewicht auf den vom Empfängerland erhaltenen Finanzmitteln, so werden die Leistungen zu marktüblichen Bedingungen wie folgt aufgeschlüsselt:

- **Direktinvestitionen:** Investitionen zum Erwerb bzw. zur Vergrößerung einer dauerhaften Beteiligung an einem Unternehmen in einem Land der DAC-Liste der EZ-Empfänger (vgl. **EMPFÄNGERLÄNDER UND -GEBIETE**). Eine „dauerhafte Beteiligung“ setzt eine seit

langem bestehende Beziehung voraus, bei der der Direktinvestor einen beträchtlichen Einfluss auf die Unternehmensführung ausübt, der sich in einer Aktienbeteiligung von mindestens 10% oder entsprechenden Stimmrechten und Kontrollmöglichkeiten niederschlägt. Sie werden faktisch als die Veränderung des Nettovermögens einer Tochtergesellschaft in einem Empfängerland für die Muttergesellschaft ausgewiesen, wie sie aus den Buchhaltungsunterlagen letzterer hervorgeht.

- **Internationale Bankausleihungen:** Die Nettoausleihungen an Länder der DAC-Liste der EZ-Empfänger durch Banken mit Sitz in den OECD-Ländern, mit Ausnahme der DARLEHEN von zentralen Währungsbehörden. Garantierte Bankkredite und Schuldverschreibungen sind hier unter SONSTIGE PRIVATE LEISTUNGEN oder OBLIGATIONSANLEIHEN (siehe nachstehend) erfasst.
- **Obligationsanleihen:** Nettobetrag der vollständig gezeichneten internationalen Anleihen von Ländern der DAC-Liste der EZ-Empfänger.
- **Sonstige private Leistungen:** Im Wesentlichen die erfassten Bestände an von Unternehmen in den DAC-Empfängerländern emittierten Aktien.

Liegt bei den Datenübersichten das Schwergewicht auf den Mittelabflüssen aus den Geberländern, so werden die übrigen, nicht zu den Direktinvestitionen zählenden privaten Leistungen auf Kredite mit einer LAUFZEIT von über einem Jahr beschränkt und gewöhnlich wie folgt aufgliedert:

- **Private Exportkredite:** Siehe EXPORTKREDITE.
- **Wertpapiere multilateraler Stellen:** Hierunter fallen die Transaktionen des privaten Nichtbanken- und Bankensektors mit von multilateralen Stellen ausgegebenen Anleihen und Obligationen.
- **Bilaterale Wertpapierinvestitionen und sonstige:** Hierunter fallen Bankausleihungen sowie der Erwerb von Aktien, Obligationen und Immobilien.

SONSTIGE ÖFFENTLICHE LEISTUNGEN (OOF): Vom öffentlichen Sektor mit Ländern der DAC-Liste der EZ-Empfänger durchgeführte Transaktionen, die nicht den Kriterien der ÖFFENTLICHEN ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT oder der ÖFFENTLICHEN HILFE entsprechen, entweder weil sie nicht primär der Entwicklungsförderung dienen oder weil sie ein ZUSCHUSSELEMENT von weniger als 25% aufweisen.

TECHNISCHE ZUSAMMENARBEIT: Umfasst sowohl a) ZUSCHÜSSE an Staatsangehörige von Empfängerländern, die von allgemeinen oder beruflichen Bildungsmaßnahmen in ihrem Heimatland oder im Ausland profitieren, als auch b) Zahlungen an in den Empfängerländern tätige Berater, Gutachter usw. sowie Lehr- und Verwaltungskräfte (einschl. der Kosten für die entsprechenden Ausrüstungen). Soll eine derartige Hilfe speziell die Umsetzung eines Investitionsvorhabens erleichtern, so wird sie in nicht näher aufgeschlüsselter Form bei den bilateralen Projekt- und Programmausgaben erfasst und bleibt bei den Ausgaben für Technische Zusammenarbeit in den Gesamtleistungsstatistiken unberücksichtigt.

TEILWEISE LIEFERUNGEBOUNDENE LEISTUNGEN: Mittel der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit zur Finanzierung von Gütern und Dienstleistungen, die entweder im Geberland oder in einer begrenzten Gruppe anderer Länder zu beschaffen sind, zu der jedoch im Wesentlichen alle Empfängerländer zählen müssen. Die teilweise lieferungebundenen Leistungen unterliegen den gleichen Regeln wie LIEFERGEBUNDENE EZ-Kredite und MISCHFINANZIERUNGEN.

TILGUNG: Rückzahlungen auf den Darlehensbetrag, ohne Zinszahlungen.

UMSCHULDUNG (auch: UMSTRUKTURIERUNG DER SCHULD): Jede offizielle Vereinbarung zwischen Gläubigern und Schuldern, mit der die ursprünglich festgelegten Tilgungsmodalitäten geändert werden. Dies kann beinhalten: **Schuldenerlass** (Löschung des DARLEHENS) oder **Neutermiierung**, entweder in Form einer Neufestlegung des Tilgungsplans oder der Gewährung eines neuen Darlehens zur **Refinanzierung**. Vgl. hierzu weiter unten die „Anmerkungen zu Definitionen und Messgrößen“.

VERGÜNSTIGUNGSGRAD: Eine Messgröße für die „Weichheit“ eines Kredits, die den für den Kreditnehmer entstehenden Vorteil gegenüber einem DARLEHEN zu marktüblichen Konditionen ausdrückt (vgl. ZUSCHUSSELEMENT). Wird technisch ermittelt als Differenz zwischen dem Nominalwert eines LIEFERGEBUNDENEN ODA/OA-Kredits und dem Gegenwartswert des Schuldendienstes zum Zeitpunkt der AUSZAHLUNG, berechnet zu einem auf die Transaktionswährung angewendeten Abzinsungssatz und ausgedrückt in Prozent des Nominalwerts.

VOLUMEN (reale Beträge): Die in diesem Bericht gemachten Angaben über die Leistungen sind in US-Dollar ausgedrückt. Um eine wirklichkeitsgetreuere Vorstellung von der zeitlichen Entwicklung des Leistungsvolumens zu vermitteln, werden einige Daten zu konstanten Preisen und Wechselkursen für ein bestimmtes Referenzjahr angegeben. Das heißt, es wurde eine Anpassung vorgenommen, um dem Preisauftrieb in der Währung des Geberlandes zwischen dem betreffenden Jahr und dem Referenzjahr sowie den Wechselkursänderungen zwischen der betreffenden Währung und dem US-Dollar während des gleichen Zeitraums Rechnung zu tragen. Im Statistischen Anhang sind in Tabelle 36 sämtliche Konversionsfaktoren (Deflatoren) wiedergegeben, mit deren Hilfe jede im vorliegenden Bericht in laufenden US-Dollar genannte Zahl in Dollar des Referenzjahrs („konstante Preise“) umgerechnet werden kann.

ZUSAGE: Eine durch entsprechende Mittel gedeckte, schriftlich eingegangene feste Verpflichtung seitens eines öffentlichen Gebers, einem Empfängerland oder einer multilateralen Stelle eine genau spezifizierte Hilfe zu gewähren. Bilaterale Zusagen werden in voller Höhe des erwarteten Transfers verbucht, ungeachtet der für die vollständige AUSZAHLUNG erforderlichen Zeit. Zusagen an multilaterale Stellen werden erfasst als die Summe *a)* der im betreffenden Jahr erfolgten Auszahlungen, die zuvor noch nicht als Zusagen gemeldet wurden, und *b)* der erwarteten Auszahlungen im folgenden Jahr.

ZUSCHUSSÄHNLICHE LEISTUNGEN: Eine Transaktion, bei der das Geberland formal seinen Rückzahlungsanspruch behält, aber in der ZUSAGE seine Absicht bekundet hat, die Rückzahlungsbeträge im Schuldnerland zu Gunsten dieses Landes zu belassen.

ZUSCHÜSSE: Transfers in Form von Barmitteln, Gütern oder Dienstleistungen, für die keine Rückzahlung gefordert wird.

ZUSCHUSSELEMENT: Bringt die **finanziellen Bedingungen** einer ZUSAGE zum Ausdruck: Zinssatz, FÄLLIGKEIT und Freijahre (Zeit bis zur ersten Rückzahlung auf die Kapitalsumme) und wird zur Messung des Vergünstigungsgrads eines DARLEHENS, d.h. der in Prozent ausgedrückten Differenz zwischen dem Gegenwartswert der erwarteten Gesamtrückzahlungen und den Rückzahlungen, die zu einem vereinbarten Referenzzinssatz erfolgt wären. Der Referenzzins ist in der DAC-Statistik mit 10% angesetzt. Dieser Zinssatz wurde als Näherungswert für Grenzleistungsfähigkeit einer Inlandsinvestition gewählt, d.h. als Anhaltspunkt für die Opportunitätskosten, die dem Geber durch die Bereitstellung der Mittel entstehen. Demzufolge ist das Zuschusselement bei einem Kredit zu einem Zinssatz von 10% gleich null, beträgt bei einem ZUSCHUSS 100% und liegt bei einem Kredit zu einem Zinssatz von weniger als 10% zwischen diesen beiden Werten. Durch Multiplikation des Nennwerts eines Darlehens mit dessen Zuschusselement erhält man das so genannte **Zuschussäquivalent** dieses Kredits (vgl. VERGÜNSTIGUNGSGRAD). (Anmerkung: Das Konzept des Zuschusselements findet keine Anwendung auf die Transaktionen der multilateralen Entwicklungsbanken. Diese werden stattdessen als vergünstigte Ausleihungen eingestuft, wenn sie ein Zuschusselement enthalten (so genannte „weiche Kredite“), bzw. als nicht vergünstigte Ausleihungen, falls sie kein Zuschusselement enthalten („harte Kredite“).

Anmerkungen zu Definitionen und Messgrößen

Der Erfassungsbereich der in diesem Bericht enthaltenen Daten hat sich in den letzten Jahren geändert. Als Hauptpunkte sind dabei festzuhalten:

Änderungen in Bezug auf das ODA-Konzept und die Abgrenzung des BNE

Die Definition der Leistungen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit ist zwar seit 1972 unverändert geblieben, doch hat sich der Anwendungsbereich dieses Konzepts wegen dessen veränderter Interpretation tendenziell vergrößert. Wichtigste Änderungen: Administrative Kosten werden als ODA erfasst (seit 1979), der den Ausbildungskosten für Studierende aus Empfängerländern der DAC-Liste entsprechende Anteil der für Bildungssysteme bestimmten Zuschüsse wird als ODA ausgewiesen (1984 erstmals ausdrücklich definiert), und schließlich werden fortan auch öffentliche Unterhaltsleistungen der Geberländer für Flüchtlinge aus ODA/OA-Empfängerländern im ersten Jahr nach deren Ankunft berücksichtigt (diese Praxis ist zwar bereits seit Anfang der achtziger Jahre zulässig, wird jedoch erst seit 1991 auf breiter Basis angewendet).

Eine genaue Quantifizierung der Wirkungen, die aus diesen Änderungen resultieren, ist insofern schwierig, als Veränderungen der Datenerfassungsmethoden und des Erfassungsbereichs aus den statistischen Angaben der DAC-Mitglieder oft nicht ohne weiteres ersichtlich sind. Dabei kann es sich jedoch um sehr hohe Beträge handeln. Zum Beispiel enthielten die von Kanada gemachten Angaben für 1993 erstmals einen Zahlenwert für Flüchtlingshilfe in Kanada. Der hierfür ausgewiesene Betrag (184 Mio. US-\$) entsprach fast 8% der gesamten kanadischen ODA. Die Ende der achtziger Jahre von Australien angegebenen ODA/OA-Leistungen waren Schätzungen zufolge um rd. 12% höher als der Betrag, der sich nach den 15 Jahre zuvor geltenden Berechnungsregeln und -verfahren ergeben hätte*.

Zudem hat das Konzept des Nationaleinkommens durch die Einbeziehung neuer Wirtschaftsbereiche und verbesserte Erhebungsmethoden eine Erweiterung erfahren. Das gemeinsam von der OECD und anderen großen internationalen Organisationen geförderte System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (SNA) von 1993 führte insbesondere zu einer breiteren Abgrenzung des BSP, das in BNE – Bruttonationaleinkommen – umbenannt wurde. Hierdurch wird das ODA/BNE-Verhältnis der Geber in der Regel gesenkt. Das ODA/BNE-Verhältnis Norwegens und Dänemarks verringerte sich Mitte der neunziger Jahre infolge der Umstellung auf das neue SNA um 6-8%. Finnland und Australien verzeichneten in der Folgezeit geringere Rückgänge von 2-4%, während in einigen anderen Ländern kaum Veränderungen festzustellen waren. Die durchschnittliche Verringerung betrug rd. 3%. Alle DAC-Mitglieder wenden nunmehr das neue SNA an.

Berücksichtigte Empfängerländer

Seit 1990 wurden in den in Klammern angegebenen Jahren folgende Länder und Ländergruppen neu in die Liste der ODA-Empfänger aufgenommen: der schwarze Bevölkerungsteil in Südafrika (1991, nunmehr einfach Südafrika), Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan (1992), Armenien, Georgien und Aserbaidschan (1993), Palästinensische Autonomiegebiete (1994), Moldau (1997). Eritrea, früher Teil Äthiopiens, wird seit 1993 getrennt behandelt. Die ehemals der treuhänderischen Verwaltung der USA unterstehenden Pazifikinseln wurden nach Erhalt der Unabhängigkeit jeweils gesondert erfasst als Föderierte Staaten von Mikronesien und Marshallinseln (1992), Nördliche Marianen sowie Palauinseln (1994).

* S. Scott, „Some Aspects of the 1988/89 Aid Budget“, in *Quarterly Aid Round-up*, No. 6, AIDAB, Canberra, 1989, S. 11-18.

Im selben Zeitraum wurden folgende Länder und Gebiete aus dem Verzeichnis der ODA-Empfänger gestrichen: Portugal (1991), Französisch-Guayana, Guadeloupe, Martinique, Réunion und St. Pierre und Miquelon (1992) sowie Griechenland (1994).

1993 wurden mehrere Transformationsländer Mittel- und Osteuropas und die Neuen Unabhängigen Staaten der ehemaligen Sowjetunion in Teil II eines neuen Empfängerlandverzeichnisses aufgenommen (diese Liste ist auf der nächsten Seite wiedergegeben). Hilfeleistungen an Länder in Teil II werden nicht als „ODA“, sondern als „öffentliche Hilfe“ verbucht. Um Überschneidungen zu vermeiden, enthält Teil II der neuen Liste nicht diejenigen MOEL- und NUS-Länder, die als ODA-Empfänger eingestuft wurden.

Seit 1996 wurden folgende Länder der oberen Einkommensgruppe von Teil I in Teil II der Liste verlagert: Bahamas, Brunei, Kuwait, Katar, Singapur und die Vereinigten Arabischen Emirate. Seit 1997 werden sieben weitere Länder der oberen Einkommensgruppe in Teil II zugerechnet: Bermuda, Kaimaninseln, Chinesisch Taipeh, Zypern, Falklandinseln, Hongkong (China) und Israel. Im Jahr 2000 wechselten folgende Länder in Teil II über: Aruba, Britische Jungferninseln, Französisch-Polynesien, Gibraltar, Korea, Libyen, Macau, Niederländische Antillen, Neukaledonien und Nördliche Marianen. Im Jahr 2001 wechselte der Senegal in die LDC-Gruppe, während die Nördlichen Marianen von der Liste gestrichen wurden. 2003 wurden Malta und Slowenien in Teil II verlagert, während Timor-Leste in die LDC-Gruppe aufgenommen wurde.

Die Angaben über die Gesamtleistungen an Teil-I-Länder (ODA) und Teil-II-Länder (OA) beziehen sich auf die Liste der Empfängerländer für das entsprechende Jahr. Wird jedoch ein Land in eine der Einkommensgruppen von Teil I der Länderliste aufgenommen oder aus dieser gestrichen, so werden die Gesamtbeträge für die betreffenden Gruppen nachträglich korrigiert, um eine optimale zeitliche Vergleichbarkeit auf der Basis der geltenden Liste zu erreichen.

Berücksichtigte Geberländer

Spanien und Portugal traten dem DAC 1991, Luxemburg 1992 und Griechenland 1999 bei. Die von diesen Ländern geleistete öffentliche Entwicklungszusammenarbeit ist heute mit in der DAC-Gesamtsumme enthalten. Die vor dem Beitritt von ihnen erbrachten ODA-Leistungen wurden, soweit datenmäßig verfügbar, den Zahlen für die Vorjahre hinzugerechnet. Die ODA-Gesamtsumme der DAC-Länder hat sich mit jedem neuen Mitglied erhöht, jedoch ist hierdurch das globale Verhältnis ODA/BNE in der Regel zurückgegangen, da die Programme dieser Länder bezogen auf das BNE oft weniger umfangreich sind als die Programme der schon länger zum Kreis der Geber zählenden Länder.

Behandlung des Schuldenerlasses

Der Erlass von Schulden aus ursprünglich nicht bei der ODA miterfassten Krediten wurde früher unterschiedlich behandelt. Bis Ende 1992 konnte der Erlass von Nicht-ODA-Schulden, soweit die ODA-Kriterien erfüllt waren, als ODA notifiziert werden. Von 1990 bis Ende 1992 konnte er zwar weiterhin als Teil der von dem betreffenden Land geleisteten ODA gemeldet werden, doch war er nicht mehr in der DAC-Gesamtsumme berücksichtigt. Die fraglichen Beträge sind nachstehender Tabelle zu entnehmen. Seit 1993 werden Schuldenerlasse bei ursprünglich für **militärische** Zwecke gewährten Krediten unter „Sonstige öffentliche Leistungen“ verbucht, während der Schuldenerlass bei anderen als ODA erfassten Nicht-ODA-Krediten (hauptsächlich **Exportkrediten**) entsprechend der bis 1989 geübten Praxis sowohl in den Länderdaten als auch in der ODA-Gesamtsumme für die DAC-Länder enthalten ist.

Der Verzicht auf die Rückzahlung eines ursprünglich als ODA verbuchten ausstehenden Kredits zieht keine neue ODA-Nettoauszahlung nach sich. Statistisch gesehen ist dies insofern von Vorteil, als das Ausbleiben der Tilgungen keine Verringerung der ODA-Nettoauszahlungen zur Folge hat.

Erlassene Nicht-ODA-Schulden¹

In Mio. US-\$

	1990	1991	1992
Australien	-	-	4.2
Österreich	-	4.2	25.3
Belgien	-	-	30.2
Frankreich	294.0	-	108.5
Deutschland	-	-	620.4
Japan	15.0	6.8	32.0
Niederlande	12.0	-	11.4
Norwegen	-	-	46.8
Schweden	5.0	-	7.1
Vereinigtes Königreich	8.0	17.0	90.4
Vereinigte Staaten	1 200.0	1 855.0	894.0
DAC insgesamt	1 534.0	1 882.9	1 870.2

1. Diese Daten sind in den ODA-Angaben der einzelnen Länder berücksichtigt, in den Tabellen, in denen die Leistungen nach Gebern aufgeschlüsselt sind, werden sie jedoch nicht dem Gesamtbetrag der ODA-Leistungen der DAC-Mitglieder zugerechnet. Vgl. Anmerkungen zu Definitionen und Messgrößen.

Berichtszeitraum

Sofern nicht anders angegeben, beziehen sich alle in dieser Veröffentlichung enthaltenen Daten auf Kalenderjahre.

DAC-LISTE DER EZ-EMPFÄNGER – Stand 1. Januar 2004

Teil I: Öffentliche EZ-Mittel an Entwicklungsländer und -gebiete (ODA)						Teil II: Öffentliche Hilfe an Transformationsländer und -gebiete (OA)	
LDC	Sonstige LIC (Pro-Kopf-BNE 2001: < 745 US-\$)	LMIC (Pro-Kopf-BNE 2001: 746 US-\$ - 2 975 US-\$)	UMIC (Pro-Kopf-BNE 2001: 2 976 US-\$ - 9 205 US-\$)	HIC (Pro-Kopf-BNE 2001: > 9 205 US-\$)	MOEL/NUS	Fortgeschrittenere Entwicklungsländer und -gebiete	
Afghanistan	* Armenien	Ägypten	Paläst. Autonomiegebiete	Botsuana	Bahrain	* Belarus	• Aruba
Angola	* Aserbaidzhan	* Albanien		Brasilien		* Bulgarien	Bahamas
Äquatorialguinea	Côte d'Ivoire	Algerien	Paraguay	Chile		* Estland	• Bermuda
Äthiopien	* Georgien	Belize	Peru	Cookinseln		* Lettland	Brunei
Bangladesch	Ghana	Bolivien	Philippinen	Costa Rica		* Litauen	Chinesisch
Benin	Indien	Bosnien und Herzegowina	St. Vincent und die Grenadinen	Dominica		* Polen	Taipeh
Bhutan	Indonesien	China	Grenada	Gabun		* Rumänien	• Falklandinseln
Burkina Faso	Kamerun	Dominik. Rep.	Serbien und Montenegro	Grenada		* Russland	• Französisch-Polynesien
Burundi	Kenia	Ecuador		Kroatien		* Slowak. Republik	• Gibraltar
Dschibuti	Kongo, Republik	El Salvador	Sri Lanka	Libanon		* Tschech. Republik	• Hongkong (China)
Eritrea	Korea, Demokrat. Volksrepublik	Fidschi	Südafrika	Malaysia		* Ukraine	Israel
Gambia	* Kirgisistan	Guatemala	Suriname	Mauritius		* Ungarn	• Jungferninseln (UK)
Guinea	* Moldau	Guyana	Swasiland	• Mayotte			• Kaimaninseln
Guinea-Bissau	Mongolei	Honduras	Syrien	Nauru			Katar
Haiti	Nicaragua	Irak	Thailand	Panama			Korea
Jemen	Nigeria	Iran	• Tokelau	• St. Helena			Kuwait
Kambodscha	Pakistan	Jamaika	Tonga	St. Lucia			Libyen
Kap Verde	Papua-Neuguinea	Jordanien	Tunesien	Venezuela			• Macau
Kiribati	Simbabwe	* Kasachstan	Türkei				Malta
Komoren	* Tadschikistan	Kolumbien	*Turkmenistan	Schwellenwert für Anspruch auf Weltbank-Darlehen (2001: 5 185 \$)			• Neukaledonien
Kongo, Dem. Rep.	* Usbekistan	Kuba	• Wallis und Futuna	• Anguilla			• Niederländ. Antillen
Laos	Vietnam	Marokko		Antigua und Barbuda			Singapur
Lesotho		Marshallinseln		Argentinien			Slowenien
Liberia		Mazedonien (ehem. jugoslaw. Rep.)		Barbados			Vereinigte Arabische Emirate
Madagaskar		Mikronesien		Mexiko			Zypern
Malawi		Namibia		• Montserrat			
Malediven		Niue		Oman			
Mali				Palau			
Mauretanien				Saudi-Arabien			
Mosambik				Seychellen			
Myanmar				St. Kitts und Nevis			
Nepal				Trinidad und Tobago			
Niger				Turks- und Caicosinseln			
Ruanda				Uruguay			
Salomonen							
Samoa							
Sambia							
São Tomé und Príncipe							
Senegal							
Sierra Leone							
Somalia							
Sudan							
Tansania							
Timor-Leste							
Togo							
Tschad							
Tuvalu							
Uganda							
Vanuatu							
Zentralafrik. Rep.							

* Mittel- und osteuropäische Länder sowie Neue Unabhängige Staaten der ehemaligen Sowjetunion (MOEL/NUS).
 • Gebiet.

Nach dem Stand von Oktober 2005 zählen zu den hoch verschuldeten armen Ländern (HIPC) Benin, Bolivien, Burkina Faso, Burundi, Kamerun, Zentralafrikanische Republik, Tschad, Komoren, Demokratische Republik Kongo, Republik Kongo, Côte d'Ivoire, Äthiopien, Gambia, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Guyana, Honduras, Laos, Liberia, Madagaskar, Malawi, Mali, Mauretanien, Mosambik, Myanmar, Nicaragua, Niger, Ruanda, São Tomé und Príncipe, Senegal, Sierra Leone, Somalia, Sudan, Tansania, Togo, Uganda und Sambia.

OECD PUBLICATIONS, 2, rue André-Pascal, 75775 PARIS CEDEX 16
PRINTED IN FRANCE
(43 2006 01 5 E1) - 92-64-02251-1 - 2006